

Proletarier aller Länder, vereinigt euch !

Titelfoto:

Beschießung von Polizeimestern in Petrograd,  
Februar 1917

Zuerst veröffentlicht unter dem Titel:

„Geschichte des Bürgerkrieges in der UdSSR. Erster Band.  
Die Vorbereitung der Großen Proletarischen Revolution“  
Strasbourg 1937

Übersetzung der russischen Ausgabe von 1936

Verlag Olga Benario und Herbert Baum  
Postfach 10 20 51  
D-63020 Offenbach

1. Auflage 1999

ISBN 978-3-932636-15-8

Unter der Redaktion von:  
Gorki • Kirow • Molotow • Shdanow • Stalin • Woroschilow

*Band I*

# **Die Vorbereitung der Oktoberrevolution**

**Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland  
Von Beginn des Krieges 1914  
bis Anfang Oktober 1917**

Verlag Olga Benario und Herbert Baum





**GESCHICHTE  
DES BÜRGERKRIEGES  
IN DER UdSSR**





## Erstes Kapitel

# Der Vorabend der bürgerlich-demokratischen Revolution

### 1.

## Der Krieg

Am 20. Juli 1914 veröffentlichte der Zar Nikolaus II. das Manifest über den Krieg. Durch den Staub der Landstraßen keuchend, an den unabgeernteten Feldern vorbeimarschierend, eilten die Regimenter der russischen Armee zur deutschen Grenze. Die Mobilmachung war noch nicht beendet. In regellosem Durcheinander standen die Geschütze auf den Plätzen vor den Arsenalen. Es fehlte an Bespannung für die Artillerie. Aus den Dörfern und Stanizas\*, wo die Erntearbeit in vollstem Gange war, wurde die Jugend von der Arbeit weg zu den Bezirkskommandos getrieben. Denn der Zar war durch seine Verträge mit Frankreich gebunden. Er hatte Milliardenanleihen von den Pariser Bankiers erhalten.

Nach den Militärabmachungen sollte Nikolaus seine Armeen am vierzehnten Tage nach der Kriegserklärung in die Offensive gegen Deutschland schicken.

\* Kosakendörfer

Im Westen drangen die deutschen Armeekorps unaufhaltsam durch Belgien vor und marschierten ungestüm auf Paris. Von dort ergingen panische Forderungen an Petrograd, man solle rascher gegen Deutschland vorstoßen.

Am 30. Juli berichtete der russische Militärvertreter in Paris dringend an das Hauptquartier:

«Die französischen Armeen werden in nächster Zeit schwerlich zur Offensive übergehen können. Ich erwarte im günstigsten Falle einen langsamen Rückzug . . . Der ganze Erfolg des Krieges hängt vollständig von unseren Aktionen in den nächsten Wochen und vom Hinüberwerfen deutscher Armeekorps an die russische Front ab!»

Vergeblich erklärte der General Shilinski, der Oberbefehlshaber der Nordwestfront, daß die Offensive gegen Ostpreußen von vornherein zum sicheren Scheitern verurteilt sei, vergeblich riet der Stabschef, General Januschkewitsch, von einem sofortigen Angriff ab: aus Paris wurde gedrängt. Der französische Botschafter Maurice Paléologue, lief sich die Schuhsohlen ab, um den Uebergang der russischen Armeen zur Offensive zu erwirken. Und am 31. Juli teilte der Höchstkommmandierende, der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der Onkel des Zaren, mit dem Spitznamen «der lange Nikolai», Paléologue mit, daß die Wilnaer und die Warschauer Armee «morgen früh, bei Tagesanbruch» die Offensive beginnen werden.

Die unvorbereiteten russischen Armeen brachen in Deutschland ein.

Wilhelm II., der von den russischen Generälen ein so rasches Vorgehen nicht erwartet hatte, sah sich gezwungen, den Vormarsch auf Paris zu verlangsamen. Die deutsche Oberste Heeresleitung warf das Gardereservekorps und das XI. Armeekorps mit der 2. Kavalleriedivision an die Ostfront. Noch vor dem Eintreffen dieser Verstärkungen schritten die deutschen Regimenter zur Offensive und warfen die Russen über den Haufen. Fünf Divisionen, die von der Westfront eingetroffen waren, beteiligten sich später an der endgültigen Zerschmetterung der russischen Armee in Ostpreußen. Die zaristische Armee verlor 20 000 Mann an Toten und 90 000 an Gefangenen und büßte ihre gesamte Artillerie ein. Zwei Armeekorps — das XIII. und XV. — wurden umzingelt und fielen vollständig in die Hände der Deutschen. Aber Paris war gerettet. Noch vor dem Ausgang des Kampfes in Ostpreußen schrieb Paléologue in sein Tagebuch:

«Die Schlacht . . . wird mit Erbitterung weitergeführt. Wie auch das Endergebnis ausfallen möge, es genügt schon, daß der

Kampf andauert, um den englischen und französischen Streitkräften Zeit zu verschaffen, damit sie sich hinter der Front umgruppieren und vormarschieren können<sup>1</sup>.»

Das «Endergebnis» war der Untergang der russischen Armeen, aber der Zar hatte seinen Vertrag erfüllt: für das französische Gold zahlte er mit Blut und Leben der Werktätigen. Am Tage der Zerschmetterung der russischen Armeen — am 30. August — sagte der Außenminister Sasanow zu Paléologue:

«Die Armee Samsonows ist vernichtet... Wir mußten Frankreich dieses Opfer bringen<sup>2</sup>.»

Der russische Zarismus spielte im Krieg von 1914 die Rolle eines Söldlings des englisch-französischen Kapitals. Rußland war faktisch eine Halbkolonie der westeuropäischen Länder. Sogar der geistige Führer der russischen imperialistischen Bourgeoisie, der Kadett Miljukow, gab später zu, daß Rußland im Krieg gegen Deutschland ein Werkzeug der englischen und französischen Kapitalisten war. Zur zehnjährigen Wiederkehr des Kriegsausbruchs schrieb Miljukow in einem Emigrantenblatt:

«Ich hatte damals nicht erwartet, daß Rußland, ohne seine Kräfte gesammelt zu haben, Millionen seiner Söhne für eine fremde Sache in die Schützengräben schicken würde<sup>3</sup>.»

Der Zarismus sowie die Bourgeoisie und Großgrundbesitzer, die hinter ihm standen, ließen sich um so lieber vom ausländischen Kapital am Gängelband führen, als in ihrem Rücken die revolutionäre Bewegung rasch wuchs. Die Ereignisse an der Lena im Jahre 1912 und ihr mächtiger Widerhall im ganzen Lande waren gewaltige Vorboten des revolutionären Sturmes. Die Streiks in Baku am Vorabend des Krieges und die Petersburger Streiks von 1914, als von neuem Barrikaden in den Straßen entstanden, waren bereits der Anfang des Sturmes selbst. Von den die Straßen der Städte durchkreuzenden Barrikaden blickte das Gespenst der Revolution von 1905 dem Zarismus ins Gesicht. Viele zaristische Würdenträger sagten mit Entsetzen voraus, die kommende Revolution werde unvergleichlich weiter gehen als die von 1905. Der ehemalige Innenminister, P. N. Durnowo, schrieb unmittelbar vor Kriegsausbruch an Nikolaus II.:

«Eine politische Revolution ist in Rußland unmöglich, und jede revolutionäre Bewegung wird unvermeidlich zu einer sozialistischen ausarten<sup>4</sup>.»

Der Zarismus schickte sein Volk «für eine fremde Sache» in den Tod und hoffte, durch diesen Aderlaß das Anwachsen der revolutionären Energie aufzuhalten.

Es wäre aber unrichtig anzunehmen, die herrschenden Klassen Rußlands hätten sich nur dem englisch-französischen Kapital zuliebe in das Weltgemetzel gestürzt, die russische Bourgeoisie hätte nicht ihre eigenen imperialistischen Ziele verfolgt. Die Teilnahme am Krieg entsprach durchaus den Interessen der herrschenden Klassen des zaristischen Rußland. Das Stadium des Kapitalismus, das als Imperialismus bezeichnet wird, hatte sich in Rußland schon vor dem Krieg herausgebildet: der monopolistische Kapitalismus spielte im Wirtschaftsleben Rußlands bereits die führende Rolle. Aber die Bourgeoisie, die das Land ökonomisch führte, leitete es nicht politisch: die Leitung lag in den Händen des Zarismus, des Vertreters der fronherrschaftlichen Gutsbesitzer.

Die Bourgeoisie beeilte sich nicht sonderlich, diesen Widerspruch zwischen ihrer ökonomischen Macht und ihrer politischen Ohnmacht zu lösen. Ein entschlossener Kampf gegen den Absolutismus lag nicht in ihrem Interesse. Hinter dem Rücken der Bourgeoisie stand das als Klasse schon konstituierte Proletariat. Durch die Erfahrung der Revolution von 1905 geschult, zog das Proletariat in den neuen Kampf unter Führung der Leninschen Partei der Bolschewiki. Nach Beseitigung des Zarismus die Macht in die eigenen Hände zu nehmen — das bedeutete für die russische Bourgeoisie, der Arbeiterklasse Auge im Auge gegenüberzustehen. Das Jahr 1905 hatte bereits gezeigt, wie ein solcher Zweikampf ausgehen konnte. Der Zarismus mit seinem militärisch-polizeilichen Apparat diente der Bourgeoisie als zuverlässige Schutzwehr gegen den Ansturm des Proletariats. Es war, wie Lenin schrieb:

«Sie brauchen zu nötig den Zarismus mit seinen polizeilich-bürokratischen und militärischen Kräften gegen das Proletariat und die Bauernschaft, als daß sie auf die Vernichtung des Zarismus hinarbeiten könnten!»

Ueberdies begann sich der russische Kapitalismus in einer Periode herauszubilden, als der Kapitalismus im Westen seine Blütezeit schon längst erreicht und die besten Plätze unter der Sonne schon an sich gerissen hatte. Der junge Räuber konnte nicht mit solchen alterprobten Banditen wie den Imperialisten Englands und Deutschlands konkurrieren. Um zu einträglichen Märkten vorzudringen, mußte man starke Ellenbogen und wuchtige Fäuste besitzen. Der Zarismus hatte eben diese Fäuste und er bahnte der Bourgeoisie durch seine Armeen die Wege zu neuen Märkten. Die russischen Imperialisten streckten ihre Hände nach Galizien aus. Die russischen Kapitalisten suchten, sich die Länder des Nahen Osten zu unterwerfen, sie brauchten Konstantinopel. Die Zeitschrift der russischen

Imperialisten «Promyschlennostj i Torgowla» schrieb im Dezember 1912, die «Freiheit des Handels» in den Meerengen des Nahen Ostens sei vom Standpunkt des internationalen Warenaustausches unerlässlich.

«Das Land kann nicht ständig in der Furcht leben, daß der ‚Schlüssel zur Eingangstür‘ in unser Haus, den schwachen Händen der Türkei entfallen, eines Tages in fremde, starke Hände gerät, die imstande wären, uns nach eigenem Ermessen zu strafen oder zu schonen!.»

Der Kampf um neue Märkte und neue Kolonien, um den «Schlüssel zur Tür» vereinigte Zarismus und Bourgeoisie. Hatte der russische Imperialismus festen Fuß an den Meerengen gefaßt, so konnte er die Donauländer, Bulgarien, Rumänien in der Hand halten. Lenin kennzeichnete das Ziel des Kampfes zwischen Rußland und Deutschland mit den Worten:

«Die Aufgabe der imperialistischen Politik Rußlands... kann kurz folgendermaßen ausgedrückt werden: mit Hilfe Englands und Frankreichs Deutschland in Europa schlagen, um Oesterreich (durch die Wegnahme Galiziens) und die Türkei (durch die Wegnahme Armeniens und besonders Konstantinopels) auszurauben!.»

Das Kriegsmanifest des Zaren wurde von der Bourgeoisie mit Begeisterung aufgenommen. Patriotische Kundgebungen zogen vor den Palast. Die bürgerlichen Organisationen überschütteten den «Thron» mit untertänigsten Huldigungstelegrammen. Die Zeitungen posaunten die «Einigkeit des Zaren mit dem Volk» aus. Studenten sangen auf den Knien liegend, die Hymne: «Gott schütze den Zaren».

Am 30. Juli erfolgte in Moskau die Gründung des Allrussischen Verbandes der Semstvos, eine Woche später wurde der Allrussische Städteverband geschaffen — beides mit dem Ziel, dem Zarismus zu einem Siege über Deutschland zu verhelfen.

Der Zarismus begann den Krieg unter Glockengeläut und dem jubelnden Beifall der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie.

Der Verlauf des Krieges umdüsterte indessen bald die begeisterte Stimmung. Solange die deutschen Hauptkräfte noch durch die Kriegsoperationen im Westen in Anspruch genommen waren, vermochten die russischen Armeen ihre anfänglichen, in Ostpreußen erlittenen Mißerfolge auszugleichen. Am 21. August 1914 gelang es ihnen, in Galizien Lemberg, am 9. März 1915 Przemysl, eine der stärksten österreichischen Festungen zu erobern. Die russischen Armeen drangen bis zu den Karpathen vor, jenseits des Kaukasus warfen sie die Türken, die

auf seiten Deutschlands fochten, bis Erzerum zurück. Doch der Siegestaumel war von kurzer Dauer. Der korrupte, durch und durch verfaulte Apparat des Kriegsministeriums hatte keine Granate bereitgestellt. Die schwerfälligen Generale waren nicht imstande, den Nachschub von Artillerie und Reserven zu sichern. Die deutschen und österreichischen Truppen eroberten die verlorenen Gebiete rasch zurück. Am 25. April 1915 nahmen die Deutschen Libau und bedrohten so Riga. Die Oesterreicher eroberten am 20. Mai Przemysl zurück, am 9. Juli räumten die Russen Lemberg. Im Laufe des Juli wurden sämtliche russischen Festungen in Polen von den Deutschen erobert, am 23. fiel Warschau. Nach dem Verlust von Polen räumten die russischen Heere auch Litauen.

Zum Zusammenbruch an der Front kam die Zerrüttung im Hinterland.

An die Stelle des patriotischen Aufschwungs der Bourgeoisie trat die «patriotische Besorgnis<sup>1</sup>», nach dem Ausdruck Miljukows in der Sitzung der Reichsduma vom 19. Juli 1915. Die Niederlage an der Front störte die «Einigkeit des Zaren» mit den Kapitalisten.

Durch den imperialistischen Krieg wurde auch das Kräfteverhältnis zwischen den herrschenden Klassen scharf verändert. Die zusammengeraubten Kriegsgewinne stärkten die ökonomische Macht und Bedeutung der Bourgeoisie im Lande. Allein in den 142 wichtigsten Textilbetrieben stieg der Profit der Kapitalisten, nach den Berechnungen des offiziösen «Westnik Finansow», von 60 Millionen Rubeln im Jahre 1913 auf 174 Millionen im Jahre 1915. Die Leinenindustrie steckte 1915 dreimal soviel an Gewinnen ein wie vor dem Krieg<sup>2</sup>. Die Steuern für die Kapitalisten stellten, gleichfalls nach den Angaben des «Westnik Finansow», einen ständig sinkenden Prozentsatz gegenüber dem Bruttogewinn dar.

Zugleich mit der ökonomischen Macht der Bourgeoisie stieg auch ihre politische Bedeutung. Der Zarismus mußte die Gründung einer ganzen Anzahl von Vereinigungen zulassen, die ihm, wie zum Beispiel der Verband der Semstvos und der Städte, bei der Mobilmachung von Mitteln für den Krieg behilflich waren. Im Sommer 1915 entstanden die Kriegsindustrie-Komitees, durch deren Vermittlung die Aufträge für Heereslieferungen verteilt wurden. Dies alles eröffnete der Bourgeoisie weite Möglichkeiten, sich zu organisieren und politisch zu erstarken. Mit jedem Tage erklärte die Bourgeoisie in der Presse und durch ihre Vertreter dringlicher und offener, daß der Absolutismus ihre Interessen wenig berücksichtige. Immer häufiger fielen auf feierlichen Banketts vorsichtige Andeutungen über die «Alleinherrschaft» des Zaren. Zuweilen sprachen Leute mit vom



Wein erhitzten Köpfen ganz offen von einer Einschränkung der Macht des Selbstherrschers. Einer der größten Industriellen, P. Rjabuschinski, erklärte im August 1915 auf einer außerordentlichen Konferenz von Vertretern der Kriegsindustrie-Komitees:

«Das Land muß endlich wissen, daß wir außerstande sind, etwas zu tun, angesichts des Verhaltens, das die Regierung, die nicht auf der notwendigen Höhe steht, uns gegenüber an den Tag legt. Wir haben das Recht zu fordern, daß man uns die Möglichkeit gibt, zu arbeiten, wenn man uns nun einmal diese Verantwortung aufbürdet ... Wir müssen die Aufmerksamkeit auf die Struktur der Regierungsgewalt selbst lenken, denn diese Gewalt steht nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe<sup>1</sup>.»

Die Bourgeoisie forderte die Bildung einer «Regierung des Vertrauens», die Ernennung von Ministern, denen das Land vertraue. Am 18. August 1915 verlangte eine außerordentliche Tagung der Moskauer Stadtduma

«die Bildung einer Regierung, die stark durch das Vertrauen der Gesellschaft und einmütig ist, an deren Spitze eine Persönlichkeit stehen muß, der das Land Vertrauen schenkt<sup>2</sup>.»

Dieser Resolution der Stadtduma schlossen sich der Moskauer Kaufmännische Verein, die Petrograder Kaufmannschaft, der Rat der Kongresse der Vertreter von Handel und Industrie, die Petrograder Stadtduma und eine Anzahl von Ortsdumas an. Die Bildung einer «Regierung des Vertrauens» wurde zur Losung für die gesamte Bourgeoisie. In der Zeitung Rjabuschinskis, «Utro Rossii», erschien unter der Ueberschrift «Das Kabinett der Landesverteidigung» eine Liste von Personen, die für die «Regierung des Vertrauens» aussersehen waren: Ministerpräsident: M. W. Rodsjanko; Innenminister: A. I. Gutschkow; Außenminister: P. N. Miljukow; Finanzminister: A. I. Schingarjow; Verkehrsminister: N. W. Nekrassow; Minister für Handel und Industrie: A. I. Konowalow; Staatssekretär für Landwirtschaft und Agrarfragen: A. W. Kriwoschein; Kriegsminister: A. A. Poliwanow; Marineminister: N. W. Sawitsch; Staatskontrolleur: I. N. Jefremow; Oberprokurator der Synode: W. N. Lwow; Justizminister: W. A. Maklakow; Unterrichtsminister: Graf P. N. Ignatjew. Viele der genannten Personen wurden tatsächlich Mitglieder der Regierung, aber viel später, nachdem die Revolution die Bourgeoisie an die Macht gebracht hatte<sup>3</sup>.

Die Besorgnisse der Bourgeoisie erschöpften sich nicht in Resolutionen oppositioneller Art. Im Konflikt mit dem Zaren entschlossen sich die bürgerlichen politischen Parteien in der Reichsduma, ihre

Kräfte zusammenzufassen. Am 22. August wurde der sogenannte Fortschrittsblock gebildet.

Die IV. Reichsduma, 1912 gewählt, vertrat die Interessen des Blocks der Fronherrschaftlichen Gutsbesitzer mit den Spitzen der Bourgeoisie, wobei die erstgenannten das gewaltige Uebergewicht im Block hatten. Die bedeutendste Gruppe stellten die Rechten dar: von 410 Duma-Abgeordneten gehörten 170 zu den Rechten (Nationalisten, Nationalisten-Fortschrittler, Gemäßigte Rechte u. a. m.). Sie stützten sich auf die Schwarzhunderter-Organisation «Verband des Russischen Volkes», die schon 1905 aus den allerreaktionärsten Elementen, aus Gutsbesitzern, Hausbesitzern, Polizeibeamten, kleinen Händlern gebildet wurde. Aus verkommenen Kleinbürgern und Lumpenproletariern wurden Kampftrupps gebildet, die sogenannten «Schwarzen Hundert». Das Programm des «Verbandes» war: eine starke, unumschränkte Zarenmacht, ein einiges und unteilbares Russisches Reich, keinerlei Zugeständnisse an die unterdrückten Nationalitäten. Um sich die Bauern und die rückständigen Schichten der Arbeiterklasse geneigt zu machen, nahmen die Schwarzhunderter eine Anzahl demagogischer Forderungen in ihr Programm auf: Vergrößerung der Bodenanteile für die landarmen Bauern, rechtliche Gleichstellung aller arbeitenden Klassen. Der «Verband» richtete Volksspeiseanstalten und Teestuben ein, in denen monarchistische Propaganda getrieben wurde, und verteilte Geld, das er vom Staat reichlich bekam. Die Hauptaufgabe des «Verbandes» war der Kampf gegen die Revolution, die Hauptmethoden dieses Kampfes aber waren Pogrome, die unter Beihilfe der Regierungsbehörden organisiert wurden, Meuchelorde, antisemitische Hetze und Verfolgung der nichtrussischen Völkerschaften. Der Zarismus unterstützte die Schwarzhunderter voll und ganz. Nikolaus II. selbst empfing eine Delegation der «Verbandsleute», trat in die Organisation ein und legte das Abzeichen des «Verbandes» an. Ein Führer des «Verbandes» war ein bessarabischer Gutsbesitzer, W. N. Purischkewitsch, der seine Karriere als Beamter für besondere Aufträge bei W. K. Plehwe, dem grausamsten Polizeichef, begonnen hatte. Seine Pogromreden, seine reaktionäre Tätigkeit, die zügellose Hetze gegen die «Fremdstämmigen» machten den Namen Purischkewitsch zum Symbol des Dunkelmännertums und des Jochs der Fronherrschaft. Ein anderer bekannter Führer des «Verbandes» war N. J. Markow II, ein Gutsbesitzer aus dem Kursker Gouvernement, der die äußersten Rechten vertrat — die «Auerochsen», wie sie genannt wurden. Ueber Markow II konnte man das gleiche sagen, was Gogol über einen seiner Helden in den «Toten Seelen» geschrieben hat: «Nosdrew war

in gewisser Beziehung eine geschichtliche Persönlichkeit. In keiner Versammlung, an der er teilnahm, ging es ohne eine Geschichte ab, irgendeine Geschichte mußte unbedingt passieren: entweder führen ihn die Gendarmen aus dem Saal, oder seine eigenen Freunde sind gezwungen, ihn hinauszuschaffen<sup>1</sup>.» Alle Skandale in der Duma und sogar die Prügeleien, wie sie zwischen den Abgeordneten vorkamen, standen im Zusammenhang mit Markow II, diesem eifrigen Verteidiger des Absolutismus.

Nach der Niederschlagung der Revolution von 1905 begann die Bedeutung des «Verbandes» zurückzugehen und die führende Rolle unter den Rechten ging an den «Rat des Vereinigten Adels» über. Aber der Schwarzhunderter-Verband bestand weiter, erhielt Geldmittel von der Regierung und erschien wieder auf dem politischen Schauplatz, sobald die revolutionäre Bewegung im Lande sich verstärkte.

Neben den äußersten Rechten spielte in der Duma der Nationalist W. W. Schulgin eine gewisse Rolle, ein Abgeordneter aus dem Gouvernement Wolhynien, der sich aktiv im Semstwo betätigte, Redakteur des Schwarzhunderter-Blattes «Kijewljanin».

Den Rechten standen in der Duma die Oktobristen oder «Verband vom 17. Oktober» nahe, etwa 100 Abgeordnete, die die Interessen des großen Industriekapitals und der kapitalistisch wirtschaftenden Großgrundbesitzer vertraten. Von den Rechten unterschieden sich die Oktobristen nur durch die Anerkennung des Manifests vom 17. Oktober 1905, in dem der Zar gewisse Freiheiten und die Reichsduma versprochen hatte. Aber schon 1906 gaben die Oktobristen die Erläuterung dazu, daß der «Titel eines Selbstherrschers» dem Manifest vom 17. Oktober und der konstitutionellen Monarchie nicht widerspreche. Die Oktobristen unterstützten rückhaltlos die äußere und innere Politik der Regierung. Sie folgten sklavisch jedem ihrer Schritte; in der linken Presse wurden sie als «die Partei der jeweils letzten Regierungsverordnung» bezeichnet.

In der Duma waren die Oktobristen eine Regierungspartei. Erst im zweiten Kriegsjahr, als die völlige Unfähigkeit des Zaren, den Krieg siegreich zu beenden, offenbar wurde, gingen die Oktobristen in die Opposition. Der Führer, der Organisator der Oktobristen war A. I. Gutschkow, ein Moskauer Hausbesitzer und Großindustrieller. Von lebhaftem, energischem Wesen, hatte er in seiner Jugend als Freiwilliger auf seiten der Buren gegen die Engländer gekämpft und am Aufstand der mazedonischen Freischärler teilgenommen. Er beteiligte sich mit einer Kolonne des Roten Kreuzes am russisch-japani-

sehen Krieg. In der Revolution von 1905 gründete er den «Verband vom 17. Oktober» und führte den reaktionären Flügel der Bourgeoisie. In der III. Reichsduma, deren Präsident er war, inspirierte er die imperialistische Politik des Absolutismus. In der Kriegszeit wurde er zum Vorsitzenden des Zentralen Kriegsindustrie-Komitees gewählt. Gutschkow entwickelte eine energische Tätigkeit für das Durchhalten im Krieg «bis zum siegreichen Ende». In Kommissionen und in Beratungen kritisierte er wiederholt die Schwerfälligkeit und Korruptheit der Generale, die für die Belieferung der Armee mit Kriegsmaterial zu sorgen hatten. Er forderte vom Zarismus die Gewährung größerer Selbständigkeit für die bürgerlichen Organisationen, die für Kriegszwecke arbeiteten. Gutschkow reiste häufig an die Front, wo er mit den Spitzen des Offizierkorps Verbindungen anknüpfte. In den Augen von Nikolaus, der alle, die links von den Oktobristen standen, für «Anarchisten» hielt, wurde Gutschkow durch seine aktive Einmischung in die Heeresfragen beinahe zu einem «Revolutionär». Die Zarin schrieb mehrmals an ihren Gatten, man müsse Gutschkow «aufhängen»<sup>1</sup>, sie träumte davon, daß «ein schweres Eisenbahnunglück»<sup>2</sup> seinem Leben ein Ende bereite.

Ein anderer Führer der Oktobristen war M. W. Rodsjanko, der riesige Güter im Gouvernement Jekaterinoslaw besaß. Als Vorsitzender der IV. Reichsduma unterstützte er die reaktionäre Politik des Absolutismus. Als die Oktobristen nach den ersten Niederlagen des Zarismus ihre Unzufriedenheit zu äußern begannen, schrieb der Innenminister N. A. Maklakow am 27. April 1915 an Nikolaus:

«Rodsjanke, Euer Majestät, ist nur ein Werkzeug, aufgeblasen und dumm, aber hinter ihm stehen seine Führer, die Herren Gutschkow, Fürst Lwow und andere, die systematisch auf ihr Ziel hinarbeiten. Worin besteht dies Ziel? Den Glanz des Ruhmes Eurer Majestät zu verdunkeln und die Kraft und Bedeutung der heiligen, althergebrachten und in Rußland stets rettenden Idee der Selbstherrschaft zu schwächen»<sup>3</sup>.

Die zweitstärkste Fraktion waren die Kadetten. Sie zählten mehr als 50 Abgeordnete, und wenn man die ihnen nahestehenden Fortschrittler hinzurechnet, die Lenin «eine Kreuzung von Oktobristen und Kadetten»<sup>4</sup> nannte, so waren es etwa 100. Die Kadetten oder die Konstitutionell-demokratische Partei waren die politischen Vertreter der liberalen Bourgeoisie. Die Partei wurde schon 1905 aus liberalen Semstwovertretern, bürgerlichen Intellektuellen, Advokaten, Professoren u. a. organisiert. Im Laufe ihrer Tätigkeit machten die Kadetten eine Reihe merkwürdiger Wandlungen durch. Zur Zeit

der ersten Revolution gab Lenin den Kadetten folgende Charakteristik:

«Mit keiner einzigen bestimmten Klasse der bürgerlichen Gesellschaft verbunden, aber ihrer Zusammensetzung, ihrem Charakter, ihren Idealen nach durch und durch bürgerlich, schwankt diese Partei zwischen dem demokratischen Kleinbürgertum und den konterrevolutionären Elementen der Großbourgeoisie. Die soziale Stütze dieser Partei ist einerseits die Masse der städtischen Spießbürger ... andererseits aber der liberale Gutsbesitzer ... »<sup>1</sup>

Nach der Niederlage der Revolution von 1905 schwenkten die Kadetten noch weiter nach rechts. Auf ihrem zweiten Parteitag, im Jahre 1906, nahmen sie in ihr Programm einen neuen Punkt auf:

«Rußland muß eine konstitutionelle und parlamentarische Monarchie sein».

Deshalb mußten die Kadetten eigentlich eine konstitutionell-monarchistische Partei heißen. In der Bodenfrage waren sie gegen die Konfiskation des Landes der Gutsbesitzer und sprachen sich für eine «Enteignung nach gerechter Bewertung» aus. Im Grunde waren sie eine bürgerliche Partei und suchten lediglich sich durch ihren Namen die Unterstützung der Massen zu erhalten, indem sie auf ihrem dritten Parteitag den «Titel» einer Partei «der Volksfreiheit» annahmen. In Wirklichkeit wollten die Kadetten die Macht mit dem Zaren und den Fronherrschaftlichen Gutsbesitzern auf solche Weise teilen, daß deren Macht nicht bis in ihre Grundlage zerstört werde und daß das Volk keine Macht erhalte. Die Liberalen fürchteten die Massenbewegung mehr als die Reaktion. Daraus erklärt sich denn auch, daß die Liberalen, ökonomisch eine Macht, politisch machtlos waren. Schließlich verwandelten sich die Kadetten in eine Partei der imperialistischen Bourgeoisie, die offen die räuberische Außenpolitik des Absolutismus unterstützte. Von den Oktobristen unterschieden sie sich nur durch oppositionellere Phrasen. In der Reichsduma arbeiteten die Kadetten in bestem Einvernehmen mit den Oktobristen zusammen. Ein Beispiel dieser Zusammenarbeit ist die einstimmige Wahl des Kadetten A. I. Schingarjow zum Vorsitzenden der Heeres- und Flottenkommission der Duma. Die Oktobristen begründeten ihre Stimmabgabe offen damit, daß die Kadetten ein besseres Mundwerk haben. Der Nationalist A. I. Sawenko erklärte zur Wahl Schingarjows:

«Es gibt Situationen, in denen eine unabhängige Opposition die Funktionen der Kontrolle und Kritik besser ausüben kann,

als Parteien, die zeitweise durch ein Uebermaß an Dienstfertigkeit gegenüber der Staatsmacht gesündigt haben. Deshalb kann sich A. I. Schingarjow auf seinem Posten als unentbehrlich erweisen<sup>1</sup>.»

Lenin hatte auch früher schon die Annäherung der Kadetten an die Oktobristen vorausgesagt:

«Der Oktobrist — das ist der Kadett, der seine bürgerlichen Theorien im praktischen Leben anwendet. Der Kadett — das ist der Oktobrist, der in den Mußestunden, die ihm die Ausplünderung der Arbeiter und Bauern läßt, von einer idealen bürgerlichen Gesellschaft träumt. Der Oktobrist wird noch ein bißchen parlamentarischen Umgang und politische Heuchelei mit Demokratie-Spielen lernen. Der Kadett wird noch ein bißchen praktische bürgerliche Geschäftemacherei lernen, und sie werden sich verschmelzen, unweigerlich und unvermeidlich verschmelzen<sup>2</sup>.»

Der Führer der Kadettenpartei war P. N. Miljukow, ein ehemaliger Geschichtsprofessor der Moskauer Universität. In der I. Reichsduma nahmen ihn die Kadetten als Ministerpräsidenten einer verantwortlichen Regierung in Aussicht. Ein großer Redner, ein Kenner der internationalen Beziehungen, war Miljukow der prominenteste geistige Führer der imperialistischen Bourgeoisie. Seine häufigen Artikel und Reden über die Eroberung Galiziens, Armeniens und besonders der türkischen Meerengen trugen ihm den Beinamen «Dardanellen-Miljukow» ein. Andere prominente Führer der Kadetten waren: W. A. Maklakow, ein berühmter Moskauer Rechtsanwalt, F. I. Roditschew, Adelsmarschall eines Kreises im Gouvernement Twer, A. I. Schingarjow, Arzt und Semstwomitglied.

Diese drei großen Gruppen — die Rechten, die Oktobristen und die Liberalen — stellten im Grunde die Duma dar, denn das Wahlsystem war so eingerichtet, daß die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie die erdrückende Mehrheit besaßen. Das Proletariat hatte insgesamt fünf bolschewistische Abgeordnete, aber sie alle — G. I. Petrowski, M. K. Muranow, A. J. Badajew, F. N. Samoilow und N. R. Schagow — wurden bereits im November 1914 verhaftet und dann nach Sibirien verbannt.

Das Kleinbürgertum war durch 10 Trudowiki und 6 Menschewiki vertreten. Die Trudowiki oder die «Arbeitsgruppe» stellten sich die Aufgabe, alle «werkstätigen Klassen des Volkes: die Bauernschaft, die Betriebsarbeiter sowie die werktätigen Intellektuellen<sup>3</sup>» auf dem Boden der Erhaltung des Kapitalismus zu vereinigen. In die Geschichte gingen die Trudowiki als die Verfasser eines Agrargesetzes,

des sogenannten «Entwurfs der 104», ein, der die Einführung der Arbeitsnorm bei der Verteilung des Bodens forderte. Die Trudowiki sprachen sich gegen die Konfiskation des gutsbesitzerlichen Bodens aus und schlugen den Gutsbesitzern eine Entschädigung für den zu enteignenden Boden vor, was die Trudowiki den Kadetten näherte. In der Duma schwankten die Trudowiki zwischen den Kadetten und den Sozialdemokraten, als aber die Sozialrevolutionäre eine eigene Fraktion bildeten und die «Gruppe» verließen, gerieten die Trudowiki endgültig unter den Einfluß der Kadetten. Der Führer der Trudowiki in der IV. Duma war A. F. Kerenski. Ein äußerst temperamentvoller Redner, angriffslustig und ungestüm, wurde Kerenski als Verteidiger in mehreren politischen Prozessen bekannt und hielt häufig in der Duma Reden, in denen er Maßnahmen der Regierung kritisierte. Im Wartezimmer seines Anwaltbüros konnte man oft Vertreter finden, die Bauern mit der Bitte zu ihm schickten, er möge ihre Verteidigung in dem einen oder anderen wegen Agrarunruhen eingeleiteten Gerichtsverfahren übernehmen. In der Duma galt Kerenski nach der Verhaftung der Bolschewiki als der am weitesten links stehende Abgeordnete. Die Rechten und die Oktobristen sowie auch die Ochrana betrachteten ihn als einen Revolutionär. In Wirklichkeit war Kerenski kleinbürgerlicher Demokrat. Er beteuerte seine Hingabe an «das Volk», redete vom Volk, trug seine Liebe für das Volk zur Schau, aber er hielt das Volk nicht für eine treibende Kraft der Geschichte. Nervös, rasch begeistert, aber noch schneller ernüchtert und aus der Fassung gebracht, ohne besondere politische Grundsätze, hielt sich Kerenski selbst für einen Sozialrevolutionär, führte aber den Vorsitz in der Fraktion der Trudowiki, die sich nicht nur nicht als Sozialisten bezeichneten, sondern nicht einmal in ihrem Programm gegen die Monarchie auftraten. Jeder ständigen Massenarbeit fernstehend, neigte er zu den liberalen Gruppen, bei denen seiner Meinung nach der Schwerpunkt der Bewegung lag. Eine krankhafte Eigenliebe und Eitelkeit verbanden sich bei ihm mit Effekthascherei und stärkster Neigung zur Pose, zur schauspielerischen Geste. Er unterstützte offen den imperialistischen Krieg, erklärte die militärische Macht des zaristischen Rußland für notwendig und bekämpfte scharf die Bolschewiki. Kerenski übernahm mehrmals die Rolle des Friedensstifters zwischen der Bourgeoisie und bestimmten Arbeitergruppen. Als zum Beispiel im September 1915 von den Menschewiki beeinflußte Arbeiter zum Kongreß des Städteverbandes gingen und um ihre Zulassung, wenigstens mit «beratender Stimme», baten, begab sich Kerenski zu ihnen heraus. Er riet den Arbeitern, den Streik einzustellen, da er «keine ernste Bedeutung» habe, sich

«mit ihren inneren Organisationsangelegenheiten zu beschäftigen», dann würde «die liberale Bourgeoisie es nicht wagen, sich ihrer Teilnahme an politischen Beratungen zu widersetzen». Kerenski hatte schon lange vor der Revolution die Rolle des Kompromißlers, des Friedensstifters zwischen Bourgeoisie und Werktätigen im Interesse der Bourgeoisie einstudiert: eben die Rolle, die dieser politische Schauspieler im Jahre 1917 gespielt hat.

Die Partei der Sozialrévolutionäre, zu der sich später Kerenski rechnete, war im Jahre 1902 gegründet worden. In der Ukraine und einem Teil des Wolgagebietes entwickelte sich im Frühjahr 1902 nach langem Stillstand zum erstenmal eine breite Bauernbewegung. Die Bauernaktionen fanden Widerhall bei den kleinbürgerlichen Intellektuellen, die nun jene aufständischen Massen vor sich sahen, nach denen die Narodniki in den 70er Jahren vergeblich Umschau gehalten hatten. Die Ideen und Hoffnungen der Narodniki lebten wieder auf. Die Elemente, die zu den Narodniki und Sozialrevolutionären standen, erblickten in der Bauernschaft die Hauptstütze der Revolution. Sie hielten die Dorfgemeinde, die der Zarismus zur Erleichterung der Steuererhebung auf dem Lande beibehielt, für einen Keim des Sozialismus. Das Bestreben des Kleineigentümers, selbst um den Preis aller erdenklichen Entbehnungen, seine selbständige Wirtschaft zu behaupten, gaben sie für eine günstige Vorbedingung zum Kampf gegen den Kapitalismus aus. Sie zogen daraus den Schluß, daß Rußland den Kapitalismus vermeiden und direkt zum Sozialismus übergehen könne. Die Ueberreste der Narodnikigruppen verschmolzen zu einer einheitlichen Partei, die sich zum Unterschied von den Sozialdemokraten die Partei «aller Werktätigen», der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen nannte.

Die Sozialrevolutionäre wollten vorwiegend eine Partei der Bauernschaft sein. Sie betätigten sich hauptsächlich im Dorf und agitierten für die «Sozialisierung des Bodens», oder, wie sie ausführten, für

«seine (des Bodens) Ausscheidung aus dem Warenumsatz und seine Umwandlung aus Privateigentum einzelner Personen oder Gruppen in das Gemeingut des ganzen Volkes<sup>1</sup>».

Um die Bauernschaft auf ihrer Seite zu halten, vertuschte die Partei der Sozialrevolutionäre von ihrer Entstehung an die Klassendifferenzierung im Dorf und suchte nachzuweisen, daß zwischen dem ländlichen Proletariat und den «selbständigen Landwirten» kein prinzipieller Unterschied bestehe: «Sie müssen zu der *einen* Kategorie der arbeitenden Bauernschaft vereinigt werden.» Das entsprach vollkom-



men den Interessen des Kulakentums. Die Kulaken traten gleichzeitig unter dem Deckmantel des «arbeitenden Dorfes» auf und leugneten kategorisch das Vorhandensein verschiedener Klassen innerhalb der Bauernschaft. Daraus erklärt sich eben, daß die Kulaken in der Revolution von 1917 in die Reihen der Sozialrevolutionäre strömten.

Als Hauptmethode des Kampfes betrachteten die Sozialrevolutionäre den individuellen Terror. In der ersten Periode ihrer Tätigkeit gelang es ihnen, eine Reihe von Terrorakten auszuführen: Stepan Balmaschow tötete den Innenminister Sipjagin, Peter Karpowitsch den Unterrichtsminister Bogoljepow, Jegor Sasonow den Innenminister Plehwe, Iwan Kaljajew warf eine Bombe auf den Großfürsten Sergej Alexandrowitsch, die diesen zerriß. Dieser wagemutige Kampf Einzelner gegen die zaristischen Henker verlieh der Partei in den Augen der revolutionären Intelligenz einen besonderen Nimbus. Aber die terroristische Praxis zeigte sehr bald ihre ganze Zwecklosigkeit. An die Stelle eines getöteten Despoten trat sofort ein anderer Zarendiener, der nicht besser, sondern oft noch schlimmer war als sein Vorgänger. Massenbewegungen löste der Terror nicht aus, sondern im Gegenteil, er schwächte sie, denn die Politik und die Praxis des individuellen Terrors beruht auf der Narodniktheorie der aktiven «Helden» und der passiven «Menge», die auf die Ruhmestaten der Helden wartet. Eine solche Theorie und Praxis schließt aber jede Möglichkeit einer Aktivierung der Massen, jede Möglichkeit der Schaffung einer Massenpartei und einer revolutionären Massenbewegung aus. Es kam hinzu, daß es der Polizei rasch gelang, einen ihrer Leute, einen Provokateur — den Ingenieur J. F. Asef — an die Spitze der terroristischen Kampforganisation der Partei der Sozialrevolutionäre zu stellen. Damit geriet der Terror unter die Kontrolle der Polizei. Asef wurde der allmächtige Machthaber in der Partei. Er traf die Auswahl der Mitglieder des Zentralkomitees. Die Entlarvung der Provokationstätigkeit Asefs im Jahre 1908 trug völlige Zersetzung in die Reihen der Sozialrevolutionäre.

Ihre bürgerliche Wesensart zeigte die Partei der Sozialrevolutionäre schon in der Revolution 1905—1907. Schon damals neigten die Sozialrevolutionäre dazu, Kompromisse mit den Kadetten zu schließen. In der I. Duma traten sie der Gruppe der Trudowiki bei. In der II. Duma stellte der zaristische Ministerpräsident P. A. Stolypin die Fraktion der Sozialdemokraten vor Gericht, rührte aber die Sozialrevolutionäre nicht an.

Schon im Jahre 1906, auf dem ersten Parteitag der Sozialrevolutionäre, zeigten sich verschiedene Strömungen in der Partei. Die Rechten wandten sich gegen den Terror und das Agrarprogramm. Im

hierbei trennten sich die Rechten endgültig von der Partei und schufen ihre eigene, halbkadettische «Volkssozialistische Arbeitspartei». Die «Volkssozialisten» sagten sich von dem Gedanken einer Republik los, erklärten eine Entschädigung für den zugunsten der Bauern zu enteignenden Boden für notwendig und bildeten einen Block mit den Kadetten. Der Parteiführer war A. W. Peschechonow, der nach der Februar-Revolution von 1917 Ernährungsminister wurde.

Gleichfalls auf dem ersten Parteitag spaltete sich auch ein «linker» Flügel ab, der eine besondere, halbanarchistische Partei gründete: die der maximalistischen Sozialrevolutionäre. Die Maximalisten forderten schon damals, in der ersten bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905, nicht nur die «Bodensozialisierung», sondern auch die sofortige «Sozialisierung» der Fabriken und Werke. Diese Forderungen dienten jedoch nur als Maske für den bürgerlichen Charakter der Maximalisten. Sie empfahlen den Terror als hauptsächliches Kampfmittel. Später entarteten die Maximalisten zu einer prinzipienlosen Gruppe von Banditen, von «Expropriateuren», der jeder Boden in den Massen fehlte.

Der Zerfall der Partei hörte damit nicht auf. Zur Zeit des Krieges spalteten sich die Sozialrevolutionäre weiter in mehrere Gruppen. Die einen von ihnen traten vorbehaltlos für die Unterstützung des Krieges ein. Zu dieser Gruppe gehörte neben Kerenski N. D. Awksentjew, einer der Führer der Sozialrevolutionäre. Er gab in Paris die Zeitschrift «Prisyw» heraus, die für die Verteidigung des zaristischen Rußland agitierte. Andere hielten sich für Internationalisten, wandten sich in Worten gegen die Vaterlandsverteidiger, blieben aber in der Tat in ein und derselben Partei mit ihnen. Der geistige Führer der «internationalistischen» Sozialrevolutionäre, die zwischen zwei Stühlen zu sitzen suchten, war W. M. Tschernow.

Die menschowistischen Sozialdemokraten stellten in der Periode der IV. Reichsduma keine einheitliche, geschlossene Organisation dar. Sie zerfielen in eine Anzahl von Gruppen und Untergruppchen. Auf dem äußersten rechten Flügel stand G. W. Plechanow, der mit den rechten Sozialrevolutionären N. D. Awksentjew und I. I. Bunakow gemeinsame Sache machte. Zu Beginn des Krieges wandte sich Plechanow an die russischen Arbeiter mit einem Brief, worin er nachzuweisen suchte, daß Rußland einen Verteidigungskrieg führe und die Arbeiter daher die Aufgabe hätten, das Vaterland zu verteidigen. Die Kadetten begrüßten die Stellungnahme Plechanows mit Jubel. Miljukow erklärte, Plechanow habe «mit seiner gewohnten Kunst» den Unterschied zwischen dem englischen und dem deutschen

Imperialismus, zwischen Verteidigungs- und Angriffskrieg nachgewiesen.

Mit Plechanow gingen die Vaterlandsverteidiger K. A. Gwodew, P. P. Maslow, A. N. Potressow, die für die offene Unterstützung der imperialistischen Bourgeoisie eintraten. Sie unterstützten die Bildung von Arbeitergruppen bei den Kriegsindustrie-Komitees und suchten zu beweisen, daß die Arbeiter Rußlands für die Einheitsfront mit der Bourgeoisie, für den Burgfrieden seien. Gwodew war Vorsitzender der Arbeitergruppe bei dem Zentralen Kriegsindustrie-Komitee, er wandte sich scharf gegen den Streikkampf, der die Arbeiterklasse entkräfte und das Land desorganisiere, und arbeitete eng mit Gutschkow zusammen. «Ich brachte Gwodew große Sympathien und Vertrauen entgegen<sup>1</sup>», sagte Gutschkow über ihn. Die Menschewiki stellten Gwodew während der Revolution von 1917 auf den Posten des Arbeitsministers.

Weiter «links» stand das menschewistische «Zentrum», unter der Führung von F. I. Dan, I. G. Zereteli und der Dumafraktion mit N. S. Tschcheidse, A. I. Tschchenkeli, M. I. Skobelew. Das «Zentrum» verbarg sich hinter revolutionären Phrasen, unterstützte aber in Wirklichkeit die Vaterlandsverteidiger. Auf dem «linken» Flügel der Menschewiki standen Martow und ein klein wenig linker Trotzki. In der ersten Periode des Krieges gab Trotzki in Paris gemeinsam mit Martow die Zeitung «Nasche Slowo» heraus; er kritisierte die bolschewistische Taktik, bezeichnete die Bolschewiki als «Spalter» und rief zur Einheit mit den Vaterlandsverteidigern auf, die für den Krieg waren.

Das «Zentrum» und die «linken» Menschewiki fürchteten sich, offen für die Vaterlandsverteidigung Stellung zu nehmen. Bei der Abstimmung in der Duma über die zaristischen Kriegskredite enthielt sich Tschcheidse, ebenso wie Kerenski, der Stimme. Lenin erklärte die Haltung der Fraktion damit, daß «sie sonst unter den Arbeitern einen Sturm der Empörung gegen sich hervorgerufen hätte<sup>2</sup>».

Trotz ihrer Kritik an den Vaterlandsverteidigern leisteten sowohl die «linken» Menschewiki als auch das «Zentrum» durch ihre politische Praxis den unverhüllten Agenten der russischen Bourgeoisie Beihilfe. Als Vanderveelde, einer der Führer der II. Internationale, einen Brief an die Dumafraktion der Menschewiki richtete, um sie für die Verteidigung des zaristischen Rußland gegen Deutschland zu gewinnen, antworteten Tschcheidse und seine Gesinnungsgenossen:

«In diesem Kriege ist Ihre Sache die gerechte Sache des Selbstschutzes gegen die Gefahren, die den demokratischen Frei-

heiten und dem Befreiungskampf des Proletariats durch die aggressive Politik des preußischen Junkertums drohen ... Wir widersetzen uns nicht dem Kriege, wir halten es jedoch für notwendig, Ihre Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit zu lenken, unverzüglich einen energischen Widerstand gegen die sich schon jetzt bemerkbar machende Raubpolitik der Großmächte vorzubereiten<sup>1</sup>.»

Alle diese «linken» narodnikisch-sozialrevolutionären und menschwistisch-sozialdemokratischen Gruppen, von der Tschernow-Gruppe und den Maximalisten bis zur Gruppe von Martow und Trotzki, waren trotz ihrer revolutionären Phraseologie im Wesen der linke, kleinbürgerliche Flügel der für die Aufrechterhaltung und «Verbesserung» des Kapitalismus eintretenden bürgerlichen Demokratie, denn sie alle leugneten die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in Rußland, traten gegen die sozialistische Umgestaltung Rußlands auf, verfochten die Einheit mit den Vaterlandsverteidigern, die für den imperialistischen Krieg waren, traten gegen die bolschewistische Losung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg auf, führten einen aktiven Kampf gegen die bolschewistische Politik, die auf die Niederlage der zaristischen Regierung im imperialistischen Krieg eingestellt war, und führten in einheitlicher Front den Kampf gegen die Partei Lenins, gegen die bolschewistische Partei.

Die einzig revolutionäre, proletarisch-sozialistische Partei in Rußland war die Partei der Bolschewiki. Formal zusammen mit den Menschewiki der gleichen sozialdemokratischen Partei angehörend, bildeten die Bolschewiki faktisch schon seit dem Jahre 1905 eine selbständige Partei; 1912 brachen sie in aller Form mit den Menschewiki, verjagten deren rechte Führer aus der Partei und formierten sich zu einer besonderen bolschewistischen Partei. Die bolschewistische Partei war die einzige Partei, die die Hegemonie des Proletariats als Grundbedingung für den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution und deren Hinüberwachsen in die sozialistische Revolution betrachtete. Sie war die einzige Partei, die die Möglichkeit eines Sieges des Sozialismus in Rußland bejahte und ihre konkrete revolutionäre Plattform für die Uebergangsperiode von der bürgerlichen zur sozialistischen Revolution besaß. Sie war die einzige Partei, die bis zum Ende gegen den imperialistischen Krieg kämpfte, für die Niederlage der zaristischen Regierung im imperialistischen Kriege eintrat, die Politik der Verbrüderung an der Front betrieb, einen unversöhnlichen Kampf gegen den Chauvinismus und die Vaterlandsverteidigung im Namen des proletarischen Interna-

tionalismus führte und die Losung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg vertrat. Der Führer und Begründer der bolschewistischen Partei war Lenin. Die bolschewistische Partei hatte in der Reichsduma ihre Fraktion, bestehend aus Arbeiterabgeordneten, die von der Arbeiterklasse in der Arbeiterkurie gewählt waren. Die Dumafraktion der Bolschewiki wurde im November 1914 von der zaristischen Regierung verhaftet und später zur Ansiedlung nach Ostsibirien verschickt.

Der räuberische Krieg war in vollem Gange. Ungehemmt und schamlos wurden fremde Gebiete in Besitz genommen, die Menschewiki aber forderten lediglich dazu auf, man solle sich zum Kampf gegen die «sich bemerkbar machende Eroberungspolitik» «vorbereiten». Den Miljukow und Gutschkow genügte es, daß die Menschewiki «sich dem Kriege nicht widersetzten». Die nüchternen Politiker der Bourgeoisie wußten, daß «sich nicht widersetzen» in der Praxis gleichbedeutend war mit «fördern».

So geschah es denn auch bei der Schaffung des Fortschrittsblocks. Ihn traten fast sämtliche bürgerlichen Parteien, die Oktobristen, die Kadetten mit den Fortschrittlern, ein Teil der gemäßigten Rechten, die sogenannte fortschrittliche Gruppe der Nationalisten und die Zentrumsfraktion bei. Nur die Trudowiki, die Menschewiki und die äußersten Rechten schlossen sich ihm nicht an. Aber von diesen Gruppen sympathisierten die beiden ersten sehr stark mit dem Block, und Tschcheidse versprach, alle «fortschrittlichen» Maßnahmen des Blockes zu unterstützen. Das einzige, was Tschcheidse vom Block forderte, war, er solle «dem Volk näherkommen», aber der Führer der Menschewiki unterließ es, darzulegen, worin sich das äußern solle.

Das Programm des Fortschrittsblocks lief auf die «Bildung einer vereinigten Regierung aus Persönlichkeiten, die das Vertrauen des Landes genießen», hinaus. Die Aufgabe dieser Regierung sollte u. a. bestehen in einer

«vernünftigen und folgerichtigen Politik, die der Aufrechterhaltung des inneren Friedens und der Beseitigung der Zwietracht zwischen den Nationalitäten und Klassen dient<sup>1)</sup>».

Die Forderungen der Bourgeoisie waren äußerst bescheiden. Weder von der Teilung der Macht mit ihr war die Rede, noch auch nur von einer verantwortlichen Regierung. Man erstrebte nur die Ernennung einiger Minister, die das Vertrauen der Bourgeoisie genießen sollten, sowie eine duldsamere Haltung gegenüber den bürgerlichen Organisationen. Das Programm des Blocks enthielt noch

die Forderungen einer Teilamnestie für die aus politischen und religiösen Gründen Verurteilten, der Einbringung eines Gesetzes über die Autonomie Polens, einer versöhnlichen Politik in der finnischen Frage, der Anbahnung einer Beseitigung der für die Juden geltenden Beschränkungen, der Wiedezulassung der Tätigkeit der Gewerkschaften und der Wiederherstellung der Legalität für die Arbeiterpresse. — Damit wurde offensichtlich nur der Zweck verfolgt, die Unterstützung der Bourgeoisie der unterdrückten Nationalitäten und wenigstens des rückständigen Teils der Werk tätigen zu erlangen.

Aber selbst dieses Geschwätz der Bourgeoisie klang wie eine Herausforderung an den Absolutismus, der seit langem nicht mehr an die «sinnlosen Träumereien» gewohnt war, wie Nikolaus II. schon in den ersten Tagen seiner Herrschaft die Versuche der Liberalen bezeichnete, Korrekturen an seinem Regime vorzunehmen. Der Absolutismus nahm die Herausforderung an.

«Niemand hat sie um ihre Meinung gefragt, sie täten besser, sich mit der Kanalisierungsfrage zu beschäftigen<sup>1</sup>», schrieb die Zarin gereizt und giftig am 28. August 1915 an Nikolaus, als die Moskauer Stadtduma die gleichen Forderungen aufgestellt hatte wie der Fortschrittsblock. Kurz vorher hatte die Zarin geschrieben:

«Rußland ist, Gott sei Dank, kein konstitutionelles Land, obwohl diese Kreaturen eine Rolle zu spielen und sich in Angelegenheiten einzumischen suchen, von denen sie die Finger lassen sollten<sup>2</sup>.»

Dem Fortschrittsblock traten die Rechten, die Fronherren und Gutsbesitzer entgegen. Der «Verband des russischen Volkes» erließ einen Pogromaufruf an die «russischen Menschen» gegen die «Schmälerung der Rechte des Selbstherrschers aller Reußen».

Die Schwarzhunderterpresse forderte die Regierung auf, der Dumamehrheit nicht nachzugeben. Die Rechten in der Duma beschlossen, als Gegengewicht gegen den Fortschrittsblock ein besonderes «Informationsbüro» zu schaffen. Aber es waren ihrer zu wenig. Außerstande, innerhalb der Duma gegen den Block zu kämpfen, begannen die Rechten eine Kampagne für die Dumaauflösung. Der Vorsitzende des «Vereinigten Adelsrates», A. P. Strukow, forderte öffentlich in einem Brief die Einstellung der Tätigkeit der Duma. In einer Reihe von Städten schlossen sich die monarchistischen Organisationen der Forderung des vereinigten Adels an. Sie forderten ebenfalls den Zarismus auf, mit den Zugeständnissen Schluß zu machen und dringende Maßnahmen zur Festigung der Staatsmacht zu ergreifen.

Aber auch die Regierung selbst blieb nicht untätig. Vor allem beschloß Nikolaus unter dem Druck der Zarin, den «langen» Nikolai zu entlassen und persönlich an die Spitze der Armee zu treten. Dem Onkel des Zaren konnte man nicht verzeihen, daß er an der Organisation der Duma teilgenommen hatte. Aus Hofkreisen hatte Witte, der 1905 Ministerpräsident war, erfahren, daß der zum Militärdiktator ausersehene «lange» Nikolai in den stürmischen Oktobertagen von 1905 seinen Revolver nahm und unter der Drohung, sich im Arbeitszimmer des «kleinen» Nikolaus zu erschießen, die Unterschrift unter das Manifest über die Freiheiten und die Dumaeinberufung erzwang.

«Wir sind noch nicht reif für eine verfassungsmäßige Regierung. Nikolai und Witte sind schuld daran, daß die Duma existiert, die Dir mehr Sorgen als Freude bereitet hat<sup>1</sup>»,

schrrieb die Zarin, sich an Vergangenes erinnernd, im Jahre 1915, um die Abberufung von Nikolai Nikolajewitsch durchzusetzen.

Es handelte sich jedoch nicht um die «alten Sünden» des Großfürsten. Nikolai Nikolajewitsch selbst war ein beschränkter Geist. Graf Witte schrieb über den «langen» Nikolai: «Er war schon lange dem Spiritismus verfallen und hatte sozusagen den Verstand verloren<sup>2</sup>.»

Der Zar selbst äußerte sich über ihn in einem Brief an die Zarin recht geringschätzig:

«Wir haben eingehend über einige ernste Fragen gesprochen und gelangten zu meinem Vergnügen zum vollen Einverständnis über die behandelten Angelegenheiten. Ich muß sagen, wenn er nicht in Gesellschaft ist und sich in guter Geistesverfassung befindet, ist er gesund, ich will sagen, daß er dann richtig urteilt<sup>3</sup>.»

Möglicherweise wurde der Großfürst gerade durch die Tatsache, daß er «nicht ganz gesund» war, für die Bourgeoisie zu einem annehmbaren Kandidaten als konstitutioneller Monarch. Eine gewisse Rolle spielte auch die Beteiligung von Nikolai Nikolajewitsch an der Veröffentlichung des Manifests vom 17. Oktober. Wie dem auch sei, in den Hofkreisen war man der Meinung, die Bourgeoisie stelle den «langen» Nikolai dem «kleinen» entgegen. Die Zarin schrieb ihrem Gatten mehrfach:

«Niemand weiß jetzt, wer eigentlich Kaiser ist: Du mußt erst in das Hauptquartier eilen und die Minister dorthin kommen lassen, als ob Du sie nicht hier treffen könntest, wie am letzten Mittwoch. Nach außen macht das den Eindruck, als ob Nikolai alles entscheidet, als ob er die Personalveränderungen vornimmt, die Menschen auswählt — das bringt mich zur Verzweiflung<sup>4</sup>.»

Wie die Zarin mitteilte, hatten in den Hofkreisen «manche Leute gewagt, Nikolai Nikolajewitsch als Nikolaus III. zu bezeichnen<sup>1</sup>».

Die Nachricht von der bevorstehenden Absetzung des Höchstkommmandierenden rief in den bürgerlichen Kreisen ungeheure Aufregung hervor. Der Dumapäsident flehte den Zaren an, nicht selbst den Oberbefehl zu übernehmen. Am 12. August 1915 verfaßte Rodsjanko eine in äußerst scharfem und erregtem Ton gehaltene Eingabe. Am 18. August nahm die Moskauer Stadtduma eine scharfe Resolution gegen die Regierung an und übermittelte zugleich dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch «den tiefgefühlten Ausdruck ihres Vertrauens». Diese Vorgänge bestätigten jedoch nur den Verdacht des Hofes. Am 23. August erließ der Zar ein Manifest über die Absetzung von Nikolai Nikolajewitsch, am 3. September löste er die Reichsduma auf.

Ein trockenes Protokoll gibt folgende Schilderung von der Auflösung der Duma:

«Die Sitzung wird um 2.51 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz von M. W. Rodsjanko eröffnet.

*Der Präsident:* Ich erkläre die Sitzung der Reichsduma für eröffnet. Ich fordere die Reichsduma auf, stehend einen Allerhöchsten Erlaß anzuhören. (Das Haus erhebt sich.)

*Der Vizepräsident der Reichsduma Protopopow:* „Erlaß an den Regierenden Senat. Auf Grund von Art. 99 der Staatsgrundgesetze befehlen Wir: Die Tätigkeit der Reichsduma wird mit dem 3. September dieses Jahres unterbrochen und der Zeitpunkt ihrer Wiederaufnahme entsprechend Unserm Erlaß an den Regierenden Senat vom 11. Januar 1915 nicht später als für November 1915 gemäß den außerordentlichen Umständen festgesetzt. Der Regierende Senat hat die erforderlichen Anordnungen zur Ausführung des hiermit Befohlenen zu treffen. In der Urschrift eigenhändig von seiner Kaiserlichen Majestät unterzeichnet: ‚Nikolaus‘. Im Hauptquartier des Zaren am 30. August 1915“.

*Der Präsident:* Unserm Kaiserlichen Herrscher ein ‚Hurra!‘ (Langanhaltende Hurrarufe.) Ich erkläre die Sitzung der Reichsduma für geschlossen. (Die Sitzung wird um 2.53 Uhr nachmittags geschlossen)<sup>2</sup>.»

In zwei Minuten war alles erledigt. Tags zuvor hatten die bürgerlichen Abgeordneten noch den Rücktritt der zaristischen Minister verlangt, einen Tag später riefen sie denen, die sie hinausjagten, ihr gehorsamstes Hurra zu.



## Die Zerrüttung

Mehr als eine «Meuterei auf den Knien» brachte die Bourgeoisie nicht zustande. Die Lage änderte sich indessen jäh in der zweiten Hälfte 1916, als die durch den Krieg erzeugten und verschärften Widersprüche sich voll entfalteten.

Die vom Krieg versetzten Schläge waren für Rußland besonders verheerend. Vor allem wurde offenbar, wie wenig das Land zur Führung eines Weltkrieges vorbereitet war. Die technische Rückständigkeit der russischen Rüstungsindustrie hatte sich in allen Kriegen der letzten Zeit gezeigt. Im Krimkrieg (1854) hatte Nikolaus I. gegen die englisch-französische Koalition eine Armee aufgestellt, in der ein großer Teil der Soldaten noch mit Feuersteingewehren ausgerüstet war. Für die Ausbildung der Soldaten im Schießen waren jährlich nur zehn scharfe Patronen vorgesehen, und auch dies nur auf dem Papier. Die Verteidigungsanlagen von Sebastopol erlitten allein durch die Erschütterung beim Abfeuern der eigenen Kanonen Beschädigungen. Im russisch-türkischen Krieg von 1877 meinten die Generale: «Die Schußwaffe bedeutet Selbstverteidigung, die blanke Waffe selbstlose Hingabe» und statteten deshalb das weittragende Berdan-Gewehr mit einer Zielvorrichtung auf nur 600 Schritt aus. Die Generale rechtfertigten ihre Unfähigkeit mit dem alten Sprichwort: «Dumm ist die Kugel, aber fix das Bajonett.» Die russischen Truppen erlitten fürchterliche Verluste durch das türkische Feuer, während ihre eigenen Schüsse den Türken wenig schaden. Ebenso war es mit der Artillerie bestellt. Die Kriegsindustrie lieferte der Artillerie noch in den siebziger Jahren Kanonen aus Kupfer für schwache Ladung und mit geringer Anfangsgeschwindigkeit der Geschosse. Die türkische Armee war mit Stahlgeschützen der Krupp-Werke ausgerüstet. Das Rußland Alexander II., das keineswegs mit der Armee eines fortgeschrittenen Landes, sondern nur mit einer von fortgeschrittenen Ländern ausgebildeten und bewaffneten Armee zu kämpfen hatte, zeigte, ebenso wie das Reich Nikolaus I., die ganze Fäulnis seiner Militärmacht und seines sozialen und ökonomischen Systems.

Der russisch-japanische Krieg von 1904/05 riß endgültig die Hüllen von der vermeintlichen Macht Rußlands. Hatte die englisch-französische Koalition im Krimkrieg ein Jahr gebraucht, um die Festung Sebastopol zu nehmen, so eroberte das kleine Japan binnen acht Monaten Port Arthur, das die sechsfache Stärke von Sebastopol besaß.

«Ein übertünchtes Grab — als solches erwies sich der Absolutismus in der Verteidigung nach außen . . .<sup>1</sup>»

schrrieb Lenin im Januar 1905.

In den Weltkrieg stürzte sich das zaristische Rußland ebenfalls unvorbereitet. Die «weitschauenden» Leiter des Militärressorts nahmen an, daß der Krieg nicht länger als vier bis sechs Monate dauern werde. Der Kriegsminister und der Chef der Hauptverwaltung der Artillerie, General Kusmin-Karawajew, waren der Meinung, daß nach Beendigung der Fertigstellung der Vorräte an Kampfmunition und ihrer Ablieferung an die Armee «ein gewisser Stillstand in der Arbeit eintreten<sup>2</sup>» werde. Die Vorräte reichten nur für die ersten vier Kriegsmonate. Die russische Armee hatte sehr bald keine Granaten, Gewehre, Patronen und keine Aussicht, sie bald zu erhalten. Es fehlte an Gewehren zur Ausbildung der neueingezogenen Mannschaften. Die Verstärkungen wurden ohne Waffen an die Front geschickt.

Die Ursache lag nicht nur in der kurzsichtigen Politik. Dieser Krieg konnte nicht mit Hilfe von «Vorräten», sondern nur mit einer ununterbrochen wachsenden Rüstungsindustrie geführt werden. Aber die alten zaristischen Bürokraten, die eine Stärkung der Bourgeoisie fürchteten, wollten die Industrie nicht zur Versorgung der Armee heranziehen. Mehr als sechs Jahre saß der General Suchomlinow im Kriegsministerium (1909—1915), ohne etwas vom Kriegswesen gelernt zu haben. Dafür umgab er sich mit einem dichten Netz von Spionen des deutschen Generalstabs. Während fünf Jahren der Kriegsvorbereitung und eines ganzen Jahres der Kriegführung blieb der Verrat im Herzen der Armee unentdeckt. Das Militärressort konnte unter Leitung eines solchen Ministers die Zerrüttung nur steigern. Suchomlinow erhielt den Beinamen «General der Niederlagen».

Erst im Sommer 1915, als die schlechtbewaffnete Armee in ungeordneten Haufen von der Front zurückflutete, entschloß sich der Zarismus zur Mobilmachung der Industrie. Am 17. August 1915 wurde ein Gesetz über die Bildung besonderer Beiräte für die Landesverteidigung, für das Verkehrswesen, für Brennstoffbeschaffung und Lebensmittelversorgung erlassen. In seinem Appell an die Vertreter der Bourgeoisie zur Mitarbeit an der Versorgung des Heeres sagte Nikolaus II. bei der feierlichen Eröffnung des Beirats am 22. August:

«Diese Aufgabe ist nunmehr Ihnen anvertraut, meine Herren<sup>3</sup>.»

Die Beiräte, an deren Spitze die Minister standen, erhielten weitgehende Befugnisse. Der Beirat für die Landesverteidigung war unmittelbar dem Staatsoberhaupt unterstellt.

«Keine einzige Stelle oder Person der Regierung durfte ihm Anweisungen erteilen oder Rechenschaft von ihm fordern<sup>1</sup>.»

Der Beirat erhielt das Recht

«die Bereitstellung von Kriegsmaterial in jeder Form zu gestatten . . . ohne jede Einschränkung der erforderlichen Ausgaben<sup>2</sup>».

Die weitgehenden Vollmachten führten jedoch nicht dazu, daß die Kriegsproduktion *organisiert* wurde. Wie der General Manikowski, der 1915 Chef der Hauptverwaltung für die Artillerie war, bezeugt,

«entwickelte sich die Versorgung unserer Armee mit Kriegsmaterial trotzdem nicht nur nicht in dem Tempo, auf das man bei der Schaffung des Beirates gerechnet hatte, sondern sie verschlechterte sich sogar in vieler Hinsicht<sup>3</sup>».

Obwohl der Minister für Handel und Industrie, Fürst Schachowskoj und zwei seiner Vorgänger dem Beirat für die Landesverteidigung angehörten, zeichnete sich dieses «regulierende» Organ durch seine völlige Unkenntnis der Kriegsindustrie und der Möglichkeiten ihrer Mobilmachung aus. Die Vertreter der Großbourgeoisie im Beirat benutzten ihre Stellung, um fette Aufträge zu erhalten und sich mit «organisierter Spekulation» zu beschäftigen.

«Das Dreizoll-Schrapnell war der Leckerbissen, wonach allen Schakalen die Zunge heraushing<sup>4</sup>», schrieb der General Manikowski.

Ebenso fruchtlos blieb die Tätigkeit der anderen Beiräte: für Brennstoffbeschaffung, Lebensmittelversorgung und Verkehrswesen. Die Vertreter der Bourgeoisie und die Beamten «förderten» in diesen Organen die Landesverteidigung, indem sie sich gegenseitig dunkler Machenschaften beschuldigten und sich eifrigst bestechen ließen. Die Bemühungen, den Verbrauch und die Erzeugung zu regeln, scheiterten an dem durch und durch faulen bürokratischen Apparat und seinen unfähigen Leitern. Im November 1915 z. B. entschloß sich der Verkehrsminister A. F. Trepow, die herannahende Hungersnot durch die Regulierung des Eisenbahnverkehrs zu bekämpfen. Durch Beschluß des Ministerrats wurde der Verkehr von Personenzügen zwischen Moskau und Petrograd auf sechs Tage eingestellt, um die Versorgung der Hauptstadt zu verbessern. Aber niemand sorgte für die Organisation der Herbeischaffung von Lebensmitteln

nach Moskau. Während die Regierung den Personenverkehr zum Stillstand brachte, schickte sie leere Güterwagen in die Hauptstadt. Denselben «Erfolg» hatten die Versuche, die Belieferung der Betriebe mit Brenn- und Rohstoffen in Ordnung zu bringen. Die Förderung von Kohle und Erdöl ging zurück, das zerstörte Transportwesen war nicht instande, genügend Holz heranzuschaffen. Der Kriegsindustrie begann schon Anfang 1915 der Atem auszugehen, weil es an Brennstoff fehlte. Im Oktober 1915 beschloß der Sonderbeirat für die Brennstoffbeschaffung die Requirierung von Brennstoff. Die gesamte Bourgeoisie nahm diesen Beschluß äußerst feindselig auf. Im Beirat selbst wurde er übrigens nur mit 14 gegen 10 Stimmen angenommen. In der Zone der Nordwestfront versuchte man, die Requirierung des Brennstoffs mit Hilfe der Militärbehörden durchzuführen. Das Komitee der Holzindustriellen beantwortete diesen Versuch mit der Drohung, die Holzbeschaffung einzustellen.

Während die Bourgeoisie jeden Schritt sabotierte, der zur Regelung der Erzeugung und des Verbrauchs, besonders aber — der Gewinn dienen sollte, suchte jeder Minister des Zaren die an der Zerrüttung Schuldigen im Ressort eines anderen Ministers. Der Ministerrat befaßte sich in einer seiner Sitzungen im Juni 1916 mit der Frage der mangelhaften Belieferung der Armee mit Kohle, Eisen und Lebensmitteln. Stürmer, der damalige Ministerpräsident, erzählt, daß es dabei zu einem Zusammenstoß zwischen dem Verkehrsminister Trepow und dem Industrieminister Schachowskoj kam.

— Die Fabriken haben nicht genügend Kohle — erklärte der Verkehrsminister.

Für die Kohlenversorgung war aber Schachowskoj verantwortlich.

— Kohle habe ich ja genügend, aber Sie stellen keine Waggons — erwiderte Schachowskoj.

— Ich kann deshalb keine Waggons stellen, weil mir das Kriegsministerium alle abgenommen hat . . . und keinen Waggon zurückgibt.

Zu dieser Auseinandersetzung bemerkte dann der Ministerpräsident selbst:

«Die Strecken waren stellenweise derartig verstopft, daß man, um die Durchfahrt der neueintreffenden Waggons zu ermöglichen, andere Waggons vom Bahndamm herunterwerfen mußte . . . ».

Wie Blinde tappten die Minister in ihren Ressorts herum und konnten nicht begreifen, was vor sich ging und wie man die Zerrüttung bekämpfen sollte.

Noch schwerer war es, die rückständige Landwirtschaft und die bäuerliche Bevölkerung in dem Ausmaß zu mobilisieren, wie die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder dies vermochten. Nur unter starkem Zwang konnte die zersplitterte, noch halb im Zustand der Leibeigenschaft befindliche Landwirtschaft zum Verkauf von Produkten veranlaßt werden. Der Bauer hatte Geld nötig, um seine Pachtzahlungen an den Grundbesitzer zu leisten. Auch der zaristische Steuerdruck preßte Geld aus den Bauern. In den Kriegsjahren ging der Verkauf von Produkten durch die Bauernwirtschaften scharf zurück. Der arbeitsfähigste Teil der ländlichen Bevölkerung wurde in die Armee eingezogen — zusammen mit den aus der städtischen Bevölkerung Eingezogenen waren es etwa 16 Millionen Menschen, d. h. 47 Prozent der erwachsenen männlichen Bevölkerung. Einer der Führer der Bourgeoisie, Bublikow, erklärte ganz offen, Rußland führe den Krieg vorwiegend mit dem Blut seiner Söhne, und nicht mit zu Kriegszwecken angehäuften oder erworbenen Kapitalien. Jedes weitere Kriegsjahr beraubte die Landwirtschaft eines bedeutenden Teils ihrer Produktionsmittel. Die Regierung beschlagnahmte Pferde, Schlachtvieh und Zuggeschirr. Die «eifrigen» Beamten requirierten auf solche Weise, daß die Armee keinen erheblichen Nutzen davon hatte. Der Gouverneur von Orel berichtete Anfang 1916 über das Vorgehen der Regierungsagenten, die das Milchvieh bei den Einwohnern beschlagnahmten, während gutgenährtes Jungvieh im Schleichhandel verkauft wurde.

«Man requirierte, was am leichtesten zu requirieren war — erklärte W. Michailowski auf der Konferenz gegen die Teuerung. — Diejenigen Vorräte, die von den wirtschaftlich bessergestellten Kreisen sorgfältig versteckt wurden, wurden offenbar niemals von der Requisition erfaßt!»

Die Zerrüttung äußerte sich auch im Zerfall der ökonomischen Grundlage des Zarismus, des halb frönherrschaftlichen, gutsherrlichen Grundbesitzes. Seine offenste Form, die Verpachtung von Boden an die Bauern, war zurückgegangen. Der Pachtzins sank schon zu Anfang des Krieges ungefähr um ein Drittel.

Auch die Gutsbesitzerwirtschaft selbst ging zurück. Die dauernden Einziehungen zum Heeresdienst unterwühlten sie, indem sie ihr Arbeitskräfte nahmen. Die Heranziehung von Flüchtlingen und Kriegsgefangenen konnte nicht mehr als ein Zehntel des Verlustes an Arbeitshänden wettmachen. Im europäischen Rußland machte sich der Mangel an Landarbeitern bemerkbar: 1914 herrschte in vierzehn von 44 Gouvernements, d. h. in 32 Prozent aller europäischen Gou-

vernements, 1915 in 36 Gouvernements (82 Prozent) und 1916 in sämtlichen 44 Gouvernements des europäischen Rußland bitterster Mangel an Arbeitskräften. Vor dem Krieg war der Arbeitslohn in den Gebieten, die Wanderarbeiter abgaben, erheblich niedriger als in den Gebieten des Zustroms von Arbeitskräften. Seit 1915 erreichte er fast die gleiche Höhe. Darin zeigt sich der Mangel an Landarbeitern auch in den Gebieten, die früher Wanderarbeiter abgaben. Der Mangel an Arbeitskräften sowie der allgemeine Wirtschaftszерfall beschleunigten den Niedergang des halbfronherrschaftlichen gutsherrlichen Grundbesitzes. Sein Niedergang war sogar noch größer als der allgemeine Verfall der Landwirtschaft.

Die Zerrüttung erfaßte nicht nur den halbfronherrschaftlichen Grundbesitz. Der Krieg traf auch die Industrie.

Die militarisierte kapitalistische Wirtschaft bot ein sehr kompliziertes Bild. Die durch den Krieg bewirkten Zerstörungen wurden eine Zeitlang durch den trügerischen Schein eines Aufschwungs verdeckt. Der Krieg führte zu einer Erweiterung der für Rüstungszwecke arbeitenden Industriezweige. Dadurch entstand der Schein eines Aufschwungs. Der Gesamtwert der industriellen Erzeugung stieg von 5620 Millionen im Jahr 1913 auf 6831 Millionen im Jahr 1916. Aber diese Zunahme der Kriegsproduktion verdeckte nur den Niedergang der wichtigsten Industriezweige. Die nicht «für die Landesverteidigung» arbeitenden Betriebe schränkten ihre Produktion im Jahre 1916 um 21,9 Prozent ein, aber auch der Aufstieg der für Rüstungszwecke arbeitenden Industriezweige hörte bald auf, hauptsächlich infolge des Mangels an Brennstoffen und Metallen. Zwei Jahre nach Beginn des Krieges hielt sich die Kohlenförderung im Donezbecken nur mühsam auf dem Vorkriegsniveau, obwohl die Zahl der Arbeiter von 168 000 im Jahre 1913 auf 235 000 im Jahre 1916 gestiegen war. Die monatliche Förderung betrug im Donezbecken pro Arbeiter vor dem Kriege 12,2 Tonnen, im Jahre 1915/16 11,3 Tonnen, im Winter 1916 9,26 Tonnen. Der Minister Schachowskoj mußte zugeben, daß das Sinken der Arbeitsproduktivität verursacht war:

*«durch die verschlechterte Ausrüstung der Gruben infolge der Unmöglichkeit, die für die Kohlenförderung erforderlichen Maschinen und Vorrichtungen rechtzeitig zu reparieren<sup>1</sup>».*

Infolge des Brennstoffmangels wurden Fabriken stillgelegt und die Brotherstellung ging zurück. Die Bevölkerung heizte ihre Oefen mit Zaunbrettern und Möbeln.

Es fehlte nicht nur an Brennstoffen, sondern auch an Metallen. Im Jahre 1916 wurden 36 Hochöfen ausgeblasen. Der Metallver-

brauch wurde kontingentiert. Ende 1916 konnte nur die Hälfte des Metallbedarfs der Rüstungsindustrie befriedigt werden.

Am krassesten und offensten kam der Zerfall der Wirtschaft im Transportwesen zum Vorschein. Die Verkehrskrise spiegelte den Gesamtzustand der militarisierten Wirtschaft wider. Anfangs erfolgte ein Aufschwung, eine Zunahme der Transportleistungen. Aber dieser Aufschwung war sichtlich unzureichend, um die Erfordernisse des Krieges restlos zu erfüllen. Trotz der Zunahme der Beförderungsziffern nahm die Menge der nichtbeförderten Güter katastrophal zu. Sie belief sich bereits in der zweiten Hälfte von 1914 auf 84 000 Waggons. In der ersten Hälfte von 1916 häuften sich die nicht beförderten Güter bergehoch und wuchsen auf 127 000 Waggons an. Am 15. Juli 1916 schrieb der Stabschef des Höchstkommandierenden, der General Alexejew, in einem Bericht an den Zaren:

«In der gegenwärtigen Zeit gibt es kein einziges Gebiet des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, auf dem sich nicht ernsthafte Erschütterungen infolge der ungenügenden Erfüllung der Transportbedürfnisse bemerkbar machen... Die Anforderungen der für Kriegszwecke arbeitenden Betriebe werden vom Verkehrswesen im Durchschnitt nur zu 50—60 Prozent erfüllt. In das Petrograder Gebiet können, laut Mitteilung des Verkehrsministers, statt der erforderlichen  $18\frac{1}{2}$  Millionen Pud nur 8 Millionen Pud befördert werden. Unter diesen Umständen ist nicht nur an keine Erhöhung der Produktivität der Fabriken zu denken, sondern sogar der jetzige Leistungsstand wird herabgesetzt werden müssen<sup>1</sup>.»

Die Wirtschaft des Landes zerfiel in eine Anzahl mehr oder weniger *isolierter Bezirke*. Dadurch wurden die Vorteile der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die durch die kapitalistische Entwicklung erzielt worden waren, zunichte gemacht, und das zaristische Rußland wurde um viele Jahrzehnte zurückgeworfen. So standen die Herbstpreise für Roggen in den zentralen Industriebezirken um folgende Prozentsätze höher als die Preise in den benachbarten Bezirken des Zentralen Schwarzerdegebietes:

Im Durchschnitt von 1914:	19 Prozent
« « « 1915:	39 Prozent
« « « 1916:	57 Prozent

Im Jahre 1916 war die Preisdifferenz infolge der Schwierigkeiten beim Getreidetransport auf das Dreifache gestiegen.

Der Verfall des Transportwesens verschärfte die *Lebensmittelkrise* außerordentlich. Infolge der schlechten Arbeit der Eisenbahnen

entstand bereits eine Nahrungsmittelnot, als noch Getreidevorräte von den früheren Ernten her im Lande vorhanden waren. Getreidemengen in der Höhe von etwa 1 Milliarde Pud konnten nicht in die Konsumgebiete befördert werden. Infolgedessen griff die Getreidepreistreiberei rasch um sich. Der Landwirtschaftsminister Rittich entschloß sich im Herbst 1916 sogar zu einer extremen Maßnahme: er verfügte den Lieferungszwang für Getreide. Rittich war ein typischer Vertreter der Bürokratie. Er hatte eine vorzügliche bürokratische Schule durchgemacht, als er nach der Revolution von 1905 verschiedene Aemter für Landwirtschaft und Agrarfragen leitete. Aber die Praxis der Stolypinschen Agrarpolitik erleichterte ihm nicht die Durchführung der zwangsweisen Getreidelieferung. Der Versuch endete mit einem Fiasko. Es gelang nicht, Getreide zu beschaffen. Die Kornspeicher in den Hauptpunkten des Konsums leerten sich rasch. Im Herbst 1915 waren die Städte auf Hungerration gesetzt. Die Armee erhielt nur noch die Hälfte ihres Nahrungsmittelkontingents.

Die Desorganisation der Märkte und die Preistreiberei steigerten die Zerrüttung der Geldzirkulation. Das Gold verschwand gleich zu Beginn des Krieges aus dem Umlauf. Die Ausgaben stiegen von Jahr zu Jahr. Das Defizit im Staatshaushalt betrug:

1914: 39 Prozent

1915: 74 Prozent

1916: 76 Prozent

Immer größere Mengen von Papiergeld wurden gedruckt. Der Rubel fiel. Das Kreditwesen wurde vollständig untergraben. Die Untergrabung des Kreditwesens steigerte ihrerseits die Desorganisation des Marktes.

Die bürgerliche Wirtschaftsliteratur enthält Angaben über den Niedergang des «Volksvermögens» infolge des Krieges. Nach diesen Ziffern hatte Rußland bei Beendigung des Krieges (1919) 60 Prozent dessen verloren, was es 1913 besaß, während die entsprechenden Verluste in England 15 Prozent, in Frankreich 31 Prozent, in Deutschland 33 Prozent, in Oesterreich-Ungarn 41 Prozent betragen. Nur in Japan und Amerika vergrößerte sich das «Volksvermögen», das selbstverständlich in den kapitalistischen Ländern ebensowenig dem Volk gehört, wie das «Volkseinkommen».

War der Rückgang des Gesamtvermögens in Rußland am größten, so verfiel hier auch die Wirtschaft rascher, als in irgendeinem anderen Lande.



Der Zusammenbruch der Wirtschaft hatte einen scharfen Sturz der Währung zur Folge; im Vergleich zum Dollar standen die Währungen (in Prozenten) wie folgt:

	1915	1918
In Japan	0	+ 1
« England	— 3	— 2
« Frankreich	— 8	— 12
« Italien	— 16	— 20
« Deutschland	— 16	— 23
« Oesterreich-Ungarn	— 27	— 33
« Rußland	— 29	— 40

Das Tempo des Wahrungssturzes war in den einzelnen Ländern verschieden. In Japan blieb die Währung auf der Höhe der Goldparitat, in England sank sie nur wenig. *Am stärksten* entwertete sich die Währung in Rußland und Oesterreich-Ungarn; erheblich — zweibis dreimal weniger — in Deutschland, Italien und Frankreich.

Die Vereinigten Staaten, Japan und England führten den Krieg ausschließlich auf *fremden* Territorien. Italien wurde durch die Kriegsoperationen fast gar nicht berührt. Der von den Ententetruppen besetzte Teil Deutschlands war ganz klein. Die vom Feinde besetzten Gebiete des zaristischen Rußland übertrafen, sowohl an absoluter Ausdehnung, wie auch an Bedeutung für das Land bei weitem alle Gebiete, die Oesterreich und Frankreich entrissen worden waren.

Eine schwer ins Gewicht fallende Besonderheit Rußlands war die ungeheure Ausdehnung der Kampffronten. Die russische Frontlinie war um ein Mehrfaches länger als die Frontlinien der übrigen Mächte. Die Millionenmassen der russischen sowie der deutschen und österreichischen Armeen durchquerten auf *mehrmaligen* Vormarschen und Rückzügen das gewaltige Gebiet des östlichen Kriegsschauplatzes. Da die militärischen Operationen den Charakter des Bewegungskrieges trugen, wurden nicht nur die eigentlichen Kriegsgebiete verwüstet, sondern auch die angrenzenden Gegenden, die besonders schwer unter den verheerenden Wirkungen der Evakuierungen litten. Von der Evakuierung wurde im zaristischen Rußland ein Gebiet von mehr als 500 000 Quadratkilometern mit 25 Millionen Einwohnern, d. h. ein Siebentel der gesamten Bevölkerung betroffen. 3 Millionen Menschen wurden aus ihren Wohnorten gerissen und ins Hinterland abgeschoben. Die zu vielen Tausenden ins Hinterland strömenden Flüchtlinge verbreiteten Desorganisation und Panik und zerrütteten den ganzen Organismus des Wirtschaftslebens. Im Gegensatz zu Frankreich, das nur ein einzigesmal, im August 1914, die feindliche

Besetzung und Räumungsmaßnahmen erlebte, und dies auch nur auf einem kleinen Teil seines Gebietes, wurde das zaristische Rußland im Verlaufe des gesamten Krieges ständig durch Besetzungen und Räumungen erschüttert.

Infolge seiner technischen Rückständigkeit außerstande, die gesamte Wirtschaft für die Kriegführung zu mobilisieren, mußte sich Rußland an die Alliierten um Hilfe wenden.

Die Summen der von den Alliierten zur Verfügung gestellten Kredite stiegen von Monat zu Monat. Etwa 8 Milliarden Rubel flossen in die Hände der Regierung. Die Kriegsschulden Rußlands betragen fast das Doppelte der gesamten Vorkriegsschulden: 7745,9 Millionen Rubel gegenüber 4066 Millionen. Die Kredite waren bedeutend höher als die Summe der Aufträge, die Rußland an die Alliierten vergab. Außer den Aufträgen bei den Verbündeten mußten die Zinsen für die Staatsanleihen und die Kriegslieferungen aus den neutralen Ländern, aus Japan und Amerika, bezahlt werden.

Durch die Anleihen geriet Rußland in noch größere Abhängigkeit von den Alliierten. England hatte faktisch darüber zu entscheiden, für welche Zwecke die Kredite verwendet wurden. Als Sicherung der Kredite pumpten die Alliierten das Gold aus Rußland heraus. Im Mai 1916 schrieb der Finanzminister Bark:

«Die besonders ungünstigen Kreditbedingungen, die uns zur Zeit von England angeboten werden, zeugen davon, daß mit der weiteren Entwicklung der militärischen Ereignisse die Anleiheaufnahme Rußlands bei den Verbündeten allein immer schwieriger wird und daß *unsere völlige finanzielle Abhängigkeit von den Verbündeten äußerst drückend ist*.»

Sogar dieser Minister der Zarenregierung mußte zugeben, daß die halbkoloniale Abhängigkeit Rußlands in den Kriegsjahren immer stärker wurde. Der alte zaristische Bürokrat sah nur einen Ausweg: neue Anleihen an anderer Stelle, nämlich bei den amerikanischen Imperialisten.

Der Krieg gegen die Zentralmächte unterbrach jäh die russischen Wirtschaftsverbindungen mit der Außenwelt. Vor dem Kriege kam die Hälfte aller nach Rußland eingeführten Waren aus den mittel-europäischen Ländern. Etwa ein Drittel der russischen Ausfuhr ging in diese Länder. Die übrigen Länder waren viel weniger mit Deutschland und Oesterreich verflochten, und natürlicherweise hatte der Abbruch dieser Wirtschaftsbeziehungen für England, Frankreich, ja auch für Italien keine so verheerenden Folgen. Nicht nur die wirtschaftlichen Verbindungen Rußlands mit den Mittelmächten wurden

zerstört, es rissen plötzlich die Verbindungen zu fast der ganzen Welt ab. Die Grenzen auf dem europäischen Festland waren gesperrt, mit Ausnahme der schwedisch-norwegischen und der wirtschaftlich bedeutungslosen rumänischen Grenze, über die ein Verkehr mit Ländern jenseits Rumäniens nicht möglich war. Die Ostsee wurde von den deutschen Unterseebooten beherrscht. Nachdem die Türkei in den Krieg eingetreten war, entstand eine ähnliche Lage auf dem Schwarzen Meer. Ueber alle diese Grenzen waren 1913 insgesamt neun Zehntel der Ausfuhr und fünf Sechstel der Einfuhr gegangen.

Während der Kriegszeit hing die Verbindung des zaristischen Rußland mit der Außenwelt einzig an dem dünnen Faden der großen transsibirischen Strecke, die 8000 Kilometer lang war und als einzigen Ausgang zum Meer Wladiwostok hatte; die Murmansk-Eisenbahn wurde erst Ende 1917 fertiggestellt. Während der Sommermonate wurde eine ergänzende Verbindung über Archangelsk aufrecht-erhalten, das mit dem Zentrum durch eine Schmalspurbahn verbunden war; erst 1916 wurde diese Strecke auf Normalspurweite umgebaut. Archangelsk konnte nur einen geringen Frachturnsatz bewältigen. Wie gering die Leistungsfähigkeit dieser Bahnlinie war, kann man daraus ersehen, daß ein *Güterverkehr mit Fuhrwerken* eingerichtet wurde, wie zur Zeit Iwans des Schrecklichen. Die Güter wurden mit Fuhrwerken 1200 Kilometer weit, erst auf der Landstraße von Archangelsk nach Wologda, dann von Wologda nach Petrograd befördert. Rodsjanko schrieb:

«Schon zu Anfang des Krieges liefen bei der Duma Mitteilungen ein, daß sich der Abtransport auf der Schmalspurbahn von Archangelsk sehr schwierig gestalte und der Hafen daher durch Frachten verstopft sei. Die Lieferungen aus Amerika, England und Frankreich häuften sich bergehoch an und konnten nicht ins Innere des Landes transportiert werden. Litwinow-Falinski machte schon in den ersten Kriegstagen warnend darauf aufmerksam, daß sich der Hafen von Archangelsk in einem fürchterlichen Zustand befinde. Man erwartete das Eintreffen großer Kohlenlieferungen für die Petrograder Fabriken aus England, aber es gab nicht einmal Platz für das Ausladen der Kohle. Obwohl Archangelsk der einzige Kriegshafen war, der uns mit den Alliierten verband, hatte man sich fast gar nicht um ihn gekümmert. In einer der ersten Sitzungen des Sonderbeirates mußte die Frage Archangelsk aufgeworfen werden; es wurde die Anfrage an die Minister gerichtet, was sie zu tun gedächten. Die Minister, Suchomlinow, Ruchlow und Schachowskoj antworteten entweder ausweichend oder gaben Versprechungen, ohne wirklich etwas zu unter-

nehmen. Indessen war die Menge der aufgestapelten Gütersendungen gegen Ende des Sommers 1915 so groß geworden, daß die auf dem Boden liegenden Kisten unter dem Gewicht der über ihnen lagernden Frachten förmlich in den Boden sanken<sup>1</sup>.»

Das ganze schwerfällige Gebäude des zaristischen Rußland verfiel der Zerstörung. Die Kriegskosten überstiegen die Kräfte des Landes. Rußland verausgabte in den ersten drei Kriegsjahren 167 Prozent der Gesamteinnahmen von 1913, während die entsprechenden Ziffern in Frankreich 105 Prozent, in England 130 Prozent betragen. Nur in Oesterreich-Ungarn erreichten die Ausgaben die Höhe von 160 Prozent.

Der Krieg lastete auf Rußland schwerer als auf irgendeinem anderen Land. 30 Monate Anstrengung der Kräfte bewirkten den Zerfall der Industrie, den Niedergang der Landwirtschaft, die Krise des Verkehrswesens, die Hungersnot.

«Wir sind im Hinterland ohnmächtig oder nahezu ohnmächtig ... — schrieb Gutschkow im August 1916 an den Stabschef des Höchstkommandierenden, General Alexejew. — Unsere Kampfmittel sind zweiseitig und können, bei der erregten Stimmung der Volksmassen, besonders der Arbeitermassen, der zündende Funke zu einem Brand werden, dessen Auswirkungen niemand voraussehen oder zu lokalisieren vermag<sup>2</sup>.»

Das ganze Gewicht der Kriegslasten wurde auf die Schultern der Arbeiter und Bauern abgewälzt. Die Massen wurden immer stärker von revolutionärer Empörung ergriffen. Die Explosion stand bevor. Der imperialistische Krieg erwies sich als ein mächtiger Faktor zur Beschleunigung der Revolution.

### 3.

## Die Zersetzung der Armee

Durch die gleiche Schule der Not und der Erziehung zur Revolution ging auch die Armee. Die Massenschlächtereie und die zahllosen Verluste öffneten den Betrogenen die Augen. Durch Millionen Tote und Verstümmelte wurde mit rücksichtsloser Schärfe der wahre Sinn des Krieges, sein räuberischer Charakter bloßgelegt.

Zu den Schrecken des Massenmordens kamen die unerträglichen materiellen Entbehrungen. Schützengräben, die von Schlamm und Schmutz starrten, kein warmes Essen, Mangel an Brot, Legionen von Läusen — so sah das Frontleben aus.

«Weißt Du, wie es bei uns in der Stellung zugeht? — lesen wir in einem der zahllosen typischen Soldatenbriefe. — Wir liegen im Graben. Hunger, Schmutz, Läuse und wieder Läuse, Essen fassen wir nur einmal täglich, um zehn Uhr abends, und auch dann nur schwarze Linsen, wie sie kein Schwein fressen würde. Man kommt einfach vor Hunger um . . .<sup>1</sup>»

Schlecht ausgerüstet, von unfähigen Generalen geführt, von käuflichen Intendanturbeamten bestohlen, erlitt die Armee Niederlage auf Niederlage. Ohne Glauben an sich selbst, ohne Vertrauen zu ihren Befehlshabern, nicht wissend, wofür Millionen Menschen geopfert wurden, schlecht vorbereitet, hungernd, barfuß, überließ sie dem Feind eine Stadt nach der anderen, ganze Gebiete, Zehntausende von Gefangenen.

Die Soldaten waren über die furchtbaren Niederlagen erbittert. In den Massen wuchs die Unzufriedenheit, ging in dumpfe Gärung über und führte schließlich zu aktiven Erhebungen. Unter Flüchen auf die allgemeine Verwirrung und das Durcheinander verweigerten die Soldaten den Gehorsam, leisteten den Befehlen zur Offensive nicht Folge, wichen dem Kampf aus.

«Hier in der Armee ist überall große Aufregung — hieß es in einem Brief von der Nordfront —, der Krieg hängt allen zum Halse heraus. Wir erhielten schon mehrmals den Befehl zur Offensive, aber die Soldaten gehen einfach nicht aus den Gräben heraus und damit basta. So ist aus der Offensive eben nichts geworden<sup>2</sup>.»

Ein anderer Soldat, aus dem 408. Kusnezker Infanterieregiment, schrieb, ebenfalls von der Nordfront:

«Viermal haben wir Offensive gemacht, aber es ist nichts dabei herausgekommen: unsere Regimenter sind einfach nicht vorgegangen. Einige Leute sind gegangen, aber die anderen sind in den Gräben geblieben und deshalb bin ich auch dringeblichen<sup>3</sup>.»

Nach den Mitteilungen der zaristischen Zensurbehörden, von denen die Briefe der Soldaten geöffnet wurden, berichteten mehr als 60 Prozent der Briefschreiber über die stete Zunahme der defaitistischen Stimmungen. Die Soldaten liefen von der Front fort, ließen sich gefangennehmen oder brachten sich selbst Schußverletzungen an den Händen oder Füßen bei, um ins Lazarett zu kommen.

Sie suchten den Schrecken des Krieges durch die Desertion zu entgehen. Die Deserteure leben wie gehetzte Tiere, jede Minute

mußten sie ihre Verhaftung durch die Polizei befürchten. Aber trotzdem zogen sie dem Verbleiben an der Front das Hungerleben des Deserteurs vor, auf den Feldgendarme Jagd machten, wie auf wilde Tiere.

Im Jahre 1916 waren aus der russischen Armee bereits mehr als anderthalb Millionen Soldaten desertiert.

Die ohnehin schon schwere Lage der Soldaten wurde vollends unerträglich durch die Schikanen der Offiziere. Auf Schritt und Tritt waren die Soldaten körperlichen Mißhandlungen ausgesetzt, ständig waren sie von Strafen bedroht. Für das geringste Vergehen wurden Disziplinarstrafen verhängt. Für irgendeinen Verstoß im Dienst, für mangelhafte Erfüllung der Grußpflicht, für die Nichtbeschaffung von Wodka gab es Prügel und Hiebe. Die Offiziere ließen an den Soldaten ihre Wut über das eigene Versagen aus, schlugen sie im Rausche zu Krüppeln und mißhandelten sie auch, wenn sie nüchtern waren, bis aufs Blut. «Das Gesicht des Soldaten ist wie eine Trommel; je fester man draufschlägt, um so lustiger schallt es», sagten die Soldaten mit bitterer Ironie über die Schindermethoden der Offiziere.

In den Briefen, die von der zaristischen Geheimpolizei zu tausenden konfisziert wurden, werden die Schrecken und Nöte des Soldatenlebens geschildert:

«Je länger man lebt, desto schlimmer ist es. Die Vorgesetzten würgen uns, pressen uns das letzte bißchen Blut aus, das noch geblieben ist. Man kann die Zeit nicht mehr erwarten, wo das alles einmal ein Ende hat . . .!»

In einem anderen Brief, auf den eine schmerzgebeugte Mutter vergeblich wartete, heißt es:

«Liebe Mama! Ich wünschte, Du hättest mich nie geboren, oder Du hättest mich als kleines Kind ins Wasser geworfen, so furchtbar werde ich jetzt gequält.»

Es häuften sich die Fälle, wo die Soldaten Vergeltung an grausamen Vorgesetzten übten. Verhaßte Offiziere fielen im Kampf durch Schüsse aus den eigenen Reihen.

Der Schriftsteller L. Woitolowski, der das Leben der Armee beobachtete, zeichnete ein Soldatenlied auf, das den ganzen Haß gegen die Offiziere anschaulich wiedergibt:

«Einsam bin ich und verlassen,  
Gehe in den finstern Wald . . .

Dunkelheit ist rings umher.  
Mit mir hab' ich das Gewehr.

Freiwillig will ich nun gehen,  
Dreifach Unheil soll geschehen:  
Erstens wird ein Offizier  
In den Wald gelockt von mir.

Zweitens dann mit kaltem Blut  
Leg' ich an und ziele gut.  
Und das dritte ist mein Schuß,  
Der ins Herz ihn treffen muß . . .  
Offizier, Du Hundesohn!  
Endlich hast Du Deinen Lohn!<sup>1</sup>»

In den meisten Fällen wurden die Schuldigen nicht entdeckt. Nicht nur im Felde, sondern auch in der Etappe, in den Ersatzbataillonen, wurden Offiziere getötet. Die Grundlage der alten Disziplin — die Furcht vor den Vorgesetzten — war im Verschwinden. Immer häufiger wurden im Heere die Fälle von direkten Aktionen der Soldaten gegen ihre Vorgesetzten, und zwar handelte es sich keineswegs um Einzelaktionen. Statt der zwecklosen individuellen Auflehnungen und Proteste, die gewöhnlich tragisch endeten, begannen die Soldatenmassen kollektiv zu handeln. «Streiks» von besonderer Art ergriffen nunmehr manchmal ganze Regimenter und Divisionen. Einer der vielen Soldatenbriefe schildert im Jahre 1916 einen derartigen Streik an der Front folgendermaßen:

«Der Divisionskommandeur erfuhr von diesem Streik. Er kam zu dem Regiment und traf keinen einzigen Offizier auf seinem Posten. Sie hatten sich irgendwo versteckt. Er traf nur einen Leutnant an, den er mit dem Kommando über das Regiment beauftragte. Er befahl ihm, sofort zum Angriff überzugehen. Aber auch jetzt weigerten sich sämtliche Kompagnien vorzugehen. Es ertönten Rufe: ‚Gebt uns erst zu essen, gebt uns Monturen und Stiefel, sonst kämpfen wir nicht, oder wir lassen uns sämtlich gefangennehmen‘. Die Lage war ernst und sogar kritisch. Hätte der Feind davon gewußt, so hätte er uns mit bloßen Händen gefangennehmen können. Außer unserm Regiment streikte das Zarewjer Regiment und noch andere Regimenter unserer Division. Zwei Bataillone aus einem Regiment unserer Division begaben sich bis auf den letzten Mann freiwillig in Gefangenschaft . . . Man wollte alle Soldaten erschießen, man wollte ihnen die Ge-

wehre, Handgranaten und sonstigen Waffen abnehmen, aber die Soldaten gaben sie nicht heraus, und es traten noch andere Divisionen in den Streik, so daß keine Leute da waren, um einen Erschießungsbefehl durchzuführen: alles streikte . . . Ja, wie konnte es auch anders sein? Die Leute hungerten und froren, fast ohne Schuhwerk, beim bloßen Anblick tat einem das Herz weh<sup>1</sup>.»

Zur Zersetzung der Armee trugen die klassenmäßigen Veränderungen innerhalb des Kommandobestandes erheblich bei. Das Offizierkorps bildete vor dem Krieg eine auserlesene, dem «Thron» ergebene, durch ihre Klassenzusammengehörigkeit fest geschlossene Kampforganisation, die im wesentlichen auf der Klasse der Gutsbesitzer beruhte. Die zaristische Regierung wachte sorgfältig darüber, daß das Offizierkorps nicht durch «unstandesgemäße» Elemente ergänzt wurde. Das Offizierkorps selbst kämpfte gegen das Eindringen von Angehörigen der unteren Klassen in seine Reihen. Aber der Krieg brachte die Grundpfeiler dieser Kaste ins Wanken. Die Kaderoffiziere erlitten schon in den ersten Kriegsmonaten schwere Verluste. An ihre Stelle traten allmählich Angehörige anderer Schichten. Die alte Offizierkaste ging in einem Meer von Fähnrichen aus «unstandesgemäßen» Kreisen unter. Rechtsanwälte, Lehrer, Beamte, Seminaristen, die nicht fertig studiert hatten, Gymnasiasten, Studenten, die man eingezogen hatte, füllten die Reihen des Offizierkorps. Die alten Offiziere traten den Neulingen mit unverhüllter Verachtung und Feindseligkeit entgegen. Die Demokratisierung des Offizierkorps steigerte den Zerfall im Kommandobestand, was zu einer weiteren Verschärfung der Gegensätze in der Armee führte.

Die sinnlose Vernichtung von Menschenleben, die skrupellose Willkür der Kommandostellen, die Unfähigkeit der Heeresleitung, das Chaos und die Schwere der Lebensbedingungen rüttelten selbst die rückständigsten Soldaten auf. Bei einem Teil der Soldaten löste der Krieg Schrecken und Verzweiflung aus, bei einem anderen das Verlangen nach einem Ausweg, das Verlangen, die an dem sinnlosen Blutvergießen Schuldigen zu finden.

Der patriotischen Presse, deren Schlammluten die Armee überschwemmen, gelang es in der ersten Zeit, den dumpfen Groll der Soldaten in die gewohnten Bahnen des Hasses gegen den «Feind» abzulenken. Jede Niederlage, der geringste Mißerfolg wurde durch die Machenschaften des äußeren Feindes — der Deutschen — und des «inneren Feindes» — der Juden — erklärt. Eine Welle von Pogromen fegte im Frontgebiet Hunderte von jüdischen Ortschaften fort. Zehn-



tausende Flüchtlinge wurden ihrer Habe beraubt und von ihren Wohnsitzen in unbekannte Fernen vertrieben.

Bei den Soldaten entstand sogar die bissig-spöttische stehende Redensart: «Im letzten Befehl ist wieder von jüdischen Spionen die Rede — also gibt es einen neuen Rückzug.»

Bei anderen Soldaten rief der Krieg ein Gefühl des Hasses gegen die Bourgeoisie und die Regierung hervor. Je länger sich der Krieg hinzog, desto stärker wuchs die Erbitterung gegen die herrschenden Klassen. Die Partei der Bolschewiki gab diesem spontanen Prozeß einen organisierten Charakter.

Von der Zarenregierung außerhalb des Gesetzes gestellt, arbeiteten die Bolschewiki mit höchstem Opfermut in der Armee. Wo der erbitterte Soldat sein Gewehr umklammerte, ohne zu wissen, gegen wen er es richten sollte, lenkten die Bolschewiki mit großem Geschick seine Empörung gegen die Regierung und die Bourgeoisie. Wo die Soldaten, in wilde Wut gebracht, in sinnlosen Gewalttaten an den «Fremdstämmigen» einen Ausweg suchten, griffen die Bolschewiki mit ihrer internationalistischen Agitation ein, die sie der finsternen Reaktion des Zarismus und der Nationalisten entgegenstellten. Den spontanen Ausbruch der Verzweiflung verwandelten die Bolschewiki durch hartnäckige Arbeit in eine organisierte Aktion gegen den Zarismus. Von der Geheimpolizei verfolgt, für die bloße Parteizugehörigkeit vor die Standgerichte geschleppt, erfüllten die Bolschewiki unbeugsam ihre Pflicht als revolutionäre Kämpfer.

Um den «Aufruhr» zu bekämpfen, griff die zaristische Regierung in breitem Maße zur «Abschiebung der Unbotmäßigen» an die Front. Es genügte ein Wort der Unzufriedenheit über die schweren Arbeitsbedingungen in der Fabrik, und der Unternehmer oder der Vorarbeiter setzte den Arbeiter auf die schwarze Liste, einen Tag später wurde er auf das Bezirksmilitäramt geladen und in die «Marschkompagnie» geschickt. Als «unzuverlässig» galt vor allem jeder, der verdächtigt wurde, den Bolschewiki nahezustehen. Die zaristische Regierung hatte in ihrer Kurzsichtigkeit schon bei Beginn des Krieges nicht weniger als 40 Prozent der Industriearbeiter in die Armee eingezogen. Außerdem befanden sich in der Armee und Flotte nicht wenige aktive Teilnehmer der Revolution von 1905, nicht wenige frühere Leser der bolschewistischen «Prawda», die von der Regierung gleich bei Beginn des Krieges verboten wurde. Hier fand die bolschewistische Partei ergebene Propagandisten, mit deren Hilfe sie immer tiefer in die Soldatenmassen eindrang.

Trotz des Regierungsterrors verstand es die bolschewistische Partei, in einer Anzahl von Truppenteilen des Hinterlandes ihre Militärorganisationen zu schaffen. Diese Arbeit wurde durch den Einfluß der ortsansässigen Proletarier erleichtert. In Petrograd, Moskau, Smolensk, Kiew, Charkow, Jekaterinoslaw, Saratow, Nishnij-Nowgorod, Samara, Zarizyn, Jekaterinburg, Twer, Baku, Batum, Tifflis, Kutais, in Lettland — überall wurde eine angespannte Arbeit geleistet. Infolge der Einziehung der nach Narym verbannten Bolschewiki zum Heeresdienst wurde es möglich, in Tomsk eine ziemlich starke Militärorganisation ins Leben zu rufen. Einen großen Einfluß auf die Truppenteile im Hinterland übten auch die Verbindungen aus, die die Soldaten mit den ortsansässigen Bolschewiki und den bolschewistisch gesinnten Proletariern hatten. Die Arbeiterstreiks im Lande zeigten den Soldatenmassen die Möglichkeit eines revolutionären Auswegs. Hier ein typisches Beispiel, wie der revolutionäre Kampf der Arbeiter auf die Soldaten wirkte:

«Während der zahlreichen Demonstrationen am Jahrestag des 9. Januar (im Jahre 1916. *Die Red.*) kam es mehrfach vor, daß die Demonstranten Soldaten begegneten. So begegneten die Arbeiter auf der Wiborger Chaussee Autokolonnen, die Soldaten transportierten. Freundschaftliche Begrüßungen wurden gewechselt. Beim Anblick der roten Fahnen nahmen die Soldaten ihre Mützen ab und riefen: ‚Hurra!‘ ‚Nieder mit dem Krieg!‘ usw. Am 10. Januar abends marschierte über den Großen Sampsonjewski-Prospekt eine gewaltige Kolonne von Arbeiterinnen, Arbeitern und Soldaten... Die Polizei hielt sich während der ganzen Zeit abseits... Die Tatsache, daß sich unter der mehr als tausendköpfigen Menge 300 bis 400 Soldaten befanden, wirkte ‚beruhigend‘ auf die Polizei... Die Demonstration dauerte über eine Stunde!»

Mit welcher beispiellosen Energie und Aufopferung die Partei der Bolschewiki kämpfte, um die Armee zu revolutionieren, zeigt einer von den vielen Berichten der zaristischen Polizei, die sich vergeblich bemühte, die revolutionäre Organisation auszurotten:

«Die Lenin-Anhänger, die zu beherrschender Bedeutung in der Partei gelangt sind und die erdrückende Mehrheit der illegalen sozialdemokratischen Organisationen in Rußland hinter sich haben, gaben zu Anfang des Krieges in ihren wichtigsten Zentren (Petrograd, Moskau, Charkow, Kiew, Tula, Kostroma, Gouvernement Wladimir, Samara) bedeutende Mengen von revolutionären Flugblättern heraus, in denen sie die Beendigung des

Krieges, den Sturz der bestehenden Regierung und die Aufrichtung der Republik forderten. Die greifbare Folge dieser Tätigkeit der Lenin-Anhänger waren Streiks und Unruhen unter den Arbeitern<sup>1</sup>.»

Die Bolschewiki traten vor die Soldaten mit einem klaren, von Lenin ausgearbeiteten Programm, mit eindeutigen und verständlichen Losungen, die auf die brennendsten Tagesfragen eingingen. Auf die Unzufriedenheit der Soldaten, auf den heißen Drang nach Frieden gestützt, das Regime der Schinderei, den Verrat und die Unfähigkeit der Vorgesetzten entlarvend, gewannen die Bolschewiki die erwachenden Soldaten vorsichtig, aber beharrlich für das Programm der revolutionären Aktion.

«Die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg ist die einzig richtige proletarische Lösung . . .<sup>2</sup>»,

so kennzeichnet das am 4. November 1914 veröffentlichte Manifest des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei das Programm des revolutionären Kampfes. Nur auf diesem Wege konnten das Proletariat und die Werktätigen sich aus dem tödlichen Ring des Krieges herausreißen, nur in dieser Umwandlung konnte der Ausweg aus der Sackgasse gesucht werden, in die das Land durch die Bourgeoisie und ihre Lakaien, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, gebracht worden war.

Aber dieses Programm forderte ein bestimmtes revolutionäres Handeln, und Lenin zeigte klar, was zu tun war:

«Revolution während des Krieges ist Bürgerkrieg, und die *Umwandlung* des Krieges der Regierungen in den Bürgerkrieg wird einerseits durch militärische Mißerfolge (die ‚Niederlage‘) der Regierungen erleichtert, andererseits aber ist es faktisch *unmöglich*, eine solche Umwandlung anzustreben, ohne gerade damit die Niederlage zu fördern<sup>3</sup>».

An einer andern Stelle schrieb Lenin:

«Die einzige Politik einer wirklichen, nicht nur in Worten bestehenden, Durchbrechung des ‚Burgfriedens‘, der Anerkennung des Klassenkampfes, ist die Politik der *Ausnutzung der Schwierigkeiten* der eigenen Regierung und der eigenen Bourgeoisie durch das Proletariat *zum Zweck ihres Sturzes*. Das kann man aber nicht erzielen, das *kann man nicht erstreben*, wenn man nicht die Niederlage der eigenen Regierung will, wenn man nicht auf diese Niederlage hinwirkt<sup>4</sup>.»

Die Losung der Niederlage der eigenen Regierung war die Richtschnur der bolschewistischen Taktik während des imperialistischen Krieges. Die Bolschewiki hatten die Aufgabe, die in der Armee und im Land fortschreitende Zermürbung der Kriegsdisziplin und die defaitistischen Stimmungen auf jede Weise auszunutzen, um die revolutionäre Aktivität der Arbeiter und Soldaten zu steigern. Es galt, den Soldatenmassen die Erkenntnis vom Gegensatz der Interessen des imperialistischen «Vaterlandes» und der Interessen der Werktätigen beizubringen, ihnen die Notwendigkeit der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg klarzumachen. Das bedeutete natürlich nicht, wie die Trotzkiisten «anzudeuten» suchten, daß man dem deutschen Imperialismus Hilfe leisten, in Rußland Brücken in die Luft sprengen sollte usw. Es bedeutete die Untergrabung der Kräfte der Zarenmonarchie, dieser barbarischsten Regierung, die riesige Bevölkerungsmassen in Europa und Asien unterdrückte. Es bedeutete eine hartnäckige Arbeit zur revolutionären Zersetzung der Armee, zur revolutionären Aufrüttelung der Massen, es bedeutete die Fortsetzung und Verschärfung des revolutionären Kampfes unter den Verhältnissen des imperialistischen Krieges. Gerade deshalb wandten sich alle bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien Rußlands mit solcher Entschiedenheit gegen diese Losung: die Kadetten, die Trudowiki, die Sozialrevolutionäre und sämtliche Spielarten der Menschewiki, darunter auch Trotzki. Plechanow schrieb über die bolschewistische Losung:

«Eine Niederlage Rußlands... würde seine ökonomische Entwicklung und damit auch das Wachstum seiner Arbeiterbewegung verlangsamen<sup>1</sup>».

Trotzki erklärte seinerseits, eine Niederlage Rußlands bedeute den Sieg Deutschlands. Er entstellte dabei aufs gröbste die Losung Lenins, indem er verschwieg, daß Lenin diese Losung nicht nur für die russischen Revolutionäre, sondern für die revolutionären Parteien der Arbeiterklasse aller Länder aufgestellt hatte.

Die Losung der Niederlage der eigenen Regierung wurde nicht nur von den offenen Sozialverrättern und den Zentristen vom Schlage Trotzki bekämpft, sondern auch von den «linkslerischen» und rechten Elementen innerhalb der bolschewistischen Partei abgelehnt. So kritisierte z. B. Kamenew die Leninsche Losung des Defaitismus auf der zu Beginn des Krieges in Oserki abgehaltenen Konferenz der bolschewistischen Dumafraktion mit den Vertretern der größten bolschewistischen Parteiorganisationen. Kamenew

suchte nachzuweisen, daß ein für Rußland unglücklicher Kriegsausgang vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterbewegung nicht zu wünschen sei.

Als er zusammen mit den bolschewistischen Dumaabgeordneten vor dem zaristischen Gericht stand, suchte er sich ebenfalls in der Frage des Defaitismus von der Partei abzugrenzen.

Eine von Bucharin geleitete Gruppe russischer Emigranten, die sich mit einer Kritik von «links» gegen Lenin wandte, betonte in ihren Thesen, daß sie es kategorisch ablehne, «die sogenannte ‚Niederlage Rußlands‘ als Losung für Rußland aufzustellen» und verwies auf die «absolute Unmöglichkeit, in diesem Geist praktisch zu agitieren<sup>1</sup>».

Mit der Losung der Niederlage der eigenen Regierung stand in engem Zusammenhang die bolschewistische Losung der *Verbrüderung* der Soldaten der kriegführenden imperialistischen Armeen. Lenin beobachtete die spontanen Beispiele von Verbrüderung und verfolgte aufmerksam die Entwicklung dieser revolutionären Initiative der Massen. Lenin schrieb einen besonderen Artikel über eine Reihe von Fällen der Verbrüderung an der deutsch-französischen Front, die von deutschen, englischen und schweizerischen Zeitungen mitgeteilt wurden.

Die sich häufenden Fälle von Verbrüderung auch an der russischen Front ermöglichten es der bolschewistischen Partei, die *Verbrüderung* als Aktionslosung im Kampf für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg aufzustellen.

Im Dezember 1916 führten die Armeekommandeure auf einer Beratung der Generale Dutzende von Tatsachen an, die den Zerfall, die Zersetzung der Armee kennzeichneten. Desertionen, Abrücken ganzer Regimenter aus den Stellungen, Weigerung, Angriffsbefehle auszuführen, Abrechnung mit den Offizieren und besonders die Verbrüderung — das alles war Ende 1916 vorhanden. Das Bild, das die Generale entwarfen, unterscheidet sich in nichts von dem, was der ehemalige Soldat der zaristischen Armee P. A. Karnachow über die Lage an der österreichischen Front erzählt:

«Im Winter 1916 war es ruhig an der Front. In den vordersten Linien kam es vor, daß die Soldaten nicht schossen, wenn sie den Feind sahen. Die Oesterreicher verhielten sich ebenso. Manchmal riefen die Oesterreicher: ‚Panje, macht Schluß mit dem Krieg!‘ Die Russen wurden von den Oesterreichern und die Oesterreicher von den Russen eingeladen. Auf unserem Frontabschnitt begann bereits im Oktober 1916 die Verbrüderung mit

dem Feind, wofür uns natürlich die Offiziere viele Male stark zusetzten. Im Januar wurde die Verbrüderung bei uns eine gewohnte Erscheinung. Es ging so weit, daß unsere Soldaten verschiedene Sachen eintauschten, sie gaben Brot, Zucker und erhielten dafür Taschen- oder Rasiermesser usw.<sup>1.</sup>»

Die revolutionäre Bedeutung der Verbrüderung bestand darin, daß sie das Bewußtsein von der internationalen Einheit der Werktätigen auf beiden Seiten der Schützengräben festigte, die stärkste Klassendifferenzierung zwischen Offizierkorps und Soldaten herbeiführte, die Kraft der imperialistischen Armeen untergrub und den Drang nach Frieden entfesselte.

Der aufopfernde Kampf der Bolschewistischen Partei zeitigte auf der Grundlage der zunehmenden Zersetzung der Armee rasch seine Ergebnisse.

#### 4.

### Das zaristische Rußland — ein Völkergefängnis

Der Krieg wirkte sich auch auf die Lage der unterdrückten Nationalitäten schwer aus.

Lenin hat das zaristische Rußland ein «Völkergefängnis» genannt. Damit war das Dasein der zahlreichen Nationalitäten des «russischen Imperiums» mit erschöpfender Klarheit und Schärfe gekennzeichnet.

Alle Werktätigen befanden sich unter dem Absolutismus in einer drückenden Lage, aber am unerträglichsten war die Lage der Werktätigen der nichtrussischen Nationalitäten, oder, wie sie damals verächtlich genannt wurden, der «Fremdstämmigen». Ihre wirtschaftliche Ausbeutung wurde durch die grausamste nationale Unterjochung verschärft. Sogar die kläglichen Rechte, die den Werktätigen russischer Nationalität zustanden, wurden für die unterdrückten Nationalitäten noch aufs äußerste beschnitten. Der Zarismus bedeutete für die geknechteten Völkerschaften politische Rechtlosigkeit, administrative Willkür und kulturelle Unterjochung.

Die Politik der russischen Zaren trägt einen klar ausgeprägten Eroberungscharakter.

Im 16. und 17. Jahrhundert unternimmt der russische Zarismus, die Interessen der herrschenden Klassen vertretend, großangelegte militärische Vorstöße nach dem Osten. Er streckt seine räuberische Hand nach den Gebieten an der mittleren und unteren Wolga aus,

unterwirft Sibirien, wobei er die Küste des Stillen Ozeans erreicht, dringt in die Steppengebiete der Ukraine links vom Dnjepr ein. Noch schärfer kommen die Interessen des Adels, des Handels- und des entstehenden Industriekapitals in den militärischen Plänen Peter I. zum Ausdruck, der an den Ufern der Ostsee, des Schwarzen und des Kaspischen Meeres «festen Fuß zu fassen» suchte. Während seiner Regierungszeit wurden die Gebiete des heutigen Estland, Teile von Lettland und Finnland, die kaukasische Küste des Kaspischen Meeres erobert. Katharina II. gliederte dem Zarenreich die Nordküste des Schwarzen Meeres, die Krim, die Ukraine rechts des Dnjepr, Weißrußland, Litauen und Kurland an. Alexander I. entriß den Schweden Finnland und den Türken Bessarabien und erhielt nach dem Krieg gegen Napoleon einen Teil Polens mit Warschau. Ebenfalls während seiner Regierungszeit faßte Rußland in Georgien Fuß und begann den viele Jahre dauernden Krieg zur Unterjochung der kaukasischen Bergvölker. Dieser Krieg wurde während der ganzen Regierungszeit Nikolaus I. fortgesetzt. Alexander II. führte die Unterwerfung des Kaukasus zu Ende, raubte China das Amur- und Ussurigebiet, riß gewaltige Territorien in Mittelasien an sich. Nikolaus II., der letzte der russischen Zaren, setzte die Politik seiner Väter und Großväter fort, er versuchte anfangs, die Mandschurei und Korea zu annektieren, und trat dann in den Weltkrieg ein, mit dem Ziel, Konstantinopel, Türkisch-Armenien, Nordpersien und Galizien an sich zu reißen. . .

Der unheilverkündende Schatten des zaristischen Doppeladlers lag über dem riesigen Reich, von der Ostseeküste bis zu den Gipfeln des Kaukasus und von den sonnigen Steppen der Ukraine bis zu den Sandwüsten Mittelasiens und den Hügeln des Fernen Ostens.

Jeder Schritt des russischen Zarismus war, ebenso wie die Handlungen aller bürgerlichen Regierungen Europas, durch Feuer, Blut und Gewalttaten gekennzeichnet. Elend und Leiden ohne Maß begleiteten den Siegeszug des Kapitalismus in die Auls des Kaukasus, in die Kischlaks Turkestans und in die turko-finnischen Dörfer an der Wolga.

Die Zarenregierung scheute im Falle des Widerstandes weder vor der Ausrottung noch vor der Zwangsverschickung der Einwohner der geraubten Gebiete zurück. Dutzende von blühenden Gebirgsdörfern wurden in Schutt und Asche verwandelt. Der Rauch der Brandstätten stieg über den Gebirgsschluchten auf. Wälder wurden vernichtet, Dörfer dem Boden gleichgemacht, Saaten zerstampft, das Eigentum der Bergvölker, das Hausgerät nicht ausgenommen, wurde geraubt.

Das der einheimischen Bevölkerung geraubte Land wurde an russische Offiziere, Gutsbesitzer, Kulaken verteilt. Tausende von reichen Herrenhöfen entstanden auf den geraubten Ländereien der Baschkiren an der Wolga; gewaltige, üppige Zaren- und Fürstengüter wuchsen im Kaukasus, in der Krim, in Mittelasien empor. Hand in Hand mit dieser «Bodenreform» ging in den geknechteten Gebieten die Einführung der Leibeigenschaft. Peter I. führte sie in den baltischen Gebieten ein, Katharina II. in der Ukraine, Nikolaus I. stärkte sie eifrig im Kaukasus.

Auf die Zarengenerale folgte der russische Gutsbesitzer, kamen der Kaufmann und der Fabrikant in die eroberten Gebiete. Die nationalen Gebiete wurden mit russischen Soldaten, Gendarmen, Beamten überschwemmt. Mit ihnen zog dort auch der griechisch-orthodoxe Pope ein, der mit seinem Kreuz die Rechte des Bajonetts und des Geldsacks bekräftigte.

Die militärische Gewalttätigkeit und Räuberei wurde durch eine noch schlimmere wirtschaftliche Unterdrückung abgelöst. Die annektierten Gebiete verwandelten sich in Kolonien des Kapitalismus, wurden zu den wichtigsten Lieferanten von Rohstoff und Brennmaterial für die sich entwickelnde russische Industrie. Die Ukraine lieferte ihr die Donezkohle und das Erz von Kriwoi Rog, der Kaukasus Erdöl, Mittelasien Baumwolle usw.

An Stelle der altertümlichen Festungen mit ihren Türmen und Geschützen wurden Gutshöfe, Kulakengehöfte, kapitalistische Fabriken errichtet. Zugleich mit ihnen entstanden tausende, zehntausende Kirchen «unseres Herrn» und ebensoviele kaiserliche Kneipen. In den Kneipen des Zaren wurde die einheimische Bevölkerung mit Schnaps zur Trunksucht erzogen, in den Kirchen wurden die Weihrauchfässer geschwenkt und Gebete für den Erfolg der Kolonisationspolitik des «weißen Zaren» gen Himmel gesandt. Eine Riesenarmee von Popen mühte sich mit Eifer, den «Wilden» die Grundgedanken der griechisch-orthodoxen Kirche und der zaristischen Selbstherrschaft einzuhämmern.

Die neu erbauten Kirchen wurden Instrumente einer weiteren Ausplünderung der eingeborenen Bevölkerung. Den neugetauften «Fremdstämmigen» wurde der rechte Glaube durch Verhängung von Geldstrafen für Nichterscheinen zur Beichte, für mangelnde Kenntnis der Gebete, für Nichtbeachtung der religiösen Vorschriften usw. beigebracht.

Die Verbreitung des Christentums unter den unterdrückten Nationalitäten wurde auf die hemmungsloseste und zynischste Weise betrieben. Die Methoden der religiösen Aufklärungsarbeit der Missio-



nare unter den halbwilden Völkern Sibiriens trugen häufig geradezu provokatorischen Charakter.

Wenn ein Missionar in ein Dorf kam, begann er seine Propaganda mit «Anstand» und verteilte kleine Geschenke: Kreuze, kleine Heiligenbilder, Tabak usw. Wenn das nichts half, ließ er sich zu längerem Aufenthalt bei den Unbotmäßigen nieder und ergriff «entschiedenere» Maßnahmen gegen sie. Schließlich brachte der Missionar die Einwohner der Umgebung so weit, daß man begann, Drohungen gegen ihn auszustoßen. Darauf wurden die Schuldigen ergriffen, ihr Eigentum konfisziert, sie selbst ins Gefängnis geworfen.

Die ersten «christlichen Aufklärer» unter den sibirischen Stämmen waren flüchtige, vagabundierende Mönche, die zugleich mit Gebeten und Weihwasser den Wodka und die Syphilis in die Tundren Sibiriens einschleppten.

Das System, die einheimische Jägerbevölkerung so viel wie möglich an den Trunk zu gewöhnen, wurde auch später, zur Zeit der Betätigung der «Griechisch-orthodoxen Missionsgesellschaft», eines gewaltigen Unternehmens mit 200 000 Rubeln Grundkapital, eifrig gehandhabt. Infolge dieser «christlichen» Fürsorge starben die sibirischen Stämme in den letzten Jahren vor dem Kriege mit erschreckender Schnelligkeit aus.

Auch auf den mohammedanischen Völkern Rußlands lastete im Laufe von 3½ Jahrhunderten das furchtbarste kirchliche Joch. Die religiösen Verfolgungen, die Schließung von Moscheen (allein der Kasaner Bischof Lukas — 1738 bis 1755 — zerstörte im Tatarengbiet 418 von 536 Moscheen) waren von der gewaltsamen Verschleppung mohammedanischer Kinder in die griechisch-orthodoxen Kirchenschulen begleitet.

Die russische Aufklärungsarbeit unter den turko-finnischen Wolgastämmen begann mit der Gründung einer geistlichen Akademie in Kasan. Kader griechisch-orthodoxer Missionare wurden auch in der orientalischen Fakultät der Kasaner Universität ausgebildet.

Einer der krassesten Akte der Russifizierungspolitik der jüngsten Zeit war das von dem Unterrichtsminister, Graf I. I. Tolstoi, erlassene Gesetz: «Bestimmungen vom 31. März 1906». Unter Hinweis auf die Notwendigkeit, mit Hilfe der «Wissenschaft» bei den geknechteten Völkern die «Liebe zum gemeinsamen Vaterland» zu stärken, führte das Gesetz für die «Fremdstämmigen» in sämtlichen Schulen den obligatorischen Unterricht in der russischen Sprache ein<sup>1</sup>. Die russischen staatlichen Schulen hatten aber diese Obliegenheiten auch schon vor dem Gesetz Tolstois gewissenhaft erfüllt. In Polen waren

schon nach dem Aufstand von 1863 sämtliche nationalen Universitäten und Gymnasien geschlossen und durch russische Schulen ersetzt worden; es war verboten, an öffentlichen Orten, bei Behörden, in Läden, auf der Straße, laut polnisch zu sprechen.

Die Ukraine trug das gleiche Joch. Das Wort «Ukraine» selbst wurde für aufrührerisch erklärt und durch die Bezeichnung «Kleinrußland» ersetzt. Der Druck von Büchern und Zeitungen in ukrainischer Sprache wurde nicht gestattet, sogar in Privatschulen wurde der Unterricht in der Muttersprache verboten, ebenso war es verboten, sich ihrer bei öffentlichen Veranstaltungen zu bedienen. Die Unterdrückung hatte die verderblichsten Folgen für die Kultur des ukrainischen Volkes. Bis zu ihrer Angliederung an Rußland hatte die Ukraine kulturell höher gestanden als Großrußland. Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts hatten die ukrainischen Gouvernements einen sogar für das zaristische Rußland erstaunlichen Prozentsatz von Analphabeten.

Mit Hilfe der Armee und des Staatsapparates — der russischen Staatsschule und der griechisch-orthodoxen Kirche — führte die Zarenregierung überall rücksichtslos die Russifizierung durch. Die Tatsache, daß die Mehrheit der geknechteten Völker aus kulturell rückständigen Nationalitäten bestand, konnte diese Aufgabe nur erleichtern. Aber selbst dann, wenn der russische Imperialismus mit Nationalitäten zusammenstieß, deren wirtschaftliches und kulturelles Niveau nicht niedriger, sondern zuweilen sogar höher als das der Großrussen war (wie z. B. bei den Polen, Finnen, Esten, Letten, teilweise den Georgiern, den Armeniern, den Ukrainern u. a.), hinderte ihn dies nicht, die Russifizierung mit der gleichen Grausamkeit und Unerbittlichkeit zu betreiben. Als Alexander I. Finnland an sich riß, gab er das Versprechen, dort die ständische Selbstverwaltung beizubehalten, die Finnland unter den Schweden besessen hatte. Aber die russische Regierung schaffte diese Autonomie nach und nach ab, um Finnland ebenso rechtlos zu machen, wie es das ganze Reich war. Polen war schon lange vom Stiefel des zaristischen Gendarmen niedergetrampelt. Sogar die dürftige Reform, die durch die Schaffung der sogenannten Organe der örtlichen Selbstverwaltung (Semstvos und Stadtdumas) vorgenommen wurde, erstreckte sich nicht auf Polen. Polen erhielt auch keine Geschworenengerichte. Zahlreiche Rechtsbeschränkungen wurden für die Polen im Staatsdienst und in der Armee festgelegt.

Besonders rechtlos aber waren im zaristischen Rußland die Juden. Ihnen wurde das Recht der Niederlassung und der Freizügigkeit beschränkt. Eine Ausnahme davon wurde nur für die reichen Juden —

die Kaufleute der ersten Gilde — und für Personen mit Universitätsbildung gemacht. Die Klassenpolitik, die von der zaristischen Regierung auch in der nationalen Frage betrieben wurde, fand ihren Ausdruck in gewissen Abschwächungen zugunsten der wohlhabenden Schichten der nichtrussischen Bevölkerung. Aber im Vergleich zu dem herrschenden russischen Bourgeois und Gutsbesitzer fühlte sich der jüdische oder armenische Kaufmann trotzdem rechtlos. Der Besuch der Schulen war für die Juden durch eine Norm beschränkt, zum Staats- und Eisenbahndienst wurden sie überhaupt nicht zugelassen usw. Das Aufenthaltsrecht wurde für die jüdische Bevölkerung auf die sogenannte «Ansiedlungszone» beschränkt. In den Städten und kleinen Orten der Gouvernements von Polen, Litauen, Weißrußland und einem Teil der Ukraine zusammengepfercht, waren die jüdischen Massen zu hoffnungslosem Elend verurteilt.

Die ortsansässige nationale Bevölkerung wurde durch die zaristischen Behörden auf das schamloseste ausgeplündert. Das System der Bestechung, im zaristischen Rußland überhaupt weit verbreitet, nahm in den entlegenen Randgebieten unerhörte Ausmaße an. Ganze Schwärme von raubgierigen Beamten fraßen, Heuschrecken gleich, den Werk tätigen der unterdrückten Nationalitäten den letzten Bissen fort. In Mittelasien stiegen die Steuerlasten der örtlichen Bevölkerung infolge der russischen Kolonisierung auf das Drei- bis Vierfache, ja in einzelnen Fällen auf das Fünfzehnfache. Die Bevölkerung starb aus. In einem Gebiet, wo vor dem Einzug der Russen 45 Dörfer mit 956 Höfen bestanden, waren nach 20 Jahren der Kolonisierung nur noch 36 Dörfer mit 817 Höfen übrig, von denen 225 leer standen. Das berichten Reisende, die gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die von Usbeken bewohnten Gebiete aufsuchten. Sie geben offenbar bei weitem kein vollständiges Bild aller Greuel, die in den zaristischen Kolonien verübt wurden: die zaristische Zensur hätte das nicht zugelassen. Aber selbst sie erwähnen die erbarmungslosen, blutigen Abrechnungen mit der einheimischen Bevölkerung beim geringsten Versuche einer Empörung. Ganze Dörfer wurden wegen irgendeines ermordeten Russen, dessen Leiche in der Umgebung aufgefunden worden war, vollständig niedergebrannt.

Im Befehl eines russischen Offiziers, der 1910 den Aufstand in Katta-Kurgan niederwarf, wird ganz unverblümt gesagt, daß

«die Schuhsohle eines russischen Soldaten wertvoller ist als tausend Köpfe der unseligen Sarten» (Usbeken)<sup>1</sup>.

Und solche Befehle blieben nicht bloß eine «Phrase». Davon zeugt das furchtbare Blutbad unter der Bevölkerung von Andishan.

Im Jahre 1898 brach ein Aufstand unter den Usbeken des damaligen Fergana-Gebietes aus. An seiner Spitze stand ein einheimischer religiöser Führer, Duktschi Ischan, der ungeheure Popularität besaß. In der Nacht vom 17. zum 18. Mai überfiel eine Gruppe von Einheimischen, die mit Messern, eisernen Keulen und Stöcken bewaffnet waren, die Kasernen in Andishan. 19 Soldaten wurden getötet. Die zaristischen Truppen vermochten jedoch den Aufstand rasch niederzuschlagen. Hunderte von Usbeken, die überhaupt nicht an dem Aufstand teilgenommen hatten, wurden niedergemetzelt. Sämtliche Kischlaks, in denen Führer des Aufstandes gewohnt hatten, wurden dem Erdboden gleichgemacht und auf dem verödeten Boden wurden russische Siedlungen errichtet. Um den Materialschaden einzubringen, der auf 130 000 Rubel beziffert wurde, erfolgte der Zwangsverkauf des Eigentums nicht nur der Verurteilten, sondern auch ihrer Verwandten. 18 Menschen wurden gehängt, 362 zu Zwangsarbeit von vier bis zwanzig Jahren verurteilt.

So ist es nicht verwunderlich, daß die Völker Mittelasiens ebenso wie der übrigen Kolonien von zitternder Furcht vor dem «russischen Namen» durchdrungen waren. Jeder, selbst der unbedeutendste Vertreter der zaristischen Verwaltung, bis zum letzten Polizisten, fühlte sich als Herrscher über die ihm unterstellten «Wilden». Das ganze Verwaltungssystem war darauf eingestellt, die Voraussetzungen zur nationalen Unterdrückung zu erhalten und zu fördern. Staatsmacht und Kirche empfahlen der russischen Bevölkerung, den «ungetauften Fremdstämmigen» nicht als einen Menschen zu betrachten.

Um die Agrarrevolution abzuwenden, suchte die russische Regierung den Boden hunger eines Teiles ihrer eigenen Bauern auf Kosten der unterdrückten Völker zu befriedigen. Die Kolonien wurden Großbauern und Kosaken zur Ausbeutung und Plünderung überlassen.

Zugleich schuf sich der Zarismus aus den in die Randgebiete übersiedelten Bauern und Kosaken eine Stütze im Kampf gegen die einheimische nationale Bevölkerung.

Die Oberschicht der Gutsbesitzer, vertreten durch Parteien, wie der «Verband des russischen Volkes», die «Nationalisten» und andere, entfesselte in Gemeinschaft mit der Militärelite, der Bürokratie und der monarchistischen Presse («Semschtschina», «Russkoje Snamja», «Nowoje Wremja», «Moskowskije Wjedomosti», «Jushny Kraj» in Charkow, «Kawkas» in Tiflis, «Kiewljanin» und andere Zeitungen) eine rasende nationalistische Kampagne gegen alle «Fremdstämmigen»; besonders raffiniert schürten sie den Antisemitismus, organisierten sie in der Ukraine Judenpogrome, Metzereien zwischen Armeniern und Türken in Transkaukasien usw. Die Regie-

rung ihrerseits förderte die nationale Zwietracht zwischen den verschiedenen Völkerschaften. Dadurch, daß er sie gegeneinanderhetzte, suchte der Zarismus seine Herrschaft über die unterjochten Nationalitäten zu stärken, ihren Zusammenschluß, die Schaffung einer internationalen Einheitsfront der unterjochten Völker gegen den russischen Absolutismus zu verhindern.

Die Politik des Zarismus gegenüber den unterjochten Nationalitäten entsprach der politischen Losung des alten Rom: «Teile und herrsche!»

Die gesamte Bevölkerung des russischen Reiches wurde scharf in zwei Lager getrennt: auf der einen Seite die Großrussen, denen man auf jede Art die Ueberzeugung beizubringen suchte, daß sie zu einer Großmacht, zu einer privilegierten Nation gehören, auf der andern Seite die abhängigen, nichtgleichberechtigten Völker.

Einer der Führer der Partei des «Allrussischen Nationalverbandes» schrieb in der «Nowoje Wrenja», die von Surowin herausgegeben wurde und sich sogar innerhalb der Schwarzhunderter-Presse durch besondere Hemmungslosigkeit in der Entfaltung des Nationalhaders und in der Verfechtung der russischen Großmacht-politik auszeichnete:

«Wir, von Gottes Gnaden das russische Volk, Herrscher über das große und das kleine und das weiße Rußland, fassen diese Herrschaft als besondere Gnade Gottes auf, die wir hoch zu schätzen verpflichtet und auf jede Weise aufrechtzuerhalten be-rufen sind. Nicht leicht haben wir Russen diese Herrschaft ge-wonnen... Aus freien Stücken die gewonnenen Herrscherrechte mit den unterworfenen winzigen Völkern zu teilen — man sage uns doch, was wäre daran *vernünftig*? Im Gegenteil, das wäre der Gipfel des politischen Schwachsinn, das hieße unsere Geschichte verschwenden, ganz ähnlich den ‚Mutteröhnchen‘ der Kaufleute, die eine Million geerbt haben und sie an die Lakaien und gefal-lenen Frauen verschleudern. Die Natur selbst hat den russischen Stamm unter vielen andern als den stärksten und begabtesten auserwählt. Die Geschichte selbst hat die Minderwertigkeit der kleinen Stämme uns gegenüber bewiesen!»

Die nationalistische Großmacheinstellung kam am krassesten im Programm des «Verbandes des russischen Volkes», der Schwarz-hunderter-Organisation, zum Ausdruck. Darin hieß es:

«Dem russischen Volkstum, dem Sammler des russischen Bo-dens, das einen großen und mächtigen Staat geschaffen hat, steht

die überragende Bedeutung im Staatsleben und im Aufbau des Staates zu . . . Alle Institutionen des russischen Staates vereinigen sich im entschlossenen Bestreben zur unbeugsamen Förderung der Größe Rußlands und der Vorrechte des russischen Volkstums, jedoch nach den strengen Grundsätzen der Gesetzlichkeit; auf daß die große Zahl der Fremdstämmigen, die in unserm Vaterland leben, es sich zur Ehre und zum Heil anrechnen, dem Russischen Reich anzugehören, und auf daß sie ihre Abhängigkeit nicht als Last empfinden . . .<sup>1</sup>»

Die nationale Politik der Schwarzhunderter fand volle Zustimmung bei den Parteien der Oktobristen und «Nationalisten». Der erste Programmpunkt der Partei der «Nationalisten» lautete:

«Festigung der russischen Staatlichkeit nach den Grundsätzen der absoluten Macht<sup>2</sup>.»

Die gemäßigteren bürgerlichen Parteien, wie die Kadetten, die sich Partei «der Volksfreiheit» nannten, und andere Parteien, die die Interessen der kapitalistischen Gutsbesitzer und des Industriekapitals, besonders der Leichtindustrie, also Gruppen, die mehr als andere auf den inneren Markt angewiesen waren, vertraten, suchten ihre nationalistischen Ziele durch gewisse äußerliche Zugeständnisse an die bürgerlichen Elemente der unterdrückten Nationalitäten zu erreichen. Aber auch diese Parteien hielten selbstverständlich jedes Schwanken in den Fragen der Einheit des russischen Staates und des weiteren Raubes fremder Gebiete für unzulässig. Die Lösung des «einigen und unteilbaren Rußland» war dem gesamten bürgerlichen Lager gemeinsam.

Als Lenin über die Stellungnahme der Kadetten zur nationalen Frage sprach, fragte er, worin sie sich vom Nationalismus und Chauvinismus der «Nowoje Wremja» und Co. unterschieden, und antwortete:

«Nur durch weiße Handschuhe und diplomatisch-vorsichtiger Redewendungen. Aber der Chauvinismus ist auch in weißen Handschuhen und bei den gewähltesten Redensarten widerwärtig<sup>3</sup>.»

Die sogenannten sozialistischen Parteien, die in Worten das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationalitäten anerkannten, traten in der Praxis ebenfalls für die unantastbare Geschlossenheit des russischen Staates ein. Die Partei der Sozialrevolutionäre sprach sich für den Aufbau des Staates auf föderativer Grundlage aus, gestand aber den Nationen durchaus kein Recht auf die staat-

liche Lostrennung zu, sondern beschränkte die Lösung der nationalen Frage auf das Gebiet der Kultur und Sprache.

Die innerhalb Rußlands bestehenden nationalistischen Parteien — die «Polnische Partei der Sozialisten» unter den Polen, die «Daschnaken-Partei» unter den Armeniern, der «Bund» unter den Juden u. a. m. — bezogen im ganzen eine bürgerliche Stellung in der nationalen Frage und waren für die Trennung der Organisationen der Arbeiterklasse nach Nationalitäten. Sie beschränkten diese Frage auf die engen Probleme der eigenen Nationalität, spiegelten also die Anschauungen der kleinbürgerlichen Schichten wider und entstellten die internationale proletarische Linie. Eine dieser «Lösungen» der nationalen Frage war das Projekt der «national-kulturellen Autonomie». Von den österreichischen Sozialdemokraten hervorgebracht, vom jüdischen «Bund» unterstützt und bei den Menschewiki, darunter den kaukasischen, mit Sympathie aufgenommen, lief dieses Projekt darauf hinaus, die bolschewistische Losung: Selbstbestimmung der Nationen bis zur Lostrennung — durch die kleinbürgerliche nationalistische Losung der Organisierung besonderer gesamtstaatlicher nationaler Verbände zur Leitung der Schul-, Kultur- und sonstigen Angelegenheiten der eigenen Nationalität zu ersetzen.

Stalin stellte fest, daß die «national-kulturelle Autonomie»

«die einheitliche Klassenbewegung in einzelne nationale Bäcklein zerreißt», «indem sie die schädlichen Ideen des gegenseitigen Mißtrauens und der Absonderung der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten verbreitet<sup>1</sup>».

Zugleich war die «national-kulturelle Autonomie» eine Propaganda für die Losung des Zusammenschlusses der verschiedenen Klassen. So desertierten die Menschewiki auch in der nationalen Frage von den internationalen Klassenpositionen des Proletariats.

Die Bolschewiki, die ihre Nationalitätenpolitik unter der Führung Lenins und Stalins herausbildeten, erkannten die gewaltige Bedeutung der nationalen Frage für die proletarische Revolution, namentlich unter den Verhältnissen Rußlands, wo die nichtrussischen Nationalitäten die Mehrheit (56,7 Prozent), die Großrussen aber die Minderheit (43,3 Prozent) der Bevölkerung ausmachten. Die Partei der Bolschewiki bot alle Kräfte auf, um keine Spaltung zwischen dem russischen Proletariat und den Arbeitern der anderen Nationalitäten aufkommen zu lassen.

Lenin und Stalin gaben eine erschöpfende Kritik der Programme der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien in der nationalen

Frage. Die bolschewistische Parteikonferenz vom September 1913 — die sogenannte «August- oder Sommerberatung des Zentralkomitees» — bestätigte die Grundlinie der Partei in der nationalen Frage, die Linie der internationalen Annäherung der Werktätigen; sie erklärte:

«Die Interessen der Arbeiterklasse erfordern die Verschmelzung der Arbeiter sämtlicher Nationalitäten des betreffenden Staates in einheitlichen proletarischen Organisationen — politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und Bildungsorganisationen usw.

. . . Was das Recht der von der Zarenmonarchie unterdrückten Nationen auf Selbstbestimmung, das heißt auf Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates anbetrifft, so muß die sozialdemokratische Partei unbedingt für dieses Recht eintreten . . . Das erfordert . . . die Sache der Freiheit der großrussischen Bevölkerung selbst, die nicht imstande ist, einen demokratischen Staat zu schaffen, wenn nicht der großrussische Schwarzhunderter-Nationalismus ausgemerzt wird, der durch die Tradition einer Reihe blutiger Unterdrückungen nationaler Bewegungen gestützt wird und der nicht nur von der Zarenmonarchie und allen reaktionären Parteien, sondern auch besonders in der Epoche der Konterrevolution, von dem der Monarchie gegenüber knechtseligen großrussischen bürgerlichen Liberalismus gezüchtet wird<sup>1</sup>.»

Das war die Lenin-Stalinsche Stellungnahme zur nationalen Frage.

Vor dem imperialistischen Kriege stellte sich die bürgerliche nationale Befreiungsbewegung nicht die Lostrennung ihrer Nationen von Rußland als direkte Aufgabe.

Der Krieg und die offenkundig zu erwartende Niederlage der russischen Armee erzeugten starke separatistische Bestrebungen bei den bürgerlichen nationalistischen Gruppen. Die zentrifugalen Kräfte begannen die Oberhand zu gewinnen. Einerseits war die nationale Geduld erschöpft, andererseits fühlte man, daß die Gitter, die um das «Gefängnis der Völker» gezogen waren, ihre Festigkeit zu verlieren begannen und daß sie bei genügendem Druck für immer beseitigt werden konnten.

In den nationalen Randgebieten setzte eine Gärung gegen den russischen Zarismus ein. In Mittelasien kam sie 1916 in einem großen Aufstand zum Durchbruch, der nicht nur die Kasachen — vor der Revolution wurden sie Kirgisen genannt — sondern fast sämtliche Völker erfaßte, die das Steppengebiet (Kasachstan) und Turkestan bewohnten.



Auch bei den Polen, Finnen und Ukrainern nahm die Tätigkeit der bürgerlichen Separatisten zu, die nationalistische Aktionsprogramme aufstellten. Bei den Litauern, den transkaukasischen und anderen Nationalitäten war ebenfalls eine Belebung der nationalen Freiheitsbewegung zu beobachten. Auch die gemeinsamen nationalen Forderungen verschärfen sich aufs äußerste, besonders auch deshalb, weil die Bourgeoisie den imperialistischen Krieg zu einem Krieg für die Verteidigung der schwachen Nationen erklärt hatte.

Die Bestrebungen zur Lostrennung von Rußland äußerten sich in der Organisierung von Kongressen der separatistischen Nationalisten im Auslande. Es wurde eine «Liga der russischen Völker» geschaffen, die im Mai 1916 eine kollektive Beschwerde an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson, richtete, und darin die schwere Lage der Nationalitäten in Rußland schilderte.

Die separatistischen Tendenzen bei den Völkerschaften Rußlands wurden von den kriegführenden Mächten sehr ernst in Rechnung gestellt. Jede von ihnen suchte diese Bewegung für ihre Ziele auszunutzen. So schrieb z. B. während des Krieges der bekannte französische Politiker Pierre Chantrel an den Ministerpräsidenten Clemenceau:

«Berlin fördert auf jede Weise die separatistischen Bewegungen, um sich im Osten neue politische und ökonomische Partegänger zu schaffen. Die Entente hat alle Ursache, parallel mit Deutschland zu handeln, um ihm die Früchte dieser Arbeit zu nehmen. Mit dem einigen und unteilbaren Rußland ist es zu Ende. Frankreich muß sich einmischen, um es in eine Föderation auf Grund der freiwilligen Verständigung der miteinander verhandelnden Teile umzuwandeln. Die Staatsmänner der Entente müssen einsehen, daß es für Deutschland schwieriger sein wird, mit drei oder vier Hauptstädten fertig zu werden, als mit dem einen Petersburg<sup>1</sup>.»

Die unterdrückten Nationalitäten bildeten eine sehr wichtige Reserve zur Auffüllung des Menschenmaterials der kämpfenden Armeen. Sie lieferten jene niedergedrückten Sklaven des Krieges, die von der Bourgeoisie selbst mit zynischer Offenheit als «Kanonenfutter» bezeichnet wurden.

Die Bourgeoisie der kriegführenden Länder brauchte die heuchlerische Bezeichnung des imperialistischen Gemetzels als eines «heiligen Krieges für die Befreiung der schwachen Nationen», um die Unterstützung der unterjochten Nationalitäten und der Bevölkerung der Kolonien zu gewinnen und um unter ihnen die Autorität des

Feindes zu untergraben. So bemühte sich z. B. Deutschland, Aufstände in Irland und in den Kolonien der Ententeländer hervorzurufen. Die Entente hetzte ihrerseits die Tschechen, Polen usw. gegen Oesterreich und Deutschland auf.

Auf der Grundlage der allgemeinen Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze führte dies alles dazu, daß die Wogen der nationalen Befreiungsbewegung hoch emporschlugen. Sie wurde zu einem sehr ernstesten politischen und stellenweise auch revolutionären Faktor.

Einer der ideologischen Grundpfeiler des monarchistischen Regimes — «ein einiges und unteilbares Rußland» — war um diese Zeit bereits stark erschüttert durch den gesamten Verlauf der Kriegereignisse, die den Erfolg der Revolution vorbereitet und erleichtert haben.

## 5.

### Zwei Verschwörungen

Die Zersetzung der Armee war nur der krasseste Ausdruck des allgemeinen Zerfalls des verfaulten Polizeiregimes. Der Zarenhof, der während der ganzen Geschichte der Romanows ein Schauplatz von Intrigen, Korruption und Meuchelmorden war, wurde zum offenen Sammelpunkt von Abenteurern und dunklen Geschäftemachern. Eine ungeheure Rolle am Hofe spielte Grigorij Rasputin, der seinen wirklichen Namen auf Nowych ungeändert hatte. Ein Bauer aus dem Dorf Pokrowskoje im Kreis Tjumen, hatte er sich in seinen jungen Jahren in Klöstern herumgetrieben und im Kreise von Scheinheiligen, Pilgern und «Narren in Christo» bewegt. Bald begann er selbst zu «wahrsagen» und sammelte religiös-hysterische Weiber um sich. In seinem Dorf wurde er «Grischa, der Wahrsager» genannt. Die Gerüchte von dem neugebackenen «Heiligen» drangen bis nach Petersburg, wo in den Salons der großen Welt religiöses Dunkelmännertum weit verbreitet war. Rasputin wurde in die Hauptstadt berufen. Der nicht unkluge, listige Bauer paßte sich rasch dem heuchlerischen Milieu der zaristischen Würdenträger an.

Man riß sich um Rasputin in den vornehmsten Häusern. Auf hysterische alte Weiber und übersättigte, gelangweilte Damen machte Grigorij einen starken Eindruck. Der Chef des Polizeidepartements, S. P. Beletzki, der amtlich mit der Ueberwachung des «Heiligen» beauftragt war und dessen Einfluß zugleich im Interesse seiner Karriere ausnützte, gab nach der Revolution zu, daß Rasputin Unterricht

in Hypnose genommen hat. In den Kreisen der vornehmen Welt wurden Beispiele für die «Heiligkeit» Rasputins von Mund zu Mund weiter erzählt, man sprach von seiner Wundergabe, Kranke zu heilen. Rasputin wurde an den Hof geladen. Der Kronprinz Alexej litt an der Bluterkrankheit, gegen die die medizinische Wissenschaft gegenwärtig noch machtlos ist. Die abergläubische Zarin suchte Hilfe bei Pilgern und Hypnotiseuren, sie ließ ihren Sohn an Wallfahrtsorten Reliquien küssen. Die krankhafte Liebe, mit der die hysterische Frau an ihrem Sohn hing, suchte sich Rasputin zunutze zu machen; er suggerierte der Zarin, der Thronfolger werde ohne seine Gebete sterben. Rasputin gewann ungeheuren Einfluß am Hofe. Die Zarin schrieb über ihn an ihren Gatten:

«Mein Lieber, glaube mir, Du mußt auf die Ratschläge unseres Freundes hören. Er betet mit so glühender Leidenschaft Tag und Nacht für Dich. Er hat Dich überall geschützt, wo Du weiltest... Du mußt bloß auf ihn hören, ihm vertrauen und ihn um Rat fragen — Du darfst nicht denken, daß er irgend etwas nicht wissen könne. Gott offenbart ihm alles<sup>1</sup>».

Die Wohnung Rasputins, der am Zarenhofe ein und aus ging, war von allen möglichen Hochstaplern und dunklen Geschäftemachern überfüllt. Auf analphabetischen Zetteln («Mach das, mein Liber...») bat Rasputin die Minister, Konzessionen oder Aemter an bestimmte Personen zu verleihen. Keine einzige Ernennung erfolgte ohne Mitkun des «Lampenträgers des Zaren», wie der «Heilige» genannt wurde. Als der Innenminister ernannt werden sollte, schrieb die Zarin an Nikolaus II.:

«Mein Geliebter! A. (Wyrubowa, die Vertraute der Zarin und eine der eifrigsten Anhängerinnen Rasputins. *Die Red.*) hat soeben mit Andronikow und Chwostow gesprochen; der letztere hat einen vorzüglichen Eindruck auf sie gemacht. (Ich kenne ihn nicht und kann daher nichts über ihn sagen.) Er ist Dir *sehr* ergeben, hat mit ihr ruhig und gut über unsern Freund gesprochen<sup>2</sup>.»

Es genügte, daß A. N. Chwostow gut über «den Freund» sprach, damit er zum Innenminister ernannt wurde.

Das Rasputin-Unwesen zerfraß das Zarenregime wie eine schlimme Krankheit, aber Rasputin war durchaus nicht der einzige dieser Art am Hof. Die bürgerlichen Historiker rückten seine Figur in den Vordergrund, um zu verdecken, daß die ganze Hofclique nichts als eine widerwärtige, bei lebendigem Leibe verfaulende Bande war. Am Hofe gingen solche Typen mit Erfolg ihren Machenschaften nach, wie der Fürst M. M. Andronikow, ein Spekulant, Organisator aller

möglichen fiktiven Unternehmungen und großer Profitoperationen, von der Art des Ankaufs von bewässerten Ländereien in Mittelasien unter Beihilfe des Kriegsministers Suchomlinow. Einer der Sekretäre Rasputins, Manassewitsch-Manuilow, ein Geheimagent der Polizei und Mitarbeiter der reaktionären Zeitung «Nowoje Wremja», betrieb seine Schwindel- und Korruptionsgeschäfte so ungeniert, daß sich sogar die Polizei gezwungen sah, ihn zu verhaften. Aber die Zarin griff in die Angelegenheit ein. Am 10. Dezember 1916 schrieb sie an Nikolaus:

«Auf den Akten Manuilows *bitte* ich Dich hinzuschreiben: ‚Das Verfahren ist einzustellen‘ und sie an den Justizminister zu schicken. Batjuschin, in dessen Händen die ganze Angelegenheit lag, kam jetzt selber zu A. (Wyrubowa. *Die Red.*) und bat, das Verfahren einzustellen, weil er sich endlich überzeugt hat, daß dies eine schmutzige Geschichte sei, die nur aufgebracht wurde, um unserem Freund zu schaden<sup>1</sup>.»

Nicht Rasputin, sondern der Geist Rasputins — finsterste Reaktion, fanatische Raserei, geistiger Tiefstand und moralische Fäulnis, die sich in Rasputin nur auf das krasseste verkörperten — das war für die Romanowherrschaft charakteristisch.

Der nahenden Katastrophe konnte der Zarismus nur neue Unterdrückungsmaßnahmen und eine Verschärfung des ohnehin schon bestehenden Zuchthausregimes entgegensetzen. Die letzten Ueberreste von Gewerkschaftsverbänden wurden auseinandergesagt. Die Industriestädte wurden rücksichtslos von allen revolutionärer Gesinnung «verdächtigen» Elementen gesäubert. Die Gefängnisse waren überfüllt. Aber die Minister konnten der Zerrüttung nicht Herr werden. Man begann sie abzusetzen. Das Minister-Bockspringen begann. Allein in zwei Kriegsjahren gab es vier Ministerpräsidenten — I. L. Goremykin, B. W. Stürmer, A. F. Trepow, N. D. Golizyn —, sechs Innenminister, drei Kriegsminister und drei Außenminister. Sie tauchten auf, schwammen eine kurze Zeit auf der Oberfläche und verschwanden wieder. Das wurde das «Minister-Bockspringen» genannt. Der Ministerrat wurde ironisch als ein «Purzelbaum-Kollegium» bezeichnet. Die Verteilung der Ministerposten hing von Empfehlungen dunkler Abenteurer, von der Meinung der «Sternkammer» ab, wie der Kreis Rasputins genannt wurde. Häufig spielten auch andere Motive eine Rolle. In einem Brief, in dem sie Nikolaus ersuchte, Stürmer zum Ministerpräsidenten zu ernennen, schrieb die Zarin, der neue Kandidat sei im Kopf «*durchaus frisch*»<sup>2</sup>. N. A. Maklakow wurde, wie er selbst mitteilt, aus folgendem Anlaß zum Innenminister ernannt: Als Nikolaus

nach der Ermordung Stolypins von Kiew nach Tschernigow kam, wo Maklakow Gouverneur war, herrschte dort «ausgezeichnetes Wetter und eine gute, zuversichtliche Stimmung<sup>1</sup>». Man wurde auf den Gouverneur aufmerksam. Maklakow war bei Hofe unentbehrlich: er konnte einen krähenden Hahn, einen «verliebten Panther» und andere Tiere nachahmen. Die Ausübung dieser Narrensposen genügte, um einen Ministerposten zu erhalten.

Aber weder die häufigen Kopfsprünge der ständig wechselnden Minister noch des «Freundes» Gebete — «bei Tag und Nacht» — halfen mehr. Das Land und die Armee wurden mehr und mehr revolutioniert. Die alten Widersprüche flammten mit neuer Kraft auf, die Elemente einer revolutionären Situation verdichteten sich von Tag zu Tag.

Die allgemeine Zerrüttung kam besonders scharf in der Lebensmittelkrise des Herbstes 1916 zum Ausdruck. Die Getreidezufuhr ging jäh zurück. Petrograd erhielt täglich nur ein Drittel der ihm zukommenden Waggonladungen. Vor den Lebensmittelgeschäften bildeten sich lange Schlangen. Die Leute sammelten sich lange vor Tagesanbruch, standen ganze Nächte hindurch an, aber am Morgen erhielt nur ein Teil der Wartenden seine Hungerration. Die endlosen Schlangen nahmen den Charakter von Meetings an und ersetzten revolutionäre Aufrufe. Vor den Läden wurden Neuigkeiten ausgetauscht. Häufig ergriffen Agitatoren das Wort, um die Wartenden darüber aufzuklären, wer die Lebensmittelschwierigkeiten herbeigeführt hatte. Die Erregung der breiten Massen nahm rasch zu. Der Gendarmeriechef von Perm berichtete am 18. Oktober 1916:

«Die Geister sind erregt; es fehlt nur noch ein Anstoß, damit die über die Teuerung empörte Bevölkerung zum offenen Aufbruch schreitet<sup>2</sup>.»

Der Chef der Moskauer Geheimpolizei meldete am 20. Oktober:

«In den Krisentagen erreichte die Spannung in den Massen einen solchen Grad, daß zu befürchten ist, daß diese Spannung sich in schweren Ausschreitungen entladen kann<sup>3</sup>.»

Die Regierung versuchte, das Volk zu beruhigen. Der Landwirtschaftsminister, Graf A. A. Bobrinski, gab Erklärungen zur Erläuterung der Lage ab, aber seine Zeitungsinterviews steigerten nur die Erregung. In den Massen wurde bekannt, daß der Leiter der Ernährungspolitik ein Großgrundbesitzer, ein bekannter Zuckerfabrikant, ein Millionär war, der dem Volk fremd und feindlich gegenüberstand.

Die Partei der Bolschewiki hatte trotz vieler Verhaftungen, die hervorragende Führer aus ihren Reihen rissen — erst unlängst, in

der Nacht vom 20. zum 21. Juli 1916 waren 30 Personen, darunter Mitglieder des Petersburger Komitees, verhaftet worden — im Herbst ihre Organisationen bereits wiederhergestellt und entfaltete eine umfassende Tätigkeit. In den Betrieben lebten die bolschewistischen Zirkel auf. Die einzelnen Zirkel verschmolzen zu Stadtteilorganisationen. Die revolutionäre Literatur wurde stärker vertrieben. Mitte Oktober erschien in der Hauptstadt das Flugblatt «An das Proletariat Petersburgs»; darin sagte das Petersburger Komitee der Bolschewiki:

«Das Leben wird mit jedem Tag schwerer... Der verbrecherische Krieg bringt neben Millionen Toten und Verstümmelten... noch andere Leiden mit sich:... die Lebensmittelkrise und die damit verbundene Teuerung. Das furchtbare Gespenst des Zaren Hunger naht wieder drohend Europa... Schluß mit dem Dulden und Schweigen... Um die Teuerung zu beseitigen und euch vor der nahenden Hungersnot zu retten, müßt ihr gegen den Krieg, gegen das ganze Gewalt- und Raubsystem kämpfen!.»

Der Aufruf der Partei fiel auf einen glühenden Boden. Am 17. Oktober brach in Petersburg in den «Renault»-Werken im Wiborger Stadtteil ein Streik aus. Die Arbeiter zogen vor andere Betriebe. In kurzer Zeit füllten die Demonstranten den Sampsonjewski-Prospekt. Vor der Kaserne des 181. Regiments wollte die Polizei einen Agitator verhaften, doch die Menge verhinderte es. Die Soldaten eilten aus der Kaserne und begannen Steine auf die Polizisten zu werfen. Der Regimentskommandeur wurde herbeigerufen. Die erregten Arbeiter und Soldaten zertrümmerten sein Automobil und verletzten den Obersten. Am späten Abend alarmierten die Offiziere das Ausbildungskommando des Regiments. Dieses sperrte die Kaserne gegen die Demonstranten, weigerte sich aber, trotz dreimaligen Befehls, auf die Masse zu schießen. Kosaken sprengten heran, aber sie hatten offenbar Angst vor den bewaffneten Soldaten. Die Arbeiter zogen vor andere Fabriken, um die Belegschaften zur Einstellung der Arbeit zu veranlassen. Am nächsten Tag streikte die Mehrheit der Betriebe im Wiborger Stadtteil. Die Arbeit ruhte drei bis vier Tage.

Am 25. und 26. Oktober sollten die wegen der Schaffung einer bolschewistischen Organisation in der Baltischen Flotte verhafteten Matrosen abgeurteilt werden. Die Bolschewiki forderten die Petrograder Proletarier zum Protest gegen das zaristische Gericht auf. Am 25. Oktober zogen einige Zehntausende von Arbeitern mit Gesang durch die Straßen der Hauptstadt, sie trugen Schilder: «Nieder

mit dem Krieg! Nieder mit der Todesstrafe!» Die Polizei war außerstande, die Demonstration zu zerstreuen. Während des ganzen Tages erfolgten in den verschiedenen Stadtteilen Kundgebungen. Im ganzen Lande streikten im Oktober etwa 187 000 Arbeiter, viermal soviel wie im vorhergehenden Monat (47 000 im September) und um ein Vielfaches mehr als in irgendeiner früheren Periode des Krieges. Aber es handelte sich nicht nur um das Anwachsen der Streikwelle: die Oktoberstreiks trugen einen scharf ausgeprägten politischen Charakter und standen unter der Führung eben der bolschewistischen Partei, die die Polizei für völlig liquidiert hielt. Der Direktor des Polizeidepartements prahlte mit dieser Liquidierung in einem verspäteten Bericht an den Innenminister. Als der Minister am 30. Oktober die Meldung über die angebliche Zerschmetterung der bolschewistischen Partei las, befanden sich in seinen Händen zugleich Berichte über den neuen Streik und über eine Demonstration von einem Ausmaß, wie es seit 1914 nie gesehen war. Die herrschenden Klassen beunruhigte besonders, daß die Arbeiter die Soldaten in die Bewegung hineinzuziehen begannen.

Die Bourgeoisie klopfte im Vorgefühl des herannahenden Unwetters an die Tür des Absolutismus. Die Bourgeoisie brauchte jetzt den Absolutismus nicht nur zur Fortsetzung des Krieges bis zum Siege, sondern auch zum Kampf gegen die Revolution. Die Kadetten sahen besorgt das rasche Heranwachsen der Revolution. In der Sitzung des Moskauer Komitees der Kadettenpartei legte Kischkin, ein prominenter Kadett, am 23. September dar, daß das Land durch die unfähige Regierung zur Revolution getrieben werde. Kischkin hoffte, daß das die Regierung erschrecken und sie in die Arme der Kadetten treiben würde, daß es den Absolutismus veranlassen werde, sich zu Zugeständnissen zu bequemen. Am 23. und 24. Oktober 1916 fand in Moskau die Parteikonferenz der Kadetten statt. Sie legte sogar nach dem Urteil der Geheimpolizei, die ihre Agenten auf der Konferenz hatte, «maßlose Furcht vor der Revolution» an den Tag. Miljukow warnte vor der Aufmunterung der «revolutionären Instinkte»:

«Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Regierung zur Strecke zu bringen, denn das hieße, die Anarchie fördern, sondern ihr einen völlig neuen Inhalt zu geben, d. h. die verfassungsmäßige Rechtsordnung fest zu verankern. *Deshalb ist im Kampf mit der Regierung trotz allem ein Gefühl für das Maß erforderlich*.»

So sprachen die Kadetten, und die gleiche Haltung nahm der ganze Fortschrittsblock in der Duma ein. Unlängst noch Oppositio-

nelle, sprachen sie jetzt nicht mehr vom Kampf gegen die Regierung im Namen des Krieges, sondern von ihrer Unterstützung im Kampf gegen die Revolution. Aber die Monarchie war bereits weder zu dem einen noch zu dem andern fähig. Die schweren Niederlagen an der Front zeigten, daß der Zarismus nicht imstande war, einen siegreichen Krieg zu führen. Die unaufhörlich zunehmende Zerrüttung bewies seine Ohnmacht, das Land aus der Sackgasse hinauszuführen. Sobald das Ausmaß und der Charakter des Petrograder Streiks vom 25.—26. Oktober klar zu sehen waren, begann die Bourgeoisie eine andere, festere Sprache zu führen. Der rechtsstehende Abgeordnete Schulgin sagte am 3. November in seiner Dumarede:

«Unsere Geduld hätte sozusagen bis zur äußersten Grenze gereicht. Und wenn wir jetzt diese Regierung ganz offen und scharf verurteilen, wenn wir das Banner des Kampfes gegen sie erheben, so geschieht dies nur deshalb, weil wir wirklich an der Grenze angelangt sind, weil sich Dinge abgespielt haben, die nicht länger zu ertragen sind<sup>1</sup>.»

In der gleichen Sitzung erklärte der Kadett Maklakow:

«Meine Herren, wir können nicht länger mit dieser Regierung arbeiten, wir können ihr nur Hindernisse in den Weg legen, wie sie uns Hindernisse in den Weg legen wird, aber eine Zusammenarbeit ist vollkommen unmöglich geworden; man möge also wählen: wir oder diese Regierung<sup>2</sup>.»

Kurz vorher — am 1. November — hatte Miljukow in der Duma gesprochen. Eine Reihe konkreter Tatsachen über die unfähige, korrupte Praxis der Regierung aufzählend, fragte Miljukow jedesmal: «Was ist das: Dummheit oder Verrat?» Der Kadettenführer kritisierte scharf den Ministerpräsidenten Stürmer und klagte ihn des Verrats an den Interessen Rußlands an. Miljukow sprach von den «dunklen Kräften»<sup>3</sup>, die den Thron umgeben. Er sprach in sehr vorsichtiger Form vom Verrat an der Spitze des Regimes; das war eine Anspielung auf die Zarin, über die das Gerücht ging, sie sympathisiere mit den Deutschen. Der Angelpunkt der Miljukowschen Rede war: die Regierung ist nicht imstande, den Krieg zum siegreichen Ende zu führen. Im Namen des gesamten Fortschrittsblocks gab S. Schidlowski eine offizielle Erklärung ab:

«Heute erheben wir erneut unsere Stimme, aber nicht mehr, um vor der drohenden Gefahr zu warnen, sondern um auszusprechen, daß die Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nicht fähig ist, dieser Gefahr Herr zu werden.» . . . Sie müsse daher «den Platz frei machen für Männer, die eine gemeinsame



Auffassung über die Aufgaben des gegenwärtigen Moments vereinigt und die bereit sind, sich in ihrer Tätigkeit auf die Dumamehrheit zu stützen und deren Programm in die Tat umzusetzen<sup>1</sup>.»

Die Bourgeoisie forderte nunmehr nicht eine «Regierung des Vertrauens», sondern eine verantwortliche Regierung, d. h. eine solche, die der Duma voll verantwortlich ist. Eine solche Regierung wäre nach Meinung der Oppositionsführer imstande gewesen, die Revolution niederzuwerfen und den Krieg fortzusetzen.

So scharf die Bourgeoisie auch gegen den Absolutismus auftrat, betonte sie dennoch ständig, daß die Schärfe ihres Kampfes durch die Gefahr einer Revolution bedingt sei. Der gleiche Schulgin sagte in der Duma:

«Ein solcher Kampf ist das einzige Mittel, um das abzuwenden, was wohl am meisten zu fürchten ist, — um Anarchie und Chaos abzuwenden<sup>2</sup>.»

Die Haltung des Fortschrittsblocks fand auch in den Kreisen der äußersten Rechten Unterstützung. Purischkewitsch kritisierte scharf die Regierung und die «dunklen Kräfte», die das Land regierten<sup>3</sup>. Sogar der Reichsrat, in den nur die treuesten Anhänger des Throns berufen wurden, sogar diese Kammer von reaktionären Würdenträgern faßte am 22. November eine Resolution, die den Rücktritt der Regierung forderte<sup>4</sup>. Sogar der Kongreß des vereinigten Adels sprach von «dunklen Kräften» und der Notwendigkeit, eine neue Regierung zu bilden. Allerdings hieß es in dieser Adelsresolution, die neue Regierung müsse ausschließlich dem Monarchen verantwortlich sein<sup>5</sup>, aber auch in dieser Form war die Stellungnahme des Kongresses ein Beweis für den Bruch zwischen der regierenden Oberschicht und einem gewissen Teil ihrer Klassenfreunde. Im Herbst 1915 war gegen den Fortschrittsblock ein Entrüstungsturm der gleichen Leute losgebrochen, die im Herbst 1916 seine Forderungen wiederholten; so stark schwankte der Boden unter den Füßen der herrschenden Klasse.

Der Absolutismus stand vor der Wahl, entweder den Krieg fortzusetzen und dadurch einen Aufstand der Arbeiter und Bauern heraufzubeschwören, oder ein Friedenskompromiß mit den Deutschen herbeizuführen und dadurch die revolutionäre Unzufriedenheit zu mildern. In diesem Falle mußte der Zarismus auf den Widerstand der Bourgeoisie stoßen, die den Krieg als unerschöpfliche Quelle von Profiten und als Weg zur Eroberung neuer Märkte brauchte. Der Zar und seine Umgebung entschlossen sich, mit dem

Krieg Schluß zu machen; sie nahmen an, daß sie mit der Opposition der Bourgeoisie immerhin leichter fertig werden würden, als mit einem Aufstand der Massen.

Aber es wäre gewagt gewesen, diese Absichten sofort auszusprechen: die bürgerlichen Kreise waren zu erregt, und auch die Verbündeten verfolgten mit wachsendem Mißtrauen die Politik des Absolutismus.

Die russische Bourgeoisie versuchte während des Krieges mehrmals, bei den englisch-französischen Imperialisten darüber Klage zu führen, daß man sie in ihrer «patriotischen» Arbeit beenge. Die ausländischen Kapitalisten interessierte nicht nur die zaristische Armee, ohne die an einen Sieg über Deutschland gar nicht zu denken war. In einer Reihe von Industriezweigen — Metall- und chemische Industrie — gehörte ein großer Teil der Betriebe dem Auslandskapital. Die englische und französische Bourgeoisie war an einer ungestörten und profitbringenden «Arbeit für die Landesverteidigung» interessiert. Ende März 1916 erhielt Rodsjanko von den Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens die Einladung, eine Delegation der Reichsduma zum Studium der ausländischen Rüstungsindustrie zu entsenden. Im Frühjahr 1916 reisten eine Anzahl von Abgeordneten, darunter Miljukow und Protopopow, ins Ausland. Andererseits kamen im April 1916 Vertreter der ausländischen Regierungen nach Rußland. Darunter befanden sich Albert Thomas, ein bekannter Führer der II. Internationale, und Viviani, beide «Sozialisten» und französische Minister. Nikolaus wurde sorgfältig auf die Zusammenkunft mit den Delegierten vorbereitet, man versicherte ihm, daß sie, obwohl «Sozialisten», alle ihre Kräfte in den Dienst der Verteidigung ihres imperialistischen Vaterlandes stellen. Der französische Präsident Poincaré, wegen seiner scharfen imperialistischen Politik «Poincaré la guerre» (Poincaré — der Krieg) genannt, gab von einem dieser Delegierten folgende Charakteristik:

«Albert Thomas, Unterstaatssekretär und Minister für Heeresversorgung, hat in Frankreich mit ausgezeichnetem Geschick und unermüdlichem Eifer die Erzeugung von Geschützen und Granaten für die Artillerie geleitet... Er hat die Entwicklung eines Produktionszweiges in Frankreich gefördert, der bedauerlicherweise bei all unseren Verbündeten nur ein geringes Ausmaß hatte und noch hat. Er verstand es, für dieses Ziel die Initiative des Staates und der Privatindustrie zu einer gemeinsamen Anstrengung zusammenzufassen; er sicherte sich die treue Hilfe der Unternehmer und Arbeiter, so daß schon seit vielen Monaten alle

produktiven Kräfte des Landes auf die Steigerung unserer Kriegsmaterialerzeugung hinarbeiten . . .!»

Damit wurde der ganzen II. Internationale ein Zeugnis für die treuen Dienste ausgestellt, die sie dem Imperialismus geleistet hat.

Albert Thomas reiste nach Rußland, um eine Verbesserung der Rüstungsproduktion und die Entsendung von 400 000 russischen Soldaten nach Frankreich durchzusetzen. Thomas und Viviani hielten sich bis zum 17. Mai 1916 in Rußland auf. Sie besichtigten Rüstungsbetriebe, hatten Unterredungen mit den größten Kapitalisten, den Generalen, mit dem Zaren und suchten in der Rüstungsindustrie alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Die französischen «Sozialisten» versuchten auch den Arbeitern zuzureden, aber es wurde ihnen ein solcher Empfang zuteil, daß es Thomas für nötig hielt, dem Zarismus besondere Maßnahmen gegen die Arbeiter anzuraten. Albert Thomas erklärte, wie Paléologue mitteilt, dem Ministerpräsidenten Stürmer:

«Ihre Fabriken arbeiten nicht mit genügender Anspannung, sie könnten zehnmal soviel produzieren. Man müßte die Arbeiter militarisieren?»

Dem russischen Zaren, der ohnehin schon durch die wüste Ausbeutung des Proletariats berühmt war, empfahlen Führer der II. Internationale, die Arbeiter in militärische Sklaven zu verwandeln.

Der englische Botschafter, George Buchanan, machte Nikolaus mehrmals auf die schwere Lage im Land aufmerksam. Je häufiger Rußland Niederlagen erlitt, desto nachdrücklicher wurden die «Ratschläge» des englischen Botschafters. Buchanan verfolgte den Zaren geradezu und teilte ihm die kleinsten Tatsachen mit, die als ungünstig für England ausgelegt werden konnten. Das Verhalten des englischen Botschafters in Rußland unterschied sich wenig vom Auftreten seiner Kollegen in einem Land wie etwa Siam. Diese ständigen Belehrungen brachten Nikolaus schließlich aus dem Gleichgewicht. Er empfing jetzt den Botschafter nicht mehr ohne Förmlichkeiten, wie früher, sondern in großer Galauniform; damit wollte er andeuten, daß sich Buchanan streng offiziell zu benehmen und der «Ratschläge» zu enthalten habe. Diese Andeutung verfehlte jedoch ihr Ziel. Buchanan ging jetzt sogar zu direkten Drohungen über. Als Nikolaus den Außenminister S. D. Sasonow absetzte und an seiner Stelle B. W. Stürmer ernannte, der als Anhänger eines Friedens mit Deutschland galt, telegraphierte Buchanan nach London:

«Nach allen Informationen zu urteilen, ist er (Stürmer, *Die Red.*) in seinem Herzen ein Deutschenfreund. Außerdem will er,

als ausgesprochener Reaktionär, ebenso wie die Kaiserin, den Absolutismus unangetastet aufrechterhalten... Wenn der Kaiser weiter auf seine jetzigen reaktionären Ratgeber hört, so fürchte ich, daß die Revolution unvermeidlich ist!«

Der französische Kollege Buchanans brachte seine Einschätzung der Politik des Zaren noch schärfer zum Ausdruck. Maurice Paléologue verglich sich in seinen Memoiren sehr häufig mit dem französischen Botschafter Chétardie, der bekanntlich im 18. Jahrhundert der späteren Kaiserin Elisabeth half, die damalige Regentin Anna zu stürzen. Die Absetzung Sasonows brachte Paléologue noch auf einen anderen historischen Vergleich. In seinem Tagebuch zeichnet der französische Botschafter folgendes Gespräch mit der Großfürstin Maria Pawlowa auf:

«Was ist zu tun? . . . Jetzt versuchen wir schon 15 Tage lang alles, was in unsern Kräften steht, um ihn (Nikolaus II. *Die Red.*) zu überzeugen, daß er die Dynastie zugrunde richtet, Rußland zugrunde richtet, daß seine Herrschaft . . . bald mit einer Katastrophe enden wird. Er will nichts davon hören. Das ist eine Tragödie . . . Wir werden es jedoch mit einem kollektiven Schritt der ganzen kaiserlichen Familie versuchen . . .

Wird es bei platonischen Vorstellungen bleiben? . . .

Wir blicken uns stillschweigend an. Sie ahnt wohl, daß ich das Drama Paul I. im Auge habe, denn sie antwortet mit einer Geste des Entsetzens:

— Mein Gott! Was wird geschehen? . . .<sup>2)</sup>»

Der Botschafter scheute den Zarenmord nicht, als ihm schien, daß Nikolaus ungenügend den Alliierten die Treue hielt.

Unter diesen Umständen mußte der Zarismus bei seinen Plänen äußerste Vorsicht üben. Am 10. November entließ der Zar Stürmer, den man des Verrats beschuldigt hatte, und ernannte zum Ministerpräsidenten A. F. Trepow, den Bruder jenes Generalgouverneurs von Petersburg, der während der Revolution von 1905 den berühmten Befehl herausgegeben hatte: «Mit Patronen nicht sparen.» Trepow war ein Sohn jenes Petersburger Stadtkommandanten, auf den Wera Sassulitsch am 24. Januar 1878 geschossen hatte. Ein Großgrundbesitzer aus dem Gouvernement Poltawa, stand Trepow, von seiner früheren Tätigkeit in der Regierung her, mit mehreren Dumaabgeordneten in Verbindung. Am 19. November stellte sich der neue Ministerpräsident der Duma vor und verkündete sofort, daß die Alliierten Konstantinopel Rußland geben werden.

«Das russische Volk muß wissen, wofür es sein Blut vergießt!»,

fügte Trepow hinzu, als er den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie die angenehme Neuigkeit mitteilte.

Man glaubte, diese Zugeständnisse würden die erregten Abgeordneten eine Zeitlang beruhigen, und in Zukunft könne man dann einen andern Kurs einschlagen. Da der Hof die Ernennung Trepows mißtrauisch aufnahm, schrieb Nikolaus beruhigend an die Zarin:

«Es ist widerwärtig, mit einem Menschen zu tun zu haben, den man nicht liebt und zu dem man kein Vertrauen hat . . . Aber vor allem muß man einen Nachfolger für ihn finden, dann kann man ihn, nachdem er die schmutzige Arbeit getan haben wird, hinauswerfen — ich meine hiermit seine Entlassung, sobald er die *Duma* geschlossen hat. Die ganze Verantwortung und alle Schwierigkeiten sollen auf seine Schultern fallen, nicht auf die Schultern desjenigen, der dann seinen Platz einnimmt?».

Die Verschwörung der Zarenclique lief auf folgendes hinaus: Man plante, die «Verbände», wie die bürgerlichen Organisationen in den Regierungskreisen genannt wurden, zu verbieten, die Reichsduma auseinanderzujagen, eine neue, durchaus «willfähige» wählen zu lassen, die ganze Fülle der Macht in der Hand einer einzigen «bevollmächtigten Persönlichkeit» zu konzentrieren, einen Separatfrieden mit Deutschland abzuschließen und die Revolution niederzuschlagen.

Schon lange tastete man nach Wegen zum Frieden mit Deutschland. Bereits im Jahre 1915, als die russische Armee in vollster Flucht aus Galizien zurückströmte, trafen in Petrograd Briefe eines Hoffräuleins der russischen Zarin, M. A. Wasiltschikowa, ein, die ständig auf ihrem Gut in Oesterreich wohnte. Wasiltschikowa war, wie es in diesen Kreisen häufig der Fall war, mit einer Reihe deutscher Aristokraten und russischer Würdenträger verwandt. Man kannte sie auch bei Hofe. Sie schrieb an Nikolaus drei Briefe mit Friedensangeboten im Namen Wilhelms II. Im Dezember kam sie persönlich in die Hauptstadt, wo sie versuchte, mit dem Zaren zu sprechen. Die Gerüchte über einen Separatfrieden drangen in die Öffentlichkeit und man mußte Wasiltschikowa aus Petrograd ausweisen. Im April 1915 erhielt die Zarin einen Brief von ihrem Bruder, dem Großherzog von Hessen, der die Einleitung von Friedensverhandlungen vorschlug. Ohne auf eine Antwort zu warten, sandte der Herzog einen Vertrauensmann nach Stockholm, der sich dort mit

einem der Vertreter des Zarismus treffen sollte. Die Zarin schrieb über ihren Bruder an Nikolaus:

«Bei ihm ist der Plan aufgetaucht, auf privatem Wege eine Vertrauensperson nach Stockholm zu senden, die sich dort mit einem von Dir (in privater Form) entsandten Vertreter treffen soll; sie könnten helfen, viele zeitweilige Schwierigkeiten zu beseitigen... Erni (so wurde der Großherzog im Familienkreis genannt. *Die Red.*) hat dorthin schon zum 28. (vor zwei Tagen, aber ich habe das erst heute erfahren) eine Persönlichkeit entsandt, die dort nur eine Woche bleiben kann. Ich habe sofort eine Antwort geschrieben und sie an diesen Herrn gesandt. Ich schrieb ihm, daß Du noch nicht zurückgekehrt bist, er solle nicht warten, es sei, obwohl sich alle nach dem Frieden sehnen, die Zeit dafür noch nicht gekommen<sup>1</sup>.»

Die Verwandtschaft des Zaren wollte über die Schicksale der Völker wie über eine Familienangelegenheit entscheiden.

1916 wurden abermals mehrere Versuche unternommen, Friedensverhandlungen mit Deutschland aufzunehmen. Im Juli fand in Stockholm eine Zusammenkunft des deutschen Vertreters Warburg mit dem stellvertretenden Dumavorsitzenden Protopopow statt, der mit der Dumadelegation ins Ausland gereist war. In dieser Aussprache teilte Warburg die Bedingungen mit, unter denen Deutschland zum Friedensschluß bereit sei.

Nach Rußland zurückgekehrt, erzählte Protopopow in Dumakreisen von seiner Unterredung. Nikolaus erfuhr von der Stockholmer Zusammenkunft Protopopows und ließ ihn sofort ins Schloß rufen. In der Duma hatte man, wie Miljukow erzählt, große Furcht, «daß dieser Vorschlag (Warburgs — *Die Red.*) irgendwie ernst genommen werden könnte». Miljukow bat Protopopow, den ganzen Fall «als zufällige Begegnung eines Touristen zu betrachten und in dieser Form zu berichten<sup>2</sup>», wenn er mit Nikolaus spräche. Aber Protopopow wußte offenbar, wie er dem Zaren gefällig sein konnte. «Ich fühlte, daß er mit meinem Bericht sehr zufrieden war<sup>3</sup>», sagte Protopopow bei seiner Vernehmung nach der Revolution von 1917. Er hatte sich nicht getäuscht: am 18. September wurde er auf Vorschlag Rasputins zum Leiter des Innenministeriums ernannt. Nikolaus verfolgte damit eine doppelte Absicht. Protopopow war stellvertretender Dumapräsident, galt als Oktobrist, war Vorsitzender des Rates der Metallindustrie, hatte also gute Verbindungen mit den Industriekreisen; zugleich war er Großgrundbesitzer mit ungefähr 5000 Desjatinen Boden im Gouvernement Simbirsk. Der Zar hoffte durch die Er-

ernennung Protopopows zum Minister eine Brücke zur Bourgeoisie zu schlagen. Andererseits zeigte sich Protopopow — der Kandidat Rasputins — als Anhänger eines Separatfriedens, so daß er die geeignete Person zur Durchführung der Politik des Zaren war.

Die Ernennung trug Protopopow den Haß seiner früheren Freunde aus der Duma ein, Protopopow wurde gehetzt, man verbreitete über ihn Klatschgeschichten, man sprach über ihn mit größerer Verachtung als über die andern Minister, aber nicht wegen seiner persönlichen Eigenschaften — Protopopow war nicht schlechter als irgendein anderer Günstling der Zarenclique — sondern weil er sich in einem Moment, da die Duma mit Nikolaus im Konflikt lag, zur Uebernahme eines Ministerpostens bereit fand, und besonders wegen seiner Ansichten in der Friedensfrage.

Gleichzeitig mit dem Bestreben, freie Hand nach außen zu bekommen, suchte der Absolutismus auch im Innern des Landes seinen Plan rasch durchzuführen. Am 9. Dezember wurden die Kongresse des Verbandes der Städte und der Semstvos aufgelöst. Versammlungen, die politisch vollkommen harmlos waren, wurden verboten; so wurden am 11. Dezember die Versammlungen des Vereins der Zeitungs- und Zeitschriftenpresse und danach des Vereins der Kinderärzte verboten.

Die bürgerlichen Organisationen überschütteten die Duma mit Protesten, doch unterbrach der Zarismus am 17. Dezember die Tätigkeit der Duma bis zum 12. Januar. In dieser Zeit hoffte man, alle Maßnahmen für die Neuwahlen zur Duma durchzuführen. Die Einzelheiten des Plans waren schon im Oktober 1915 von dem ehemaligen Innenminister A. N. Chwostow ausgearbeitet worden. Chwostow war früher Gouverneur in Wologda und Nishnij-Nowgorod gewesen, wo es ihm gelang, Rechte in der Duma durchzubringen. Dieser «Spezialist» für Wahlen erhielt den Auftrag, einen Entwurf fertigzustellen. Dem Minister wurden acht Millionen Rubel zur Verfügung gestellt, um die Presse zu bestechen, Literatur herauszugeben, Druckereien zu mieten, Wahlkioske und Kinos zu organisieren. Chwostow bekam etwa 1,5 Millionen Rubel ausbezahlt, über die er nach der Revolution keinerlei Rechenschaft ablegen konnte — der größte Teil floß in seine eigene Tasche. Chwostow stellte eine Uebersicht über den möglichen Wahlausgang in jedem einzelnen Gouvernement auf. In dieser Uebersicht hieß es über die Zusammensetzung der künftigen Duma:

«Zulässig sind rechte Oktobristen und wünschenswert die konservativeren Gruppen<sup>1</sup>.»

In die neue Duma sollten nur Abgeordnete vom Schlage Rodsjankos zugelassen werden, für erwünscht hielt man aber Markow II. und ihm ähnliche Leute vom «Verband des russischen Volkes». Man hoffte, dieses Resultat mit Hilfe der adligen Grundbesitzer und der Geistlichkeit zu erzielen. So hieß es über das Gouvernement Twer:

«Man wird den Linken und den Oktobristen ausgesprochen Rechte im Bunde mit der Geistlichkeit entgegenstellen müssen<sup>1</sup>.»

Ueber das Gouvernement Tambow:

«Die linken Gruppen können nur mit Hilfe der Geistlichkeit unschädlich gemacht werden. Diese ist zwar wenig zuverlässig, aber der Bischof kann sie in die Hand nehmen und ihr die Aufgabe stellen, keine Linken durchzulassen<sup>2</sup>.»

Als es sich um die praktische Durchführung des Entwurfs handelte, erinnerte man sich an N. A. Maklakow, den gleichen, der so vorzüglich einen «verliebten Panther» nachahmen konnte. Nikolaus II. beauftragte ihn, gemeinsam mit Protopopow, der im Dezember zum Innenminister ernannt wurde, das Manifest über die Dumaauflösung zu entwerfen. Voller Freude, daß er von der Nachahmung des Panthers zu einer «nützlicheren» Tätigkeit berufen wurde, schrieb Maklakow dem Zaren einen Dankbrief. Aus dem Brief ersieht man, welch umfassenden Plan der Absolutismus verfolgte. Maklakow schrieb:

«Das muß Sache des ganzen Ministerrats sein, der Innenminister darf nicht allein gelassen werden in dem Zweikampf gegen jenes ganze Rußland, das aus den Bahnen geglitten ist. Die Macht muß mehr als je konzentriert, von sich selbst überzeugt, durch das einzige Ziel zusammengeschmiedet sein: die Staatsordnung um jeden Preis wiederherzustellen, und sie muß fest an den Sieg über den inneren Feind glauben, der schon seit langer Zeit nicht nur gefährlicher, sondern auch erbitterter und frecher wird, als der äußere Feind<sup>3</sup>.»

Von diesem Gedanken, daß der innere Feind gefährlicher sei, als der äußere, daß die eigenen Untertanen schädlicher seien, als der Feind, ließ sich die Hofclique in ihrer gesamten Tätigkeit leiten.

### *Die Verschwörung des Absolutismus war fertig*

Es muß erwähnt werden, daß Maklakow seinen Brief am 9. Februar schrieb und der österreichische Außenminister, Graf Czernin, bereits am 13. Februar ein Friedensangebot aus Rußland erhielt. Er schrieb darüber:



«Am 26. Februar (neuen Stils. *Die Red.*) erschien bei mir eine Persönlichkeit, welche sich als berufener Vertreter einer neutralen Macht zu legitimieren imstande war, und teilte mir im Auftrage seiner Regierung mit, er habe den Befehl, mich wissen zu lassen, daß die Gegner oder einer von ihnen bereit seien, Frieden mit uns zu schließen, und daß die Bedingungen dieses Friedensabschlusses für uns günstig sein würden . . .

Ich zweifelte keinen Augenblick daran, daß es sich um Rußland handle, und mein Gewährsmann bestärkte mich in dieser Ueberzeugung<sup>1</sup>.»

Der Zarismus hielt beharrlich an dem einmal eingeschlagenen Kurs fest.

Die ersten unklaren Nachrichten über eine neue Wendung der Außenpolitik des Zarenhofes brachten die Bourgeoisie in Harnisch. Die verbündeten Imperialisten unterstützten sie rückhaltlos. Der Abschluß eines Separatfriedens durch Rußland mußte für sie die Möglichkeit eines Sieges über Deutschland in Frage stellen. Die russische Armee fesselte gewaltige Kräfte des Feindes; wenn sie aus dem Spiel ausschied, bestand die Gefahr, daß die verbündeten Imperialisten alle ihre Trumpfkarten verloren.

Von den Alliierten unterstützt, entschließt sich die Bourgeoisie, den morschen Zarismus durch eine Palastrevolte zu verjüngen, den unfähigen Zaren abzusetzen und an seine Stelle einen anderen, ihren eigenen Kandidaten zu setzen. Der ganze Plan war darauf berechnet, den Kampf gegen die heranreifende Revolution zu verstärken, ohne deshalb den Krieg einzustellen. In der Hauptstadt bildeten sich zwei geheime Zirkel. Zu dem einen gehörten hauptsächlich Militärs, Gardeoffiziere. Eine wichtige Rolle spielte dort der General Krymow, der später, nach der Februar-Revolution, als Teilnehmer des Putsches des Generals Kornilow bekannt wurde.

Der spätere Minister in der ersten Regierung nach der Februarrevolution von 1917, Tereschtschenko, erzählt in seinen Erinnerungen über den General Krymow:

«Er und seine Freunde waren sich klar darüber, daß, wenn sie nicht die Führung der Staatsumwälzung übernehmen, die Volksmassen selbst sie durchführen würden, und sie begriffen sehr gut, welche Folgen und welche unheilvolle Anarchie in diesem Falle drohen mußte.

Aber vorsichtigeren Personen suchten uns zu überzeugen, daß die Stunde noch nicht gekommen sei. So verging der Januar und die erste Hälfte des Februar. Schließlich verloren die weisheits-

vollen Worte der erfahrenen Politiker ihre Ueberzeugungskraft für uns, und in den ersten Märztagen wurde der General Krymow in jener chiffrierten Sprache, in der wir miteinander zu verkehren pflegten, aus Rumänien nach Petrograd berufen. Doch es war, wie sich zeigte, schon zu spät<sup>1</sup>.»

Den Erinnerungen Rodsjankos nach fanden die Besprechungen in der Wohnung Gutschkows statt. Die führenden Leute der Finanz und Industrie wußten, daß die Generäle Alexejew, Rußkij, Brussilow die Verschwörung billigten. Gleichzeitig wurde auch unter den Offizieren der Petrograder Garderegimenter in derselben Richtung gearbeitet. Mit den Offizieren stand auch Purischkewitsch in Verbindung. Der zweite Zirkel bestand aus Dumaabgeordneten. Miljukow teilte nach der Februar-Revolution von 1917 mit:

«Ein erheblicher Teil der Mitglieder der ersten Provisorischen Regierung hatte an den Beratungen dieses zweiten Zirkels teilgenommen, einige von ihnen... wußten auch vom Bestehen des ersten Zirkels<sup>2</sup>.»

Die Verschwörer beabsichtigten, Nikolaus zu stürzen, die Zarin in ein Kloster zu schicken und den im Knabenalter stehenden Alexej zum Zaren auszurufen; bis zu seiner Großjährigkeit sollte der Großfürst Michael Alexandrowitsch, ein Bruder des Zaren, zum faktischen Herrscher, zum Regenten ernannt werden. Der erste Schritt zur Palastrevolte sollte die Ermordung Rasputins sein. In der Nacht vom 17. zum 18. Dezember wurde Rasputin in die Wohnung des Fürsten Felix Jussupow eingeladen, wo Purischkewitsch gemeinsam mit dem Wohnungsinhaber und dem Großfürsten Dimitri Pawlowitsch den «Heiligen» durch sechs Schüsse erledigte.

Die hochgestellten Verschwörer, die aus dem gleichen Milieu hervorgegangen waren, das den Rasputin-Geist erzeugt und großgezüchtet hatte, hofften im geheimen, daß der Hof nach dieser Ermordung sich eines Besseren besinnen werde. Die Verwandten des Zaren wandten sich an Nikolaus, um ihm klar zu machen, daß er sich und alle, die ihm nahestanden, ins Verderben stürze. Aber der Zar verließ das Hauptquartier und eilte nach Petrograd. Dort entschloß man sich, den Plan weiter durchzuführen. Nur eine Abänderung wurde auf Vorschlag Protopopows vorgenommen: die Duma sollte vorläufig nicht auseinandergejagt werden. Am 6. Januar wurde ein Ukas des Zaren veröffentlicht, der die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Duma und des Reichsrates auf den 14. Februar verschob. Man fürchtete nicht so sehr die Erregung der bürgerlichen Oberschichten, als vielmehr das rasche Heranreifen der Revolution

von unten: die Auseinanderjagung der Duma konnte nach Meinung Protopopows zu einem legalen Anlaß für eine Aktion der Massen werden.

Die neue Vertagung faßten die Abgeordneten, nach den Worten des Zentralorgans der Kadettenpartei, der «Rjetsch», als die Vollendung des Feldzuges der Regierung gegen die Duma auf. Die stillgewordenen bürgerlichen Verschwörer beschleunigten nunmehr ihrerseits die Vorbereitung des Komplotts. Rodsjanko erfuhr durch ein Privatgespräch mit dem Ministerpräsidenten, daß Nikolaus bereits drei weitere Erlasse unterzeichnet hatte, ohne das Datum ihrer Veröffentlichung festzulegen. Der erste verfügte die völlige Auflösung der Duma, der zweite die Vertagung der Dumatätigkeit bis zum Ende des Krieges und der dritte die Einstellung der Dumatätigkeit auf unbestimmte Zeit. Der Dumapäsident lud telegraphisch den Adelsmarschall des Moskauer Gouvernements, Basilewski, den Vorsitzenden des Kongresses des vereinigten Adels, A. D. Samarin und den Adelsmarschall des Petrograder Gouvernements, Somow, nach Petrograd ein. Ferner wurden aus Moskau Fürst G. I. Lwow vom Verband der Semstvos, der besonders häufig als Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten der neuen Regierung genannt wurde, sowie M. W. Tschelnokow vom Städteverband und A. I. Konowalow vom Kongreß der Industriellen und Fabrikanten eingeladen. Man kam überein, daß Samarin im Namen des Adels um eine Audienz beim Zaren bitten und versuchen sollte, ihm die Augen über den Stand der Dinge zu öffnen. Am 19. Januar sollte der Kongreß des vereinigten Adels zusammentreten. Gleichzeitig hatte man im Februar 1917, wie Gutschkow bei seiner Vernehmung durch eine Untersuchungskommission nach der Februarrevolution aussagte, in dem Geheimzirkel noch beschlossen,

«den Hofzug des Zaren auf der Strecke zwischen dem Hauptquartier und Zarskoje Selo abzufangen, den Zaren zur Abdankung zu zwingen, gleichzeitig mit Hilfe der Truppenteile, auf die man hier in Petrograd rechnen konnte, die bestehende Regierung zu verhaften, und darauf sowohl den Umsturz als auch die Personen, die an der Spitze der neuen Regierung stehen sollten, bekanntzugeben. Auf diese Weise... hätte man nicht mit der gesamten Armee zu tun gehabt, sondern nur mit einem sehr geringen Teil von ihr.»

Die Entendediplomaten waren, ebenso wie die Führer der russischen Bourgeoisie, der Meinung, daß nur ein Staatsstreich einer Revolution vorbeugen und Rußland «retten» könne.

Der englische Botschafter George Buchanan gibt in seinen Erinnerungen zu, daß die Verschwörer bei ihm, in der Botschaft, über den Umsturz berieten.

«Es wurde ganz offen von einer Palastrevolte — schreibt er in seinen Memoiren — gesprochen, und beim Diner in der Botschaft teilte mir einer meiner russischen Freunde, der ein hohes Amt in der Regierung bekleidete, mit, es sei nur die Frage, ob der Kaiser und die Kaiserin, oder nur die letztere ermordet werden sollen<sup>1</sup>.»

### *So sah die Verschwörung der adlig-bürgerlichen Spitzen aus*

Dieses Eingeständnis Buchanans genügt, um nicht nur seine Kenntnis von der Verschwörung, sondern auch seine Teilnahme an ihr als bewiesen anzusehen. Es ist zweifellos, daß der Botschafter einer verbündeten Macht, der über die Möglichkeit einer Ermordung des Kaisers, bei dem er seinen König vertritt, unterrichtet ist und die Verschwörer deckt, ein Teilnehmer der Verschwörung ist. Buchanan erzählt ganz offen:

«Der russische Freund, der später ein Mitglied der Provisorischen Regierung war, teilte mir mit, daß vor Ostern ein Umsturz stattfinden werde<sup>2</sup>.»

Zwei Verschwörungen — beide mit dem Ziel, der Revolution vorzubeugen — waren ausgereift; ihre Teilnehmer hatten größte Eile, ihre Absichten ohne die Hilfe der Massen und noch bevor das Volk diese ganze Politik durchschauen könnte durchzuführen. Aber die Revolution kam sowohl dem Vorstoß des Zarismus als auch der Palastrevolte zuvor; während noch die Bourgeoisie und der Absolutismus sich herumbalgten, zogen die Arbeiter und Bauern, die sowohl die Bourgeoisie wie auch den Zarismus haßten, gegen sie auf die Straße.

Nach der Streikwelle vom Oktober 1916 trat in der Arbeiterbewegung ein gewisser Stillstand ein, aber weder im November noch im Dezember sank die Ziffer der Streikenden unter 40 000. Im Jahre 1917 begann ein jäher Aufschwung. Der harte Winter brachte den Arbeitern und den Werkträgern neue Entbehrungen. Die Getreidezufuhr nach Petrograd und Moskau hörte fast völlig auf. Die Preise für Massenbedarfsgegenstände gingen sprunghaft in die Höhe. In den Lebensmittelschlangen kam es dauernd zu Protestkundgebungen. Wiederholt wurden bereits Bäckerläden geplündert. Besonders aktiv

waren dabei die Frauen. Die Geheimpolizei stellte in ihrem Januarbericht an den Minister fest:

«Die Familienmütter, die vom endlosen Anstehen vor den Läden erschöpft und über den Anblick ihrer halb verhungerten und kranken Kinder gramgebeugt sind, sind jetzt der Revolution wohl weit näher als die Herren Miljukow, Roditschew und Co., und sie sind natürlich weit gefährlicher, weil sie jenen Zündstoff darstellen, für den ein Funke genügt, um den Brand zu entfachen<sup>1</sup>.»

Im Januar begannen die Streiks am 9., dem Jahrestag des Zusammenschießens der Arbeiterdemonstration im Jahre 1905. Tags zuvor hatte das Petersburger Komitee der Bolschewiki die Arbeiter aufgerufen, Demonstrationen gegen den Krieg zu veranstalten. An Moskau hatte das Büro des Zentralkomitees der Bolschewiki die gleiche Direktive erteilt. Am 9. Januar organisierten die Arbeiter in vielen Fabriken und Werken Versammlungen. Sie zogen mit roten Fahnen auf die Straße. Im Wiborger und Narwaer Stadtteil von Petrograd standen fast sämtliche Betriebe still. Außer in Petrograd fanden auch in Moskau, Baku und Nischnij-Nowgorod Arbeiterdemonstrationen statt. In Moskau streikte ein Drittel der Arbeiter. Das Moskauer Komitee der Bolschewiki organisierte eine Kundgebung von 2000 Teilnehmern auf dem Twerskoj-Boulevard, aber die berittene Polizei sprengte die Demonstranten auseinander. Gegen 3 Uhr nachmittags erschien auf dem Theaterplatz eine Gruppe von Arbeitern mit roten Fahnen, die die Losung: «Nieder mit dem Krieg!» trugen. Die Demonstration wuchs schnell auf tausend Personen und bewegte sich zum Ochotny Rjad. Berittene Polizei eilte herbei und sprengte mit gezogenen Säbeln in die Massen. Ueberall wütete die Polizei grausam gegen die Streikenden. Verhaftungen wurden vorgenommen. Viele Arbeiter wurden in die Militärkommandantur zur Einziehung zum Militär eingeliefert. Aber nach einigen Tagen brachen die Streiks erneut aus. Im Januar streikten im ganzen Land mehr als 200 000 Arbeiter — solche Streiks hatte es während der ganzen Kriegszeit nicht gegeben. In den beiden Hauptstädten entstand eine äußerst gespannte Lage. Die Städte waren von Gerüchten erfüllt. Die Einwohner hamsterten Lebensmittelvorräte für den Fall, daß der Verkehr eingestellt würde.

«Die Idee des Generalstreiks — meldete die Polizei — gewinnt von Tag zu Tag neue Anhänger und wird so populär, wie sie es auch im Jahre 1905 war<sup>2</sup>.»

Der Bewegung in den Städten schloß sich die Dorfarmut an. Die dauernden Einberufungen und die ständige Beschlagnahme von

Vieh richteten die Wirtschaft eines bedeutenden Teils der werktätigen Bauern vollends zugrunde. Die Industriekrise beraubte das Dorf der Streichhölzer, des Petroleums, des Salzes. Das Brot reichte kaum bis zur Mitte des Winters. Mit neuer Kraft loderte der Haß gegen die Gutsbesitzer und die Kulaken auf. Aus zahlreichen Bezirken kamen Nachrichten über eine heftige Bewegung gegen den Krieg.

«Die Regierung kann nicht alle aufhängen, aber die Deutschen können alle niedermetzeln oder zu Krüppeln machen<sup>1</sup>,»

sagte man in den Dörfern, um zu begründen, warum man der Einberufung zum Heeresdienst nicht Folge leisten soll. Die Polizeiberichte verglichen die Stimmung auf dem Lande immer häufiger mit der Stimmung von 1905/1906.

Die zaristische Regierung weigerte sich entschieden, der liberalen Bourgeoisie, ja auch nur denjenigen Hofcliquen Zugeständnisse zu machen, die in der Minute der Gefahr bereit waren, sich liberal zu geben. Der Zarismus mobilisierte alle Kräfte. Die Polizisten wurden mit Maschinengewehren ausgerüstet, die man den Regimentern der Garnison nahm, die Agenten der Geheimpolizei wurden zur Aushebung «aller Verdächtigen» ausgeschickt. Ueberall wurden Verhaftungen vorgenommen, wobei man oft die eigenen Leute nicht von den Gegnern unterschied. In der Nacht vom 27. Januar wurden die Mitglieder der Arbeitergruppe des Zentralen Kriegsindustrie-Komitees, die Menschewiki Gwodew, Broido u. a., insgesamt 11 Mann, verhaftet. Die Gruppe wurde beschuldigt, eine Arbeiterdemonstration für den 14. Februar vorbereitet zu haben,

«mit dem Ziel, Rußland in eine sozialdemokratische Republik umzuwandeln<sup>2</sup>».

Am 5. Februar wurde ein Befehl erlassen, der den Petrograder Militärbezirk aus der Nordfront ausschied und zu einer besonderen Einheit machte. Der Befehlshaber des Militärbezirks, Generalleutnant S. S. Chabalow, wurde mit weitestgehenden Vollmachten ausgestattet. Die Regierung bezog die Position des schonungslosen Kampfes gegen die Revolution.

In der liberalen Bourgeoisie riefen die ersten Anzeichen des revolutionären Sturms höchste Verwirrung hervor. Das Gerede von der Palastrevolte verstummte. Die «Revolutionäre wider Willen» waren bereit gewesen, sich auf eine «Revolution im Zimmer», ohne die Teilnahme der Massen, einzulassen, aber die Volksmassen erschienen plötzlich auf der Straße. Von einem ernsthaften Druck auf den Absolutismus wollten die Dumaschwätzer nichts mehr hören.

Unlängst noch Verschwörer, verrieten sie jetzt sogar ihre nächsten Verbündeten. Zwei Tage nach der Verhaftung der Arbeitergruppe tagte das Büro des Zentralen Kriegsindustrie-Komitees; A. I. Gutschkow und A. I. Konowalow wurden beauftragt, bei der Regierung um eine Milderung des Schicksals der Verhafteten zu bitten. Den Menschewiki wurde ein vorzügliches Zeugnis ausgestellt:

«Eine ganze Reihe von Tatsachen beweist, daß dank der Einwirkung der Arbeitergruppe auf eine ganze Reihe von Betrieben verschiedener Rayons, der Ausbruch scharfer Konflikte zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung vermieden werden konnte<sup>1</sup>.»

Es wurden jedoch keine entschlossenen Schritte unternommen. Im Gegenteil, in der nächsten Sitzung des Büros des Komitees am 29. Januar, an der auch die Oppositionsführer aus der Duma teilnahmen, rückte Miljukow zynisch von der Tätigkeit der Arbeitergruppe ab und wandte sich gegen «die Entfesselung der Volksgehalt». Der Professor Miljukow flehte die Arbeiter an, nicht auf die Straße zu ziehen und sich nicht «provizieren» zu lassen. Er forderte sie auf, sogar auf die Demonstration zu verzichten, die die Menschewiki für den Tag der Eröffnung der Reichsduma, den 14. Februar, planten. Während die Bourgeoisie den Arbeitern zuredete, sie mögen sich jeder Aktion enthalten, beschwor sie den Zaren, der Duma entgegenzukommen: man wollte durch kleine Zugeständnisse entschiedeneren Forderungen des Volkes vorbeugen.

Die Manöver der erschrockenen Bourgeoisie wurden von den kleinbürgerlichen Parteien gedeckt. Nach Auffassung der Menschewiki konnte nur die Bourgeoisie an der Spitze der bürgerlichen Revolution stehen. Zu diesem Zweck mußte man diese behutsam vorwärtstreiben. Die Menschewiki forderten die Arbeiter auf, am 14. Februar zur Verteidigung der Duma auf die Straße zu ziehen. Sie empfahlen den Demonstranten, sich am Taurischen Palais, dem Sitz der Duma, zu versammeln. Auf der gleichen Beratung vom 29. Januar, an der Miljukow teilnahm, ergriff auch Tschcheidse das Wort. Der Führer der Menschewiki warf dem Führer der Bourgeoisie vor, daß er im Schlepptau der Ereignisse segle.

«Das ist ein Schlag gegen die Arbeiterklasse, aber denken Sie daran, daß dem Untergang der Arbeiter auch Ihr eigener Untergang folgen wird<sup>2</sup>.»

so suchte Tschcheidse die Bourgeoisie einzuschüchtern und sie zu einem entschiedeneren Kampf gegen den Zaren zu drängen. Das legale Zentrum der Menschewiki in Gestalt der Arbeitergruppe und der

menschewistischen Dumafraktion spielte die Rolle einer Löschmannschaft gegen den revolutionären Brand. Als sich zeigte, daß der Streik sich in einen bewaffneten Aufstand verwandelte, forderten die Menschewiki die Arbeiter auf, nicht nur auf den Waffengebrauch, sondern auch auf die Demonstration zu verzichten.

Die gleiche Rolle von Verrätern an der Revolution spielten auch die Gruppen der Sozialrevolutionäre. Kerenski riet der Bourgeoisie, kühner zu sein. Nach der Eröffnung der Duma sagte er:

«Wenn Sie mit dem Lande sind, wenn Sie begreifen, daß das alte Regime und seine Diener Rußland nicht aus der jetzigen Krise herausführen können, dann müssen Sie sich mit aller Deutlichkeit nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten zu Anhängern der sofortigen Befreiung des Staates erklären und unverzüglich vom Wort zur Tat übergehen!»

Kerenski glaubte, ebenso wie Tschcheidse, daß die Bourgeoisie zu wirklichem Kampf gegen den Absolutismus fähig sei. Ebenso wie die Menschewiki, flehten auch die Sozialrevolutionäre die Bourgeoisie an, die Führung der Bewegung in die Hand zu nehmen, um den revolutionären Sturm zu verhindern.

Die Februarrevolution fand die Partei der Bolschewiki organisatorisch in geschwächtem Zustand. Viele Organisationen waren zerschmettert. Die bekanntesten Parteiarbeiter befanden sich in der Verbannung, im Zuchthaus, in der Emigration. Lenin war in der fernen Schweiz. Stálin befand sich weit in Sibirien, verbannt nach Turuchansk im Jenissej-Gebiet. Auch Swerdlow war dorthin verschickt.

Aber es gelang dem Absolutismus nicht, die bolschewistische Partei zu brechen; es gelang ihm nicht, ihre Verbindung mit den Massen zu zerstören. Dem Grundsatz des Marxismus treu, — immer mit den Massen, immer an der Spitze der Massen — standen die Bolschewiki an der Front und im Hinterland, im Zentrum und in der Provinz opfermutig an der Spitze des kämpfenden Proletariats. An Stelle der Eingekerkerten, der auf Zwangsarbeit Verschickten traten neue Genossen, neue Verstärkungen strömten heran. Die Bolschewiki waren sogar imstande, ihr führendes Zentrum in Rußland, das Büro des Zentralkomitees, aufrechtzuerhalten, unter dessen Führern sich W. M. Molotow befand. Der heroische Kampf der bolschewistischen Partei trug trotz des unerhörten Terrors seine Früchte. Die fortgeschrittenen Arbeiter, im Geiste des Bolschewismus erzogen, verliehen dem politischen Tageskampf einen leidenschaftlichen revolutionären Charakter. Die Ideologie der Bolsche-



wiki war in der Arbeiterklasse lebendig, sie beseelte die Massen zum unversöhnlichen Kampf gegen ihre Klassenfeinde. Einzig die Bolschewiki riefen die Massen zum Sturz des Zarismus durch den bewaffneten Kampf.

Im Gegensatz zu den Menschewiki, die die Arbeiter zu einer Demonstration zur Verteidigung der Duma am Tage ihrer Eröffnung aufriefen, rüsteten die Bolschewiki zu einer Demonstration am 10. Februar, dem Jahrestag der Gerichtsverhandlung gegen die bolschewistische Dumafraktion. Schon am 6. Februar verbreitete das Petersburger Komitee der Partei Flugblätter, in denen die Arbeiter zur Aktion aufgerufen wurden. Am 10. Februar streikte ein Teil der Betriebe, ein anderer Teil arbeitete nur bis zur Mittagszeit. Versammlungen wurden abgehalten und die Partei verbreitete 10 000 Flugblätter. Die Bolschewiki beschlossen, am Streik vom 14. Februar teilzunehmen und ihn unter ihren eigenen Losungen durchzuführen. An diesem Tage streikten in Petrograd 60 Betriebe mit mehreren zehntausend Arbeitern. Die Putilow-Arbeiter demonstrierten unter roten Fahnen mit der Aufschrift: «Nieder mit dem Absolutismus! Nieder mit dem Krieg!» Die Arbeiter des Wiborger Stadtteils zogen, revolutionäre Lieder singend, über den Litejny-Prospekt. Die Polizei, die sie am Weiterziehen verhindern wollte, wurde zurückgeschlagen. In den Fabriken fanden Versammlungen statt.

Die Losung «Für die Verteidigung der Duma!» war untergegangen. Der Streik und die Demonstration standen unter der Führung der Bolschewiki.





## Zweites Kapitel Die bürgerlich-demokratische Februarrevolution

### 1.

#### Der Aufstand in der Hauptstadt

Der Streik nahm einen machtvollen Verlauf. Aber er konnte nicht die Grundfrage der bürgerlich-demokratischen Revolution lösen, den Sturz des Absolutismus herbeiführen. Er brachte die Massen in Bewegung und bereitete sie auf die höchste Form des Kampfes, den bewaffneten Aufstand vor; er zeigte, wie weit die Revolution bereits herangereift war. Den Todesstoß versetzte dem alten Regime nicht der Streik. Der Absolutismus wurde durch die gemeinsame Aktion der Arbeiter und der sich ihnen anschließenden Soldaten zertrümmert.

Die entscheidende Rolle beim Sturz des Absolutismus spielte Petrograd, wo mehr als eine halbe Million Proletarier zusammengeballt waren. Am 18. Februar 1917 trat eine der Werkstätten der Putilow-Werke in den Streik. In allen Abteilungen wurden Versammlungen abgehalten. Die Arbeiter wählten eine Abordnung, um der Direktion ihre Forderungen zu überreichen. Der Direktor drohte mit der Entlassung. Am 22. Februar wurde der Betrieb geschlossen. Am nächsten Tag marschierten 20 000 Putilow-Arbeiter in die Stadt. Tags zuvor hatten sich in Petrograd ernste Lebensmittelunruhen abgespielt. Das Erscheinen der Putilow-Arbeiter goß gleichsam Oel ins Feuer.

Am 23. Februar war der Internationale Frauentag. Die bolschewistische Partei rief die Arbeiter zum Streik auf. Etwa 90 000 Arbeiter streikten. Die Außenbezirke von Petrograd waren den ganzen Tag über in der Gewalt der Demonstranten. In der Masse überwogen die Arbeiterinnen. Die Frauen verließen die Schlangen vor den Läden, wo sie stundenlang um Brot angestanden hatten, und schlossen sich den Streikenden an. Die Demonstranten streikten nicht nur selbst, sondern veranlaßten auch die Belegschaften anderer Betriebe zur Einstellung der Arbeit. Eine gewaltige Arbeitermasse sammelte sich rings um die Patronenfabrik, wo sie 5000 Arbeiter zum Anschluß an den Streik bewog. Die Kundgebungen standen unter der Losung: «Brot!» Es gab bereits viele rote Fahnen mit revolutionären Losungen, besonders im Wiborger Bezirk, wo das bolschewistische Komitee energisch gearbeitet hatte. Nach den Berichten der Polizei brachen gegen drei Uhr nachmittags etwa 4000 Menschen aus der Richtung des Wiborger Bezirkes über die Samsonjewski-Brücke vor und füllten den Troizkaja-Platz. In der Menge tauchten Redner auf. Polizisten zu Fuß und zu Pferd jagten die Demonstrationen auseinander. Noch nicht stark genug, die Polizei zurückzuschlagen, antworteten die Arbeiter auf die Gewalttätigkeiten mit der Plünderung von Bäckereien und der Verprügelung besonders übereifriger Polizisten.

Am Abend trat das bolschewistische Komitee des Wiborger Stadtbezirks zusammen. Es wurde beschlossen, den Streik fortzuführen und in den Generalstreik umzuwandeln.

Am nächsten Tag, dem 24. Februar, wurden die Demonstrationen mit erneuter Kraft fortgesetzt. Der Streik dehnte sich zusehends aus. Schon streikten etwa 200 000 Arbeiter. Auf den Brücken standen Wachtposten, doch die Arbeiter gingen über das Eis. Aus den Außenbezirken strömten die Demonstranten unter roten Fahnen in das Zentrum, zum Newski-Prospekt. Wenn sie von der Polizei an einer Stelle auseinandergejagt wurden, schlossen sie sich an einer andern Stelle sofort wieder zusammen. Unaufhörlich erdröhnte der Newski-Prospekt von revolutionären Liedern und Rufen: «Nieder mit dem Zaren!» — «Brot!».

Die Truppen wurden, weil ihre Zuverlässigkeit noch nicht erprobt war, sehr vorsichtig eingesetzt: eine Reihe von Vorfällen hatte gezeigt, daß ihre Disziplin bereits nachließ. Im Bezirk Wasiljewski Ostrow verweigerte eine Kosakenpatrouille einem Polizeikommissar, der von der Menge umzingelt war, ihre Unterstützung; auf dem Snamenskaja-Platz blieben die Kosaken völlig untätig, als die Massen berittene Polizisten fortjagten.

Das Büro des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei beschloß, die Soldaten in den aktiven Kampf einzubeziehen.

Am 25. Februar wiederholten sich in den Straßen Petrograds die Ereignisse des vorhergehenden Tages mit noch größerer Kraft. Die Einzelstreiks verwandelten sich in den Generalstreik. Die Zusammenstöße der Arbeiter mit der Polizei wurden immer erbitterter. Die Arbeiter verteidigten sich nicht nur, sondern gingen bereits zum Angriff über. An mehreren Stellen wurden Kommandeure von Polizeiabteilungen verwundet und getötet. Da es aber den Demonstranten an Waffen fehlte, hatte die Polizei das Uebergewicht. Gegen Abend vermochte die Polizei sogar die Straßen zu säubern und eine gewisse «Ordnung» herzustellen. Der Befehlshaber des Militärbezirks, Chabalow, machte bekannt, daß die Arbeiter am 28. Februar, einem Dienstag, die Arbeit wieder aufnehmen müssen, andernfalls würden alle vom Heeresdienst Reklamierten an die Front geschickt.

Die Macht des Zarismus schien noch nicht erschüttert, doch zeigten sich bereits drohende Anzeichen seines Zusammenbruches. Das waren die Fälle, in denen die Truppen sich weigerten, der Polizei zu Hilfe zu kommen, oder sogar direkt gegen sie vorzugehen. Bei der Kasanschen Kathedrale befreite ein Zug des IV. Donkosakenregiments die Festgenommenen und verprügelte die Polizisten, die einen Hof bewachten, in dem Verhaftete festgehalten wurden. Im Wiborger Viertel rückten Kosaken des I. Donregiments ab und ließen den Kommandeur der gemischten Abteilung, Oberst Schalfjew, mit den Polizisten allein gegen die Volksmassen kämpfen. Am Snamenskaja-Platz drängten die Kosaken die Polizei zurück, die eine Versammlung auseinanderjagen wollte; dabei wurde der Polizeikommissar Krylow getötet. Als erste versagten also die gleichen Kosaken, die die Vertrauensleute des Zaren, im Gegensatz zum Hauptquartier, unbedingt in Petrograd zurückzuhalten bestrebt waren.

Ueber die ersten Erscheinungen einer Gehorsamsverweigerung in der Armee erzählt der Rotgardist P. D. Skuratow, ein Arbeiter der Putilow-Werke, folgendes:

«Wir organisierten uns am Ende der Bogomolowskaja-Straße zu einer kleinen Gruppe von etwa 300 bis 400 Mann; als wir dann die Peterhofer Chaussee erreichten, schloß sich uns eine gewaltige Arbeitermasse an. Rote Tücher wurden an Stöcke gebunden, eine rote Fahne tauchte auf, und wir marschierten unter dem Gesang der «Marseillaise» zum Narwaer Tor. Als wir uns der Uschakowskaja-Straße näherten, ritt uns eine Abteilung Polizei

entgegen, die nach rechts und links Hiebe austeilte, so daß wir flüchten mußten... Am Narwaer Tor sammelten sich erneut Tausende von Arbeitern der Putilow-Werke und der chemischen Fabrik. Wir beschloßen, der Kundgebung einen organisierten Charakter zu geben. Die vordersten Reihen faßten sich an den Händen und so marschierten wir... Wir bogen gerade von der Sadowaja zum Newski-Prospekt ein, da sprengte uns vom Anitschkow-Palast eine Kavallerie-Eskadron mit gezogenem Säbel entgegen. Wir zogen die Reihen auseinander, und sie ritten zwischen uns durch. Wir riefen im Chor ‚Hurra!‘, erhielten aber keine Antwort von ihnen.

Als wir zum Litejny-Prospekt kamen, trafen wir auf die Arbeiter des Wiborger Stadtbezirkes und marschierten in einem gemeinsamen Zug zum Snamenskaja-Platz. Dort wurde eine gemeinsame Versammlung veranstaltet. Vom Balabin-Hotel her sprengte eine Polizeiabteilung heran. Der an der Spitze galoppierende Polizeikommissar hieb einer Frau, die die Fahne trug, mit dem Säbel über die Schulter. Sie war in der Krankenkasse unseres Betriebes beschäftigt... Vom ‚Zentral-Hotel‘ her sprengten durch die Ligowka-Straße Kosaken heran, darauf machte die Polizei kehrt und zog sich über den Suworow-Prospekt zurück. Die Kosaken ritten hinter uns her.

Wir diskutierten untereinander, was es wohl zu bedeuten habe, daß innerhalb des Militärs ein Durcheinander beginne. Wir schlossen daraus: also hat die Revolution gesiegt!.

Aber diese Schlußfolgerung war verfrüht. Die Truppen gingen noch gemeinsam mit der Polizei vor. Am Abend dieses Tages meldete der Befehlshaber des Petrograder Militärbezirks, General Chabalow, an den Stabschef des Höchstkommmandierenden, daß «die Menge zerstreut wurde». Am Abend erhielt Chabalow aus dem Hauptquartier die Anordnung:

«Ich befehle, morgen schon in der Hauptstadt die Unruhen einzustellen, die in der schweren Zeit des Krieges mit Deutschland und Oesterreich unzulässig sind. Nikolaus<sup>2</sup>.»

Der Befehl des Zaren versetzte Chabalow in Erregung. Bei seiner Vernehmung vor der Untersuchungskommission nach der Februar-Revolution sagte er aus:

«Dieses Telegramm — wie soll ich es Ihnen sagen? — um ehrlich und aufrichtig zu sein: es traf mich wie ein Schlag vor den Kopf... wie sollte ich die Unruhen morgen schon einstellen?

Es hieß: ‚morgen schon‘... Was konnte ich tun? Wie sollte ich sie einstellen? Als man forderte ‚Gebt uns Brot!‘, brauchte man nur Brot zu geben, und Schluß. Als aber auf den Fahnen die Aufschrift erschien: ‚Nieder mit dem Absolutismus!‘ — Was für Brot konnte da Ruhe schaffen? Aber was tun? Der Zar hat den Befehl gegeben: Man muß schießen<sup>1</sup>.»

Chabalow befahl den Regimentskommandeuren und den Reviervorstehern der Polizei, nach dreimaliger Warnung von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Der Stabschef des Höchstkommandierenden, General Alexejew, erteilte den Oberbefehlshabern der Nord- und der Westfront die Anweisung, unverzüglich je eine Kavalleriebrigade zum Abtransport nach Petrograd bereitzustellen. Er erklärte dem Stabschef der Nordfront durch direkte Leitung:

«Der Augenblick ist drohend, es muß alles geschehen, um das Eintreffen zuverlässiger Truppen zu beschleunigen. Davon hängt unsere ganze weitere Zukunft ab<sup>2</sup>.»

Damit nicht zufrieden, überfüllte die Geheimpolizei in der Nacht vom 25. zum 26. Februar die Petrograder Gefängnisse mit allen irgendwie verdächtigen Elementen. Auch fünf Mitglieder des Petersburger Komitees der Bolschewiki wurden verhaftet. Die Führung des Kampfes ging an das Wiborger Rayonkomitee der bolschewistischen Partei über. Durch Massenverhaftungen und die Heranziehung bewaffneter Verstärkungen von der Front bereitete sich der Zarismus zu der Auseinandersetzung mit der Revolution vor.

Der 26. Februar begann scheinbar ruhiger, als die vorhergehenden Tage. Es war ein Sonntag, und die Arbeiter gingen später als am Vortag in das Stadtzentrum. Die Straßen hatten ein festliches Aussehen. Durch die äußerliche Beruhigung irreführt, sandte Chabalow eine seiner üblichen Siegesdepeschen an das Hauptquartier:

«Heute, am 26. Februar, ist es seit dem Morgen in der Stadt ruhig<sup>3</sup>.»

Die Regierungstruppen waren im Zentrum der Stadt konzentriert. Auf den Dächern hoher Häuser und in den Polizeirevieren standen schußfertige Maschinengewehre. Die zaristischen Behörden hatten den Plan, die Arbeiter mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer zu empfangen. Die Newa war durch Ketten von Polizei- und Militärposten von den Arbeitervierteln abgeriegelt. Gegen Mittag begannen,

unter Führung der Bolschewiki, zahlreiche Demonstranten ins Stadtzentrum zum Newski-Prospekt durchzubrechen.

Die Betriebe marschierten zum Newski-Prospekt, im Herzen der Hauptstadt selbst wollten sie den Kampf mit dem Feind aufnehmen. Sie wurden mit rücksichtslosem Feuer empfangen. Auf den Newski-Prospekt zu kommen, war nicht möglich. Die Schießerei dauerte den ganzen Tag an.

Einer der Soldaten der Ausbildungsabteilung des Wolhynischen Regiments schildert die Mitwirkung der Wolhynier an dem Zusammenschießen der Arbeiterdemonstration folgendermaßen:

«Jetzt war die Abteilung bereits an Ort und Stelle. Die Arbeiter hatten den ganzen Platz vor dem Nikolai-Bahnhof besetzt. Die Soldaten hoffen immer noch, daß sie nur hierher geholt wurden, um Eindruck zu machen und Furcht zu erwecken. Aber als der Zeiger der Bahnhofsuhr vor 12 stand, zerstreuten sich die Zweifel der Soldaten — der Befehl zum Schießen wurde erteilt. Eine Salve ertönte. Die Arbeiter flüchteten nach allen Seiten. Die ersten Salven forderten fast keine Opfer: die Soldaten schossen in die Luft, als hätten sie sich dazu verabredet. Plötzlich knatterte ein von Offizieren auf die Menge gerichtetes Maschinengewehr los und das Blut der Arbeiter floß auf den schneebedeckten Platz. Die Menge flüchtete Hals über Kopf in die Höfe der Häuser, einer drängte den andern. Die berittene Gendarmerie begann mit der Verfolgung des aus seiner Stellung geworfenen «Feindes» und diese Verfolgung zog sich bis tief in die Nacht hin. Erst dann wurden die Truppenteile in ihre Kasernen zurückgeführt. Unsere Abteilung kehrte genau um ein Uhr nachts unter Führung des Stabskapitäns Laschkewitsch in die Kaserne zurück<sup>1</sup>.»

Nach dem Bericht der Geheimpolizei wurden an diesem Tag allein auf dem Snamenskaja-Platz von der Polizei 40 Tote und ungefähr ebensoviel Verwundete fortgeschafft; dabei sind diejenigen nicht mitgerechnet, die von den Demonstranten selbst weggebracht wurden.

Der 26. Februar, der so ruhig begonnen hatte, endete im offenen Bürgerkrieg. Charakteristisch war es, daß die 4. Kompanie des Reservebataillons des Pawlowski-Regiments, über die Beteiligung der Ausbildungsabteilung ihres Regiments am Schießen auf die Arbeiter empört, das Feuer auf einen Trupp berittener Polizei eröffnete. Da sie keine Unterstützung anderer Truppenteile fand, wurde sie niedergeschlagen und mußte die Waffen strecken, nur



21 Mann gingen mit ihren Gewehren zum aufständischen Volk über. Die Offiziere machten 19 «Rädelsführer» ausfindig. Die Verhafteten wurden in die Trubetzkoi-Bastion der Peter-Pauls-Festung eingeliefert. Ihnen drohte die Erschießung.

Der erste Tag des Bürgerkrieges endete mit einem Sieg des Zarismus.

Gegen Abend war die Stadt von Demonstranten gesäubert — der «allerhöchste Befehl» war auch diesmal durchgeführt worden.

Aber die Verteidiger des Absolutismus bemerkten nicht den Einfluß der Arbeitermassen auf die Truppen, die auf die Demonstranten geschossen hatten. Diese revolutionäre Einwirkung des Proletariats war bedeutend größer, als der vom Absolutismus errungene Sieg. Die Erbitterung der Soldaten über ihre Vorgesetzten nahm mit jeder neuen Salve zu. Das aber bemerkten die «Sieger» nicht, so sehr waren sie an den Haß der Soldaten gewöhnt.

Das Proletariat machte sich weitgehend die grundlegende Lehre der Revolution von 1905 zunutze: die Notwendigkeit des Kampfes um die Armee. Die Arbeiter und besonders die Arbeiterinnen schlossen einen festen Ring um die Soldaten. Sie griffen mit den Händen nach den Bajonetten der Soldaten und drangen in ihre Brüder, die Revolution nicht im Arbeiterblut zu ertränken. Einzelne Soldaten und kleine Gruppen lösten sich von der großen Masse los. Die Aufständischen redeten ihnen leidenschaftlich zu. Die erst kürzlich einberufenen Soldaten — ein großer Teil der Petrograder Garnison bestand aus Landwehrmännern 2. Kategorie oder Rekruten des jüngsten Jahrgangs — reagierten stark auf die Erregung der Arbeiter. Die Soldaten hüllten sich in düsteres Schweigen, wandten sich bedrückt von den Massen ab, die auf sie einredeten, aber es trat bereits klar zu Tage, daß sie von der revolutionären Stimmung angesteckt wurden. Manche Soldaten machten bereits den Versuch, sich gegen die Vorwürfe und Anklagen zu verteidigen. Andere wiesen zornig auf die Offiziere, die Schuldigen an dem Schießen auf die wehrlose Menge. Wieder andere rieten, den Druck noch zu verstärken, und zeigten dabei auf ihre entladenen Gewehre.

Die Standhaftigkeit und Selbstverleugnung der Proletarier, das Schwanken in der Armee, löste die Sympathie der Soldaten aus.

Die Leichtigkeit, mit der die Soldaten des Pawlowski-Regiments niedergeworfen wurden, stärkte die Zuversicht der zaristischen Behörden. Erleichtert schrieb der Innenminister Protopopow an den Zaren:

«Die Truppen haben sich wacker geschlagen, eine Ausnahme bildet nur das eigenmächtige Auftreten der 4. Evakuiertenkompanie des Pawlowski-Regiments<sup>1</sup>.»

Am Schluß seines Berichtes log Protopopow frech:

«Ein Teil der Arbeiter beabsichtigt, am 27. Februar die Arbeit wieder aufzunehmen<sup>2</sup>.»

Diese prahlerische Lüge zeigt, wie wenig die stumpfsinnigen Gendarmen die sich abspielenden Ereignisse verstanden.

Einmal frech geworden, beeilten sich die zaristischen Satrapen, auch die winzigen Zugeständnisse zurückzunehmen, die in den vorhergehenden Tagen gemacht worden waren. Der Petrograder Stadthauptmann zog seine Anordnung zurück, durch die das Ernährungswesen der Stadtduma übertragen worden war. Die Reichsduma, von der man eine Anfrage über die Schießereien vom 26. Februar erwartete, wurde durch einen Erlaß des Zaren aufgelöst. Dieser Erlaß war schon im November 1916 verfaßt worden. Als ihn der Zar dem Ministerpräsidenten Golizyn überreichte, hatte er gesagt:

«Behalten Sie ihn bei sich, und wenn es nötig ist, machen Sie von ihm Gebrauch<sup>3</sup>.»

Die Minister beeilten sich unnötigerweise. Die Duma machte in diesen bangen Tagen ihrem Herzen durch Anfragen an die Regierung Luft, aber sie betrafen nicht die Schießereien, sondern den Zustand des Ernährungswesens in Petrograd. Die erschreckten Vertreter des Groß- und Kleinbürgertums, der Kadett Roditschew, der Sozialrevolutionär Kerenski, der Menschewik Tschcheidse, stopften sich die Ohren zu und taten so, als hörten sie die Schüsse auf den Straßen nicht; sie fuhren fort, den Zarismus nach gewohnter Art zu beschwören. Die politikantenhaften Intellektuellen liefen verwirrt von einer Wohnung in die andere, um nach den letzten «Neuigkeiten» zu jagen.

Etwas besser als die andern erkannte der Dumapäsident Rodsjanko den Ernst und die tragische Bedeutung der Ereignisse. Eng mit der Monarchie verbunden, spürte Rodsjanko, daß die Stunde ihres völligen Zusammenbruchs gekommen sei. Er flehte Nikolaus II. an, eine neue Regierung zu bilden, zu der das Land «Vertrauen» habe.

«Jedes Zögern ist gleichbedeutend mit dem Tod — telegraphierte er an den Zar. — Ich bete zu Gott, daß in dieser Stunde die Verantwortung nicht auf den Träger der Krone fallen möge<sup>4</sup>.»

Aber der Zar ging mit einer Handbewegung über seinen über die Maßen ergebenen Diener hinweg. Als Antwort auf sein Telegramm, teilte Nikolaus dem Hofminister Fredericks mit:

«Dieser Dickwanst Rodsjanko hat mir schon wieder allerhand Quatsch geschrieben, auf den ich ihm nicht einmal antworten werde<sup>1</sup>.»

## 2.

### Der Sieg der Februar-Revolution

Während oben die Sieger triumphierend die Verluste der Revolution zählten und Kräfte zu einem neuen Schlag sammelten, wurde unten fieberhaft gearbeitet. Die Arbeiter gingen von Betrieb zu Betrieb und berichteten über die Einzelheiten der blutigen Ereignisse. Augenzeugen des Schießens schilderten die Raserei der Gendarmen, entzündeten so den Haß bei ihren Hörern und weckten in ihnen den leidenschaftlichen Wunsch, mit den Henkern abzurechnen. Arbeiterinnen, die den Ueberfall auf die Demonstration miterlebt hatten, begeisterten ihre Brüder und Männer zu neuem Kampf.

In den Kasernen herrschte in der Nacht eine dumpfe Gärung. Die Soldaten tauschten ihre Eindrücke des letzten Tages aus; die Bedeutung der Vorgänge wurde ihnen immer klarer.

Die Bolschewiki waren in diesen stürmischen Tagen der revolutionären Kämpfe überall — in den Fabriken, in den Kasernen und auf den Straßen — unermüdlich am Werk; sie agitierten und riefen zum Kampf, sie vereinigten und schmiedeten die Arbeiter und Soldaten zusammen. Von den leitenden Zentren, die die Geheimpolizei zerstört hatte, losgerissen, schufen die Bolschewiki örtliche Zentren in den Betrieben, stellten schnell Verbindungen her und beseelten die Arbeiter mit ihrem Mut und ihrer festen Siegeszuversicht.

Am gleichen Tage, dem 26. Februar, tagte das bolschewistische Komitee des Wiborger Rayons, das nach der Verhaftung des Petersburger Komitees die Führung übernommen hatte. Die Genossen aus den Betrieben berichteten vom Anwachsen der revolutionären Stimmung und der Bereitschaft, den Kampf fortzusetzen. Das Rayonkomitee beschloß: den bewaffneten Kampf zu entfalten, die Waffenlager zu besetzen, die Polizisten zu entwaffnen.

Die hartnäckigen Demonstrationen des Proletariats, auf die aus nächster Nähe gefeuert wurde, der Umgang der Arbeiter mit den Soldaten, schließlich der unmittelbare Einfluß der Bolschewiki, die

häufig in die Kasernen selbst eindringen, bewirkten, daß die einzelnen Fälle von Gehorsamsverweigerung der Truppen in offene Meuterei umschlugen: die Soldaten wandten sich gegen ihre Vorgesetzten als Bauern gegen die Gutsbesitzer. In der Nacht vom 26. zum 27. Februar beschloß die Ausbildungsabteilung des Wolhynischen Regiments, die am Snamenskaja-Platz auf die Arbeiter geschossen hatte, den Gebrauch der Waffe gegen die Demonstranten zu verweigern. Aber dieser scheinbar nur passive Widerstand gegen die Vorgesetzten verwandelte sich unerwartet in aktives Auftreten. Als am frühen Morgen der Kommandeur der Ausbildungsabteilung mit einem jüngeren Offizier in die Kaserne kam, wurden sie unter Hurrarufen durch Gewehrschüsse getötet — so tief war bereits der Einfluß der Revolution eingedrungen: der jahrhundertelange Haß der Bauern gegen den Fronherrscher, der in Offiziersuniform steckt, kam mit schonungsloser Heftigkeit zum Ausbruch.

Ein Teilnehmer des Aufstandes des Wolhynischen Regiments erzählt über diesen außerordentlichen Augenblick der Revolution:

«Der Unteroffizier Kirpitschnikow verlas uns einen Befehl, wonach die Abteilung morgen um 7 Uhr früh anzutreten habe. Um diese Zeit versammelten sich in einem dunklen entlegenen Winkel der Kaserne 18 Mann: die aktivsten Soldaten, einige Zug- und Korporalschaftsführer aus dem Mannschaftsstand, diskutierten leidenschaftlich über die Lage und alle 18 beschloßen unwiderruflich: morgen machen wir alles, wie es uns paßt! Ein Aktionsprogramm wurde entworfen: die Abteilung tritt nicht um 7 Uhr morgens an, wie der Stabskapitän Laschkewitsch befohlen hat, sondern schon um 6 Uhr, in der Zwischenzeit ziehen wir die ganze Abteilung auf unsere Seite herüber...

Der Morgen dämmerte schon, als sich alle 18 ruhig, im Laufe einiger Minuten an ihre Plätze begaben.

Am 27. Februar um 6 Uhr früh war die Abteilung, 350 Mann stark, schon angetreten. Kirpitschnikow nahm das Wort, schilderte die allgemeine Lage und sprach darüber, wie man sich verhalten müsse und was zu tun sei.

Es bedurfte fast gar keiner Agitation. Die Soldaten waren schon von der Propaganda erfaßt und warteten sozusagen nur auf diese Aufforderung. Alle Kämpfer bekundeten ihren festen Willen, die Arbeiter zu unterstützen.

— Wenn wir schon sterben müssen, so soll es geschehen — sagten sie —, aber auf unsere Brüder werden wir nicht schießen.

In diesem Augenblick hörte man Sporengeklirr auf dem Korridor.

Die Abteilung horchte auf und hielt für einen Augenblick den Atem an.

Der Fähnrich Kolokolow, ein ehemaliger Student, der erst kürzlich in das Regiment eingetreten war, kam herein. Die Abteilung erwiderte seinen Gruß in der üblichen Weise. Gleich nach ihm erschien der Kommandeur Laschkewitsch. Alle waren aufs äußerste gespannt. Es herrschte größte Stille.

Auf die Begrüßung ‚Guten Morgen, Soldaten!‘ antwortete ein donnerndes Hurra, wie wir es vorher verabredet hatten.

Als das Hurra verklungen war, schien Laschkewitsch zu führen, daß etwas im Anzug war, er wiederholte aber nochmals seine Begrüßung. Und abermals dröhnte ihm ein mächtiges Hurra entgegen.

Laschkewitsch wendet sich an den Unteroffizier Markow und fragt ihn zornig, was das zu bedeuten habe.

Markow nimmt das Gewehr unter den Arm und antwortet entschlossen: ‚Dieses Hurra ist ein Signal zur Weigerung, Ihre Befehle zu befolgen!‘

Die Gewehrkolben schlugen auf den Asphaltboden der Kaserne auf, die Gewehrschlösser krachten.

‚Mach, daß Du fortkommst, solange Du noch heile Knochen hast!‘ schrien die Soldaten.

Laschkewitsch versucht zu brüllen: ‚Stillgestanden!‘ Kein Mensch hört mehr auf sein Kommando. Laschkewitsch bittet, man möge wieder in Ordnung antreten, damit er ein an General Chabalow gerichtetes Telegramm ‚Seiner Majestät, Nikolaus II.‘ verlesen könne, aber das blieb ohne die geringste Wirkung auf die Soldaten.

Laschkewitsch und Kolokolow hatten jede Hoffnung verloren, die Abteilung zur Ruhe zu bringen und liefen zur Tür hinaus. Auf dem Korridor trafen sie den Fähnrich Woronzow-Weljaminow, und alle drei ergriffen die Flucht. Markow und Orlow rissen schnell die Fensterklappe auf, legten die Gewehre an, und als die drei Offiziere vor dem Fenster waren, ertönten zwei Schüsse.

Laschkewitsch fällt wie ein Stück Holz am Toreingang hin. Die anderen Offiziere stürzten zum Tor hinaus und meldeten dem Regimentsstab sofort die Meuterei.

Mit der Kasse und der Fahne verließ das ganze Offizierkorps unverzüglich das Regiment.

Der Weg war frei. Die ganze Abteilung begab sich unter dem Kommando Kirpitschnikows auf den Hof.

Eine Salve, die in die Luft abgefeuert wurde, gab das Alarm-signal. Die Verhafteten wurden aus dem Arrestlokal befreit. Es wurden sofort Delegierte an die benachbarten Truppenteile mit dem Vorschlag gesandt, sich unserer meuternden Truppe anzuschließen. Als erste leistete eine tausend Mann starke Kompagnie von Evakuierten unserm Ruf ohne jedes Zögern Folge und schloß sich uns an. Nach kurzer Zeit kam die vorbereitende Ausbildungsabteilung dazu.<sup>1</sup>»

Unter den Soldaten erschienen Arbeiter.

Die Wolhynier eilten auf die Straße. Unter Hurrarufen und Schüssen, die in die Luft abgefeuert wurden, zogen sie zu den Nachbarregimentern: dem Preobrashenski- und dem Litauischen Regiment. Als sie deren Kasernen erreichten, entfesselten sie dort augenblicklich den Bauernhaß gegen die Gutsbesitzer. Auch dort wurden die Regimentskommandeure getötet. Die Preobrashensker und Litauer vereinigten sich mit den Wolhyniern und zogen in bewaffneten Trupps zum Wiborger Rayon, dem Hauptherd des revolutionären Brandes in Petrograd. Von der Wiborger Seite her zogen die Arbeiter seit dem Morgen wie ein Lavaström über das Eis der Newa. Gegen mittag warfen die Wiborger eine Kompagnie des Moskauer Regiments, die die Litejny-Brücke mit Maschinengewehren abriegelt hatte, über den Haufen und strömten in die Stadt, die Soldaten mit sich reißend. Auf dem Wege dorthin wurde das Arsenal im Sturm genommen. Sofort wurden in aller Eile Abteilungen gebildet. In einer Stunde gelangten etwa 40 000 Gewehre in die Hände der Arbeiter. Die unorganisierte Soldatenmeuterei verschmolz unmittelbar mit der revolutionären proletarischen Bewegung. Die bewaffneten Arbeiter traten an die Spitze der aufständischen Soldaten. Die Bewegung verwandelte sich in die Revolution, die mit bewaffneter Hand den Zarismus stürzte.

Die Meuterei der Soldaten und die Demonstrationen der Arbeiter wären durchaus nicht zwei zufällige, von einander unabhängige Wege der Februar-Revolution. Die Arbeiterdemonstrationen hatten die Meuterei der Soldaten in den Tagen, als die Truppen noch den zaristischen Behörden gehorchten, *vorbereitet* und *entfesselt*. Ohne die *politische Führung* der Arbeiter hätte es keinen Massenaufstand der Soldaten gegeben. Es war kein Zufall, daß

die Wolhynier und Litauer nicht in das Zentrum der Stadt und nicht vor die Duma marschierten, sondern in das Wiborger Arbeiter-viertel. Aber sowohl die Aktion der Arbeiter, als auch die Empörung der Soldaten war seit langem durch die beharrliche und hingebungsvolle Arbeit der bolschewistischen Partei vorbereitet worden. Das Petersburger Komitee der bolschewistischen Partei hatte noch vor seiner Verhaftung ein Flugblatt drucken lassen:

«Man darf nicht länger warten und schweigen. Die Arbeiterklasse und die Bauern, in den grauen Soldatenmantel und die blaue Arbeiterbluse gekleidet, müssen einander die Hand reichen und den Kampf gegen die ganze Zarenclique führen, um für immer dieser Schande, die auf Rußland lastet, ein Ende zu machen... Die Zeit für den offenen Kampf ist gekommen<sup>1</sup>.»

Von der Partei gelenkt, kamen die beiden Ströme einander entgegen, rückten einander ständig näher, bis sie sich zur siegreichen Revolution verschmolzen.

Die Stadt füllte sich rasch mit Last- und Personenaautos voll bewaffneter Soldaten und Matrosen. Die Gendarmen und Offiziere, die Widerstand leisteten, wurden ergriffen, entwaffnet und in der Hitze des Kampfes vernichtet. Die Gefängnisse wurden erstürmt. Hunderte von aktiven Revolutionären wurden befreit, um sofort ihren Platz unter den Kämpfern einzunehmen.

Die Polizeireviere brannten. Nicht endenwollende Hurrarufe klangen von Rayon zu Rayon.

Kurze, stürmische Meetings wurden abgehalten. Die Flugblätter der Bolschewiki wurden von Hand zu Hand weitergegeben.

«Ruft alle zum Kampf — hieß es im Aufruf des Petersburger Komitees der Bolschewiki. — Es ist besser, für die Arbeitersache kämpfend eines ruhmvollen Todes zu sterben, als das Leben für die Profite des Kapitals an der Front hinzugeben oder vor Hunger oder Ueberarbeitung dahinzusiechen... Alle unter die roten Fahnen der Revolution! Nieder mit der Zarenmonarchie! Es lebe die demokratische Republik!... Den ganzen Boden der Gutsbesitzer dem Volk!... Nieder mit dem Krieg!... Es lebe die sozialistische Internationale<sup>2</sup>.»

Die Zarenminister tagten im Marien-Palast. Von allen Seiten kamen Nachrichten über den Aufstand. Kosakenpatrouillen meldeten, daß eine 1000 Mann starke Abteilung Regierungstruppen, die unter dem Befehl des Obersten Kutjopow gegen die Wolhynier vorgeschickt wurde, nicht vorwärtskommen könne. Die Soldaten verbrüdernd sich mit den Aufständischen.

Die bestürzten Minister ermächtigten den Befehlshaber des Militärbezirks, General Chabalow, den Belagerungszustand über die Hauptstadt zu verhängen. Aber der Befehl konnte nirgends mehr gedruckt werden: die Druckerei der Stadthauptmannschaft war von den Aufständischen besetzt. Es gelang, 1000 Exemplare in der Admiralität zu drucken. Zwei Revieraufseher der Polizei konnten nur ein paar Kundmachungen anschlagen. Bald holte die Menge die Plakate herunter und riß sie in Stücke.

Die Minister vernahmen bestürzt die Meldungen, als von weitem schon die Schüsse zu hören waren. Man beschloß, im ganzen Palast das Licht auszulöschen und wenigstens einen Teil der treugebliebenen Truppen zum Widerstand zusammenzuraffen. Es erfolgte jedoch kein Angriff; das Licht wurde wieder angezündet. «Als wieder Licht wurde, befand ich mich zu meinem Erstaunen unter dem Tisch<sup>1</sup>», erzählte später einer der Minister dem Dumapäsidenten Rodsjanko.

Der Schrecken war umsonst gewesen. Die bewaffnete Menge zog zum Taurischen Palast. In der Duma tagte gerade der Aeltestenrat, die Vertretung aller Fraktionen. Rodsjanko berichtete über den Aufstand, über die Panik, von der die Regierung befallen war. Er sandte dem Zaren ein Telegramm:

«Die Lage verschlechtert sich. Es müssen unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, denn morgen wird es schon zu spät sein. Die letzte Stunde ist angebrochen, in der sich das Schicksal des Vaterlandes und der Dynastie entscheidet<sup>2</sup>.»

Statt einer Antwort aus dem Hauptquartier fand Rodsjanko auf dem Schreibtisch den Erlaß des Zaren über die Auflösung der Duma. Was tun? Sich dem Erlaß nicht fügen, weiter tagen, heißt, dem Monarchen den Gehorsam verweigern, sich auf einen revolutionären Weg begeben. Dazu war die zaristische Duma nicht fähig. Den Erlaß entgegennehmen und auseinandergehen? Aber durch das Fenster hörte man die Schüsse und das Tosen der heranziehenden Menge. Die untertänigsten Gutsbesitzer und Bourgeois beschlossen, sich dem Erlaß des Zaren zu fügen, die Duma als Staatsorgan aufzulösen, aber die Mitglieder der Duma sollten nicht auseinandergehen, sondern als «Privatleute» zu einer «nichtoffiziellen Beratung» zusammentreten.

Auf diese Weise befolgten sie zwar den Erlaß, hielten sich aber selbst die Hände frei.

Man tagte nicht, wie sonst, im Weißen Saal, sondern im Halbkreis-Saal, um durch diese Aeüßerlichkeit den «privaten» Charakter



der Beratung zu betonen. Mehr als 200 Abgeordnete drängten sich um den Tisch, an dem Rodsjanko betreten fragte: «Was soll man tun?» Ein Kadett, Nekrassow, der als der am weitesten links Stehende galt, machte den Vorschlag, unverzüglich einen der «populären Generale» zum Diktator zu ernennen, damit er die Meuterei niederschlage. Aber man schüttelte ihn ab und sagte ärgerlich, die Minister und Generale seien so erschrocken, daß man sie unter dem Bett hervorziehen müsse. Der Trudowik Dsjubinski schlug vor, man solle aus den Dumaabgeordneten ein mit Machtvollkommenheit ausgestattetes Komitee zur Wiederherstellung der Ordnung bilden. Miljukow wandte sich gegen beide Vorschläge: man müsse warten, bis es klar sei, auf wessen Seite die Mehrheit der Truppen und Arbeiter stünde.

Mitten in der Diskussion stürzte ein Offizier, der Wachtkommandant, mit dem Ruf in den Saal: «Mein Stellvertreter ist schwer verwundet, schützen Sie mich!» Als die Abgeordneten aus dem Fenster sahen, erblickten sie Massen, die den Palast umzingelt hielten, dann dröhnten Kolbenschläge durch den Treppenflur: die Revolution erschien auf der Schwelle der Duma. In aller Eile wurde ein Provisorisches Komitee von zehn Mann zur «Wiederherstellung der Ordnung in Petrograd und zum Verkehr mit Behörden und Personen» gebildet. Dem Komitee gehörten an: M. W. Rodsjanko, W. W. Schulgin (Nationalist), P. N. Miljukow (Kadett), N. W. Nekrassow (Kadett), S. I. Schidlowski (Oktobrist), I. I. Dmitrjukow (Oktobrist), A. I. Konowalow (Fortschrittler), W. A. Rshewski (Fortschrittler), W. N. Lwow (Rechter), A. F. Kerenski (Trudowik) und N. S. Tschcheidse (Menschewik).

Das aufständische Volk überfüllte alle zum Taurischen Palast führenden Straßen. Gewaltige Menschenmengen stauten sich auf dem Hof. Bewaffnete Soldaten und Arbeiter drangen in den Palast.

Der Monarchist Schulgin schildert in seinen Erinnerungen folgendermaßen die allgemeine Stimmung der zu Tode erschreckten Bourgeoisie:

«Maschinengewehre — das war es, was ich hätte haben mögen, denn ich empfand, daß nur die Sprache der Maschinengewehre dem Straßenpöbel verständlich ist, und daß nur das Blei dieses ungeheuerliche Tier, das aus seiner Höhle in die Freiheit entwichen ist, wieder zurücktreiben kann . . . Leider war dieses Tier . . . seine Majestät, das russische Volk! . . . Das, was wir so befürchtet hatten, was wir um jeden Preis vermeiden wollten, war bereits Wirklichkeit, die Revolution hatte begonnen!»

Im Hauptquartier des Zaren verlief der Vormittag des 27. Februar wie gewöhnlich. Nikolaus II. begab sich in aller Ruhe zur Entgegennahme der Vorträge. Von den Ereignissen in Petrograd wußte man. Tags zuvor war ein Brief der Zarin eingetroffen, in dem sie über die Zusammenstöße schrieb, die sich am 25. Februar in der Hauptstadt abgespielt hatten.

«Das ist eine Bewegung von *Raufbolden* — schrieb die Zarin — Jungens und Mädchen laufen herum und brüllen, sie hätten kein Brot, einfach zu dem Zweck, Erregung hervorzurufen, es sind weiter Arbeiter, die die andern hindern, zu arbeiten. Wenn das Wetter sehr kalt wäre, säßen sie wahrscheinlich alle zu Hause<sup>1</sup>.»

Im Hauptquartier war man der Meinung, daß in Petrograd «Hungerunruhen» stattfanden, und man war gewohnt, dem Hunger der Arbeitermassen keine Beachtung zu schenken. Nikolaus antwortete der aufgeregten Zarin beruhigend:

«Die Unruhen unter den Truppen gehen *von einer Genesenden-Kompagnie* aus, wie ich gehört habe. Ich frage mich erstaunt, was Paul (der Befehlshaber der Garde. *Die Red.*) tut. Er müßte die Leute fest in der Hand haben<sup>2</sup>.»

Aus der Frontzone wurden Truppenteile nach Petrograd geschickt. Chabalow erhielt den Befehl, den Unruhen sofort ein Ende zu bereiten.

Aber seit den Mittagsstunden liefen immer alarmierendere Nachrichten ein. Von der Zarin kam ein Telegramm:

«Die Revolution hat gestern (am 26. Februar: *Die Red.*) entsetzenerregende Ausmaße angenommen. Ich weiß, daß sich auch andere Truppenteile angeschlossen haben. Die Nachrichten sind schlechter als jemals<sup>3</sup>.»

Eine Stunde später traf ein zweites Telegramm ein:

«Zugeständnisse sind notwendig. Die Streiks dauern an. Viele Truppenteile sind auf die Seite der Revolution übergegangen<sup>4</sup>.»

Von da an antwortete Petrograd fast überhaupt nicht mehr auf Anrufe.

Erregung bemächtigte sich der Hölflinge im Hauptquartier. Der Zar beriet mit dem Generalstabschef, General Alexejew, lange über Abwehrmaßnahmen. Man dachte daran, einen kampferprobten General mit Truppen nach Petrograd zu senden. Abends entschloß sich

Nikolaus, selbst dorthin zu fahren. Um 19 Uhr teilte Nikolaus seiner Frau mit:

«Ich reise morgen um 2.30 Uhr ab. Die Gardekavallerie hat den Befehl erhalten, sofort von Nowgorod nach der Stadt abzumarschieren<sup>1</sup>.»

Die Ereignisse entwickelten sich katastrophal.

Aus der Umgebung von Petrograd wurde gemeldet, daß alle Truppenteile rote Fahnen gehißt hatten. In der Hauptstadt gab es überhaupt keine treugebliebenen Truppenteile mehr.

Das Hauptquartier wand sich in Fieber. Die Frontkommandanten wurden telephonisch angerufen. Aus den vordersten Stellungen wurden Truppen zurückgezogen. General Alexejew antwortete auf die Frage seines Gehilfen, was denn geschehen sei, ungeduldig: «Petrograd ist im Aufstand<sup>2</sup>.»

Das Hauptquartier hatte begriffen, daß der «Hungeraufuhr» in die Revolution umgeschlagen war.

In seinen Todeskrämpfen versuchte der Zarismus noch, der Revolution Widerstand zu leisten. Chabalow formierte aus den «treuen» Regimentern in größter Eile eine Stoßtruppe, bestehend aus 6 Kompagnien Infanterie, 1½ Eskadronen Kavallerie mit 15 Maschinengewehren. Aber auch diese Truppe ging bei der ersten Fühlungnahme mit den Aufständischen auf deren Seite über. General Chabalow, der sich mit einer andern gemischten Abteilung aus Truppen des Litauischen, des Kexholmer und des Ismailowski-Regiments in der Admiralität verschanzt hatte, versuchte, gegen die Aufständischen vorzugehen. Aber auch diese ausgewählte Mannschaft zerschmolz vor seinen Augen. Am Morgen des 28. Februar meldete Chabalow durch direkte Leitung an das Hauptquartier:

«Die Zahl derer, die ihrer Pflicht treu geblieben sind, ist auf 600 Mann Infanterie und 500 Mann Kavallerie mit 15 Maschinengewehren und 12 Geschützen zurückgegangen . . . Die Lage ist im höchsten Grade schwierig<sup>3</sup>.»

Er hatte noch nicht seine Unterhandlungen mit dem Hauptquartier beendet, als die letzten Ueberreste der «treugebliebenen» Truppen sich den Arbeitern anschlossen.

Mit welcher Schnelligkeit die Revolution in der Armee anwuchs, kann man aus den Materialien der Militärkommission des Provisorischen Komitees der Duma ersehen<sup>4</sup>:

Monat und Tag	Tageszeit	Gesamtziffer der Aufständischen 600 Mann
Februar 26.	3—6 Uhr nachmittags	
« 27.	morgens	10 200 «
« 27.	am Tage	25 700 «
« 27.	abends	66 700 «
« 28.	morgens	72 700 «
« 28.	am Tage	112 000 «
« 28.	abends	127 000 «
März 1.	morgens	144 700 «
« 1.	am Tage	(ungefähr) 170 000 «

Lenin erklärte, warum die Revolution so rasch siegen konnte: er schrieb:

«Wenn aber die im Krieg erlittenen Niederlagen die Rolle eines negativen Faktors spielten, der die Explosion beschleunigte, so war die *Verbindung* des englisch-französischen Finanzkapitals, des englisch-französischen Imperialismus mit dem oktobristisch-kadettischen Kapital Rußlands ein Faktor, der die Entwicklung dieser Krise beschleunigte. Diese außerordentlich wichtige Seite der Sachlage wird von der englisch-französischen Presse aus begreiflichen Gründen verschwiegen und von der deutschen schadenfroh unterstrichen. Wir Marxisten müssen der Wahrheit nüchtern ins Auge sehen, wir dürfen uns weder durch die offiziellen Lügen, die süßlich-diplomatischen Lügen der Diplomaten und Minister der einen kriegführenden Gruppe von Imperialisten noch durch das hämische Grinsen und die Schadenfreude ihrer finanziellen und militärischen Konkurrenten von der anderen kriegführenden Gruppe beeinflussen lassen. Der ganze Verlauf der Februar-März-Revolution zeigt deutlich, daß die englische und die französische Botschaft mit ihren Agenten und ‚Verbindungen‘, die seit langem die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht haben, um ‚separate‘ Uebereinkommen und einen Separatfrieden zwischen Nikolaus dem Zweiten (wir wollen hoffen und uns bemühen, daß er der letzte bleibt) und Wilhelm II. zu verhindern, unmittelbar bestrebt waren, Nikolaus Romanow *abzusetzen*. Machen wir uns keine Illusionen. Hat die Revolution so rasch und — äußerlich, auf den ersten, oberflächlichen Blick hin — so ‚radikal‘ gesiegt, so nur deshalb, weil sich infolge einer außerordentlich originellen historischen Situation *völlig verschiedene* Strömungen, *völlig verschiedenartige* Klasseninteressen, *völlig entgegengesetzte* politische und soziale Bestrebungen *vereinigten*

und merkwürdig ‚geschlossen‘ auftraten. Und zwar: die Verschwörung der englisch-französischen Imperialisten, die Miljukow, Gutschkow und Co. dazu drängten, die Macht zu ergreifen, *damit der imperialistische Krieg fortgesetzt*, damit er noch erbitterter und hartnäckiger geführt werden kann, damit *neue Millionen* von russischen Arbeitern und Bauern *hingeschlachtet* werden, damit . . . die Gutschkow Konstantinopel, die . . . französischen Kapitalisten Syrien, die . . . englischen Kapitalisten Mesopotamien usw. erhalten. Das einerseits. Auf der andern Seite aber eine tiefgehende revolutionäre Bewegung des Proletariats und der Volksmassen (der gesamten armen Bevölkerung in Stadt und Land) für *Brot*, für *Frieden*, für *wirkliche Freiheit*.»

In Petrograd war der Kampf entschieden. Aber das Hauptquartier und der Zar ließen Truppen von der Front vorrücken. An ihre Spitze wurde mit diktatorischen Vollmachten der General Iwanow gestellt, der sich bei der Unterdrückung des Kronstädter Aufstandes 1905 ausgezeichnet hatte. Aber der General Iwanow kam mit seinem Truppentransport kaum bis Zarskoje Selo durch. Dort verbrüderten sich seine Truppen sofort mit den revolutionären Soldaten, er selbst entging knapp der Verhaftung. Auf der Rückfahrt wurde sein Zug auf ein totes Gleis geschoben, die Verbindung mit der Front war bereits unterbrochen.

Der Zar gelangte auf seiner Fahrt aus dem Hauptquartier nur bis zu der Station Dno. Die Züge, die aus der Richtung der Hauptstadt kamen, waren mit Soldaten vollgepfropft, die die Nachricht vom Aufstand in der Hauptstadt verkündeten. Es war unmöglich, weiter zu fahren. Nikolaus II. kehrte nach Pskow, zum Stab der Nordfront zurück, um die Armee gegen Petrograd in den Kampf zu schicken. Im Pskow erfuhr er vom Siege der Revolution, Telegramme der Befehlshaber aller Fronten empfahlen ihm, nachzugeben. Aus Petrograd wurde der Aufruf der revolutionären Organisationen übermittelt. Jeder Widerstand war nutzlos, und Nikolaus beschloß, dem Thron zu entsagen.

Während der Zar und das Hauptquartier die letzten Reserven zum Kampf einsetzten, schritten die Petrograder Arbeiter und Soldaten zur Schaffung ihres politischen und organisatorischen Zentrums, des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Am Abend des 27. Februar wurde die erste Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiterdeputierten eröffnet.

## Die Doppelherrschaft

Die Arbeiter und die Bauern im Soldatenmantel hatten die Revolution vollbracht, aber in der ersten Zeit fielen die Früchte dieser Revolution nicht ihnen zu: neben dem Sowjet entstand die Regierung der Bourgeoisie.

Das Provisorische Komitee der Reichsduma betrachtete sich weder gegenüber dem absterbenden Absolutismus, noch gegenüber dem aufständischen Volk als eine Macht. Das Komitee war zur «Wiederherstellung der Ordnung» gewählt worden und betätigte sich eifrig in diesem Sinne. Rodsjanko, der jetzt der Vorsitzende des Komitees war, begab sich sofort nach den Wahlen vom 27. Februar zum Ministerpräsidenten Fürst Golizyn. Dieser antwortete, daß alle Mitglieder der Regierung zurückgetreten seien, er selbst erwarte jede Minute seine Verhaftung. Rodsjanko setzte sich erneut mit dem Zaren, mit dem Hauptquartier in Verbindung, verhandelte mit den Befehlshabern der Fronten und bat sie, bei Nikolaus die Duma zu unterstützen. Aber die Ereignisse nahmen rasch ihren Lauf. Es begannen Nachrichten über den Aufstand in den Petrograd benachbarten Städten einzutreffen. Das Hauptquartier konnte nichts Erfreuliches berichten, und aus der linken Hälfte des Taurischen Palastes, wo der Sowjet der Arbeiterdeputierten zusammengetreten war, wurde gemeldet, daß Vertreter der Soldaten der aufständischen Regimenter eingetroffen seien. Die Garnison nahm über den Kopf des Dumakomitees hinweg die Verbindung mit dem Sowjet auf. Das Kräfteverhältnis gestaltete sich nicht zugunsten der Bourgeoisie. Sie wollte vom Zaren eine «Regierung des Sieges» erlangen, um den Krieg zu Ende zu führen und die Revolution zu verhindern. Aber die Revolution war ihr zuvorgekommen. Es blieb nichts übrig, als sich der Revolution anzuschließen, zu versuchen, sich zu ihrem Führer aufzuwerfen, um sie dann ohne Führung zu lassen. Während noch das Proletariat und die Werktätigen gegen den Zarismus kämpften und kämpfend starben, färbte die Bourgeoisie ihre «Regierung des Sieges» eiligst in eine «Regierung der Revolution» um, mit der Absicht, die Revolution zu unterdrücken.

Spät nachts versammelte sich das Provisorische Komitee und beschloß, die Macht in seine Hände zu nehmen. Rodsjanko telegraphierte bei Tagesanbruch in das Hauptquartier, daß die Minister verhaftet seien und die Regierung nicht mehr existiere:

«Der Pöbel beginnt die Lage zu beherrschen und das Komitee der Reichsduma hat, um die Ausrottung der Offiziere und Behörden zu verhüten und die entfesselten Leidenschaften zu beruhigen, beschlossen, die Regierungsfunktionen zu übernehmen<sup>1</sup>.»

Das Provisorische Komitee ernannte am 28. Februar Dumakommissare in den Ministerien. Aus Moskau und anderen Städten trafen Nachrichten ein, daß sie sich der Revolution angeschlossen hatten. Es wurde angefragt, was zur Organisierung der Staatsmacht zu geschehen habe. Rodsjanko sandte an alle Städte ein Telegramm über die Bildung des Provisorischen Komitees. Den ganzen Tag über zogen zum Taurischen Palast immer neue Regimenter, die auf die Seite der Revolution übergegangen waren. Rodsjanko und Miljukow hielten Reden, in denen sie die Soldaten aufforderten, in die Kasernen zurückzukehren und ihren Offizieren zu gehorchen. In einer seiner Reden forderte Rodsjanko die Soldaten auf, sich zu beruhigen und die Waffen abzugeben. Die Kunde davon durcheilte die ganze Garnison. Man erzählte, Rodsjanko habe bereits den Befehl erteilt, den aufständischen Soldaten die Waffen abzunehmen. Die Regimenter, die eben erst in der Duma gewesen waren, forderten die Entsendung von Abgeordneten, um die entstandene Stimmung zu zerstreuen. Folgendermaßen schildert Schulgin die zunehmende Erregung:

«Ich erinnere mich, daß zu einem der Regimenter ein rechter Nationalist entsandt wurde... Er kam wieder zurück...

— Nun, was ist los?

— Es geht ganz gut! Ich sprach zu ihnen — sie riefen Hurra! Ich sagte ihnen, daß man ohne Offiziere nicht weiterkommt, daß das Vaterland in Gefahr ist. Sie versprachen, alles werde gut ausgehen, sie haben Vertrauen zur Duma...

— Nun, Gott sei Dank!...

Doch plötzlich läutet das Telephon...

— Was? Eben war doch jemand bei Euch... Es ist doch alles sehr gut ausgegangen... Was? Sie sind wieder erregt? Wen? Jemanden, der weiter links steht? Gut. Wir schicken sofort einen.

Wir senden Miljukow. Miljukow kam nach einer Stunde zurück. Er ist sehr zufrieden.

— Sie sind etwas erregt. Ich glaube, man hat, als man mit Ihnen sprach, nicht die richtigen Saiten aufgezo-gen... Ich habe in der Kaserne von irgendeinem schafottartigen Gerüst aus gesprochen. Das ganze Regiment war da, auch Leute von anderen Truppenteilen... Nun, die Stimmung ist sehr gut. Man hat mich auf den Händen hinausgetragen...

Aber nach kurzer Zeit klingelt das Telephon erneut wie ver-zweifelt.

— Hallo? Am Apparat! Das Regiment Nummer soundso? Wieso, wieder? Aber Miljukow war doch da... Man hat ihn ja auf den Händen hinausgetragen... Wie? Was wollen die? Einen noch linkeren? ... Gut, wir schicken einen Trudowik...<sup>1)</sup>

Der Widerspruch zwischen der klassenmäßigen Zusammensetzung der Armee und den Klassenaufgaben, denen sie unter dem Zarismus und der Bourgeoisie diente, trat von den ersten Tagen der Revolution an in Erscheinung. Alle die Prozesse, die seit langem in der Armee heranreiften, brachen mit einem Schlage durch, sobald der Absolutismus gestürzt war.

«Zuerst sahen wir zwei Soldaten... — so berichtet der englische General Knox, der die ersten Wellenschläge der Revolution in Petrograd durch das Fenster der Artillerieverwaltung beobachtet hat —, dann erschien eine gewaltige regellose Menge von Soldaten, die sich über die ganze Straße und die Bürgersteige ausbreitete... Offiziere gab es da nicht<sup>2)</sup>.»

Die Offiziere verließen die Regimenter, ganz gleich zu welcher Klasse sie gehörten und wem ihre politischen Sympathien galten. Die Kleinbürgersöhne und die Kaderoffiziere vereinigte ihre gemeinsame Furcht vor dem bewaffneten Block der Arbeiter und Soldaten.

Der gleiche englische General, der den Auftrag hatte, darüber zu wachen, daß die russische Armee ihre Verpflichtungen gegenüber der Entente erfülle, erzählt über seinen Besuch bei den verschiedenen Regimentern: in einem Bataillon des Wolhynischen Regiments wurden alle 40 Offiziere fortgejagt, im Jägerbataillon 22, im 1. Eisenbahnerbataillon wurden nur 16 von 64 Offizieren belassen, und auch diese ohne Waffen.

«Ich bin anscheinend der einzige Offizier in Petrograd, der seinen Säbel behalten hat<sup>3)</sup>,»

so schloß der englische General melancholisch seine Beobachtungen.

Die Bourgeoisie versuchte von den ersten Stunden der Revolution an, die Armee in der Hand zu behalten. Das Provisorische Komitee setzte schon am 27. Februar, noch vor der Uebernahme der Macht, eine Militärkommission ein, der mehrere Offiziere und Generale angehörten. Die Kommission hatte die Aufgabe, dem Offizierkorps die Führung der Soldatenmassen zu sichern. Aber die Bewegung der Massen ging wie ein Strom, der über seine Ufer tritt, über die Kommission hinweg. Der General Knox führt ein krasses Beispiel dafür



an, wie rasch die Soldaten der Führergewalt des Offizierkorps entglitten:

«Im Provisorischen Komitee der Reichsduma erschien eine Deputation der Petrograder Soldaten mit dem Ersuchen, irgend eine Weisung über die Maßnahmen zur Sicherung der Revolution in der Armee zu erlassen. Als das Komitee erwiderte, daß die Zeit für solche Maßnahmen noch nicht gekommen sei, machte der Soldat kehrt und erklärte: ‚Um so besser. Dann werden wir den Befehl eben selbst schreiben‘<sup>1</sup>.»

«Wir selbst» — das war von den ersten Revolutionstagen an die organisierende Losung der Soldatenmassen.

Der Sowjet der Arbeiterdeputierten — und er war seit dem ersten Tage der Revolution auch ein Soldatensowjet — verwandelte sich in ein Machtorgan. Das bekam Rodsjanko, der Vorsitzende des Provisorischen Komitees, zu spüren. Als er zum Beispiel am 1. März zu einer Besprechung mit dem Zaren nach Pskow gerufen wurde, weigerten sich die Eisenbahner, ihm ohne Genehmigung des Sowjets einen Zug zu stellen. Rodsjanko wandte sich an den Sowjet, wurde aber dort nach kurzer Beratung abgewiesen. Am Abend wurde Rodsjanko von Pskow aus im Auftrag des Zaren an die direkte Drahtleitung gerufen. Aber Rodsjanko erklärte, daß er nicht allein ins Telegraphenamts fahren werde. Wie Suchanow mitteilt, sagte Rodsjanko zu den Vertretern des Sowjets:

«Mögen ‚die Herren Arbeiter- und Soldatendeputierten‘ mir einen Schutz stellen oder mit mir zusammen hinfahren, sonst verhaftet man mich noch auf dem Telegraphenamts . . . Nun ja, die Macht und die Gewalt ist bei Ihnen. Sie können mich natürlich verhaften . . . Vielleicht werden Sie uns alle verhaften, wer kann das wissen?<sup>2</sup>»

Der Sowjet verfügte in der Tat über die Macht, er war eine Art Regierung. Am frühen Morgen des 28. Februar beschloß das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets, Stadtbezirkskomitees zu bilden und eine Arbeitermiliz zu schaffen. Am gleichen Vormittag erschien die erste Nummer der «Nachrichten des Petrograder Sowjets» («Iswestija») mit einem Aufruf im Namen des Sowjets, in dem es hieß:

«Der Sowjet der Arbeiterdeputierten, der in der Reichsduma tagt, stellt sich als grundlegende Aufgabe die Organisierung der Volkskräfte und den Kampf für die endgültige Festigung der politischen Freiheit und der Volksherrschaft in Rußland. Der

Sowjet hat Rayonkommissare zur Aufrichtung der Volksmacht in den Petrograder Rayons eingesetzt. Wir fordern die ganze Bevölkerung der Hauptstadt auf, sich sofort um den Rayon zusammenzuschließen, örtliche Komitees in den Stadtbezirken zu bilden und die Leitung aller örtlichen Angelegenheiten in die Hände zu nehmen. Wir müssen alle zusammen, mit gemeinsamen Kräften, für die völlige Beseitigung der alten Regierung und die Einberufung einer auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählten Konstituierenden Versammlung kämpfen<sup>1</sup>.»

Am gleichen Tage, dem 28. Februar, beschloß der Sowjet, den Eisenbahnverkehr zwischen Petrograd und Moskau aufzunehmen. Am 1. März fand eine nunmehr vereinigte Sitzung des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten statt. Die Vertreter der Regimenter schilderten leidenschaftlich, wie nach Rodsjankos Aufforderung zur Abgabe der Waffen das Mißtrauen gegen die Duma anwächst. In der Sitzung wurde beschlossen, daß man sich bei allen politischen Aktionen ausschließlich nach dem Sowjet richten und die Verfügungen der Militärkommission der Duma nur dann durchführen solle, wenn sie jenen der Sowjets nicht widersprechen.

Sofort nach dieser stürmisch verlaufenen Sitzung umringte eine Gruppe von Soldaten an Ort und Stelle den hinter einer Bretterwand befindlichen Schreibtisch des Menschewiken N. D. Sokolow, eines Mitgliedes des Exekutivkomitees des Sowjets, der den Auftrag hatte, die Beschlüsse des Sowjets in einem Befehl an die Truppen zu veröffentlichen. Sokolow schrieb nieder, was die ihn umgebenden Soldaten diktierten.

So wurde unter dem Druck der Massen der erste revolutionäre Befehl erlassen, über den später Kerenski sagte: «... Ich würde zehn Jahre meines Lebens dafür hingeben, daß dieser Befehl niemals unterschrieben worden wäre<sup>2</sup>.»

Wir führen ihn im vollen Wortlaut an:

«Befehl Nr. 1

1. März 1917.

An die Garnison des Petrograder Militärbezirks.

An alle Soldaten der Garde, der Armee, der Artillerie und der Flotte zur sofortigen und genauen Durchführung und an die Arbeiter Petrograds zur Kenntnisnahme.

Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat beschlossen:

1. In sämtlichen Kompagnien, Bataillonen, Regimentern, Artillerie-parks, Batterien, Eskadronen und besonderen Dienststellen von mili-tärischen Behörden jeder Art, sowie auf den Schiffen der Kriegsflotte sind unverzüglich Komitees aus gewählten Vertretern der Mann-schaften der genannten Truppenteile zu wählen.

2. In sämtlichen Truppenteilen, die noch nicht ihre Vertreter zum Sowjet der Arbeiterdeputierten gewählt haben, ist von jeder Kompagnie je ein Vertreter zu wählen. Diese Vertreter haben mit schriftlichen Ausweisen am 2. März um 10 Uhr vormittags im Ge-bäude der Reichsduma zu erscheinen.

3. Die Truppenteile haben sich in allen ihren politischen Aktio-nen dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten und ihren Komitees zu unterordnen.

4. Befehle der Militärkommission der Reichsduma sind nur dann durchzuführen, wenn sie den Befehlen und Beschlüssen des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten nicht widersprechen.

5. Waffen jeglicher Art, wie: Gewehre, Maschinengewehre, Pan-zerautomobile u. a., müssen sich zur Verfügung und unter der Kon-trolle der Kompanie- und Bataillonskomitees befinden und dürfen keinesfalls an die Offiziere ausgeliefert werden, auch nicht, wenn diese es fordern.

6. In der Truppe und bei der Erfüllung dienstlicher Obliegenhei-ten müssen die Soldaten strengste Militärdisziplin halten, aber außer-halb des Dienstes und der Truppe, in ihrem politischen, staatsbür-gerlichen und privaten Leben, dürfen die Soldaten in keiner Hin-sicht in der Ausübung derjenigen Rechte beschränkt werden, die allen Staatsbürgern zustehen.

Insbesondere wird das Frontmachen und die pflichtweise Ehren-bezeugung außerhalb des Dienstes abgeschafft.

7. Desgleichen ist die Anrede der Offiziere mit Titeln wie: Eure Exzellenz, Euer Wohlgeboren usw. abgeschafft und wird durch die Anrede: Herr General, Herr Oberst usw. ersetzt.

Grobe Behandlung von Soldaten durch Militärpersonen jeglicher Rangstufen, insbesondere ihre Anrede mit ‚Du‘ ist verboten; über jegliche Verletzung dieses Befehls sowie über alle Zwischenfälle zwischen Offizieren und Soldaten haben die letztgenannten die Kom-pagniekomitees in Kenntnis zu setzen.

Dieser Befehl ist in sämtlichen Kompagnien, Bataillonen, Regi-mentern, vor den Schiffsbesatzungen, den Batterien und sonstigen Feld- und Hilfsdiensttruppen zu verlesen.

*Der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten.»*

Dieser Befehl verwandelte den Sowjet in eine allumfassende revolutionäre Organisation der Massen. Sämtliche Truppenteile standen mit allen Waffen und der gesamten Ausrüstung zu seiner politischen Verfügung.

In dem Befehl hatte sich auch ein Punkt über die Wählbarkeit der Vorgesetzten befunden, die Wählbarkeit wurde aber bei Abdruck des Befehls in der Zeitung auf Anweisung Sokolows herausgenommen.

Am 1. März bildeten sich Sowjets der Arbeiterdeputierten in Moskau, Samara und Saratow. Nach Nishni-Nowgorod kamen aus Sormowo 5000 Arbeiter, die sich mit der Garnison verbrüdeten. In Twer zogen mehrere tausend Arbeiter vor die Kaserne und marschierten gemeinsam mit den Soldaten durch die Stadt.

Unter diesen Umständen war die Macht des Provisorischen Komitees ganz und gar illusorisch. Es mußte sich mit dem Sowjet verständigen. Am 1. März, um 12 Uhr nachts, lud das Provisorische Komitee Vertreter des Sowjets zu einer Sitzung ein. Es erschienen die Menschewiki N. S. Tschcheidse, N. D. Sokolow, N. N. Suchanow, J. M. Steklow (damals Menschewik) und der Sozialrevolutionär W. N. Filippowski.

Kurz vor dieser Einladung hatte das Exekutivkomitee des Sowjets gleichfalls das Problem der Macht erörtert. Die Mehrheit im Exekutivkomitee hatten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Für sie war die Februarrevolution nicht nur deshalb eine bürgerliche, weil sie dem halbfeudalen Regime ein Ende bereitete, sondern auch deshalb, weil nach ihrer Meinung die Bourgeoisie die einzige führende Kraft der Revolution war. Potressow, ein alter, angesehener Menschewik der äußersten rechten Schattierung, schrieb ganz offen:

«Im Augenblick der bürgerlichen Revolution zeigte sich wieder die Bourgeoisie sozial und psychologisch am besten zur Lösung der gesamt-nationalen Aufgaben vorbereitet. Also immer noch dieselbe Klasse, der in der nächsten, wenn auch kurzen Geschichtsperiode, während der Zeit der Festigung der entwickelten kapitalistischen Ordnung im Land, die Rolle des Herrn und Meisters beschieden ist!»

In der Beurteilung des Charakters der künftigen Staatsmacht gab es keinen Unterschied zwischen rechten und linken Menschewiki. N. N. Suchanow galt als der «allerlinkeste» unter den Menschewiki. Er war beinahe «Defaitist», schrieb ab und zu Artikel gegen den Krieg und vertrat in dieser Frage eine von dem offiziellen Men-

schewismus abweichende Auffassung. Der «Halb-Leninist» Suchanow, wie er sich selbst nannte, vertrat damals folgende Meinung:

«Die Macht, die den Zarismus ablösen soll, muß eine bürgerliche sein, an die Stelle Trepows und Rasputins dürfen und können nur die Leiter des ‚Fortschrittsblocks‘ der Duma treten. Auf eine solche Lösung muß Kurs genommen werden. Andernfalls wird der Umsturz mißlingen und die Revolution zugrundegehen<sup>1</sup>.»

Suchanow setzte dann auseinander, weshalb gerade die Bourgeoisie die Macht übernehmen müsse. Die Demokratie sei zersplittert, sie besitze keine politischen Organisationen, sie werde ohne Machtapparat die bestehende Staatsmaschine nicht beherrschen können, an die Schaffung einer neuen aber könne sie nicht einmal denken.

«Die ganze bestehende Staatsmaschine, das Beamtenheer, die nach einem Zensus zusammengesetzten Semstvos und Stadtverwaltungen, die unter Mitwirkung aller Kräfte der Demokratie arbeiteten, konnten einem Miljukow gehorchen, aber nicht einem Tschcheidse. Einen andern Apparat aber gab es nicht und konnte es nicht geben<sup>2</sup>»,

so erläuterte Suchanow die Notwendigkeit, der Bourgeoisie die Macht zu übergeben. Dieser Kleinbürger, der unter den Verhältnissen der Revolution die Nerven verlor, dachte gar nicht daran, die Staatsmacht anzutasten, oder irgend jemand anderen, als die «gewohnten» Herren an die Spitze des Staates zu stellen. Nur eins beunruhigte die von der revolutionären Welle zufällig emporgehobenen Führer des Sowjets:

«Die Frage... besteht darin, ob das Rußland der Vermögensprivilegien unter solchen Umständen die Macht übernehmen *will*. Die Aufgabe besteht infolgedessen darin, *es zu zwingen, die Macht zu übernehmen*<sup>3</sup>.»

Die Bourgeoisie, der die Unterstützung des Zarismus fehlte, hatte Angst, die Bürde der Macht auf sich zu nehmen. Am offensten gab das Schulgin zu:

«Wir waren dazu geboren und erzogen, unter den Fittichen der Macht diese zu loben oder zu tadeln... Wir waren äußerstenfalls imstande, uns schmerzlos von den Abgeordnetenbänken auf die Ministersessel zu setzen... *Unter der Bedingung, daß die kaiserliche Leibwache uns schützt*... Aber vor der Möglichkeit

eines Sturzes der Macht, vor der bodenlosen Tiefe dieses Abgrundes schwindelte uns der Kopf und krampfte sich unser Herz zusammen<sup>1</sup>.»

Die Führer des Sowjets, die in dem Maße, wie die Revolution sich entfaltete, ihre Selbstbeherrschung verloren, wollten dem sich widersetzenden «Herrn und Meister» die Macht gewaltsam aufzwingen.

Das Exekutivkomitee des Sowjets beschloß, es dem Provisorischen Komitee zu überlassen, die Liste der Regierungsmitglieder nach seinem Ermessen aufzustellen, selbst nicht in die Regierung einzutreten, sondern ihr die Macht unter folgenden Bedingungen zu übergeben:

1. Erlaß einer Vollamnestie für alle politischen und religiösen Vergehen; 2. Freiheit des Wortes, der Koalition, der Versammlungen und der Streiks; 3. Abschaffung aller auf Ständewesen, Nationalität und Religion beruhenden Beschränkungen; 4. Ersatz der Polizei durch eine Miliz; 5. demokratische Wahlen zu den Organen der örtlichen Verwaltung; 6. Verzicht der Regierung auf irgendwelche Schritte, die die Entscheidung über die künftige Staatsform, vor Einberufung der Konstituierenden Versammlung, vorwegnehmen; 7. keine Entfernung oder Entwaffnung der revolutionären Regimenter; 8. staatsbürgerliche Rechte für die Soldaten. Unter den Forderungen der Sowjets befand sich keine einzige große Frage, um die ein scharfer Kampf hätte geführt werden müssen: weder die Bodenfrage, noch die Friedensfrage, noch der Achtstundentag. Die kleinbürgerlichen, menschestisch-sozialrevolutionären Führer des Sowjets umgingen diese Grundfragen absichtlich, um nicht die Bourgeoisie zu erschrecken.

Das Provisorische Komitee der Reichsduma erwartete die Delegation des Sowjets mit großer Nervosität. Von allen Seiten trafen Nachrichten über die rasche Entwicklung der Revolution ein. Von den Regimentern wurde telephonierte, daß sich die Haltung der Soldaten gegenüber den Offizieren ständig verschlechterte. Sobald die sozialrevolutionär-menschestische Delegation des Sowjets im rechten Flügel des Palastes erschien, redeten Rodsjanko und Miljukow in hastigem Durcheinander über die Anarchie in der Stadt und erzählten alle möglichen Gerüchte über Straßenunruhen. Die Führer der Bourgeoisie trugen die Farben dick auf, um bei dem bevorstehenden Schacher Vorteile für sich herauszuschlagen. Aber zu ihrem Erstaunen widersprach ihnen niemand. Die kleinbürgerlichen Vertreter des Sowjets hörten ihnen mit Sympathie zu. Mil-

jukow begriff, daß die Revolution seine Besucher aus dem linken Flügel des Taurischen Palastes nicht weniger erschreckt hatte, als die Herren des rechten Flügels. Miljukow gewann sofort seine Ruhe wieder und übernahm mit sachlicher Gelassenheit die Bedingungen des Exekutivkomitees. Die Bedingungen des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten seien im allgemeinen annehmbar und können einer Verständigung zwischen dem Sowjet und dem Komitee der Reichsduma zugrunde gelegt werden, erklärte Miljukow, fügte jedoch hinzu, daß in den Bedingungen Punkte enthalten seien, gegen die er entschiedenen Einspruch erheben müsse. Vor allem der Punkt über den Verzicht auf irgendwelche Schritte, die die künftige Staatsform vorwegnehmen könnten. Der Bourgeoisführer, der seine Ruhe wieder gewonnen hatte, suchte die Delegation zu überreden, sich mit der Monarchie einverstanden zu erklären: an Stelle von Nikolaus solle man dessen Sohn unter der Regentschaft von Michael auf den Thron setzen. Das war das alte, schon lange vor der Revolution aufgestellte Programm der Bourgeoisie. «Der eine ist ein krankes Kind, der andere ein völliger Dummkopf<sup>1</sup>», redete Miljukow den Delegierten zu, von Rodsjanko und den anderen Mitgliedern des Komitees unterstützt. Miljukow las aufs neue alle Bedingungen des Uebereinkommens, stimmte der Einberufung einer Konstituierenden Versammlung vorbehaltlos zu, stockte jedoch abermals bei dem Punkt über die Staatsform.

Der Streit endete schließlich mit der Annahme folgender Kompromißformel:

«Unverzügliche Vorbereitung des Zusammentritts einer Konstituierenden Versammlung auf Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, die die Staatsform und die Verfassung des Landes festsetzen wird<sup>2</sup>.»

In dieser Form ließ der Punkt Miljukow freie Hand, er konnte diese Bedingung auf seine Art auslegen.

Bei der letzten Forderung über die Soldatenrechte setzte Miljukow gleichfalls eine Abänderung durch, die ihm seine künftige Politik erleichtern sollte:

*«Im Rahmen der durch die militär-technischen Bedingungen gezogenen Grenzen<sup>3</sup>.»*

Nachdem er auf diese Weise mit den Vorschlägen des Sowjets leicht fertig geworden war, verlangte Miljukow seinerseits, daß in das Abkommen eine Verpflichtung aufgenommen werde: das Exekutivkomitee des Sowjets solle eine Erklärung veröffentlichen, daß

die Regierung im Einvernehmen mit dem Sowjet der Arbeiterdeputierten gebildet worden sei und daher das Vertrauen der Massen verdiene; die Erklärung müsse eine Aufforderung an die Soldaten enthalten, die Offiziere anzuerkennen.

Die Sitzung war zu Ende. Das Provisorische Komitee ging an die Aufstellung der Regierungsliste, die Vertreter des Sowjets arbeiteten die Erklärung aus. Beim Tagesgrauen am 2. März traten sie erneut zusammen. Die Erklärung der Vertreter des Sowjets gefiel Miljukow nicht, und er setzte sich sofort an den Tisch, um sie zu korrigieren. Die Vertreter des Sowjets arbeiteten alle Punkte für die Bekanntmachung der Provisorischen Regierung aus, während Miljukow, der Führer der Bourgeoisie, die Erklärung des Exekutivkomitees schrieb. In diesem Schauspiel offenbarte sich das ganze Wesen der künftigen Beziehungen zwischen der bürgerlichen Regierung und den kleinbürgerlichen Führern des Sowjets.

Am gleichen Vormittag wurde die Zusammensetzung der Regierung bekanntgegeben: Ministerpräsident und Innenminister: Fürst G. J. Lwow; Außenminister: P. N. Miljukow (Kadett); Kriegs- und Marineminister: A. I. Gutschkow (Oktobrist); Verkehrsminister: N. W. Nekrassow (Kadett); Minister für Handel und Industrie: A. I. Konowalow (Fortschrittler); Finanzminister: M. I. Tereschtschenko; Unterrichtsminister: A. A. Manuilow (Kadett); Oberprokurator der Synode: W. N. Lwow; Landwirtschaftsminister: A. I. Schingarjow (Kadett); Justizminister: A. F. Kerenski (Trudowik); Staatskontrolleur: I. W. Godnew. Sechs Minister, d. h. die Mehrheit des Kabinetts, waren der Liste der «Regierung des Vertrauens» entnommen, die schon im Herbst 1915 aufgestellt worden war.

Die bewaffnete Macht und die Unterstützung der Massen war auf seiten der Sowjets, doch die Staatsgewalt befand sich in den Händen der Provisorischen Regierung. Es entstand eine in der Geschichte seltene *Doppelherrschaft*. Lenin schrieb darüber:

«Eine im höchsten Grade bemerkenswerte Eigenart unserer Revolution ist, daß sie eine *Doppelherrschaft* erzeugt hat . . . Worin besteht die Doppelherrschaft? Darin, daß neben der Provisorischen Regierung, der Regierung der *Bourgeoisie*, sich eine zwar noch schwache, erst in der Keimform vorhandene, aber dennoch unzweifelhaft existierende und erstarkende *zweite Regierung* herausgebildet hat: die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten!»

Ja noch mehr, die Sowjets, von den siegreichen Arbeitern und Soldaten geschaffen, aber von den Menschewiki geleitet, erkannten



freiwillig die Macht der Provisorischen Regierung über sich an — sie lieferten freiwillig die von den Soldaten und Arbeitern eroberte Macht in die Hände der Bourgeoisie.

Weshalb?

Die Bourgeoisie als Klasse war unvergleichlich besser organisiert als das Proletariat und die Bauernschaft. Namentlich der Krieg hatte ihre Organisiertheit gesteigert. In den Konflikten mit dem Absolutismus wegen des Krieges und der kommenden Revolution hatte sich die Bourgeoisie faktisch ihren künftigen Machtapparat vorbereitet.

«Die Macht — schrieb Lenin — ist nicht zufällig dieser Partei (den Kapitalisten. *Die Red.*) zugefallen, obwohl natürlich nicht die Kapitalisten gegen die zaristischen Truppen gekämpft, ihr Blut für die Freiheit vergossen haben, sondern die Arbeiter und Bauern, die Matrosen und Soldaten. Die Macht ist deshalb der Partei der Kapitalisten zugefallen, weil diese Klasse die Kraft des Reichtums, der Organisation und des Wissens in den Händen hatte. In der Zeit nach 1905 und besonders während des Krieges hatte die Klasse der Kapitalisten und der sich ihnen anschließenden Gutsbesitzer in Rußland, was ihre Organisation anbelangt, die größten Erfolge zu verzeichnen<sup>1</sup>.»

Das Proletariat war zur Ergreifung der Macht weniger vorbereitet als die Bourgeoisie. Der politisch reifste Teil der bolschewistischen Partei und des Proletariats war entweder im Krieg zugrunde gegangen, oder er befand sich in der Emigration oder in der Verbannung im fernen Sibirien oder er war über alle Fronten des Krieges verstreut. An seine Stelle traten neue Massen aus dem Dorf und weniger erfahrene Parteimitglieder. Allerdings waren die neuen Arbeiter in ihrer Mehrheit aus den armen Schichten der Bauernschaft hervorgegangen, nur ein Teil von ihnen kam aus dem Kulakentum und dem städtischen Kleinbürgertum. Die letzteren retteten sich durch Arbeit in der Kriegsindustrie vor der Einberufung. Aber die einen wie die anderen brachten kleinbürgerliche Vorurteile und politische Blindheit in die Reihen des Proletariats. Dieser Umstand schwächte das Proletariat zeitweilig.

Schließlich war auch die Tatsache von gewaltiger Bedeutung, daß Dutzende Millionen Menschen, die im «Völkergefängnis», wie das zaristische Rußland genannt wurde, politisch Schlafende waren, mit einem Schlag in das politische Leben eintraten. Die Millionenmasse der Spießler, der Kleinbürger, die bisher durch das furchtbare Joch des Zarismus abgestumpft waren, erdrückte das Proletariat durch ihre Zahl. Eine gigantische kleinbürgerliche Welle überschwemmte

das klassenbewußte Proletariat und steckte es zum Teil sogar ideologisch an. Bedeutende Kreise der Arbeiter wurden von kleinbürgerlich-kompromißlerischen Illusionen erfaßt.

Aus diesem Grunde fielen die Früchte des Februarsieges der revolutionären Arbeiter und Bauern in die Hände der Bourgeoisie.

Aus dem gleichen Grunde bildeten die Bolschewiki zwar die Vorhut der Barrikadenkämpfer, aber in den Sowjets besaßen die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre die erdrückende Mehrheit. Die kleinbürgerliche Welle bestimmte in der ersten Zeit auch die Zusammensetzung des Sowjets und gab den kleinbürgerlichen Führern das Uebergewicht. Während die Bolschewiki vom Straßenkampf in Anspruch genommen waren, setzten sich die Sozialrevolutionäre und Menschewiki im Sowjet fest. Auf Grund eines Beschlusses des vom Petrograder Sowjet gewählten Provisorischen Exekutivkomitees entsandten die Großbetriebe je einen Vertreter auf 1000 Arbeiter in den Sowjet, aber die Betriebe mit weniger als 1000 Arbeitern wählten gleichfalls je einen Abgeordneten. Infolge dieses Vertretungsmodus erhielten die führenden Betriebe, die 87 Prozent des Petrograder Proletariats umfaßten, 124 Sitze im Sowjet, nur um zwei mehr als die kleinen Betriebe, in denen insgesamt 13 Prozent der Arbeiter beschäftigt waren.

So gingen die Riesenbetriebe der Industrie, die «Bolschewistenbetriebe», die die Bewegung führten, in den handwerksmäßigen Kleinbetrieben unter.

Ueberdies wurden in den Sowjet Vertreter der verschiedensten militärischen Verwaltungsbehörden, Dienststellen, Lagerämter gewählt sowie Hunderte von Bauern, Soldaten der Garnison, unter denen die politisch unreifen Elemente die Oberhand hatten.

All das zusammengenommen bestimmte die Physiognomie der Führung des Petrograder Sowjets.

#### 4.

### Die Provisorische Regierung im Kampf für die Alleinherrschaft der Bourgeoisie

Nachdem sich die Provisorische Regierung die Unterstützung des Petrograder Sowjets gesichert hatte, beschäftigte sie sich vor allem mit der Frage der Romanow-Dynastie. Die Regierung entsandte hinter dem Rücken des Sowjets am 2. März A. I. Gutschkow und W. W. Schulgin nach Pskow zum Zaren. Nach ihrer Abreise, etwa um 3 Uhr nachmittags, sprach Miljukow im Sitzungssaal des

Taurischen Palastes auf einem Meeting, um die Bildung der Regierung bekanntzugeben. Die Rede Miljukows fand Zustimmung, aber zwischen dem Beifallsklatschen wurden auch Proteste hörbar. «Wer hat euch gewählt?», wurde dem Redner zugerufen. Als Miljukow den Fürsten Lwow als «Vertreter der organisierten Oeffentlichkeit» bezeichnete, ertönten aus der Menge mehrere Rufe: «Der Privilegierten!» — d. h. der bürgerlichen Oeffentlichkeit. Miljukow mußte ein langes Loblied auf Gutschkow anstimmen und sogar zu einer offenkundigen Lüge greifen, um weiteren Widerspruch zu meiden. «Gegenwärtig, während ich in diesem Saale zu Ihnen spreche, organisiert Gutschkow auf den Straßen der Hauptstadt unsern Sieg», so agitierte Miljukow, während Gutschkow in Wirklichkeit im Zuge saß, um zum Zaren zu fahren. Von allen Seiten des Riesensaales wurde gerufen: «Was wird mit der Dynastie?» Nachdem sich Miljukow gefaßt hatte, versuchte er schließlich, seine Karten vorsichtig aufzudecken:

«Ich weiß von vornherein, daß meine Antwort Sie nicht alle befriedigen wird, aber ich muß es aussprechen. Der alte Despot, der Rußland an den Rand des Abgrunds gebracht hat, wird freiwillig auf den Thron verzichten oder er wird abgesetzt. Die Macht wird auf den Großfürsten Michael Alexandrowitsch als Regenten übergehen. Alexej wird Nachfolger des Zaren!»

Darauf setzte ein unbeschreiblicher Tumult ein. Aus dem Saal wurde gerufen: «Das ist die alte Dynastie!» Als sich der Lärm gelegt hatte, bemühte sich Miljukow, den Eindruck seiner Mitteilung etwas abzuschwächen:

«Ja, meine Herren, das ist die alte Dynastie, die Sie vielleicht nicht lieben, und die vielleicht auch ich nicht liebe. Aber es handelt sich jetzt nicht darum, wen man liebt. Wir dürfen die Frage nach der Staatsform nicht unbeantwortet und ungelöst lassen. Wir denken an eine parlamentarische, konstitutionelle Monarchie. Andere denken vielleicht anders darüber. Aber wenn wir jetzt darüber streiten werden, anstatt sofort eine Entscheidung zu fällen, wird Rußland in den Zustand des Bürgerkrieges geraten und das eben erst gestürzte Regime wird wieder aufstehen... Sobald die Gefahr vorüber und wieder eine feste Ordnung hergestellt sein wird, werden wir an die Vorbereitung der Einberufung der Konstituierenden Versammlung... auf Grund des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts gehen. Die frei gewählte Volksvertretung wird entscheiden,

wer die allgemeine Meinung Rußlands richtiger zum Ausdruck bringt: wir oder unsere Gegner!.»

In den Fabriken und bei den Regimentern löste die Rede Miljukows starke Erregung aus. Am Abend erschien im Taurischen Palast eine Gruppe von Offizieren. Sie erklärten, daß sie nicht zu ihren Regimentern zurückkehren können, solange nicht Miljukow seine Ausführungen zurückgenommen habe. Die Regierungsmitglieder traten in höchster Besorgnis zusammen. Es wurde beschlossen, «zur Beruhigung des Volkes» zu erklären, daß die Rede Miljukows nur «seine persönliche Meinung wiedergebe».

Während Petrograd stürmisch gegen den Versuch protestierte, dem Volke einen neuen Zaren aufzuzwingen, trafen Gutschkow und Schulgin in Pskow ein, wo sie die Absicht der Regierung bekanntgaben, Alexej auf den Thron zu setzen. Nikolaus II. erklärte, daß er seine Meinung geändert habe und für sich wie für seinen Sohn auf den Thron zugunsten seines Bruders Michael verzichte. Der ehemalige Zar berief sich dabei auf seine Vatergefühle: «Ich bin nicht imstande, mich von meinem Sohn zu trennen!» In Wirklichkeit ließ sich Nikolaus von politischen Ueberlegungen leiten: er wollte nicht Gefahr laufen, daß er seinen Sohn verliert, sondern lieber abwarten. Gutschkow und Schulgin übermittelten der Provisorischen Regierung durch direkte Drahtleitung den Wortlaut des Thronverzichts und fuhren nach Petrograd zurück. Angesichts der Stimmung in der Hauptstadt beschloß die Regierung, die Abdankungsurkunde nicht zu veröffentlichen. Schulgin konnte noch telephonisch gewarnt werden, Gutschkow aber begab sich unmittelbar aus dem Zuge zu einer Eisenbahnerversammlung am Bahnhof selbst, wo er das Manifest vorlas und mit den Worten endete: «Es lebe der Kaiser Michael!» Darauf wurde mit dem Ruf geantwortet: «Nieder mit dem Zaren!» Die empörten Arbeiter forderten die sofortige Verhaftung und Leibesvisitation Gutschkows... «Der Kren schmeckt nicht süßer als der Rettich», riefen empört Soldaten, als sie von der Absicht erfuhren, Nikolaus II. durch Michael II. zu ersetzen.

Die Provisorische Regierung geriet mit der Stimmung der breiten Massen in Konflikt und begriff, daß von der Aufrechterhaltung der Monarchie keine Rede sein konnte. Am 3. März frühmorgens suchten Rodsjanko, Miljukow, Gutschkow, Nekrassow, Kerenski und andere Mitglieder der Regierung den Großfürsten Michael auf. Die Mehrheit der Delegation riet ihm, auch seinerseits auf den Thron zu verzichten. Dagegen waren nur Miljukow und Gutschkow, die

dem Großfürsten versprochen, daß sie außerhalb Petrograds Streitkräfte zur Verteidigung der Monarchie sammeln würden. Michael begriff selbst, daß er sich nicht halten konnte. Am Tage vorher hatte er gebeten, ihm einen Zug zur Verfügung zu stellen, um aus Gatschina nach Petrograd zu fahren; im Sowjet wurde aber erklärt, daß «der Bürger Romanow» auf den Bahnhof gehen, eine Fahrkarte lösen und mit dem gewöhnlichen Zuge fahren könne. Michael Romanow dachte ein wenig nach, sprach unter vier Augen mit Rodsjanko und erklärte seinen Verzicht auf den Thron. Miljukow erzählt, daß Kerenski dem Großfürsten dabei mit den Worten die Hand schüttelte: «Eure Hoheit, Sie sind ein edler Mensch<sup>1</sup>.»

Die Monarchie war nicht mehr zu retten, dafür aber suchte die Bourgeoisie der neuen Macht ein möglichst gesetzliches Aussehen zu verleihen. Gutschkow und Schulgin erlangten beim Zaren die Ernennung des Fürsten Lwow zum Ministerpräsidenten. Mithin war das Haupt der Regierung gesetzmäßig durch den früheren Zaren bestätigt. Rodsjanko betonte häufig, daß Fürst Lwow

«in sich die Kontinuität der Macht verkörperte, die ihm durch den Träger der noch nicht gestürzten obersten Staatsgewalt übertragen wurde<sup>2</sup>.»

In Wirklichkeit war Nikolaus schon nicht mehr Zar, als er die Ernennungsurkunde für Lwow unterschrieb. Michael forderte das Volk in seiner Abdankungsurkunde auf,

«sich der Provisorischen Regierung zu unterwerfen, die durch die Initiative der Reichsduma entstanden und mit der ganzen Fülle der Macht ausgestattet ist<sup>3</sup>.»

Sogar der neue Oberbefehlshaber des Petrograder Militärbezirks wurde im Einvernehmen mit der alten Macht ernannt. An Stelle des Generals Chabalow wurde der General L. G. Kornilow eingesetzt, der in Hofkreisen gut angeschrieben war und von Nikolaus II. sogar «der Aufmerksamkeit gewürdigt» wurde, nachdem er aus der österreichisch-deutschen Gefangenschaft geflüchtet war. Durch ein Telegramm des Fürsten Lwow vom 5. März wurden sämtliche Gouverneure und Vizegouverneure abgesetzt und ihre Befugnisse auf die Vorsitzenden der Gouvernements-Semstwoverwaltungen übertragen. Aber viele dieser Vorsitzenden wurden seinerzeit durch die alte Macht ernannt, und so weit sie gewählt waren, gehörten sie zu den reaktionärsten Gruppen.

Der entschlossene Protest der Arbeiter und Soldaten gegen die Versuche, die Monarchie zu retten, zeigte den Führern der Re-

gierung, daß die Alleinherrschaft der Bourgeoisie nicht mit Gewalt aufgerichtet werden könne. Offenkundige Gewaltanwendung reizte die Massen, rief Widerstand hervor, vertiefte die Revolution. So blieb nur eines übrig: die Taktik der Zugeständnisse, der Winkelzüge, der großzügig ausgestreuten Versprechungen, um Zeit zu gewinnen, Kräfte zu sammeln und dann mit der Revolution Schluß zu machen. Ein solches Zugeständnis war die Aufnahme Kerenskis in die Regierung, von dessen Kandidatur bei den Besprechungen mit den Vertretern des Sowjets in der Nacht vom 1. zum 2. März gar nicht die Rede war. W. W. Schulgin berichtet in seinen Erinnerungen, daß der Kadett Schingarjow, der Landwirtschaftsminister der Provisorischen Regierung, schon am Vorabend der Revolution gesagt hatte:

«— Wenn uns die Macht zufällt, müssen wir durch die Erweiterung des Fortschrittsblocks nach links eine Stütze suchen...

— Wie stellen Sie sich das vor?

— Ich würde Kerenski auffordern.

— Kerenski? In welcher Eigenschaft?

— Als Justizminister, sagen wir... Dieser Posten hat jetzt gar keine Bedeutung, aber man muß der Revolution ihre Anführer entreißen... Unter ihnen kommt immerhin nur Kerenski in Betracht... Es ist viel nützlicher, ihn auf unserer Seite zu haben als gegen uns!»

Die Provisorische Regierung wollte sich nicht die Hände binden. Am 6. März wandte sie sich mit einem Aufruf an das Volk, worin sie in sehr unbestimmter Form erklärte, daß

«sie es für ihre heilige und verantwortungsvolle Pflicht hält, die vom Volke gehegten Wünsche zu erfüllen und das Land auf den leuchtenden Weg der Errichtung eines Staates freier Bürger zu führen?»

Worin die «vom Volke gehegten Wünsche» und die «heilige Pflicht» der Regierung konkret bestanden, konnte niemand aus dem schwulstigen, wortreichen Aufruf ersehen. Man versprach die Einberufung der Konstituierenden Versammlung, die alle grundlegenden Fragen entscheiden sollte, aber der Termin der Einberufung wurde nicht genannt. Hinter der Konstituierenden Versammlung verschanzte sich Miljukow, als er auf der Versammlung mit Protesten gegen die Monarchie überschüttet wurde. An die Konstituierende Versammlung verwies die Regierung alle, die eine Antwort auf die Frage nach Boden, Brot und Frieden verlangten.

Der Aufruf vom 6. März spricht, ebenso wie die erste Erklärung der Provisorischen Regierung vom 2. März, mit keinem Wort von der Uebergabe des Bodens an die Bauern. Zum Landwirtschaftsminister wurde A. I. Schingarjow ernannt, ein Semstwoarzt, Kadett, Mitglied der IV. Reichsduma. Seine Ernennung erklärte sich lediglich daraus, daß Schingarjow in der Duma ständig zur Lebensmittelfrage gesprochen hatte. Das Landwirtschaftsministerium war für die Provisorische Regierung vor allem ein Ernährungsministerium. Mit «Lebensmittelunruhen» hatte die Revolution begonnen; solche «Unruhen» bedrohten auch die neugeschaffene Regierung, das Dorf aber hatte seine Stimme noch nicht erhoben, um den Boden zu fordern. Sich über die Bodenfrage in Schweigen hüllend, hatte die Provisorische Regierung schon am 9. März beschlossen, die Bauern des Gouvernements Kasan wegen ihrer Aktionen gegen die Grundbesitzer zu strafrechtlicher Verantwortung zu ziehen.

Aber es vergingen keine zwei Wochen, bis sich das Dorf in Erinnerung brachte. «Die Bauern... haben das Gut ‚Alexandrowka‘ überfallen und teilweise geplündert!», so wurde aus dem Gouvernement Kursk berichtet. Der Gutsverwalter des Fürsten Trubezkoj im Gouvernement Rjasan beklagte sich über die Bauern, die verlangten, das Gut solle ihnen übergeben werden. Am 16. März erhielt Schingarjow ein Telegramm über Bauernunruhen im Moskauer Gouvernement. Aehnliche Meldungen trafen aus allen Gegenden Rußlands ein.

Die Provisorische Regierung machte zunächst den Versuch, die beginnende Bauernbewegung mit den altbewährten Mitteln zu unterdrücken: in der ersten Märzhälfte wurden Truppen zur «Beruhigung» in die Dörfer entsandt. Solche Abteilungen wurden in die Gouvernements Kursk, Mohilew und Perm geschickt. Aber die Regierung Lwow-Miljukow-Schingarjow mußte sich sehr bald überzeugen, daß sie das Dorf mit den alten Mitteln nicht zur Ruhe bringen könne. Die Bewegung konnte nicht mehr einfach unterdrückt werden. Gewisse Zugeständnisse waren erforderlich. Am 12. März gab die Regierung bekannt, daß der Bodenbesitz Nikolaus II. — die Kronländereien — zugunsten des Staates enteignet würden, und am 16. März wurde dieser Beschluß auf den Bodenbesitz der gesamten Romanowfamilie, auf die sogenannten Apanageländereien ausgedehnt.

Am 17. März wandte sich die Regierung Lwow mit einer Erklärung an die Bauern:

«Die Bodenreform... wird zweifellos auf der Tagesordnung der bevorstehenden Konstituierenden Versammlung stehen», ver-

sprach die Provisorische Regierung. «Die Bodenfrage kann nicht durch irgendwelche eigenmächtigen Besetzungen entschieden werden», so hieß es weiter in der Erklärung. «Gewalt und Plünderungen sind das schlimmste und gefährlichste Mittel auf dem Gebiet ökonomischer Beziehungen<sup>1</sup>.»

Diese Predigt des Verzichts auf die Gewalt bezog sich jedoch lediglich auf die Bauern, für ihren eigenen Gebrauch hielt die Regierung an der Gewalt fest. Am 8. April gab Fürst Lwow, Ministerpräsident und zugleich Innenminister, den Gouvernementskommissaren die Anweisung, die Bauernunruhen mit allen Maßnahmen «bis zum Einsatz von Militärformationen» zu unterdrücken. Die in der Provinz ernannten Kommissare der Provisorischen Regierung und die dorthin entsandten Vertreter der Reichsduma setzten die Anweisungen des Ministerpräsidenten eifrig in die Tat um.

Diese Unterdrückungstätigkeit der Regierung wurde von den Sozialrevolutionären und Menschewiki gedeckt. Am 16. März wandte sich die Petrograder Gebietskonferenz der Partei der Sozialrevolutionäre gegen die Agrarbewegung. Auf dieser Konferenz wurde erklärt:

«Alle Versuche zur sofortigen Besetzung des in Privatbesitz befindlichen Bodens können sich unheilvoll auf den ordnungsmäßigen Verlauf des Lebens der Landwirtschaft auswirken... Die Konfiskation der bearbeiteten Apanage-, Kron- und Privatländereien darf nur auf gesetzgeberischem Wege durch die konstituierende Versammlung durchgeführt werden, die dem Volk Boden und Freiheit geben wird<sup>2</sup>.»

Die Sozialrevolutionäre erwiesen sich reaktionärer als die Bourgeoisie. Die Provisorische Regierung hatte wenige Tage zuvor die Kron- und Apanageländereien konfisziert. Am 3. April faßte die Allrussische Konferenz der Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-deputierten auf Vorschlag der Menschewiki eine Resolution, in der es hieß:

«... Agrarunruhen können nicht der Bauernschaft, sondern nur der Konterrevolution nützen. Man muß dessen eingedenk sein, daß sich die Macht jetzt in den Händen des Volkes befindet und daß das Volk selbst in der Konstituierenden Versammlung die Bodenfrage entscheiden wird...<sup>3</sup>»

Die Drohungen und Gewalttaten hielten die Agrarbewegung nicht auf.



«Im April zeigten sich die ersten Anzeichen einer Wandlung im Rechtsbewußtsein der Bauern hinsichtlich der Lösung der Bodenfrage, und zugleich mit dieser Wandlung begannen entsprechende Nachrichten in Form von Telegrammen aus der Provinz einzulaufen<sup>1</sup>»,

so schrieb der Innenminister in trockener Kanzleisprache an die Provisorische Regierung. Die Gutsbesitzer zogen daraus die Folgerung, daß eine neue Taktik im Kampf gegen die Bauernschaft notwendig sei.

«Die Gutsbesitzer haben begriffen — sagte Lenin darüber —, daß man mit dem Knüttel nicht mehr herrschen kann, das haben sie gut begriffen, und sie gehen zu einer Herrschaftsmethode über, die für Rußland etwas Neues ist, in Westeuropa aber seit langem besteht... Die Gutsbesitzer und Kapitalisten lernen aus den Revolutionen, sie lernen daraus, daß man das Volk mit Betrug, mit Schmeicheleien regieren muß, daß man sich anpassen, ein rotes Abzeichen ins Knopfloch stecken und, auch wenn man ein Ausbeuter ist, sagen muß: ‚Wir sind die revolutionäre Demokratie, bitte, wartet nur ab, wir werden schon alles für euch tun<sup>2</sup>.«

Am 11. April erließ die Regierung das Gesetz «Ueber den Schutz der Aussaat», das im Wesen den Gutsbesitzern den Schutz ihres Bodens, die Pachtzahlungen und «die von ihnen — den Gutsbesitzern — für die Saat ausgegebenen Beträge im Falle von ‚Volksunruhen<sup>3</sup>» gewährleistete.

Schingarjow versuchte, die Bauern durch die Schaffung von Schlichtungskammern, in denen die Gutsbesitzer den ausschlaggebenden Einfluß haben sollten, zu beschwichtigen. Lenin beurteilte diesen Versuch, die Gutsbesitzer und die Bauern zu versöhnen, folgendermaßen:

«*Ein* Gutsbesitzer, der 2000 Desjatinen Land besitzt, und *dreihundert* Bauernfamilien, die 2000 Desjatinen Land besitzen, — das ist im allgemeinen die Sachlage in Rußland. Dreihundert Bauern sollen auf die ‚freiwillige‘ Zustimmung *eines* Gutsbesitzers warten<sup>4</sup>!!»

Aber gerade das lag im Interesse der Gutsbesitzer. Schingarjow machte sich daran, die Idee eines solchen «freiwilligen Uebereinkommens» auszunützen.

Am 21. April erscheint eine Verordnung über die Bodenkomitees. Der Biograph Schingarjows, der Kadett A. G. Chruschtschow, erzählt, wie sich der Landwirtschaftsminister die Aufgaben der Bodenkomitees vorstellte:

«Nach dem ursprünglichen Gedanken A. I. Schingarjows sollten die Bodenkomitees ausschließlich zur Vorbereitung und Bearbeitung von Material über die Bodenfrage gebildet werden... Irgendwelche Exekutivbefugnisse, irgendein Recht, sich in die Bodenverhältnisse einzumischen, sollten die Komitees nach dem von A. I. Schingarjow verfaßten ursprünglichen Entwurf nicht haben<sup>1</sup>.»

Chruschtschow selbst, der damalige Gehilfe des Landwirtschaftsministers, erläuterte gleich in der ersten Sitzung des Hauptkomitees die Notwendigkeit dieser Maßnahme folgendermaßen:

«Die Agrarbewegung breitet sich aus und nimmt Formen an, die das gesamte Wirtschaftsleben des Landes zu zerrütten drohen. Es ist notwendig, ohne Aufschub Maßnahmen zur Organisation der örtlichen Bodenkomitees zu ergreifen<sup>2</sup>.»

Nach der Schingarjowschen Verordnung sollte in der Hauptstadt das Hauptbodenkomitee, in der Provinz Gouvernements- und Kreiskomitees gebildet werden. Die Schaffung von Landbezirkskomitees war nach der Verordnung nicht obligatorisch. Lenin bezeichnete die Verordnung über die Bodenkomitees als «ein gaunerisch abgefaßtes Gutsbesitzer-Gesetz».

«... Die Komitees aber sind nach diesem gaunerisch abgefaßten Gutsbesitzer-Gesetz so zusammengesetzt — schrieb Lenin —, daß das Kreiskomitee weniger demokratisch ist als das Landbezirkskomitee, das Gouvernementskomitee weniger demokratisch als das Kreiskomitee, das Hauptkomitee weniger demokratisch als das Gouvernementskomitee<sup>3</sup>.»

Die tatsächliche Organisation verlief etwas anders. Als erste entstanden die Landbezirkskomitees und zwar lange vor der Verordnung vom 21. April. Besonders rasch breiteten sie sich im April aus. Die Gouvernements- und Kreiskomitees, mit deren Bildung die Kommissare der Provisorischen Regierung beauftragt waren, wurden langsam geschaffen, gleichsam im Gefolge der Landbezirkskomitees, wobei sie diese unter ihre Führung zu zwingen suchten.

Die Politik des Hauptbodenkomitees wurde vollständig durch seine Zusammensetzung bestimmt. Ihm gehörten an: 25 von der Provisorischen Regierung ernannte Vertreter, von denen die überwiegende Mehrheit Kadetten waren, 6 Vertreter des Bauernbundes und des Allrussischen Bauernrats, 3 Vertreter des Provisorischen Komitees der Reichsduma und je ein Vertreter der politischen Parteien, wobei die Kadetten und die rechts von ihnen stehenden

Gruppen noch einmal 6 Sitze erhielten. Zum Vorsitzenden des Hauptbodenkomitees wurde A. S. Posnikow ernannt, ein Professor der politischen Oekonomie, Mitglied der IV. Reichsduma, Fortschrittler, zur gleichen Partei wie der Minister Konowalow gehörend. Der Professor war gleichzeitig Leiter der Bauern- und Adelsbank.

Diese «Doppelfunktion» machte Posnikow offenbar in den Augen der Bourgeoisie geeignet, die «Versöhnung» der Bauern mit den Gutsbesitzern herbeizuführen. Bereits in der ersten Sitzung wies der Vorsitzende, die Aufgaben des Hauptkomitees festlegend, auf die Notwendigkeit hin,

«einen in der gegenwärtigen Zeit sehr verbreiteten Irrtum zu zerstreuen, daß nämlich bei der bevorstehenden Bodenreform den Grundbesitzern der gesamte Boden entschädigungslos fortgenommen werden soll. Das Komitee muß erklären, daß dies nicht der Fall sein wird<sup>1</sup>.»

Das Hauptbodenkomitee sollte bloß die Rolle eines Schutzschildes gegen die Bauernschaft spielen. Die wirkliche praktische Arbeit der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie wurde ohne die Mitwirkung dieses Organs betrieben. Im Hauptbodenkomitee wurde endlos über Entwürfe für die Bodenreform diskutiert, um die endgültige Entscheidung auf jegliche Weise zu verschleppen. So lavierte die Provisorische Regierung, ging von Drohungen und Strafexpeditionen zu Schlichtungskammern über und wartete auf die Möglichkeit, die Macht völlig in ihre Hände zu nehmen.

Die gleiche Taktik — Zugeständnisse im kleinen zu machen, um ernsthafteren Forderungen vorzubeugen — befolgte die Provisorische Regierung auch in andern Fragen. Am 11. März unterzeichneten die Petrograder Fabrikanten ein Abkommen mit dem Petrograder Sowjet über die Einführung des Achtstundentages, am 16. März aber erklärte der Vertreter des Vereins der Petrograder Werksinhaber und Fabrikanten, Jefron, in einer Sitzung bei dem Minister für Handel und Industrie, Konowalow, daß «das in Petrograd getroffene Abkommen... ein zeitweiliges Zugeständnis» sei<sup>2</sup>.

In der Ernährungsfrage ergriff die Regierung in der ersten Zeit keinerlei Maßnahmen. Die Schlangen vor den Brotläden wurden nicht kürzer, seit das Landwirtschaftsministerium aus den Händen des zaristischen Würdenträgers Rittich in die des Kadettenministers Schingarjow übergegangen war. Schon am 4. März setzte die Ernährungskommission des Petrograder Sowjets Zwangspreise für Gegenstände des Massenkonsums in Petrograd fest. Die Besitzer der Brotläden begannen als Antwort darauf, das Brot zu-

rückzuhalten. Die Arbeiter in den Betrieben forderten die Beschlagnahme der Getreidevorräte bei den Besitzenden. Am 14. März machte die Ernährungskommission des Sowjets den Vorschlag, das Getreide bei den Gutsbesitzern, die nicht unter 70 Hektar Boden besitzen, zu konfiszieren. Die Provisorische Regierung beschloß, die Lebensmittelversorgung in ihre Hand zu nehmen. Am 21. März gab die Ernährungskommission des Sowjets ihre Rechte und Befugnisse an das Staatliche Ernährungs Komitee ab. Am 25. März war die Provisorische Regierung gezwungen, den Beschluß über das Getreidemonopol zu erlassen, wonach die Getreideüberschüsse der Gutsbesitzer in die Verfügung des Staates übergingen. Zur Versorgung bis zur neuen Ernte wurden jedem Mitglied der Familie des Gutsbesitzers und jedem seiner Angestellten und Arbeiter 50 Pfund Getreide pro Monat belassen. Für Viehfutter und Saatgut wurde eine bestimmte Norm freigegeben. Außerdem wurden 10 Prozent der gesamten Verbrauchsration «für den Notfall» in der Wirtschaft der Gutsbesitzer und Kulaken belassen. Schingarjow begründete diese Maßnahme der Regierung damit, daß die Regierung durch den Krieg gezwungen sei, in alle Zweige des Wirtschaftslebens einzugreifen. Das erhöhte Getreidebedürfnis bei verstärkten Schwierigkeiten der Beschaffung, so betonte er, mache die Abschaffung des freien Handels notwendig. Die Hauptursache, wodurch dieser Beschluß hervorgerufen worden war, erwähnte Schingarjow jedoch nicht. Sie bestand in dem Druck der revolutionären Massen auf die Regierung. Anfangs bekämpften die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer das Getreidemonopol recht energisch. Der 1. Allrussische Handels- und Industriekongreß, der vom 19. bis 23. März in Moskau tagte, protestierte noch vor der Veröffentlichung des Beschlusses gegen «die gefährliche Absicht, ein Getreidemonopol einzuführen» und stimmte einen Antrag auf Einführung des Monopols nieder. Der Hauptwörtführer der Gutsbesitzer im Kampf gegen das Getreidemonopol, Rodsjanko, legte in einem besonderen Brief an Kerenski dar, daß man «eine so riskante Maßnahme» aufheben müsse. Einmütig wandten sich gegen das Getreidemonopol die Verbände der Getreidehändler, die Börsenkomitees einer Reihe großer Städte u. a. Aber das war nur ein vorübergehender, durch die Ueberraschung hervorgerufener Zornausbruch, eine instinktive Selbstverteidigung, ein parierender Gegenstoß. Die Urheber des Gesetzes selbst erklärten nach kurzer Zeit, der Beschluß sei in Wirklichkeit nur eine Sicherungsmaßnahme gegen Angriffe von seiten der Werktätigen; niemand denke daran, ihn in die Tat umzusetzen. Schingarjow erklärte auf dem VII. Parteitag der Kadetten seinen Kollegen, es

handle sich nur um «ein unvollständiges Getreidemonopol<sup>1</sup>.» Er bezeichnete es als «eine bittere Notwendigkeit». Auf der III. Außerordentlichen Tagung der Vertreter des Börsenhandels und der Landwirtschaft vom 26. bis 29. April 1917 erklärte Schingarjow der Bourgeoisie und den Gutsbesitzern in beruhigendem Ton, daß kein Grund zu besonderer Besorgnis vorhanden sei . . .

«Das ist kein endgültiges Getreidemonopol — führte er aus —, wir greifen weder in die Getreideerzeugung noch in die endgültige Verteilung des Getreides durch den Verteilungsapparat ein; es handelt sich nur um das Recht der Verfügung über das nach der Ernte erfaßte Getreide<sup>2</sup>.»

In einer privaten Unterredung mit dem Senator Schidowski, der sich beklagte, daß die den Grundbesitzern zugestandene Getreide-ration zu klein sei, beruhigte Schingarjow ihn und alle Gutsbesitzer mit dem Hinweis: «Sie brauchen sie (die Ration. *Die Red.*) einfach nicht beachten. Wer wird euch denn kontrollieren?<sup>3</sup>» Die Minister der Provisorischen Regierung traten vor den Massen mit «revolutionären» Gesetzen auf, um den Gutsbesitzern hinter dem Rücken des Volkes die Sabotage dieser Gesetze zu empfehlen.

Der Kampf gegen die Zerrüttung der Volkswirtschaft wurde Konowalow übertragen, einem großen Textilfabrikanten und überaus aktiven Führer einer Reihe kapitalistischer Organisationen. Konowalow forderte die Bourgeoisie zum Kampf gegen die Spekulation auf, sprach sogar vom Eingreifen des Staates in die eigenen Angelegenheiten des Handels und der Industrie, in der Praxis aber beseitigte er nur alle Einschränkungen für die Gründung von Aktiengesellschaften. Nicht umsonst sagte man in einer Sitzung des Zentralen Kriegsindustrie-Komitees zu Konowalow, Gutschkow und Tereschtschenko:

«Wir, die Vertreter des Handels und der Industrie, blicken mit besonderem Stolz auf Sie drei, denn Sie sind für uns nicht nur hervorragende russische Bürger, sondern auch die besten, würdigsten Söhne des russischen Handels und der russischen Industrie<sup>4</sup>.»

Diese «würdigsten Söhne des russischen Handels und der russischen Industrie» betrogen das Volk geschickt und beharrlich.

Es gab jedoch eine Frage, die man nicht bis zur Konstituierenden Versammlung verschleppen konnte — das war der Krieg. Man suchte die Armee auf jegliche Weise vor dem Einfluß des revolutionären Petrograd zu behüten. Die Nachrichten über die Entwicklung der Revolution wurden aufgehalten, Zeitungen wurden nicht an die

Truppenteile befördert. In der Nacht des 3. März versandte der Stabschef des Höchstkommandierenden, General Alexejew, folgendes geheime Rundtelegramm an die Front:

«Auf Grund eines Telegramms des Stabschefs des Oberbefehlshabers der Armeen der Westfront, wonach eine aus 50 Personen bestehende Abordnung der neuen Regierung von Welikie Luki nach Polozk fahre und die Gendarmen entwaffne, wurde diesbezüglich eine Anfrage an den Präsidenten der Reichsduma gerichtet, der mitteilte, daß keine Abordnungen entsandt worden seien. Somit beginnen offenbar rein revolutionäre, zügellose Banden aus Petrograd aufzutauchen, die die Gendarmen an den Eisenbahnstrecken zu entwaffnen suchen und sicherlich in Zukunft sowohl an den Eisenbahnen als auch im Hinterland der Armee die Macht an sich zu reißen und wahrscheinlich in die Armee selbst einzudringen suchen werden. Es sind die energischsten Maßnahmen zu ergreifen, an den Eisenbahnknotenpunkten ist ein Beobachtungsdienst einzurichten, auf diesen Stationen sind Besatzungen aus zuverlässigen Truppenteilen unter dem Kommando tatkräftiger Offiziere bereit zu halten. Tauchen irgendwo ähnliche eigenmächtige Abordnungen auf, so ist es wünschenswert, sie nicht zu zerstreuen, sondern sie festzunehmen und möglichst an Ort und Stelle ein Feldgericht einzusetzen, dessen Urteile unverzüglich daselbst zu vollstrecken sind<sup>4</sup>.»

Der Oberbefehlshaber der Südwestfront, General Brussilow, versandte ein Rundtelegramm, worin er die entschiedensten Maßnahmen gegen jedes Eindringen von «Desorganisation und Anarchie» in die Armee forderte.

Die zaristischen Generale schickten sich an, der Revolution in der Armee mit dem Bajonett und dem Feldgericht entgegenzutreten. Die Verbreitung des Befehls Nr. 1 wurde mit der gleichen Entschlossenheit unterbunden, mit der die alte Polizei revolutionäre Flugblätter vernichtet hatte.

Am 6. März veröffentlichte die Provisorische Regierung zugleich mit einem allgemeinen Aufruf an das Volk auch ein Manifest an die Armee. Ueber den Krieg äußerte sich dieses Manifest mehr oder weniger vorsichtig. Es wurde lediglich betont, daß die Armee ihre Einheit, Geschlossenheit und ihre feste innere Ordnung bewahren müsse. Von den Soldaten wurde bedingungslose Unterordnung unter die Offiziere gefordert. Die Provisorische Regierung versprach der Armee, sie mit allem zu versorgen, «was für die Fortsetzung des

Krieges bis zum siegreichen Ende erforderlich ist<sup>1</sup>.» Am nächsten Tage hob Gutschkow durch eine neue Anordnung den Befehl Nr. 1 auf.

Die Führer des Sowjets, darunter auch diejenigen, die noch fünf Tage vorher den Befehl Nr. 1 zu Papier gebracht hatten, wie Sokolow, waren Gutschkow bei der Aufhebung dieses Befehls behilflich. Der General Denikin erzählt darüber auf Grund von Mitteilungen des Generals Potapow:

«Am 6. März, abends, erschien in der Wohnung Gutschkows eine Delegation des Sowjets, bestehend aus Sokolow, Nachamkes, Filippowski (Oberleutnant), Skobelew, Gwosdew, dem Soldaten Paderin und Kudrjanzew (Ingenieur), um über die Fragen der Reformen in der Armee zu sprechen. Die Sitzung verlief sehr stürmisch, Gutschkow erklärte, die Forderungen der Delegation seien für ihn unannehmbar, er verließ mehrmals das Zimmer und kündete seinen Rücktritt als Minister an. Nachdem er hinausgegangen war, übernahm ich (Potapow. *Die Red.*) den Vorsitz, es wurden Uebereinkommen ausgearbeitet, Gutschkow wurde wieder hereingerufen und die Sitzung endete mit der Annahme eines Aufrufs. Er war unterzeichnet von Skobelew für den Sowjet, von mir für das Komitee der Reichsduma und von Gutschkow für die Regierung. Durch den Aufruf wurden die Befehle Nr. 1 und 2 (der vom Sowjet herausgegebene Befehl Nr. 2 führte aus, daß der Befehl Nr. 1 nicht die Wählbarkeit der Offiziere vorschreibe, stellte aber den Komitees anheim, gegen die Ernennung von Vorgesetzten Einspruch zu erheben. *Die Red.*) annulliert, aber der Kriegsminister versprach, er werde in der Armee realere Reformen zur Neuregelung des Verhältnisses zwischen Offizieren und Soldaten einführen, als er ursprünglich beabsichtigt habe<sup>2</sup>.»

Am 9. März erließ die Provisorische Regierung einen vom Kriegs- und Marineminister unterzeichneten Aufruf an die Armee, in dem der Petrograder Sowjet, wenn auch in vorsichtigen Ausdrücken, angegriffen wurde:

«Schart euch alle um die Provisorische Regierung, vertraut darauf, daß sie alles in ihren Kräften Stehende tun wird, um euch zu schützen. In der Hauptstadt stiften einzelne Gruppen weiterhin Zwietracht, sie beengen die Entschlußfreiheit der Provisorischen Regierung und hindern sie, ihre Maßnahmen durchzuführen... Hört nicht auf die Zwietrachtstifter. Viele deutsche Spione, die sich im grauen Soldatenmantel verstecken, suchen Aufruhr und Unruhe in euren Reihen zu schüren<sup>3</sup>.»

Gutschkow hatte es zu eilig. Die Aufrufe des Kriegsministers enthüllten das wahre Gesicht der Regierung. Am 11. März schrieb die bolschewistische Zeitung «Prawda», die am 5. März zu erscheinen begann, daß das Verhalten der Provisorischen Regierung nichts anderes als einen Vorstoß gegen den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten bedeute. In den Regimentern der Petrograder Garnison begannen Protestversammlungen. Vor dem Petrograder Sowjet erschienen Delegationen der Frontsoldaten, die immer wieder Maßnahmen gegen die Offensive der Generale forderten.

Die kleinbürgerlichen Führer des Sowjets hatten seit der Uebergabe der Macht an die Bourgeoisie schon mehrmals die Schläge der erregten Massen von ihr abgelenkt — sie hatten häufig Anlaß dazu. Am 7. März setzte das Exekutivkomitee des Sowjets eine besondere «Kontaktkommission» ein, bestehend aus Tschcheidse, Steklow, Suchanow, Filippowski und Skobelew. Nach den Erklärungen des Exekutivkomitees wurde diese Kommission gebildet

«zu dem Zwecke, den Sowjet über die Absichten und Handlungen der Provisorischen Regierung und diese über die Forderungen des revolutionären Volkes zu informieren, auf die Regierung zwecks Erfüllung dieser Forderungen einzuwirken und ihre Durchführung ununterbrochen zu kontrollieren<sup>1</sup>.»

In Wirklichkeit half die «Kontaktkommission» der Provisorischen Regierung, die in Bewegung geratenen Massen zu beruhigen. So war es mit der Frage der Verhaftung Nikolaus und seiner Familie. Die Provisorische Regierung gestattete dem Zaren, von Pskow ins Hauptquartier zu fahren. Dort traf der Zar mit den Generalen der Armee zusammen. Die Großfürsten konnten ungestört zu ihm reisen. Alle diese Tatsachen riefen bei den Soldaten und Arbeitern ungeheure Entrüstung hervor. Das Exekutivkomitee des Sowjets sah sich genötigt, einen Beschluß über die Verhaftung des Zaren zu fassen, und am 7. März beschloß auch die Provisorische Regierung, Nikolaus Romanow und seiner ganzen Familie die Freiheit zu entziehen.

Am 7. März arbeitete die Provisorische Regierung den Wortlaut für die Vereidigung der Armee und der Beamten aus. In dem Eid stand kein Wort über die Revolution, überdies waren noch die Bekreuzigung und die Anrufung Gottes aus dem alten zaristischen Schwurtext übernommen. Das rief einen neuen Ausbruch der Entrüstung hervor. Der Sowjet setzte die Provisorische Regierung am 12. März davon in Kenntnis, daß er den Text des Eides für unannehmbar halte und Verhandlungen zur Ausarbeitung einer neuen Eidesformel vorschlage. Dabei wurde betont, daß die Ablehnung



dieses Textes keine Aufforderung zum Ungehorsam gegenüber der Provisorischen Regierung bedeute.

Ebenso stand es um die Kriegsfrage. Die Proteste gegen das Auftreten Gutschkows wuchsen ständig. Die Soldaten und Arbeiter forderten den Frieden. Am 11. März fand im Stadtbezirk Petrograder Seite eine Versammlung von 1500 Menschen statt, in der beschlossen wurde, den Sowjet aufzufordern, er solle sofort an die internationale und besonders an die deutsche und österreichische Demokratie mit dem Aufruf herantreten, ihre Regierungen zum Friedensschluß zu zwingen. Am 12. März verlangte eine gewaltige Versammlung in den Ishorsker Werken in der Nähe von Petrograd, der Sowjet solle die Arbeiterklasse der kriegführenden Länder auffordern, sich gegen ihre Regierungen zu erheben und Frieden zu schließen. Am gleichen Tage fand in Moskau eine riesige Demonstration unter den Losungen statt: «Es lebe die Konstituierende Versammlung», «Friede und Brüderlichkeit der Völker»<sup>1</sup>.

Unter dem Druck der Massenbewegung beschlossen die kompromißlerischen Führer des Exekutivkomitees, als Antwort auf die zahlreichen Resolutionen und Forderungen eine besondere Deklaration zu veröffentlichen. Am 14. März erschien der Aufruf des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten an die Völker der ganzen Welt. Nach den Feststellungen, daß der Zar gestürzt und Rußland nunmehr ein demokratisches Land sei, daß es für die Völker an der Zeit sei, die Entscheidung über Krieg und Frieden in ihre eigenen Hände zu nehmen, fuhr der Sowjet fort:

«Im Bewußtsein ihrer revolutionären Kraft erklärt die Demokratie Rußlands, daß sie der räuberischen Politik ihrer herrschenden Klassen mit allen Mitteln entgetreten wird, und sie ruft die Völker Europas zu gemeinsamen, entschiedenen Aktionen zugunsten des Friedens auf<sup>2</sup>.»

Der Aufruf des Sowjets zeigte keine konkreten Maßnahmen für den Kampf um den Frieden auf. Er versprach nicht einmal, in nächster Zeit Friedensverhandlungen aufzunehmen. Im Gegenteil, der Aufruf betonte:

«Wir werden unsere eigene Freiheit standhaft gegen alle reaktionären Anschläge, sei es von innen, sei es von außen verteidigen. Die russische Revolution wird nicht vor den Bajonetten der Eroberer zurückweichen und nicht zulassen, daß sie von außen durch Militärgewalt zertreten wird<sup>3</sup>.»

Von der Armee verlangten die Führer des Sowjets nach wie vor die Fortsetzung des Krieges.

Der Aufruf des Sowjets gefiel weder der russischen, noch der Ententebourgeoisie. So verschwommen er auch abgefaßt war, war darin immerhin in nebelhafter Form vom Frieden die Rede und die Völker wurden zum Kampf gegen die Eroberungspolitik der Regierungen aufgerufen. Die Botschafter der Ententeländer machten sich geschäftig ans Werk. Paléologue und Buchanan forderten eine genaue Festlegung des Standpunktes der Provisorischen Regierung. Am 16. März sandte Miljukow als Außenminister ein Telegramm an die russischen Vertreter im Ausland, worin er betonte, daß sich die russische Revolution die Fortsetzung des Krieges bis zum Endsieg zum Ziel setze. In die neutralen Länder — die Schweiz, Norwegen, Schweden und andere — wurde das Telegramm ohne den Hinweis auf die kriegerischen Aufgaben gesandt.

In einer Unterredung mit Pressevertretern am 23. März erklärte Miljukow:

«Wenn wir Russen Anspruch auf den Besitz Konstantinopels und der Meerengen erheben, so tasten wir damit durchaus nicht die nationalen Rechte der Türkei an, und niemand hat das Recht, uns Eroberungstendenzen vorzuwerfen. Der Besitz von Konstantinopel galt stets als eine ureigene nationale Aufgabe Rußlands<sup>1</sup>.»

Die Erläuterungen Miljukows zum Aufruf des Sowjets vom 14. März trugen einen ausgesprochen imperialistischen Charakter. Das konnte erneut eine Erregung der Massen hervorrufen. Die Führer des Sowjets forderten die Behandlung der Frage in der «Kontaktkommission». Um diese Zeit erschien in der Kontaktkommission der Menschewik Zereteli, ein ehemaliger Abgeordneter der II. Duma, der im Jahre 1907 vom Zarismus zur Zwangsarbeit verschickt worden war. Ein temperamentvoller Redner, von einer Märtyrergloriole umgeben, gewann Zereteli sofort eine führende Stellung, unter den Menschewiki. Er schlug vor, daß sich diesmal die Regierung an die Armee und die Bevölkerung mit einer feierlichen Erklärung wenden und versprechen soll: erstens einen entschiedenen Bruch mit der Eroberungspolitik, zweitens Maßnahmen zur Erreichung eines allgemeinen Friedens. Der Kadett W. D. Nabokow, damals Geschäftsführer der Regierung, schildert, wie Zereteli die Minister für seinen Vorschlag zu gewinnen suchte:

«Er führte aus, daß, wenn die Provisorische Regierung eine solche Deklaration veröffentlichte, ein beispielloser Aufschwung in der Stimmung der Armee eintreten müsse; er und seine Gesinnungsfreunde könnten dann mit vollem Vertrauen und unzweifelhaftem Erfolge daran gehen, die Armee um die

Provisorische Regierung zu scharen, die sofort eine gewaltige moralische Kraft gewinnen werde. „Sprechen Sie in diesem Sinne — sagte er — und alle werden Ihnen wie ein Mann folgen“<sup>1</sup>.»

Zereteli empfahl also der Bourgeoisie unverblümt, die Erklärung zu veröffentlichen, um die Massen zu beschwichtigen. Wie Nabokow in seinen Erinnerungen mitteilt, begann Zereteli, als er merkte, daß Miljukow schwankte, leidenschaftlich auf ihn einzureden:

«Zereteli bestand auf seinem Vorschlag. Dabei machte es einen etwas komischen Eindruck, daß er immer wieder versicherte, wenn nur der Grundgedanke der Direktive angenommen würde, werde Miljukow schon die feinen diplomatischen Methoden finden, mit deren Hilfe diese Direktive durchzuführen sei“<sup>2</sup>.»

Die Provisorische Regierung gab den Argumenten der «Kontaktkommission» nach. Am 28. März wurde eine Erklärung mit folgendem Hauptinhalt veröffentlicht:

«Indem die Provisorische Regierung dem Volkswillen in enger Übereinstimmung mit unseren Verbündeten alle mit dem Weltkrieg und seiner Beendigung verbundenen Fragen zur endgültigen Entscheidung überläßt, hält sie es für ihr Recht und ihre Pflicht, schon jetzt zu erklären, daß das Ziel des freien Rußland nicht die Herrschaft über andere Völker ist, nicht die Aneignung ihrer nationalen Besitztümer, nicht die gewaltsame Eroberung fremder Gebiete, sondern die Aufrichtung eines dauerhaften Friedens auf Grund der Selbstbestimmung der Völker“<sup>3</sup>.»

Die Provisorische Regierung machte sich den Rat der «Kontaktkommission» zu eigen und übernahm in ihren Aufruf buchstäblich die Worte der Deklaration des Sowjets vom 14. März. Aber nachdem die Regierung den Forderungen der kleinbürgerlichen Führer des Sowjets ihren Tribut entrichtet hatte, fügte sie hinzu:

«Das russische Volk wird nicht zulassen, daß sein Vaterland aus dem großen Kampf gedemütigt und in seinen Lebenskräften gebrochen hervorgeht. Diese Grundsätze liegen der Außenpolitik der Provisorischen Regierung zugrunde, die unerschütterlich den Volkswillen durchführt und die Rechte unseres Vaterlandes schützt, bei gleichzeitig restloser Einhaltung der gegenüber unsern Verbündeten übernommenen Verpflichtungen“<sup>4</sup>.»

Den imperialistischen Charakter ihrer Politik maskierte die Regierung nach dem Rat der Menschewiki geschickt durch «demokratische» Losungen.

Die Massen, die die Revolution vollbrachten und sich *gegen* das imperialistische Gemetzel, gegen seine Anstifter und Urheber erhoben hatten, wurden durch die Sozialrevolutionäre und Menschewiki aufs neue in den Krieg hineingezogen. Der räuberische Krieg für die Interessen der Kapitalisten wurde mit der Verteidigung der Revolution, der Verteidigung des revolutionären Vaterlandes gerechtfertigt. Lenin schrieb in der Broschüre «Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution»:

«Die wichtigste, die auffallendste Erscheinung der kleinbürgerlichen Welle, die ‚fast alles‘ überschwemmt hat, ist unzweifelhaft das *revolutionäre Oberonzentrum* (Vaterlandsverteidigung). Es ist der schlimmste Feind der weiteren Entwicklung und des Erfolges der russischen Revolution<sup>1</sup>».

Die Partei der Bolschewiki unterschied scharf zwischen der Ideologie der revolutionären Vaterlandsverteidigung bei den *Massen* und der Vaterlandsverteidigung, wie sie die kleinbürgerlichen *Führer* vertraten. Die Vaterlandsverteidigung der kleinbürgerlichen Führer erklärte sich nicht durch Verirrung, sondern durch die Klassenbeziehungen und -traditionen, durch die Klassenstellung jener sozialen Gruppen, deren Interessen sie zum Ausdruck brachten. Ganz andere Wurzeln hatte die Vaterlandsverteidigung der Massen. Die Proletarier und die armen Bauern waren nicht an der Eroberung fremder Gebiete, an der Vergewaltigung und Ausplünderung anderer Völker interessiert. Die Vaterlandsverteidigung der Massen war ein Ergebnis des direkten Betruges, den die Bourgeoisie und ihre Lakaien an ihnen verübten. Die Bourgeoisie und besonders die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki suchten den revolutionären Stolz der Massen, die eine Umwälzung vollbracht hatten, die überschwengliche und freudige Trunkenheit des «Revolutionsfrühlings» auszuschlachten. In Millionen Zeitungen, in Versammlungen, im Theater und Kino wurden die Dinge so hingestellt, als habe sich der Charakter des Krieges geändert, nachdem die bürgerliche Provisorische Regierung an die Stelle des Zaren getreten war. Früher — so hieß es — war der Krieg ein Raubkrieg und geführt hat ihn der Zar, jetzt aber ist der Zar gestürzt, wir haben eine Revolution — also muß das Land verteidigt werden. Die breiten Massen der Arbeiter und der Dorfarmut durchschauten diesen Betrug nicht sogleich und verfielen sich so zeitweilig in den Netzen der Bourgeoisie.

Es war notwendig, die betrogenen Soldaten und Arbeiter über ihre Verirrung aufzuklären, ihnen zu zeigen, daß die Bourgeoisie

nicht im Interesse der Revolution für die Fortsetzung des Krieges eintrat, sondern um ihrer Gewinne, um der Verteidigung ihrer Profite willen. Man mußte sie darüber aufklären, daß der Charakter eines Krieges von der Klasse abhängt, die ihn führt, daß der Krieg die unvermeidliche Fortsetzung der Politik der herrschenden Klasse ist. Es handelte sich um Millionen, um Dutzende Millionen Menschen. Es galt, gewaltige Massen von Arbeitern und armen Bauern dem Einfluß der Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Parteien zu entreißen. Es galt, das eigennützige Ziel der lärmenden und schillernden Phrasen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki von der Revolution, der Verteidigung «des freien Rußland» und «den großen Errungenschaften der Demokratie» zu entlarven. Dieser schwere Kampf gegen die soziale Demagogie der Bourgeoisie lag in seiner ganzen Schwere einzig auf der Partei der Bolschewiki.

Aber dieser ungemein verantwortungsvolle Kampf hatte seine Besonderheiten. Man durfte vor die irreführten Massen nicht einfach mit der bloßen Losung treten: «Nieder mit dem Krieg!» Eine derartige Aufforderung nahm die Hörer oft von vornherein gegen den betreffenden Agitator ein, so daß seine Ausführungen nur Schaden anrichteten.

«Die Losung ‚Nieder mit dem Krieg!‘ ist natürlich richtig — schrieb Lenin — aber sie wird der Eigenart der Aufgaben des Moments, der Notwendigkeit, an die breite Masse *auf andere Weise heranzutreten*, nicht gerecht. Meines Erachtens erinnert sie an die Losung ‚Nieder mit dem Zaren!‘, mit der der ungeschickte Agitator der ‚guten alten Zeit‘ ohne viel Federlesens aufs Land hinausging und — Prügel einsteckte<sup>1</sup>».

Die Bolschewiki kämpften unter der Führung Lenins entschlossen und hingebungsvoll gegen die gigantische kleinbürgerliche Welle, die zeitweilig die Massen überschwemmt hatte.





### Drittes Kapitel Die Ankunft Lenins

#### 1.

#### Auf der Suche nach einem Weg in das revolutionäre Rußland

Die Februarrevolution fand Lenin in der Schweiz. Gleich bei den ersten Nachrichten vom Umsturz beschloß der Führer der Partei, unverzüglich dorthin zu fahren, wo endlich die Flamme aufloderte, die er unermüdlich sein ganzes Leben lang anfachte. Lenin sah besser als irgend jemand anderer voraus, welche Perspektiven sich der russischen Revolution eröffneten und welchen Gefahren sie entgegenging. Aus der Erfahrung vieler Jahre des Kampfes wußte er, daß die gefährlichsten Feinde der Revolution ihre angeblichen Freunde sein würden, die Schwätzer des kleinbürgerlichen Sumpfes, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die schon mehr als einmal die Interessen der Arbeiterklasse verraten hatten.

«... nicht das geringste Vertrauen, nicht die geringste Unterstützung der neuen Regierung (nicht das geringste Vertrauen für Kerenski, Gwosdew, Tschchenkeli, Tschcheidse und Co.) und *bewaffnetes Abwarten, bewaffnete Vorbereitung einer breiteren Basis für eine höhere Etappe*»,

schrieb Lenin wenige Tage nach dem Beginn der Februarrevolution aus der Schweiz in seiner Antwort auf eine Anfrage der Petrograder Bolschewiki.

In diesen wenigen Worten war ein ganzes Aktionsprogramm umrissen. Allein die Anweisungen «aus der Ferne» genügten nicht. Er mußte selbst dort sein, wo das Feuer der Revolution emporflammte, zu dessen Löschung von allen Seiten der Welt die scheinsozialistischen Feuerwehrrkommandos den russischen Menschewiki zu Hilfe eilten.

Aber wie sollte er in das revolutionäre Rußland gelangen? England und Frankreich, die alle Verkehrswege beherrschten, ließen keine Bolschewiki, am wenigsten Lenin nach Petrograd durch. Sie kannten gut Lenins Stellung zu dem Raubkrieg. Die Kapitalisten verstanden ausgezeichnet, was für «Verluste» ihnen die Bolschewiki zufügen konnten, wenn sie das räuberische imperialistische Gemetzel entlarvten.

Es war klar, daß die bolschewistische Partei und das russische Proletariat eine richtige Stellung einnehmen und die erforderlichen Lösungen finden würden. Aber die Ankunft Lenins mußte diese Entwicklung beschleunigen. Die Bourgeoisie in Rußland wie im Ausland handelte in diesem Fall genau so, wie ihre Vorgänger in der Epoche der Pariser Kommune. Auf die Forderung der Pariser Kommunarden, den berühmten Revolutionär Blanqui gegen einen ganzen Haufen von Pfaffen und Erzbischöfen, die in Paris stecken geblieben waren, auszutauschen, antworteten die Versailler Henker der Kommune: «Den Kommunarden Blanqui geben bedeutet, ihnen eine ganze Armee schicken».

Man wollte Lenin nicht nach Rußland lassen.

Er überlegte alle Mittel. Sich an die Provisorische Regierung um Hilfe zu wenden, war völlig aussichtslos. Der Außenminister der Provisorischen Regierung, Miljukow, sandte an alle russischen Botschaften und Gesandtschaften ein Rundtelegramm:

«Für den Fall, daß irgendwelche Zweifel über die Persönlichkeit von politischen Emigranten auftauchen sollten, die auf Grund der Amnestieverordnung nach Rußland zurückzukehren wünschen, wollen Sie bitte bei der Ihnen anvertrauten Auslandsstelle des Ministeriums ein Komitee aus Vertretern der politischen Emigranten bilden, um alle etwa entstehenden Zweifel in dieser Frage zu klären!»

Dieses Zirkular Miljukows wurde bestätigt durch ein an die gleichen Adressen versandtes Telegramm des Ministeriums für Auswärtigē Angelegenheiten, in dem es hieß:

«Bei der Ausstellung von Pässen für Emigranten können Sie sich von einer Bezeugung ihrer Zuverlässigkeit hinsichtlich des



Krieges durch andere würdige Emigranten oder Komitees leiten lassen, die auf Grundlage unseres Telegramms zu bilden sind!»

Es gab wohl kaum einen «würdigen» Emigranten, der Lenins «Zuverlässigkeit hinsichtlich des Krieges» in dem Sinne bezeugen konnte, wie das von der Provisorischen Regierung aufgefaßt wurde. Die Stellungnahme Lenins zum Kriege war allen bekannt. Man mußte einen andern Weg suchen, auf dem es möglich war, nach Rußland zu gelangen. N. K. Krupskaja teilt über die Pläne Lenins mit:

«Lenin rastete nicht. Er bat Bronski, zu erkunden, ob man nicht auf irgendeine Weise mit Hilfe eines *Schmugglers* über Deutschland nach Rußland kommen könne. Es stellte sich bald heraus, daß ihn der Schmuggler nur bis Berlin bringen konnte. Außerdem stand der Schmuggler in irgendeiner Verbindung mit Parvus; mit Parvus aber, der sich am Kriege bereichert und sich in einen Sozialchauvinisten verwandelt hatte, wollte Lenin keinesfalls etwas zu tun haben.

Man mußte einen andern Weg suchen... Lenin schloß ganze Nächte hindurch kein Auge. Eines Nachts sagte er: ‚Weißt du, ich könnte mit dem Paß eines stummen Schweden fahren‘. Ich mußte lachen: ‚Das geht nicht, du könntest im Schlaf sprechen. Eines Nachts träumst du von den Kadetten, dann wirst du mitten im Schlaf rufen: Lumpenpack, Lumpenpack. Dann wird man erkennen, daß du kein Schwede bist‘.»

Lenin blieb nur ein Weg übrig: über Deutschland zu fahren und dazu der russischen Regierung vorzuschlagen, die russischen Emigranten gegen deutsche Kriegsgefangene auszutauschen. An und für sich war dieser Weg schon einmal beschritten worden. Während des Krieges war M. Kowalewski, ein berühmter bürgerlicher Liberaler, über Deutschland gefahren; bei seiner Ankunft in Petrograd wurde er von Miljukow persönlich, der damals erst noch davon träumte, Minister zu werden, feierlich am Bahnhof empfangen. In seiner Begrüßungsrede hatte Miljukow mit keinem Wort erwähnt, daß die Reise über Deutschland Hochverrat sei. Derselbe Miljukow — jetzt Minister der Provisorischen Regierung — bereitete Lenin einen ganz anderen Empfang.

Der Gedanke, über Deutschland zu reisen, stammte keineswegs von Lenin. Mit diesem Plan trat vielmehr der bekannte Menschewik Martow hervor, nachdem es feststand, daß die englische Regierung keinem Gegner des Krieges die Reise nach Rußland gestatten würde.

Der Martowsche Plan wurde auf einer Beratung von Vertretern der Sozialrevolutionäre, der Bundisten und der Menschewiki gebilligt. Nach Rußland wurden Telegramme mit der Forderung geschickt, die Durchreise von Emigranten im Austausch gegen deutsche und österreichische Kriegsgefangene durchzusetzen. Zwei Wochen warteten die Emigranten vergeblich auf eine Antwort: offensichtlich legte die Provisorische Regierung die Telegramme in die Schreibtischlade. Die englische und die russische Regierung handelten einmütig.

Erst daraufhin beschloß Lenin, den von Martow vorgeschlagenen Plan, die Reise der Bolschewiki über Deutschland zu organisieren, in die Wirklichkeit umzusetzen. Da Lenin das wütende Gekläff voraussah, das die «Vaterlandsverteidiger» und die Bourgeoisie aus diesem Anlaß anstimmen würden, legte er größten Wert auf die dokumentarische Festlegung jeder einzelnen Maßnahme zur Vorbereitung der Durchreise. Er sammelte sorgfältig alles Beweismaterial, das den Widerstand der Provisorischen Regierung gegen die Einreise der Bolschewiki entlarvte. Lenin nahm seine Abreise aus der Schweiz in Uebereinstimmung mit einer Anzahl Internationalisten vor, die bei dieser Gelegenheit die folgende Erklärung abgegeben haben:

«Die Unterzeichneten haben von den Schwierigkeiten Kenntnis genommen, die von den Regierungen der Entente der Abreise der russischen Internationalisten gemacht werden, und von den Bedingungen, die von der deutschen Regierung für deren Durchreise durch Deutschland angenommen wurden; sie geben sich vollkommen Rechenschaft darüber, daß die deutsche Regierung der Durchreise der russischen Internationalisten nur in der Hoffnung zustimme, dadurch in Rußland die Bestrebungen gegen den Krieg zu verstärken; und sie erklären:

daß die russischen Internationalisten, die während des ganzen Krieges unaufhörlich mit all ihrer Kraft gegen alle Imperialismen und besonders gegen den deutschen Imperialismus gekämpft haben, nach Rußland nur zurückkehren wollen, um für die Revolution zu arbeiten; daß sie durch diese Aktion dem Proletariat aller Länder, besonders dem Deutschlands und Oesterreichs, helfen werden, seinen revolutionären Kampf gegen seine Regierung zu beginnen, und daß hierfür das durch den heldenmütigen Kampf des russischen Proletariats gegebene Beispiel der beste und stärkste Anreiz ist, und daß aus allen diesen Gründen die unterzeichneten Internationalisten der Schweiz, Frankreichs, Deutschlands, Polens, Schwedens und Norwegens finden, ihre russischen Genossen hätten nicht nur das Recht, sondern die

Pflicht, die ihnen gebotene Möglichkeit der Rückkehr nach Rußland zu benutzen<sup>1</sup>.»

Auf Vorschlag Lenins traf der Sekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Fritz Platten, ein Abkommen mit den deutschen Vertretern, wonach:

1. die Durchreise allen Emigranten, unabhängig von ihrer Stellung zum Kriege, gewährt wird;
2. der Waggon mit den Emigranten keiner Untersuchung, Kontrolle oder Ueberprüfung unterworfen wird;
3. die Emigranten sich verpflichteten, nach ihrer Ankunft in Rußland den Austausch von deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen für die durchgelassenen Emigranten zu fordern.

Mit einer Gruppe anderer Emigranten fuhr Lenin am 26. März, begleitet von Fritz Platten, der die Reise über Deutschland organisiert hatte, aus der Schweiz nach Stockholm und von dort über Finnland nach Petrograd.

Lenin und die ihn begleitenden Bolschewiki fuhren durch Deutschland in einem besonderen Waggon, wobei die deutschen Behörden nach den Durchreisebedingungen nur durch die Vermittlung Plattens mit den Durchreisenden verkehren durften: daraus entstand später die Legende vom «plombierten Waggon»; in dem die Bolschewiki durch Deutschland gefahren sein sollten.

Die deutschen Chauvinisten versuchten während der Reise Gespräche mit Lenin anzuknüpfen, aber dieser lehnte kategorisch eine Begegnung mit ihnen ab.

Insgesamt fuhren aus der Schweiz 32 Emigranten ab, davon 19 Bolschewiki, 6 Bundisten und 7 Angehörige verschiedener anderer Parteien und Gruppen. Interessant ist, daß die in der Schweiz verbliebenen Emigranten, die es abgelehnt hatten, mit Lenin zu fahren, schon am 30. April beschlossen, auf dem gleichen Wege nach Rußland zu fahren, denn es war unmöglich, auf andere Weise nach Rußland zu gelangen. Unter diesen Emigranten befand sich kein einziger Bolschewik.

## 2.

### Lenin in Petrograd

Die Ententeimperialisten verfolgten aufmerksam jeden Schritt Lenins. Am 3. April, dem Tage seines Eintreffens in Petrograd, sandte die englische Botschaft dem russischen Außenministerium eine Zuschrift mit einer Charakteristik Lenins.

«Lenin — so hieß es in dieser Zuschrift — ist ein guter Organisator und ein äußerst gefährlicher Mensch, *höchst wahrscheinlich* wird er zahlreiche Anhänger in Petrograd haben<sup>1</sup>.»

Am gleichen Tage erhielt das Außenministerium auch vom französischen Botschafter eine Zuschrift, in der gleichfalls von Lenins Durchreise durch Deutschland die Rede war.

Der Gehilfe des Außenministers, A. Neratow, machte auf diesen Schriftstücken folgende Notiz:

«Alle Mitteilungen aus dritten Quellen müssen schon morgen in den Zeitungen erscheinen, ohne daß die Quellen angegeben werden, besonders zu betonen ist das Wohlwollen der deutschen Regierung gegenüber Lenin usw.<sup>2</sup>»

So begann man, einen Knäuel von Lügen und Verleumdungen um die Reise Lenins nach Rußland zu ballen. Die Furcht, daß dieser «gute Organisator zahlreiche Anhänger in Petrograd haben wird», bewog die Ententeimperialisten, ihre Hetze gegen Lenin zu entfalten. Sie bezichtigten ihn beinahe des Hochverrats zugunsten Deutschlands. Die ganze Bourgeoispresse und die Presse der «Vaterlandsverteidiger» griff diese von der Provisorischen Regierung angezettelte Hetze auf. So schrieb z. B. das Kadettenblatt «Rjtsch» am 5. April 1917:

«Der Bürger Lenin und seine Genossen, die es mit der Fahrt nach Rußland so eilig hatten, hätten sich, bevor sie den Weg über Deutschland wählten, die Frage vorlegen müssen, warum ihnen die deutsche Regierung so rasch und so bereitwillig diesen beispiellosen Dienst erwies, warum sie es für möglich erachtete, Bürgern eines feindlichen Landes, die sich in dieses Land begaben, die Durchreise durch ihr Territorium zu gestatten. Die Antwort darauf war ohne weiteres klar. Die deutsche Regierung hofft, daß das möglichst rasche Eintreffen des Bürgers Lenin und seiner Genossen nützlich für die deutschen Interessen sein wird, sie glaubt an die Deutschfreundlichkeit des Führers der Bolschewiki. Die bloße Möglichkeit einer solchen Antwort mußte nach unserer Meinung genügen, damit kein einziger verantwortlicher Politiker, der im Namen des Volkswohls nach Rußland fahren wollte, von dieser eigentümlichen Liebenswürdigkeit Gebrauch mache... Wir glauben... daß für einen russischen Politiker, welche Ansichten er auch vertreten mag, der Weg zum Herzen und Gewissen der Volksmassen in Rußland nicht über Deutschland führt<sup>3</sup>.»

Die Sozialrevolutionäre blieben nicht hinter den Kadetten zurück. Ihr Parteiführer W. Tschernow schrieb am 16. April in der Zeitung «Djelo Naroda» über Lenin wörtlich das gleiche wie die Kadetten:

«Er hat sich überhaupt keine Gedanken darüber gemacht, daß auch von seinem Standpunkt eine Zustimmung Englands zu seiner Reise schon deshalb besser gewesen wäre, weil sie durch den Druck der russischen Revolution *erzwungen* gewesen wäre, während die Zustimmung Deutschlands ihrer Motive wegen verdächtig sein kann<sup>1</sup>.»

Sie alle — von den englischen Imperialisten bis zu den russischen Sozialrevolutionären und Menschewiki — verleumdeten Lenin nach ein und demselben Rezept und suchten die rückständige Masse gegen ihn aufzuhetzen, indem sie andeuteten, der Führer der Bolschewiki betreibe zugunsten Deutschlands Spionage.

Das Proletariat und die bäuerlichen Soldatenmassen schenkten jedoch dieser niederträchtigen Verleumdung keinen Glauben. Am 3. April, dem Tag der Ankunft Lenins, wandte sich die 3. Kompagnie des Finnländischen Regiments in einer Protestresolution gegen die Verleumdungen der Bourgeoisie und ihrer Handlanger aus dem kleinbürgerlichen Lager:

«Wir halten die Reise durch Deutschland für den einzigen gefahrlosen Weg nach Rußland und fordern daher, daß die Provisorische Regierung unverzüglich ein Abkommen mit der deutschen Regierung über den Austausch unserer Emigranten gegen deutsche Kriegsgefangene trifft<sup>2</sup>.»

Die Petrograder Arbeiter empfingen ihren geliebten Führer mit triumphierender Freude. Aus allen Teilen der Stadt marschierten gewaltige Demonstrationzüge zum Finnischen Bahnhof. Die Kampfgefährten Lenins, die Kämpfer der bolschewistischen Partei, kamen, um den zu begrüßen, der die heroische Partei geschaffen, organisiert und großgezogen hatte. Die revolutionären Soldaten und Matrosen kamen, um Richtlinien zu empfangen, begierig erwarteten sie seine Kampflosungen. Die Arbeiter, die Arbeiterinnen, die Matrosen, die Soldaten, die Parteiorganisationen, die ersten Abteilungen der Roten Garde zogen zum Empfang des Führers der Revolution. Die Straßen waren von Arbeiterkolonnen überflutet, auf deren Fahnen die Worte standen: «Wir grüßen Lenin». Eine riesige Menge füllte den Platz am Finnischen Bahnhof.

Auch die Menschewiki kamen, um Lenin zu empfangen. Die menschewistischen Führer kamen, um Wladimir Iljitsch vom Kampf

für die bolschewistische Linie abzuraten, sie kamen, um ihn von den Massen zu trennen. Einer der bekanntesten Menschewiki, Tschcheidse, hielt Lenin eine ganze Standpauke darüber, wie man sich in der Revolution zu verhalten habe.

Der Menschewik Suchanow, ein Spießgeselle Tschcheidses im Verrat am Proletariat und im Kampf gegen die bolschewistische Partei, war zugegen, als der menschewistische Schulmeister Tschcheidse auf Lenin einredete, er solle auf die Revolution verzichten.

«An der Spitze eines kleinen Häufleins Menschen, hinter denen sich sofort die Tür schloß, ging, oder vielmehr rannte Lenin, in einem runden Hut, mit verfrorenen Gesichtszügen, einen prächtigen Blumenstrauß in der Hand, in das sogenannte ‚Zarenzimmer‘. In der Mitte des Zimmers machte er vor Tschcheidse halt, als ob er auf ein völlig unerwartetes Hindernis gestoßen sei. Und da hielt Tschcheidse, ohne sein finsternes Aussehen zu verändern, folgende ‚Begrüßungsansprache‘, die nicht nur den Geist, nicht nur die Ausdrucksweise, sondern auch den Ton einer Moralpredigt genau innehielt:

‚Genosse Lenin, im Namen des Petersburger Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und der gesamten Revolution begrüßen wir Sie in Rußland... Wir glauben jedoch, daß die Hauptaufgabe der revolutionären Demokratie gegenwärtig die Verteidigung unserer Revolution gegen alle Anschläge von innen wie außen ist. Wir glauben, daß zu diesem Zweck nicht die Trennung, sondern der Zusammenschluß der Reihen der gesamten Demokratie notwendig ist. Wir hoffen, daß Sie gemeinsam mit uns für diese Ziele wirken werden...‘ Tschcheidse schwieg. Ich war bestürzt vor Ueberraschung. Wie soll man sich eigentlich zu dieser ‚Begrüßung‘ und zu diesem herrlichen ‚jedoch‘ verhalten?... Aber Lenin wußte offenbar sehr gut, wie er sich zu alledem verhalten sollte. Er stand mit einer Miene da, als berührte ihn alles, was vorging, nicht im geringsten, er blickte zur Seite, betrachtete die Umstehenden und sogar die Decke des ‚Zarenzimmers‘... Dann hielt er, sich schon völlig von der Delegation des Exekutivkomitees abwendend, folgende ‚Antwortrede‘:

‚Teure Genossen, Soldaten, Matrosen und Arbeiter! Ich bin glücklich, in eurer Person die siegreiche russische Revolution zu begrüßen, euch als die Vortruppe der proletarischen Weltarmee zu begrüßen... Der imperialistische Raubkrieg ist der Beginn des Bürgerkrieges in ganz Europa... Die Stunde ist nicht mehr

fern, wo die Völker, dem Rufe unseres Genossen Karl Liebknecht folgend, die Waffen gegen ihre Ausbeuter, die Kapitalisten kehren werden... Die Morgenröte der sozialistischen Weltrevolution ist schon angebrochen... In Deutschland brodeln alles... Heute oder morgen, jeden Tag kann der Zusammenbruch des ganzen europäischen Imperialismus erfolgen. Die russische Revolution, die ihr vollbracht habt, ist der Anfang dazu und hat eine neue Epoche eröffnet. Es lebe die sozialistische Weltrevolution!<sup>14</sup>»

Nachdem er den menschowistischen Schulmeistern so die kalte Schulter gezeigt, erschien Lenin auf der Freitreppe des Bahnhofs. Der Platz geriet in Bewegung. Ein tausendstimmiges Hurra empfing den Führer. Man half Lenin, ein Panzerauto zu besteigen. Das Licht der Scheinwerfer fiel auf Wladimir Iljitsch. Ein klein wenig auf der Stelle tretend, als wolle er die Festigkeit des Panzerwagens erproben, schleuderte Lenin in die stillgewordene Menge seinen Aufruf zur sozialistischen Weltrevolution. Die Rede Lenins hob die Revolution mit einem Schlag auf eine neue Stufe.

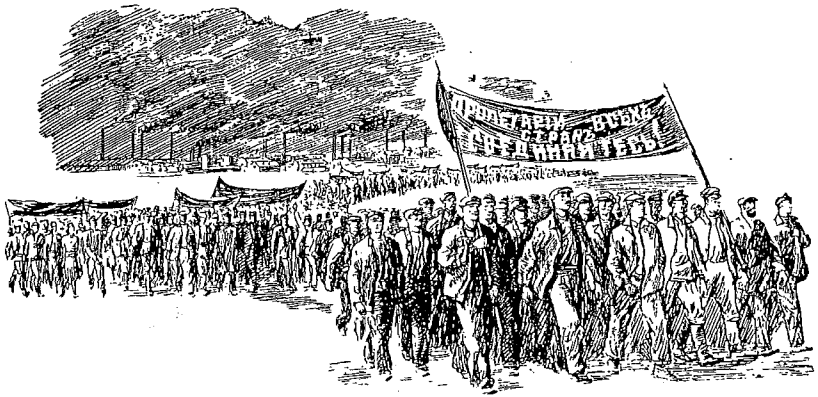
Die Revolution bedurfte eines Kopfes von überragender Geistesstärke, der sich in dem so verwickelten Gewirr von Widersprüchen rasch zurechtzufinden und den Massen unfehlbar ihr nächstes Ziel zu weisen vermochte.

Es bedurfte einer unvergleichlichen Willenskraft, um die Massen auf der richtigen Bahn zu diesem Ziel zu führen.

Ein solcher Gigant des Geistes und des Willens, der in sich die Erfahrung des revolutionären Kampfes der Werktätigen aller Länder aufgenommen hatte und auf der Höhe der wissenschaftlichen Erkenntnis der Aufgaben des Proletariats stand, war Wladimir Iljitsch Lenin. Der Führer der Revolution nahm seinen Kampfposten ein.







#### Viertes Kapitel

### Die Aprilkonferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki)

In Rußland angekommen, stürzte sich Lenin mit seiner ganzen Energie in die revolutionäre Arbeit. Am Vormittag des 4. April verlas er auf der Beratung der führenden bolschewistischen Parteiarbeiter die Thesen «Ueber die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution», dann verlas er seine Thesen auf der Versammlung der Delegierten — Bolschewiki und Menschewiki — die zur Allrussischen Konferenz der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten Ende März 1917 eingetroffen waren.

In den Thesen, die unter dem Namen «Aprilthesen» in die Geschichte eingegangen sind, faßte Lenin die Kampferfahrung der Partei zusammen und entwarf ein klares Programm für ihre Tätigkeit in der neuen Etappe. Die «Aprilthesen» Lenins haben ein neues Blatt in der Geschichte des revolutionären Kampfes der bolschewistischen Partei aufgeschlagen. Nicht in dem Sinne neu, daß sie einen Bruch mit der alten Theorie und Praxis des Bolschewismus bedeutet hätten, sondern ihre Neuheit bestand darin, daß die Thesen ein erschöpfendes Programm für die Aktionen der proletarischen Partei in der durch die bürgerlich-demokratische Februarrevolution geschaffenen Uebergangsetappe enthielten.

Der Sturz des Zarismus veränderte die Bedingungen, unter denen die Bolschewiki zu arbeiten hatten.

«Das war ein gewaltiger Umschwung in der Geschichte Rußlands und eine noch nie dagewesene Wendung in der Geschichte unserer Partei — schrieb Stalin über den Sieg der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution. — ... Es bedurfte einer Neuorientierung der Partei unter den neuen Kampfbedingungen<sup>1</sup>.»

Die bolschewistische Partei war eben erst aus der Illegalität hervorgetreten. Viele Mitglieder der bolschewistischen Partei kehrten aus der fernen Verbannung zurück. Hunderte und tausende Bolschewiki eilten aus Narym, aus dem Turuchansker Gebiet, aus dem Jakuten-Gebiet, aus den verstreuten Dörfern und Siedlungen des hohen Nordens nach Petrograd, Moskau und den übrigen Industriezentren. Die Eisenbahnen waren durch militärische Transporte verstopft und außerstande, die Verbannten rasch zurückzubefördern. In den Komitees, die für die Heimkehr aus der Verbannung tätig waren, den sogenannten «Hilfskomitees für die Amnestierten», saßen Bolschewiki und Sozialrevolutionäre, die die Abfahrt der bolschewistischen Verbannten hemmten. Die Bolschewiki waren über das Riesengebiet des Landes, von Petrograd bis Wladiwostok, von Archangelsk bis zum Kaukasus verstreut.

Aber die Partei der Bolschewiki war geistig und organisatorisch zusammengeschmiedet durch ihren langen und erfolgreichen Kampf gegen alle Spielarten des Menschewismus und der Sozialrevolutionäre, durch ihren ununterbrochenen Kampf gegen opportunistische Schwankungen und Abweichungen von der Linie Lenins. Die Partei der Bolschewiki trat in die neue Etappe mit dem Leninschen Plan des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische, einem Plan, der schon 1905 ausgearbeitet wurde. Die Bolschewiki schritten der neuen Etappe entgegen, gestützt auf die Lehre Lenins von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem einzelnen Land. Die Bolschewiki waren bewaffnet mit der Leninschen Theorie *des Imperialismus als der jüngsten Etappe des Kapitalismus*. Sie hatten den räuberischen Eroberungscharakter des imperialistischen Krieges aufgedeckt. Durch die ganze Geschichte der Revolution war die Partei der Bolschewiki zur «Neuorientierung unter den neuen Kampfbedingungen» vorbereitet.

Die Partei blieb nicht beim Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution stehen. Die Bolschewiki riefen das Proletariat zur Fortsetzung der Revolution auf. Die Bolschewiki traten gegen den imperialistischen Krieg auf, der seinen Raubcharakter durch den Ueber-

gang der Macht in die Hände der bürgerlichen Provisorischen Regierung nicht verloren hatte. Die Bolschewiki enthüllten die Klassennatur der Provisorischen Regierung und forderten das Proletariat auf, die Sowjets als Organe der revolutionären Macht zu festigen und weiterzuentwickeln.

Stalin schrieb zwei Tage nach seiner Rückkehr aus der Verbannung, am 14. März, in der «Prawda»:

«Die Sowjets... festigen, allorts Sowjets schaffen, sie miteinander verbinden, mit einem Zentralen Sowjet der Arbeiter- und Bauerndeputierten als Organ der revolutionären Volksmacht an der Spitze...»<sup>1</sup>

Aber die gesamte Erfahrung der Partei mußte zusammengefaßt, die neuen Aufgaben unter den neuen Verhältnissen mußten formuliert werden. Das tat Lenin in seinen Aprilthesen.

«Es bedurfte der berühmten ‚Aprilthesen‘ Lenins, damit die Partei mit einem Ruck den neuen Weg beschreiten konnte»<sup>2</sup>, schrieb Stalin über Lenins Thesen.

## Die Thesen Lenins

1. In unserer Stellung zum Krieg, der seitens Rußlands auch unter der neuen Regierung Lwow und Co., kraft des kapitalistischen Charakters dieser Regierung, unbedingt ein imperialistischer Raubkrieg bleibt, sind auch die kleinsten Zugeständnisse an die «revolutionäre Vaterlandsverteidigung» unzulässig.

Einem revolutionären Krieg, der die revolutionäre Vaterlandsverteidigung wirklich rechtfertigen würde, kann das klassenbewußte Proletariat seine Zustimmung nur geben unter der Bedingung: a) des Uebergangs der Macht in die Hände des Proletariats und der sich ihm anschließenden armen Teile der Bauernschaft; b) des Verzichts auf alle Annexionen in der Tat und nicht nur in Worten; c) des tatsächlichen und völligen Bruchs mit allen Interessen des Kapitals.

Die breiten Schichten der Anhänger der revolutionären Vaterlandsverteidigung in den Massen, die es zweifellos ehrlich meinen und den Krieg nur als eine Notwendigkeit gelten lassen, nicht aber weil sie Eroberungen wollen, die jedoch von der Bourgeoisie betrogen werden, muß man besonders gründlich, beharrlich und geduldig über ihren Fehler aufklären: man muß ihnen den untrennbaren Zusammenhang zwischen dem Kapital und dem imperialistischen Krieg klarmachen, man muß ihnen beweisen, daß die Beendigung des Krie-

ges durch einen wahrhaft demokratischen Frieden, nicht durch einen Gewaltfrieden, ohne den Sturz des Kapitals *unmöglich* ist.

Organisierung der breitesten Propaganda für diese Auffassung unter den Fronttruppen.

Verbrüderung.

2. Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland besteht in dem *Uebergang* von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins und der mangelhaften Organisiertheit des Proletariats die Bourgeoisie an die Macht brachte, zu ihrer *zweiten* Etappe, die die Macht in die Hände des Proletariats und der armen Schichten der Bauernschaft legen muß.

Dieser Uebergang wird charakterisiert einerseits durch ein Höchstmaß von Legalität (Rußland ist *zur Zeit* in der Welt das freieste von allen kriegführenden Ländern), andererseits durch das Fehlen einer Gewaltherrschaft über die Massen, und endlich durch die blinde Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber der Regierung der Kapitalisten, der ärgsten Feinde des Friedens und des Sozialismus.

Diese Eigenart fordert von uns die Fähigkeit, uns den *besonderen* Bedingungen der Partearbeit unter den unerhört breiten eben erst zum politischen Leben erwachten Massen des Proletariats anzupassen.

3. Keinerlei Unterstützung der Provisorischen Regierung, Aufdeckung der ganzen Verlogenheit aller ihrer Versprechungen, insbesondere der des Verzichts auf Annexionen, Entlarvung statt der unzulässigen, Illusionen weckenden «Forderung», *diese* Regierung, die Regierung der Kapitalisten, solle *aufhören*, imperialistisch zu sein.

4. Anerkennung der Tatsache, daß in der Mehrzahl der Arbeiterdeputierten sowjets unsere Partei in der Minderheit, vorläufig sogar in einer schwachen Minderheit ist gegenüber dem *Block aller* kleinbürgerlichen, opportunistischen, dem Einfluß der Bourgeoisie unterlegenen und diesen Einfluß im Proletariat zur Geltung bringenden Elemente, von den Volkssozialisten und Sozialrevolutionären bis zum Organisationskomitee (Tschcheidse, Zereteli usw., Steklow usw. usw.).

Aufklärung der Massen darüber, daß die Arbeiterdeputierten sowjets die *einzig mögliche* Form der Revolutionsregierung sind, und daß daher unsere Aufgabe, solange *diese* Regierung dem Einfluß der Bourgeoisie unterliegt, nur das geduldige, systematische, beharrliche, sich besonders den praktischen Bedürfnissen der Massen anpassende *Klarmachen* der Fehler ihrer Taktik sein kann.

Solange wir in der Minderheit sind, besteht unsere Arbeit in der Kritik und Aufdeckung der Fehler, wobei wir gleichzeitig den uner-

läßlichen Uebergang der gesamten Staatsgewalt auf die Arbeiterdeputiertensowjets propagieren, damit die Massen sich durch die Erfahrung von ihren Fehlern befreien.

5. Nicht die parlamentarische Republik — die Rückkehr von den Arbeiterdeputiertensowjets zu dieser wäre ein Schritt rückwärts —, sondern eine Republik von Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputiertensowjets im ganzen Land, von unten bis oben.

Abschaffung der Polizei, der Armee (d. h. Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Bewaffnung des Volkes), des Beamtentums.

Entlohnung aller Beamten, die durchwegs wählbar und jederzeit absetzbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters.

6. Im Agrarprogramm Verlegung des Schwergewichts auf die Landarbeiterdeputiertensowjets.

Beschlagnahme des gesamten Bodens der Gutsbesitzer.

Nationalisierung des *gesamten* Bodens im Lande, wobei über den Boden die örtlichen Landarbeiter- und Bauerndeputiertensowjets verfügen. Schaffung von besonderen Deputiertensowjets der armen Bauern. Errichtung einer Musterwirtschaft aus jedem großen Gut (im Umfang von etwa 100 bis 300 Desjatinen, je nach den örtlichen und sonstigen Verhältnissen und nach dem Ermessen der örtlichen Verwaltungsstellen) unter Kontrolle des Landarbeiterdeputiertensowjets und auf öffentliche Rechnung.

7. Sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer Nationalbank, die der Kontrolle des Arbeiterdeputiertensowjets untersteht.

8. Nicht «Einführung» des Sozialismus als unsere *unmittelbare* Aufgabe, sondern einstweilen nur sofortige Uebernahme der *Kontrolle* der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung der Erzeugnisse durch die Arbeitersowjets.

9. Aufgaben der Partei:

a) Sofortiger Parteitag;

b) Aenderung des Parteiprogramms, vor allem:

1. über den Imperialismus und den imperialistischen Krieg;
2. über die Stellung zum Staat und *unsere* Forderung eines «Kommunestaates» (d. h. eines Staates nach dem Vorbild der Pariser Kommune);
3. Berichtigung des überholten Minimalprogramms;

- c) Aenderung des Namens der Partei (statt «Sozialdemokratie», deren offizielle Führer in der *ganzen* Welt den Sozialismus verraten haben, indem sie zur Bourgeoisie übergegangen sind [die «Vaterlandsverteidiger» und die schwankenden «Kautskyaner»], müssen wir uns *Kommunistische Partei* nennen).

#### 10. Erneuerung der Internationale.

Initiative zur Schaffung einer revolutionären Internationale, einer Internationale gegen die *Sozialchauvinisten* und gegen das «Zentrum\*»<sup>1</sup>.

Das Auftreten Lenins wirkte auf die Menschewiki wie die Explosion einer Bombe. Plechanow nannte es eine «Traumphantasie», das Hirngespinnst eines Irren. «Lenin fordert zum Bürgerkrieg auf», keiften die entsetzten Menschewiki.

Zereteli sagte gegen Lenin:

«Wenn die Macht schon in den ersten Tagen erobert worden wäre, müßte die Revolution in nächster Zukunft mit einer gewaltigen Niederlage enden. Die Zerreißung der Verträge mit den Verbündeten würde unsere Zerschmetterung von außen herbeiführen. Und die finsterste Reaktion gegen den Sozialismus würde sich über Europa verbreiten, die Internationale wäre zertreten. ... Man darf sich nicht vom gesamten Volk und vom klassenbewußten Proletariat isolieren<sup>2</sup>.»

Auf der gleichen Beratung suchte Tschcheidse Lenin einzuschüchtern:

«Lenin wird allein außerhalb der Revolution bleiben, wir alle aber gehen unsern Weg weiter<sup>3</sup>.»

Auch bei einigen Bolschewiki, die über die Schwierigkeit des bevorstehenden Kampfes erschrocken waren, war eine Verwirrung zu beobachten. Aber die Partei als Ganzes blieb der Fahne ihres Führers treu, wie dies die Allrussische Konferenz der Bolschewiki zeigte.

Die Aprilkonferenz (es war die siebente) fand vom 24.—29. April in Petrograd statt. An ihr nahmen 133 Delegierte mit beschließender und 18 mit beratender Stimme teil, die ungefähr 80 000 Parteimitglieder vertraten.

---

\* Als «Zentrum» bezeichnet man in der internationalen Sozialdemokratie die Richtung, die zwischen den Chauvinisten (Vaterlandsverteidigern) und den Internationalisten schwankt: Kautsky u. Co in Deutschland, Longuet u. Co. in Frankreich, Tschcheidse u. Co. in Rußland, Turati u. Co. in Italien, MacDonald u. Co. in England usw.

Bis zur Februarrevolution von 1917 hatte die bolschewistische Partei in der Illegalität gearbeitet. Sie war eine verbotene Partei. Für die bloße Zugehörigkeit zu ihr drohte die Verhaftung und Verurteilung zu Zuchthaus. Alle ihre Konferenzen und Parteitage fanden geheim, größtenteils im Ausland statt. Die Aprilkonferenz war die erste legale Konferenz in der Geschichte der bolschewistischen Partei.

Aus dem ganzen Land trafen die Kampfgefährten Lenins ein. Die Genossen aus der fernen Verbannung und den Zuchthäusern kehrten zurück, Delegierte kamen aus den Industriezentren und den nationalen Randgebieten. Aus den Betrieben der Hauptstadt kamen die Führer und Organisatoren der jüngsten Barrikadenkämpfe. An den Arbeiten der Konferenz beteiligten sich: Lenin, Stalin, Molotow, St. Kossior, Krupskaja, Stassowa und Dzierzynski; von Moskau und seinem Gebiet: Semljatschka, Nogin, Skworzow-Stepanow, Smidowitsch u. a.; vom Donezbecken Woroschilow; von Samara Kuibyschew; vom Ural Swerdlow und viele andere bekannte Bolschewiki. Die Tatsache, daß die Vertreter von Organisationen, die von den leitenden Zentren abgeschnitten waren, eine gemeinsame Sprache fanden und Lenin einmütig unterstützten, zeigte noch einmal, daß der Zarismus den Willen der Partei nicht gebrochen, ihre Verbindungen mit den Massen nicht zerstört hatte, daß die Partei weiterbestand, daß sie organisatorisch und ideologisch gewachsen war.

An Bedeutung kommt die Allrussische Aprilkonferenz der Bolschewiki einem Parteitag im verantwortlichsten geschichtlichen Augenblick gleich. Wie Lenin bei der Eröffnung der Konferenz ausführte,

«versammelt sie sich... unter den Bedingungen nicht nur der russischen sondern auch der heranwachsenden internationalen Revolution!».

Die Delegierten aus den Bezirken schilderten, wie schnell die bolschewistische Partei gewachsen war und welche Riesenarbeit sie in den zwei Monaten der Revolution geleistet hatte.

In der Stadt Petrograd gab es während des Krieges etwa 2000 zahlende Parteimitglieder, vor der Aprilkonferenz waren es 16 000. In Kronstadt gab es früher nur eine kleine illegale Organisation, jetzt aber 3000 Bolschewiki, in Helsingfors ebenfalls 3000, in Wiborg 560. In Moskau gab es 7000 Bolschewiki, mit Einschluß des Gebietes 13 000, darunter allein in Iwanowo-Wosnessensk 3500. In Saratow mehr als 1500, in Samara 2700, in Kasan 400; im Ural war

illegal nur an neun Stellen gearbeitet worden, vor der Aprilkonferenz aber bestanden dort 43 Organisationen mit 16 000 Bolschewiki; in Lugansk gab es vor der Februarrevolution 100 Bolschewiki, jetzt 1500.

Außer der «Prawda» erschienen bereits mehrere andere bolschewistische Zeitungen. In Moskau wurde der «Sozialdemokrat» mit einer Auflage von 60 000 herausgegeben, im Ural die «Uralskaja Prawda» und der «Wperjod» (in Ufa), in Helsingfors die «Wolna», in Kronstadt «Golos Prawdy», in Jekaterinoslaw «Swesda», in Charkow der «Proletarij», im Kaukasus der «Kawkasskij Rabotschij», im Wolgagebiet erschien je eine Zeitung in Saratow, Samara und Kasan.

Der Einfluß der Bolschewiki wuchs rasch. Im Ural standen fast sämtliche Sowjets hinter ihnen. Sie führten überall den Achtstundentag ein und organisierten die Kontrolle über die Industrie. Im Donezbecken — berichtete ein Delegierter —

«befindet sich jetzt Lugansk faktisch in den Händen der Arbeiter. Wenn wir noch Parteikräfte bekommen, wird die Macht zweifellos in die Hände der Bolschewiki gelangen... Ueberall sitzen Bergarbeiter: in den Kommissariaten und in der Miliz, in den Arbeiter- und Soldatendeputiertensowjets, ja sie üben sogar die Funktion von Richtern aus. Alle Organisationen sind in den Händen der Bergarbeiter, so daß die Bergarbeiter die unbeschränkten Herren der Gruben sind!»

Die Bolschewiki arbeiteten unter den deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Kriegsgefangenen. In Lugansk bestand schon vor der Revolution von 1917 unter den Kriegsgefangenen eine bolschewistische Organisation mit 40 Mitgliedern, nach der Revolution wuchs sie auf mehr als 100 Mitglieder. Im Ural zogen die Bolschewiki trotz des vom Kriegsminister Gutschkow erlassenen Verbots der Beteiligung von Kriegsgefangenen an Kundgebungen die Deutschen und Oesterreicher, zur Maifeier heran. Dank der Arbeit der Bolschewiki gingen Hunderte prächtiger Organisatoren, Tausende treuer Kämpfer der Revolution aus den Reihen der Kriegsgefangenen hervor.

In vielen Orten organisierten die Bolschewiki Dorfzellen. In Pensa sprach sich der Bauernkongreß für die Bolschewiki aus, die Bauern beschlossen, den Boden der Gutsbesitzer zu beschlagnahmen und das gesamte Inventar der öffentlichen Benutzung zu übergeben. Im Moskauer Gebiet, an der Wolga, in der Ukraine gelang es den



Bolschewiki, die Führung einer Anzahl von Bauernsowjets in ihre Hände zu nehmen.

Dort, wo der Einfluß der Bolschewiki stark war, war die Revolution weiter gegangen als im Zentrum. Ein Delegierter des Moskauer Bezirks berichtete:

«In Orechowo-Sujewo haben die Arbeiter die ganze Macht in den Händen. Das Tragen von Waffen ohne Erlaubnis des Sowjets ist verboten. Die Bauern gehen Hand in Hand mit den Arbeitern... Bezeichnend ist die Geschichte mit dem Torf. Wir erklärten den Kapitalisten, daß wir, falls sie keinen Brennstoff liefern und keine Arbeitsmöglichkeit schaffen, die Fabrik enteignen werden... Genosse Lenin sagt: Ergreifung der Macht durch den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten — uns aber bleibt da nichts mehr zu tun<sup>1</sup>.»

Lenin ging auf der Aprilkonferenz ausführlich darauf ein, daß die Provinz das Zentrum überflügelte:

«Die Materialien, die von den Genossen über die Tätigkeit der Sowjets mitgeteilt wurden, waren zwar nicht vollständig, aber außerordentlich interessant. Das war vielleicht das wichtigste Material, das die Konferenz ergeben hat, ein Material, das uns ermöglicht, unsere Losungen an Hand des wirklichen Verlaufs des Lebens zu prüfen. Das Bild, das wir erhielten, veranlaßt uns zu optimistischen Schlußfolgerungen. Die Bewegung hat in den Zentren angefangen, dort war in der ersten Zeit die ganze Energie des Proletariats auf den Kampf gerichtet. Eine Menge von Energie wurde im Kampf gegen den Zarismus verbraucht. Durch diesen Kampf wurde in Petrograd die zentrale Staatsmacht beseitigt. Ein gigantisches Werk wurde vollbracht...»

Aus dem Zentrum geht die Revolution in die Provinz über. Das ist die gleiche Erscheinung wie in Frankreich: die Revolution nimmt Kommunalcharakter an. Draußen im Lande zeigt die Bewegung, daß dort die Mehrheit für die Sache der Bauern, der Arbeiter ist, dort gab es weniger als anderswo eine Führung durch die Bourgeoisie, dort haben die Massen die Orientierung nicht verloren. Je mehr Tatsachen wir sammeln, desto deutlicher zeigt sich uns, daß die Revolution draußen im Lande um so besser voranschreitet, je proletarischer die Zusammensetzung der Bevölkerung ist, je weniger Zwischenelemente es gibt<sup>2</sup>.»

Die Berichte aus den einzelnen Orten zeigten, wie weit die Revolution dort vorangeschritten war, wo die Bolschewiki die Arbeiter

und die werktätigen Massen führten. In einer Reihe von Industriegebieten wurden die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Herren der Lage. Die Regierungsorgane waren machtlos. Sie konnten ohne Bestätigung durch den Sowjet keine Verfügungen erlassen. Die Sowjets organisierten das Ernährungswesen. Sie nahmen die Industrie unter ihre Kontrolle und wachten über die Weiterführung der Arbeit in den Betrieben.

Die Berichte aus den einzelnen Orten bestätigten nochmals, daß die Bolschewiki durch ihre gesamte praktisch-politische Arbeit auf die «Aprilthesen» Lenins vorbereitet waren.

Die Allrussische Aprilkonferenz der Bolschewiki wurde am 24. April, um 10 Uhr morgens, in einer der Hörsäle der höheren Frauenkurse eröffnet. Lenin hielt eine kurze Eröffnungsansprache. Er sagte, die Voraussage der großen Begründer des Kommunismus habe sich bestätigt: der Weltkrieg hat unvermeidlich zur Revolution geführt. Die hohe Ehre, die Revolution zu beginnen, wurde dem russischen Proletariat zuteil, aber es darf nicht vergessen, daß die russische Revolution nur ein Teil der internationalen Revolution ist.

«Nur unter diesem Gesichtswinkel können wir unsere Aufgaben bestimmen!», so schloß Lenin seine Rede.

Die Konferenz beschloß, die ersten Internationalisten, Lenin und Karl Liebknecht, den die deutschen Imperialisten ins Gefängnis geworfen hatten, zu begrüßen. Die Konferenz beauftragte das Präsidium, einen Weg ausfindig zu machen, um Liebknecht den Gruß der Bolschewiki ins Gefängnis zu übermitteln.

Nach der Eröffnungsrede Lenins bestätigte die Konferenz die Tagesordnung:

1. Der gegenwärtige Moment (der Krieg und die Provisorische Regierung u. a.).
2. Die Friedenskonferenz.
3. Das Verhältnis zu den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.
4. Änderungen des Parteiprogramms.
5. Die Lage in der Internationale und unsere Aufgaben.
6. Die Vereinigung der sozialdemokratischen internationalistischen Organisationen.
7. Die Agrarfrage.
8. Die nationale Frage.
9. Die Konstituierende Versammlung.
10. Die Organisationsfrage.
11. Berichte aus den Bezirken.
12. Wahl des Zentralkomitees.

Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Berichte Lenins zur Lage und zur Agrarfrage, die die Aprilthesen weiterentwickelten.

Die Analyse und die Schlußfolgerungen der Leninschen Berichte liefen in der Hauptsache auf folgendes hinaus.

Das wichtigste Kennzeichen, nach dem die Marxisten den Charakter einer Revolution bestimmen, ist der Uebergang der Macht aus den Händen einer Klasse in die Hände einer andern. Im Februar ist die Macht aus den Händen der fröhlichen Gutsbesitzer in die Hände der Bourgeoisie und der kapitalistischen Gutsbesitzer, d. h. der auf bürgerliche Weise wirtschaftenden Gutsbesitzer übergegangen. Eine neue Klasse ist zur Macht gelangt, die Bourgeoisie, und von diesem Standpunkt aus war die Februarrevolution eine bürgerliche.

Aber die zur Macht gelangte Bourgeoisie hatte drei Aufgaben zu lösen: den Krieg zu beendigen, den Bauern Boden zu geben und das Land aus der Wirtschaftskrise herauszuführen.

Konnte die Bourgeoisie den Krieg beendigen? Der Krieg ist die unvermeidliche Folge der kapitalistischen Entwicklung. Solange der Kapitalismus weiterbesteht, wird es unvermeidlich auch weiterhin Kriege geben. Der gegenwärtige Krieg ist von seiten beider kriegführenden Mächtegruppen ein imperialistischer Krieg, d. h. ein Krieg, den die Kapitalisten um die Weltherrschaft, um vorteilhafte Märkte, um die Erdrosselung der schwachen Völkerschaften führen. Der Uebergang der Macht aus den Händen des Zaren Nikolaus Romanow in die Hände der Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten hat den Charakter des Krieges auf seiten Rußlands nicht geändert. Die neue Regierung setzt den Raub- und Eroberungskrieg fort. Sie hat alle früheren zaristischen Verträge bestätigt, die den russischen Kapitalisten die Ausplünderung Chinas, der Türkei, Persiens usw. zusichern. Die neue Regierung, die die Interessen des Kapitals vertritt, kann nicht auf Annexionen, d. h. auf die Eroberung fremder Länder oder auf das gewaltsame Festhalten irgendwelcher Völkerschaften innerhalb der Grenzen Rußlands verzichten. Im günstigsten Fall könnte die Bourgeoisie unter dem Druck der Massen den jetzigen Krieg durch einen Friedensschluß beendigen. Aber das wäre ein imperialistischer Frieden auf Kosten der schwachen und unterdrückten Völker. Ein solcher Frieden müßte unvermeidlich zu einem neuen Krieg führen.

Konnte die Bourgeoisie den Bauern Boden geben? Der Boden der Gutsbesitzer war an die bürgerlichen Banken verpfändet und überpfändet. Den Gutsbesitzern den Boden fortnehmen, hieß den Geldsack der Bourgeoisie treffen. Im günstigsten Falle könnte

die Bourgeoisie, wenn ein starker Druck von unten ausgeübt worden wäre, einen Teil opfern, um das Ganze zu retten, und hätte den Bauern einen Teil des Bodens gegen Entschädigung überlassen. Aber das wäre keine Lösung der Agrarfrage gewesen. Außerdem hatte der Krieg die Bauernwirtschaft so tief zerrüttet, daß sie nicht mehr auf alte Weise weitergeführt werden konnte. Sie brauchte Gerätschaften, Vieh, aber dies alles konnte nur auf revolutionärem Wege beschafft werden, dazu war es nötig, der Bourgeoisie ihre Kapitalien zu entreißen.\*

Auf der Petrograder Konferenz der Bolschewiki, die unmittelbar vor der Aprilkonferenz stattfand, sagte Lenin:

«Die Bourgeoisie kann sich mit der Nationalisierung des Bodens abfinden, wenn sich die Bauern den Boden nehmen. Wir als proletarische Partei müssen aussprechen, daß der Boden allein noch keine Nahrung schafft. Daher wird man zu seiner Bearbeitung Kommunen gründen müssen... Die Kadetten handeln bereits wie Beamte. Sie sagen der Bauernschaft: ‚Wartet die Konstituierende Versammlung ab‘. Nur unsere Partei stellt Lösungen auf, die wirklich die Revolution vorwärtstreiben<sup>1</sup>.»

Die Bourgeoisie konnte natürlich versuchen, die Wirtschaft «in Ordnung zu bringen», aber nur auf Kosten der armen Bauern und der Arbeiter, auf deren Schultern sie alle Lasten gewälzt hätte.

Die Bourgeoisie, die die Macht an sich gerissen hatte, war nicht imstande, auch nur eine einzige Aufgabe der Revolution zu lösen. Sie hatte ja auch die Macht zum Kampf gegen die Revolution übernommen. Die Aufgaben der Revolution konnte nur eine neue Klasse lösen, in deren Hände auch die Staatsmacht übergeben werden mußte, d. h. die Arbeiterklasse.

«Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland — sagte Lenin — besteht in dem *Uebergang* von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügenden Klassenbewußtseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gegeben hat, zu ihrer *zweiten* Etappe, die die Macht in die Hände des Proletariats und der armen Schichten der Bauernschaft legen muß<sup>2</sup>.»

Die Eigenart des Moments bestand also im *Uebergang* von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen oder, wie Lenin sagte, im *Hinüberwachsen* der bürgerlichen Revolution in die sozialistische.

Für einen solchen Uebergang der Macht in die Hände des Proletariats war durchaus nicht ein sofortiger Aufstand gegen die Pro-

visorische Regierung erforderlich. Sie mußte gestürzt werden, aber nicht im gegenwärtigen Moment, nicht durch einen unmittelbaren Sturm. Das Land erfreute sich einer fast vollständigen politischen Freiheit. Die Regierung wandte noch keine Gewalt gegen die Revolution an, denn die Waffen befanden sich faktisch in den Händen der Massen. Die Arbeiter und Bauern waren nicht am Kriege interessiert. Die Stimmungen zugunsten der Vaterlandsverteidigung waren bei ihnen nur eine Oberfläche-Erscheinung, das Ergebnis einer «Verirrung von Leuten, die es ehrlich meinen», wie sich Lenin ausdrückte; deshalb galt es, den Arbeitern zu helfen und sie «geduldig» über ihre Verirrung aufzuklären, wie es Lenin empfahl.

«Es muß anerkannt werden — so hieß es in dem von Lenin auf der Konferenz verlesenen Resolutionsentwurf —, daß sehr breite Massen der ‚revolutionären Vaterlandsverteidiger‘ es ehrlich meinen, d. h. daß sie *tatsächlich* keine Annexionen, keine Eroberungen, keine Vergewaltigung schwacher Völker wünschen, daß sie *tatsächlich* einen demokratischen und keinen Gewaltfrieden zwischen *allen* kriegführenden Ländern anstreben. Das muß deshalb anerkannt werden, weil infolge der Klassenstellung der Proletarier und Halbproletarier in Stadt und Land (d. h. der Leute, die ganz oder zum Teil vom Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Kapitalisten leben) diese Klassen am Profit der Kapitalisten nicht interessiert sind<sup>1</sup>.»

Lenin erläuterte diese Stelle der Resolution auf der Konferenz folgendermaßen:

«Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Proletariat und das Halbproletariat als Klasse kein Interesse am Kriege haben. Sie machen mit unter dem Einfluß der Traditionen und des Betruges. Sie haben noch keine politische Erfahrung. Daraus folgt unsere Aufgabe: andauernde Aufklärung. Wir machen nicht die geringsten grundsätzlichen Konzessionen, aber wir können ihnen nicht entgegentreten wie den Sozialchauvinisten. Diese Elemente der Bevölkerung waren nie sozialistisch, haben vom Sozialismus keine Ahnung, sie erwachen erst zum politischen Leben. Aber ihr Bewußtsein wächst und weitet sich mit außerordentlicher Schnelligkeit. Man muß es verstehen, mit der Aufklärung an sie heranzukommen, und das ist die schwierigste Aufgabe, insbesondere für eine Partei, die sich noch gestern in der Illegalität befand<sup>2</sup>.»

Die Sowjets vereinigten die Mehrheit der Arbeiter und der werktätigen Bauern. Aber die Führung der Sowjets geriet in die Hände

der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die der Provisorischen Regierung die Macht übergaben. Diese Regierung stützte sich auf die Sowjets und sie konnte nur durch die Eroberung der Mehrheit in den Sowjets gestürzt werden.

Diese Verhältnisse bewirkten eine äußerst seltene Erscheinung in der Revolution: die Macht konnte von der Provisorischen Regierung auf friedlichem Wege zu den Sowjets übergehen. Es war nur notwendig, die kleinbürgerlichen Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki zu *isolieren*, die breiten Massen ihrem Einfluß zu entreißen.

«Alle Macht den Sowjets» — das war in dieser Etappe der Revolution die Losung der Partei.

Lenin verstand unter der Macht der Sowjets durchaus nicht, daß einfach die Kapitalisten aus der Provisorischen Regierung verjagt und an ihre Stelle Vertreter der Sowjets gesetzt werden sollten.

Trotzki, der die bolschewistische Linie vollkommen entstellte, schrieb in seinem Artikel «Die Lehren des Oktober», sein Vorschlag, die Macht zehn Peschechonows (so hieß ein kleinbürgerlicher Sozialist. *Die Red.*) an Stelle der zehn kapitalistischen Minister zu übergeben, habe genau das gleiche bedeutet, wie die Losung Lenins «Alle Macht den Sowjets». Das Wesen der Sache war nicht die Ersetzung der kapitalistischen Minister durch sozialistische Minister. Die Losung Lenins bedeutete die Niederreißung des bürgerlichen Staatsapparates und seine Ersetzung durch einen neuen, einen Sowjet-Staatsapparat.

In den Sowjets hatten die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre die Mehrheit, die Partei der Bolschewiki befand sich in der Minderheit. Aber solche Sowjets hätten, falls sie die Macht ergriffen, ständig unter dem Druck der Massen gestanden, ihre Mitglieder wären frei gewählt, abberufen und neu gewählt worden. Unter solchen Umständen wären die Menschewiki und Sozialrevolutionäre entweder genötigt gewesen, vorwärtszuschreiten und die Aufgaben der Revolution zu lösen versuchen, oder sie wären, was das wahrscheinlichere war, nicht vom Fleck gekommen und hätten sich dadurch selbst entlarvt. Die Arbeiter und Bauern wären mit den Bolschewiki gegangen, die durch die Tat für die Interessen der Werktätigen kämpften, die Bolschewiki hätten die Mehrheit in den Sowjets erlangt. Die wahrhaft revolutionäre bolschewistische Partei wäre, sobald sie die Mehrheit besaß, an die Durchführung ihres Programms geschritten: Abschluß eines demokratischen Friedens, Beschlagnahme des Gutsbesitzerbodens und Zuteilung von Boden und Gerätschaften zu seiner Bearbeitung an die Werktätigen, sowie

an den sofortigen Wiederaufbau der Wirtschaft auf Kosten der Kapitalisten durch Nationalisierung der Banken und der größten Betriebe. Diese Maßnahmen hätten zwar nicht den sofortigen Uebergang zum Sozialismus bedeutet, wären jedoch in ihrer Gesamtheit die ersten Schritte zur sozialistischen Umgestaltung Rußlands gewesen.

«... Welches sind nun die Aufgaben des revolutionären Proletariats? — fragte Lenin auf der Aprilkonferenz der Bolschewiki und er antwortete: — Der Hauptmangel und der Hauptfehler aller Betrachtungen der Sozialisten besteht darin, daß die Frage zu allgemein gestellt wird: Uebergang zum Sozialismus, während man gerade über die konkreten Schritte und Maßnahmen sprechen muß. Die einen von ihnen sind schon reif, andere noch nicht. Jetzt befinden wir uns in einer Uebergangszeit. Wir haben offensichtlich Formen geschaffen, die den Formen bürgerlicher Staaten nicht ähnlich sind: Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten — das ist eine Staatsform, die es in keinem Staate gibt, noch je gegeben hat. Das ist eine Form, die die ersten Schritte zum Sozialismus darstellt und am Beginn der sozialistischen Gesellschaft unvermeidlich ist. Das ist eine entscheidende Tatsache...

Wozu wollen wir, daß die Macht in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten übergeht?

Die erste Maßnahme, die sie verwirklichen müssen, ist die Nationalisierung des Grund und Bodens... Das Privateigentum an Grund und Boden muß abgeschafft werden. Das ist jene Aufgabe, die vor uns steht, weil die Mehrheit des Volkes dafür eintritt. Dazu brauchen wir die Sowjets. Diese Maßnahme läßt sich mit den alten Staatsbeamten unmöglich durchführen.

Die zweite Maßnahme. Wir können nicht sagen, wir wollen den Sozialismus 'einführen' — das wäre der größte Unsinn. Wir müssen den Sozialismus propagieren. Die Mehrheit der Bevölkerung in Rußland besteht aus Bauern, Kleinbesitzern, die an den Sozialismus nicht einmal denken können. Was können sie aber dagegen haben, daß in jedem Dorf eine Bank bestehen soll, die ihnen die Möglichkeit geben würde, die Wirtschaft zu verbessern? Dagegen können sie nichts haben. Wir müssen diese praktischen Maßnahmen unter den Bauern propagieren und in ihnen das Bewußtsein ihrer Notwendigkeit festigen.

Anders steht es mit dem Syndikat der Zuckerfabrikanten; das ist eine Tatsache. Hier muß unser Vorschlag ein unmittelbar

praktischer sein: diese bereits reifen Syndikate müssen Staatseigentum werden. Wenn die Sowjets die Macht ergreifen wollen, so nur für solche Ziele. Sonst hat es keinen Sinn, die Macht zu ergreifen. Die Frage steht so: entweder diese Sowjets entwickeln sich weiter oder sie werden eines ruhmlosen Todes sterben, wie die Pariser Kommune gestorben ist. Wenn man eine bürgerliche Republik braucht, so können das auch die Kadetten machen<sup>1</sup>.»

Bei der Aufstellung der Losung «Alle Macht den Sowjets» für die Uebergangsperiode zeigte Lenin, was das konkrete Programm der Sowjets nach der Uebernahme der ganzen Macht sein müßte.

Die Losung «Alle Macht den Sowjets» bedeutete, wie Stalin ausführte,

«... die Zerreißung des Blocks der Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit den Kadetten, die Bildung einer Sowjetregierung aus Menschewiki und Sozialrevolutionären (denn die Sowjets waren damals sozialrevolutionär-menschewistisch), das Recht der freien Agitation für die Opposition (d. h. für die Bolschewiki) und freien Kampf der Parteien innerhalb der Sowjets, in der Annahme, daß es den Bolschewiki durch einen solchen Kampf gelingen werde, die Sowjets zu erobern und die Zusammensetzung der Sowjetregierung auf dem Wege einer friedlichen Entwicklung der Revolution zu ändern. Dieser Plan bedeutete natürlich nicht die Diktatur des Proletariats. Aber er erleichterte zweifellos die Vorbereitung der zur Sicherung der Diktatur erforderlichen Bedingungen, denn dieser Plan hätte, indem er die Menschewiki und Sozialrevolutionäre an die Macht gestellt und sie gezwungen hätte, ihre antirevolutionäre Plattform in der Praxis durchzuführen, die Entlarvung des wahren Wesens dieser Parteien, ihre Isolierung, ihre Loslösung von den Massen beschleunigt<sup>2</sup>.»

Von der Einschätzung der bestehenden Lage ausgehend, schlug Lenin eine entsprechende *Taktik* vor: den Massen bei jedem Schritt klarzumachen, daß die Provisorische Regierung konterrevolutionär und unfähig ist, den Frieden und den Boden zu bringen; den Beweis zu führen, daß die Menschewiki und Sozialrevolutionäre nur die Handlanger der Bourgeoisie sind, daß die Macht den Kapitalisten nur entrissen werden kann, wenn das verräterische Wesen der kompromißlerischen Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre bloßgelegt wird. In der Periode der Vorbereitung der proletarischen Revolution sind die kleinbürgerlichen Kompromißlerparteien die größte Gefahr für diese Revolution. Durch die Predigt eines Kom-



promisses mit der Bourgeoisie lenken sie die Massen vom Kampf gegen die Feinde ab, lähmen sie ihren Kampfwillen, demobilisieren sie die Arbeiter und die übrigen Werktätigen. Man kann die Massen nicht auf das entscheidende Ringen mit der Bourgeoisie vorbereiten, ohne die kompromißlerischen Parteien zu entlarven und zu isolieren. Es galt, alle wirklich revolutionären Elemente, die fähig waren, bis ans Ende zu kämpfen, um die Partei zu scharen und die Vaterlandsverteidiger, die Anhänger des «Krieges bis zum Sieg» zu isolieren.

Diese Taktik der Bolschewiki, die auf den friedlichen Uebergang der ganzen Macht an die Sowjets eingestellt war, wurde von Lenin auf der Aprilkonferenz folgendermaßen begründet:

«Manchem kommt der Gedanke, ob wir nicht uns selber verleugnen: haben wir doch die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg propagiert, jetzt aber scheint es, daß wir gegen uns selbst sprechen. Aber in Rußland ist der erste Bürgerkrieg zu Ende, wir gehen jetzt zum zweiten Krieg über: zum Krieg zwischen dem Imperialismus und dem bewaffneten Volk, und in dieser Uebergangsperiode, solange die bewaffnete Macht bei den Soldaten liegt, solange Miljukow und Gutschkow noch keine Gewalt angewandt haben, verwandelt sich dieser Bürgerkrieg für uns in eine friedliche, langwierige und geduldige Klassenpropaganda. Wenn wir vom Bürgerkrieg reden, noch ehe die Massen seine Notwendigkeit begriffen haben, dann verfallen wir zweifellos in Blanquismus. Wir sind für den Bürgerkrieg, aber nur dann, wenn er von einer Klasse geführt wird, die sich ihrer Aufgabe bewußt ist. Man kann diejenigen stürzen, die dem Volk als Gewalttäter bekannt sind. Gegenwärtig sind aber keine Gewalttäter da, die Geschütze und Gewehre befinden sich bei den Soldaten und nicht bei den Kapitalisten; die Kapitalisten beherrschen die Menschen jetzt nicht durch Gewalt, sondern durch Betrug, daher kann man jetzt nicht über Gewalt schreien, das wäre Unsinn!.»

Der Kurs auf die proletarische sozialistische Revolution hatte auch eine neue *Gruppierung* der Klassenkräfte zur Voraussetzung. Gegen die Bourgeoisie in Stadt und Land konnte nur das Proletariat im engen Bündnis mit den armen Bauern auftreten unter Neutralisierung der schwankenden Elemente in der Bauernschaft, der Mittelbauern. Aber «Neutralisierung» bedeutete durchaus nicht, daß die Mittelbauern neutral gemacht, abseits vom Kampf gelassen werden, dessen Ausgang abwarten sollten. Im Bürgerkrieg, wenn das Volk

scharf in zwei feindliche Klassen zerfällt, kann es überhaupt keine Neutralen geben, die sich am Kampf nicht beteiligen. Den Mittelbauern neutralisieren, bedeutete, ihn dahin zu bringen, die Revolution nicht zu hindern, und wenn möglich, von ihm Hilfe zu erhalten. Gerade die Hauptmasse der Mittelbauern im Soldatenmantel war bis zum Vorabend der proletarischen Revolution den stärksten Schwankungen ausgesetzt und trat erst im September 1917 als unser zeitweiliger Helfer auf, weil die Agrarfrage und die Friedensfrage nur durch das Proletariat gelöst werden konnten. Aber gerade weil der Mittelbauer ein schwankender Verbündeter war, forderte Lenin das Bündnis des Proletariats mit den armen Bauern.

Die Vorschläge Lenins wurden nicht nur von den kleinbürgerlichen Parteien, nicht nur von Trotzki, sondern auch von einer kleinen Gruppe in der Partei selbst auf das feindseligste aufgenommen. L. Kamenew wandte sich, von A. Rykow, Nogin und anderen unterstützt, gegen Lenin. Er behauptete, solange der Großgrundbesitz nicht liquidiert sei, könne man nicht davon sprechen, daß die bürgerliche Revolution beendet sei und die Aufgabe des Uebergangs der Macht an die Sowjets auf der Tagesordnung stehe. Dem revolutionären Appell Lenins — mit der Provisorischen Regierung zu brechen und alle Macht den Sowjets zu geben — stellte Kamenew die Losung der Kontrolle der Sowjets über die Provisorische Regierung entgegen. Kamenew bezog faktisch die menschewistische Stellung der Verteidigung einer bürgerlichen Regierung, die keinen Schritt vorwärts tun konnte noch wollte, weil sie ihrem Klassenwesen nach konterrevolutionär war. Die Kontrolle über eine solche Regierung zu fordern, ohne die reale Macht zu besitzen, hieß in den Massen die trügerische Hoffnung zu verbreiten, als sei die Bourgeoisie fähig, die Aufgaben der Revolution zu lösen.

Lenin kritisierte die Auffassung Kamenews:

«... Ich verstehe, daß die unentwickelte Masse der Arbeiter und Soldaten naiv und unbewußt wie sie ist, an die Kontrolle glauben kann, aber es genügt, an die grundlegenden Momente der Kontrolle zu denken, um zu begreifen, daß ein solcher Glaube ein Abweichen von den Grundprinzipien des Klassenkampfes ist!.»

«Ohne Macht kann man nicht kontrollieren» — antwortete Lenin Kamenew auf der Petrograder Konferenz der Bolschewiki, die wenige Tage vor der Allrussischen Konferenz der Bolschewiki stattfand. — «Durch Resolutionen und dergleichen mehr kontrollieren wollen, ist reinster Unsinn».

Das Wesen der Meinungsverschiedenheiten zwischen Lenin und der Gruppe der Rechten in der Partei kam besonders deutlich in der Rede Rykows auf der Konferenz zum Ausdruck.

«Wo wird die Sonne der sozialistischen Umwälzung aufgehen? — so sagte er. — Ich glaube, infolge der gesamten Verhältnisse, des spießbürgerlichen Niveaus fällt die Initiative der sozialistischen Umwälzung nicht uns zu. Uns fehlen die Kräfte, die objektiven Bedingungen dafür. Im Westen aber steht diese Frage ungefähr so, wie bei uns die Frage des Sturzes des Zarismus<sup>1</sup>.»

Rykov ging, ebenso wie Kamenew, nicht über die bürgerliche Revolution in Rußland hinaus. Gerade gegen diese menschwistische Einstellung wandte sich Lenin heftig:

«Rykov meint, der Sozialismus müsse aus anderen Ländern mit einer entwickelteren Industrie kommen. Doch das ist nicht richtig. Man kann nicht sagen, wer anfangen und wer vollenden wird. Das ist kein Marxismus, sondern eine Parodie auf den Marxismus<sup>2</sup>.»

Die Konferenz ging mit Lenin, nur sieben oder acht Mann enthielten sich bei der Abstimmung über die Leninschen Anträge der Stimme. Hier zeigte sich abermals die ideologische Geschlossenheit der Partei.

Zum Hauptpunkt der Tagesordnung — über die Lage — nahm die Aprilkonferenz eine Resolution an, deren wichtigster Teil lautet:

«Das Proletariat Rußlands, das in einem der rückständigsten Länder Europas, unter den Massen einer kleinbäuerlichen Bevölkerung wirkt, kann sich nicht die sofortige Verwirklichung der sozialistischen Umgestaltung zum Ziel setzen.

Aber es wäre der größte Fehler, und in der Praxis sogar ein völliger Uebergang auf die Seite der Bourgeoisie, wenn man daraus die Notwendigkeit einer Unterstützung der Bourgeoisie durch die Arbeiterklasse oder die Notwendigkeit, unsere Tätigkeit auf den Rahmen des für das Kleinbürgertum annehmbaren zu beschränken oder den Verzicht auf die führende Rolle des Proletariats bei der Aufklärung des Volkes über die Unaufschiebbarkeit einer Reihe von praktisch möglich gewordenen Schritten zum Sozialismus folgern wollte.

Ein solcher Schritt ist erstens die Nationalisierung des Bodens. Diese Maßnahme, die unmittelbar den Rahmen der bürgerlichen Ordnung nicht überschreitet, wäre zugleich ein star-

ker Schlag gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln und würde insofern den Einfluß des sozialistischen Proletariats auf die Halbproletarier im Dorf stärken.

Eine solche Maßnahme ist ferner die Errichtung einer staatlichen Kontrolle über sämtliche Banken und deren Vereinigung zu einer einheitlichen Zentralbank, sowie über die Versicherungsanstalten und die größten kapitalistischen Syndikate (z. B. das Syndikat der Zuckerfabrikanten, das Kohlensyndikat, das Syndikat der Metallindustrie u. a. m.), mit allmählichem Uebergang zu einer gerechteren, progressiven Besteuerung der Einkommen und Vermögen. Solche Maßnahmen sind ökonomisch vollkommen herangereift, technisch unbedingt sofort durchführbar und können politisch unter den Bauern die Unterstützung der erdrückenden Mehrheit der Bauern finden, für welche Mehrheit diese Umgestaltungen in jeder Hinsicht von Vorteil sind<sup>1</sup>.»

Lenin sagte in seinem Bericht über diesen Teil seiner Resolution auf der Konferenz:

«Die Revolution ist eine bürgerliche, und deshalb soll man nicht vom Sozialismus sprechen, sagen die Gegner. Wir aber sagen umgekehrt: ‚Da die Bourgeoisie aus der entstandenen Lage nicht heraus kann, so marschirt die Revolution eben vorwärts. Wir dürfen uns nicht auf demokratische Redensarten beschränken, sondern müssen den Massen die Lage klar machen und sie auf eine Reihe praktischer Maßnahmen hinweisen: die Syndikate in ihre eigenen Hände zu nehmen, sie durch die Arbeiter- und Soldatendeputiertensovjets zu kontrollieren usw. Und alle diese Maßnahmen werden, wenn sie einmal durchgeführt sind, eben bewirken, daß Rußland mit einem Fuß im Sozialismus stehen wird<sup>2</sup>.»

Zur Kriegsfrage nahm die Konferenz eine besondere Resolution an. Lenin kennzeichnete darin den Krieg hinsichtlich seiner Klassenbedeutung, stellte klar, worin die revolutionäre Vaterlandsverteidigung der Massen bestand und ging vor allem darauf ein, wie der Krieg zu beendigen sei. Ueber die letzte Frage sagte die Resolution der Aprilkonferenz der Bolschewiki:

«Was die wichtigste Frage anbelangt, wie dieser Krieg der Kapitalisten möglichst rasch zu beendigen ist, und zwar nicht durch einen Gewaltfrieden, sondern durch einen wahrhaft demokratischen Frieden, so meint und beschließt die Konferenz:

Es ist unmöglich, diesen Krieg zu beendigen durch die bloße Weigerung der Soldaten der einen Seite, den Krieg fortzusetzen,

durch die einfache Einstellung der Kriegsoperationen seitens einer der kriegführenden Parteien.

Die Konferenz protestiert erneut mit allem Nachdruck gegen die niederträchtige Verleumdung, die die Kapitalisten gegen unsere Partei verbreiten, als seien wir für einen Separatfrieden (Sonderfrieden) mit Deutschland. Wir halten die deutschen Kapitalisten für ebensolche Räuber wie die russischen, englischen, französischen und die übrigen Kapitalisten, und den Kaiser Wilhelm II. für einen ebensolchen gekrönten Räuber wie Nikolaus II. oder die Monarchen Englands, Italiens, Rumäniens und alle andern.

Unsere Partei wird geduldig, aber beharrlich dem Volke die Wahrheit klarmachen, daß Kriege von den Regierungen geführt werden, daß Kriege stets mit der Politik bestimmter Klassen untrennbar verknüpft sind, daß man diesen Krieg mit einem demokratischen Frieden beenden kann *nur* durch den Uebergang der gesamten Staatsgewalt, wenigstens in einigen kriegführenden Ländern, in die Hände der Klasse der Proletarier und Halbproletarier, die wirklich fähig ist, der Unterjochung durch das Kapital ein Ende zu machen<sup>1</sup>.»

Im Lichte dieser Resolution über den Krieg ist die Stellungnahme der Bolschewiki zum Vorschlag der Einberufung einer Friedenskonferenz sehr wichtig. Der dänische «Sozialist» Borgbjerg war nach Petrograd gekommen. Er gehörte in der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks der opportunistischen Mehrheit an, die auf die Seite ihrer Bourgeoisie übergegangen war. Im Namen der drei skandinavischen Parteien — der dänischen, der norwegischen und der schwedischen —, die sämtlich für die Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes eintraten, schlug Borgbjerg dem Petrograder Sowjet die Einberufung einer Friedenskonferenz der Sozialisten vor. Borgbjerg gab zu, daß er im Namen der deutschen Vaterlandsverteidiger vom Schlage Scheidemanns u. a. handle, die bereit waren, Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Verzichts Deutschlands auf seine Eroberungen aufzunehmen. Es war klar, daß der deutsche Imperialismus, getrieben von der Hungersnot, der Zerrüttung und der im Hinterland anwachsenden Revolution, den Versuch machte, sich durch Vermittlung eines neutralen «Vaterlandsverteidigers» — Dänemark nahm nicht am Kriege teil — mit seinen Gegnern friedlich über die Teilung der Beute zu verständigen. Deutschland war bereit, auf seine Eroberungen aus der Zeit des damaligen Krieges zu verzichten, aber es sprach kein Wort über seine früheren

Eroberungen. Die englischen und französischen Vaterlandsverteidiger lehnten es ab, an der Friedenskonferenz teilzunehmen und zeigten dadurch nur, daß ihre Herren, die englischen und französischen Imperialisten, nichts vom Frieden hören wollten, sondern zur Fortsetzung des Krieges bis zum siegreichen Ende entschlossen waren. Die Konferenz der Bolschewiki enthüllte den imperialistischen Charakter dieser Friedenskomödie:

«Sozialisten können, wenn sie nicht die proletarische Sache verraten wollen, weder direkt noch indirekt an diesem schmutzigen und eigennützigem Kuhhandel zwischen den Kapitalisten der verschiedenen Länder über die Aufteilung der von ihnen zusammengeraubten Beute teilnehmen<sup>1</sup>»,

hieß es in der Resolution.

Gleichzeitig wies die Konferenz besonders auf die Rolle der englischen und französischen Vaterlandsverteidiger hin:

«Die Konferenz stellt ferner die Tatsache fest, daß die englischen und französischen Sozialisten, die auf die Seite ihrer kapitalistischen Regierungen übergegangen sind, es abgelehnt haben, an der von Borgbjerg geplanten Konferenz teilzunehmen. Diese Tatsache zeigt klar, daß die englisch-französische imperialistische Bourgeoisie, deren Agenten diese angeblichen Sozialisten sind, *diesen* imperialistischen Krieg *fortsetzen, in die Länge ziehen will*, daß sie nicht gewillt ist, die Zugeständnisse auch nur zu erörtern, die die deutsche imperialistische Bourgeoisie — unter dem Einfluß der wachsenden Erschöpfung, der Hungersnot, der Zerrüttung und vor allem der nahenden Arbeiterrevolution in Deutschland — durch Borgbjerg zu versprechen gezwungen ist<sup>2</sup>.»

Die Konferenz beschloß, diese Tatsachen der breitesten Öffentlichkeit bekanntzugeben, und erklärte, daß die Bolschewiki zur Beratung und zum brüderlichen Bündnis nur mit denjenigen Arbeiterparteien der andern Länder bereit sind, die im eigenen Lande gleichfalls für den Uebergang der Macht in die Hände des Proletariats kämpfen.

Im Kampf um den Uebergang der Macht in die Hände einer neuen Klasse spielten die unterdrückten Nationalitäten eine gewaltige Rolle. Der Ausgang der Revolution hing davon ab, ob es dem Proletariat gelang, die werktätigen Massen der unterdrückten Völkerschaften zu bewegen, ihm Gefolgschaft zu leisten. Die bürgerliche Provisorische Regierung setzte die alte zaristische Politik der

Drosselung und Unterjochung der Nationalitäten fort. Nach wie vor wurde die nationale Bewegung unterdrückt. Organisationen wie der Finnische Landtag wurden auseinandergejagt. Die Losung «Ein einiges und unteilbares Rußland» blieb nach wie vor die Richtschnur für die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien. Einzig die Bolschewiki traten gegen diese frönherrschaftliche Losung auf; sie erklärten offen, daß die Werktätigen der unterdrückten Nationen das Recht haben, selbst ihre Geschicke zu entscheiden.

Stalin, der zusammen mit Lenin die Grundlagen der Nationalitätenpolitik der Bolschewiki ausgearbeitet hat, deckte in seinem Bericht auf der Konferenz den räuberischen Charakter der Regierungspolitik auf und entlarvte schonungslos die kleinbürgerlichen Kompromißler, die hinter der Bourgeoisie herliefen. Stalin stellte jenen, die die nationale Unterjochung verewigen wollten, das revolutionäre Programm der bolschewistischen Partei entgegen:

«... Unser Standpunkt in der nationalen Frage läßt sich in folgenden Richtlinien zusammenfassen: a) Anerkennung des Rechts der Völker auf Lostrennung; b) für Völker, die im Rahmen des gegebenen Staates bleiben, eine Gebietsautonomie; c) für nationale Minderheiten besondere Gesetze, die ihnen eine freie Entwicklung sichern; d) für die Proletarier aller Nationalitäten des gegebenen Staates ein einheitliches, untrennbares proletarisches Kollektiv, eine einheitliche Partei!»

Zur nationalen Frage wurde ein besonderes Korreferat von J. Pjatakow gehalten, der bei einigen Teilnehmern der Konferenz Unterstützung fand. Er behauptete, daß in der Epoche der Weltwirtschaft, die alle Länder unlöslich miteinander verknüpft hat, der nationale Staat eine von der Geschichte bereits überholte Etappe sei:

«Die Forderung der Unabhängigkeit gehört einer anderen Geschichtsepoche an, sie ist reaktionär, denn sie will das Rad der Geschichte zurückdrehen. Von der Analyse der neuen Epoche des Imperialismus ausgehend, erklären wir, daß wir uns einen andern Kampf für den Sozialismus, als den Kampf unter der Losung ‚Fort mit den Grenzen‘, den Kampf um die Beseitigung jeglicher Grenzen, gegenwärtig gar nicht vorstellen können<sup>2</sup>.»

Lenin übte eine scharfe Kritik an der Rede Pjatakows.

«Die Methode der sozialistischen Revolution unter der Losung ‚Fort mit den Grenzen‘ ist vollkommene Konfusion — erklärte er. ... Was bedeutet die ‚Methode‘ der sozialistischen Revolution unter der Losung ‚Fort mit den Grenzen‘? Wir sind für die Not-

wendigkeit des Staates, der Staat aber setzt Grenzen voraus... Man muß den Verstand verloren haben, um die Politik des Zaren Nikolaus fortsetzen zu wollen<sup>1</sup>», betonte Lenin.

Das Unverständnis für die Aufgaben der Revolution war L. Kamenew und J. Pjatakow gemeinsam. Jener suchte die Partei in den menschwistischen Sumpf zu zerren, indem er den sozialistischen Charakter der Revolution leugnete. Dieser wandte sich zwar in dieser Frage nicht offen gegen die Leninsche Einstellung, gab aber praktisch die Revolution der Isolierung und Niederlage preis. Die Partei führte einen Zweifrontenkampf: gegen die rechtsopportunistische und gegen die «linke» Opposition.

Die Grundfragen der Konferenz wurden in den Berichten Lenins und Stalins erschöpfend behandelt. In den übrigen Reden wurden nur die Hauptgedanken Lenins und Stalins weiterentwickelt.

In der Frage der «Stellung zu den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten» stellte die Konferenz fest, daß die Revolution in den Provinzorten voranzuschreiten, daß sich die Bewegung dem Uebergang der gesamten Macht an die Sowjets näherte, daß dagegen in den Hauptstädten und in einigen andern großen Städten, wo die stärksten Kräfte der Bourgeoisie konzentriert sind, wo die Politik des Kompromisses mit der Bourgeoisie schärfer in Erscheinung tritt, der Uebergang der Macht an die Sowjets mit besonders großen Schwierigkeiten verbunden sei.

«Die Aufgabe der proletarischen Partei — so hieß es in der Resolution — ist es daher, einerseits die erwähnte Entwicklung der Revolution in der Provinz mit allen Mitteln zu unterstützen, andererseits innerhalb der Sowjets einen systematischen Kampf (durch Propaganda und Neuwahlen) für den Triumph der proletarischen Linie zu führen; alle Anstrengungen und alle Aufmerksamkeit sind auf die Arbeiter- und Soldatenmasse zu richten, auf die Trennung der proletarischen Linie von der kleinbürgerlichen, der internationalistischen von der Linie der Vaterlandsverteidiger, der revolutionären Linie von der opportunistischen, auf die Organisation und die Bewaffnung der Arbeiter, auf die Vorbereitung ihrer Kräfte für die folgende Etappe der Revolution<sup>2</sup>.»

In der Frage der «Vereinigung der Internationalisten gegen den kleinbürgerlichen Block der Vaterlandsverteidiger» sprach sich die Konferenz gegen jegliche Blockbildung mit Parteien aus, die nicht mit der Vaterlandsverteidigung gebrochen hatten. Die Konferenz lehnte Abkommen mit den Sozialchauvinisten der andern Länder ab und gab die Losung zur Schaffung der III. Internationale aus.



Die Aprilkonferenz der Bolschewiki war von gewaltiger Bedeutung für die Entwicklung der Partei und der Revolution. Die Aprilkonferenz gab der bolschewistischen Partei als Richtschnur den Kampf für das Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische. Die Konferenz stellte ein konkretes revolutionäres Programm für die gegebene Etappe des Hinüberwachens der Revolution auf. Die Konferenz zeigte, welche Klassen die Revolution vorwärtstreiben. Sie faßte Beschlüsse über alle Grundfragen der Revolution, über den Krieg, den Boden, den Kampf gegen den Hunger. Sie zeigte den einzigen Ausweg aus der Lage: den Uebergang der gesamten Staatsmacht in die Hände der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und sonstigen Deputierten in ganz Rußland.

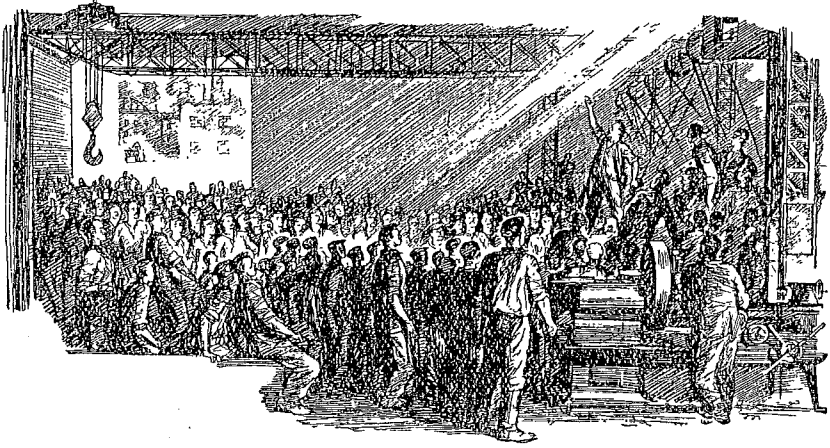
«Das Proletariat wird in unseren Resolutionen das richtunggebende Material für den Vormarsch zur zweiten Etappe unserer Revolution finden<sup>1</sup>»,

sagte Lenin in seiner Schlußrede auf der Aprilkonferenz.

Den süßlichen Redensarten der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, nach denen die Massen ruhig und in demütigem Gehorsam alles Heil von der Provisorischen Regierung erwarten sollten, setzten die Bolschewiki den kühnen Appell zum Kampf, zur weiteren Entfaltung der Revolution entgegen.

Die Partei, die einen heroischen Weg zurückgelegt und den Sieg über den Zarismus errungen hatte, schuf auf ihrer Allrussischen Konferenz die Generallinie für den Sieg über die Bourgeoisie und deren kleinbürgerliche Verbündeten. Und die Einmütigkeit, mit der die Konferenz ihre Beschlüsse zu den Berichten Lenins und Stalins gefaßt hatte, war das Unterpfand für den Erfolg in der neuen Etappe.





## Fünftes Kapitel

# Die bolschewistische Partei im Kampf um die Massen

### 1.

## Die Aprildemonstration

Unmittelbar vor der Aprilkonferenz der Bolschewiki kam es in Petrograd zu einem Durchbruch der Klassegegensätze. Weder die Zugeständnisse der Bourgeoisie noch die Manöver der Komproißler hatten geholfen. Am 20. und 21. April fanden in den Straßen der Hauptstadt Massendemonstrationen gegen den Krieg statt.

Bis dahin hatte die Provisorische Regierung ihre wirklichen Absichten verborgen. Vom Kriege sprach sie in absichtlich nebelhaften Phrasen, die bei den Massen Hoffnungen auf die Einstellung des Gemetzels erwecken sollten. Die Regierung wollte abwarten, bis die Sozialrevolutionäre und Menschewiki ihre Aufgabe, die Massen zur Fortsetzung des Krieges vorzubereiten, erfüllt haben würden. Aber die Bourgeoisie fürchtete, daß das Anwachsen der Stimmung gegen den Krieg alle Anstrengungen der sozialrevolutionären und menschewistischen Agitatoren zunichte machen werde. Ueberdies hatte die Deklaration der Regierung vom 28. März, die sich, wenn auch undeutlich, für «die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker» aus-

gesprochen hatte, einen unangenehmen Eindruck auf die verbündeten Imperialisten gemacht. Sie verlangten eine unumwundene Antwort auf die Frage, ob Rußland den Krieg weiterführen werde.

Am 18. April erklärte Miljukow, daß die Deklaration vom 28. März «das Bestreben des ganzen Volkes, den Weltkrieg bis zum entscheidenden Sieg weiterzuführen<sup>1</sup>», zum Ausdruck bringt.

Gerade an diesem Tag — es war nach der westeuropäischen Zeitrechnung der 1. Mai — demonstrierten die Arbeiter und Soldaten auf den Straßen unter der Losung der Sowjetdeklaration: «Friede ohne Annexionen und Kontributionen».

Der ausgesprochen imperialistische Charakter der Note Miljukows rief namentlich bei den Petrograder Truppenteilen stürmischen Protest hervor. Am 20. April morgens zog das Finnische Regiment unter der Losung «Nieder mit der Eroberungspolitik» auf die Straße. Kurz darauf folgte ihm das 180. Regiment. Auch ein Teil der Flottenbesatzungen zog auf die Straße. Die Offiziere gingen nicht mit. Mehr als 15 000 Demonstranten versammelten sich in äußerst entschlossener Stimmung vor dem Marien-Palast, wo die Provisorische Regierung tagte. Man ließ die sozialrevolutionären und menschewistischen Führer Goz und Skobelew Ansprachen an die Soldaten halten, die aber niemanden zu beruhigen vermochten. Die Soldaten nahmen folgende Entschließung an:

«Nach Kenntnisnahme der Note Miljukows über die Kriegsziele bringen wir unsere Entrüstung über ein so unerhörtes Verhalten zum Ausdruck, das im krassen Widerspruch zum Aufruf des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten an die Völker der ganzen Welt und zu der Deklaration der Provisorischen Regierung selbst steht. Wir fordern den sofortigen Rücktritt Miljukows<sup>2</sup>.»

Um die Massen abzulenken, beriefen die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki eine außerordentliche Sitzung des Sowjets ein. Ein Vertreter der vor dem Marien-Palast aufmarschierten Soldaten und Matrosen erklärte in der Sitzung, die Krise könne nur gelöst werden entweder «durch unsere Regierung» oder «durch den Bürgerkrieg».

Die Aktionen der Arbeiter und Soldaten führten zu Gegenaktionen der Bourgeoisie. Die Anhänger der Provisorischen Regierung führten die Regimenter auf die Straße, die noch nicht die wirkliche Politik der Provisorischen Regierung durchschaut hatten. Unter Führung der Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki organisierten Hausbesitzer, Krämer, Spießler, und beamtete Intellektuelle

eine Kundgebung unter der Losung: «Vertrauen für die Provisorische Regierung».

Während die patriotische Kundgebung lärmte, ergriff die Regierung auch entschiedeneren Maßnahmen. Der neue Oberbefehlshaber des Petrograder Militärbezirkes, General Kornilow — der später zum Banner der Konterrevolution werden sollte — erteilte der Michail-Artillerieschule den Befehl, zwei Batterien auf dem Schloßplatz in Stellung zu bringen. Die Soldaten der Artillerieschule und ein Teil der Offiziere erkundigten sich, ob die Anordnung Kornilows dem Sowjet bekannt sei. Es stellte sich heraus, daß der Sowjet keine derartigen Weisungen gegeben hatte. Der übereifrige General sah sich gezwungen, seinen Befehl zur Einsetzung von Kanonen nach zwei Stunden «rückgängig zu machen». Aber schon die Tatsache dieses Befehls zeigte die Absicht der Regierung, auf die Kundgebung schießen zu lassen. Das wurde denn auch durch die weiteren Ereignisse bestätigt: an einigen Stellen wurden Schüsse gegen die Arbeiter abgegeben.

Die Vorstöße der Bourgeoisie riefen erneute Kundgebungen des Proletariats hervor. Am nächsten Tag zogen die Massen der Arbeiter ganzer Betriebe auf die Straße. Die Außenbezirke waren voll von Arbeitern und Soldaten, die gegen die imperialistische Politik protestierten. Im Zentrum, am Newski-Prospekt, marschierten kleine Gruppen von Regierungsanhängern.

In der Menge der demonstrierenden Arbeiter erschienen auch Schilder mit der Losung: «Nieder mit der Provisorischen Regierung!» Diese Losung wurde im Gegensatz zur Linie des Zentralkomitees der Partei von einem Teil des Petersburger Komitees der Bolschewiki herausgegeben. Lenin verurteilte diese unüberlegte Losung scharf.

«Wir wollten nur eine friedliche Erkundung der feindlichen Kräfte vornehmen — sagte er auf der Aprilkonferenz der Partei — aber keine Schlacht liefern... Im Augenblick der Aktion war es unangebracht, ‚ein klein wenig linker‘ zu steuern. Wir betrachten das als das größte Verbrechen, als Desorganisation<sup>1</sup>.»

L. Trotzki, der damals noch nicht Mitglied der bolschewistischen Partei war, hat die Auffassung Lenins später völlig entstellt. In seinen «Lehren des Oktober» schrieb Trotzki:

«Die Aprilkundgebung, die einen ‚linkeren‘ Kurs nahm als erforderlich war, war ein Erkundungsvorstoß, um die Stimmung der Massen und das Verhältnis zwischen ihnen und der Sowjetmehrheit zu prüfen. Lenin zog, nachdem er die Erkundung vor-

genommen hatte, die Losung des sofortigen Sturzes der Provisorischen Regierung zurück, aber er zog sie nur auf ein paar Wochen oder Monate zurück, je nach der Schnelligkeit, mit der die Empörung der Massen gegen die Kompromißler steigen würde<sup>1</sup>.»

Diese lügenerische Behauptung L. Trotzki's steht in krassem Widerspruch zur gesamten Taktik Lenins. Lenin brauchte im April die Losung des «sofortigen Sturzes der Provisorischen Regierung» schon deshalb nicht zurückzunehmen, weil Lenin im April diese Losung gar nicht aufgestellt hatte. Lenin hat vielmehr gegen diese Losung in den Apriltagen gekämpft und sie auf der Parteikonferenz verurteilt. Die ganze überragende Bedeutung der Taktik der Bolschewiki bestand gerade darin, daß ihre Losungen die zutiefst gehegten Erwartungen der Massen zum Ausdruck brachten, ihre politischen Forderungen formulierten und diese Massen unter den bolschewistischen Fahnen mobil machten. Die Erkundung der feindlichen Kräfte, von der Lenin sprach, bedeutet im Klassenkampf keineswegs das gleiche wie im gewöhnlichen Krieg.

«Eine politische Armee ist etwas anderes als eine militärische — so hat Stalin diesen Gedanken außerordentlich treffend ausgedrückt. — Während das Militärkommando den Krieg erst beginnt, wenn es eine fertige Armee in den Händen hat, muß die Partei ihre Armee im Verlaufe des Kampfes selbst, im Verlauf der Zusammenstöße der Klassen schaffen, in dem Maße, wie die Massen selbst durch ihre eigene Erfahrung sich von der Richtigkeit der Losungen der Partei, von der Richtigkeit ihrer Politik überzeugen. Natürlich ergab jede derartige Demonstration gleichzeitig auch eine gewisse Feststellung der latenten Kräfteverhältnisse, eine gewisse Erkundung, aber die Erkundung war hier nicht der Beweggrund zur Demonstration, sondern ihre natürliche Folge<sup>2</sup>.»

Die Aprildemonstration in Petrograd war ein Anstoß zur Klärung des Klassenbewußtseins der Massen auch in den andern Industriezentren des Landes.

Das Moskauer Proletariat reagierte auf die Ereignisse von Petrograd mit einer Solidaritätskundgebung.

Ein Mitarbeiter der Moskauer Stadthauptmannschaft beschreibt die Apriltage in Moskau folgendermaßen:

«Große Volksmengen füllten den Platz vor dem Sowjet, die Redner plazierten sich auf dem Denkmal Skobelevs. In der Menge wehten und flatterten rote Fahnen, Dutzende von Schildern mit der Parole ‚Nieder mit Miljukow‘ ragten empor. Die Stimmung

der Massen war gehoben, erregt... Redner der Menschewiki und Sozialrevolutionäre traten einer nach dem andern auf den Balkon des Sowjethauses und hielten beschwichtigende Ansprachen... Die unten auf dem Platz versammelte Menge nahm die Redner sehr unfreundlich auf: die Beschwichtigungsreden wurden durch Zwischenrufe, ironische Bemerkungen und die Forderung nach dem Rücktritt Miljukows unterbrochen. Die roten Schilder mit der Losung ‚Nieder mit Miljukow‘ wurden von der Menge in der Richtung zum Balkon erhoben, damit sie die Redner von oben besser sehen konnten... Die Unruhe wurde noch dadurch gesteigert, daß sich das 55. Regiment den Demonstranten anschloß und fast in voller Stärke unter den gleichen Losungen: ‚Nieder mit den kapitalistischen Ministern‘, ‚Nieder mit Miljukow‘ erschienen war<sup>1</sup>.»

Zu den demonstrierenden Soldaten kamen die Arbeitermassen aus dem Stadtteil Samoskworetshije; besonders aktiv waren die Arbeiter der Michelson-Werke, die sich mit dem 55. Regiment verbrüderten.

Die Aprildemonstration und ihr Widerhall im Lande zeigten mit einem Schlage die ganze Tiefe der politischen Krise.

In Erregung gerieten vor allem die Soldatenmassen, die gutgläubig der Friedensliebe der Provisorischen Regierung vertraut hatten. Die unbeständige Masse neigte nach links, auf die Seite der Arbeiter. Das Schwanken dieser Masse, die nach dem Ausdruck Lenins «ihrer Kraft nach fähig war, alles zu entscheiden», brachte die beiden Extreme in Bewegung: die Bourgeoisie und das Proletariat. Die Bourgeoisie setzte sich für die Provisorische Regierung ein, das Proletariat für die Losungen der bolschewistischen Partei. Es ging darum, welche Klasse — das Proletariat oder die Bourgeoisie — die unbeständige Masse des Kleinbürgertums bewegen werde, ihr zu folgen.

Die kleinbürgerlichen Sowjetführer, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, waren ebenfalls daran, nach der Seite der Revolution hin zu schwanken, aber die Bourgeoisie schüchterte sie mit dem Gespenst des Bürgerkrieges ein, und so leisteten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki nach den Arbeiterdemonstrationen erneut der Bourgeoisie Gefolgschaft. Vor der Aprilkrise hatte sich im Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets fast die Hälfte aller Delegierten gegen die Provisorische Regierung ausgesprochen, nach der Demonstration aber sprachen sich 34 Delegierte gegen 19 für das Vertrauen zu den Kapitalisten und das Paktieren mit ihnen aus.

Die von Lenin verfaßte Resolution des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei schätzte diese Klassenverschiebungen folgendermaßen ein:

«Die kleinbürgerliche Masse schwankte zunächst von den Kapitalisten, voller Entrüstung über sie, zu den Arbeitern, einen Tag später aber folgte sie von neuem den menschewistischen und Narodnikführern, die eine Politik des ‚Vertrauens‘ zu den Kapitalisten und des ‚Paktierens‘ mit ihnen betreiben. Die genannten Führer gingen auf ein Kompromiß ein, gaben alle ihre Positionen vollständig preis und gaben sich mit den hohlsten, rein auf Redensarten hinauslaufenden Klauseln der Kapitalisten zufrieden<sup>1</sup>.»

Der Ausbruch im April zeigte der Bourgeoisie, daß Kerenski allein — die «Geisel der Demokratie», wie er genannt wurde — ihr die Unterstützung der Massen nicht sichern konnte. Man mußte die Positionen weiter nach links ausdehnen. Die Provisorische Regierung entschloß sich, Gutschkow und Miljukow zu opfern. Am 26. April machte die Regierung in einer besonderen Deklaration bekannt, daß sie neue gesellschaftliche Kräfte zur Leitung heranziehen werde. Am 27. April wandte sich der Fürst Lwow brieflich an Tschcheidse mit dem Vorschlag, Vertreter des Sowjets in die Regierung aufzunehmen, andernfalls würde die Bourgeoisie die Regierungsmacht aufgeben. Nachdem es der Bourgeoisie nicht gelungen war, ihre Alleinherrschaft aufzurichten, hoffte sie, die Doppelherrschaft durch eine Koalition mit den Sowjetvertretern zu beseitigen. So schätzte Miljukow die Koalition denn auch ein:

«Es (das Koalitionskabinett. *Die Red.*) wird uns auf jeden Fall die Hoffnung gestatten, die beiden wichtigsten Ziele des gegenwärtigen Augenblickes zu erreichen, nämlich die Stärkung der Regierungsmacht und die Herbeiführung eines Stimmungsumschwungs in der Armee<sup>2</sup>.»

Aber das Exekutivkomitee des Sowjets war durch seine alte Resolution vom 26. Februar gebunden, in der die Teilnahme an der Regierung abgelehnt wurde. Das Ultimatum der Bourgeoisie schuf eine Lage, in der die Macht in die Hände des Sowjets übergehen mußte. Das fürchteten aber die Kompromißler mehr als alles andere. Zu dieser Zeit tagte die Allrussische Konferenz der Menschewiki. Sie begründete folgendermaßen die Notwendigkeit eines Eintritts in die Regierung:

«Da sie (die Provisorische Regierung. *Die Red.*) weder zu genügend energischen revolutionären Schritten auf dem Gebiet des



inneren Aufbaus, noch — vor allem — zu einer konsequenten Durchführung der Friedenspolitik auf internationalem Gebiet imstande war, erweckte sie Mißtrauen bei den breiten demokratischen Massen. Deshalb verfügte sie nicht über die ganze nötige Fülle der Macht, von der ein immer größerer Teil auf die Sowjets überging<sup>1</sup>.»

Die Menschewiki gaben offen zu, daß die Macht aus den Händen der Provisorischen Regierung in die Hände der Sowjets glitt. Man konnte diesen Uebergang der Macht an die Sowjets nur aufhalten, indem man in die Regierung eintrat und sie dadurch unterstützte. Das Exekutivkomitee nahm am 1. Mai seine frühere Resolution zurück und beschloß, noch vier «sozialistische» Minister in die Regierung zu entsenden. Skobelew berichtete dem Sowjet am Abend des 5. Mai über die neue Regierung. Er sagte:

«Wenn Sie es für nötig halten, daß wir auf Grund dieser Deklaration in die Regierung eintreten, so müssen Sie der Regierung nachher voll vertrauen und ihr die ganze Fülle der Macht sichern<sup>2</sup>.»

In der gleichen Sitzung erklärte ein hervorragender Führer der Sozialrevolutionäre, A. R. Goz, seine Partei entsende ihre Vertreter in die Regierung, um dort die Losung «Land und Freiheit» zu verwirklichen.

«Sie gehen nicht als Gefangene der Bourgeoisie hin, sondern besetzen eine neue Position in den vordersten Schützengraben der Revolution<sup>3</sup>,»

schloß Goz seine Rede. Zereteli sagte in der Sitzung des Sowjets, es habe nur zwei Auswege aus der entstandenen Lage gegeben: entweder Eintritt in die Regierung oder Uebernahme der Macht. Der zweite Ausweg war unmöglich, denn nach der Meinung Zeretelis

«ist die Bourgeoisie nicht isoliert: hinter ihr steht ein Teil der Armee und die Bauernschaft, und diese würden sich dann von der revolutionären Bewegung abkehren<sup>4</sup>.»

Der Sowjet bestätigte den Beschluß des Exekutivkomitees. Am nächsten Tag, dem 6. Mai, wurde die folgende Liste der Koalitionsregierung veröffentlicht: Ministerpräsident und Innenminister — Fürst G. J. Lwow; Kriegs- und Marineminister — A. F. Kerenski (Sozialrevolutionär); Justizminister — P. N. Perewerzew (den Sozialrevolutionären nahestehend); Außenminister — M. I. Tereschtschenko; Verkehrsminister — N. W. Nekrassow (Kadett); Minister

für Handel und Industrie — A. I. Konowalow (Fortschrittler); Unterrichtsminister — A. A. Manuilow (Kadett); Finanzminister — A. I. Schingarjow (Kadett); Landwirtschaftsminister — W. M. Tschernow (Sozialrevolutionär); Post- und Telegraphenminister — I. G. Zereteli (Menschewik); Arbeitsminister — M. I. Skobelew (Menschewik); Ernährungsminister — A. W. Peschechonow («Volkssozialist»); Wohlfahrtsminister — Fürst W. N. Schachowskoj (Kadett); Oberprokurator — W. N. Lwow (Zentrum) und Staatskontrolleur — I. W. Godnew (Oktobrist).

Die Ernennung Kerenskis deckte den ganzen Sinn der Koalition auf. Man gab ihm das Kriegs- und das Marineministerium, in der Hoffnung, daß Kerenski ein gewisses Vertrauen in der Armee besitze. Am Abend des Vortages, am 5. Mai, hob ein Vertreter der 11. Armee in der Sitzung des Sowjets die außerordentliche Wichtigkeit der Ernennung Kerenskis hervor: nicht nur die Soldaten, sondern auch viele Offiziere haben Vertrauen zu ihm. Zum Außenminister wurde, nicht ohne Empfehlung Miljukows, Tereschtschenko ernannt, ein Millionär, Theaterfreund, Kunstliebhaber. «Dieser Mann wird wenigstens mit Diplomaten sprechen können», sagte Miljukow von ihm, auf die Sprachkenntnisse und die weltmännischen Umgangsformen des neuen Ministers anspielend. Aber es kam nicht auf Manieren, sondern auf die Politik an.

Der Kadett Nabokow schrieb über Tereschtschenko:

«In seiner Tätigkeit als Außenminister bemühte er sich, der Politik Miljukows zu folgen, aber so, daß er vom Arbeitersowjet dabei nicht gestört werde. Er wollte alle hereinlegen<sup>1</sup>.»

## 2.

### Die Koalitionsregierung an der Arbeit

Die Koalition mit den Kompromißlern erlaubte es der Bourgeoisie, in der Regierung eine eigenartige Arbeitsteilung einzuführen. Die «sozialistischen» Minister traten mit «demokratischen» Reden und Anträgen vor das Volk, während die Führer der Bourgeoisie unter dem Schutz der Kompromißler die Kräfte für eine neue Offensive gegen die Revolution sammelten. Die Tätigkeit der Reichsduma wurde unter dem Deckmantel von «privaten Beratungen» wieder aufgenommen. Die erste derartige Beratung fand am 22. April statt. Rodsjanko bestimmte die Aufgaben dieser Zusammenkünfte folgendermaßen: von den Dumadelegierten erwartet man «den Hinweis, wie das Staatsschiff zu führen ist<sup>2</sup>». Der Abgeordnete N. W. Sawitsch, ein Oktobrist, fügte hinzu:

«Es ist unsere Sache, die öffentliche Meinung zu formen<sup>1</sup>.»

Als Landwirtschaftsminister trat W. M. Tschernow in die Mai-Koalition ein. Dieser Führer und Theoretiker der Partei der Sozialrevolutionäre galt auch als ein Spezialist für die Agrarfrage. Zum Minister ernannt, sollte Tschernow versuchen, die konfuse Theorien der Sozialrevolutionäre in die Praxis umzusetzen. Aber der Führer der Sozialrevolutionäre war nicht zu diesem Zweck in die Regierung berufen worden. Fürst Wolkonski, der größte Gutsbesitzer des Gouvernements Tambow, legte Anfang Juni in einem Brief an Tschernow dar, was die Gutsbesitzer von ihm erwarteten:

«Nur durch Vorschrift von oben — schrieb der Fürst in hochtrabendem Stil — kann man die Einheitlichkeit der Handlungen erreichen, nur auf diesem Wege kann man kaltes Wasser auf die feurigen Kohlen der Habgier schütten, die durch die Instinkte des Klassenkampfes angezündet sind und mit ihrem Rauch jedes Verständnis für das öffentliche Interesse zu verdunkeln, mit ihren Flammen den Wohlstand selbst derjenigen zu verzehren drohen, die sie schüren... Man muß ihnen (den Bauern. *Die Red.*) gebieterisch sagen, daß es Handlungen gibt, die in Zeiten wie den jetzigen widernatürlich sind. Man muß ihnen das sagen, und das können nur Sie aus Petersburg tun. Jedes Wort, das man hier in der Provinz sagt, gilt als verdächtig: dem einen darf man nicht glauben, weil er Gutsbesitzer ist, dem andern, weil er Kaufmann ist, wieder einen andern ‚kennt man schon‘, er ist ja ‚Jurist‘, alle miteinander aber sind ‚Bourgeois‘ oder ‚altes Regime‘... Sie, Herr Minister, sind das neue Regime... Sprechen Sie das richtige Wort aus — Ihnen wird man glauben. Noch ist es Zeit, aber nicht mehr lange.»

Die Gutsbesitzer empfahlen W. M. Tschernow, im Namen des «neuen Regimes» aufzutreten, weil sie hofften, man werde dem Führer der Sozialrevolutionäre glauben und er werde es verstehen, kaltes Wasser auf die «feurigen Kohlen der Habgier» zu gießen, wie die Besetzung des Gutsbesitzerbodens durch die Bauern in der Sprache der Wolkonskis genannt wurde.

Tschernow tat, was in seinen Kräften stand, um Wasser auf den im Dorf emporlodernden Brand zu gießen. Das war der Sinn der zahlreichen Gesetzentwürfe, die der Minister verfaßte. Sein Name wurde mit dem Nimbus eines Verteidigers der Bauerninteressen umgeben. Man nannte Tschernow den «Bauernminister», fügte aber gleich hinzu, er werde wohl kaum etwas tun können, da ihn die Regierung nicht unterstützte. Diese Legende wurde eifrig von den

Sozialrevolutionären verbreitet, die fürchteten, daß die Tätigkeit des Ministers, trotz seiner Gesetzentwürfe, im Dorfe das Vertrauen zu ihrer Partei untergraben werde. Der Nimbus Tschernows als eines Bauernverteidigers war auch für die Gutsbesitzer selbst von Vorteil, da er in der Bauernschaft Hoffnungen auf eine friedliche Verständigung mit den Gutsbesitzern weckte. Als nach einiger Zeit die Kadetten Tschernow der Durchführung seines Parteiprogramms und der angeblichen Nachsicht gegenüber der «bäuerlichen Elementar-gewalt» beschuldigten, ließ er eiligst seinen Ehrentitel «Bauernminister» fallen. Tschernow schrieb am 11. Juli:

«Meine Gesetzentwürfe haben gerade das Ziel, jene örtliche gesellschaftliche Selbsttätigkeit, die sonst unvermeidlich aus den Ufern tritt und, dem Hochwasser gleich, vieles zerstört, in gesetzmäßige Bahnen zu lenken<sup>1</sup>.»

Die Hochflut der Bauernbewegung einzudämmen und die Zerstörung des gutsherrlichen Grundbesitzes zu verhindern — das waren die Aufgaben Tschernows. Aber diese Aufgaben waren unter den Bedingungen der anwachsenden Revolution sehr schwierig. Der «Bauernminister» stolperte fortwährend: bald eilte er von den Bauernorganisationen vorwärtsgestoßen zu weit voraus, bald hielten ihn die zornigen Protestrufe der Kadetten zurück. Das Hauptbodenkomitee erkannte das Tschernowsche Werk nicht an. Der Gehilfe des Landwirtschaftsministers, P. A. Wichljajew, mußte in einer Sitzung des Hauptbodenkomitees die Mitglieder darauf aufmerksam machen, daß man den Landwirtschaftsminister nicht in einen Grammophontrichter verwandeln dürfe, sondern ihm wenigstens eine gewisse Selbständigkeit zugestehen müsse... Das «Grammophon» war natürlich nicht das Bodenkomitee, das sich mit sachlicher Arbeit nicht befaßte, sondern die Organisation der Grundbesitzer und das Provisorische Komitee der Reichsduma. Von dort wurden der Provisorischen Regierung die maßgebenden Vorschriften über ihre Tätigkeit erteilt.

Diese führende Hand der Gutsbesitzer machte sich schon bei den ersten Maßnahmen des «Bauernministers» in ungeschickter Weise bemerkbar. Zunächst machte das Landwirtschaftsministerium viel Lärm um eine der bäuerlichen Hauptforderungen: das Verbot des Kaufs und Verkaufs von Boden. Seit Beginn der Revolution hatte sich eine wilde Bodenspekulation entfaltet. Die Gutsbesitzer verkauften ihre Güter, hauptsächlich an Ausländer, die sich für unantastbar hielten. Die Gutsbesitzer zersplitterten die Grundstücke

und veräußerten sie an Strohmänner. Das Land wurde brach gelegt, niemand bearbeitete es. Die Bauern, die ein sofortiges Verbot des Kaufs und Verkaufs von Boden forderten, mußten beruhigt werden. Tschernow entwarf ein Dekret über das Verbot von Grundstücksgeschäften bis zum Erlaß einer besonderen Verordnung. Auf Grund dieses Tschernowschen Entwurfs richtete der Justizminister Perewerjew am 17. Mai ein Telegramm an die Notare, worin er die vorläufige Einstellung von Grundstücksgeschäften anordnete.

Die Gutsbesitzer gaben den Ministern unverzüglich zu verstehen, daß sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht hatten. Der Vereinigte Adelsrat drückte in seiner Zuschrift vom 24. Mai sein Erstaunen darüber aus, daß das übereilte Telegramm des Justizministers nicht in der Presse widerrufen worden sei. Die Gutsbesitzer setzten dem Minister auseinander, daß das Verbot von Grundstücksgeschäften den Gutsbesitzern das Recht entziehe, über ihr Eigentum zu verfügen, ihr Nutznießungsrecht einenge und schließlich eine Rückkehr zur Leibeigenschaft sei, denn der Gutsbesitzer werde an den Boden gefesselt, den er möglicherweise verkaufen will. Zum Schluß erinnerte der Vereinigte Adelsrat die Provisorische Regierung daran, daß sie in ihren Deklarationen mehrfach versprochen hatte, der Konstituierenden Versammlung die Entscheidung der Bodenfrage zu überlassen. Dem Protest der Gutsbesitzer schlossen sich das Komitee der Vertreter von Aktiengesellschaften, die Bodenbanken, das Provisorische Komitee der Reichsduma an. Ende Mai gab der Justizminister Perewerjew telegraphisch bekannt, daß sich das Verbot der Grundstücksgeschäfte nicht auf die Erwerbung und Veräußerung von Pfandrechten erstrecke. Durch diese Ausnahme wurde das Verbot von Grundstücksgeschäften im Wesen schon aufgehoben.

Am 24. Juni erschien in den Zeitungen die Mitteilung, daß der Landwirtschaftsminister der Regierung einen neuen Gesetzentwurf über das Verbot des Kaufs und Verkaufs von Boden vorgelegt habe. Während der «Bauernminister» seinen Gesetzentwurf einbrachte, hob der Gehilfe des Justizministers, Demjanow, endgültig sämtliche Verbote von Grundstücksgeschäften auf, mit der Erklärung, diese müßten auf der genauen Grundlage der geltenden Gesetze vollzogen und bestätigt werden.

Hinter den Kulissen dieses ganzen Hin und Her um das Verbot von Grundstücksgeschäften stand der Vorsitzende des Provisorischen Komitees der Reichsduma, Rodsjanko, «der frühere Vorsitzende der früheren Reichsduma . . . , der frühere Vertrauensmann des Henkers Stolypin . . .<sup>1</sup>», wie ihn Lenin genannt hat.

Die gleiche Rolle eines Schutzschildes für die Bourgeoisie spielte der Arbeitsminister Skobelew.

Bisher hatte es in der Regierung überhaupt kein besonderes Arbeitsministerium gegeben. Es bestand nur eine Abteilung beim Ministerium für Handel und Industrie. Wer die Fabriken und Werke in der Hand hatte, entschied auch über die Fragen der Arbeit. Als man aber in der Regierung dichter zusammenrückte und den Sozialrevolutionären und Menschewiki einige Plätze einräumte, mußte man das Ressort «Arbeit» dem bürgerlichen Minister entziehen: am 5. Mai wurde ein neues Ministerium geschaffen. Noch im Ministerium für Handel und Industrie war bei der Abteilung «Arbeit» ein Sonderausschuß für die Vorbereitung der Gesetzentwürfe zur Arbeiterfrage eingerichtet worden. Der Ausschuß bestand aus acht Vertretern des sozialrevolutionär-menschewistischen Sowjets, acht Unternehmern, zwei Vertretern des Semstwo- und des Städteverbandes und zwei Vertretern des Zentralen Kriegsindustriekomitees. Bei einer solchen Zusammensetzung war an die Durchführung irgendwelcher ernster Verbesserungen nicht zu denken. Die Arbeitervertretung blieb stets in der Minderheit. Der Sonderausschuß stellte einen Gesetzentwurf über die Gewerkschaften fertig. Die bürgerlichen Vertreter kämpften für die Beschränkung der gewerkschaftlichen Rechte. Skobelew behielt den Sonderausschuß bei, der auch unter dem neuen «sozialistischen» Minister seine alte Praxis fortsetzte. Ein Gesetz über den Achtstundentag blieb in den Ministerkanzleien stecken. Die Bourgeoisie hatte erreicht, was sie wollte: das Abkommen mit dem Sowjet über die Einführung des Achtstundentages erwies sich als ein vorübergehendes Zugeständnis.

Die alte Regierung hatte noch vor der Koalition, am 23. April, eine Verordnung «über Arbeiterkomitees in den Industriebetrieben» erlassen. Diesen Komitees wurde die kulturelle Aufklärungsarbeit in den Betrieben, die Regelung des Verhältnisses zwischen den Arbeitern, die Vertretung der Arbeiter vor der Betriebsleitung übertragen. Von irgendwelchen Befugnissen der Komitees inbezug auf die Produktion war nicht die Rede, die Frage der Freistellung der Komiteemitglieder von der Arbeit wurde dem «gegenseitigen Uebereinkommen» der Unternehmer und Arbeiter überlassen; die Bildung der Komitees selbst — sie hießen Fabrikkomitees — war nicht obligatorisch. Skobelew änderte nicht nur nichts an der Verordnung, sondern erklärte offen, die Rolle der Fabrikkomitees sei beendet. Die Kapitalisten bekamen in ihm einen guten Verteidiger.

Skobelew beschränkte sich nicht auf sein Amt. Er erblickte seine Aufgabe auch in der Unterstützung anderer Minister, in erster Reihe Konowalows, der früher selbst die Arbeitsangelegenheiten geleitet hatte. In ihrer Deklaration vom 6. Mai sagte die Provisorische Regierung nichts Bestimmtes über den Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung. Konowalow hielt es für seine Hauptaufgabe, die Entscheidung brennender Fragen zu verschleppen. Auch hier wurden, ebenso wie in den übrigen Ministerien, zahllose Kommissionen und Komitees gebildet, in deren Schoß alle Fragen versenkt wurden. Der Gehilfe des Ministers für Handel und Industrie, W. A. Stepanow, Kadett, Mitglied der IV. Duma, schilderte auf der Beratung der Dumaabgeordneten vom 20. Mai, wie die Frage der Lohnerhöhung im Ministerium behandelt wurde. Die südrussischen Industriellen wandten sich unter der Führung des Kadetten N. N. Kutler (Großgrundbesitzer, nach der Revolution von 1905 der Verwaltungschef für Landbesitz und Landwirtschaft) an die Provisorische Regierung mit der Erklärung, die Forderungen der Arbeiter brächten die Industrie in eine ausweglose Lage. Die Lohnerhöhung, so schrieben die Industriellen, würde nicht nur den ganzen Gewinn aufzehren, sondern die Lohnzahlung selbst ohne eine erhebliche Erhöhung der Warenpreise unmöglich machen. Das Ministerium für Handel und Industrie lud Vertreter der Unternehmer und Arbeiter nach Petrograd. Nach zweitägigen Beratungen wurde die Bildung einer Sonderkommission beschlossen.

«Heute ist diese Kommission — berichtete der linke Kadett W. A. Stepanow auf der Beratung der Dumaabgeordneten — in Sektionen aufgeteilt, zum erstenmal zusammengetreten und hat das vorhandene Material behandelt. Was dabei herauskommen wird, ist natürlich schwer zu sagen. Gott gebe, daß diese Hoffnung sich erfülle und die Kommission irgendeine Verständigung zustandebringe. Einige Arbeiter haben im Privatgespräch gesagt, wenn nun einmal die Lage so sei, wären sie bereit, ihre Forderungen zu verringern, aber bis zu welchem Grade, ist natürlich schwer zu sagen. Aber dann bleibt immer noch eine sehr schwierige Frage übrig: wenn diese Delegierten sich von der Richtigkeit der Ziffern überzeugen und einer Verringerung ihrer Forderung zustimmen — wird dann ihre Zustimmung auch den Verzicht der 800 000 Arbeiter, die sie vertreten, nach sich ziehen, und wird die Sache nicht damit enden, daß ihnen diese Arbeiter die Mandate entziehen und sie als Verräter betrachten werden, die ihre Interessen preisgegeben und ihr Vertrauen

nicht gerechtfertigt haben? Wenn es nicht zu einer solchen Verständigung kommt, wird man sich an diese beiden Kommissionen wenden müssen (an die eine zur Prüfung der von den Industriellen vorgelegten Ziffern und an die andere zur Ermittlung des Existenzminimums. *Die Red.*), und so den letzten Versuch machen, ... einen Ausweg aus dieser Lage zu finden<sup>1</sup>.»

Die Kommission lehnte am 23. Mai sämtliche Forderungen der Arbeiter ab. Die Frage wurde vom Komitee an die Kommission, von der Kommission an die Sektion überwiesen — nur um die Antwort zu verschleppen.

Mitte Mai faßte das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets einen Beschluß, der die staatliche Regulierung der Volkswirtschaft und die Schaffung besonderer Organe für diesen Zweck forderte. Unter dem Druck der Sowjets beauftragte die Provisorische Regierung am 27. Mai einige Minister, einen Entwurf zur Bildung eines obersten Organs für die Regelung des Wirtschaftslebens auszuarbeiten. Konowalow trat zurück, da er dies für eine «übertriebene Forderung» hielt. An seine Stelle trat der Gehilfe des Ministers für Handel und Industrie, der linke Kadett W. A. Stepanow. Der Beirat für die Entwicklung der Produktivkräfte Rußlands, der bereits am 5. Mai von Konowalow geschaffen worden war, aber nicht das geringste getan hatte, verfaßte schließlich zum 8. Juli den Entwurf einer Deklaration der Provisorischen Regierung zu den Fragen der Wirtschaftspolitik. Erst im Juni versuchte die Regierung auf den bisherigen Weg zurückzublicken, erst im Juni machte sich das Ministerium für Handel und Industrie in der Person Stepanows ernste Gedanken über die schwere Lage im Lande, die es denn auch zu Beginn seines Entwurfs schildert. In einer der Sitzungen des Rates der Vertreter von Handel und Industrie forderte dessen Vorsitzender, der Kadett N. N. Kutler, der eine leitende Rolle in den Industriebankkreisen spielte, die Provisorische Regierung möge

«ihr Wirtschaftsprogramm bekanntgeben: beabsichtigt sie die Sozialisierung der Industrie oder die Beibehaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung?<sup>1</sup>»

Offenbar befürchtete Kutler, die sozialistischen Minister in der ersten Koalitionsregierung könnten schließlich mit dem Aufbau des Sozialismus beginnen. Auf diese Befürchtungen Kutlers und der gesamten Bourgeoisie gab Stepanow vor allem eine sehr klare Antwort.



«Bei der jetzigen Knappheit würde der Sozialismus an und für sich Rußland nicht vom Elend retten<sup>1</sup>», sagt er in der Einleitung zur Deklaration. In dem Entwurf der Erklärung selbst erläutert er weiter:

«Der Sozialismus muß auf dem mächtigen Fundament einer allgemeinen Organisiertheit beruhen, die in Rußland fehlt; auf der vollen Entwicklung der Produktivkräfte, mit deren wirklicher Nutzbarmachung Rußland im Grunde noch nicht begonnen hat; schließlich ist der Uebergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung im Rahmen eines einzelnen Staates überhaupt unmöglich<sup>2</sup>.»

Die menschewistischen Argumente der II. Internationale von der Unmöglichkeit eines Sieges des Sozialismus in einem Land wurden von Stepanow aufgegriffen und in seinem Deklarationsentwurf geschickt verwertet. Schließlich betonte er:

«Die Unmöglichkeit, gegenwärtig in Rußland eine sozialistische Organisation der Volkswirtschaft einzuführen, wird offensichtlich weder von den Mitgliedern der Provisorischen Regierung noch von den realistisch gestimmten Kreisen der revolutionären Demokratie in Zweifel gestellt. Die Regierung muß denn auch eine entsprechende Erklärung abgeben, um jegliches Mißverständnis zu vermeiden<sup>3</sup>.»

Der Minister Skobelew, der die von Stepanow erwähnten «realistisch gestimmten Kreise der revolutionären Demokratie» vertrat, beeilte sich, endgültig jedem «Mißverständnis» vorzubeugen. Am 16. Juni bekräftigte er in einem Interview mit Moskauer Journalisten die Stepanowsche These. Er erklärte, wenn es sich um die Regulierung der Industrie durch den Staat handle, könne von einer sozialistischen Produktion keine Rede sein. Die Bourgeoisie konnte ganz beruhigt sein. Die Stepanows schützten sie gemeinsam mit den «Sozialisten» vom Schlage Skobelews auf Gedeih und Verderb vor dem Sozialismus.

Das Ernährungswesen wurde vom Landwirtschaftsminister auf ein besonderes Ernährungsministerium übertragen, das zu diesem Zweck gebildet wurde. An seiner Spitze stand Peschechonow, Statistiker, Volkssozialist, ein «äußerst gemäßigter Narodnik», wie sich Lenin ausdrückte. Peschechonow sagte offen, daß sein Amtsantritt im Ministerium zu keiner grundlegenden Aenderung der Politik Schingarjows führen werde. Der neue Minister meinte damit die Beibehaltung des Getreidemonopols und der festen Preise, in Wirk-

lichkeit aber behielt er die gesamte Politik des bisherigen Ministers bei. Die Gutsbesitzer und Aufkäufer betrieben Getreidespekulation und unterhöhlten die festen Preise vollständig. Eine strenge Erfassung des Getreides wäre ein höchst wichtiges Mittel im Kampf gegen die Spekulation gewesen. Schon das Gesetz vom 25. März hatte die Erfassung der gesamten Getreideerzeugung gefordert. Aber Schingarjow ließ die Spekulanten und Gutsbesitzer in Ruhe. Auch der «sozialistische» Minister rührte sie nicht an. Nach einer Rundfrage des Moskauer Arbeiterdeputiertensowjets berichteten 32 von 38 Gouvernements, also vier Fünftel, daß bei ihnen keinerlei Erfassung durchgeführt wurde, in vier weiteren wurde sie nur ungenau durchgeführt. Auf die Anfrage nach der Durchführung des Getreidemonopols antwortete ein Gouvernement, das Monopol sei eingeführt worden, drei teilten mit, es sei nicht durchgeführt worden, 23 gaben die unbestimmte Antwort: «es wird durchgeführt», sechs es sei teilweise durchgeführt worden. Peschechonow organisierte nicht nur keinerlei Kontrolle über die Getreideablieferung, sondern sorgte nicht einmal für die einfache Erfassung der Vorräte. Infolgedessen begann eine zügellose Spekulation mit dem Getreide. Die Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften wuchsen. Die Arbeiterfrauen standen stundenlang an.

Skobelew, Peschechonow, Tschernow bildeten eine lebendige Illustration zu der Feststellung Lenins:

«Die Minister aus den Reihen der Ueberläufer des Sozialismus erwiesen sich als Schwatzmaschinen, um die Aufmerksamkeit der unterdrückten Klassen abzulenken...»

### 3.

## Die Nationalitätenpolitik der Provisorischen Regierung

Die Bourgeoisie suchte die Februar-Revolution als einen Protest der Massen gegen die Niederlagen der zaristischen Armee im Kriege darzustellen. Sie verkündete, die Hauptaufgabe der Revolution sei die siegreiche Beendigung des Krieges, die Eroberung Konstantinopels usw. Die bürgerliche Regierung war durchaus nicht gesonnen, das imperialistische Programm zu revidieren. Die imperialistischen Eroberungspläne, die die russische Bourgeoisie auch vorher schon unterstützt hatte, wollte sie jetzt mit größerem Erfolge verwirklichen.

Die Bourgeoisie benutzte den Krieg, um die Bevölkerung Rußlands zur nationalen Einigung aufzurufen. Unter dieser Flagge

suchte sie einer Entscheidung der «verfluchten» sozialen Fragen zu entgehen.

Es war offenkundig, daß die von der Bourgeoisie geschaffene Provisorische Regierung weder gewillt noch instande war, eine mehr oder weniger ernsthafte Lösung der nationalen Frage herbeizuführen. In der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über die nationalen Randgebiete und in der weiteren imperialistischen Expansion erblickte die Bourgeoisie eine der Grundlagen ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht, ihrer Klassenherrschaft. Auf die kleinbürgerlichen Parteien — die Sozialrevolutionäre und Menschewiki — gestützt, verfocht sie die alte zaristische Losung des «einigen und unteilbaren Rußland», die nur mit der rosafarbenen Flagge der «revolutionären Demokratie» verhüllt wurde.

Außerstande, die nationale Befreiungsbewegung in den Randgebieten Rußlands durch Unterdrückungsmaßnahmen niederzuwerfen, bemühte sich die Provisorische Regierung, sie durch untergeordnete Zugeständnisse zu schwächen: Aufhebung der auf dem Glaubensbekenntnis beruhenden Beschränkungen und des numerus clausus für die Zulassung zu den Lehranstalten, Gewährung des Rechts für «Fremdstämmige», Staatsämter zu bekleiden usw. Die Bourgeoisie verzichtete zwar auf die brutalsten Verfolgungsmaßnahmen gegen die unterjochten Nationalitäten, wie sie der Zarismus gehandhabt hatte, aber sie räumte ihnen auch keinerlei Rechte ein, mit Ausnahme der allgemeinen staatsbürgerlichen. Sogar die Frage des Gebrauchs der Muttersprache in Lehranstalten wurde nicht gelöst, obwohl das eine der Mindestforderungen war. Das Dekret der Provisorischen Regierung vom 20. März 1917 gestattete nur:

«den Gebrauch anderer Sprachen und Mundarten außer der russischen in der Geschäftsführung privater Gesellschaften, beim Unterricht in privaten Lehranstalten jeder Art und in der kaufmännischen Buchführung<sup>1</sup>».

Der Sturz des Absolutismus und der Uebergang der Macht in die Hände der Bourgeoisie bereiteten der nationalen Unterdrückung kein Ende. Wie Stalin sagte, machte nur

«die alte, grobe Form der nationalen Unterdrückung einer neuen, verfeinerten, dafür aber gefährlicheren Form der Unterdrückung Platz<sup>2</sup>».

Die nationale Befreiungsbewegung wurde daher nach der Februar-Revolution nicht nur nicht schwächer, sondern verstärkte sich

bedeutend. Stalin gab später, in dem Aufsatz «Der Oktober-Umsturz und die nationale Frage», eine Einschätzung dieser Bewegung:

«In der Epoche der bürgerlichen Revolution in Rußland (seit Februar 1917) trug die nationale Bewegung in den Randgebieten den Charakter einer bürgerlichen Befreiungsbewegung. Die Jahrhunderte lang vom ‚alten Regime‘ unterdrückten und ausgebeuteten Nationalitäten Rußlands fühlten zum erstenmal ihre Kraft und stürzten sich in die Schlacht gegen ihre Bedrücker. ‚Fort mit der nationalen Unterdrückung!‘ — das war die Losung der Bewegung. Die Randgebiete Rußlands überzogen sich im Nu mit ‚gesamtnationalen‘ Institutionen. An der Spitze der Bewegung marschierte die nationale bürgerlich-demokratische Intelligenz. Die ‚Nationalräte‘ in Lettland, Estland, Litauen, Georgien, Armenien, Aserbaidshan, in den Bergen des Kaukasus, in Kirgisistan und im Mittleren Wolgagebiet, die ‚Rada‘ in der Ukraine und in Weißrußland, der ‚Sfatul tsarii‘ in Bessarabien, der ‚Kurultaj‘ in der Krim und in Baschkirien, die ‚Autonome Regierung‘ in Turkestan — das waren die ‚gesamtnationalen‘ Institutionen, um die die nationale Bourgeoisie ihre Kräfte sammelte<sup>1</sup>.»

In der Ukraine stand an der Spitze der bürgerlichen Befreiungsbewegung die Zentralrada, die während der ersten Monate der Revolution in Kiew geschaffen wurde. Zu ihren Führern gehörten von der Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Winitschenko, Petljura, Maseppa, Tkatschenko, von den Sozialrevolutionären Gruschewski, Christjuk, Salisnjak, Kowaljow u. a. Hinter der Rada standen erhebliche — meist wohlhabende — Bauernmassen.

In ihrer Anfang Juni 1917 veröffentlichten Deklaration unter dem Titel «Erste Universalakte» legte die Rada nur grundsätzlich fest, daß das ukrainische Volk selbst sein Schicksal entscheiden müsse, forderte aber nicht die sofortige Ausrufung einer autonomen Ukraine. Ueberdies enthielt die «Universalakte» den Vorbehalt, daß von einer staatlichen Lostrennung der Ukraine von Rußland keine Rede sein könne. Lenin bezeichnete diese ersten nationalen Forderungen der Ukraine an die Provisorische Regierung als «sehr bescheiden»:

«Kein Demokrat... kann das *Recht* der Ukraine bestreiten, sich ungehindert von Rußland zu trennen. Gerade die vorbehaltlose Anerkennung dieses Rechts ermöglicht es erst, für den freien Bund der Ukrainer und Großrussen, für die *freiwillige* Vereini-

gung der beiden Völker zu einem Staate zu agitieren... Der verfluchte Zarismus machte die Großrussen zu Henkern des ukrainischen Volkes, züchtete in diesem mit allen Mitteln den Haß gegen diejenigen, die selbst den ukrainischen Kindern verboten, ihre Muttersprache zu sprechen und in ihr zu lernen<sup>1</sup>,

schrrieb Lenin wenige Tage nach der Veröffentlichung der «Ersten Universalakte».

Im Lager der Provisorischen Regierung, deren Leiter die Kadetten waren, mit deren nationaler Politik die Sozialrevolutionäre und Menschewiki einverstanden waren, rief die Erklärung der Rada jedoch einen Sturm der Entrüstung hervor. Das Zentralorgan der Kadetten, die Zeitung «Rjetsch» nannte die «Universalakte» der Rada «ein weiteres Glied des deutschen Plans zur Zersetzung Rußlands, das zur Durchführung gebracht wurde». Die «Rjetsch» schrieb:

«Die Vorbehalte ändern in keiner Weise den Sinn der grundlegenden Tatsache, daß es die Rada für sich und das ukrainische Volk ablehnt..., sich der Provisorischen Regierung zu unterwerfen, und sich zur Regierung der Ukraine erklärt hat... Man muß gestehen, daß die Herren Ukrainer schlechte Späße mit Rußland treiben<sup>2</sup>.»

So reagierte die Bourgeoisie auf den geringsten Versuch, das «einige und unteilbare Rußland» anzutasten. Sie rechnete die Ukrainer zu den Landesverrätern und deutschen Agenten und erklärte warnend, das Vorgehen der Rada

«wird entschieden von allen gesellschaftlichen Organisationen verurteilt werden, vielleicht mit Ausnahme der unversöhnlichsten Anhänger der ‚Desannexion‘, der Bolschewiki<sup>3</sup>».

Die feindseligen Aeußerungen der bürgerlichen Imperialisten über die Bolschewiki verschafften ihnen nur erhöhte Sympathie bei allen demokratischen Elementen, die für die nationale Befreiung kämpften. Es genügte ein Vergleich zwischen der Haltung der Bourgeoisie und der Stellung der Bolschewiki zu den Nationalitäten des ehemaligen zaristischen Rußland, um zu begreifen, *wer* der Freund der unterjochten Völkerschaften war.

Der Kampf um die ukrainische Frage entbrannte immer heftiger. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki machten einen schwachen, heuchlerischen Versuch, ein halbwegs anständiges «Kompromiß» zwischen der Rada und der Provisorischen Regierung zustandezubrin-

gen. Daraus wurde jedoch nichts. Den Ukrainern wurde alles verweigert, was sie forderten.

Damals schrieb Lenin in seinem Artikel «Die Ukraine und die Niederlage der russischen Regierungsparteien»:

«Die Ablehnung dieser äußerst bescheidenen und berechtigten Forderungen durch die Provisorische Regierung war eine unerhörte Schamlosigkeit, eine maßlose Frechheit von Konterrevolutionären, eine echte Aeußerung der großrussischen ‚Halte-das-Maul‘-Politik, und die Sozialrevolutionäre samt den Menschewiki haben das, ihre eigenen Parteiprogramme verhöhnend, in der Regierung geduldet und verteidigen das jetzt in ihrer Presse! Bis zu welcher Schmach sind doch die Sozialrevolutionäre und Menschewiki hinabgesunken! Zu welch erbärmlichen Ausflüchten greifen heute ihre Organe ‚Djelo Naroda‘ und ‚Rabotschaja Gaseta‘! Chaos, Wirrwarr, ‚Leninismus in der nationalen Frage‘, Anarchie — in dieser Sprache eines rabiaten Gutsbesitzers toben beide Zeitungen gegen die Ukraine<sup>1</sup>.»

Anfang Juli traf eine Dreierkommission der Regierung, bestehend aus Kerenski, Zereteli und Tereschtschenko, in Kiew ein und schloß mit der Rada einen diplomatischen Waffenstillstand. Sie gab übrigens den Ukrainern keine realen Rechte, sondern beschränkte sich auf Andeutungen über die eventuelle zukünftige Gewährung von Rechten. Aber sogar dieses Abkommen wurde im bürgerlichen Lager mit feindseligem Lärm aufgenommen. Die Verhandlungen mit den Ukrainern dienten den bürgerlichen Ministern zum Vorwand, um aus der Provisorischen Regierung auszutreten. Als die Kadetten diesen Schritt während der Petrograder Juli-Ereignisse vollzogen, erklärten sie, der Grund ihres Rücktritts seien Meinungsverschiedenheiten über die ukrainische Frage.

Mit der Rückkehr der Kadetten in die Regierung im August 1917 verschlechterten sich die Beziehungen zu der Ukraine noch mehr. Durch eine Instruktion der Provisorischen Regierung vom 4. August wurden alle Zugeständnisse rückgängig gemacht, die man der Ukraine in dem Juliabkommen gemacht hatte. Die Instruktion begrenzte das Gebiet der Ukraine auf die fünf westlichen Agrargouvernements, unter Ausschluß des Donezbeckens, des Bezirkes um Jekaterinoslaw und der Gouvernements am Schwarzen Meer. Auch das Tätigkeitsgebiet der Rada wurde auf ein Mindestmaß herabgesetzt; sie behielt nur noch einige Rechte der örtlichen Selbstverwaltung.

Die Zentralrada ging in die Opposition gegen die Provisorische Regierung. Von dieser Zeit bis zur Oktoberrevolution wuchsen und

erstarkten bei den Ukrainern, sogar bei denen, die mit den kleinbürgerlichen Nationalisten gingen, ständig die Sympathien für die Bolschewiki wegen ihrer richtigen nationalen Politik.

Die Provisorische Regierung vermochte auch Finnland gegenüber die nationale Frage nicht zu lösen. Am 7. März 1917 erließ sie ein Gesetz, das die seinerzeit von Alexander I. «allergnädigst gewährte» Verfassung des Großfürstentums Finnland wieder herstellte. Ueber diese zaristische Verfassung ging die russische Bourgeoisie nicht hinaus. Finnland erhielt keine neuen Rechte; sein Landtag wurde nicht mit den obersten Machtbefugnissen ausgestattet.

Die Volksmassen Finnlands forderten die Autonomie. Verhandlungen darüber fanden im Laufe von April und Mai 1917 zwischen dem Finnischen Landtag und der Provisorischen Regierung statt. Der vom Landtag vorgeschlagene Autonomieentwurf sah die Beibehaltung der Zuständigkeit Rußlands für die auswärtigen Beziehungen und die Armeeleitung, ja sogar die Beibehaltung des Postens eines Generalgouverneurs von Finnland vor. Aber die Provisorische Regierung erklärte sich nicht einmal mit diesem Entwurf einverstanden. Sie stellte zur Bedingung, daß die Einberufung und Auflösung des Landtags der russischen Regierung vorbehalten bleibe, die auch alle Beschlüsse des Landtags, soweit sie die Interessen Rußlands betrafen, zu bestätigen habe. Das Recht, den Kreis der Fragen, die «die Interessen Rußlands betreffen», zu bestimmen, sollte dabei dem russischen Generalgouverneur zustehen. Von der Selbständigkeit des Landtags blieb in Wirklichkeit nichts mehr übrig.

Der Landtag beantwortete die Forderungen der Provisorischen Regierung am 5. Juli mit der Annahme eines Gesetzes über die souveränen Rechte des Landtags in allen Angelegenheiten, mit Ausnahme der militärischen und auswärtigen. Daraufhin erließ die Provisorische Regierung ein Manifest über die Auflösung des Landtages, mit der Begründung, dieser maße sich

«das Recht an, eigenmächtig den Willen der kommenden Konstituierenden Versammlung Rußlands vorwegzunehmen... Möge das finnische Volk selbst sein Schicksal erwägen. Entschieden werden kann es nur im Einverständnis mit dem russischen Volk<sup>1</sup>»,

so hieß es im Manifest der Provisorischen Regierung vom 18. Juli 1917. Daraufhin besetzte der Menschewik Gegetschkori, der spätere Außenminister des menschewistischen Georgien, den Landtag mit Truppen.

Die Abgeordneten, die sich weigerten, sich der Anordnung der Provisorischen Regierung zu unterwerfen, wurden nicht in das Landtagsgebäude hineingelassen.

Die Mehrheit im Finnischen Landtag hatte Anfang 1917 die Sozialdemokratie, die eine ziemlich starke Organisation darstellte. Die finnischen Sozialdemokraten beteiligten sich aktiv an der Führung der Befreiungsbewegung, hatten aber in der nationalen Frage keine feste prinzipielle Linie, sondern glitten auf die bürgerlichen Positionen hinab. Der Opportunismus der finnischen Sozialdemokratie entschied das Schicksal Finnlands für eine bestimmte Zeit zugunsten der bürgerlichen Staatsordnung. Dazu trug auch die Tatsache erheblich bei, daß die Bolschewiki Finnlands lange Zeit nicht mit den Menschewiki brachen, die Spaltung der Sozialdemokratie nicht zuließen.

Die Stellungnahme der bolschewistischen Partei zur nationalen Freiheit Finnlands wurde sowohl in dem Beschluß der Aprilkonferenz von 1917 zum Bericht Stalins, als auch in mehreren Artikeln Lenins und anderer Bolschewiki mit genügender Klarheit zum Ausdruck gebracht.

Lenin schrieb:

«Die Zaren führten die Annexionspolitik brutal durch, indem sie im Einvernehmen mit anderen Monarchen ein Volk gegen das andere austauschten (die Teilung Polens, das Abkommen mit Napoleon über Finnland usw.), wie die Gutsbesitzer untereinander die leibeigenen Bauern austauschten. Die Bourgeoisie, die republikanisch geworden ist, führt *genau dieselbe* Annexionspolitik raffinierter, versteckter durch . . . Genossen Arbeiter und Bauern! Laßt euch nicht einfangen von der Annexionspolitik der russischen Kapitalisten, der Gutschkow und Miljukow, der Provisorischen Regierung, gegenüber Finnland, Kurland, der Ukraine usw.<sup>1)</sup>»

Ende Sommer 1917 begann in Finnland die Organisierung bürgerlicher Formationen auf der einen und der Roten Garde der Arbeiter auf der anderen Seite. Jene traten mit dem Polizeiapparat, diese mit den in Finnland befindlichen Truppenteilen der russischen Armee in Verbindung. Die Soldatenmassen der in Finnland stehenden Heeresteile begannen um diese Zeit bereits auf die bolschewistischen Positionen überzugehen.

Noch krasser als in Finnland führte die Provisorische Regierung die imperialistische Politik gegenüber den östlichen Völkern durch.



In der nationalen Bewegung der östlichen Völker zeigten sich nach der Februarrevolution zwei Grundtendenzen: der Unitarismus und der Nationalföderalismus. Der Unitarismus wurde von der muselmanischen, vorwiegend von der tatarischen Handelsbourgeoisie und den nationalistisch gesinnten Intellektuellen unterstützt, die lediglich die Verkündung der «national-kulturellen Autonomie» forderten. Die Anhänger der «national-territorialen Föderativgrundsätze» vertraten die junge nationale Industriebourgeoisie. In der föderalistischen Bewegung der Mohammedaner spielte die aserbaidshanische Bourgeoisie die führende Rolle. Auch in Turkestan faßten der erste und zweite muselmanische Kongreß einen Beschluß zugunsten der Föderation und der «national-territorialen Autonomie». Dieser Beschluß spiegelte unter anderm die Furcht der nationalen Bourgeoisie vor der russischen Revolution, ihren Wunsch wider, sich von ihr abzugrenzen.

Bolschewiki gab es in Turkestan verhältnismäßig wenig. Ueberdies entstellten viele der dortigen bolschewistischen Parteiarbeiter die Linie der bolschewistischen Partei in der nationalen Frage und begingen grobe Fehler in ihrer Stellung zur einheimischen Bevölkerung. Deshalb gelang es den nationalistischen Parteien — der kasachischen «Allasch-Orda» und der usbekischen «Ulema» —, bedeutende Schichten der Bevölkerung für sich zu gewinnen.

Die bürgerliche Februarrevolution besserte nicht die Lebensverhältnisse der werktätigen Massen der unterdrückten Völkerschaften Mittelasiens.

«Die Februarrevolution, die die Monarchie gestürzt hat, übergab die Macht abermals der gleichen zaristischen Bürokratie und dem örtlichen russischen Kulakentum. Das hiesige Komitee der Provisorischen Regierung, das aus diesen Elementen besteht, hat sich, statt der Rechtsgleichheit der kirgisischen Bevölkerung, die Unterjochung und Ausrottung der kirgisischen Bevölkerung zur Aufgabe gestellt»,

so kennzeichnete das Programm des nach der Februarrevolution gegründeten «Revolutionären Verbandes der kirgisischen Jugend» die Lage in Mittelasiens.

Die erste Handlung der Provisorischen Regierung in der Frage Turkestans war der am 18. März 1917 gefaßte Beschluß über Amnestierung der Henker des kirgisischen Aufstandes von 1916. Alle die russischen Pogromhelden, die gegen die einheimische Bevölkerung Mordtaten und Mißhandlungen verübt hatten, wurden aus dem

Gefängnis entlassen. Der Beschluß der Provisorischen Regierung löste bei der einheimischen Bevölkerung Entrüstung aus.

Die Empörung der unterdrückten Nationalitäten Mittelasiens steigerte sich noch nach der Ernennung N. N. Schtschepkins, eines Führers der Kadettenpartei, zum Vorsitzenden des Regierungskomitees für Turkestan. Das Komitee wurde mit den Befugnissen eines vorrevolutionären Generalgouverneurs ausgestattet. Es hatte über die Einführung der örtlichen Selbstverwaltung in Turkestan und im Steppegebiet (Kasachstan) zu entscheiden. Die Provisorische Regierung hielt es dabei für unnötig, über die Einführung von Semstwoeinrichtungen hinauszugehen, obwohl die Bevölkerung die Autonomie verlangte.

Die Provisorische Regierung unternahm nicht das Geringste zur Lösung der nationalen Frage.

Der gesamte zentralisierte, bürokratische Apparat des Zarismus in den nationalen Gebieten blieb völlig unangetastet. Die russische Sprache war nach wie vor die Staatssprache für alle Völkerschaften. Die staatliche Schule blieb gleichfalls russisch. Die Forderungen der unterdrückten Völkerschaften nach Gewährung nationaler Rechte wurden abgelehnt. Anstatt die brennenden nationalen Nöte und Bedürfnisse, die sich Jahrhunderte lang angesammelt hatten, ohne Aufschub zu befriedigen, gab die Provisorische Regierung den unterjochten Nationalitäten den Rat, auf die Entscheidung ihrer Geschicke durch die Konstituierende Versammlung zu warten, die... irgendwann einmal zusammentreten werde.

Soweit während der Herrschaft der Provisorischen Regierung einzelne nationale Forderungen erfüllt wurden, geschah dies gegen ihren Willen und gegen die Wünsche der Bourgeoisie. So machte die Provisorische Regierung z. B. eine «großmütige» Geste und veröffentlichte einen Beschluß über die Unabhängigkeit Polens. Aber das hatte die deutsche Reichsregierung schon ein Jahr vor der Februarrevolution getan, als sie die Unabhängigkeit des polnischen Staates proklamierte. Die russische Bourgeoisie mußte sich damit abfinden, da Polen von den deutschen Truppen besetzt war und sowieso keine Hoffnung bestand, es mit bewaffneter Macht zurückzugewinnen. Dort aber, wo es sich um Gebiete handelte, die von russischen Truppen besetzt waren, unterschied sich die Politik der Provisorischen Regierung durch nichts von der zaristischen.

Die Provisorische Regierung, die für die Fortsetzung des imperialistischen Krieges eintrat, lehnte, selbstverständlich von den Sozialrevolutionären und Menschewiki unterstützt, die elementarsten Forderungen der unterjochten Nationalitäten Rußlands ab.

## Der erste Allrussische Sowjetkongress

Der Personenwechsel schuf keinen Wandel im Programm der Provisorischen Regierung. Alles blieb beim alten, mit dem einzigen Unterschied, daß die Regierung in ihrem Kampf für die Diktatur der Bourgeoisie die Unterstützung der sozialrevolutionär-menschewistischen Sowjets genoß.

Die Koalition mit den Sozialrevolutionären und Menschewiki half der Bourgeoisie, ohne eine Niederlage aus der Aprilkrise herauszukommen, aber die Bourgeoisie war nicht imstande, deren *Ursachen* zu beseitigen. Nach wie vor wurde das blutige Gemetzel fortgesetzt. Nach wie vor bestand der Widerspruch zwischen der Klassenposition der breiten Massen, die kein Interesse am Kriege hatten, und der Losung der Vaterlandsverteidigung: «Krieg bis zum siegreichen Ende». Wenn aber die Ursachen der Krise weiterbestanden, mußte es unvermeidlich zu neuen Ausbrüchen kommen. Deshalb betonte das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei, daß nach wie vor folgende Losungen der Stunde gelten:

«1. *Klarlegung* der proletarischen Linie und des proletarischen Weges zur Beendigung des Krieges.

2. *Kritik* an der kleinbürgerlichen Politik des Vertrauens zur Kapitalistenregierung und des Paktierens mit ihr.

3. Propaganda und Agitation von Gruppe zu Gruppe *in jedem Regiment, in jedem Betrieb*, besonders unter der rückständigen Masse, den Dienstboten, ungelerten Arbeitern usw., denn besonders auf diese versuchte sich die Bourgeoisie in den Tagen der Krise zu stützen.

4. *Organisation, Organisation* und noch einmal *Organisation* des Proletariats: in jedem Betrieb, in jedem Stadtbezirk, in jedem Häuserblock<sup>1</sup>.»

Der Kampf um die Massen trat in eine neue Periode. Die Bolschewiki führten den Beschluß des Zentralkomitees der Partei durch: «In die Betriebe, in die Massen!»; sie gingen in die Kasernen, in die Arbeiterviertel. Ueberlegt und kühn öffneten sie dem Volk die Augen über das konterrevolutionäre Wesen der Provisorischen Regierung und die kompromißlerische Politik der sozialrevolutionär-menschewistischen Führer des Petrograder Sowjets.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki bemühten sich besonders, das Eindringen der Leninschen Agitatoren in die Regimenter zu verhindern. In den Versammlungen überschütteten die Kompromißler die Bolschewiki mit Strömen von schmutzigen Verleumdun-

gen. Aber die Beharrlichkeit der Partei Lenins, ihre Ueberzeugung von der Richtigkeit ihrer Sache, ihre klaren, deutlichen Losungen taten ihr Werk. Die Soldaten und Arbeiter machten sich vom patriotischen Taumel der bürgerlichen Reden frei; sie riefen immer häufiger «Nieder mit den Kuppeln!» und forderten die Entfernung der sozialrevolutionär-menschewistischen Schwätzer aus den Kasernen und Fabriken. Die einfachen, sachlichen Reden der Bolschewiki wurden mit ständig wachsender Aufmerksamkeit angehört.

Die Massennarbeit, durch die die Reihen der bolschewistischen Partei aufgefüllt und gefestigt wurden, wurde vor allem in den unteren Arbeiterorganisationen, in den Betriebskomitees und Gewerkschaftsverbänden entfaltet. Nachdem sie den Absolutismus gestürzt hatte, begann die russische Arbeiterklasse mit einer Schnelligkeit, die ohne Beispiel in der Geschichte ist, sich organisatorisch zusammenzuschließen. Allein im März und April entstanden in Petrograd und Moskau mehr als 130 Gewerkschaftsverbände, in ganz Rußland gab es in dieser Zeit bereits etwa 2000.

Diese schöpferische Organisationstätigkeit der Masse, die dem Hochwasser im Frühling glich, wurde überall von den Bolschewiki geleitet. Besonders rasch wuchs der Einfluß der Bolschewiki in den Betriebskomitees. Die Petrograder Konferenz der Betriebskomitees, die vom 30. Mai bis 3. Juni tagte und völlig unter bolschewistischer Führung stand, war ein deutlicher Beweis für die Steigerung des Einflusses der bolschewistischen Partei auf die Arbeiterklasse. In der Frage der Kampfmaßnahmen gegen die wirtschaftliche Zerrüttung nahm die Konferenz mit erdrückender Mehrheit eine Resolution Lenins an. Die menschewistische Resolution erhielt nur 13 von 421 Stimmen. Die Resolution der Konferenz schloß mit dem Hinweis, daß eine erfolgreiche Durchführung aller umrissenen sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die die Arbeiterklasse unerlässlich braucht, nur im Falle des Ueberganges der Staatsmacht in die Hände der Arbeiter- und Soldatendeputierten sowjets möglich sei. Trotz der menschewistischen Theorie der «Neutralität» und Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den politischen Parteien nahmen die Gewerkschaftsverbände, von bolschewistischen Losungen geleitet, immer stärker am politischen Kampfe teil.

Die breiten Massen der Werktätigen konnten nicht mit einem Schlage die Idee des Kampfes um den Sozialismus in sich aufnehmen und bewußt auf die Seite der proletarischen Revolution treten. Sie waren gegen die Bourgeoisie, die den Krieg in die Länge zog, aber noch weit entfernt von der Erkenntnis der Möglichkeit, die Macht in ihre eigenen Hände zu nehmen. Sie mußten geschickt an

die Klassenlosung «Alle Macht den Sowjets» herangeführt werden. In dieser Hinsicht war die Losung «Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern» von großer Bedeutung für die Mobilisierung der Werktätigen. Diese einfache und verständliche Losung förderte die Entlarvung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die hartnäckig dafür eintraten, daß die zehn «kapitalistischen Minister» in der Regierung blieben, und betonte die Notwendigkeit, die Macht den Sowjets zu übergeben.

Die Kraft der Agitation der bolschewistischen Partei bestand eben in der Fähigkeit, an die Massen heranzutreten, ihrer spontanen Unzufriedenheit in einer klaren Losung Form zu geben.

«Für den Sieg der Revolution — schrieb Stalin über die staunenerregenden Erfolge unserer Partei —, falls diese Revolution eine wirkliche Volksrevolution ist, die Millionenmassen erfaßt, genügt die Richtigkeit der Parteilosungen allein nicht. Für den Sieg der Revolution ist noch eine Vorbedingung unerlässlich, und zwar die, daß die Massen selbst sich durch ihre eigene Erfahrung von der Richtigkeit dieser Losungen überzeugen. Nur dann werden die Losungen der Partei zu Losungen der Massen selbst. Nur dann wird die Revolution zu einer wirklichen Volksrevolution<sup>1</sup>.»

Die Taktik der von Lenin geführten Bolschewiki bestand in dieser Periode darin, die breiten Massen Schritt für Schritt zum Verständnis der Losungen der Partei, zum Kampf für diese Losungen zu führen.

Die Ergebnisse der angespannten Kampftätigkeit der bolschewistischen Partei zeigten sich sehr bald in zwei entscheidenden Ereignissen: im Kampf auf dem 1. Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und in der mit ihm im Zusammenhang stehenden Junidemonstration in Petrograd.

Der 1. Allrussische Sowjetkongreß wurde am 3. Juni eröffnet. Es waren mehr als 1000 Delegierte anwesend, davon 822 mit beschließender, die übrigen mit beratender Stimme. Der kleinbürgerliche sozialrevolutionär-menschewistische Block hatte auf dem Kongreß ein gewaltiges Uebergewicht: die Sozialrevolutionäre verfügten über 285, die Menschewiki über 248 Mandate. Die kleineren Fraktionen leisteten fast sämtlich vorbehaltlos den Menschewiki und den Sozialrevolutionären Gefolgschaft. Die Bolschewiki hatten insgesamt 105 Delegierte.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki eröffneten feierlich den Kongreß, den sie als den Kongreß der «revolutionären Demo-

kratie» bezeichneten. Unter diesem Begriff faßten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Arbeiter, die Bauern, das städtische Kleinbürgertum, die Angestelltenintelligenz, die Beamten, die Angehörigen freier Berufe, endlich einfach die «aufgeklärten Leute», unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit, zusammen.

Für die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre war es vorteilhaft, das Bewußtsein des Proletariats durch eine nebelhafte Terminologie zu verwirren. Die geräuschvolle und äußerst allgemeine Formel «revolutionäre Demokratie» entsprach ihrer kleinbürgerlichen Natur ausgezeichnet und ermöglichte es ihnen, eine bedeutende Rolle im politischen Leben zu spielen.

Auf dem Kongreß waren 305 vereinigte Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, 53 Sowjets von Gebiets- und Gouvernementszentren, 21 Organisationen der Frontruppen, 8 Organisationen der Truppen im Hinterland und 5 Organisationen der Flotte vertreten.

Unter den Verhältnissen der russischen Revolution war dies die einzige organisierte und bewaffnete Kraft. Niemand konnte sich der Kraft der Sowjets entgegenstellen, und dennoch bot der Kongreß ein Bild völliger Ohnmacht. Obwohl er tatsächlich alle Möglichkeiten zur Schaffung einer realen Macht besaß, verzichtete der Kongreß darauf, diese Macht zu organisieren. Dies hatte seine Logik, seine Gesetzmäßigkeit. Führer der Sowjets waren die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die sich fürchteten, ohne die Kapitalisten die Macht zu übernehmen, und faktisch die Revolution führerlos machten. Sie taten alles, um die revolutionäre Energie der Arbeiter und Bauern zu lähmen. Die stürmische Schöpferkraft der Massen wurde für Kleinigkeiten verzettelt. Die revolutionäre Initiative des erwachten Volkes wurde nicht nutzbar gemacht, sondern in fruchtlosen Versuchen einer Versöhnung der Interessen von Arbeitern und Kapitalisten vergeudet. An Stelle eines aktiven Kampfes mit den wieder frech werdenden Kapitalisten, wurde ein Schiedsgericht propagiert, in dem die Regierungsvertreter alles zu entscheiden hatten. Statt zum Kampf zur sofortigen Besserung der Lage, rief man dazu auf, die Beendigung des Krieges und die Einberufung der Konstituierenden Versammlung abzuwarten. Statt des Friedens hieß es: Krieg bis zum siegreichen Ende!

Die Interessen der Arbeiterklasse und der landarmen Bauernschaft wurden systematisch der Bourgeoisie zum Opfer gebracht. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre dienten als der Transmissionsriemen, mit dessen Hilfe sich die Bourgeoisie die Arbeiter und Bauern unterwarf.

Was war die Rolle der Sowjets, als sie es ablehnten, die Macht in ihre Hände zu nehmen? Man hörte Referate an. Langweilige, endlose Debatten wurden «über das Wesen der Macht» geführt. Unendliche, wässerige Resolutionen wurden angenommen, die zu nichts verpflichteten. «Sie traten zusammen, tagten, redeten und rauchten» — so scherzten die Arbeiter über die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki.

In erster Linie beschäftigte sich der Kongreß mit der Frage des Verhältnisses zu der Provisorischen Regierung, der Schaffung einer revolutionären Macht. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre lehnten den Gedanken eines Uebergangs der Macht an die Sowjets entschieden ab. Durch die Sabotage der Bourgeoisie eingeschüchtert, daran gewöhnt, ihre Laufburschen zu sein, suchten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki den Massen eine völlig falsche Vorstellung vom Charakter der Macht beizubringen. Zereteli, der Führer der Menschewiki, erklärte auf dem Kongreß mit Nachdruck:

«Im gegenwärtigen Augenblick gibt es in Rußland keine politische Partei, die sagen würde: gebt uns die Macht in die Hand, geht fort, wir werden an euren Platz treten . . .<sup>1)</sup>»

— Eine solche Partei gibt es in Rußland nicht! — donnerte Zereteli in den Saal, wo atemlose Ruhe herrschte.

Plötzlich ertönte, wie ein Donnerschlag, die Antwort:

— Es gibt eine solche Partei!

Es war Lenin, der im Namen der bolschewistischen Partei aus dem Saal den Menschewiki diese entschlossene Antwort zurief.

Es war, als ginge ein elektrischer Strom durch den Saal. In der wie aus dem Schlafe aufgescheuchten sozialrevolutionär-menschewistischen Zuhörerschaft begann ein dumpfes Gemurmel. Die Delegierten standen von ihren Plätzen auf, um den Mann zu sehen, der den Machthabern seine Herausforderung entgegengeschleudert hatte. Im Präsidium rückten die erschrockenen Führer auf ihren Sitzen hin und her. Lenin aber schritt schon auf die Tribüne zu.

«Er sagte, daß es in Rußland keine politische Partei gebe, die bereit wäre, die Macht restlos zu übernehmen — erklärte Lenin. — Ich antworte: ‚Doch!‘ Keine Partei kann darauf verzichten, auch unsere Partei verzichtet nicht darauf: sie ist jeden Augenblick bereit, die Macht restlos zu übernehmen<sup>2)</sup>.»

Der prinzipienlosen, feigen, doppelzüngigen Taktik der Menschewiki wurde die kühne, feste Linie des Bolschewismus entgegengestellt.

Viele Delegierte kannten Lenin nur durch die verleumderischen Artikel der bürgerlichen, sozialrevolutionären und menschowistischen Zeitungen. Die einfachen Delegierten wollten einmal den Führer der Bolschewiki hören, über den die Verfechter der bürgerlichen und spießbürgerlichen Interessen soviel und so erbittert geschrieben hatten. Sie hatten den Wunsch, ihn persönlich die bolschewistischen Anschauungen darlegen zu hören. Die Delegierten verstummten, sie lauschten seiner ruhigen, zuversichtlichen Rede.

Die Kongreßleitung bemerkte das und reagierte auf Lenins Erklärung mit Lachen und polemischen Zurufen.

«Ihr könnt lachen soviel ihr wollt — antwortete ihnen Lenin —, aber wenn der Bürger Minister uns an der Seite der Partei der Rechten vor diese Frage stellt, so wird er die gebührende Antwort bekommen. . . Schenkt uns Vertrauen, und wir geben euch unser Programm. Unsere Konferenz vom 29. April hat dieses Programm niedergelegt. Leider nimmt man auf dieses Programm keine Rücksicht, sieht man es nicht als richtunggebend an. Offenbar muß es gemeinverständlich erläutert werden!»

Und Lenin begann die wichtigsten Beschlüsse der Aprilkonferenz der bolschewistischen Partei darzulegen.

Im Verlauf seiner Rede änderte sich allmählich die Stimmung der Delegierten, namentlich der Soldaten. Sie nahmen gierig die Worte Lenins von dem räuberischen Kriege auf, den die Regierung fortsetze, von dem Frieden, den weder die bürgerliche Regierung, noch deren kleinbürgerliche Verbündete herbeiführen können und wollen. Schritt für Schritt zerriß Lenin das Gewebe der Lügen und Verleumdungen, setzte er ein in sich geschlossenes und außerordentlich verständliches Programm auseinander.

Die Lenin zustehende Redezeit ging zu Ende. In den vordersten Reihen, wo die Führer saßen, wurde gerufen: «Die Redezeit nicht verlängern!» Darauf erhob sich im Saal ein unbeschreiblicher Lärm. Protestrufe und Forderungen nach Verlängerung der Redezeit ertönten. Es wurde Beifall geklatscht, der anwuchs und sich auf eine immer größere Menge von Delegierten ausdehnte. Das Präsidium mußte unter dem Druck der Proteste eine Abstimmung vornehmen und die Redezeit für Lenin verlängern. Entschieden hatten die einfachen Delegierten, die Soldaten und Arbeiter, zu denen die ruhigen und zuversichtlichen Worte Lenins gedrungen waren.

Unter dem Beifall dieses Teiles des Kongresses beendete Lenin seine Rede:



«Der Uebergang der Macht an das revolutionäre Proletariat, das von der armen Bauernschaft unterstützt wird, ist der Uebergang zum revolutionären Kampf für den Frieden, in den sichersten, schmerzlosesten Formen, die die Menschheit je gekannt hat, der Uebergang dazu, daß die Macht und der Sieg der revolutionären Arbeiter in Rußland und in der ganzen Welt gesichert werden<sup>1</sup>.»

Die Erklärung Lenins über die Bereitschaft der Bolschewiki, die Macht zu übernehmen, wurde zum Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des ganzen Kongresses. Die Redner der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die danach sprachen, wandten sich nur noch polemisch gegen Lenin. Kerenski, Skobelew, Tschernow, Filippowski, Dan u. a. suchten auf jede Art die Notwendigkeit einer Verständigung mit der Bourgeoisie zu beweisen und forderten, daß der Kongreß die Regierung der russischen Kapitalisten unterstütze.

Die von der Fraktion der Bolschewiki vorgeschlagene Resolution enthielt eine schroffe Charakteristik der Provisorischen Regierung. Sie wies darauf hin, daß die Regierung nicht imstande sei, das Land vor der Zerrüttung zu retten und den Werktätigen den Frieden zu geben. Die Resolution entlarvte die «sozialistischen» Menschewiki, die mit ihrer Autorität die konterrevolutionäre Regierung deckten. Nach der Betonung des völligen Bankrotts der Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie schlug die Resolution der Bolschewiki die Uebergabe der Macht in die Hände des Allrussischen Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten vor.

Was hatten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre der revolutionären Taktik der Bolschewiki entgegenzustellen? In der vom Kongreß angenommenen sozialrevolutionär-menschewistischen Resolution hieß es:

«Der Uebergang der ganzen Macht auf die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten würde in der gegenwärtigen Periode der russischen Revolution die Kräfte der Revolution erheblich schwächen, vorzeitig Elemente von ihr abstoßen, die noch fähig sind, ihr zu dienen, er würde zur Zerschmetterung der Revolution zu führen drohen<sup>2</sup>.»

Der 1. Sowjetkongreß zeigte anschaulich, wie tief der Abgrund zwischen der revolutionären Partei des Proletariats, den Bolschewiki, und den Vertretern der kleinbürgerlichen Parteien, den Menschewiki und Sozialrevolutionären war. Diese hielten die Revolution für beendet. Sie wollten nicht weiter gehen, als bis zum Uebergang der Macht an die Bourgeoisie und sie konnten es auch nicht, denn

das wäre gegen ihre Interessen gewesen. Das sprach der Menschewik Dan, der zusammen mit anderen gegen das von Lenin aufgestellte Programm auftrat, unzweideutig auf dem Kongreß aus.

«Wenn wir jetzt eine rein sozialistische Regierung hätten — so führte er aus —, so müssen wir sagen, daß auch diese Regierung keine andere Politik machen könnte, als die Politik der bürgerlichen revolutionären Demokratie. Und das müssen wir auch für den Fall ins Auge fassen, daß — wenn es so kommen sollte — die Macht in unsere Hände gelangt!»

Zum Glück für die Revolution geschah dies nicht: die Macht gelangte nicht in die Hände Dans.

Das zweite eindrucksvolle Hervortreten Lenins auf dem Kongreß betraf die Frage Krieg oder Frieden. Lenin übte eine vernichtende Kritik an der Heuchelei der kompromißlerischen, d. h. kupplerischen Politik der Menschewiki und Sozialrevolutionäre in den Fragen des Krieges und des Friedens. Lenin erinnerte den Kongreß an den Aufruf des Petrograder Sowjets an die Völker der Welt vom 14. März, in dem es hieß: «Weigert euch, als Werkzeuge der Eroberung und Vergewaltigung in den Händen der Könige, der Gutsbesitzer und der Bankiers zu dienen!» Lenin fuhr fort:

«Wenn ihr erklärt: ‚Weigert euch, als Werkzeuge in den Händen eurer Bankiers zu dienen‘, während ihr die eigenen Bankiers in die Regierung laßt und an einen Tisch mit den sozialistischen Ministern setzt, so macht ihr alle eure Aufrufe zunichte, so widerlegt ihr in Wirklichkeit eure ganze Politik...»

«Ihr habt euch in unlösbare Widersprüche verwickelt, — betonte Lenin an einer andern Stelle seiner Rede. — Ihr empfiehlt den andern Völkern: ‚Nieder mit den Annexionen‘, bei euch aber betreibt ihr sie. Den andern Völkern sagt ihr: ‚Stürzt die Bankier‘, eure eigenen aber stürzt ihr nicht!»

Die Stellung der Kongreßmehrheit zur Hauptfrage, zur Organisation der Macht, entschied auch über alle andern Fragen. Indem der Kongreß die Macht in den Händen der Bourgeoisie beließ, machte er die Bedeutung seiner halben Entschlüsse vollends zunichte.

Die Bolschewiki stellten und verteidigten in den grundlegenden Fragen ihre Anträge und schufen dadurch eine Plattform zur Mobilisierung der Massen für den revolutionären Kampf. Ueber die Köpfe der sozialrevolutionär-menschewistischen «Führer» und des Sowjetkongresses hinweg wandten sich die Bolschewiki an die Mas-

sen. Der Wiederhall der Reden Lenins und der bolschewistischen Resolutionen drang tief in die Schichten der Werktätigen, ließ in ihnen die Empörung über die Kompromißler emporflammen und trug erfolgreich dazu bei, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu erhöhen.

Ein deutliches Beispiel für den wachsenden Einfluß der Partei auf die Massen war die Junidemonstration, die während des Kongresses stattfand.

## 5.

### Die Junidemonstration

Die Junidemonstration war, ebenso wie die Aprildemonstration, spontan herangereift. Die Bolschewiki hatten jedoch um diese Zeit bereits starke Stützpunkte in den Arbeitermassen Petrograds. Zum Unterschied von der Aprildemonstration vermochten die Bolschewiki im Juni die spontan herangewachsene Unzufriedenheit bereits in die Bahnen des organisierten Kampfes zu leiten. Das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei, das sich um die Formierung und Vertiefung der Bewegung bemühte, setzte für den 10. Juni eine friedliche Demonstration an. Die Demonstration sollte unter den bolschewistischen Losungen vor sich gehen: «Alle Macht den Sowjets!», «Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern!», «Arbeiterkontrolle über die Produktion!», «Brot, Frieden, Freiheit!» Diese friedliche Demonstration sollte vor dem Sowjetkongreß den Willen der Petrograder Arbeiter und Soldaten bekunden, die den Uebergang der ganzen Staatsmacht in die Hände der Sowjets forderten.

Die Erregung der Massen wurde noch gesteigert durch die Anordnung der Provisorischen Regierung, die Anarchisten aus dem Sommerhaus des ehemaligen zaristischen Würdenträgers Durnowo auszusiedeln. Der Befehl der Provisorischen Regierung fiel auf einen glühenden Boden: die Anarchisten hatten nur einen Teil des Gebäudes inne, der größere Teil war von Rotgardisten und Gewerkschaften besetzt. Die Arbeiter des Wiborger Stadtteils, in dem sich das Sommerhaus Durnowos befand, kamen in Bewegung. Sie betrachteten die Maßnahmen der Provisorischen Regierung als eine direkte Verteidigung der ehemaligen Minister, die sich durch besondere Ergebenheit für den Zarismus ausgezeichnet hatten. Die Empörung wuchs, sie sprang von einem Stadtteil zum andern über. Die Demonstration versprach, ein grandioser Protest gegen die Kompromißler zu werden, die die Provisorische Regierung unterstützten, jedes Vertrauen des Petrograder Proletariats zu ihnen zu untergraben, oder

sie zu zwingen, den Weg einer festen revolutionären Politik zu beschreiten.

Die Führer der Kompromißlerparteien bekamen von der beabsichtigten Aktion Wind und erhoben ein Geschrei über eine bolschewistische Verschwörung. Sie erklärten auf dem Sowjetkongreß, daß die Konterrevolutionäre die bolschewistische Kundgebung ausnutzen wollen und setzten einen Kongreßbeschuß durch, der Demonstrationen verbot. Gegen die Bolschewiki wurden unerhörte Drohungen ausgestoßen, ja sogar ihre Vertreibung aus den Sowjets angekündigt, wenn sie es wagen sollten, auf die Straße zu gehen.

Bald zeigten sich jedoch die wirklichen Ursachen für das Verbot der Demonstration. Am 11. Juni fand eine vereinigte Sitzung des Präsidiums des Sowjetkongresses und des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets, des Exekutivkomitees der Sowjets der Bauerndeputierten und der Vorstände sämtlicher Fraktionen des Kongresses statt. Die Sitzung verwandelte sich in ein Gericht über die bolschewistische Partei. Der Menschewik Dan brachte als Sprecher einer besonderen Kommission, die sich mit der Demonstrationsfrage beschäftigt hatte, eine die Bolschewiki verurteilende Resolution ein:

«Der Versuch der bolschewistischen Zentren, die Unzufriedenheit und Erregung breiter werktätiger Massen, die auf Grund der schweren Wirtschaftskrise entstehen, zur Veranstaltung einer Demonstration am 9. Juni unter den Parolen des Sturzes der Provisorischen Regierung und der Machtergreifung durch die Sowjets auszunutzen, war ein politisches Abenteuer, dessen Folgen die Konterrevolution restlos für sich ausgeschlachtet hätte!.»

Dan erklärte nochmals, der Grund für die Absagung der Demonstration sei das Bestreben der Konterrevolution gewesen, den Aufmarsch der Arbeiter und Soldaten für sich auszunutzen. Aber niemand brachte irgendwelche Angaben oder Tatsachen vor, die diese Erklärung bestätigt hätten. Alle erklärten wie ein Mann, die Bolschewiki bereiteten hinter dem Rücken des Sowjetkongresses eine Verschwörung vor und bewaffneten sich zur Kampffaktion.

Den wahren Grund des Verbotes verriet der Menschewik Zereteli in einer zornigen Aufwallung:

«Die Resolution Dans taugt nicht. Jetzt brauchen wir nicht derartige Resolutionen. Was geschehen ist, ist nichts anderes als eine *Verschwörung*, eine Verschwörung zum Sturz der Regierung und zur Machtergreifung durch die Bolschewiki, die wissen, daß ihnen auf einem andern Wege diese Macht niemals zufallen wird... Die Bolschewiki mögen uns verzeihen, aber wir werden

jetzt zu andern Kampfmethoden übergehen. Revolutionären, die nicht mit Würde die Waffen in der Hand zu halten wissen, muß man diese Waffen fortnehmen. Die Bolschewiki müssen entwaffnet werden... Man darf die Maschinengewehre und andere Waffen nicht in ihren Händen lassen. Wir werden keine Verschwörungen dulden<sup>1</sup>.»

Die konterrevolutionäre Rede Zeretelis zeigte die vollständige Unfähigkeit der kleinbürgerlichen Parteien zu einer selbständigen Politik und ihre offenkundige Angst vor einem Auftreten des revolutionären Proletariats. Der Zorn ist ein schlechter Ratgeber: Zereteli hatte in der Erregung ausgeplaudert, daß die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Uebergabe der ganzen Macht an die konterrevolutionäre Bourgeoisie planten, daß sie einer Militärdiktatur von der Art der Diktatur des Generals Cavaignac in Frankreich die Bahn bereiteten. Lenin schrieb damals darüber:

«Nicht Zereteli oder Tschernow persönlich, und nicht einmal Kerenski ist berufen, die Rolle Cavaignacs zu spielen — dazu werden sich andere Leute finden, die im geeigneten Augenblick den russischen Louis Blancs sagen werden: ‚Schert euch fort!‘ — aber Zereteli und Tschernow sind die Führer einer kleinbürgerlichen Politik, die das Erscheinen der Cavaignacs möglich und notwendig macht... Denn Cavaignac ist kein Zufall, sein ‚Kommen‘ kein einmaliger Moment. Cavaignac ist der Vertreter einer Klasse (der konterrevolutionären Bourgeoisie), der Schrittmacher ihrer Politik. Und gerade diese Klasse, gerade diese Politik unterstützt ihr *jetzt* schon, ihr Herren Sozialrevolutionäre und Menschewiki<sup>2</sup>!»

Der Beschluß über das Demonstrationsverbot war durch den Sowjetkongreß gefaßt worden, der als das höchste Organ der Sowjets galt. Angesichts dessen fügte sich das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei dem Beschluß des Kongresses und sagte die für den 10. Juni angesetzte Demonstration ab. Doch es war schwierig, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen, da der Beschluß, die Demonstration abzusagen, am späten Abend des 9. Juni gefaßt wurde. Die Bolschewiki vermochten jedoch, die Massen vom Aufmarsch in den Straßen abzuhalten. Das war die erste Probe der Durchführung eines komplizierten und schwierigen Manövers: den Rückzug unter Bedingungen zu organisieren, wo die spontane Unzufriedenheit der Masse über die Ufer tritt.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki setzten die bolschewistische Demonstration ab, aber sie beseitigten nicht die Ursachen,

die die Massen zur Aktion trieben. Die Kongreßdelegierten konnten in den Betrieben und Regimentern, wo sie hinkamen, überall beobachten, wie die Arbeiter und Soldaten murrten, wie die Kräfte stürmisch brodelten, wie die Entrüstung bereit war, an die Oberfläche durchzubrechen.

Als die Delegierten ihre Eindrücke schilderten, beschloß der Sowjetkongreß, eine Kundgebung für den 18. Juni anzusetzen, um der Stimmung der Massen ein Ventil zu schaffen und sie nach Möglichkeit unter kompromißlerischen Losungen marschieren zu lassen. Außerdem wollten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki ihre Kräfte mit denen der Bolschewiki messen und rechneten darauf, daß sie die Demonstration in die Hand bekommen würden.

Es war kein Zufall, daß der 18. Juni für die Kundgebung gewählt wurde. Die kleinbürgerlichen Führer wußten, daß an diesem Tag die Offensive an der Front beginnen sollte. Eine Kundgebung des Vertrauens für den Kongreß sollte zugleich eine Billigung der Offensive an der Front sein.

Aber die Kompromißler verrechneten sich. Am 18. Juni zogen etwa 500 000 Arbeiter und Soldaten auf die Straße. Von allen Seiten der Stadt marschierten Demonstrationzüge mit roten Fahnen und revolutionären Schildern nach dem Zentrum. Die überwältigende Mehrheit der Demonstranten marschierte unter bolschewistischen Losungen. Nur ganz selten zeigten sich vereinzelte Schilder, auf denen Vertrauen zur Provisorischen Regierung geäußert wurde. Sie wurden mit Pfiffen und Gelächter empfangen und die kleinen Gruppen, die unter dem Zeichen des «Vertrauens» marschierten, beeilten sich, möglichst rasch weiterzukommen.

Angesichts der Demonstration verflog die niederträchtige Verleumdung von der Verschwörung der Bolschewiki wie Rauch. Wie konnte von einer Verschwörung die Rede sein, wenn das ganze revolutionäre Petrograd auf die Straße zog, um seinen Willen kundzutun. Es war klar, wo jeder stand: hinter dem «Vertrauen zur Regierung» kleine Gruppen von Demonstranten, die gedrückt vorbeischlichen, hinter den bolschewistischen Losungen die Hunderttausende der Arbeitermassen.

Stalin schilderte diese Demonstration folgendermaßen:

«Eine ins Auge springende Besonderheit war: kein einziger Betrieb, keine einzige Fabrik, kein einziges Regiment hatte die Losung des ‚Vertrauens zur Provisorischen Regierung‘ aufgestellt. Selbst die Menschewiki und Sozialrevolutionäre hatten *vergessen* (oder hatten vielmehr nicht gewagt), diese Losung auszugeben.

Sie hatten alles, was man will: ‚Nieder mit der Spaltung‘, ‚Für die Einheit‘, ‚Unterstützung des Sowjets‘, ‚Für die allgemeine Schulpflicht‘ (wem es nicht gefällt, der braucht nicht zuzuhören) — nur das Hauptsächliche fehlte: das *Vertrauen* zur Provisorischen Regierung, sei es auch nur mit dem schlaunen Vorbehalt ‚insoweit wie‘. Nur drei Gruppen hatten gewagt, die Vertrauenslosung aufzustellen, aber auch die mußten es bereuen. Das waren eine Gruppe von Kosaken, die Gruppe des ‚Bund‘ und die Gruppe des ‚Jedinstwo‘ (‚Einheit‘) Plechanows. ‚Die heilige Dreifaltigkeit‘ — sagten scherzhaft die Arbeiter auf dem Marsfelde. Zwei dieser Gruppen (der ‚Bund‘ und ‚Jedinstwo‘) wurden von den Arbeitern unter ‚Nieder‘-Rufen gezwungen, die Fahnen zusammenzurollen. Den Kosaken, die sich weigerten, die Fahne zusammenzurollen, wurde sie zerrissen. Eine namenlose Fahne mit dem ‚Vertrauen‘, ‚frei in der Luft‘ quer über dem Eingang zum Marsfeld aufgezogen, wurde von einer Gruppe von Soldaten und Arbeitern vernichtet, unter beifälligen Bemerkungen des Publikums: ‚Das Vertrauen zur Provisorischen Regierung ist *in der Luft hängen geblieben*!‘.»

Kurz gesagt: Mißtrauen gegen die Regierung bei der gewaltigen Mehrheit der Demonstranten und sichtliche Furcht der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, «gegen den Strom zu schwimmen» — das war das allgemeine Kennzeichen der Demonstration.

Die Demonstration zeigte das gewaltige Wachstum des Einflusses der bolschewistischen Partei. Die Massen trugen nicht nur bolschewistische Fahnen, unterstützten nicht nur die bolschewistischen Losungen, sie taten mehr.

Tausende von Arbeitern bekannten sich offen als Bolschewiki.

Die Kompromißler konnten ihre Niederlage nicht verbergen.

Das Zentralorgan der Menschewiki erklärte, man habe gehofft, eine Vertrauenskundgebung für die Sowjets und die Provisorische Regierung zu veranstalten, in Wirklichkeit aber habe sich

«die Demonstration vom 18. Juni in eine Kundgebung des Mißtrauens gegen die Provisorische Regierung verwandelt...

Außerlich betrachtet, machte die Kundgebung vom 18. Juni einen bedrückenden Eindruck. Es schien, als trenne sich das revolutionäre Petrograd von dem Allrussischen Sowjetkongreß. Wenige Tage vorher... hatte der Kongreß der Provisorischen Regierung sein Vertrauen ausgesprochen.

Am 18. Juni drückte das revolutionäre Petrograd offenbar der Provisorischen Regierung sein vollständiges Mißtrauen aus<sup>2</sup>.»

Die ganze bürgerliche und menschewistische Presse gab zu, daß sich die kleinbürgerlichen Kompromißler beim Petrograder Proletariat eine Niederlage geholt haben.

Sie alle redeten einstimmig vom Siege der Bolschewiki, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre betrübt, die Kadetten besorgt, die Monarchisten schadenfroh.

«Die Demonstration vom Sonntag hat den völligen Triumph des ‚Bolschewismus‘ in den Reihen des Petrograder Proletariats und der Garnison an den Tag gebracht!.»

diese Schlußfolgerung zog die linksmenschewistische «Nowaja Shisn» aus allen Beobachtungen.

Besonders groß aber war die Besorgnis der Bourgeoisie über die Demonstration.

## 6.

### Die Offensive der russischen Truppen an der Front

Die Bourgeoisie beobachtete mit Nervosität die Haltung der Kompromißler. Schon längst hatte sie gespürt, daß denen der Boden unter den Füßen wankte. Die Kadetten, die führende Partei der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer, beurteilten den sinkenden Einfluß ihrer «Verbündeten», der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, immer düsterer. Die Reaktion suchte mit fieberhaftem Eifer neue Methoden zu erfinden, um die Massen bei der Stange zu halten. Ein solches Mittel sollte, wie die Bourgeoisie und ihre kleinbürgerlichen Verbündeten allgemein zugaben, die Offensive an der Front werden. Die Berechnung der Kadetten war äußerst einfach: die Armee sollte mit Hilfe der Kompromißler in die Offensive hineingerissen werden. Die Fortsetzung des Krieges mußte unvermeidlich die Soldateska stärken. Dadurch sollte die Doppelherrschaft vernichtet werden und die ganze Fülle der Macht in die Hände der Bourgeoisie übergehen. Die Erfolge an der Front sollten eine neue Welle des Patriotismus hervorrufen und die Stimmung für die Vaterlandsverteidigung steigern. Im Getöse des Krieges wollte man die brennenden Fragen der Revolution, die Frage des Bodens, der Lage der Arbeiter erst vertagen und dann ganz beiseitelegen.

Die Behauptung, daß es notwendig sei, alle Kräfte für den Kampf gegen den äußeren Feind zusammenzufassen, ermöglichte es der Konterrevolution, mit Gewaltmaßnahmen, Verhaftungen und Erschießungen derjenigen zu beginnen, die gegen den Krieg agitierten.

Die Offensive an der Front sollte selbst im Falle ihres Mißlingens ihre Früchte für die Bourgeoisie tragen. Im Falle eines



Mißerfolges konnte man die ganze Schuld auf die Bolschewiki abwälzen.

Auch die englisch-französischen Imperialisten forderten ein aktives Vorgehen. Sie hatten schon längst erkannt, daß Rußland nicht mehr fähig war, den Krieg fortzusetzen. Es war kein Zufall, daß Amerika sofort nach der Februarrevolution in den Krieg gegen Deutschland eintrat: die Soldaten der Vereinigten Staaten sollten die zermürbten Armeen Rußlands ablösen. Aber es bedurfte einer gewissen Zeit, um die Truppen heranzuschaffen, inzwischen aber mußten die Russen gezwungen werden, möglichst viele deutsche Armeekorps auf ihre Fronten abzulenken. Man mußte

«mit allen Mitteln wenigstens einen Teil der russischen Truppen festhalten, um Deutschland zu hindern, alle seine Armeen nach dem Westen zu werfen<sup>1</sup>»,

schreibt der Vertreter Englands beim russischen Hauptquartier, General Knox, in seinen Erinnerungen.

Die imperialistische Presse forderte von Rußland tagaus tagein hartnäckig die Offensive. Die Diplomaten ließen sich die Schuhsohlen ab, um im Außenministerium kriegerische Aktionen zu fordern. Aus England, Frankreich, Amerika trafen Delegationen der Sozialdemokratie ein, um das russische Volk «zur Erfüllung seiner Pflicht» zu ermuntern. Henderson, Thomas (England), Thomas (Frankreich), die bekanntesten Vertreter des internationalen Komproißlerturns reisten an die Front, besuchten die Kasernen und Fabriken, um «im Namen der Revolution» zur Weiterführung des Krieges aufzurufen.

Am 16. Mai 1917 erschien in der französischen Zeitung «Information» die Mitteilung, daß Amerika bereit sei, Rußland eine große Anleihe unter der Bedingung von «Gegengarantien» zu gewähren.

«Daraus wird geschlossen — so schrieb die Zeitung —, daß in der von den Vereinigten Staaten an Rußland gerichteten geheimen Note Garantien für den Verzicht auf einen Separatfrieden und ein Versprechen für die Zusammenarbeit im vollen Umfange gefordert wird. Man nimmt an, daß eine solche konkrete Garantie Rußlands in Form der Eröffnung der Offensive an der russischen Front vorgesehen ist<sup>2</sup>.»

Die Imperialisten wollten die russische Armee kaufen, wie man Schlachtvieh kauft. Die halbkoloniale Abhängigkeit Rußlands war unter der bürgerlichen Provisorischen Regierung noch größer als unter dem Zaren.

Das Anwachsen der Unzufriedenheit in den Massen und die Gerüchte von der geplanten Demonstration beschleunigten die Organisierung der Offensive an der Front. Mit dem Geld der englisch-französischen Imperialisten wurden Vorräte von Geschossen, Geschützen und Maschinengewehren angehäuft. In aller Eile wurden zuverlässige Truppenteile an die entscheidenden Punkte befördert.

Agitatoren der Sozialrevolutionäre und Menschewiki überschwemmten die Front. Mit Zureden und Drohungen, mit Versprechungen und Betrug forderten sie «im Namen der Revolution» die Soldaten auf, die Offensive zu beginnen. Welche Ausmaße dieser Betrug annahm, kann man an einem Beispiel erkennen, das ein Soldat des 6. Finnischen Regiments erzählt hat.

Das Regiment wollte sich lange Zeit hindurch nicht überreden lassen. Da erschien eine Delegation des Gardekorps und erklärte im Namen sämtlicher Garderegimenter, sie würden ihre Bajonette gegen das Finnische Regiment kehren, wenn es sich weigern sollte, zu kämpfen.

Die Soldaten waren niedergeschmettert durch die Mitteilung, sie seien isoliert. Unter dem Druck der Offiziere und der Delegation erhob das Regiment widerstrebend die Hände für die Offensive.

Nach der Schilderung des erwähnten Soldaten des Finnischen Regiments

«war die Artilleriesvorbereitung für den Angriff glänzend durchgeführt. Die Drahthindernisse des Feindes waren weggefegt und unser Regiment brach unter geringen Verlusten in die vorderste Linie der halbzerstörten deutschen Gräben ein. Die zweite und dritte Verteidigungslinie wurden im Kampf genommen. Der Gegenangriff kam den Deutschen teuer zu stehen. Ungefähr 200 Leichen von stämmigen deutschen Jünglingen und jungen Männern in Netzhemden und aufgeknöpften Soldatenröcken lagen mit dem Gesicht auf dem Boden in verschiedenen Stellungen herum.

Hinter der dritten Linie warfen sich unsere Schützenketten zu Boden und forderten Ablösung, weil noch auf der Versammlung einer der Gardedelegierten erklärt hatte, die Garde werde uns ablösen, sobald wir die Verteidigungslinie der Deutschen durchbrochen haben. Alle Bemühungen der Generale, uns weiter zum Angriff zu treiben, blieben erfolglos. Das 6. Finnische Regiment erklärte, es habe seine Pflicht erfüllt und warte auf seine Ablösung durch die Garde. Da sich die Ablösung verzögerte,

wählten die Soldaten und die Soldatengruppe des Regimentskomitees eine Delegation zu den Gardetruppen.

Wie groß aber war unsere Wut und Erbitterung, als wir erfuhr, daß die Soldaten des Gardekorps gar nicht beabsichtigten anzugreifen, daß man ihnen ebenso mit den Finnischen Schützen gedroht hatte, wie uns mit den Gardetruppen, und daß die Delegation, die bei uns war, einfach die menschewistische Gruppe des Armeekorpskomitees war, an das sich kein Soldat der Garde kehrt, da die faktische Führung des gesamten Armeekorps bei einem der bolschewistisch gestimmten Divisionskomitees liegt. Man hatte uns auf das gewissenloseste betrogen<sup>1</sup>.»

Der Angriffsplan war noch vor der Revolution ausgearbeitet worden. Am 17. und 18. Dezember 1916 hatte im Hauptquartier eine Beratung der Frontbefehlshaber stattgefunden, die ihre Entwürfe für den Angriff einreichten. Nikolaus II. hatte damals den Befehl erteilt, die Offensive im Frühjahr zu beginnen

«unter Führung des Hauptstoßes aus dem Abschnitt der 11. und 7. Armee in der Richtung auf Lemberg und mit Nebenstößen an den übrigen Fronten<sup>2</sup>.»

Die Generale der Provisorischen Regierung hatten sich nicht einmal die Mühe genommen, einen neuen strategischen Plan auszuarbeiten, sie holten einfach den alten zaristischen Plan hervor. Hier, wie überall, übernahm die Provisorische Regierung als Erbe die unfähige Politik des Absolutismus.

Ursprünglich war die Offensive für den 10. Juni angesetzt worden, aber zu dieser Zeit tagte gerade der Sowjetkongreß. Man mußte das Abenteuer durch die Zustimmung der Vaterlandsverteidigung verhüllen. Kerenski bat um eine Hinausschiebung der Offensive bis er eine zustimmende Resolution erreicht habe. Aus dem Hauptquartier antwortete man, daß man einer Verschiebung der Offensive um zwei Tage zustimme, aber nicht länger, denn «der Feind spürt schon deutlich die Vorbereitung auf unserer Seite<sup>3</sup>», wie der Oberbefehlshaber, General Brussilow, erklärte.

Es vergingen zwei Tage. Die Resolution war noch nicht da, und die Generale begannen unruhig zu werden. Brussilow ließ am 12. Juni Kerenski an die direkte Drahtleitung rufen und verlangte, er solle sofort an die Front kommen. Kerenski, der damit beschäftigt war, den Kongreßdelegierten zuzureden, sandte zu der Aussprache den Kabinettschef des Kriegsministeriums.

«Die Resolution wird heute oder morgen angenommen — erklärte beschwichtigend dieser Kabinettschef Brussilow —, die

Ereignisse in Petrograd, namentlich das Auftreten der Bolschewiki, haben die Sache stark verzögert... Bei uns sind bereits eine Anzahl Delegationen der Fronttruppen eingetroffen... Jeder dieser Delegationen hat der Minister auseinandergesetzt, daß die Befehle ihrer Vorgesetzten bedingungslos ausgeführt werden müssen... Sie sind alle im großen und ganzen befriedigt zurückgefahren, aber das zeigt, daß es, um *ganz sicher zu gehen*, unbedingt erforderlich ist, daß der Minister *mit einer Resolution der Soldaten und Arbeiter* als Ergänzung zur Resolution des Bauernkongresses persönlich an Ort und Stelle erscheint<sup>1</sup>.»

Mit einer Kongreßresolution für die Fortsetzung des Krieges in der Hand, reiste Kerenski an die Front.

Die Offensive begann am 18. Juni.

In Petrograd marschierten Tausende von Arbeitern und Soldaten mit der gebieterischen Forderung nach Frieden auf, an der Front aber gingen Hunderttausende dem Tod entgegen.

In Petrograd stimmten die proletarischen Massen gegen die Provisorische Regierung, an der Front aber gingen Tausende von Menschen auf den Befehl und im Namen dieser gleichen Regierung zugrunde.

Auf den Straßen der revolutionären Hauptstadt rissen die Arbeiter die Fahnen mit der Aufschrift «Vertrauen zur Regierung» in Stücke, an der Front aber schlugen unter den gleichen Fahnen die Granaten ein, um Tausende der besten Werk tätigen zu verstümmeln und zu töten.

Der Stoß gegen die österreichischen und deutschen Armeen wurde an einer Frontbreite von 70 Kilometern, zwischen den Dörfern Sdowishino und Topelicha geführt, wo 312 Bataillone mit etwa 300 000 Soldaten konzentriert waren. Ungefähr 800 leichte und mehr als 500 mittlere und schwere Geschütze wurden dort bereitgestellt. Nach zweitägiger Artillerievorbereitung gingen die Truppen zur Offensive über. Die 7. Armee besetzte die Schützengräben des Feindes. Aber die unfähigen Generale vermochten diesen Erfolg nicht auszunützen. Die Verstärkungen blieben irgendwo stecken, kamen nur langsam heran. Der Gegner gewann Zeit, sammelte seine Kräfte und zwang die Russen zum Rückzug.

An der Front der 11. Armee wiederholte sich das gleiche Bild. Nachdem die Regimenter die feindlichen Gräben besetzt hatten, wußten sie nicht, was weiter zu tun war. Der Operationsplan war nicht auf einen Sieg berechnet. Die Truppen kamen nicht vom Fleck.

Die Zeit verging, der Gegner erstarkte und schritt zur Gegenoffensive.

Völlig unerwartet für die stumpfsinnigen Generale begann am 25. Juni eine erfolgreiche Offensive der 8. Armee. Das Hauptquartier beschloß, während der Fahrt die Pferde zu wechseln: den Offensivplan zu ändern und Verstärkungen von der 7. Armee zur 8. hinüberzuwerfen. Aber solch ein kühnes Manöver entsprach nicht den Fähigkeiten der alten Generale. Die Abfassung der Befehle dauerte endlos lange. Noch länger dauerte es, bis man die erforderlichen Truppen aussuchte. Und als man sie endlich gefunden hatte, führte der Feind am 6. Juli einen vernichtenden Gegenstoß.

In aller Eile vorbereitet, auf Betrug und Hinterlist aufgebaut, brach die Offensive Kerenskis und Brussilows zusammen. Nach vier, fünf Tagen zeigte sich der ganze Gegensatz zwischen der Soldatenmasse und dem bürgerlichen Kommandobestand. Der künstlich geschaffene Kriegselan schwand rasch dahin, und die Truppen, die man mit Gewalt und List zur Attacke getrieben hatte, fluteten ins Hinterland zurück.

Die Armeen der Südfront verloren in den 10 Tagen der Offensive annähernd 60 000 Mann. Das war der blutige Preis für das Abenteuer Kerenskis.

Der Stoß erwies sich als unvorbereitet. Die Pläne waren nicht genügend ausgearbeitet. Einer der Armeebefehlshaber wurde durch einen Befehl Kerenskis abgesetzt, weil er keinen Plan für die Einzelheiten aufgestellt hatte. Die technische Ausrüstung für den Angriff war jämmerlich. In der 10. Armee, an der Front des II. Kaukasischen Armeekorps, gab es statt 18 Panzerbatterien nur 3, statt einer Länge von 30 000 Schritt waren die Gräben nur auf 5000 Schritt ausgehoben. Im I. Sibirischen Armeekorps der gleichen Armee hatte man nur ungefähr ein Drittel der vorgesehenen Gräben fertiggestellt. Es fehlte an Gewehrpatronen. Die Ausbildung der Truppen war bei weitem nicht befriedigend.

Viele Soldaten konnten nicht einmal mit dem Gewehr schießen. Die Einsetzung der Reserven, die Verbindung zwischen den Truppenteilen waren jämmerlich schlecht.

«Ist es etwa verwunderlich — gab einer der Militärkommissare der Provisorischen Regierung, Stankewitsch, mit Bitterkeit zu —, daß unsere Offensive mit einem Mißerfolg geendet hat... Liegt nicht das Geheimnis unserer Mißerfolge bei der feindlichen Offensive an der Südwestfront in unserm völligen Mangel an jeder Vorbereitung?»

Die Armeen erwiesen sich als technisch unvorbereitet, dieses Geständnis mußte einer der aktivsten Organisatoren der Offensive machen. Aber die Bourgeoisie fand andere Gründe: sie versuchte, die Schuld an dem Fehlschlag auf die Bolschewiki abzuwälzen.

Schon am 23. Juni, sobald die ersten Nachrichten von der Niederlage eintrafen, telegraphierte der General Brussilow dringend an Kerenski:

«... Die Stimmung an der Front der 5. Armee ist sehr schlecht.

... Die Truppen weigern sich, in Stellung zu gehen und sprechen sich kategorisch gegen die Offensive aus... In einigen Regimentern wird offen erklärt, daß es für sie außer Lenin keine Autoritäten gibt... *Ich bin der Meinung, daß eine Gesundung in der Armee nur nach einer Gesundung im Hinterland eintreten kann, wenn die Propaganda der Bolschewiki und Leninisten als verbrecherisch erklärt und als Hochverrat bestraft wird.*»

Der zaristische General deckte das Geheimnis der Offensive auf: es ging nicht so sehr um den Krieg gegen Deutschland, als um den Kampf gegen die Revolution.

Die Offensive an der Front brach zusammen, aber zugleich mit ihr brach auch das Manöver der Kadetten zusammen. Die Bourgeoisie erkannte nicht nur, daß die Kompromißler ihren Einfluß auf die Massen verloren hatten, sondern auch, daß die Armee ihren Händen entglitt. Die Revolution hatte zur Zeit der Junioffensive feste Positionen in der Armee erobert und drohte die Armee dem Einfluß der Reaktion völlig zu entreißen.

## 7.

### Der Vormarsch der Revolution in der Armee

Die Bourgeoisie und ihre Lakaien überschütteten die Front mit Bergen von Flugblättern. 150 Armeezeitungen suchten die Soldaten tagtäglich zu überreden, an der Front zu bleiben. Anfangs durch die Demagogie der sozialistischen Vaterlandsverteidiger in Verwirrung gebracht, verharteten die Soldatenmassen später in finsterem Schweigen.

Während man «oben» fieberhaft Kräfte sammelte, um die Masse zu unterwerfen, befreiten sich «unten» in einem ebenso fieberhaften Prozeß die Massen von ihrem Vertrauen zu den «Oberen» und von ihrer Selbsttäuschung. Die trockenen Berichte der Stäbe registrierten Tag für Tag die Tatsachen der «Zersetzung» der Armee.

Die Befehlshaber der Fronten, die am 4. Mai 1917 zu einer Konferenz zusammentraten, kennzeichneten die Lage folgendermaßen.

Der Befehlshaber der Südwestfront, General Brussilow, berichtet:

«Eines der Regimenter hat erklärt, daß es nicht nur *den Angriff verweigert*, sondern die Front zu verlassen und nach Hause zu gehen wünscht. Die Komitees wandten sich gegen dieses Bestreben, aber man erklärte ihnen, man werde sie absetzen. Ich suchte lange, das Regiment zu überzeugen, und als ich fragte, ob sie mit mir einverstanden seien, baten sie mich um die Erlaubnis, schriftlich Antwort zu geben. Nach einigen Minuten tauchte vor mir ein Plakat auf: ‚Frieden um jeden Preis! Nieder mit dem Krieg!...‘ Daraufhin gaben sie mir das Wort, dazu bleiben, aber *den Angriff verweigerten sie*. Zur Begründung sagten sie: ‚Bei uns ist der Gegner gut, er hat uns mitgeteilt, daß er nicht angreifen wird, *wenn wir nicht angreifen*. Für uns ist wichtig, daß wir nach Hause zurückkehren, um uns der Freiheit und des Grund und Bodens zu erfreuen — warum sollen wir uns zu Krüppeln schießen lassen?‘<sup>1</sup>»

Der General Dragomirow fügt ergänzend hinzu:

«Die herrschende Stimmung in der Armee ist die Sehnsucht nach Frieden. Jeder, der für den Frieden ohne Annexionen und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintritt, kann sich leicht Popularität in der Armee verschaffen... Der Drang nach Frieden ist so stark, daß *die eintreffenden Verstärkungen* sich weigern, die Waffen zu nehmen. ‚Wozu brauchen wir die, wir beabsichtigen, nicht zu kämpfen...‘<sup>2</sup>»

Der General Schtscherbatschew, der Befehlshaber der Rumänischen Front, teilt mit:

«Ich wurde erst vor kurzem ernannt, konnte aber bereits *alle* mir unterstellten russischen Armeen besuchen; der Eindruck, den ich von dem moralischen Zustand der Truppen und ihrer Kampffähigkeit erhielt, fällt mit dem zusammen, was Ihnen soeben ausführlich dargelegt worden ist... Ich möchte nur auf eine der besten Divisionen der russischen Armee hinweisen, die sich unter den früheren Truppen den Namen einer ‚eisernen‘ Division erworben und ihren ehemaligen Truppen den Ruhm auch in diesem Kriege glänzend gerechtfertigt hat. An einen aktiven Frontabschnitt gestellt, hat sich diese Division geweigert, die vorbereiteten Schanzarbeiten für die Offensive zu verrichten, mit der Begründung, sie wünsche nicht anzugreifen.<sup>3</sup>»

An Hand der Soldatenbriefe kann man leicht die Wege verfolgen, auf denen die Revolution zu ihrem Siege schritt.

Der scharfe Umschwung von der absoluten Monarchie zur politischen Freiheit, die Einbeziehung von Millionen Menschen, die bis dahin gewöhnliche Einwohner gewesen waren, in den revolutionären Kampf, lösten in der ersten Zeit Stimmungen der Vaterlandsverteidigung aus, die das Bewußtsein der Soldaten in Bann hielten.

«Wir begrüßen die Losung des Armeekorps, Krieg bis zum Siege' und schließen uns ihr an» — schreibt ein Soldat zu Beginn der Februarrevolution, aber er fährt im gleichen Briefe fort: «Die einen sind ausgemergelt, die andern aber verstecken sich hinter dem Gesetz des alten Regimes und dem Kapital. Sie sitzen da und lassen es sich gut gehen. Man muß sie sofort, mitsamt den Gendarmen, Land- und Stadtpolizisten, in die Gräben schicken, und diejenigen, die viel gelitten haben, an ihre Stelle nach Rußland bringen<sup>1</sup>.»

Im März kommt der gleiche Gedanke in den Soldatenbriefen immer klarer zum Ausdruck und nimmt bereits eine bestimmtere Klassenfärbung an:

«Wir fühlen und verstehen alle sehr gut, was wir brauchen. Gebe Gott nur, daß wir den äußeren Feind besiegen, dann werden wir uns über die inneren Feinde, das heißt, über die Gutsbesitzer, hermachen<sup>2</sup>.»

Gleich darauf wird auch das Hauptziel: «Den Gutsbesitzern den Boden fortzunehmen<sup>3</sup>» betont.

«Wir alle sind sehr froh über die Freiheit, es ist verdammt schlimm, jetzt zu sterben, wo in Rußland die Türen so weit auf sind... Jeder... Soldat möchte sich das helle, liebe Leben von heute ansehen, auf das man 307 Jahre gewartet hat... Das Schlimme aber ist dabei: dieses Blutvergießen will kein Ende nehmen<sup>4</sup>.»

so klagt ein dritter Brief.

Schließlich heißt es in einem Brief von der Front im April:

«Diese Herrschaften sollen endlich wissen, was es damit auf sich hat, daß die Armee wie ein Mann bis zum vollen Siege kämpfen will, und diese Herrschaften sollen die entschlossensten Maßnahmen treffen, um dieses furchtbare und sinnlose Gemetzel, und zwar so schnell wie möglich, einzustellen, sonst wird es zu spät sein<sup>5</sup>.»



Ein Soldat, der im Auftrag des 31. Alexejewski-Regiments der 8. Infanteriedivision schreibt, nennt einen konkreten Termin, bis zu dem die Armee warten werde...

«Wenn das noch lange dauert, so geben wir unser Ehrenwort, daß wir am 15. Mai die Front verlassen — dann sollen nicht nur die Soldaten zugrunde gehen, die in der vordersten Linie stehen, sondern auch ganz Rußland!»

Die Masse der Soldaten machte sich äußerst rasch von den Illusionen der Vaterlandsverteidigung frei. Die beim Zentralkomitee der bolschewistischen Partei und dann auch in allen großen Städten geschaffenen Militärorganisationen leisteten eine gewaltige Arbeit. Auf die über die Regimenter verstreuten Proletarier gestützt, schufen die Militärorganisationen der Bolschewiki Zellen in den einzelnen Truppenteilen, verbreiteten sie Literatur, organisierten sie Versammlungen und Vorträge. In Petrograd erschien die «Soldatskaja Prawda» sofort in 50 000 Exemplaren und wirkte organisierend dort, wo es noch keinen Parteiapparat gab. An der Front erschien die «Okopnaja Prawda». Die Militärzeitungen bestätigten besonders einleuchtend die Charakteristik, die Lenin der Zeitung gegeben hatte, als er sie einen «kollektiven Organisator<sup>2</sup>» nannte: die Korrespondenten, die für die Zeitungen schrieben, wurden zu Organisatoren der bolschewistischen Arbeit in den Truppenteilen, die Leser zu Bolschewiki in Reih und Glied.

Die bolschewistischen Zeitungen gewannen bald höchste Liebe, Popularität und Autorität bei den Soldaten. Die Zeitungen erhielten materielle Unterstützung in der Armee; um ihr Erscheinen zu ermöglichen, wurden nicht nur die letzten Kopeken geopfert, sondern auch Medaillen, Amulettkreuze und militärische Georgskreuze, Trauringe usw.

Weder die wütende Hetze noch die Verbote konnten das Eindringen der bolschewistischen Zeitungen in die Armee verhindern. Ja, die Soldaten und Arbeiter schufen in der Frontzone einen Vertriebsapparat, der aufopferungsvoll arbeitete. Jede Nummer der Zeitung wurde buchstäblich zu Fetzen gelesen. Mit Hilfe von Eisenbahnern, Postangestellten, Krafft Fahrern, mit Hilfe der Feldküchen drangen die Zeitungen nicht nur in die Gräben, sondern sie wurden auch durch die Feldwachenkette verbreitet, die unmittelbar vor dem «Feind» stand.

Die Schwierigkeiten der bolschewistischen Arbeit zur Befreiung der Massen vom bürgerlichen Einfluß waren in den nationalen Truppenteilen noch etwas größer. Hier mußten nicht nur die So-

zialrevolutionäre und Menschewiki, sondern auch die nationalen Vorurteile bekämpft werden.

Zu der Aufgabe, die Provisorische Regierung zu entlarven, kam hier noch die weitere Aufgabe, die Werktätigen vom Einfluß «ihrer» nationalen Bourgeoisie zu befreien, die ebenfalls für die Fortsetzung des imperialistischen Krieges eintrat. Aber auch hier überzeugten sich die Arbeiter und Bauern auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen rasch von der Richtigkeit der bolschewistischen Auffassungen.

Die Militärorganisationen der bolschewistischen Partei leisteten eine riesige Arbeit in der Armee. Schon Ende April stand die Hälfte der Petrograder Garnison unter bolschewistischem Einfluß. Im Pawlowski-, Ismailowski- und Preobraschenskir Regiment, im Finnischen und in anderen Regimentern bestanden bereits feste Organisationen.

Die Militärorganisation des Zentralkomitees der Bolschewiki stand mit den Frontregimentern und einer Anzahl von Garnisonen des Hinterlandes in Verbindung. Wie groß ihr Einfluß war, kann auf Grund der Allrussischen Konferenz der Militärorganisationen der bolschewistischen Partei beurteilt werden.

Die Konferenz wurde am 16. Juni eröffnet. Es waren 48 Organisationen von der Front und 17 aus dem Hinterland vertreten. Es trafen Delegierte von 500 Regimentern ein, die über die vier wichtigsten Fronten und die 30 größten Zentren des Landes zerstreut waren.

Es fehlten nur die Vertreter vom Kaukasus und Ostsibirien.

Etwa 160 Delegierte vertraten ungefähr 26 000 in bolschewistischen Zellen organisierte Soldaten.

In 10 Tagen — vom 16. bis 26. Juni — leistete die Konferenz unter Führung des Zentralkomitees der Partei eine gewaltige Arbeit.

Außer den Berichten über die einzelnen Truppenteile, die ein deutliches Bild von der Lage an der Front gaben, standen allgemeine Fragen auf der Tagesordnung: die Organisierung der Macht der Arbeiter- und Soldatendeputierten Sowjets — Berichterstatter Lenin; die nationale Bewegung und die nationalen Regimenter — Berichterstatter Stalin; die Agrarfrage — Berichterstatter Lenin u. a.

In der Armee war zur Zeit der Konferenz eine breite nationale Bewegung zur Entfaltung gelangt. Nationale Regimenter wurden zusammengestellt, Soldaten einer bestimmten Nationalität wurden von einer Front an die andere gesandt. Eine Massenagitation für die Schaffung nationaler Truppenteile war im Gange. Während die nationale Bourgeoisie die Bildung nationaler Truppenteile erstrebte,

um sich so eine Stütze zum Kampf gegen die Revolution zu schaffen, widersetzte sich der reaktionärste Teil der höheren Kommandostellen hartnäckig der Schaffung solcher Formationen. Die Träger der Großmacht- und Unterdrückungspolitik spekulierten auf die vom Zarismus gezüchteten chauvinistischen Vorurteile, um die Masse der Soldaten gegen die nationalen Formationen aufzubringen.

Auf der Konferenz wandten sich einzelne Delegierte gegen die ukrainischen Formationen. Sie führten aus, die Schaffung von ukrainischen Truppenteilen sei unter den Verhältnissen des Krieges rein technisch sehr schwierig, die Forderung der Ukrainisierung gehe nicht vom ganzen Volke aus, sondern nur von den ukrainischen Gutsbesitzern.

Es war eine deutliche bolschewistische Linie notwendig. Diese Linie wurde in dem Bericht Stalins gegeben.

Stalin zeigte das imperialistische Wesen der Nationalitätenpolitik der Provisorischen Regierung auf und stellte ihr das Nationalitätenprogramm der Bolschewiki, die Selbstbestimmung der Nationalitäten bis zur Lostrennung, entgegen.

«Die Konferenz ist fest überzeugt — heißt es in der von Stalin vorgeschlagenen Resolution —, daß nur die entschiedene und unwiderrufliche Anerkennung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung, eine Anerkennung durch die Tat und nicht nur mit Worten, das brüderliche Vertrauen zwischen den Völkern Rußlands stärken und damit den Weg zu ihrer wirklichen Vereinigung, nicht einer gewaltsamen, sondern einer freiwilligen Vereinigung, zu einem einheitlichen Staatsganzen bahnen könnte!.»

Zur Frage der Schaffung von nationalen Truppenteilen beschloß die Konferenz einstimmig:

«In der Ueberzeugung, daß die Bildung nationaler Regimenter überhaupt nicht im Interesse der werktätigen Massen liegt — obwohl die Konferenz natürlich nicht das Recht jeder einzelnen Nationalität auf die Bildung solcher Regimenter in Abrede stellt —, drückt die Konferenz ihre feste Zuversicht aus, daß das Proletariat der Ukraine, das, ebenso wie das Proletariat ganz Rußlands, an der Ersetzung des stehenden Heeres durch eine allgemeine Volksmiliz interessiert ist, gegen die Umwandlung der nationalen Regimenter der Ukraine in ein stehendes, vom Volke losgelöstes Heer kämpfen wird?.»

Die Resolution der Konferenz schuf eine feste Grundlage für die Arbeit der Partei in den nationalen Truppenteilen. Die Konfe-

renz verurteilte alle Erscheinungen der Großmachtpolitik, warnte aber zugleich vor eventuellen Ueberspitzungen in der Richtung zum örtlichen Nationalismus und forderte die Entfaltung einer beharrlichen Arbeit zur Bolschewisierung der nationalen Truppenteile. Die klare Durchführung des Zweifrontenkampfes im Bericht Stalins spielte eine außerordentliche Rolle bei der Herüberziehung der nationalen Truppenteile auf die Seite der Revolution, namentlich in den Oktobertagen.

Die Allrussische Konferenz der Militärorganisationen der bolschewistischen Partei an der Front und im Hinterland zog die Bilanz aus dem viermonatigen Kampf der Revolution und Konterrevolution um die Armee: Die Ergebnisse zeigten klar, daß sich der Sieg auf die Seite der Revolution neigte.

Endgültig konnte der Sieg nur errungen werden, wenn der Kampf verschärft, wenn die Arbeit im Hinterland und an der Front gesteigert wurde.

Aber auf der Konferenz trat noch eine andere Errungenschaft der bolschewistischen Partei zutage: der erfolgreiche Kampf für die Schaffung einer proletarischen Miliz, für die Schaffung der Roten Garde.



## Sechstes Kapitel

# Die Rote Garde

### 1.

## Die proletarische Miliz

Die Bourgeoisie, die sich schleunigst «republikanisch» umgefärbt hatte, suchte eifrig die Grundlagen und Stützpunkte ihrer Macht zu sichern, vor allem aber die Armee und die Polizei in der Hand zu behalten. An der Front wurde ein halbes Dutzend zaristischer Generale abgesetzt. Einige wurden auf weniger bedeutende Posten gestellt. Die Armee wurde aus einer «kaiserlichen» in eine «revolutionäre» umgetauft.

Die Polizisten und Gendarmen waren im ganzen Lande keine organisierte Kraft mehr, ein Teil war an die Front geschickt worden, ein anderer Teil hatte ebenfalls «die Farbe gewechselt» oder hielt sich verborgen, um im geeigneten Moment wieder auf den Plan zu treten. Die Provisorische Regierung, die die Macht aus den Händen der Revolution empfangen hatte, konnte nicht die alte Polizei wiederherstellen, aber sie versuchte unverzüglich, eine neue Polizeikraft zu schaffen: sie bildete eine «Volks»-Miliz mit wählbaren Vorgesetzten und unterstellte sie den alten Stadtdumas und Semstvos. Die Angehörigen der «Volks»-Miliz wurden sorgfältig ausgewählt; so bestand z. B. die Petrograder Miliz in den ersten Tagen durchwegs aus Studenten und Offizieren. Lenin schrieb aus diesem Anlaß:

«Für die Gutsbesitzer und Kapitalisten ist heute, nachdem sie sich von der Kraft der revolutionären Massen überzeugt haben, die Hauptsache die *Erhaltung* der wesentlichsten Einrichtungen des alten Regimes, die Erhaltung der alten Unterdrückungswerkzeuge: Polizei, Beamtentum, stehendes Heer. Man ist bestrebt, die ‚Bürgermiliz‘, das Alte bleiben zu lassen, das heißt, man will aus ihr kleine, vom Volke losgelöste, der Bourgeoisie möglichst nahestehende Abteilungen Bewaffneter unter dem Kommando von Leuten aus der Bourgeoisie machen<sup>1</sup>.»

Die Revolution konnte nur vorwärtsgetrieben werden, wenn der alte Machtapparat mit seiner Polizei und Armee zerstört wurde. Dem bürgerlichen Manöver mit der «Volks»-Miliz stellte die bolschewistische Partei die Losung der proletarischen Miliz, die Losung der allgemeinen Bewaffnung des Proletariats entgegen.

«Die einzige *Garantie* der Freiheit und der restlosen Zerstörung des Zarismus ist die *Bewaffnung des Proletariats*<sup>2</sup>», schrieb Lenin in seinem ersten Brief über die Februarrevolution.

Es handelte sich jedoch durchaus nicht um den Kampf um die Führung der neugeschaffenen Miliz und auch nicht um die Bildung einer bewaffneten Kraft für den Wach- und Schutzdienst oder für die «Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung». Die Schaffung einer proletarischen Miliz in der Form, wie sie Lenin im Auge hatte, bedeutete etwas viel Größeres.

Unter den Ursachen, aus denen sich erklärt, daß in den Februartagen die Bourgeoisie die Macht ergriff, war ihre Organisiertheit von besonderer Bedeutung. In Gestalt der Semstwo- und städtischen Institutionen, der Reichsduma, der Kriegsindustrie-Komitees hatte sich die Bourgeoisie während des Krieges fertige politische Organisationen geschaffen, mit denen sie der Revolution entgegentrat. Der Zarismus unterdrückte die proletarischen Organisationen grausam, tastete aber die bürgerlichen nicht an. Im Gegenteil, im Interesse einer erfolgreichen Kriegführung und besonders im Interesse des Kampfes gegen die Revolution förderte der Zarismus sorgsam diese Organisationen.

Das Proletariat mußte eilig daran gehen, seine Organisationen zu schaffen. Es handelte sich aber nicht nur um gewöhnliche Organisationen, das heißt um die Gründung von Gewerkschaftsverbänden usw. In dieser Etappe genügte das nicht.

In der Uebergangsperiode von der ersten zur zweiten Etappe der Revolution brauchte das Proletariat eine Organisation von neuem Typus, die imstande war, seine revolutionäre *Macht* zu sichern.

Die Losung der proletarischen Miliz gab dem Proletariat vor allem Waffen in die Hand und führte zur allgemeinen Bewaffnung der Werktätigen. Die bolschewistische Partei verlangte außerdem, als sie die Losung der proletarischen Miliz aufstellte, daß auch die Frauen in sie aufgenommen werden. Millionen von Arbeiterfrauen wurden zum erstenmal in die Politik hineingezogen, beteiligten sich aktiv am öffentlichen Leben, wurden dem Einfluß der Bourgeoisie entrissen.

Auf die Werktätigen gestützt, vermochte die neue Miliz den Kampf gegen die herannahende Hungersnot, die Kontrolle über die richtige Verteilung des Brotes und anderer Lebensmittel, über die ungestörte Tätigkeit der Fabriken und Werke zu übernehmen.

Aber die proletarische Miliz konnte ihre Aufgaben nur dann erfüllen, wenn die Arbeit der Milizionäre auf Kosten der Kapitalisten bezahlt wurde. Zu diesem Zweck mußte selbstverständlich die Sabotage der Bourgeoisie gebrochen und die wirkliche Kontrolle über die Produktion in die Hände der Arbeiter gelegt werden.

So führte die Verwirklichung der Losung der proletarischen Miliz unvermeidlich zur Zerstörung des alten Machtapparats — der Polizei und der Armee; sie stellte gewaltige Kader von Werktätigen in den öffentlichen Dienst, die mit Erfolg die zaristischen Beamten zu ersetzen vermochten. Die proletarische Miliz verwandelte sich in eine politische Schule für breite Schichten der Arbeiterklasse. Indem sie das Volk lehrte, mit den Waffen umzugehen, wuchs die proletarische Miliz zu einer Klassenarmee heran, die fähig war, um die Macht der Sowjets zu kämpfen.

Das war nicht nur ein Kampf für die Schaffung der proletarischen Kader des Aufstandes. Die militärtechnische Vorbereitung des Aufstandes, die Schaffung einer materiellen militärischen Kraft zur Durchführung des Umsturzes bildeten nur einen Teil dieser Losung. Die Forderung der Organisation einer proletarischen Miliz warf das ganze Problem der Macht auf, zeigte die Wege zur Einbeziehung riesiger Massen in die Politik, entriß sie der Bourgeoisie, gewann sie für die Sache der Revolution. Die proletarische Miliz führte die Massen unmittelbar an den Kampf um die Macht heran.

Lenin schrieb über die Organisierung der Miliz:

«Arbeiter, Genossen! Ueberzeugt die Bauern und das ganze Volk von der Notwendigkeit, eine allgemeine Miliz an Stelle der Polizei und der alten Beamtschaft zu errichten!... Gebt euch auf keinen Fall mit der bürgerlichen Miliz zufrieden. Zieht die Frauen, ebenso wie die Männer, zur öffentlichen Dienstleistung heran. Setzt unbedingt durch, daß die Kapitalisten den Arbeitern

die Tage, die sie dem öffentlichen Dienst in der Miliz widmen, bezahlen!

Elernt die Demokratie in der Praxis, sofort, auf eigene Faust, von unten auf, hebt die Massen empor zur aktiven, unmittelbaren, allgemeinen Teilnahme an der Verwaltung — darin und nur darin liegt die Gewähr für den vollständigen Sieg der Revolution, und für ihr festes, überlegtes, planmäßiges Vorwärtsschreiten<sup>1</sup>.»

Die Partei stellte keinen besonderen, in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Plan zur Errichtung der proletarischen Miliz auf. Eine Aufgabe von so außerordentlich tiefer und umfassender Bedeutung konnte nicht in ein enges Schema gepreßt werden. Die Partei betonte vielmehr, daß das Proletariat auf verschiedenen Wegen an diese Aufgabe herantreten werde.

«An manchen Orten Rußlands — schrieb Lenin — gibt ihm (dem Proletariat. *Die Red.*) die Februar-März-Revolution beinahe die volle Macht, an andern Orten wird es vielleicht ‚eigenmächtig‘ eine proletarische Miliz schaffen und ausbauen, wieder an andern Orten wird es wahrscheinlich sofortige Wahlen zu den Stadtdumas und Semstvos auf der Grundlage des allgemeinen usw. Wahlrechts fordern, um sie in revolutionäre Zentren zu verwandeln, usf., bis das Wachstum der proletarischen Organisiertheit, die Annäherung zwischen den Soldaten und Arbeitern, die Bewegung in der Bauernschaft und die Enttäuschung sehr, sehr vieler über die Untauglichkeit der Gutschkow- und Miljukow-Regierung, dieser Regierung des Krieges und des Imperialismus, die Stunde nahen läßt, wo diese Regierung durch die ‚Regierung‘ des Sowjets der Arbeiterdeputierten ersetzt wird<sup>2</sup>.»

Im ganzen Land begann die Organisierung der proletarischen Miliz. An den Orten, wo bedeutende Proletariermassen konzentriert waren, wo die Bolschewiki über feste Organisationen verfügten, wurde die proletarische Miliz buchstäblich nach dem von Lenin entworfenen Plan aufgebaut. So wurde in Kanawino, dem jenseits der Wolga liegenden Teil von Nishnij-Nowgorod, wo die Bolschewiki stark waren, nahezu in allen 16 Betrieben mit 30 000 Arbeitern eine von den Kapitalisten bezahlte Miliz errichtet. Die Bourgeoisie suchte ihre Rolle auf den Schutz der Betriebe und der «Ordnung» zu beschränken. Aber in Wirklichkeit war die Miliz von Kanawino die örtliche Macht: die Arbeiter kontrollierten die Produktion, wächten über die Verteilung von Lebensmitteln, legten Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern bei usw. Ueber die Miliz von Kanawino schrieb Lenin:



«Diesen richtigen Weg betreten die Arbeitermassen selber. Das Beispiel der Nishnij-Nowgoroder Arbeiter muß zum Vorbild für ganz Rußland werden!»

Auch die Arbeiter von Orechowo-Sujewo kamen diesem Vorbild sehr nahe. Seit Beginn der Februarrevolution hatte sich in Orechowo ein starker bolschewistischer Kern zusammengeschart. Die Arbeiter nahmen die allgemeine Bürgermiliz, die die Bourgeoisie aus Gymnasiasten gebildet hatte, in die Hände. Die bolschewistische Organisation schuf einen besonderen Stab zur Leitung der militärischen Ausbildung der Arbeiter. Der Stab, der die Kampfgruppen führte, arbeitete an der topographischen Aufnahme der Stadt für den Fall von Straßenkämpfen, organisierte eine Nachrichtenabteilung, «um die Stimmung der Konterrevolution am Ort kennenzulernen». Waffen für die proletarische Miliz verschafften die Bolschewiki von Orechowo-Sujewo «entsprechend den örtlichen Bedingungen». «Zum Zusammen-schluß mit den Arbeitern» wurden die Offiziere eines in der Nähe der Stadt stehenden Regiments eingeladen.

«Man bewirtete sie, gab ihnen ordentlich zu trinken — erzählt der Orechower Arbeiter M. I. Petrokow —, außerdem gab man ihnen guten Wollstoff und kam so in den Besitz ihrer 300 Gewehre nebst 61 000 scharfen Patronen. In der gleichen Nacht wurde das alles zu uns herübergeschafft!»

Ebenso wie in Kanawino, stellte auch in Orechowo-Sujewo die Miliz die tatsächliche Macht des Proletariats im Bezirk dar. Ohne die Bestätigung und Zustimmung der Miliz konnten die Vertreter der Provisorischen Regierung keine einzige Maßnahme durchführen, und mit Hilfe der Miliz errangen die Arbeiter von Orechowo-Sujewo überaus bedeutende Erfolge in ihrem wirtschaftlichen Kampf.

An den Oktoberkämpfen nahmen die Arbeiter von Orechowo-Sujewo aktiven Anteil: sie kämpften in Moskau gegen die Offizierschüler nicht schlechter als die Moskauer Arbeiter selbst.

In andern Orten wurden Kampfgruppen der Partei geschaffen, in die nach und nach auch parteilose Arbeiter hineingezogen wurden. In Jekaterinoslaw war noch vor der Februarrevolution in der Illegalität eine mit Revolvern bewaffnete Kampfgruppe geschaffen worden. Die Gruppe hatte zur Aufgabe «nur Massenversammlungen und Versammlungen in den Wohnungen zu schützen, um das Hochgehen zu verhindern, sowie um Spitzel einzuschüchtern!»

Nach der Revolution vergrößerte sich die Kampfgruppe rasch durch Mitglieder der bolschewistischen Organisation. Ende April wurde sie zur Roten Garde umbenannt, doch wer in sie eintreten

wollte, brauchte eine Empfehlung einer bolschewistischen Parteiorganisation.

Im Ural wuchs die proletarische Miliz im Kampf gegen die Vorstöße der Konterrevolution.

So hatten in Troizk Kosaken, die am 1. Mai vor einem Branntweinlager Wache standen, die Schlösser und Plomben abgerissen und sich Schnaps verschafft. Sie plünderten im betrunkenen Zustand das Lager; unter den Betrunkenen tauchten dunkle Gestalten auf, die sie aufforderten, die Juden «niederzuschlagen». Die Bolschewiki beriefen eine dringende Beratung ein, auf der beschlossen wurde, alle Parteimitglieder in Abteilungen zum Schutz und zur Verteidigung der Bürger der Stadt Troizk zu mobilisieren.

Auch an die parteilosen Arbeiter wurde ein Aufruf gerichtet. In den Industriebetrieben wurden unverzüglich Kampfabteilungen unter Führung von Mitgliedern der bolschewistischen Partei gebildet. Waffen erhielt man vom Stab des 131. Reserveinfanterieregiments. Zwei Wochen nach Wiederherstellung der Ordnung wurde ein Teil der Waffen abgeliefert, ein anderer Teil in den Betrieben versteckt. Im weiteren Verlauf kämpften die Arbeiterabteilungen in Troizk gegen die konterrevolutionären Vorstöße der dortigen Bourgeoisie, der Kulaken und Offiziere, marschierten bei Versammlungen auf, befreiten verhaftete Bolschewiki aus den Gefängnissen. Nach der Oktoberrevolution erprobten die Bolschewiki von Troizk ihre Waffen in Gefechten mit den Banden des Kosakenhetmans Dutow.

In den meisten Bezirken Rußlands vollzog sich jedoch der Aufbau der proletarischen Miliz durch die Bildung von Abteilungen der Roten Garde. Die Rote Garde wurde zur typischsten Form der proletarischen Miliz.

## 2.

### Die Rote Garde in Petrograd

Mit den ersten Tagen der Revolution begann in Petrograd ein stürmischer Prozeß der Selbstbewaffnung des Proletariats. Die Arbeiter zwangen die kleinstädtischen Führer des Sowjets, von oben zu sanktionieren, was sie sich bereits auf eigene Faust genommen hatten. Am 28. Februar beschloß das sozialrevolutionär-menschewistische Exekutivkomitee des Sowjets:

«Die Arbeiter in den Betrieben sollen eine Miliz in der Stärke von je 100 Mann auf 1000 Arbeiter organisieren<sup>1</sup>.»

Sobald sich aber herausstellte, daß die Bourgeoisie dem ersten Ansturm standgehalten hatte, bemühten sich die Sozialrevolutionäre

und Menschewiki, ihr Zugeständnis rückgängig zu machen, ebenso wie sie es mit dem Befehl Nr. 1 getan hatten.

Vor allem verbot das Exekutivkomitee, Waffen an die Arbeiter auszugeben, dann sprach es sich in der Sitzung vom 7. März für die Verschmelzung der Betriebsmiliz mit der allgemeinen Bürgermiliz aus. Das Exekutivkomitee empfahl den Arbeitern:

«1. Als Gesamtorganisation in die Städtische Miliz einzutreten. 2. Dabei ihre selbständige Organisation aufrechtzuerhalten, ihre gewählten Milizkomitees zu organisieren; eine weiße Armbinde mit der Nummernbezeichnung der Stadtmiliz sowie die von ihr ausgestellten Ausweise entgegenzunehmen; gleichzeitig damit die rote Rosette der Betriebsmiliz an die weiße Armbinde der Stadtmiliz anzuheften, die Nummern und Ausweise der Betriebsmiliz zu behalten<sup>1</sup>.»

Diese «Empfehlung» läßt übrigens sehr klar die Grundmethode erkennen, mit der die Sozialrevolutionäre und Menschewiki arbeiteten. Da sie fürchteten, die Arbeiter durch eine entschlossene und offene Unterstützung der Bourgeoisie abzustoßen, suchten die kleinbürgerlichen Führer ihre Vorschläge «demokratisch» zu verbrämen: die Arbeitermiliz sollte aufgelöst, aber den Arbeitermilizionären zum Trost erlaubt werden, ihre Abzeichen an der Armbinde zu behalten.

Die Massen begriffen, daß sie genötigt waren, die proletarische Miliz über die Köpfe der Sozialrevolutionäre und Menschewiki hinweg, im Kampf mit ihnen zu schaffen.

Am 3. März beauftragte das Petersburger Komitee der bolschewistischen Partei zwei Organisatoren, in kürzester Frist einen Entwurf für die Organisation der proletarischen Milizkader vorzulegen.

Aus diesem Beschluß ist im Grunde die Militärkommission des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei hervorgegangen, die unter der Bezeichnung «Militärkomm.» («Wojenka») bekannt ist. Die «Militärkomm.» entfaltete ihre Tätigkeit, wie wir bereits gesehen haben, hauptsächlich unter den Soldaten. Mit dem Aufbau der proletarischen Miliz befaßten sich dagegen — voll Eifer und Geschick — die Rayonkomitees der bolschewistischen Partei. In zahlreichen Betrieben entstanden kleine Zellen einer Fabrikmiliz, die nach und nach die Arbeiter heranzogen. Allenthalben ging eine Selbstbewaffnung des Proletariats vor sich. Die Waffen wurden aus dem Erdboden hervorgeholt, in dem man sie noch vor der Revolution vergraben hatte, man erhielt sie von den Soldaten, man

kaufte sie, wo immer es nur möglich war. Eine große Anzahl von Waffen hatte man sich vorsorglich in den ersten Tagen der Revolution verschafft. Aus dem Aprilbefehl des Oberbefehlshabers des Petrograder Militärbezirks, General Kornilow, der die Bevölkerung zur «sofortigen Abgabe der Waffen» aufforderte, geht hervor, daß in den ersten Revolutionstagen mehr als 40 000 Gewehre und 30 000 Revolver aus dem Arsenal in die Hände der Bevölkerung gekommen sind.

Die Arbeiter unterwarfen sich nicht dem Befehl des sozialrevolutionär-menschewistischen Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets über die Verschmelzung der Betriebsmiliz mit der Stadtmiliz, und lieferten die Waffen nicht ab. Unter den verschiedensten Bezeichnungen — «Partei-Kampftruppen», «Arbeitermiliz bei den Rayonsowjets», «Arbeiterkampfgruppe», «Kampfgruppe» — bestanden weiterhin in den Betrieben und bei mehreren Gewerkschaften Gruppen bewaffneter Arbeiter, die sich immer weiter ausdehnten.

Die Arbeiter mußten bei den Konflikten, die um die Bezahlung der Mitglieder dieser Kampfgruppen entstanden, viel Kraft einsetzen. Die Arbeiter forderten für die Stunden, die sie dem Ordnungsdienst widmeten, die Ausbezahlung des durchschnittlichen Stundenlohns. Die Unternehmer wollten nicht zahlen; sie fühlten, daß ihnen nicht nur die Regierungsorgane, sondern auch das Exekutivkomitee des Sowjets den Rücken stärkte. Die Petrograder Stadtduma erklärte sich bereit, die den Kampfgruppen angehörenden Arbeiter zu bezahlen, unter der Bedingung, daß sie ihre Abteilungen auflösen und Milizionäre im gewöhnlichen Sinne werden.

Den Angehörigen der proletarischen Miliz wurde kein Geld ausgezahlt, die Ausgabe von Waffen an sie wurde verboten, und nach der Ankunft Lenins, als sich die Hetze gegen die Bolschewiki verschärfte, begann man, sie zu entwaffnen und häufig sogar zu verhaften. Die proletarische Miliz war die erste Organisation, über die der Terror der Provisorischen Regierung herfiel — so ernst faßte die Bourgeoisie die Organisierung der Roten Garde auf. Trotzdem bestand und wuchs die proletarische Miliz unter verschiedenen Bezeichnungen in den Betrieben weiter.

In der Presse erschienen Resolutionen, die die Bewaffnung des Proletariats forderten.

So forderten die Arbeiter der Werke «Stary Parviainen» am 15. April in der «Iswestija», nachdem sie die Absetzung der Provisorischen Regierung, die nur ein Hemmnis der revolutionären Sache war, und die Uebergabe der Macht an die Sowjets verlangt hatten:

«eine Rote Garde zu organisieren und das gesamte Volk zu bewaffnen<sup>1</sup>.»

Die Bewegung nahm einen solchen Massencharakter an, daß es notwendig wurde, ihr eine einheitliche Organisationsform zu geben.

Mitte April beantwortete das Petersburger Komitee der bolschewistischen Partei die Hetze gegen die Bolschewiki und die konterrevolutionären Vorstöße der Bourgeoisie mit der Losung, besondere Partekampfgruppen zum Schutz der Freiheit der Parteitätigkeit zu organisieren.

Der Wiborger Rayonsowjet, der damals schon völlig bolschewistisch war, beschloß am 28. April einstimmig, die Miliz in eine «Arbeitergarde» umzugestalten. Am folgenden Tage wurde der «Statutenentwurf der Arbeitergarde» in der «Prawda» veröffentlicht. In dem Entwurf hieß es:

«Ziele: 1. Die Arbeitergarde stellt sich zur Aufgabe:

- a) mit den Waffen in der Hand alle Eroberungen der Arbeiterklasse zu verteidigen;
- b) das Leben, die Sicherheit und Hab und Gut aller Bürger, ohne Unterschied des Geschlechts, des Alters und der Nationalität zu schützen.

Zusammensetzung: 2. Mitglied der Arbeitergarde kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sein, die Mitglieder einer sozialistischen Partei oder einer Gewerkschaft sind, auf Grund der Empfehlung oder Wahl durch die Vollversammlung eines Betriebes oder einer Werkstatt<sup>2</sup>.»

Das Exekutivkomitee des Sowjets, das während der ganzen Zeit die Bildung von selbständigen Arbeiterkampfgruppen bekämpft hatte, schwankte unter dem Einfluß der April-Ereignisse noch stärker nach rechts. Dem am 28. April in den «Iswestija» veröffentlichten Statutenentwurf wurde ein warnender Leitartikel «Ueber die Rote Garde» vorausgeschickt, dessen menschewistischer Verfasser die Befürchtung ausdrückte:

«Die Rote Garde ist in der geplanten Form eine direkte Bedrohung der Einheit der revolutionären Kräfte<sup>3</sup>.»

Sie könne nur einen Keil zwischen die Arbeiterkampfgruppen und die revolutionäre Armee treiben. In welchem Maße die Forderungen der Arbeiter über die Köpfe der Menschewiki hinweggehen, geht schon daraus hervor, daß sogar nach einem solchen

panikerfüllten Leitartikel das Statut der Roten Garde abgedruckt wurde.

Am 28. April fand eine Konferenz von Arbeitervetretern verschiedener Betriebe statt, an der 156 Delegierte von 82 Petrograder Betrieben und 26 Delegierte von Parteiorganisationen teilnahmen. Der menschewistische Teil der Versammlung forderte die Unterordnung der Arbeiterabteilungen unter den Sowjet. Der Vertreter des Exekutivkomitees erklärte:

«Die ablehnende Haltung des Exekutivkomitees gegenüber der Idee einer Roten Garde findet ihren Niederschlag bereits in der Form einer eindeutigen Resolution des Büros des Exekutivkomitees, die morgen veröffentlicht wird!»

Die Versammlung war empört und wählte eine Delegation, um mit dem sozialrevolutionär-menschewistischen Exekutivkomitee zu verhandeln. Am nächsten Tag begab sich die Delegation zu Tschcheidse ins Exekutivkomitee. Die Menschewiki beantworteten diesen Besuch mit der Veröffentlichung eines kurzen Artikels «Rote Garde oder Miliz?» in den «Iswestija» Nr. 54, in dem wieder auseinandergesetzt wurde, daß sich die Arbeiterkampfgruppen in «die Organisation der Miliz<sup>2</sup>» eingliedern und auf ihr selbständiges Bestehen verzichten müssen.

Im Kampf mit dem kompromißlerischen Sowjet verlegten die Bolschewiki das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf die einzelnen Betriebe, in denen bereits vorher Abteilungen der Roten Garde gebildet worden waren. Das Petersburger Komitee der Bolschewiki tat alles, um seinen führenden Einfluß auf die Betriebskomitees der Petrograder Betriebe zu stärken. Das war die unumgängliche Vorbedingung für eine erfolgreiche Bewaffnung des Proletariats, denn die Betriebskomitees hatten die Hauptarbeit für den Kampf zu leisten. Die Bolschewisierung der Betriebskomitees bewirkte eine unmittelbare Verstärkung des Einflusses der Partei in den Gewerkschaften und in den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendepu-tierten.

In dem Streit zwischen Unternehmern und Arbeitern um die Frage der Bezahlung der Miliz spiegelte sich der hartnäckige Kampf der Arbeiter um die Rote Garde wider. Der Chef der Stadtmiliz erließ den Befehl, «alle Milizionäre anzuhalten und zu entwaffnen, auf deren Armbinden an Stelle eines «G»\* die Buchstaben «NM»\*\* stehen<sup>3</sup>.» Als Antwort darauf stellten die Bolschewiki in den Wahl-

\* Gorodskaja Milizija — städtische Miliz. *Der Uebers.*

\*\* Narodnja Milizija — Volksmiliz. *Der Uebers.*

versammlungen für die Stadtbezirksdumas mit noch größerer Schärfe die Frage einer allgemeinen Volksmiliz. Beim Vorstand des Vereins der Fabrikbesitzer liefen weiter Beschwerden der Kapitalisten ein, in denen betont wurde, daß die Betriebskomitees die Forderungen der Arbeitermiliz unterstützen. Die Arbeiter traten in Einheitsfront gegen die Unternehmer auf.

Ein kennzeichnender Fall ereignete sich in der Lederfabrik der Firma «I. W. Ossipow u. Co.». Die Besitzer der Fabrik richteten an den Vorstand des Fabrikbesitzervereins eine Beschwerde über «die allzu kämpferische Haltung der Milizionäre» sowie über das Betriebskomitee und die Belegschaft, die die Milizionäre unterstützten; es handelte sich immer um die gleiche Frage: die Bezahlung. Der Vorstand empfahl den Besitzern, sich an das Innenministerium um Hilfe zu wenden. Im Vertrauen auf ihre Macht setzte die Betriebsleitung am 16. April die Arbeitermilizionäre davon in Kenntnis, daß sie mit Wirkung ab 10. März die Bezahlung ihrer Tätigkeit ablehne. Die Arbeitermiliz verhaftete zunächst die Betriebsleitung und berief dann eine allgemeine Belegschaftsversammlung ein. Auch der Direktor der Fabrik wurde zur Versammlung eingeladen. Er weigerte sich jedoch, zu erscheinen. Darauf wurde er mit Gewalt in die Versammlung gebracht. Die Arbeiter erklärten, daß alle Forderungen der Milizionäre unbedingt richtig und zu erfüllen seien; sie beschlossen,

«von der Betriebsleitung kategorisch die Bezahlung der Genossen Milizionäre entsprechend ihren Lohnsätzen auch nach dem 10. März zu verlangen. Im Weigerungsfall beschloß die Versammlung, die Genossen Milizionäre *mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln* energisch zu unterstützen<sup>1</sup>.»

Unter dem Druck der Arbeiter machten viele Unternehmer — Siemens-Schuckert, die Fabrik für Heeres- und Flottengeräte, die Lederfabrik A. Paramonow — Zugeständnisse.

Die Proteste, die von den Kapitalisten beim Innenministerium erhoben wurden, zeigen, wie die Arbeiter unter der Führung der Bolschewiki den Gedanken der allgemeinen Bewaffnung des Proletariats in die Tat umsetzten. Der Allrussische Verein der Lederfabrikanten führte in seiner Eingabe an das Innenministerium aus:

«Gegenwärtig wird in den Großbetrieben der Lederindustrie ein neuer Typ der Miliz organisiert. Die Arbeiter wählen einen Milizionär auf je 100 Arbeiter, die so gebildete Gruppe wird

einen Monat lang im Schießen und in den übrigen Obliegenheiten der Milizionäre ausgebildet, dann wird sie durch die nächstfolgende neue Gruppe abgelöst, sodaß mit der Zeit alle Arbeiter des Betriebes diesen Milizdienst durchmachen.» Unter diesen Umständen «erscheint die Aufstellung von Arbeitermilizionären selbst etwas unklar und entspricht jedenfalls durchaus nicht den Notwendigkeiten der Produktion<sup>1</sup>.»

In der Provinz machte die proletarische Miliz in der Hauptsache die gleichen Entwicklungsetappen durch, wie in Petrograd. Die Februarrevolution gab dem Proletariat die Waffen in die Hand. Die Kampfgruppen der Arbeiter übten in der ersten Zeit die Funktionen der Miliz aus, schützten die Städte vor Raubüberfällen und Trunkenheits-Pogromen. Sie stießen überall auf den Widerstand der Sozialrevolutionäre und Menschewiki.

In Moskau wurde am 2. März eine Volksmiliz mit den gleichen Funktionen des «Schutzes von Ruhe und Ordnung» gebildet wie in Petrograd. Schon in den ersten Tagen der Revolution protestierten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre gegen die Bewaffnung der Arbeiter, ja sie bedrohten jeden mit der Verhaftung, der die Waffen behalte. Trotzdem gelangte ein Teil der Waffen in die Betriebe, und die entstehenden Kampfabteilungen leiteten ihre militärische Ausbildung in die Wege. Die Verteilung der Waffen erfolgte sehr ungleichmäßig und zufällig. Wo größere Energie und Initiative entfaltet wurde, da war die Bewaffnung besser. So erfuhren zum Beispiel die Arbeiter der Michelson-Werke, daß sich am Rjasan-Ural-Bahnhof, in den Lagerräumen der Sibirischen Bank, die von der Warschauer Polizei evakuierten Waffen befanden; es wurde beschlossen, von ihnen Besitz zu ergreifen. Ebenfalls in den Michelson-Werken wurden nachts Bomben hergestellt, so daß es in den Oktobertagen möglich war, nicht nur die Rote Garde des Betriebes, sondern auch die benachbarten Werke und die Soldaten des Dwinsker-Regiments zu bewaffnen. Im März und April wurde bereits eine Abteilung der Roten Garde von mehr als 400 Mann organisiert.

Wie einer der Organisatoren der Moskauer Roten Garde, Genosse Petsche, mitteilt, gab es im April nicht nur in den Michelson-Werken, sondern auch in den Betrieben «Motor», «Prowodnik», den Telephonwerken u. a. Arbeiterkampfgruppen. Aber es fehlte in der Regel an Waffen. So mußte die 80 Mann starke Rote Garde, die im Juni in dem Betrieb «Postawschtschik» im Stadtteil Samoskworetshje organisiert wurde, die Gewehrgriffe an Holzstücken üben, weil sie keine Gewehre hatte.



Die Moskauer Bolschewiki wandten der proletarischen Miliz sofort viel Aufmerksamkeit zu. Auf der bolschewistischen Stadtkonferenz vom 3. — 4. April wurde eine Resolution zur politischen Lage und zu den Aufgaben des Proletariats angenommen. Einer ihrer Punkte lautete:

«Es ist eine bewaffnete Volksmiliz unter der strengsten Kontrolle der proletarischen und bäuerlichen Organisationen zu bilden<sup>1</sup>.»

Zehn Tage danach, am 14. April, beschloß das Moskauer Komitee der Bolschewiki zur Durchführung dieses Punktes fast einstimmig folgende Richtlinien:

«1. Die Genossen sollen in die Rote Garde eintreten.

2. Durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten ist an das Komitee der gesellschaftlichen Organisationen der Vorschlag zu richten, wenn schon nicht Parteimitglieder, so doch Arbeiter zu bevorzugen.

3. Es ist erforderlich, Betriebskampfgruppen zu schaffen, die den Schutz der Betriebe zu übernehmen haben. Zu diesem Zweck sollen die Fabrikanten Waffen beschaffen.

4. Es sind Parteikampfgruppen oder Schützenvereine zu organisieren und alle Maßnahmen zur Beschaffung von Waffen zu ergreifen<sup>2</sup>.»

Die Moskauer Bolschewiki gaben im Kampf um die proletarische Miliz ein hervorragendes Beispiel für eine geschmeidige Taktik. In den Betrieben wurden Arbeiterabteilungen organisiert. Die Bourgeoisie beschloß, um den Bolschewiki entgegenzutreten, die Führung der Bewegung in die Hand zu nehmen. Zu diesem Zweck übernahm das Komitee der gesellschaftlichen Organisationen, an dessen Spitze Sozialrevolutionäre und Menschewiki standen, die Organisation der Roten Garde.

Die Bolschewiki verpflichteten vor allem die Mitglieder der Betriebszellen der Partei, in diese Abteilungen einzutreten; gleichzeitig empfahl die Partei, solange sich die Führung der Roten Garde in den Händen der Menschewiki befand, Parteikampfgruppen zu schaffen, die mit Waffen versehen werden sollen. Diese Taktik ermöglichte es, die Organisation von innen her zu erobern. Der Verlauf des politischen Kampfes bestätigte die Richtigkeit dieser Taktik. Es gelang den Moskauer Bolschewiki, die so geschaffenen Abteilungen unter ihrer Führung zu behalten.

Das Moskauer Stadtkomitee, das Moskauer Bezirkskomitee und das Gebietsbüro des Zentralkomitees der Bolschewiki nahmen am 28. April, unter Mitwirkung der Parteifunktionäre, eine Resolution über die Stellung zur Provisorischen Regierung an, in der ein Punkt lautete:

«Sofortige Organisierung der Roten Arbeiter-Garde, ohne von vornherein die Formen zu bestimmen, in denen dies erfolgen kann.»

So wurden überall, wo die Bolschewiki an der Spitze des Proletariats standen — in den Hauptstädten und in der Provinz, im Ural und im Donezbecken, in der Ukraine und im Kaukasus —, in schwerem und hartnäckigem Kampf Abteilungen der Roten Garde geschaffen. Von der Regierung verfolgt, den Widerstand der Sozialrevolutionäre und Menschewiki überwindend, vermochten es die Bolschewiki, Führer der Masseninitiative zu sein und eine umfassende Arbeit zur Organisierung der proletarischen Miliz zu leisten. Im Kampf um die Miliz verstanden es die Bolschewiki, jede Klassenforderung der Arbeiter auszunützen und jeden versöhnlerischen Schritt der Sozialrevolutionäre oder der Menschewiki zu entlarven. Ob es sich um die Wohnungsfrage, um den Brotmangel, um Kampfmaßnahmen gegen die Hungersnot oder um die Beschlagnahme der überschüssigen Vorräte handelte — die Bolschewiki verstanden es, aufzuzeigen, daß alle Maßnahmen der Regierung und alle Versprechungen der Menschewiki unerfüllbar waren, solange nicht das gesamte arbeitende Volk zur Teilnahme an der Verwaltung herangezogen, solange nicht an Stelle der Polizei und Armee eine proletarische Miliz zur Verteidigung und zum Angriff organisiert wurde. Durch diese Politik wurde im Bewußtsein des Proletariats die Idee der Unvermeidlichkeit eines Bürgerkriegs der Klassen, die Idee von der Notwendigkeit der proletarischen Revolution verankert.

Im Mai, als der Wahlkampf für die Stadtbezirkdumas stattfand, und die Sozialrevolutionäre und Menschewiki eine geräuschvolle Agitation betrieben, dem Proletariat Brot, öffentliche Verpflegung, Wohnungen versprochen, veröffentlichte Lenin seinen Artikel «Die Hauptsache vergessen», in dem er, unter Hinweis auf die Ergebnisse des Kampfes um die proletarische Miliz schrieb:

«Das ist es ja eben, daß alle derartigen Programme, alle derartigen Aufzählungen großspuriger Reformen, wenn man die harten und grausamen Bedingungen der Kapitalherrschaft außer Acht läßt, leere Worte sind, die in der Praxis entweder harmlose

‚fromme Wünsche‘ bedeuten oder den bloßen Betrug der Massen durch gewöhnliche bürgerliche Politikanten<sup>1</sup>.»

Solange die Polizei oder an ihrer Stelle eine Volksmiliz besteht, die vom Volke losgelöst und gegen das Volk gerichtet ist, sind keinerlei ernsthafte und grundlegende Reformen zugunsten der Werktätigen möglich.

«Eine allgemeine Volksmiliz an Stelle der Polizei und des stehenden Heeres — das ist die *Bedingung* für erfolgreiche Kommunalreformen zugunsten der Werktätigen<sup>2</sup>.»

«Allgemeine Volksmiliz — schrieb Lenin — das bedeutet die wirkliche Erziehung der *Massen* der Bevölkerung zur Demokratie.

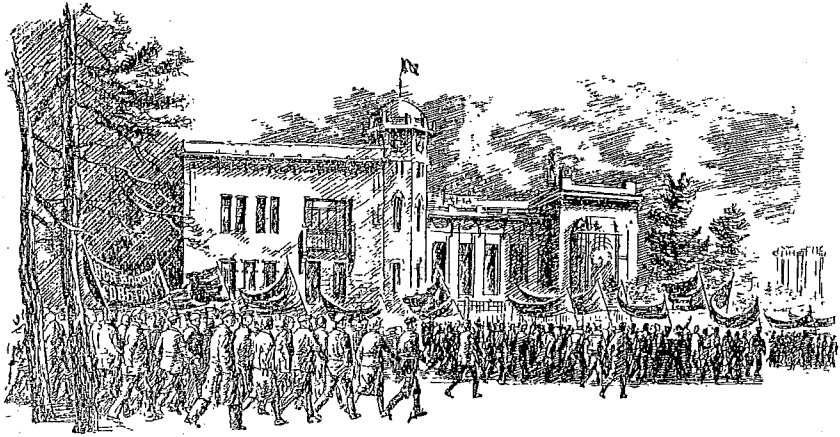
Allgemeine Volksmiliz — das bedeutet, daß *nicht allein* die Reichen und *ihre* Polizei über die Armen regieren, sondern daß sich das Volk selbst verwaltet, unter dem überwiegenden Einfluß der Armen.

Allgemeine Volksmiliz — das bedeutet, daß die Kontrolle (der Fabriken, der Wohnungen, der Verteilung der Produkte usw.) nicht auf dem Papier zu bleiben *braucht*.

Allgemeine Volksmiliz, das bedeutet, daß die Brotverteilung ohne ‚Schlangen‘, *ohne irgendwelche* Vorrechte für die Reichen vor sich gehen wird<sup>3</sup>.»

Im Ergebnis errangen die Bolschewiki gewaltige Erfolge bei der Verwirklichung der Losung der proletarischen Miliz: im Juli besaß die Partei in allen Industriezentren bewaffnete Abteilungen fortgeschrittener Proletarier, die bereit waren, ihr Leben für die große, revolutionäre Sache der Partei hinzugeben.





## Siebentes Kapitel

### Die Julitage

#### 1.

#### Die Aktionen der Arbeiter in Petrograd

Die Kräfte der Revolution, die die Junikrise hervorgerufen hatten, wirkten mit wachsender Schnelligkeit weiter.

Noch keine einzige Aufgabe der Revolution war gelöst. Die Schwierigkeiten der Brotversorgung wuchsen. Die Zerrüttung nahm zu und dehnte sich auf immer neue Gebiete und Bezirke aus. Werke und Fabriken wurden — meist durch die Unternehmer — stillgelegt. Durch das Verkehrswesen verbreitete sich, gleichsam wie durch einen Kanal, die Lähmung des Produktionsorganismus über das ganze Land.

Im Mai wurden 108 Betriebe mit 8701 Arbeitern, im Juni 125 Betriebe mit 38 455 Arbeitern, im Juli 206 Betriebe mit 47 754 Arbeitern stillgelegt. Die Produktion der Metallindustrie ging um 40 Prozent, die der Textilindustrie um 20 Prozent zurück.

Die Hungersnot nahte.

Es war klar, daß die Bourgeoisie zum Angriff schritt. Den Klassensinn dieses Angriffs plauderte der Großindustrielle Rjabuschinski mit zynischer Offenheit aus. Auf dem Handels- und Industriekongreß

erklärte er mit wahrem Entzücken, daß bald der Moment kommen werde, wo

«die knochige Hand des Hungers und des Elends des Volkes, die Volksfreunde, die Mitglieder der verschiedenen Komitees und Sowjets an der Kehle packen wird!».

Während des ganzen Monats Mai, und besonders im Juni brachen im ganzen Lande unaufhörlich Streiks aus mit der Forderung des Achtstundentages und der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter.

Das Donezbecken war in Siedehitze, unaufhörlich tobte der Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern; über den Ural brauste eine Welle von Streiks; im Gebiet von Nishnij-Nowgorod streikten mehr als 20 000 Arbeiter von Sormowo. Im Moskauer Bezirk wurden langdauernde Konflikte zu einer normalen Erscheinung.

In den Dörfern wuchs rasch die Agrarrevolution. Im Juli waren 43 Gouvernements von der Bauernbewegung erfaßt. Ueber die Köpfe der Sozialrevolutionäre hinweg, die sich in den Bauernsowjets festgesetzt hatten, erhoben sich die Bauern gegen die Gutsbesitzer.

Die Bewegung der Arbeiter und Bauern mußte auch die Armee beeinflussen, in der es ohnehin besondere Ursachen zu einer tiefen Unzufriedenheit der Soldaten gab. Es liefen hartnäckige Gerüchte um über die Wiedereinführung der Todesstrafe an der Front, über die Auflösung der unbotmäßigen Regimente. Es entstand eine nervöse, gereizte Stimmung und äußerte sich immer stärker in der Weigerung zu kämpfen.

Besonders erbittert wurde der Kampf in Petrograd. Die Junidemonstration hatte gezeigt, welche Kraft sich im Proletariat und in der bolschewistischen Partei verbirgt. Nach den Juniereignissen brachte jeder Tag Nachrichten über Massenaktionen aus diesem oder jenem Anlaß. Am beunruhigendsten für die Bourgeoisie und die Kompromißler war der Umstand, daß diese Aktionen stets eine politische und meist eine bolschewistische Färbung annahmen. Am 2. Juni forderten die Arbeiter des Betriebes «Skorochod» die Uebergabe der Macht an die Sowjets, am 8. nahmen die Arbeiter der Obuchow-Werke eine ähnliche Resolution an, am 10. verlangte der Betrieb «Stary Parviainen» mit Nachdruck die Uebergabe der Macht an die Sowjets, am 13. Juni standen bereits 19 Betriebe und 3 militärische Formationen in Petrograd auf der Seite der Bolschewiki. «Wir haben die alte Regierung gestürzt, wir werden auch Kerenski zum Teufel jagen!» sagten die Arbeiter und Soldaten. Die Bewegung zugunsten der Uebergabe der Macht an die Sowjets wuchs mit un-

erhörter Schnelligkeit. Ein geringfügiger Anstoß genügte, um die Erregung der Massen zum Ausbruch zu bringen und den Kampf der Massen gegen die Regierung der Kapitalisten zu entfachen.

Die Bourgeoisie erkannte, wohin diese Stimmung der Petrograder Arbeiter und Soldaten trieb. Die Lage wurde noch erschwert durch unheilvolle Nachrichten von der Front.

Die amtlichen Berichte meldeten mit steigender Besorgnis, daß zehntausende Deserteure die Front verlassen hatten. Die Armeestäbe klagten über eigenmächtiges Vorgehen der Soldatenkomitees, die die Offiziere vom Kommando entfernten. Am häufigsten aber telegraphierten die Kommissare und Generale von der allgemeinen Verbrüderung. Die Armee entglitt den Händen ihrer Befehlshaber.

Die im Juni mit untauglichen Mitteln begonnene Offensive brach zusammen. Jeden Augenblick konnte die Katastrophe hereinbrechen. Man mußte mit größter Eile handeln, bevor die Nachrichten von der Niederlage an der Front Oel ins Feuer gossen. Eile war auch deshalb geboten, weil die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung nahten. So sehr man sich auch bemüht hatte, diese Wahlen hinauszuschieben, mußte die Regierung schließlich unter dem Druck der Massen die Einberufung der Konstituierenden Versammlung auf den 30. September festsetzen. Das Scheitern der Offensive und die besorgniserregenden Nachrichten aus dem Dorf ließen keinen Zweifel mehr darüber, daß die Bauern in der Konstituierenden Versammlung von ihren offiziellen Führern aus der Partei der Sozialrevolutionäre in einem scharfen Linksruck abschwenken würden.

Die Bourgeoisie griff einen zufälligen Anlaß auf, um am 2. Juli ihre Vertreter aus der Regierung abzuberaufen.

Die Kadettenminister Schingarjow (Finanzminister), Manuilow (Unterrichtsminister) und Fürst Schachowskoj (Wohlfahrtsminister) erklärten, daß sie mit der Politik Kerenskis und Tereschtschenkos in der ukrainischen Frage nicht einverstanden seien. Sie verließen die Regierung. Der Verkehrsminister Nekrassow kündigte zuerst seinen Rücktritt an, überlegte es sich dann aber anders und teilte dem Zentralkomitee der Kadetten brieflich seinen Austritt aus der Partei mit. Die Bourgeoisie rechnete darauf, daß die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die die besorgniserregende Stimmung gut kennen und über die militärische Katastrophe unterrichtet sind, sich scheuen würden, die Macht in ihre Hände zu nehmen. Die Kadetten wußten, daß die Kompromißler, durch die Drohung der Kadetten mit dem Austritt aus der Regierung eingeschüchtert, sich fest an die bürgerlichen Minister klammern und auf alle gewünschten Zugeständnisse

eingehen würden. Die Kadetten hatten ein Interesse daran, die Regierungskrise herbeizuführen, um von den erschreckten Kleinbürgern die volle Macht zu erlangen und den entschlossenen Kampf gegen den Bolschewismus aufzunehmen. Bereits am 3. Juni sagte Miljukow auf einer Beratung von Dumamitgliedern unter Beifall:

«Die russische Gesellschaft muß sich im Kampf gegen diese Gefahr des Bolschewismus zusammenschließen ... Wenn die Provisorische Regierung nach langem Hin und Her endlich begreift, daß die Staatsmacht auch über andere Mittel als die der Ueberredung verfügt — eben die Mittel, mit deren Anwendung sie bereits begonnen hat —, wenn sie diesen Weg beschreitet, dann werden die Errungenschaften der russischen Revolution gefestigt werden ... Diesen Weg zu beschreiten, müssen wir uns selbst und die Provisorische Regierung ermahnen<sup>1</sup>.»

Alles weitere wäre nach den alten, bekannten Spielregeln verlaufen: das Proletariat wäre zu einer vorzeitigen Aktion provoziert und schonungslos mit bewaffneter Gewalt niedergeschlagen worden. Alle bürgerlichen und Schwarzhundert-Parteien hätten die Kadetten unterstützt. Purischkewitsch führte am 16. Juni in der privaten Beratung der Dumamitglieder über die Wahlen in die Stadtbezirksdumas aus:

«Wenn Sie über die Wahlziffern nachdenken, so werden Sie begreifen, daß die edle Partei der ‚Volksfreiheit‘ (so nannten sich die Kadetten. *Die Red.*) einen glänzenden Sieg errungen hat, denn für diese Partei, die rechteste in Rußland, haben alle gestimmt, die weiter rechts stehen<sup>2</sup>.»

Vor der Gefahr der Revolution scharten sich alle bürgerlichen Parteien um die Kadetten.

Die Kadetten hatten sich jedoch verrechnet. Durch ihr Manöver wurde eine Krise nicht nur in der Regierung, sondern auch im Lande selbst hervorgerufen.

Gleich die ersten Nachrichten über das Manöver der Kadetten brachten die Empörung der Arbeiter zum Ausbruch. Am 3. Juli morgens wurden im 1. Maschinengewehrregiment, in einer gemeinsamen Sitzung der Kompanie- und des Regimentskomitees Stimmen laut, die eine Erörterung der Frage einer bewaffneten Aktion forderten. Die Anwesenden griffen den Vorschlag auf und veranstalteten an Ort und Stelle eine Versammlung.

Die Vertreter der Soldatenmasse forderten eine unverzügliche bewaffnete Aktion zum Sturz der Provisorischen Regierung. Die Soldaten sprachen mit Entrüstung von dem Versuch Kerenskis, mit



Hilfe des Geschreis vom «Krieg bis zum Siege» die Revolution zu zerschmettern. Rufe «Auf die Straße!» wurden ausgestoßen. In höchster Erregung strömten die Soldaten des Maschinengewehrregiments unter den Rufen: «Nieder mit dem Krieg!», «Alle Macht den Sowjets!» aus der Baracke, wo die Versammlung stattfand.

Die Maschinengewehre auf Lastautos ladend, mit Schildern, die Aufschriften trugen: «Die Bourgeoisie soll durch unsere Maschinengewehre untergehen!», «Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern!» marschierte das Regiment, obwohl es von der bolschewistischen Partei aufgefordert war, nicht in Aktion zu treten, zum Taurischen Palast.

Die Soldaten wählten Delegierte und sandten sie eilig zu anderen Regimentern, in die größten Betriebe und nach Kronstadt. Die Delegierten des Maschinengewehrregiments fanden überall eine bis zur Siedehitze gesteigerte Stimmung und Massen, die zum Kampf bereit waren.

«Am 3. Juli, gegen 2 Uhr mittags — so erzählt ein Arbeiter des Betriebes ‚Nowy Parviainen‘ — erschien einige Genossen vom 1. Maschinengewehrregiment mit der Bitte, ihnen ein Lastauto für die Maschinengewehre zur Verfügung zu stellen und ihre Aktion gegen die Provisorische Regierung zu unterstützen . . . Eine Vollversammlung der Arbeiter wurde einberufen. Die Versammlung verlief sehr stürmisch. Die Genossen vom Maschinengewehrregiment führten leidenschaftlich und überzeugend aus, daß der Moment gekommen sei, wo die Provisorische Regierung und Kerenski gestürzt werden müssen. Die Stimmung der Arbeitermassen war äußerst revolutionär . . . Ich fuhr in meine Wohnung, um Waffen zu holen. Als ich zurückkam, fuhren aus den Fabriktoren bereits Lastautos mit Maschinengewehrschützen und einem Teil unserer Arbeiter<sup>1</sup>.»

Aehnlich war die Stimmung, die die Delegierten in anderen Betrieben vorfanden. Gegen 2 Uhr mittags kamen Soldaten des Maschinengewehrregiments in die Putilow-Werke. Sie forderten dazu auf, gegen die Regierung, die die revolutionäre Garnison an die Front zu schicken drohe, in Aktion zu treten. «Nieder mit solchen Ministern!», so rief die tausendköpfige Menge von allen Seiten. Auf die Bitte, die Aktion des Maschinengewehrregiments zu unterstützen, riefen die Arbeiter: «Wir machen mit! Wir machen mit!»<sup>2</sup> Spät nachts setzten sich etwa 30 000 Putilowarbeiter mit ihren Frauen und Kindern zum Taurischen Palast in Bewegung und rissen auf dem Marsch andere Betriebe und Regimente mit.

In Kronstadt beriefen die Delegierten des 1. Maschinengewehrregiments eine Versammlung auf dem Jakornaja Platz (Ankerplatz) zusammen. Ihre Aufforderung fand begeisterten Widerhall: die Matrosen beschlossen, die Aktion der Petrograder Garnison und der Petrograder Arbeiter zu unterstützen. Genosse Raskolnikow, der Stellvertretende Vorsitzende des Kronstädter Sowjets, konnte sich inzwischen durch direkte Leitung mit dem Zentralkomitee der bolschewistischen Partei in Verbindung setzen und ihm über die Stimmung in Kronstadt berichten.

«Die Frage geht nicht darum — sagte er —, ob eine Aktion stattfinden soll oder nicht, sondern es steht anders: soll die Aktion unter unserer Führung erfolgen, oder ohne Beteiligung unserer Partei, spontan und unorganisiert. Die Aktion ist auf jeden Fall völlig unvermeidlich, abwenden kann man sie nicht!.»

Das Exekutivkomitee des Kronstädter Sowjets beschloß, sich der Aktion der Petrograder Garnison anzuschließen und setzte für den 4. Juli, 6 Uhr morgens, einen Aufmarsch der bewaffneten Truppenteile an, um sie nach Petrograd abzusenden.

## 2.

### Die Julidemonstration in Petrograd

Die Partei der Bolschewiki kannte gut die Stimmung in den Truppenteilen und in den Betrieben. Sie wußte, welche revolutionäre Energie sich unten angesammelt hat. Aber die Partei hielt die Lage nicht für reif genug zum bewaffneten Kampf, und nicht auf Initiative der Bolschewiki gingen die Massen in den Julitagen auf die Straße. Die Partei war gegen eine sofortige Aktion. Bereits am 22. Juni hatte eine gemeinsame Beratung der Mitglieder des Zentralkomitees, des Petersburger Komitees und der Militärorganisation der Bolschewiki stattgefunden, in der betont wurde, daß es unzweckmäßig sei, den Kampf im gegenwärtigen Augenblick aufzunehmen.

Die Bolschewiki verfolgten aufmerksam die Manöver der Kadetten. Lenin sagte der Partei warnend, daß es für die Bourgeoisie vorteilhaft sei, die revolutionären Massen Petrograds auf die Straße zu locken, bevor die revolutionäre Gärung noch das ganze Land erfaßt habe.

Aber die Bewegung schwoll in der Hauptstadt stürmisch an. Mit jedem Tag wurde den Massen der konterrevolutionäre Charakter der Regierung klarer. Stündlich enthüllte sich die kompromißlerische Politik der Sozialrevolutionäre und Menschewiki. In einem

Zeitpunkt, wo die Bewegung anwuchs und im weiteren noch stürmischer zu wachsen versprach, war es unzweckmäßig, den Erfolg aufs Spiel zu setzen.

«... Mögen die künftigen Cavaignacs als erste anfangen!» — schrieb Lenin.

Es gab auch andere Gründe für die Taktik der bolschewistischen Partei. So groß die Bedeutung Petrograds in der Revolution war, konnte es doch nicht allein ihren Ausgang entscheiden. Ohne die Proletarier des Urals, ohne die Bergarbeiter des Donezbeckens, ohne die Millionen Soldaten wäre es Wahnsinn gewesen, zur Aktion zu schreiten. Die Armee entglitt sichtlich den Händen der Regierung, die Armee vertraute *schon nicht mehr* der Provisorischen Regierung, aber sie stand *noch* unter dem Einfluß ihrer Komitees, die von den Sozialrevolutionären und Menschewiki beherrscht waren.

Entsprechend der Direktive der Partei sprachen sich die Bolschewiki, im besonderen die Vertreter der Militärorganisation der Partei, am 3. Juli gegen die bewaffnete Aktion aus. Aber die Erregung der Soldaten und Arbeiter Petrograds hatte schon alle Grenzen überschritten.

Gerade in diesen Tagen — vom 1. bis 3. Juli — tagte die zweite Stadtkonferenz der Petrograder Bolschewiki. Vertreter des Maschinengewehrregiments erschienen in der Sitzung und kündigten die Aktion ihres Regiments an. Stalin kennzeichnete diesen Vorfall in einer Rede auf der Konferenz folgendermaßen:

«Ihr erinnert euch daran, wie ihr den Delegierten erklärtet, daß Parteimitglieder nicht gegen den Beschluß ihrer Partei handeln dürfen, und wie die Vertreter des Regiments darauf in Zorn gerieten und erklärten, daß sie lieber aus der Partei austreten aber nicht gegen den Beschluß ihres Regiments handeln werden<sup>2</sup>.»

Am 3. Juli, gegen 5 Uhr abends, erklärte Stalin im Namen des Zentralkomitees der Bolschewiki und der Konferenz, die um 4 Uhr eine gemeinsame Beratung abhielten, in der Sitzung des Zentral-exekutivkomitees offiziell, daß die Partei beschlossen habe, keine Aktion zu unternehmen. Es wurde sofort ein Aufruf verfaßt und an die «Prawda» geschickt, wo er am 4. Juli morgens veröffentlicht werden sollte. Die Teilnehmer der Beratung und der Konferenz eilten in die Stadtbezirke, um die Massen von der Aktion zurückzuhalten. Aber es war bereits unmöglich, die Bewegung aufzuhalten. Die Bolschewiki wurden ungeduldig angehört, dann drängten die Massen auf die Straße. Als zwei Bolschewiki vergeblich versuchten,

die Soldaten des Moskauer Regiments und die Arbeiter der umliegenden Betriebe zurückzuhalten, antworteten die Demonstranten:

«Wenn wir sie nicht persönlich kennten, würden wir sie wegjagen wie Menschewiki<sup>1</sup>.»

Es war notwendig, eine neue Entscheidung zu treffen. Die einfachen Mitglieder der bolschewistischen Partei trafen diese neue Entscheidung vielfach auf ihre eigene Verantwortung: so stark war das politische Niveau der Partei gewachsen. Sie verstanden sehr gut, daß die Demonstration, wenn sie sich selbst überlassen blieb, von der Konterrevolution niedergeschlagen wird. Als keine Aussicht mehr bestand, die Lawine aufzuhalten, stellten sich die Bolschewiki an die Spitze der Demonstration: sie übernahmen die Führung der Bewegung und ließen, für den Fall von konterrevolutionären Provokationen, die Demonstration durch die bewaffnete Rote Garde begleiten.

«Die Aktion kam ins Rollen — sagte Stalin später in seiner Rede auf der Konferenz der Petrograder Organisation. — Hatte die Partei das Recht, während der Aktion des Proletariats und der Soldaten beiseite zu stehen und ihre Hände in Unschuld zu waschen? Wir rechneten mit der Möglichkeit noch ernsterer Folgen der Aktion, als sie tatsächlich eingetreten sind. Wir hatten nicht das Recht, unsere Hände in Unschuld zu waschen; als Partei des Proletariats waren wir verpflichtet, in seine Aktion einzugreifen, ihr einen friedlichen und organisierten Charakter zu verleihen, ohne daß wir die bewaffnete Machtergreifung bezweckten<sup>2</sup>.»

Am 3. Juli, gegen 10 Uhr abends, traten im Palais der Kshesinskaja die Delegierten der Stadtkonferenz, die Mitglieder des Zentralkomitees der Bolschewiki und die Vertreter der Truppenteile und Betriebe zusammen. Die Versammlung besprach die Ereignisse in Petrograd und faßte folgenden Beschluß:

«Die entstandene Krise der Macht wird nicht im Interesse des Volkes gelöst werden, wenn das revolutionäre Proletariat und die Garnison nicht sofort fest und entschieden erklären, daß sie für den Uebergang der Macht an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sind. Zu diesem Zweck wird empfohlen, daß die Arbeiter und Soldaten sofort auf die Straße ziehen, um ihren Willen zu demonstrieren<sup>3</sup>.»

Das Zentralkomitee der Bolschewiki beschloß gemeinsam mit dem Petersburger Komitee und der Militärorganisation, den frü-

heren Beschluß, der die Aktion verbot, aufzuheben und an die Spitze der spontanen Bewegung zu treten, um ihr organisierte Formen zu verleihen. Für den 4. Juli wurde eine friedliche Demonstration unter der Losung «Alle Macht den Sowjets!» angesetzt. Da der frühere Aufruf bereits gesetzt war, erschien die «Prawda» am nächsten Tag mit einer weißen Lücke. Der neue Aufruf wurde als besonderes Flugblatt herausgegeben und enthielt die Aufforderung an die Arbeiter und Soldaten Petrograds.

«Nachdem die konterrevolutionäre Bourgeoisie offen gegen die Revolution losgeschlagen hat, soll der Allrussische Sowjet der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten die ganze Macht in seine Hände nehmen<sup>1</sup>.»

Am 4. Juli wurde eine neue, machtvolle Demonstration veranstaltet, diesmal mit der Partei der Bolschewiki an der Spitze. Um die Bewegung zu leiten, wurde ein besonderer Stab geschaffen und eine Instruktion verfaßt. Panzerautos standen an verschiedenen Stellen der Stadt zum Schutz der Demonstranten bereit. Eine Kompanie des Maschinengewehrregiments war in die Peter-Pauls-Festung entsandt worden.

Am 4. Juli marschierten, außer den aus Kronstadt eingetroffenen Matrosen auch einige Truppenteile aus Peterhof, Oranienbaum, Krasnoje Selo und anderen Orten auf. Die Kronstädter erschienen vor dem Palais der Kshesinskaja und wollten unbedingt den Führer der Partei, Lenin, hören.

Lenin begrüßte in einer kurzen Ansprache — es war seine einzige in den Julitagen — die revolutionären Kronstädter im Namen der Petrograder Arbeiter und sprach seine Zuversicht aus, daß die Losung «Alle Macht den Sowjets» siegen müsse und siegen werde. Gleichzeitig forderte Lenin zur «Ausdauer, Standhaftigkeit und Wachsamkeit<sup>2</sup>» auf.

Die Demonstrationen marschierten zum Palais der Kshesinskaja, dem Sitz des Zentralkomitees und des Petersburger Komitees der bolschewistischen Partei, von dort zogen sie zum Taurischen Palast, wo das Allrussische Zentral-exekutivkomitee der Sowjets tagte. Dort wählten die Demonstranten Delegationen, die die Forderungen der Massen vortrugen. 90 gewählte Vertreter von 54 Betrieben erschienen vor den Mitgliedern des Allrussischen Zentral-exekutivkomitees. Ein Delegierter nach dem andern trat auf, um das Allrussische Zentral-exekutivkomitee leidenschaftlich aufzufordern, die Macht zu übernehmen. Die erschrockenen Sozialrevolutionäre und Menschewiki flüsterten angstvoll miteinander, lauschten auf den gemessenen

Marschtritt der Demonstranten, faßten aber keinen Beschluß. Die Führer der «revolutionären Demokratie» waren bestürzt über die Demonstration, deren Dröhnen immer stärker wurde und die annähernd eine halbe Million Arbeiter und Soldaten erfaßte. Sie suchten auf jede Art, einer Erfüllung der Forderungen der Volksmassen aus dem Wege zu gehen.

### 3.

#### Der Gewaltstreich gegen die Julidemonstration

Während die Demonstranten von den Sowjets stürmisch die Uebernahme der Macht forderten, mobilisierten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki hinter dem Rücken der Massen fieberhaft alle Kräfte gegen die Revolution. Regierungstreue Truppen wurden vor den Taurischen Palast beordert. Um 7 Uhr abends trafen die Wladimir-Militärschule, das 9. Kavallerieregiment und das 1. Kosakenregiment auf dem Schloßplatz ein.

Der Menschewik Wojtinski berichtete in der gemeinsamen Sitzung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees und des Allrussischen Exekutivkomitees der Bauerndeputierten sowjets am 5. Juli:

«Ein Zeitlang hatten wir überhaupt keine Kräfte zur Verfügung. Vor dem Eingang des Taurischen Palastes standen nur 6 Mann, die die Menge nicht zurückhalten konnten. Die erste Formation, die uns zu Hilfe kam, waren die Panzerautos... *Wir hatten den festen Beschluß gefaßt: im Fall von Gewalttätigkeiten der bewaffneten Bande wird das Feuer eröffnet.*»

Das Komitee der 5. Armee erhielt den Befehl, Truppen nach Petrograd zu senden. Die 14. Kavalleriedivision, das 14. Donkosakenregiment, das 117. Isborsker Regiment und andere Truppenteile wurden sofort von der Front abgeschickt. Zum Befehlshaber dieser kombinierten Abteilung wurde das Mitglied des Allrussischen Zentralexekutivkomitees, Oberleutnant Masurenko, ernannt. Der Gehilfe des Marineministers, Dudarow, erteilte den Unterseebooten in Helsingfors den Befehl, nicht vor der Versenkung der revolutionären Kriegsschiffe zurückzuschrecken, falls diese nach Petrograd auslaufen sollten. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki zögerten weniger als der ehemalige Zar Nikolaus in den letzten Tagen seiner Herrschaft, wenn es darum ging, Truppen von der Front fortzuziehen und zum Kampf gegen die Revolution einzusetzen. Die wildgewordenen Kleinbürger waren nicht geringere Reaktionäre als die Generale des Zaren.

In engem Einvernehmen mit den Führern der Menschewiki und Sozialrevolutionäre erteilte der Oberbefehlshaber des Petrograder Militärbezirks, General Polowzew, am 4. Juli morgens den Befehl zur sofortigen Wiederherstellung der «Ordnung».

In verschiedenen Teilen der Stadt — an der Ecke des Newski-Prospekts und der Sadowaja-Straße, auf dem Litejny-Prospekt, in der Nähe des Ingenieur-Schlusses und an andern Stellen — eröffneten Provokateure und Konterrevolutionäre ein Gewehrfeuer auf die Demonstranten. Verschiedentlich wurden die Demonstranten von Kosaken und Offizierschülern überfallen. Die Konterrevolution ging zur Offensive über. Das Allrussische Zentralexekutivkomitee des Sowjets entsandte zur Unterstützung der Regierungskommission «für die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der revolutionären Ordnung in Petrograd» zwei Sozialrevolutionäre, Awxentjew und Goz. Am Vormittag des 5. Juli wurden die Redaktion der «Prawda» und die Druckerei des «Trud» durch konterrevolutionäre Truppenteile verwüstet.

Die Bolschewiki betrachteten die Demonstration als beendet und forderten ihre Teilnehmer schon am 4. Juli auf, friedlich auseinanderzugehen. Die Matrosen blieben jedoch angesichts der Ueberfälle der Offizierschüler und Kosaken in Petrograd; sie besetzten das Palais der Kshesinskaja und die Peter-Pauls-Festung und rüsteten gemeinsam mit den Soldaten des Maschinengewehrregiments zur Abwehr.

Am Abend des 5. Juli trafen von der Front neue Verstärkungen für die Regierung ein. In der ganzen Stadt fanden zu dieser Zeit Verhaftungen, Haussuchungen, Verwüstungen statt. Petrograd nahm das Aussehen einer besetzten Stadt an. Patrouillen von Offizierschülern füllten die Straßen. Die Arbeiterbezirke waren vom Zentrum abgeschnitten. In der Nacht zum 6. Juli nahm eine gemeinsame Sitzung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des Allrussischen Exekutivkomitees der Sowjets der Bauerndeputierten einen Beschluß an, durch den sie sich vorbehaltlos mit der schwarzen Sache der Konterrevolution verbanden:

«Die Versammlung erklärt, daß die in diesen Tagen von der Provisorischen Regierung und der von den Büros beider Exekutivkomitees eingesetzten Militärkommission getroffenen Maßnahmen den Interessen der Revolution entsprochen haben.

Die Versammlung erklärt weiter entschiedene Maßnahmen zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der revolutionären

Ordnung in Petrograd für notwendig und bestätigt die dem Genossen Awxentjew und Goz von den Büros beider Komitees erteilten Vollmachten<sup>1</sup>.»

Die Versammlung stimmte auch dem Telegramm Dudarows zu.

Die Vertreter der Konterrevolution redeten nunmehr die Sprache der Ultimatisten. Die Delegierten der Kronstädter Matrosen, die um diese Zeit Verhandlungen mit der Militärkommission des Zentral-exekutivkomitees führte, wurde aufgefordert, sich unverzüglich entwaffnen zu lassen. Stalin kennzeichnete in seinem Bericht auf der Konferenz der Petrograder Organisation die Lage vom 5. und 6. Juli folgendermaßen:

«Am 5. Juli fanden Verhandlungen mit dem Zentralexekutivkomitee statt, das durch Liber vertreten war. Liber stellte folgende Bedingung: wir, das heißt die Bolschewiki, sollen die Panzerautos von dem Kshesinskaja-Palais entfernen, die Matrosen sollen nach Kronstadt zurückkehren. Wir willigten unter der Bedingung ein, daß der Sowjet den Schutz unserer Parteioorganisationen vor etwaigen Zerstörungen übernehme. Liber versicherte uns im Namen des Zentralexekutivkomitees, daß unsere Forderungen erfüllt werden, daß das Kshesinskaja-Palais so lange zu unserer Verfügung bleiben werde, bis wir ständige Räume zugewiesen erhielten. Wir erfüllten unsere Versprechen. Die Panzerautos wurden zurückgezogen, die Kronstädter willigten ein, nach Kronstadt zurückzukehren, aber nur mit den Waffen in der Hand. Das Zentralexekutivkomitee erfüllte dagegen keine einzige der von ihm übernommenen Verpflichtungen. Am 6. Juli telephonierte Kusmin (der Stellvertreter des Befehlshabers des Militärbezirks. *Die Red.*) ins Kshesinskaja-Palais, daß binnen einer  $\frac{1}{4}$  Stunde das Kshesinskaja-Palais und die Peter-Pauls-Festung geräumt sein müssen, andernfalls drohte er, bewaffnete Kräfte einzusetzen. Das Zentralkomitee beschloß, alles daranzusetzen, um ein Blutvergießen zu vermeiden. Ich wurde vom Zentralkomitee der bolschewistischen Partei in die Peter-Pauls-Festung entsandt, wo es mir gelang, die anwesenden Matrosen zu überreden, sich nicht in den Kampf einzulassen, da sich die Dinge so gestaltet hätten, daß wir nicht der Konterrevolution, sondern den Sowjets gegenüberständen. In meiner Eigenschaft als Vertreter des Zentral-exekutivkomitees begab ich mich mit Bogdanow zu Kusmin. Bei ihm stand alles in voller Kampfbereitschaft: Artillerie, Kavallerie, Infanterie. Wir redeten auf ihn ein, keine Waffengewalt anzuwenden. Kusmin war unzufrieden, daß die Zivilisten ihn



dauernd durch ihre Einmischung stören', und gab nur ungerne dem Drängen des Zentral-exekutivkomitees nach. Es war für mich klar, daß die Sozialrevolutionäre unter den Militärs Blut wollten, um den Arbeitern, Soldaten und Matrosen 'eine Lektion' zu erteilen. Wir verhinderten, daß sie ihren Wunsch erfüllten... Aus Angst vor den Bolschewiki und der Konterrevolution schließt das Zentral-exekutivkomitee ein schändliches Bündnis mit der Konterrevolution und erfüllt ihre Forderungen: Auslieferung der Bolschewiki, Verhaftung der Delegation der baltischen Flotte, Entwaffnung der revolutionären Soldaten und Arbeiter<sup>1</sup>.»

Bereits am 4. Juli erteilte die Provisorische Regierung dem Befehlshaber des Petrograder Militärbezirks, General Polowzew, die Anweisung, «Petrograd von bewaffneten Leuten zu säubern».

«Gleichzeitig — so hieß es in dieser Anweisung — werden Sie beauftragt, die Bolschewiki, die das Haus der Kshesinskaja besetzt halten, als Teilnehmer an den Unruhen zu verhaften, das Gebäude zu säubern und durch Truppen zu besetzen<sup>2</sup>.»

Am 6. Juli morgens wurde die Peter-Pauls-Festung durch Radfahrtruppen besetzt, etwas später erfolgte auch die militärische Besetzung des Kshesinskaja-Palais, dessen Inneres verwüstet wurde. Am gleichen Tage, dem 6. Juli, erließ die Provisorische Regierung den Befehl zur Verhaftung Lenins.

Gegen die Partei der Bolschewiki und ihre Führer wurde eine wilde Hetze entfacht. Gegen Lenin wurde die verleumderische Beschuldigung der Spionage zugunsten Deutschlands erhoben. Dieser Blödsinn wurde auf Grund der «Aussagen» eines Provokateurs, eines Fähnrichs im 16. Sibirischen Regiment, namens Jermolenko, fabriziert, der vorgab, von der deutschen Heeresleitung an die Front der 6. Armee geschickt worden zu sein, um für den Abschluß eines Friedens mit Deutschland zu agitieren. Die Provisorische Regierung hatte seine «Aussagen» schon im April in der Hand, sparte sie aber für einen geeigneteren Augenblick auf. Am 5. Juli wurden diese verleumderischen Erfindungen in dem gelben Blättchen «Shiwoje Slowo» durch den früheren Sozialdemokraten und Abgeordneten der II. Duma, G. Alexinski, und den ehemaligen Narodnowolez W. Pankratow veröffentlicht. Die Provisorische Regierung wagte nicht, diese «Dokumente» in ihrem eigenen Namen zu veröffentlichen und übergab sie den genannten Personen.

Der Menschewistenführer Dan, der in seiner Aussage vor der Untersuchungskommission erklärte, daß er nicht an die Mitarbeit der Bolschewiki am deutschen Spionagedienst glaube, erlaubte sich

nichtsdestoweniger die provokatorische Behauptung, daß deutsche Agenten an der Kundgebung vom 3.—5. Juli teilgenommen hätten.

«Ich bin zwar fest überzeugt, daß sich die Agenten des deutschen Generalstabs in alle Bewegungen von ähnlichem Charakter, wie die Bewegung vom 3.—5. Juli, einschleichen, aber ich habe niemanden von den Bolschewiki und erst recht nicht die ganze bolschewistische Partei jemals der Spionage zugunsten Deutschlands bezichtigt<sup>1</sup>.»

Die Konterrevolution verlangte, daß Lenin vor Gericht gestellt werde, dieser wartete aber nicht seine Verhaftung ab, sondern begab sich in die Illegalität. Einige Parteimitglieder (Rykw, Nogin, Kamenew) sprachen sich dafür aus, daß Lenin vor Gericht erscheinen solle. Trotzki forderte ebenfalls, daß sich Lenin den Behörden stelle. Aber Stalin wandte sich scharf dagegen; er erklärte: es besteht keine Garantie, daß man ihn nicht in Stücke reißt<sup>2</sup>.

Wie recht Stalin mit dem Hinweis auf die Gefahren Polowzews selbst, der einer der Hauptorganisatoren der Juli-Metzelei war.

Polowzew schrieb später in seinen Einnerungen «Tage der Finsternis»:

«Der Offizier, der nach Terioki fährt, in der Hoffnung, dort Lenin zu fangen, fragt mich, ob ich diesen Herrn in unversehrter oder in zerstückelter Form zu empfangen wünsche... Ich antwortete ihm lächelnd, daß Verhaftete sehr häufig Fluchtversuche machen<sup>3</sup>.»

Lenin selbst äußerte sich folgendermaßen über dieses Gericht:

«Das Gericht ist ein Machtorgan. Das vergessen zuweilen die Liberalen. Ein Marxist aber darf es nicht vergessen.

Wo aber ist die Macht...? Eine Regierung gibt es nicht. Sie wechselt von Tag zu Tag. Sie tut nichts. In Funktion ist eine Militärdiktatur. Da ist es lächerlich, von einem ‚Gericht‘ auch nur zu sprechen. Es handelt sich nicht um ein ‚Gericht‘, sondern um eine *Episode des Bürgerkrieges*... ‚Ich habe nichts Ungesetzliches begangen. Das Gericht ist gerecht. Das Gericht wird prüfen. Das Gericht wird öffentlich sein. Das Volk wird verstehen. Ich werde mich stellen.‘ Diese Ueberlegung ist kindisch naiv. Nicht ein Gerichtsverfahren, sondern eine Hetze gegen die Internationalisten — das ist es, was die *Macht braucht*. Sie hinter Schloß und Riegel halten — das wollen die Herren Kerenski und Co: So war es (in England und Frankreich), so wird es (in Rußland) sein<sup>4</sup>.»

Am 7. Juli beschloß die Provisorische Regierung, sämtliche Truppenteile aufzulösen, die an der Demonstration vom 3.—5. Juli teilgenommen haben. Diesem Beschluß der Provisorischen Regierung waren gleichlautende Forderungen Buchanans, des englischen Botschafters in Petrograd, vorangegangen, die er dem Außenminister Tereschtschenko bereits am 4. Juli überreicht hatte. Buchanan verlangte:

«1. Wiedereinführung der Todesstrafe in ganz Rußland, für alle, die den Militär- und Marinegesetzen unterstehen. 2. Von den Soldaten, die an der gesetzwidrigen Demonstration teilgenommen haben, ist die Auslieferung der Agitatoren zwecks Bestrafung zu fordern. 3. Entwaffnung aller Arbeiter in Petrograd. 4. Einführung der Militärensensur, mit der Befugnis, Zeitungen, die die Truppen oder die Bevölkerung zur Verletzung der Ordnung oder der Militärdisziplin auffordern, zu beschlagnahmen. 5. Bildung einer ‚Miliz‘ in Petrograd und anderen Großstädten unter dem Befehl von verwundeten Offizieren, zusammengesetzt aus Soldaten, die an der Front verwundet wurden, wobei älteren Leuten von 40 Jahren und darüber der Vorzug zu geben ist. 6. Entwaffnung und Umwandlung sämtlicher Regimenter Petrograds und des Bezirks in Arbeitsbataillone, falls sie nicht alle obengenannten Bedingungen annehmen<sup>1</sup>.»

Am 8. Juli wurde der Zentrale Vollzugsausschuß der Matrosen-Sowjets der Baltischen Flotte, der sogenannte Zentrobalt, wie er abgekürzt hieß, durch einen Befehl für aufgelöst erklärt. Es wurde die Weisung gegeben, sämtliche Anstifter der Unruhen in der Garnison von Kronstadt und unter den Mannschaften der Linienschiffe «Petropawlowsk», «Respublika» und «Slawa» zu verhaften und zur Untersuchung nach Petrograd zu bringen. Wie die Lakaien der Bourgeoisie sich ausdrückten, hätten die Matrosen die Namen ihrer Schiffe «durch konterrevolutionäre Handlungen und Resolutionen befleckt».

Am gleichen Tag versandte Kerenski einen verlogenen Funkpruch «An Alle», in dem es hieß:

«Es hat sich als unzweifelhaft erwiesen, daß die Unruhen in Petrograd unter Mitbeteiligung von deutschen Regierungsagenten organisiert worden sind... Die Führer und Personen, die sich durch Bruderblut, durch ein Verbrechen gegen das Vaterland und gegen die Revolution befleckt haben, werden verhaftet<sup>2</sup>.»

Die «sozialistischen» Minister — nach dem Rücktritt der Kadetten bildeten sie die Mehrheit in der Regierung — erkannten, daß die offenkundig konterrevolutionäre Tätigkeit der Regierung eine Welle des Widerstandes bei den Massen auslösen konnte. Die kompromißlerischen Minister beschlossen, dem Volk einige «revolutionäre» Maßnahmen zu versprechen, ohne jedoch die Gewalttaten gegen die Revolution einzustellen. Man beabsichtigte, Rußland zur Republik auszurufen, den Reichsrat und die Duma auseinanderzujagen, an die Bodengesetzgebung heranzugehen. Am Vormittag des 7. Juli legte Kerenski dieses Programm in der Sitzung der Provisorischen Regierung dar. Fürst Lwow antwortete darauf mit seinem Rücktritt und verließ die Sitzung.

In den bürgerlichen Kreisen wurde Alarm geschlagen. Das Provisorische Komitee der Duma erklärte, daß es

«seine Entfernung von der Teilnahme an der Bildung der neuen Provisorischen Regierung politisch für verhängnisvoll erachtet<sup>1</sup>.»

Am Abend sandte Fürst Lwow an die Regierung einen Protestbrief gegen das ins Auge gefaßte Programm. Sämtliche Punkte des Programms hatten, nach seinen Worten, den Sinn,

«den Massen im Interesse der Demagogie und der Befriedigung der Forderungen ihrer kleinlichen Eitelkeit, staatliche moralische Werte preiszugeben<sup>2</sup>.»

Aus Angst vor der Bourgeoisie verzichteten die «sozialistischen» Minister auf ihre Absichten. Am 8. Juli ernannte die Provisorische Regierung Kerenski zum Ministerpräsidenten, ohne ihn vom Posten des Kriegs- und Marineministers zu befreien. Nekrassow trat als Stellvertretender Ministerpräsident in die Regierung ein. Mit dem Innenministerium wurde der Menschewik Zereteli betraut. Am gleichen Tage veröffentlichte die Regierung ihr Programm, in dem keine einzige von den noch kürzlich ins Auge gefaßten Maßnahmen enthalten war. Die Regierungserklärung war eine Neuauflage der Erklärung der ersten Koalitionsregierung vom 6. Mai, auf die sie mehrmals ausdrücklich Bezug nahm. Die Provisorische Regierung gelobte, alle Kräfte zum Kampf gegen den äußeren Feind anzuspannen, die Konstituierende Versammlung zum festgesetzten Zeitpunkt einzuberufen und die Bodengesetze vorzubereiten. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik «Gesetzesentwürfe über den Achtstundentag, den allseitigen Arbeiterschutz usw. ausgearbeitet werden<sup>3</sup>.» Zum Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung werde man einen Wirtschaftsrat und ein

Zentrales Wirtschaftskomitee bei der Regierung bilden, um einen Gesamtplan zur Organisierung der Volkswirtschaft und der Arbeit aufzustellen.

Ebenso wie die früheren Erklärungen, enthielten auch die neuen Programme nichts konkretes. Der ehemalige Zar Nikolaus schrieb in seinem Tagebuch über die neue Regierung und ihre Deklaration:

«8. Juli. Sonnabend. In der Zusammensetzung der Regierung erfolgten Veränderungen: Fürst Lwow ist zurückgetreten, Ministerpräsident wird jetzt Kerenski, der gleichzeitig Kriegs- und Marineminister bleibt und außerdem noch die Leitung des Ministeriums für Handel und Industrie übernimmt. Dieser Mann steht im jetzigen Augenblick entschieden am richtigen Platze: Je mehr Macht er haben wird, desto besser<sup>1</sup>.»

Die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki unterstützten restlos die Regierung.

Am 9. Juli erklärte die vereinigte Sitzung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des Allrussischen Exekutivkomitees der Sowjets der Bauerndeputierten das neugebildete Kabinett zur «Regierung der Rettung der Revolution»:

«Ihr werden unbeschränkte Vollmachten eingeräumt werden zur Wiederherstellung der Organisation und Disziplin in der Armee, zum entschlossenen Kampf gegen alle Aeußerungen der Konterrevolution und Anarchie<sup>2</sup>.»

Als die Menschewiki und Sozialrevolutionäre der Provisorischen Regierung außerordentliche Vollmachten erteilten, zeigten sie damit, in welcher Richtung der Schlag zu führen sei, um die Revolution mit größerer Sicherheit zu zerschmettern. Am 13. Juli führte Dan in der gemeinsamen Sitzung beider Exekutivkomitees aus:

«Das, wozu Genosse Kerenski uns aufrief, haben wir bereits erfüllt. Wir sind nicht nur bereit, die Provisorische Regierung zu unterstützen, wir haben ihr nicht nur die ganze Machtfülle übertragen, wir fordern auch, daß die Regierung von dieser Macht Gebrauch macht... Heute morgen wurde in einer Fraktions-sitzung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki... eine Resolution gefaßt, die wir der Versammlung unterbreiten, und wir sind überzeugt, daß diese Resolution angenommen wird...<sup>3</sup>»

Dann wurde eine Resolution verlesen, die verlangte, daß die Bolschewiki vor Gericht gestellt werden, daß sich Lenin dem Gericht stelle, daß alle, die vor Gericht gestellt werden sollen, aus den

Sowjets entfernt werden, und daß sich sämtliche Mitglieder des Sowjets den Beschlüssen seiner Mehrheit unbedingt unterwerfen.

Dieses Vorgehen zeigte, wie tief die kleinbürgerlichen Parteien gesunken waren. Aber dieses Vorgehen blieb nicht vereinzelt. In der reaktionären Bourgeoiszeitung «Nowoje Wremja» erschien am 8. Juli ein Artikel, der die Menschewiki und Sozialrevolutionäre aufforderte,

«sich durch entschlossene Maßnahmen von dem verbrecherischen Bolschewismus abzugrenzen und sich über den Verdacht einer kameradschaftlichen Beihilfe für Lenin zu stellen<sup>1</sup>.»

Bereits am 11. Juli veröffentlichten die Menschewiki unter dem Jubelgeheul der Bourgeoisie einen Aufruf an alle Parteimitglieder, unterzeichnet vom Organisationskomitee, das die Rolle eines Zentralkomitees der menschewistischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands spielte:

«Das verbrecherische Abenteuer, das der Leninsche Stab angezettelt hat, konnte nur deshalb solche Ausmaße annehmen und eine Gefahr für die Sache der Revolution werden, weil bedeutende Schichten von Arbeitern diesem Stabe folgten und weil sich die Sozialdemokratie zu schwach erwies, um die Demagogie durch ihr organisiertes Eingreifen lahmzulegen... Es ist jetzt endlich an der Zeit, laut und deutlich zu erklären, daß der ‚Bolschewismus‘, jener Bolschewismus, dessen Vertreter und Führer Lenin ist, sich so weit von der Sozialdemokratie entfernt hat, so tief von anarcho-syndikalistischen Ideen durchtränkt ist, daß er sich nur noch infolge eines Mißverständnisses, infolge einer gewissen Kraft der Trägheit hinter der Fahne der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands versteckt<sup>2</sup>.»

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre vollendeten ihren Entwicklungslauf; sie krönten die Periode des Paktierens mit der Bourgeoisie durch ihren endgültigen Uebergang in das Lager der Feinde der Revolution.

Am 12. Juli führte die Regierung die Todesstrafe an der Front wieder ein und setzte Kriegsgerichte ein, um mit den revolutionären Soldaten abzurechnen. Ferner erließ die Regierung Verordnungen über die Einführung einer militärischen Zensur, das Verbot der bolschewistischen Zeitungen («Prawda», «Okopnaja Prawda» u. a.), die Entwaffnung der Arbeiter usw. Das Programm des englischen Botschafters Buchanan wurde restlos in die Tat umgesetzt. Nicht umsonst schrieb Buchanan später in seinen Memoiren über die Tätigkeit der Provisorischen Regierung:

«So schlecht auch die Perspektiven waren, ich neigte dennoch dazu, die Dinge optimistischer zu betrachten. Die Regierung hatte den bolschewistischen Aufstand niedergeworfen und sich, wie es schien, entschlossen, endlich mit Energie zu handeln... Als ich einige Tage später Tereschtschenko aufsuchte, versicherte mir dieser, die Regierung sei jetzt in vollem Umfang Herr der Lage<sup>1</sup>.»

Während sie eine entschlossene konterrevolutionäre Politik betrieb, suchte die Provisorische Regierung zugleich die Massen durch Almosen abzulenken: in der gleichen Sitzung, in der die Todesstrafe eingeführt wurde, beschloß man einen Gesetzentwurf, der den Kauf und Verkauf von Boden verbot; während die Petrograder Garnison entwaffnet wurde, erfolgte am 13. Juli die Absetzung Polowzew's, des Befehlshabers des Petrograder Militärbezirks, der die Juliaktion niedergeschlagen hatte.

Sobald das Scheitern der Juliaktionen klar wurde, beschloß die Provisorische Regierung, das Kabinett abermals umzubilden. Am 11. Juli ernannte sie zum Justizminister I. N. Jefremow, einen Dumaabgeordneten und Gutsbesitzer, der seiner Parteizugehörigkeit nach Fortschrittler war; zum Leiter des Wohlfahrtsministeriums A. A. Baryschnikow, einen Dumaabgeordneten und Fortschrittler; zum Leiter des Verkehrsministeriums Tachtamyschew. Die Fortschrittler hatten kurz zuvor eine neue Partei — die Russische Radikaldemokratische Partei — organisiert, um ihre Basis auf neue kleinbürgerliche Schichten auszudehnen. Die neue Partei sprach sich für die Koalition, für die Aufnahme bürgerlicher Vertreter in die Regierung aus.

So nahe die Fortschrittler auch den Kadetten standen, — Lenin nannte sie «eine Kreuzung von Oktobristen und Kadetten<sup>2</sup>» — konnten sie dennoch nicht die Bourgeoisie vertreten: die politische Führung lag bei den Kadetten. Am 13. Juli machte Kerenski dem Zentralkomitee der Kadettenpartei das Angebot, es möge seine Kandidaten für die Regierung stellen. Die Kadetten lehnten ab. Am 15. Juli richteten drei prominente Moskauer Kadetten — N. I. Astrow, später Mitglied der Regierung unter dem General Denikin, N. M. Kischkin, der 1919 in Moskau einen Aufstand zugunsten Denikins zu organisieren versuchte, und W. D. Nabokow, Chef der Kanzlei der ersten Provisorischen Regierung — einen Brief an Kerenski, worin sie die Bedingungen mitteilten, unter denen die Kadetten zum Eintritt in die Regierung bereit seien. Die Kadetten forderten: die Regierungsmitglieder müssen in ihrer Tätigkeit unab-

hängig von allen Organisationen und Parteien sein, die Regierung darf keine einzige umfassende Reform vor dem Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung durchführen, die Disziplin in der Armee ist unbedingt wieder herzustellen, das Eingreifen von Soldatenkomitees in Fragen der Militärpolitik ist zu beseitigen, der Vielherrschaft ist ein Ende zu machen. Den Kadetten genügte es schon nicht mehr, daß die kleinbürgerlichen Sowjetführer der Regierung die volle Macht übertragen hatten. Die Regierung sollte nunmehr die volle Macht unabhängig vom Sowjet ausüben. Am 18. Juli sprachen die Führer der Bourgeoisie auf einer der üblichen «privaten Beratungen von Mitgliedern der Reichsduma» aus, was sie erstrebten. Purischkewitsch schrie hysterisch:

«Die Staatsmacht muß eine Macht sein, die Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten müssen in ihre Schranken gewiesen und aufgelöst werden<sup>1</sup>.»

A. M. Maslennikow, ein Hausbesitzer, Rechtsanwalt, Mitglied der Fortschrittspartei, stimmte diesem Dunkelmann bei:

«Es muß endlich ausgesprochen werden, weshalb wir in diese Schmach und Erniedrigung geraten sind... Daran sind die Phantasten, die wahnsinnig gewordenen Leute schuld, die sich für Schöpfer der Friedenspolitik halten; daran sind die kleinen Karrieremacher schuld, die während der Revolution im Auto fahren und in Palästen leben wollen, die Rußland an die Deutschen verkauft haben... Der Revolution hat sich ein Häuflein von verrückten Fanatikern, ein Häuflein von Halunken, ein Häuflein von Verrätern an die Rockschöße gehängt, und dieses Häuflein gab sich den Namen ‚Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten‘<sup>2</sup>.»

F. I. Roditschew, einer der Begründer der Kadettenpartei, der als Minister der Provisorischen Regierung für die Angelegenheiten Finnlands eine imperialistische Großmachtspolitik trieb, verlangte die Annahme der Forderungen Kischkins, Astrows, Nabokows und drohte:

«Wir befürchten, daß jener Bolschewismus, der in den Städten sein Gesicht wohl schon gezeigt hat, auch auf dem Lande sein Gesicht zeigen wird, aber wir müssen dagegen kämpfen, wir müssen die Regierung zum Kampf dagegen und nicht zur Nachsicht aufrufen, zur Organisierung der Verwaltung, zur Organisierung der Macht im Lande<sup>3</sup>.»

Als die Atmosphäre bereits genügend erhitzt war, trat Miljukow mit einer eingehenden Analyse der Forderungen der Kadetten her-



vor. Der Führer der Bourgeoisie fragte seine fieberhaft erregten Zuhörer:

«Halten Sie es für richtig, daß die Partei der ‚Volksfreiheit‘ ... ihre Mitglieder zur Rolle einer Schirmwand verurteilt, die wir bisher nicht spielen wollten, daß die Partei der ‚Volksfreiheit‘ trotz allem in die Regierung eintreten soll? Wir meinen, daß dies nicht der Fall sein darf ... Und wir glaubten, daß wir einfach das Land betrügen würden ... wenn wir das uns gemachte Angebot zu allen Bedingungen annähmen, anstatt zu den Bedingungen, die wir stellen und die — ich freue mich, dies erklären zu können — mit uns gemeinsam das Provisorische Komitee der Reichsduma stellt. »

Miljukow war so ins Ausplaudern gekommen, daß er eine erneute Hinausschiebung der Konstituierenden Versammlung verlangte. Die Regierung hatte versprochen, die Konstituierende Versammlung zum 17. September einzuberufen.

Die vereinigten Organisationen des Handels und der Industrie unterstützten die Forderungen Miljukows durch eine besondere Deklaration. Die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie sammelten sich um die von der Kadettenpartei gestellten Bedingungen.

Kerenski richtete am 20. Juli an Kischkin und Astrow erneut ein Angebot zum Eintritt in die Regierung.

«Die Provisorische Regierung ist mit der ganzen Fülle der Macht ausgestattet und ist keinerlei gesellschaftlichen Organisationen oder Parteien verantwortlich»,

erklärte er, um die Kadetten zu gewinnen und hoffte dabei auf die volle Unterstützung des Sowjets. Aber die Kampfstellung der Bourgeoisie schüchterte die Führer des Sowjets ein, sie hatten Bedenken, alle Bedingungen der Kadetten anzunehmen. Kerenski entschloß sich, auf die schwankenden Kompromißler einen Druck auszuüben. Am 21. Juli erklärte er seinen Rücktritt. Kerenski begründete seinen Schritt damit, daß er offenbar nicht genügend Autorität zur Regierungsbildung besitze, andererseits aber der Meinung sei, daß in Rußland nur eine Regierung die Macht ausüben könne, die alle gesellschaftlichen Organisationen vereinige. Die bürgerlichen Minister Tereschtschenko, Godnjew, Jefremow, Lwow und Nekrassow stellten sich hinter Kerenski und legten ihre Posten nieder. Die Provisorische Regierung faßte den Beschluß: der Rücktritt Kerenskis und der anderen Minister wird nicht angenommen, die Gesamtregierung hat im Amt zu verbleiben, bis auf irgendeine Weise eine

neue Regierung gebildet wird. Für den Abend wurden die Zentralkomitees der Volkssozialistischen Partei, der Kadetten, Menschewiki, Sozialrevolutionäre, der Radikaldemokratischen Partei (der früheren Fortschrittler) einberufen; ferner wurden der Dumapäsident, die Vorsitzenden des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des Allrussischen Exekutivkomitees der Sowjets der Bauerndeputierten zur Teilnahme eingeladen. Um 9 Uhr abends fand eine vorbereitende Sitzung beider Exekutivkomitees statt, in der Zereteli über den Verlauf der Krise berichtete. Dan beantragte die Unterbrechung der Sitzung, alle sollten im Taurischen Palast bleiben, die zur Sitzung der Regierung Eingeladenen aber sollten sich ins Winterpalais begeben.

Um 11.30 Uhr nachts wurde die gemeinsame Beratung der Regierung mit den Zentralkomitees der Kompromißler und der übrigen bürgerlichen Parteien eröffnet. Die Diskussion dauerte bis zum Morgen. Die Bourgeoisie setzte sich mit Nachdruck für die Bedingungen der Kadetten ein. Die Kompromißler forderten eine Anerkennung der Deklaration vom 8. Juli. Dan sagte im Namen der Menschewiki, daß sie «zu gegebener Zeit» sich nicht fürchten würden, die Macht zu übernehmen, daß aber vorher alle Möglichkeiten zur Schaffung einer Koalitionsregierung erschöpft werden müßten. Tschcheidse fragte Miljukow eindringlich, wie er zu den Fragen des Friedens und des Bodens stehe. Miljukow verwies ihn auf den Brief der Moskauer Kadetten und fügte hinzu:

«Zuerst muß ein mächtiges Rußland geschaffen werden, erst dann kann man von der Verwirklichung nationaler Aufgaben und von der Erfüllung unserer Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten sprechen!»

In Anbetracht der vorhandenen Stimmung änderte Miljukow rasch seine Taktik. Auf die Popularität Kerenskis spekulierend, machte er den Vorschlag, Kerenski persönlich die Zusammensetzung der Regierung zu übertragen, und zwar sollte er diejenigen Personen auswählen, deren Teilnahme er für notwendig erachte. Dieser Vorschlag sagte der Bourgeoisie zu, denn ein solches Kabinett mußte von den Organisationen unabhängig sein. Aber auch den Kompromißlern gab der Vorschlag Miljukows die Möglichkeit, vor den Massen den Schein zu retten: an der Spitze der Regierung blieb der «Sozialist» Kerenski. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre erklärten in ihren Resolutionen, daß sie

«volles Vertrauen zu dem Genossen Kerenski bei der Bildung eines Kabinetts haben, zu dem die Vertreter aller Parteien her-

angezogen werden, die bereit sind, auf Grund des von der Regierung des Genossen Kerenski am 8. Juli verkündeten Programms zu arbeiten<sup>1</sup>».

Am 22. Juli betraute die vereinigte Sitzung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des Allrussischen Exekutivkomitees der Sowjets der Bauerndeputierten Kerenski mit der Bildung des Kabinetts. Die Deklaration vom 8. Juli wurde offensichtlich nur zu Ablenkungszwecken angeführt. Am gleichen Tage «betraute» das Provisorische Komitee der Reichsduma ebenfalls Kerenski mit der Regierungsbildung, erwähnte aber gar nicht die Deklaration vom 8. Juli. Am 24. Juli erklärte sich das Zentralkomitee der Kadettenpartei bereit, seine Vertreter in die Regierung zu entsenden; es betonte dabei ausdrücklich, daß es die alten Bedingungen aufrechterhalte.

«In Anbetracht der Erklärung des Ministerpräsidenten über seine Absicht, der Schaffung einer starken Macht die harte Notwendigkeit der Kriegführung zugrunde zu legen, die Kampffähigkeit der Armee zu stärken und die wirtschaftliche Macht des Staates wieder herzustellen, überläßt es das Zentralkomitee der Partei der ‚Volksfreiheit‘ seinen Genossen, gemäß der persönlichen Auswahl Kerenskis in die Regierung einzutreten und die ihnen angebotenen Posten zu übernehmen<sup>2</sup>.»

Am gleichen Tag wurde die neue Zusammensetzung der Regierung bekanntgegeben: Ministerpräsident, Kriegs- und Marineminister — A. F. Kerenski (Sozialrevolutionär); Stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister — N. W. Nekrassow (linker Kadett); Innenminister — N. D. Awxentjew (Sozialrevolutionär); Außenminister — M. I. Tereschtschenko; Justizminister — A. S. Sarudny (Volkssozialist); Unterrichtsminister — S. F. Oldenburg (Kadett); Minister für Handel und Industrie — S. N. Prokopowitsch (parteilos, den Kadetten nahestehend); Landwirtschaftsminister — W. M. Tschernow (Sozialrevolutionär); Minister für Post und Telegraph — A. N. Nikitin (Menschewik); Arbeitsminister — M. I. Skobelew (Menschewik); Ernährungsminister — A. W. Peschechonow (Volkssozialist); Wohlfahrtsminister — I. N. Jefremow (Radikaldemokratische Partei); Verkehrsminister — P. N. Jurenew (Kadett); Oberprokurator — A. W. Kartaschew (Kadett); Staatskontrolleur — F. F. Kokoschkin (Kadett). Die Regierung befand sich also fest in den Händen der Kadetten. So schrieb denn auch Miljukow über die neue Regierung:

Bei dem geringen nominellen Uebergewicht der Sozialisten war das *wirkliche Uebergewicht im Kabinett unbedingt auf der Seite der überzeugten Anhänger der bürgerlichen Demokratie*<sup>1</sup>.»

Die Juliereignisse spiegelten sich auch in der Provinz wider. In Moskau faßte das sozialrevolutionär-menschewistische Präsidium des Exekutivkomitees der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sowjets nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten aus Petrograd am 4. Juli den Beschluß:

«Bis auf besonderen Beschluß sind in der Stadt Moskau alle Kundgebungen, sowohl in der Form von Demonstrationen als auch in der Form von Versammlungen unter freiem Himmel, verboten<sup>2</sup>.»

Aber ungeachtet dieses Verbotes zogen am gleichen Tag gewaltige Arbeiterdemonstrationen von den Außenbezirken in die Stadt; auf ihren Fahnen und Plakaten standen Losungen, die die Uebergabe der ganzen Macht an die Sowjets forderten. An der Seite der Arbeiter marschierten auch einzelne Truppenteile der Moskauer Garnison auf.

Auf dem Skobelew-Platz wurde ein Meeting veranstaltet, auf dem bolschewistische Redner das Wort ergriffen.

In Iwanowo-Wosnessensk herrschten offenkundig bolschewistische Stimmungen. Am 5. Juli faßte der Arbeiter- und Soldaten-sowjet eine Entschließung, in der die Uebergabe der Macht an die Sowjets gefordert wurde. Am 6. Juli fand in Iwanowo-Wosnessensk eine gewaltige Demonstration der Arbeiter und der Soldaten der örtlichen Garnison statt.

Demonstrationen, in einigen Fällen auch Aufstände der Soldaten, erfolgten in Jaroslawl, Rostow, Kostroma, Schuja, Kowrow, Nishnij-Nowgorod, Kiew, Riga und vielen anderen Orten. Nach Nishnij-Nowgorod wurde aus Moskau eine Truppenabteilung unter dem Befehl des Obersten Werchowski entsandt, um die örtliche Garnison zu entwaffnen.

## Das Proletariat überwindet die kompromißlerischen Illusionen

Wir sahen, wie die Demonstration vom 3. bis 5. Juli niedergeschlagen und die Partei der Bolschewiki in die Illegalität gedrängt wurde.

Es schien als habe die Bewegung mit einer *Niederlage* geendet. In Wirklichkeit war es jedoch ein Sieg von besonderer Art, den die Revolution auf dem Wege ihres Hinüberwachsens aus einer bürgerlichen in eine sozialistische errungen hatte. Die Bourgeoisie überschätzte etwas ihren Erfolg: hinter den äußerlichen, leicht festzustellenden Kräfteverschiebungen bemerkte sie nicht den tiefen inneren Prozeß in der Gruppierung der Klassenkräfte. Als der Zarismus in den Januartagen von 1905 eine friedliche Demonstration niederschlug, hatte er nicht der Arbeiterbewegung, sondern dem Glauben der Arbeiter an den Zaren ein Ende bereitet. So hatte auch die Bourgeoisie, als sie die Juliaktion unterdrückte, nicht die Arbeiterrevolution zerschlagen, sondern das Vertrauen der Arbeiter, zwar nicht zur Bourgeoisie — das hatten sie schon lange verloren —, sondern zu den kleinbürgerlichen Führern.

Unter den Hunderttausenden von Demonstranten befanden sich nicht wenige einfache Sozialrevolutionäre und Menschewiki. Ebenso, wie viele Tausende von Parteiloosen, die dem kleinbürgerlichen Block vertraut hatten, sahen sie jetzt klar die ganze Niedertracht seines Verrats. Die Julitage trieben einen Keil zwischen die Spitzen und die unteren Schichten der Kompromißlerparteien: während die Spitzen ins Lager der Bourgeoisie hinunterschlidderten, vollzogen die unteren Schichten eine jähe Wendung zum Proletariat hin.

Die bolschewistischen Reihen begannen rasch anzuwachsen. Binnen drei Wochen stieg die Zahl der Parteimitglieder in Petrograd um 2500. Das Wachstum der Partei und ihr Einfluß auf die Arbeiter zeigten sich auch bei den Wahlen zu verschiedenen Organen in den Betrieben. Die Wahlen der Bevollmächtigten für die Krankenkasse ergaben in den Betrieben «Nowy Lessner» und «Stary Lessner» folgende Resultate: von hundert Gewählten waren 15 Sozialrevolutionäre, 5 Menschewiki und 80 Bolschewiki. Bis dahin waren weniger als die Hälfte der Bevollmächtigten Bolschewiki. In dem Betrieb «Ericson» wurden unter 60 Bevollmächtigten 7 Menschewiki, 14 Sozialrevolutionäre und 39 Bolschewiki gewählt. In dem Betrieb «Treugolnik» wurden unter 100 Bevollmächtigten 65 bis 70 Bolschewiki gewählt; vorher hatten die Sozialrevolutionäre die Mehrheit.

Aehnliche Resultate ergaben auch die Neuwahlen zu den Sowjets. In den Französisch-Russischen Werken wurden 3 bolschewistische Deputierte, statt der bisherigen Sozialrevolutionäre und Menschewiki, gewählt. Der Betrieb «Langensiepen» wählte statt eines Kompromißlers einen Bolschewiken usw.

Die Arbeiter brachen mit den bankrotten Parteien und wandten sich den Bolschewiki zu. Wenn sie auch noch nicht in die Partei eintraten — häufig infolge der rücksichtslosen Verfolgungen — so befreiten sie sich doch innerlich vom Einfluß der kleinbürgerlichen Führer.

Das Ergebnis war überall das gleiche: die Arbeitermasse prüfte nach den ersten Tagen der wütenden Unterdrückungsmaßnahmen gleichsam sich selber, dachte gründlich nach und ging dann Schritt für Schritt in das Lager des Bolschewismus über.

«Es wurde ein Bericht über die Petrograder Ereignisse gegeben — so erzählte ein Delegierter aus Grosny auf dem 6. Parteitag der Bolschewiki — und was zeigt sich? Von seiten der Sozialrevolutionäre und Menschewiki... kein Sterbenswörtchen: sie waren geschlagen. Darauf hörte die Hetze auf, ja, mehr noch, in unsere Organisation begannen Sozialrevolutionäre einzutreten<sup>1</sup>.»

«Die Sozialrevolutionäre haben großen Einfluß — berichtete ein Vertreter des Donezbeckens — aber nach den Ereignissen vom 3. bis 5. Juli ist ein Abströmen der Arbeiter auch aus den sozialrevolutionären Organisationen zu uns hin festzustellen... Angesehene Sozialrevolutionäre sind in unsere Organisation übertreten und haben erklärt, daß die herrschenden Klassen die Interessen der Arbeiter verraten haben<sup>2</sup>.»

Ein Beweis für die Zersetzung der kleinbürgerlichen Parteien war auch das Anwachsen der Opposition in ihren Reihen: bei den Menschewiki erstarkte der linke Flügel, dessen Führer Martow in den Julitagen sogar die Uebergabe der Macht an die Sowjets vorschlug; der rechte Flügel der Menschewiki sonderte sich faktisch ab und ging zu der Zeitung «Djen» über, die von dem bekannten Liquidator Potressow redigiert wurde. Bei den Sozialrevolutionären erstarkten die linken Strömungen. Die Partei der Sozialrevolutionäre krachte in allen Fugen: die Rechten schimpften auf die Führung, die «Linken» aber beschuldigten die Rechten des Verrats.

Die Julibewegung bewirkte etwas, was sich später noch oft in der Geschichte der Partei wiederholte: als das Proletariat die Gefahr spürte, die seiner Partei drohte, schloß es sich noch enger um

die Bolschewiki zusammen. Auf den Juli folgte die erste «Parteiwoche», in der die Arbeiter massenweise in die Parteilinien einströmten.

Die Julidemonstration spielte noch in einer andern Hinsicht eine gewaltige Rolle. Sie gab den Arbeitern und Bauern eine Antwort auf die Grundfrage der Revolution, auf die Frage, in wessen Händen sich die Macht befindet. Die Macht war in die Hände der Bourgeoisie übergegangen — das begriffen und empfanden die breiten Massen der Werktätigen kraß an sich selbst.

«Die Bewegung vom 3. und 4. Juli — so schätzte Lenin die Julitage ein — war der letzte Versuch, die Sowjets durch eine Demonstration zur Uebernahme der Macht zu bewegen. Von diesem Augenblick an überlassen die Sowjets, das heißt die in ihnen herrschenden Sozialrevolutionäre und Menschewiki faktisch die Macht der Konterrevolution, die von den Kadetten repräsentiert, von den Sozialrevolutionären und Menschewiki unterstützt wird. Jetzt ist eine friedliche Entwicklung der Revolution in Rußland bereits unmöglich, und die Frage ist von der Geschichte so gestellt: entweder vollständiger Sieg der Konterrevolution, oder eine neue Revolution<sup>1</sup>.»

Die Ausarbeitung einer neuen Taktik für die neue Etappe der Revolution machte sich der 6. Parteitag der Bolschewiki zur Aufgabe.







## Achtes Kapitel

### Der 6. Parteitag der bolschewistischen Partei

Der historische 6. Parteitag der Bolschewiki fand vom 26. Juli bis 3. August 1917 in Petrograd statt.

In seinem Bericht auf dem 6. Parteitag teilte Jakob Swerdlow mit, daß die Zahl der Parteiorganisationen seit der Aprilkonferenz von 78 auf 162 angewachsen war. Die Zahl der Parteimitglieder hatte sich in 3 Monaten auf das Dreifache, von 80 000 auf 240 000 erhöht. Davon entfielen auf Petrograd 41 000, auf den Moskauer Bezirk 50 000, auf den Ural 25 000, auf das Donezbecken 16 000, auf den Bezirk Kiew 10 000, auf den Kaukasus 9000, auf Finnland 12 000, auf das Baltische Gebiet 14 000, auf das Wolgagebiet 13 000, auf den Bezirk Odessa 7000, auf Sibirien 10 000, auf den Bezirk Minsk 4000, auf den Nordbezirk 1500 und schließlich auf die Militärorganisationen 26 000<sup>1</sup>.

Auch die bolschewistische Presse hatte sich in dieser Periode bedeutend entwickelt. Die Partei besaß 41 Zeitungen mit einer täglichen Auflage von 320 000 Exemplaren. 27 Zeitungen erschienen in russischer Sprache, die übrigen in georgischer, armenischer, lettischer, tatarischer, polnischer und in anderen Sprachen.

Nach den Julitagen wurden 8 Zeitungen verboten, darunter auch das Zentralorgan der Partei, die «Prawda». Zu Beginn des Partei-

tages erschienen jedoch 5 der verbotenen Zeitungen schon wieder unter anderen Namen.

Gewaltig war der Einfluß der bolschewistischen Partei in den Massen gewachsen. Das zeigte sich deutlich an den Tatsachen, die in den Berichten aus den einzelnen Orten von den Delegierten auf dem Parteitag mitgeteilt wurden. Der Moskauer Delegierte W. N. Podbjelski sagte:

«Genossen, der gewaltige Einfluß unserer Organisation zeigte sich darin, daß alle Massenaktionen unter unseren Losungen vor sich gingen... Die Demonstration vom 18. Juli, die offiziell vom Sowjet organisiert war, ging unter unseren Losungen vor sich. An den von dem Sowjet festgesetzten Sammelplätzen waren nur klägliche Gruppen von 20, 30 Mann, unseren Fahnen folgten Massen. Ueberall, wo wir Versammlungen veranstalteten, sammelten sich große Volksmengen, an den anderen Stellen war es leer und eine Belebung trat erst dann ein, wenn die Züge mit unseren Fahnen heranmarschierten, wenn unsere Redner sprachen<sup>1</sup>.»

Auf die Resolutionen der Aprilkonferenz der bolschewistischen Partei gestützt, verstand es die Moskauer Organisation, die breiten Massen der Arbeiter und Werktätigen um sich zu scharen. Die Moskauer Bolschewiki eroberten eine Reihe von Gewerkschaften, aus denen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre durch die Arbeiter vertrieben wurden. Im Moskauer Sowjet hatten noch immer die Kompromißler das Uebergewicht, aber der Einfluß der Bolschewiki auf die Massen war derartig gewachsen, daß die Menschewiki und Sozialrevolutionäre oft gezwungen waren, für bolschewistische Resolutionen zu stimmen. Auf der gemeinsamen Tagung der Arbeiter- und Soldatensowjets von Moskau am 25. Juli wagten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre nicht, dem bolschewistischen Protest gegen die Einführung der Todesstrafe ihre Unterstützung zu versagen. Auf der Moskauer Konferenz der Betriebskomitees, die vom 23.—28. Juli tagte, stimmte ein Teil der Menschewiki unter dem Druck der Massen für den bolschewistischen Antrag auf Einführung der Arbeiterkontrolle über die Produktion. Der Regierungsterror nach den Juliereignissen konnte das Wachstum des Einflusses der Moskauer Bolschewiki nicht aufhalten. Die Hetze gegen die Partei wurde verschärft, die Veranstaltung von Meetings, die Einberufung von Versammlungen wurde schwieriger, aber die Organisation hatte keinen Rückgang zu verzeichnen. Die Moskauer Bolschewiki setzten ihre Arbeit in den Massen auf Grund der Direk-

tiven Lenins und des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei standhaft und zuversichtlich fort. Ein Moskauer Delegierter erklärte auf dem Parteitag der Bolschewiki mit besonderem Nachdruck:

«Zum Schluß halte ich es für besonders wichtig, die volle Einmütigkeit in der ideologischen Arbeit zwischen Moskau und Petrograd festzustellen — das kam sowohl während der Krise vom 20.—21. April zum Ausdruck, als auch in der Frage der Aktion während der Julitage.

Diese Einigkeit, die ohne jede vorherige Uebereinkunft erzielt wurde, überzeugt uns, Genossen, von der Lebenskräftigkeit unserer Stellungnahme und verleiht uns noch größere Zuversicht und Begeisterung in unserer Arbeit<sup>1</sup>.»

Ein Vertreter des Donezbeckens schilderte auf dem Parteitag das rasche Wachstum der bolschewistischen Organisation. Die bolschewistischen Resolutionen wurden auf allen Arbeiterversammlungen angenommen. Unter den Arbeitern war der Einfluß der Bolschewiki vorherrschend. In vielen Betrieben traten Arbeiter aus der Partei der Sozialrevolutionäre und Menschewiki in die bolschewistische Partei über.

Auch im Wolgagebiet stieg der Einfluß der bolschewistischen Partei. In Zarizyn, dem jetzigen Stalingrad, eroberten die Bolschewiki bei den Wahlen zur Stadtduma 39 von 102 Sitzen. In Saratow stand die bolschewistische Partei bei den Wahlen an dritter Stelle. Im Wolgagebiet arbeiteten die Bolschewiki erfolgreich unter den Werktätigen der unterdrückten Nationen. In Kasan wurde das Programm der bolschewistischen Partei ins Tatarische übersetzt und herausgegeben.

In Grosny hatte die bolschewistische Partei unmittelbar vor der Aprilkonferenz 800 Mitglieder, zur Zeit des 6. Parteitages aber waren es etwa 2000. Die Bolschewiki arbeiteten unter äußerst schwierigen Bedingungen. In der Stadt war ein «Verband zum Kampf gegen die Bolschewiki» gegründet worden. Man beschimpfte die Bolschewiki als deutsche Spione, provozierte sie zu Aktionen, um sie dann zu verprügeln. Man beschuldigte die Bolschewiki, daß sie die Tschetschenzen gegen die Russen aufhetzten. In einer Kosakensiedlung in der Nähe von Grosny wurde am 9. Juli beschlossen, innerhalb von drei Tagen alle Bolschewiki auszusiedeln. Eine Lehrerin wurde aus der Siedlung vertrieben, nur weil sie die Frau eines Bolschewiken war.

Aber die Arbeiter unterstützten die bolschewistische Organisation. Sie ließen sich auch durch die Unterdrückungsmaßnahmen nach den Juliereignissen nicht einschüchtern.

«Die Juliereignisse — sagte ein Delegierter von Grosny — haben unsere Partei gleichsam zur Kristallisierung gebracht: Jetzt traten überzeugte Arbeiter ein, die sich von der Partei nicht lossagen werden<sup>1</sup>.»

Unter schweren Verhältnissen hatten auch die Bolschewiki Transkaukasiens zu arbeiten. Es gelang ihnen, die Soldaten zu gewinnen; allein in Tiflis standen Truppen in Stärke von 80 000 Mann. Aber das Gau-Exekutivkomitee der Sowjets, das unter Leitung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre stand, begann die bolschewistischen Truppenteile aus der Stadt zu entfernen. Sie wurden durch andere Regimente ersetzt. Die neuen Truppen wurden zur Vorbereitung längere Zeit auf dem Lande untergebracht und die Bolschewiki bei den Soldaten verleumdet. Als auch die neuen Regimente bolschewistisch zu werden begannen, wurden sie ebenfalls aus den Städten entfernt. Die bolschewistischen Zeitungen wurden beschlagnahmt. Einmal konfiszierte das Exekutivkomitee des Tifliser Sowjets 40 000 Exemplare der «Prawda». Die bolschewistische Zeitung «Kawkaski Rabotschij» wurde in jeder Sitzung des Sowjets mit Verbot bedroht.

«Unsere Arbeit — sagte ein kaukasischer Delegierter — ist dort Märtyrerarbeit. Aber wir haben unsere Tätigkeit trotzdem fortgesetzt. Unsere Zeitung ist zu einem Soldatenblatt geworden: wir erhielten ganze Berge von Briefen von der Front und tausende Sympathietelegramme<sup>2</sup>.»

In der Zeit von der Aprilkonferenz bis zum 6. Parteitag hat die bolschewistische Partei gewaltige Erfahrungen in der Massenarbeit gesammelt. Der rasche Wechsel der politischen Lage, die angespannte fieberhafte Praxis förderten eine Reihe neuer Formen der Massenarbeit zutage. In den Regimentern und Betrieben wurden Landsmannschaften organisiert, Vereinigungen von Soldaten oder Arbeitern aus dem gleichen Bezirk, manchmal aus ein und demselben Dorf. In den Landsmannschaften wurden politische Unterhaltungen geführt, die Urlauber wurden mit Literatur versorgt. In Kronstadt sandte die bolschewistische Organisation ganze Gruppen von Agitatoren aus den Reihen der Landsmannschaften in die Dörfer und Gouvernements.

Außer den Landsmannschaften wurde auch in den Klubs gearbeitet. Einer dieser Klubs wurde in Petrograd durch die Militärorganisation des Zentralkomitees der Bolschewiki gegründet. Das war der Soldatenklub der «Prawda». Dort wurden Vorträge gehalten, dort wurde das Programm der bolschewistischen Partei erläutert.

Sehr große Fortschritte machte die Arbeit unter den Soldaten in sämtlichen Garnisonen und an der Front. In Moskau erfaßte die Militärorganisation mehr als 2000 Bolschewiki. Die Moskauer schickten Literatur und Agitatoren an die Front. Genosse Jaroslawski berichtete dem 6. Parteitag im Namen der Moskauer Militärorganisation, daß im Laufe eines einzigen Monats mehr als 170 Delegierte von der Front gekommen waren, um Literatur zu holen. Und dies alles, obwohl das Lesen von bolschewistischen Zeitungen unter Strafe stand.

An der Front, namentlich in der Nähe Petrograds, so z. B. in der 12. Armee, erholten sich die Parteiorganisationen rasch nach der Niederschlagung der Julidemonstration. Kaum hatten die Generale die «Okopnaja Prawda» verboten, als schon am nächsten Tag der «Okopny Nabat» erschien. Schon am 20. Juli vermochten die Bolschewiki, eine Delegiertenkonferenz von 23 Regimentern, russischen, sibirischen und lettischen, abzuhalten. Die Konferenz sandte nach Petrograd einen Protest gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Provisorischen Regierung und forderte die Freilassung aller verhafteten Bolschewiki.

In den lettischen Regimentern gab es mehr als 2000 Bolschewiki, aber in Wirklichkeit standen alle 48 000 Soldaten hinter den lettischen Bolschewiki. Ein Delegierter der Letten sagte auf dem Parteitag:

«Jetzt bedauert es der Stab, daß er die Bildung von nationalen Regimentern zuließ, aber jetzt ist es nicht mehr möglich, die acht lettischen Regimenter aufzulösen. Die lettischen Schützen haben erklärt, daß sie das nicht zulassen werden. Die sibirischen Regimenter haben erklärt, man werde es auch mit ihnen zu tun bekommen, falls man es wagen sollte, die lettischen Regimenter aufzulösen. Und so ist es auch umgekehrt. Zwischen den lettischen und sibirischen Regimentern besteht völlige Einmütigkeit, und wenn es dem Stab nicht gelingt, uns zu einer Aktion zu provozieren, so hoffe ich, daß wir die 12. Armee zu einer ‚Roten Armee‘ machen werden<sup>1</sup>.»

Besonders beharrlich und angespannt arbeitete die Partei in den Sowjets — diesen politischen Massenorganisationen, wo sie die veräterische Politik der Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit der Kraft fester Ueberzeugung entlarvte. Die bolschewistische Welle überflutete den Unterbau der Sowjets und drohte auch die oberen Regionen zu erfassen. In vielen Fällen spiegelten die Sowjetspitzen nicht mehr die Stimmung ihrer Wähler wider. Gegenüber dem An-

sturm von unten nahmen die Führer des kleinbürgerlichen Blocks immer wieder zu dem gleichen, altbewährten Mittel Zuflucht: sie suchten die Neuwahlen auf jede Weise zu verschleppen und zu verzögern. Aber die Partei durchkreuzte auch diese Manöver geschickt, indem sie sich Stützpunkte in den Stadtbezirkssowjets schuf. So standen in Moskau in der Zeit des 6. Parteitages 6 von 10 Stadtbezirken unter der ungeteilten Führung der Bolschewiki. Von der Massenwelle aus den Sowjets herausgeschleudert, wanderten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki in die Organe der städtischen und der Semstwo-Selbstverwaltungen hinüber, um von dort aus zu versuchen, den bolschewistischen Einfluß zu bekämpfen.

In den Gemeindeverwaltungen — den Stadtdumas, in denen sich die Menschewiki und Sozialrevolutionäre verschanzten, um den Kampf gegen die Sowjets zu führen — eroberten die Leninisten ebenfalls einen ehrenvollen Platz.

Mit der gleichen Hartnäckigkeit kämpfte die Partei auch in anderen Organisationen um die Führung. Die Gewerkschaftsverbände bolschewisierten sich. Die Betriebskomitees in den Industriezentren leisteten restlos den Bolschewiki Gefolgschaft.

Eine große Arbeit leistete die Partei unter der Jugend. Der Jugendverband in Petrograd, der zur Zeit des 6. Parteitages etwa 50 000 Mitglieder zählte, kämpfte aktiv unter den Losungen der Bolschewiki. Ebenso stark war der Einfluß der Partei auf die Jugend auch in den andern großen Industriezentren.

Die vom Parteitag entgegengenommenen Berichte aus den einzelnen Orten zeigten, daß die Partei, wenn sie auch noch nicht eine überwältigende Mehrheit in den Massenorganisationen des Proletariats und der Bauernschaft im ganzen Lande erobert hatte, so doch starke Stützpunkte an den entscheidenden Positionen besaß. Zum 6. Parteitag kam die Partei mit einer Verdreifachung ihrer Reihen seit der Zeit der Aprilkonferenz, mit gewaltigen Erfahrungen des revolutionären Kampfes, mit verstärktem Einfluß auf die breiten Massen.

Der Parteitag mußte halblegal arbeiten. Regierungsspitzel, gedungene und freiwillige, trieben sich in den Stadtbezirken umher, um aufzuspüren, wo die Delegierten sich versammelten. Am 29. Juli veröffentlichte die Provisorische Regierung einen Beschluß, durch den dem Kriegsminister und dem Innenminister das Recht übertragen wurde, sämtliche Versammlungen und Tagungen zu verbieten. Dieser Beschluß war offenkundig gegen die Bolschewiki gerichtet.

Der Parteitag, an dem 157 Delegierte mit beschließender und 112 mit beratender Stimme teilnahmen, wurde im Wiborger Stadtteil eröffnet und dann aus konspirativen Gründen an das andere Ende der Stadt, an das Narwaer Tor, verlegt.

«Die Sitzungen waren so illegal — erzählt ein Parteitagsdelegierter —, daß viele Genossen unter illegalem Namen auftraten, da wir jeden Tag erwarteten, noch schlimmer überfallen und verhaftet zu werden<sup>1</sup>.»

Die Gefahr der Verhaftung war so real, daß der Parteitag sogar seine Tätigkeit abbrechen mußte, um lange vor Schluß in aller Eile die Wahlen zum Zentralkomitee durchzuführen.

Unter diesen Umständen durfte man keine Zeit verlieren. Nur die allerdringendsten Fragen konnten behandelt werden. So hielt es der Parteitag nicht für möglich, sich näher mit der Revision des Parteiprogramms zu befassen. Die Ausarbeitung eines neuen Programms wurde dem neugewählten Zentralkomitee übertragen.

Der Parteitag nahm folgende Tagesordnung an:

1. Bericht des Organisationsbüros (zur Einberufung des Parteitags. *Die Red.*).
2. Bericht des Zentralkomitees.
3. Berichte aus den Ortsorganisationen.
4. Die gegenwärtige Lage:
  - a) der Krieg und die internationale Lage;
  - b) die politische und wirtschaftliche Lage.
5. Revision des Programms.
6. Die Organisationsfrage.
7. Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung.
8. Die Internationale.
9. Vereinigung der Partei.
10. Die Gewerkschaftsbewegung.
11. Wahlen.
12. Verschiedenes.

Als eine der ersten Fragen wurde auf dem Parteitag die Frage behandelt, ob Lenin sich dem Gericht stellen solle. Berichterstatter war Sergo Ordshonikidse. Er sprach sich mit größter Entschiedenheit gegen das Erscheinen Lenins vor Gericht aus.

«Für sie ist wichtig — sagte Ordshonikidse — möglichst viele Führer aus den Reihen der revolutionären Partei herauszureißen. Wir dürfen auf keinen Fall den Genossen Lenin ausliefern<sup>2</sup>.»

Genosse Dzierzynski unterstützte den Referenten:

«Wir müssen klar und bestimmt sagen, daß diejenigen Genossen, die Lenin... geraten haben, sich nicht verhaften zu lassen, richtig gehandelt haben. Wir müssen auf die Hetze der bürgerlichen Presse, die die Reihen der Arbeiter in Verwirrung bringen will, eine klare Antwort geben<sup>1</sup>.»

Nur wenige Parteitagsdelegierte sprachen sich für das Erscheinen Lenins vor Gericht aus. Wolodarski und Laschewitsch meinten, das Gericht über Lenin könne in ein Gericht über die Regierung umgewandelt werden, die Partei könne dabei gewinnen.

Der Parteitag der Bolschewiki sprach sich gegen das Erscheinen Lenins vor Gericht aus und bestätigte damit den Standpunkt, den Stalin sofort nach der Niederschlagung der Julidemonstration eingenommen hatte.

Die Grundfragen des Parteitags waren die beiden Referate Stalins: der politische Bericht des Zentralkomitees und das Referat über die politische Lage. Stalin gab schon in seinem ersten Referat eine tiefgründige leninistische Analyse der Juliereignisse und der Taktik der Partei in diesen Tagen und stellte dann die Fragen, deren Lösung den Verlauf und Ausgang der proletarischen Revolution in Rußland bestimmte.

«Ehe ich mit dem Bericht über die politische Tätigkeit des Zentralkomitees während der letzten zweieinhalb Monate beginne — sagte Stalin —, halte ich es für notwendig, auf jene grundlegende Tatsache hinzuweisen, die die Tätigkeit des Zentralkomitees bestimmt hat. Ich meine die Entwicklung unserer Revolution, die die Frage des Eingreifens in die wirtschaftlichen Beziehungen in Form einer Kontrolle der Produktion, der Uebergabe des Bodens in die Hände der Bauernschaft, der Uebergabe der Macht aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände der Arbeiter- und Soldatendeputiertensowjets aufrollt. All dies bestimmt den tiefgreifenden Charakter unserer Revolution. Sie hat begonnen, den Charakter einer sozialistischen Revolution, einer Arbeiterrevolution, anzunehmen<sup>2</sup>.»

Die politische Linie des Zentralkomitees begegnete keinen erheblichen Einwänden. Einzelne Bemerkungen betrafen hauptsächlich die nicht genügend feste Verbindung des Zentralkomitees mit der Provinz. Aber gerade unter Hinweis auf diese Bemerkungen versuchte Preobraschenski nachzuweisen, daß die Isolierung des Petrograder Proletariats von der Provinz die Ursache der Juliniederlage war.



Der Parteitag billigte mit allen Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen die Tätigkeit des Zentralkomitees und stimmte seinem Bericht zu.

Das zweite Referat Stalins galt der Taktik der Partei in der neuen Etappe.

Die politische Lage im Lande hatte sich nach den Julitagen stark geändert. Die Macht hatte sich aus dem Zustand eines labilen Gleichgewichts, in dem sie sich nach der Februarrevolution befand, scharf nach rechts gekehrt: *die Doppelherrschaft der Provisorischen Regierung und der Sowjets wurde durch die Alleinherrschaft der Bourgeoisie abgelöst*. Die neuerrungenen Freiheiten räumten das Feld vor den «Ausnahmegesetzen» gegen die Bolschewiki. Die Regierung bemühte sich auf jede Art, die Revolution zu entwaffnen. Sie löste die revolutionären Regimenter auf und trieb die Rote Garde in die Illegalität.

Alle Möglichkeiten einer friedlichen Entwicklung der Revolution verschwanden. Man konnte die Revolution nur voranbringen, indem man die Macht den Händen der Bourgeoisie entriß.

Aber die Macht gewaltsam ergreifen konnte nur eine Klasse, das Proletariat zusammen mit der Dorfarmut. Die Sowjets, an deren Spitze noch immer die Sozialrevolutionäre und Menschewiki standen, waren in das Lager der Bourgeoisie hinabgeglitten und konnten in diesem Stadium der Revolution nur als Handlanger der Konterrevolution auftreten. Die Aprillosung «Alle Macht den Sowjets» konnte, nach allem, was im Zusammenhang mit den Juliereignissen vorgefallen war, nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Zurückziehung dieser Losung bedeutete jedoch keineswegs den Verzicht auf den Kampf für die Macht der Sowjets. Lenin betonte auf jede Weise, daß es sich nicht um die Sowjets überhaupt als Organe des revolutionären Kampfes handle, sondern nur um die *gegebenen*, kompromißlerischen Sowjets in der *gegebenen* Entwicklungsetappe der Revolution.

Es war genau dieser Leninsche Standpunkt, den Stalin auf dem Parteitag in seinem äußerst packenden und prägnanten Bericht über die politische Lage entwickelte und verteidigte. Bei der Charakteristik des Verlaufs der Revolution sagte Stalin:

«Während dessen geht der Krieg weiter, die wirtschaftliche Zerrüttung wächst, die Revolution geht weiter und nimmt immer mehr einen sozialistischen Charakter an. Die Revolution dringt in das Gebiet der Produktion ein — es wird die Frage der Kontrolle gestellt. Die Revolution dringt in das Gebiet der Landwirt-

schaft ein — es wird nicht nur die Frage der Konfiskation des Bodens gestellt, sondern auch der Konfiskation des lebenden und toten Inventars ...

Manche Genossen sagten, daß es angesichts der schwachen Entwicklung des Kapitalismus bei uns eine Utopie sei, die Frage der sozialistischen Revolution zu stellen. Sie hätten recht, wenn es keinen Krieg, wenn es keine Zerrüttung der Wirtschaft gäbe, wenn die Grundlagen der Volkswirtschaft nicht erschüttert wären. Doch diese Fragen der Einmischung in die Wirtschaft werden in allen Staaten als unvermeidliche Fragen gestellt. In Deutschland wurde diese Frage ohne die unmittelbare und aktive Teilnahme der Massen gestellt und entschieden. Anders liegen die Dinge bei uns in Rußland. Bei uns hat die wirtschaftliche Zerrüttung bedrohlichere Ausmaße angenommen. Andererseits hat es nirgends unter den Verhältnissen des Krieges eine solche Freiheit gegeben, wie bei uns. Dazu kommt die gewaltige Organisiertheit der Arbeiter, so sind z. B. die Petrograder Metallarbeiter zu 66 Prozent organisiert. Schließlich hatte das Proletariat nirgends solche umfassende Organisationen gehabt, wie es die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sind. Dies alles hat die Möglichkeit ausgeschlossen, daß sich die Arbeiter der Einmischung in das Wirtschaftsleben enthalten. Das ist die reale Grundlage für das Aufrollen der Frage der sozialistischen Revolution bei uns in Rußland<sup>1</sup>.»

Stalin beendete seinen Bericht folgendermaßen:

«... bis zum 3. Juli war ein friedlicher Sieg, war ein friedlicher Uebergang der Macht an die Sowjets möglich. Wenn der Sowjetkongreß beschlossen hätte, die Macht zu übernehmen, so hätten, glaube ich, die Kadetten nicht gewagt, sich offen gegen die Sowjets zu wenden, denn ein solches Vorgehen wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Jetzt aber, nachdem sich die Konterrevolution organisiert und gefestigt hat, davon zu reden, daß die Sowjets die Macht auf friedlichem Wege übernehmen könnten, heißt, leeres Zeug reden. Die friedliche Periode der Revolution ist zu Ende, die unfriedliche Periode, die Periode der Zusammenstöße und Explosionen ist eingetreten<sup>2</sup>.»

Der Bericht Stalins und die von ihm vorgeschlagene Resolution lösten heftige Debatten aus. Diese zeigten, daß die Meinungsverschiedenheiten, die zur Zeit der Aprilkonferenz in der Partei über den Charakter der russischen Revolution bestanden hatten, noch nicht völlig überwunden waren. Ein Teil der Delegierten sprach

sich für die Beibehaltung der alten Losung «Alle Macht den Sowjets» aus, und wandte sich dabei gegen die grundlegende Leninsche Einschätzung des Charakters der russischen Revolution als einer sozialistischen Revolution.

Genosse Nogin wandte sich mit folgenden Worten gegen Stalin:

«Worin besteht der Unterschied zwischen der Resolution des Genossen Stalin und den Resolutionen der Aprilkonferenz? Damals waren wir der Meinung, daß wir noch vor dem Uebergang zur sozialistischen Revolution stehen. Genossen, hat unser Land wirklich binnen 2 Monaten einen solchen Sprung gemacht, daß es bereits zum Sozialismus vorbereitet ist?<sup>1</sup>»

Der Moskauer Delegierte N. S. Angarski sagte:

«Aber ich bin mit dem Genossen Stalin darin nicht einverstanden, daß wir über die bürgerliche Revolution zur sozialistischen hinweschreiten müssen. Stalin sagt: wir haben günstige Bedingungen — in Rußland sind bis zu 70 Prozent der Arbeiter organisiert usw. Aber das genügt bei weitem nicht für eine sozialistische Revolution. Wir haben keine Reserven. Die Reserve ist die Bauernschaft, die im gegenwärtigen Augenblick revolutionär ist, die aber nur revolutionär bleiben wird, bis sie den Boden erhalten hat. Das Ueberspringen, wie es Genosse Stalin vorschlägt, ist nicht die Taktik des Marxismus, sondern eine Taktik der Verzweiflung, die einstweilen durch nichts begründet ist<sup>2</sup>.»

Die Argumente Nogens wurden durch die Genossen Jurenjew und Wolodarski unterstützt.

«Wenn unsere Partei die Resolution Stalins annimmt — sagte Genosse Jurenjew —, werden wir rasch den Weg der Isolierung des Proletariats von der Bauernschaft und den breiten Massen der Bevölkerung gehen. Hier wird im Grunde auf die Diktatur des Proletariats hingearbeitet<sup>3</sup>.»

Eine ähnliche Kritik wurde auch von Saleshski geübt, der Stalins Feststellung, daß die Macht am 5. Juli in die Hände der Konterrevolution übergegangen sei, für unrichtig hielt. Aber Saleshski selbst sprach aus konspirativen Gründen und weil er eine Verhaftung befürchtete, auf dem Parteitag unter dem Decknamen «Wladimir».

Die Ereignisse der anwachsenden Revolution hatten diejenigen, die gegen die Leninsche Linie auftraten, nicht eines Besseren belehrt.

«Der Bruch zwischen der Bourgeoisie und der Bauernschaft ist unvermeidlich, und er wird in aller Schärfe die Frage stellen, in wessen Händen sich die Macht befinden soll!»,

so wiederholte Genosse Nogin seinen alten Gedanken, daß die bürgerliche Revolution unvollendet sei; dabei wollte er hartnäckig nicht bemerken, daß sich die Bauernschaft schon gespalten hatte, daß ihre Spitze bereits in das Lager der Bourgeoisie gewandert war.

Auf der Aprilkonferenz verstand Genosse Nogin nicht, daß durch die wirtschaftliche Zerrüttung unter den Verhältnissen des fortwährenden Krieges die Frage der Notwendigkeit des Ueberganges zum Sozialismus mit aller Schärfe auf die Tagesordnung gestellt war und daß nur das Proletariat gemeinsam mit den armen Bauern diesen Uebergang vollziehen kann. Auf dem 6. Parteitag verstand Genosse Nogin nach wie vor nicht, daß es sich nicht um einen «Sprung», nicht um ein Heranreifen von Produktivkräften in knappen zwei Monaten handelte, sondern um eine neue Gruppierung der Klassenkräfte, die die Revolution vor die Frage der Machtergreifung durch die revolutionärste Klasse stellte.

Genosse Stalin beantwortete auf dem Parteitag die Einwände über angebliche Widersprüche gegenüber den Resolutionen der Aprilkonferenz der bolschewistischen Partei:

«Nun noch einige Worte an die Genossen Angarski und Nogin zur Frage des Sozialismus. Schon auf der Aprilkonferenz sprachen wir davon, daß der Zeitpunkt gekommen sei, Schritte in der Richtung zum Sozialismus einzuleiten<sup>2</sup>.»

Genosse Stalin las dann die folgenden Sätze aus der Resolution der Aprilkonferenz zur politischen Lage vor:

«Das Proletariat Rußlands, das in einem der rückständigsten Länder Europas, inmitten einer riesigen kleinbürgerlichen Bevölkerung wirkt, kann sich nicht die sofortige Verwirklichung der sozialistischen Umgestaltung zum Ziele setzen.

Doch wäre es der größte Fehler, und in der Praxis sogar ein völliger Uebergang auf die Seite der Bourgeoisie, wollte man daraus die Notwendigkeit einer Unterstützung der Bourgeoisie durch die Arbeiterklasse folgern, oder die Notwendigkeit, die eigene Tätigkeit auf den Rahmen des für das Kleinbürgertum annehmbaren zu beschränken, oder den Verzicht auf die führende Rolle des Proletariats bei der Aufklärung des Volkes über die Unaufschiebbarkeit einer Reihe von praktisch möglich gewordenen Schritten zum Sozialismus<sup>2</sup>.»

Stalin zeigte auf, daß die Resolution des 6. Parteitages die noch von der Aprilkonferenz festgelegte Linie der Bolschewiki fortsetzte; er sagte weiter:

«Die Genossen sind um drei Monate zurückgeblieben. Was hat sich während dieser drei Monate ereignet? Das Kleinbürgertum hat sich differenziert, die unteren Schichten trennen sich von den oberen, das Proletariat organisiert sich, die Zerrüttung der Wirtschaft wächst — und stellt noch nachdrücklicher die Frage der Verwirklichung der Arbeiterkontrolle auf die Tagesordnung (z. B. in Petrograd, im Donezbecken, usw.). Alles bestätigt die Richtigkeit der von uns noch im April angenommenen Thesen. Die Genossen aber drängen zurück!»

Eine scharfe Zurückweisung wurde denjenigen, die mit der Resolution Stalins nicht einverstanden waren, auf dem Parteitag durch Molotow zuteil:

«... es ist unzweifelhaft, daß die konterrevolutionäre Bourgeoisie triumphiert hat, die alle Freiheiten abschafft und deshalb ist nach der Krise vom 3.—5. Juli eine friedliche Uebergabe der Macht in die Hände der Sowjets nicht möglich. Darüber bestehen keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den Genossen.

In der Aenderung des bisher friedlichen Charakters der Revolution besteht gerade das Moment des Umschwungs.

Die Macht kann nur durch Gewalt errungen werden ...

Nur das Proletariat und die arme Bauernschaft wollen die Macht übernehmen, können es tun und werden es tun, im Interesse der Mehrheit, deren Vertreter sie sind<sup>2</sup>.»

Gegen den Bericht Stalins wandte sich auch Bucharin mit seiner Kritik. Er stellte sich die weitere Entwicklung der Revolution in zwei Etappen vor, die aufeinander folgen sollten, und sagte:

«Die erste Phase unter Teilnahme der Bauernschaft, die danach strebt, den Boden zu erhalten; die zweite Phase — nach dem Abfall der gesättigten Bauernschaft die Phase der proletarischen Revolution, in der das Proletariat Rußlands nur durch die proletarischen Elemente und das Proletariat Westeuropas unterstützt werden wird<sup>3</sup>.»

Wie man sieht, ähnelte die von Bucharin ausgesprochene Auffassung sehr der Meinung, die Kamenew auf der Aprilkonferenz verteidigt hatte: entweder wir gehen mit der Bauernschaft — dann ist es keine sozialistische Revolution, oder das Proletariat tritt allein auf — nur dann wird es eine sozialistische Revolution sein.

In seinen Antworten auf die Anfragen, in seinem Schlußwort und in seinen Erwidern auf die Abänderungsanträge zur Resolution gab Stalin erneut eine tiefschürfende Analyse der gegebenen Etappe der Revolution.

«Jetzt stellen wir die Losung der Uebergabe der Macht in die Hände des Proletariats und der armen Bauernschaft auf — sagte Stalin. — Folglich handelt es sich nicht um die Form, sondern darum, welcher *Klasse* die Macht übergeben wird, es handelt sich um die Zusammensetzung der Sowjets... Man muß sich darüber klar sein, daß nicht die Frage der Form entscheidend ist. Wirklich entscheidend ist die Frage, ob die Arbeiterklasse zur Diktatur reif ist, alles andere wird sich finden, wird durch die schöpferische Kraft der Revolution geschaffen werden<sup>1</sup>.»

Weiter verwies Stalin darauf, daß aus der Zurückziehung der Losung «Alle Macht den Sowjets» keineswegs die Losung «Nieder mit den Sowjets» folgt. Die Bolschewiki treten nicht einmal aus dem Zentralexekutivkomitee der Sowjets aus, trotz der kläglichen Rolle, die es spiele.

Die Bolschewiki bleiben in den Sowjets und werden die Taktik der Sozialrevolutionäre und Menschewiki weiter entlarven.

«Die Hauptaufgabe — betonte Stalin in seinem Schlußwort — ist die Propaganda der Idee, daß der *Sturz* der bestehenden Macht unerläßlich ist. Wir sind für diesen Gedanken noch nicht genügend vorbereitet. Man muß sich aber darauf vorbereiten.

Es muß den Arbeitern, Bauern und Soldaten klar werden, daß sie ohne Sturz der gegenwärtigen Staatsmacht weder Freiheit noch Boden erlangen können.

Es handelt sich also nicht um die Organisierung der Macht, sondern um ihren Sturz. Wenn wir erst die Macht in unsere Hände bekommen haben, werden wir sie auch zu organisieren wissen<sup>2</sup>.»

Stalin übte eine scharfe Kritik an den Auffassungen Bucharins.

«Welche Perspektive zeigt Bucharin ? — fragte er. — Seine Analyse ist von Grund aus falsch. Seiner Meinung nach gehen wir in der ersten Etappe der Bauernrevolution entgegen. Aber diese muß doch unvermeidlich mit der Arbeiterrevolution zusammenfallen, sich mit ihr decken. Es ist unmöglich, daß die Arbeiterklasse, die Avantgarde der Revolution, nicht gleichzeitig für ihre eigenen Forderungen kämpft. Daher halte ich das Schema von Bucharin für undurchdacht. Die zweite Etappe bildet

nach Bucharin die proletarische Revolution, unterstützt von Westeuropa, ohne die Bauern, die bereits den Boden erhalten haben und dadurch befriedigt sind. Aber gegen wen richtet sich diese Revolution? Bucharin bleibt mit seinem spielzeugartigen Schema die Antwort darauf schuldig<sup>1</sup>.»

Bucharin schor die ganze Bauernschaft über einen Kamm. Er vergaß, daß — nach dem Ausdruck Stalins — die imperialistischen Bourgeois nur mit dem reichen Bauern einen Block geschlossen hatten. Die armen Schichten der Bauernschaft gingen mit dem Proletariat, unter seiner Führung.

Ebenso scharf wurde Preobraschenski zurückgewiesen, der den trotzkistischen Standpunkt der Unmöglichkeit eines Sieges des Sozialismus in einem Land vertrat. In der von Stalin vorgeschlagenen Resolution über die politische Lage hieß es:

«Es wird dann die Aufgabe dieser revolutionären Klassen (d. h. des Proletariats und der armen Bauernschaft. *Die Red.*) sein, alle Kräfte anzuspannen, um die Staatsgewalt in die eigenen Hände zu nehmen, und um sie, im Bunde mit dem revolutionären Proletariat der fortgeschrittenen Länder, in den Dienst des Friedens und der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu stellen<sup>2</sup>.»

Gegen diese Formulierung Stalins wandte sich Preobraschenski, der folgende Abänderung vorschlug:

«Ich beantrage eine andere Fassung des Schlußsatzes der Resolution: ‚. . . in den Dienst des Friedens und bei Vorhandensein einer proletarischen Revolution im Westen — in den Dienst des Sozialismus zu stellen‘ . . .<sup>3</sup>»

Stalin kritisierte den Standpunkt Preobraschenskis, der die Theorie Trotzki von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem einzelnen Land verteidigte; er führte aus:

«Ich bin gegen einen solchen Schlußsatz der Resolution. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß gerade Rußland das Land sein wird, das den Weg zum Sozialismus bahnt. Bisher hat noch kein einziges Land eine solche Freiheit genossen, wie wir sie in Rußland hatten, kein einziges Land hat noch versucht die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter zu verwirklichen. Außerdem ist die Basis unserer Revolution breiter als in Westeuropa, wo das Proletariat ganz allein der Bourgeoisie von Angesicht zu Angesicht gegenübersteht. Bei uns werden die Arbeiter von den armen Schichten der Bauernschaft unterstützt . . . Wir

müssen uns von der überlebten Vorstellung freimachen, daß nur Europa uns den Weg weisen könne. Es gibt einen dogmatischen Marxismus und einen schöpferischen Marxismus. Ich stehe auf dem Boden des letzteren<sup>1</sup>.»

Die Resolution zum Bericht Stalins zog die Bilanz der zurückgelegten Etappe und zeigte die Wege des weiteren Aufstiegs der Revolution zu einer höheren Stufe. In der angenommenen Resolution hieß es:

«1. Die Entwicklung des Klassenkampfes und die gegenseitigen Beziehungen der Parteien unter den Verhältnissen des imperialistischen Krieges haben im Zusammenhang mit der Krise an der Front und der steigenden Abhängigkeit Rußlands vom alliierten Kapital zu einer Diktatur der konterrevolutionären imperialistischen Bourgeoisie geführt, die sich auf die Militärelitique der Kommandospitzen stützt und von den Führern des kleinbürgerlichen Sozialismus mit einem revolutionären Deckmantel umhüllt wird...

4. Unter der Herrschaft dieser Parteien sanken die Sowjets unvermeidlich immer tiefer, haben aufgehört, Organe des Aufstandes sowie Organe der Staatsmacht zu sein, und ihre Beschlüsse verwandelten sich unvermeidlich in ohnmächtige Resolutionen und fromme Wünsche. Während dieser Zeit trieb die Bourgeoisie mit den ‚sozialistischen‘ Ministern ihr Spiel, schob die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung hinaus, hemmte den Uebergang des Bodens an die Bauern, sabotierte jeglichen Kampf gegen die Zerrüttung, bereitete — mit der Billigung der Mehrheit der Sowjets — die Offensive an der Front, das heißt die Wiederaufnahme des imperialistischen Krieges vor und organisierte durch all das die Kräfte der Konterrevolution...

6. Infolge eines solchen Laufs der Ereignisse befindet sich gegenwärtig die Staatsgewalt faktisch in den Händen der konterrevolutionären Bourgeoisie, die von der Militärelitique unterstützt wird. Eben diese imperialistische Diktatur führte und führt alle oben aufgezählten Maßnahmen zur Zerstörung der politischen Freiheit, zur Vergewaltigung der Massen und zur erbarmungslosen Verfolgung des internationalistischen Proletariats durch, wobei die zentrale Körperschaft der Sowjets, das Zentralausekutivkomitee, in völliger Ohnmacht und Untätigkeit verharret.

Die Sowjets machen eine qualvolle Agonie durch, sie befinden sich in Zersetzung, weil sie nicht rechtzeitig die ganze Staatsmacht in ihre Hände genommen haben.



7. Die von unserer Partei propagierte Losung der Uebergabe der Macht an die Sowjets, die durch den ersten Aufschwung der Revolution hervorgebracht wurde, war eine Losung der friedlichen Entwicklung der Revolution, des schmerzlosen Uebergangs der Macht von der Bourgeoisie an die Arbeiter und Bauern, der allmählichen Loslösung des Kleinbürgertums von seinen Illusionen. Heute ist die friedliche Entwicklung und der schmerzlose Uebergang der Macht an die Sowjets unmöglich geworden, denn die Macht ist faktisch schon in die Hände der konterrevolutionären Bourgeoisie übergegangen. Die richtige Losung kann gegenwärtig nur die völlige Liquidierung der Diktatur der konterrevolutionären Bourgeoisie sein. Nur das revolutionäre Proletariat, wenn es von den armen Bauern unterstützt wird, ist stark genug, diese Aufgabe, die Aufgabe eines neuen Aufschwungs, zu erfüllen! »

Die neue Losung rief durchaus nicht zur sofortigen Erhebung gegen die Regierung auf. Im Gegenteil, die ganze Resolution warnte das Proletariat davor, sich durch die konterrevolutionäre Bourgeoisie provozieren zu lassen. Die Resolution stellte in den Vordergrund die Organisierung und Vorbereitung aller revolutionären Kräfte für den Zeitpunkt, wo die gesamt nationale Krise günstige Voraussetzungen für den Aufstand und Umsturz geschaffen haben wird.

Die Resolution wurde mit allen Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen. Die Frage der politischen Lage stand im Mittelpunkt des Parteitages. Die übrigen Fragen der Tagesordnung wurden im Einklang mit der Grundeinstellung des Parteitages, der Einstellung auf die proletarische Revolution entschieden.

Die Resolution über den Krieg stellte fest, daß sich das imperialistische Gemetzel weiter ausdehne. Ein neuer Gigant des Imperialismus, Amerika, war in den Krieg eingetreten. Amerika und die Ententemächte zwangen China, am imperialistischen Krieg teilzunehmen. Der Kampf der imperialistischen Mächte wird faktisch in der ganzen Welt geführt. Der Krieg zieht sich auch deshalb in die Länge, weil das Regime der Militärdiktatur und die Zersplitterung der Kräfte des internationalen Proletariats der Weltbourgeoisie den Kampf gegen die anwachsende Revolution erleichtern.

Die russische Revolution ist die Hauptgefahr für die Imperialisten aller Länder. Die revolutionären Massen Rußlands wenden sich immer schärfer gegen den räuberischen Krieg und drohen, die Proletarier aller Länder in diesen Kampf hineinzuziehen. Deshalb hat der Weltimperialismus den Feldzug gegen die russische

Revolution eröffnet. Er stützt sich dabei auf die Hilfe der Kompromißler aller Länder. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki in Rußland, die die Offensive der russischen Truppen an der Front unterstützten, sind damit auf die Seite der Imperialisten übergegangen. Die Kampagne für den Frieden, die der Petrograder Sowjet durch «Druck» auf die imperialistischen Regierungen und durch Verständigung mit den ausländischen Vaterlandsverteidigern zu betreiben suchte, ist offenkundig gescheitert. Ihr Scheitern bestätigte die Richtigkeit des bolschewistischen Standpunktes, daß nur der revolutionäre Kampf der Massen gegen den Imperialismus in allen Ländern, nur die internationale proletarische Revolution den gequälten Völkern einen demokratischen Frieden zu geben vermag.

Die Resolution des 6. Parteitags der Bolschewiki über den Krieg sagte in ihrem Schlußteil:

«9. Die Liquidierung der imperialistischen Herrschaft stellt die Arbeiterklasse des Landes, das als erstes die Diktatur der Proletarier und Halbproletarier verwirklichen wird, vor die Aufgabe, das kämpfende Proletariat der anderen Länder mit allen Mitteln (bis zur Waffengewalt) zu unterstützen. Insbesondere wird diese Aufgabe für Rußland auf der Tagesordnung stehen, wenn, was sehr wahrscheinlich ist, der neue unvermeidliche Aufschwung der russischen Revolution die Arbeiter und armen Bauern noch vor einem Umsturz in den kapitalistischen Ländern des Westens an die Macht bringen wird.

10. Das einzige Mittel zur wirklich demokratischen Liquidierung des Krieges ist daher die Eroberung der Macht durch das internationale Proletariat und in Rußland die Eroberung der Macht durch die Arbeiter und armen Bauern. Nur diese Klassen werden imstande sein, mit den Kapitalisten aller Länder zu brechen und in der Tat das Wachstum der internationalen proletarischen Revolution zu fördern, die nicht nur den Krieg, sondern auch die kapitalistische Sklaverei liquidieren muß.»

Der 6. Parteitag der Bolschewiki, der den Kurs auf die Liquidierung der Diktatur der konterrevolutionären Bourgeoisie festlegte, entwarf zugleich eine ausführliche wirtschaftliche Plattform des Ausweges aus der Krise, des Wiederaufbaus und der Organisierung der Wirtschaft im Interesse der Arbeiter und der armen Bauern. In der Resolution über die wirtschaftliche Lage stellte der 6. Parteitag fest, daß das Land infolge des eigennütigen Schaltens und Waltens der Kapitalisten und Gutsbesitzer, die von den Vaterlandsverteidigern gedeckt werden, an der Schwelle des ökonomischen Zerfalls und Zu-

sammenbruchs stehe. Der Parteitag verwies eingehend auf alle notwendigen Maßnahmen zur Rettung des Landes, sowohl auf dem Gebiete der Industrieproduktion, als auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der Finanzen, des Kommunalwesens usw. Die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter, die Konfiskation des Bodens der Gutsbesitzer und die Nationalisierung des gesamten Bodens, die Nationalisierung der Banken und der Großindustrie — alle diese konkreten, einfachen Forderungen der Bolschewiki waren den breiten Massen ohne weiteres verständlich. Aber alle diese Maßnahmen konnten nicht in die Tat umgesetzt werden, wenn nicht mit dem Krieg Schluß gemacht, wenn nicht der Eroberungskrieg, der Raubkrieg, in einen gerechten Krieg, in den Bürgerkrieg umgewandelt wurde. Die Resolution des 6. Parteitages erklärte:

«Der einzige Ausweg aus der kritischen Lage ist die Liquidierung des Krieges und die Organisation der Produktion nicht für den Krieg, sondern für den Wiederaufbau alles dessen, was der Krieg zerstört hat, und zwar nicht im Interesse eines Häufleins von Finanzoligarchen, sondern im Interesse der Arbeiter und armen Bauern.

Eine solche Regelung der Produktion kann in Rußland nur von einer Organisation durchgeführt werden, die sich in den Händen der Proletarier und Halbproletarier befindet, was den Uebergang auch der Staatsmacht in ihre Hände voraussetzt<sup>1</sup>.»

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki beriefen sich ständig auf das Beispiel der französischen bürgerlichen Revolution von 1789 und schilderten, wie die französischen Werktätigen beispiellosen Heldenmut und Wunder an Tapferkeit im Kampf gegen ihren Adel und dessen englische, preußische und russische Verbündete an den Tag gelegt haben. Warum sollten die Werktätigen Rußlands nicht den Krieg mit ebensoviel Schwung, Begeisterung und Leidenschaft führen können, um die Revolution zu verteidigen?

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki verschwiegen dabei die Vorbedingungen, die solche Wunder in Frankreich erst möglich gemacht hatten. Das französische Volk zerschmetterte seinen Zarismus. Die französischen Werktätigen unter Führung ihrer Revolutionäre, der Partei der Jakobiner, ließen vom Gebäude des Feudalismus keinen Stein auf dem andern. Die französischen Bauern nahmen den Gutsbesitzern den Boden weg. Die französischen Revolutionäre rechneten mit der überlebten Gesellschaftsordnung ab und führten das Volk entschlossen gegen seine Feinde. Dies alles machte den Krieg für die Franzosen zu einem gerechten Krieg, zu einem Verteidi-

gungskrieg. Die entschlossen durchgeführte Revolution schuf die materiellen Vorbedingungen für den heroischen, von höchster Opferbereitschaft und von höchster Begeisterung getragenen Krieg der unterdrückten Klassen Frankreichs gegen das reaktionäre Europa.

Die Umwandlung des Raubkrieges in den Bürgerkrieg und die Durchführung aller Maßnahmen der Wirtschaftsplattform der Bolschewiki mußte die Kampfkraft des Landes gewaltig steigern. Nur wenn mit allem Alten erbarmungslos Schluß gemacht, wenn das Land erneuert, wenn es auf Grund der bolschewistischen Plattform umgestaltet wurde, konnten die materiellen Bedingungen für unvergleichlich größere Wunder entstehen, als die Wunder der französischen Revolution. Nur ein Volk, das sich von der Sklaverei des Kapitalismus befreit hatte, konnte unter der Führung der Partei der Bolschewiki eine wahrhaft revolutionäre Initiative entfalten.

Der Parteitag behandelte mit großer Aufmerksamkeit die Arbeit der Bolschewiki in den Gewerkschaften. Er betonte, daß die revolutionäre Praxis die Theorie der Opportunisten von der «Neutralität» der Gewerkschaften völlig über den Haufen geworfen habe. Faktisch erwies sich die Neutralität der Gewerkschaften als unmöglich. Der Krieg hatte die gesamte Arbeiterbewegung, darunter auch die gewerkschaftliche, in zwei Lager gespalten. Diejenigen Gewerkschaften, die den Krieg unterstützten und für die Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes im räuberischen Kriege eintraten, gingen faktisch auf die Seite ihrer Imperialisten über. Nur diejenigen Gewerkschaften, die eine klare Klassenlinie gegen die Bourgeoisie einhielten, konnten ihre Aufgaben zur Verteidigung der Arbeiterinteressen erfüllen. Der Parteitag forderte alle Mitglieder der bolschewistischen Partei auf, in die Gewerkschaften einzutreten und dort tatkräftig für die Umwandlung der Gewerkschaften in Klassenkampforganisationen zu kämpfen, die in engem Kontakt mit der politischen Partei des Proletariats die ökonomische und politische Abwehr der Konterrevolution organisieren sollten.

In der Resolution des Parteitages hieß es:

«Für den Kampf gegen die von der wachsenden Konterrevolution immer mehr verschärfte wirtschaftliche Zerrüttung des Landes und um die Revolution bis zum siegreichen Ende zu führen, müssen die Gewerkschaften für die staatliche Einmischung in die Organisation der Erzeugung und Verteilung der Produkte eintreten und dürfen dabei nicht vergessen, daß diese Maßnahmen nur dann im Interesse der breiten Volksmassen durchgeführt werden können, wenn sich eine neue revolutionäre Welle

erhebt und die Diktatur des sich auf die armen Bauernschichten stützenden Proletariats errichtet wird.

In Anbetracht aller dieser Tatsachen stellt der Parteitag fest: die Gewerkschaften Rußlands können alle diese verantwortungsvollen Aufgaben nur dann erfüllen, wenn sie *Klassenkampforganisationen* bleiben und ihren Kampf in enger organischer Zusammenarbeit mit der politischen Klassenpartei des Proletariats führen; wenn sie während der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung energisch für den Sieg der sozialistischen Partei kämpfen werden, die unbeirrbar die Klasseninteressen des Proletariats verteidigt und für die schnellste Liquidierung des Krieges durch den revolutionären Massenkampf gegen die herrschenden Klassen aller Länder eintritt; wenn sie zur schnellsten Beendigung des Krieges und zur Gründung einer Internationale sofort mit allen Gewerkschaften, die in den verschiedenen Ländern Krieg gegen den Krieg führen, in Verbindung treten, und mit diesen zusammen einen gemeinsamen Plan für ihren Kampf gegen das Völkermorden und für den Sozialismus ausarbeiten werden; wenn sie ihren Tageskampf für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in die gegenwärtige Epoche der gigantischen sozialen Schlachten einordnen werden, und wenn sie schließlich in ihren sämtlichen Kundgebungen hervorheben werden, daß die Lösung der Aufgaben, die die Geschichte dem russischen Proletariat stellt, nur im internationalen Maßstab möglich ist.

Internationaler revolutionärer Sozialismus gegen den internationalen Imperialismus!<sup>1</sup>»

Der Parteitag behandelte auch die Frage der jungen Reserven der bolschewistischen Partei.

«Gegenwärtig — heißt es in der Resolution über den Jugendverband — wo der Kampf der Arbeiterklasse in die Phase des unmittelbaren Kampfes für den Sozialismus übergeht, hält der Parteitag die Mitwirkung von sozialistischen Klassenorganisationen der Arbeiterjugend für ein unaufschiebbares Gebot der Stunde und macht es den Parteiorganisationen zur Pflicht, dieser Arbeit die größtmögliche Aufmerksamkeit zuzuwenden<sup>2</sup>.»

Der Parteitag betonte nochmals, daß bei den Wahlen zu den Städtumas, den Genossenschaften, den Sowjets ein gemeinsames Vorgehen nur mit jenen zulässig sei, die vollständig mit den Vaterlandsverteidigern gebrochen haben und für die Macht der Sowjets kämpfen.

Der Parteitag nahm die Gruppe der «Zwischenbezirkler» (Mesh-rayonzy) mit Trotzki an der Spitze in die Partei auf. Diese Gruppe bestand aus Menschewiki und einem Teil früherer Bolschewiki, die sich von der Partei abgespalten und 1913 in Petersburg eine besondere Organisation geschaffen hatten. Die «Zwischenbezirkler» waren während des Krieges gegen die Losspaltung von den Vaterlandsverteidigern, sie kämpften gegen die bolschewistische Lösung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, erklärten sich gegen die Politik, die auf die Niederlage der zaristischen Regierung im imperialistischen Krieg eingestellt war und erkannten die Möglichkeit eines Sieges des Sozialismus in Rußland nicht an. 1917 gehörten zu der Zwischenbezirksorganisation L. Trotzki, A. Lunatscharski, K. Jurenjew, A. Joffe, M. Urizki, W. Wolodarski, u. a. Unter dem Druck der revolutionären Entwicklung erkannten die «Zwischenbezirkler» an, daß die Bolschewiki recht hatten, brachen mit den Vaterlandsverteidigern und erklärten auf dem 6. Parteitag der bolschewistischen Partei, daß sie das Programm der Bolschewiki annehmen.

Man muß festhalten, daß die «Zwischenbezirkler» auf dem 6. Parteitag forderten, Lenin solle sich dem Gericht der konterrevolutionären Regierung stellen. In ihren Reden auf dem Parteitag setzten sich die «Zwischenbezirkler» für eine opportunistische Linie ein und traten gegen die Resolution Stalins auf.

Der Parteitag wählte ein Zentralkomitee aus 21 Mitgliedern und 10 Kandidaten.

Dem Zentralkomitee gehörten an:

Artjom (Sergejew), Bersin J., Bucharin, Bubnow, Dzierzynski, Sinowjew, Kamenew, Kollontai, Krestinski, Lenin, Miljutin, Muranow, Nogin, Rykow, Swerdlow, Smilga, Sokolnikow, Stalin, Trotzki, Urizki, Schaumjan.

Der 6. Parteitag zeigte, zu welcher Kraft die bolschewistische Partei geworden war. Weder die Verleumdungen der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki, noch der Terror der Regierung vermochten das Wachstum der Partei an Mitgliedern und Einfluß aufzuhalten. Faktisch in die Illegalität getrieben, legten die Bolschewiki eine wunderbare Fähigkeit an den Tag, die illegalen und legalen Kampf-formen miteinander zu verbinden, eine Fähigkeit, die sie sich in den langen Jahren des Kampfes gegen den Zarismus und die Bourgeoisie erarbeitet hatten. Die Partei bot ein glänzendes Vorbild, wie die Massen dem Einfluß der Kompromißler entrissen werden sollen.

Die Bolschewiki gingen in die Regimenter, arbeiteten in den Fabriken und Werken, in den Genossenschaften, in den Gewerkschaften — überall mobilisierten sie die Massen für die Losungen Lenins.

Der 6. Parteitag ist von außerordentlicher Bedeutung in der Geschichte der Partei. Er tagte vor dem neuen Aufschwung der Revolution. Die Aprilkonferenz der Bolschewiki hatte die Partei auf das Hinüberwachsen der bürgerlichen Revolution in die sozialistische eingestellt. Der 6. Parteitag stellte die Partei auf den bewaffneten Aufstand ein. Alle Resolutionen und Beschlüsse des Parteitages verfolgten ein einziges Ziel: den Sieg der Revolution in der neuen Etappe zu sichern.

Lenin war nicht auf dem Parteitag. Von der Provisorischen Regierung verfolgt, war er gezwungen, sich in der Illegalität zu verbergen. Aber Lenin stand in Verbindung mit den Leitern des Parteitages und gab ihnen die erforderlichen Ratschläge. Vom Geiste Lenins, seinen Ideen, seiner festen Führung und seinen greifbaren, konkreten Weisungen war die Arbeit des Parteitages, waren die Reden und Äußerungen Stalins durchdrungen. Das Werk Lenins verwirklichend, schmiedete Stalin die Partei um die entscheidende Kampffrage zusammen: den Sturz der bürgerlichen Regierung und die Ergreifung der Macht durch das Proletariat und die arme Bauernschaft.







## Neuntes Kapitel Das Kornilow-Abenteuer

### 1.

#### Die Vorbereitung zur Militärdiktatur

Die Analyse des Verlaufs der Revolution, wie sie Stalin auf dem 6. Parteitag der Bolschewiki gegeben hatte, wurde bald durch die stürmische Entwicklung der Ereignisse bestätigt.

Die verräterische Taktik der Kompromißler in den Julitagen entfesselte die Kräfte der Konterrevolution. Bestrebt, den Zeitverlust wieder aufzuholen, ging die Bourgeoisie zum offenen Angriff über. Eine Reihe bolschewistischer Zeitungen wurde verboten. Die revolutionären Truppenteile von Petrograd und anderen Garnisonen wurden an die Front geschickt. Man beeilte sich, den Widerstand des Proletariats zu brechen, noch bevor es sich wieder aufraffte. Die Losung der Konterrevolution war: alles wieder auf die Zustände der «guten alten Zeit» zurückzuschrauben.

Die Anhänger der Konterrevolution gingen, durch die Kompromißler in den Julitagen gerettet, nicht nur gegen die Bolschewiki, sondern auch gegen die kleinbürgerlichen Führer sehr energisch vor. Wie Lenin vorausgesagt hatte, wurde nicht nur die Hetze gegen die bolschewistische Partei verschärft, sondern auch gegen alle demokratischen Errungenschaften, darunter auch gegen die Sowjets.

Die Bourgeoisie sprach offen von der Notwendigkeit, die Dinge rückwärts zu wenden, auf eine Bahn, die schon der Vergangenheit des Landes angehörte.

Am 20. August erklärte Purischkewitsch in der «privaten Beratung der Mitglieder der Reichsduma», diesem legalen Zentrum der Konterrevolution:

«Solange Rußland keinen Diktator erhält, der mit weitgehenden Machtbefugnissen ausgestattet ist, solange der Oberste Rat nicht aus den besten russischen Generalen besteht, die von der Front verjagt sind, die ihr Leben für das Vaterland eingesetzt haben — solange wird es keine Ordnung in Rußland geben<sup>1</sup>.»

Dieser Diener der Monarchie schwatzte in seinem Jähzorn oftmals sehr viel aus. Auch diesmal lüftete Purischkewitsch das Geheimnis der Bourgeoisie. Rodsjanko, der Vorsitzende der Beratung, beeilte sich, den Fehler des allzu offenerzigen Reaktiönärs zu korrigieren:

«Ich bin damit entschieden nicht einverstanden und bin der Meinung, daß die Reichsduma, sogar in einer privaten Beratung, am allerwenigsten der Ort ist, um sich auf den Standpunkt der Aufforderung zu irgendeinem Staatsstreich, der Aufforderung zur Aufrichtung irgendeiner Diktatur zu stellen, die bekanntlich niemals durch einen Aufruf errichtet wird, sondern spontan entsteht in dem Augenblick, wo sie zur Notwendigkeit geworden ist<sup>2</sup>.»

Rodsjanko, der den allzu schwatzhaften und übereiligen Konterrevolutionär zu beschwichtigen suchte, führte ihm gleichzeitig vor Augen, daß man über die Diktatur nicht viel Worte verlieren darf, sondern daß man sie sorgfältig vorbereiten muß.

«Das Land suchte nach einem «*Namen*»<sup>3</sup> — so gab der General Denikin die allgemeine Stimmung der Konterrevolution wieder. Zu einem solchen «*Namen*» konnte eine Zeitlang der Name Kerenski werden. Er hatte sehr entschlossen mit den Bolschewiki abgerechnet, die revolutionären Regimenter entwaffnet, die Todesstrafe an der Front eingeführt. Von ihm war auch in Zukunft zu erwarten, daß er die Pläne der Bourgeoisie durchführen werde, er schien auch den verbündeten Imperialisten annehmbar zu sein. Bei seinem Bestreben, die bolschewistische Bewegung zu unterdrücken und sich die Armee gefügig zu machen, verlangte Kerenski von den «*Verbündeten*» weniger als die weiter rechts stehenden Kandidaten.

Buchanan schrieb über Kerenski sehr deutlich:

«Er trat für die Fortsetzung des Krieges bis zum Ende ein, wies aber jeden Gedanken an Eroberung zurück, und während Miljukow den Erwerb Konstantinopels als eines der Kriegsziele Rußlands hinstellte, lehnte er (Kerenski. *Die Red.*) energisch jede Solidarität mit ihm ab<sup>4</sup>.»

Mit Kerenskis Hilfe konnte England die Fortsetzung des Krieges erreichen, auch wenn es Konstantinopel, das die «Verbündeten» seinerzeit dem Zaren versprochen hatten, nicht hergab. Aber gegen Kerenski waren die Generale und die Führer der bürgerlichen Parteien. Sie fürchteten den Umstand, daß Kerenski den Sowjets nahestand, und hatten kein Zutrauen zu seinen persönlichen Eigenschaften. Rodsjanko und seine Freunde hielten es für besser, sich auf einen Haudegen zu stützen, statt auf einen Politiker. Es war die Rede vom General Alexejew, man dachte an den Admiral Kolttschak, als aber Kornilow zum Höchstkommmandierenden ernannt wurde, hörte das Suchen auf. Der «Name» war gefunden.

«Kornilow ist ein weit stärkerer Mann als Kerenski; wenn er seinen Einfluß in der Armee festigen könnte und wenn diese zu einer starken Kampfkraft würde, dann wäre er der Herr der Lage<sup>1</sup>»,

schrrieb Buchanan.

Die Konterrevolution stellte diesen General eifrig in den Vordergrund.

Kornilow war der Sohn eines zaristischen Beamten und keineswegs ein Bauer und Kosak, für den er sich in seinen Aufrufen an das Volk und die Armee ausgab. Nach Beendigung der Generalsstabsakademie diente er im Fernen Osten und in Mittelasien. 1914 befehligte er die 48. Division an der österreichischen Front. In den Augustkämpfen bei Lemberg verlor er 22 Geschütze und viele Gefangene. Der General Brussilow, der damals die 8. Armee befehligte, wollte Kornilow wegen dieser Niederlage sogar absetzen, beließ ihn aber, in Anbetracht seiner persönlichen Tapferkeit, in der Division. Im April 1915, als die österreichisch-ungarische Armee die Russen aus Galizien verjagte, verstand es Kornilow nicht, den Rückzug seiner Regimenter zu organisieren. Die Oesterreicher umzingelten den größeren Teil der Division und forderten ihn auf, die Waffen zu strecken. Kornilow weigerte sich, machte aber auch keinen Versuch, sich durch die Reihen des Feindes durchzuschlagen. Er verließ mit seinem Stab die Division, die er selbst in die Falle hineingeführt hatte, und flüchtete in die Wälder. Nach vier Tagen ergab sich der General den Oesterreichern. Ein Brigadekommandeur der 48. Division, General Popowitsch-Lipowatz, der in den gleichen Kämpfen verwundet wurde, teilte im April 1915 die Wahrheit über das schmachliche Verhalten Kornilows mit. Aber Popowitsch erhielt den Befehl, zu schweigen, und der Oberbefehlshaber der Armeen der Südwestfront, General Iwanow, beantragte sogar eine Auszeichnung

für Kornilow. Eine «Siegesmeldung» wurde fabriziert und der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch berichtete dem Zaren über die «Heldentat» Kornilows. Später, im Herbst 1916, wurde alles Material über die Kapitulation der Division zusammengesucht und Kornilow mit der Aufforderung zugestellt, sich darüber zu äußern, aber der General schwieg hartnäckig und sandte erst 10 Monate später, als er bereits zum Höchstkommandierenden ernannt war, einen Bericht, der vom Stabschef der 48. Division verfaßt war. Jetzt wagte aber niemand mehr von den alten Sünden des Höchstkommandierenden zu reden.

Kornilow floh aus der Gefangenschaft mit Hilfe eines Lazarett-Sanitäters, den er bestochen hatte. Der General übertrieb stark die Schwierigkeiten seiner Flucht, als er diese am 3. September 1916 einem Mitarbeiter der Zeitung «Nowoje Wremja» schilderte:

«Ich sah, wie die Hütte, in die mein Kamerad hineinging, von österreichischen Gendarmen umzingelt wurde, nach wenigen Minuten hörte ich Schüsse: mein Kamerad verwickelte sich in eine Schießerei mit den Feinden, aber die Kräfte waren ungleich, und er fiel!.»

In Wirklichkeit fiel der tschechische Sanitäter Franz Mruak nicht und verwickelte sich auch nicht in eine Schießerei. Er geriet zufällig in die Hände eines Gendarmen, wurde verhaftet und erzählte vor Gericht über die Einzelheiten der Flucht und das Versprechen Kornilows, ihm für seine Hilfe in Rußland 20 000 Goldkronen zu zahlen.

Die Erzählungen Kornilows spielten eine gewisse Rolle. Mangels greifbarer Beweise für die Tapferkeit ihrer Generale «idealisierten» die zaristischen Würdenträger die Flucht Kornilows und schufen ihm, mit Hilfe einer Legende, einen «Namen». Kornilow erhielt das XXV. Armee-korps an der Westfront, wo er sich bis zur Februarrevolution befand. In Petrograd bewies Kornilow, als Befehlshaber des Militärbezirks, während der Aprildemonstration große Entschlußfähigkeit: auf seinen Befehl sollte Artillerie gegen die Arbeiter eingesetzt werden. Die Bourgeoisie wurde sofort auf die «Fähigkeiten» des draufgängerischen Generals aufmerksam. Vielleicht meinte sie, er sei ein ganz guter Kandidat für einen Napoleon. Buchanan, der über die Vorgänge in den Regierungskreisen gut unterrichtet war, erzählte unter Berufung auf Tereschtschenko:

«Die Regierung traf Maßnahmen, um dieser Zumutung (des Sowjets. *Die Red.*) entgegenzutreten, indem sie die Macht des Generals Kornilow, des Befehlshabers der Petrograder Garnison, stärkte?.»

Als Gutschkow Kriegsminister war, wollte er Kornilow zum Oberbefehlshaber der Nordfront machen. Anfang Mai wurde dieser an die Spitze der 8. Armee an der Südwestfront gestellt. Kornilow, dem es nicht an einer gewissen Tapferkeit mangelte, vermochte eine kleinere Truppe durch sein persönliches Beispiel in den Kampf mitzureißen.

General Brussilow, der während des Krieges Gelegenheit hatte, die militärische Tätigkeit Kornilows zu beobachten, stellte ihm folgendes Zeugnis aus:

«Das ist der Kommandeur einer verwegenen Partisanenabteilung, weiter nichts<sup>1</sup>.»

Größere Truppenverbände zu führen, war er nicht imstande. Das zeigte sich denn auch während der Junioffensive in der 8. Armee. Kornilow verankerte nicht rechtzeitig den Anfangserfolg, vermochte die Befehle der Frontleitung nicht auszuführen, und die 8. Armee floh in der gleichen Panik wie die übrigen. Die ganze Schuld an dem Mißerfolg wälzte Kornilow auf die Revolution ab. Dabei wurde er von dem Armeekommissar, dem Marineingenieur Stabskapitän Filonenko und besonders von dem Frontkommissar B. W. Sawinkow, einem rechten Sozialrevolutionär, unterstützt.

An Sawinkow kann man besonders deutlich die ganze Geschichte der Partei der Sozialrevolutionäre verfolgen. Sawinkow war Terrorist, Mitglied der Kampforganisation, Teilnehmer an einer Reihe von Attentaten gegen zaristische Würdenträger. Nach der Revolution von 1905 zog sich Sawinkow von der politischen Arbeit zurück und betätigte sich literarisch. Aus seiner Feder stammt der Roman «Das fahle Roß», worin ein ehemaliger Bombenattentäter die Revolution begeistert, wie viele andere Intellektuelle, die nach 1905 vor den Schwierigkeiten des Kampfes zurückschreckten. Am besten charakterisierte sich dieser Abenteurer durch seinen eigenen Wahlspruch: «Es gibt keine Moral, es gibt nur Schönheit». Während des Krieges trat Sawinkow für die imperialistische Losung ein: «Krieg bis zum siegreichen Ende». Nach der Februarrevolution bezog er eine äußerst rechte Stellung unter den Sozialrevolutionären und forderte «eine starke Macht». Buchanan schrieb über ihn:

«Sawinkow ist ein leidenschaftlicher Verfechter entschiedener Maßnahmen sowohl zur Wiederherstellung der Disziplin als auch zur Unterdrückung der Anarchie; man erzählt sich von ihm, daß er Kerenski um Erlaubnis gebeten habe, mit ein paar Regimentern in den Taurischen Palast einzudringen und den Sowjet zu verhaften<sup>2</sup>.»

Sawinkow billigte den Versuch Kornilows, den Bolschewiki die Schuld am Mißlingen der Offensive zuzuschieben. Auch Filonenko half dem General dabei.

Wer Filonenko war, kann man aus der nachstehenden Soldaten-resolution ersehen:

«Die Vollversammlung der Soldaten und Offiziere der 9. Panzerwagendivision hat die Frage des Oberleutnants M. M. Filonenko, zurzeit Kommissar der Provisorischen Regierung beim Hauptquartier, erörtert und folgendes beschlossen:

dem Kriegsminister *Kerenski*, dem Arbeiter- und Soldaten-sowjet sowie dem Exekutivkomitee des Sowjetkongresses ist zur Kenntnis zu bringen, daß sich die gesamte frühere Tätigkeit *Filonenkos*, als er Offizier in der Division war, in systematischer Soldatenschinderei äußerte, wobei er den Soldaten gegenüber keine anderen Ausdrücke gebrauchte als ‚Trottel‘, ‚Dummkopf‘ usw. und die Prügelstrafe anwendete gegenüber dem Gefreiten Rasin. Während er Adjutant war, wendete er ohne Erlaubnis des Abteilungskommandeurs die Prügelstrafe an, ausschließlich auf seine Stellung gestützt, darauf, daß niemand wagte, seinen Prügelmethoden, mit denen er stets drohte und die er zynisch propagierte, sowie dem unglaublichsten beleidigenden Vorgehen gegen die Soldaten, die er als minderwertige Wesen betrachtete, entgegenzutreten. Wir sind daher angesichts dieser seiner Tätigkeit der Meinung, daß Filonenko nicht den Posten des Kommissars einer revolutionären Regierung bekleiden darf!.»

Sawinkow und Filonenko meinten, dieser General, der nicht mit dem äußeren Feind fertig werden konnte, werde im Kampf gegen den inneren Feind größere Fähigkeiten an den Tag legen. Die beiden Kommissare setzten die Ernennung Kornilows zum Oberbefehlshaber an der Front durch. Sawinkow schrieb aus diesem Anlaß:

«Durch die Ernennung Kornilows zum Oberbefehlshaber der Truppen der Südwestfront ist ein planmäßiger Kampf gegen die ‚Bolschewiki‘ möglich geworden<sup>2</sup>.»

Kornilow rechtfertigte das Vertrauen der Konterrevolution. Durch die offene Sympathie der bürgerlichen Elemente ermutigt, ging der General daran, die frühere Knüppeldisziplin in der Armee wieder herzustellen. Er verlangte ultimativ die Einführung der Todesstrafe an der Front. Kerenski gab sofort nach und verfügte am 12. Juli telegraphisch die Einführung der Todesstrafe an der Front.

Kornilow sandte Telegramme an den Ministerpräsidenten Lwow, an Kerenski und Rodsjanko, in denen er ultimativ Ausnahmemaßnahmen forderte. Am 9. Juli befahl Kornilow allen Truppenbefehlshabern, diejenigen Formationen, die eigenmächtig ihre Stellung verlassen, mit Maschinengewehren und Geschützen zusammenzuschießen. Das sozialrevolutionär-menschewistische Exekutivkomitee der Südwestfront unterstützte Kornilow und telegraphierte an Kerenski:

«Heute wurde vom Oberbefehlshaber der Südwestfront und dem Befehlshaber der 11. Armee *mit Zustimmung der Kommissare und Komitees* der Befehl erteilt, auf Flüchtende zu schießen<sup>1</sup>.»

Die Telegramme und Befehle Kornilows wurden von allen bürgerlichen Zeitungen dienstfertig nachgedruckt. Kornilow wurde in der Presse als ein Mann bezeichnet, der fähig sei, der Revolution Einhalt zu gebieten. Auch die Regierung selbst war nicht abgeneigt, in der Niederschlagung der Revolution weiterzugehen, aber sie fürchtete, die Massen gegen sich aufzubringen. Desto bereitwilliger kam sie dem Anwärter auf die Stellung eines Diktators entgegen.

«Als der General Kornilow zum Höchstkommmandierenden ernannt wurde — schrieb der General Denikin in seinen Erinnerungen —, hörte das weitere Suchen auf. Das Land nannte — die einen voller Hoffnung, die anderen mit feindseligem Argwohn — den Namen des Diktators<sup>2</sup>.»

Nachdem die Reaktion einen «Namen» gefunden hatte, ging sie daran, die öffentliche Meinung zu bearbeiten. In riesiger Auflage wurde eine besondere Broschüre unter dem Titel verbreitet: «Der erste Höchstkommmandierende aus dem Volke, Generalleutnant Lawr Georgiewitsch Kornilow». In der Broschüre wurde ausgeführt, daß General Kornilow aus dem Volke stamme und daß das Volk ihn jetzt zu seinem Höchstkommmandierenden gewählt habe. Ueber die kriegerischen Heldentaten des Generals verbreitete sich der Verfasser ohne jeden Skrupel. So schrieb er über die Kapitulation der 48. Division, den Oesterreichern sei

«ein winziges Häuflein von Menschen, die schattenähnlich waren, in die Hände gefallen — sieben Mann. Unter ihnen befanden sich der schwerverwundete Kornilow und ein verwundeter Sanitäter<sup>3</sup>.»

In Wirklichkeit gerieten, wie durch Dokumente festgestellt worden ist, mehr als 6000 Mann in Gefangenschaft, und Kornilow selbst,

der seine Division ihrem Schicksal überließ, ergab sich nach vier Tagen; seine Wunde erwies sich als ganz belanglos. Der Verfasser dieser Lobeshymne war W. S. Sawoiko, der vertraute Freund und Mitarbeiter Kornilows.

Der General selbst fand sich in der Politik nicht zurecht. Die gesamte politische Arbeit leistete bei ihm und für ihn Sawoiko, der Sohn eines mit einem Landgut im Gouvernement Podolsk beholten Admirals. Sawoiko war Adelsmarschall im Kreis Gaisin. Dort kaufte er bei den Polen Güter auf, die zum Zwangsverkauf kamen, ließ die Wälder abholzen und verkaufte das Land an die Bauern. Durch diese Bodenspekulation raffte Sawoiko ein gewaltiges Vermögen zusammen. Während der Revolution von 1905 zwang dieser gerissene Spekulant, der die Zerstörung seines Gutshofes fürchtete, die Bauern der Ortschaft Dunajewzy, ihn mit samt seinen Söhnen unter die Bauern aufzunehmen. Die örtlichen Behörden bestätigten dieses schlaue Manöver nicht, aber es erwies sich auch als überflüssig, da die Bauernbewegung niedergeschlagen wurde. Sawoiko spekulierte dann mit Naphta, er war Vertreter der Firma Nobel und leitender Direktor der Gesellschaft «Emba und Kaspien». Er beschäftigte sich auch mit Bankoperationen und beteiligte sich, gemeinsam mit Protopopow, an der Herausgabe des Schwarzhunderter-Blattes «Russkaja Wolja». Im Mai 1917, nach der Ernennung Kornilows zum Befehlshaber der 8. Armee, trat Sawoiko als Freiwilliger in eines der Regimenter der «Wilden Division» ein, blieb aber beim Armeestab als Ordonnanz Kornilows. Als geschickter Spekulant, der Verbindung zu Presse- und Industriekreisen hatte, entfaltete Sawoiko eine umfassende Reklame. Er veröffentlichte Telegramme an Kornilow, druckte zweifelhafte Dokumente ab, verfertigte Biographien, schrieb die meisten Befehle und Aufrufe des Oberbefehlshabers. Kornilow selbst erzählte später über Sawoiko:

«Er beherrscht glänzend die Feder, deshalb beauftragte ich ihn mit der Abfassung derjenigen Befehle und Schriftstücke, die einen besonders kraftvollen, künstlerischen Stil erforderten<sup>1</sup>.»

Die «Künste» Sawoikos beschränkten sich nicht auf den Stil. Miljukow schrieb, obwohl er selbst ein Komplize des Kornilow-abeuteuers war, ganz offen:

«Kornilow verschweigt jedoch, daß sich der Einfluß Sawoikos nicht nur auf den Stil, sondern auch auf den Inhalt der von Kornilow erlassenen politischen Dokumente selbst erstreckte<sup>2</sup>.»



Die politischen Gefährten Kornilows machten ihm nicht nur Reklame, sondern arbeiteten auch an der ernsthafteren Vorbereitung des Staatsstreiches. In den großen Städten hatten sie schon lange an der Aufstellung ihrer Organisationen gearbeitet. Ueberall wurden Geheimverbände gegründet, in die man vor allem die Offiziere und die Kadetten der Militärschulen hineinzog. Die Hauptstadt wimmelte von Geheimbünden, die zur Unterstützung der Konterrevolution von innen her bereitstanden, sobald die bewaffneten Kräfte die Stadt erreichen würden.

Ende Juli wurde in Petrograd das sogenannte «Republikanische Zentrum» organisiert, mit dem Ziel, die Tätigkeit aller Petrograder militärischen Organisationen zusammenzufassen. Die Zusammensetzung dieser Organisation war unbestimmt, sie umfaßte Offiziere, Beamte usw. Der Vorsitzende des Verbandes war ein Ingenieur namens Nikolajewski, hinter dem große Bankiers und Industrielle standen. Sie hatten Angst, in die Organisation einzutreten, versorgten sie aber eifrig mit Geld. Mit Hilfe dieser Gelder gelang es dem «Republikanischen Zentrum», Anhänger zu werben. Denikin erzählt in seinen Erinnerungen, daß das «Republikanische Zentrum» in seiner Militärsektion viele kleinere Militärorganisationen vereinigte. Im Hauptquartier selbst bildete sich unter dem unmittelbaren Schutz des Höchstkommmandierenden das Hauptkomitee des Offizierverbandes. Denikin sagt, daß dieses Komitee

«keinerlei politische Programme verfocht, sondern sich zum Ziel setzte, in der Armee den Boden und die Kräfte für die Aufrichtung der Diktatur zu schaffen, des einzigen Mittels, das nach der Meinung des Offizierkorps das Land noch retten konnte!.»

Anfang August wurde ein Mitglied des Komitees des Offizierverbandes, der Oberst Sidorin, in das «Republikanische Zentrum» entsandt, um die Kräfte beider Organisationen zusammenzufassen.

Umfassenden Anteil nahm an allen diesen Vorbereitungen die aus Offizieren zusammengesetzte Militärliga, die schon vorher Alexinski gefeiert hatte, als er gegen Lenin seine schmutzige Beschuldigung der Spionage erhob. Die Mitglieder der Liga sandten an den Admiral Koltschak eine Sympathiekundgebung, als ihn die Matrosen aus Sebastopol verjagten.

Das alles waren die Keime der künftigen weißgardistischen Organisationen. Die Kader für die Armee der Konterrevolution wurden ausgebildet.

Aber diese fieberhaften Vorbereitungen für die Militärdiktatur mußten auch politisch verankert werden. Man brauchte ein starkes

gesamtrussisches Zentrum, das an die Spitze der Bewegung treten und sie in den Augen der breitesten Schichten rechtfertigen sollte. Die Provisorische Regierung beschloß, fern vom revolutionären Petrograd, in Moskau, eine Reichsberatung einzuberufen. Unter dem Schutz der Sozialrevolutionäre und Menschewiki sollte die Beratung in Moskau das konterrevolutionäre Programm der Regierung bestätigen und ihren Vorstoß gegen die Arbeiter und Bauern billigen.

Die Beratung wurde in Moskau zusammenberufen. Die alte Hauptstadt schien der Bourgeoisie ruhiger als das brodelnde Petrograd.

Kurz vor der Reichsberatung, die Lenin als «eine konterrevolutionäre imperialistische Beratung» bezeichnete, fand in Moskau am 3. August der 2. Allrussische Handels- und Industriekongreß statt. Dort versammelte sich die gesamte «Elite» der konterrevolutionären Bourgeoisie. Schon dort sprach man offen von der Notwendigkeit entschlossener Maßnahmen, um die Arbeiter, Bauern und Soldaten zur Raison zu bringen. Um die Stimmung zu schüren, rief Rjabuschinski, einer der größten Kapitalisten, auf dem Kongreß aus:

«Wann wird endlich, nicht der Sklave von gestern, sondern der freie russische Bürger aufstehen? Möge er nicht länger zögern, denn ganz Rußland erwartet ihn... Möge sich die kraftvolle Kaufmannsnatur in ihrer ganzen Größe entfalten. Leute des Handels! Es gilt, die russische Erde zu retten!»

Auf dem Kongreß hielt der Minister für Handel und Industrie, Prokopowitsch, eine Begrüßungsansprache. Die Kaufleute und Fabrikanten empfangen den linken Kadettenminister mit ironischen Zwischenrufen und Gelächter.

Die Konterrevolution benutzte den Handels- und Industriekongreß zur Schaffung der sogenannten «Beratung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens», die faktisch ein Stab der Konterrevolution war. Dort sammelten sich die wichtigsten Führer der Kadetten, der Oktobristen und der offenen Monarchisten: Rodsjanko, die Generale Alexejew, Brussilow, Kaledin, Judenitsch u. a., Miljukow, Maklakow, Kischkin, insgesamt etwa 300 Personen. Die Sitzungen waren vertraulich. Pressevertreter wurden nicht zugelassen. Am 9. August sandte die «Beratung» ein von Rodsjanko unterschriebenes Telegramm an Kornilow:

«In der bangen Stunde schwerer Prüfungen blickt das ganze denkende Rußland voller Hoffnung und Vertrauen auf Sie. Möge

Gott Ihnen bei Ihrem großen Werk der Wiedererrichtung einer machtvollen Armee zur Rettung Rußlands beistehen<sup>1</sup>.»

Die «Beratung» nahm Berichte über die politische, finanzielle, wirtschaftliche und militärische Lage entgegen. Zu den politischen Fragen faßte die «Beratung» eine Resolution mit der Forderung:

«Eine einheitliche und kraftvolle Zentralgewalt muß mit dem System der verantwortungslosen Mißwirtschaft von kollegialen Körperschaften in der Staatsverwaltung Schluß machen; die Forderungen der einzelnen Völkerschaften müssen auf das gesetzliche und rechtmäßige Ausmaß beschränkt werden<sup>2</sup>.»

Die Resolution verlangte weiter, daß die Konstituierende Versammlung in Moskau zusammentreten solle. In der Militärfrage wurde das Programm Kornilows angenommen. Zum Schluß wählte die «Beratung» ein ständiges Büro zur weiteren Organisierung aller gesellschaftlichen Kräfte. Zu diesem Büro gehörten Rodsjanko, Rjabuschinski, Struve, Miljukow, Maklakow, Schingarjow, Schidlowski, Schulgin, Kischkin, Kutler und vom Offizierverband Nowosilzew. Kurz, unter dem Deckmantel einer «Beratung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens», schlossen sich alle bürgerlichen und Gutsbesitzer-Parteien zusammen. Aus dieser «Beratung» gingen die künftigen großen Organisationen der Konterrevolution hervor, das «rechte» und das «nationale» Zentrum, die später eine bedeutende Rolle in der Konterrevolution Koltshaks und Denikins spielen sollten.

Die Reichsberatung wurde am 12. August eröffnet. Die Zusammensetzung der Reichsberatung selbst bestimmte auch deren konterrevolutionäres Wesen. Von den Reichsdumas aller vier Legislaturperioden waren 488 Mann anwesend, von den Sowjets und öffentlichen Organisationen 129. Die Stadtdumas erhielten 129 Sitze, die Semstvos 118, die Handels- und Industriekreise sowie die Banken 150, die wissenschaftlichen Organisationen 99, Heer und Flotte 177, die Geistlichkeit 24, die nationalen Organisationen 58, die Bauern 100, die Genossenschaften 313, die Gewerkschaften 176 usw. Es versammelten sich die alten Generale und die Spitzen des Offizierkorps, die kadettischen Professoren, Bischöfe, Staatsbeamten, Genossenschaftler. Es fanden sich auch die Vertreter der Bourgeoisie ein mit Rjabuschinski an der Spitze, dem gleichen Rjabuschinski, der den Volksmassen Hunger und Elend angedroht hatte, falls sie nicht auf ihre Forderungen verzichten würden.

Die Bolschewiki beschlossen, die «Reichsberatung» durch eine Deklaration zu entlarven und sie dann zu verlassen. Die sozial-

revolutionär-menschewistische Leitung des Zentralexekutivkomitees der Sowjets schloß jedoch die Bolschewiki aus der Delegation aus, weil sie fürchtete, die Kundgebung der «Einigung aller lebendigen Kräfte des Landes» könne durch sie gestört werden.

Die bolschewistische Partei beschloß, zur Entlarvung und Bekämpfung der konterrevolutionären «Reichsberatung» einen einträgigen Generalstreik in Moskau zu organisieren. Unter den gegebenen Verhältnissen war dies die zweckmäßigste Kampfform. Das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei forderte die Arbeiter in seinem Aufruf auf, keinerlei Straßenaktionen zu veranstalten und sich nicht provozieren zu lassen, da die Bourgeoisie solche Aktionen ausnutzen könnte, um mit Waffengewalt über die Arbeiterklasse herzufallen. Die Moskauer Proletarier folgten begeistert dem Aufruf der Partei. Trotz des Widerstandes der sozialrevolutionär-menschewistischen Mehrheit des Moskauer Sowjets, die den Streik verbot, legten am Tage der Eröffnung der Reichsberatung in Moskau, den 12. August, mehr als 400 000 Mann die Arbeit nieder. Die Bourgeoisie konnte sich sinnfällig überzeugen, hinter wem die Arbeiterklasse in Wirklichkeit stand. Die Kampfbereitschaft der Moskauer Proletarier mäßigte den Eifer der Vertreter der Bourgeoisie. Sie waren vor den revolutionären Stürmen Petrograds in das «ruhige» Moskau geflüchtet, aber auf den Straßen des «friedlichen Moskau» erreichte sie der gleiche revolutionäre Sturm.

Der Umsturz zugunsten der Militärdiktatur wurde für den Augenblick der Eröffnung der Reichsberatung vorbereitet. Die Presse hob Kornilow in den Himmel, streute ihm Weihrauch. Die Offizierschüler, die am Großen Theater, wo die «Beratung» tagte, Wache standen, wurden mit scharfen Patronen versehen. Kosaken wurden von der Front nach Moskau beordert.

Die Reden auf der Reichsberatung enthüllten die wahren Absichten der Bourgeoisie. Hier gab nicht mehr Kerenski den Ton an. Als er auf die Juliereignisse anspielte und allen drohte, die ihre Hand, «sei es von links oder von rechts», nach der Macht ausstrecken, hatten diejenigen, die zum Schlag gegen die Revolution rüsteten, nur ein zweideutiges Lächeln für ihn übrig. Die hysterischen Drohungen Kerenskis vermochten die Bourgeoisie nicht zu schrecken. Sie hatte genügend überzeugende Beweise dafür in der Hand, daß der «Sozialist» Kerenski Mittäter bei dem geplanten Gewaltstreik gegen die Revolution war.

Der wirkliche Führer aller reaktionären Kräfte dieser Zusammenrottung war Kornilow. Er traf zwei Tage nach der Eröffnung

der «Beratung» in Moskau ein. Auf dem Alexander-Bahnhof wurde dem General ein äußerst feierlicher Empfang bereitet. Kornilow wurde auf Händen getragen.

«Im Glauben an Sie sind wir alle, ist ganz Moskau einig!», so begrüßte ihn der Kadett Roditschew.

Die Millionärin Morosowa fiel vor Kornilow auf die Knie. Kornilow drohte in seiner Rede offen mit dem Fall Rigas, deutete an, daß er den Deutschen den Weg auf Petrograd öffnen werde und forderte die Wiederherstellung der Disziplin in der Armee, die Uebertragung der Befehlsgewalt auf die Vorgesetzten und die Hebung des Ansehens der Offiziere. Der Anwärter auf die Stelle eines Diktators verlangte die Einführung der Todesstrafe nicht nur an der Front, sondern auch im Hinterland, die Militarisierung der Eisenbahnen, der Fabriken und Werke, die für den Heeresbedarf arbeiteten.

Das Programm der Diktatur war nicht die Schöpfung Kornilows allein. An seiner Aufstellung hatten auch Sawinkow und Filonenko bereits Ende Juli im Hauptquartier mitgearbeitet. Zum erstenmal hatte Kornilow sein Programm Kerenski am 3. August, zum zweitenmal in erweiterter und verbesserter Form am 10. August eingehändig. Aber Kerenski zögerte mit der Antwort.

«Dort wurde eine ganze Reihe von Maßnahmen dargelegt — so erklärte Kerenski sein Zaudern —, die in ihrer großen Mehrheit durchaus annehmbar waren, aber so redigiert und so begründet wurden, daß ihre Veröffentlichung die entgegengesetzten Folgen gezeitigt hätte.»

Unmittelbar vor der Reichsberatung übten die Kadetten einen Druck auf Kerenski aus. Am 11. August morgens erklärte ihm F. Kokoschkin, die Partei der «Volksfreiheit» werde aus der Regierung austreten, wenn das Programm Kornilows nicht angenommen würde. Eine neue Krise wurde dadurch vermieden, daß die Provisorische Regierung am gleichen Tage den Forderungen Kornilows vom 3. August im wesentlichen zustimmte. Was wogen nach alledem die Drohungen Kerenskis gegen die «Anschläge» auf die Macht? Der Führer der «revolutionären Demokratie», wie ihn die Kompromißler nannten, nahm von vornherein an der Vorbereitung der Konterrevolution teil.

Am ausführlichsten entwickelte auf der Reichsberatung der General Kaledin das Programm der Konterrevolution. Der Hetman der Kosakentruppen forderte frech:

«1. Die Armee muß außerhalb der Politik stehen, alle Meetings und Versammlungen mit ihren Parteikämpfen und Streitigkeiten sind zu verbieten.

2. Alle Sowjets und Komitees müssen, sowohl in der Armee als auch im Hinterland, abgeschafft werden.

3. Die Deklaration der Rechte des Soldaten muß revidiert und durch eine Deklaration seiner Pflichten ergänzt werden.

4. Die Disziplin in der Armee muß durch die entschlossensten Maßnahmen gehoben und gefestigt werden.

5. Das Hinterland und die Front bilden ein einheitliches Ganzes, das die Kampffähigkeit der Armee sichert; alle zur Festigung der Disziplin an der Front erforderlichen Maßnahmen müssen auch im Hinterland angewandt werden.

6. Die disziplinarischen Befugnisse der Vorgesetzten müssen wiederhergestellt, den Führern der Armee muß die volle Macht gewährt werden!.»

Unter anderem betonte Kaledin in seiner Rede, daß die Kosaken — die gleichen Kosaken, die man so oft der Konterrevolution beschuldigte — am 3. bis 5. Juli die Regierung gerettet hätten. Mit soldatischer Offenheit plauderte Kaledin auf der Moskauer Beratung aus, daß es gerade die «sozialistischen» Minister waren, die am 3. Juli die Kosaken zu Hilfe riefen. Und niemand wagte es, Kaledin entgegenzutreten, niemand erhob Protest, als er die Menschewiki und Sozialrevolutionäre verhöhnte.

Von dem Kosakenhetman entlarvt, krümmten sich die Kompromißler ängstlich, aber sie schwiegen.

«Ein Kosakengeneral hat ihnen ins Gesicht gespuckt, sie aber wischten sich bloß ab und sagten: „Es regnet!“»,

schrrieb Lenin über diese Rede Kaledins.

Auf der Beratung sprachen Tschscheïdse, Zereteli, Plechanow, die ihre alten Kompromißlerrezepte präsentierten. Kornilow, Kaledin, Rodsjanko rüsteten sich, die Revolution im Blute des Proletariats zu ertränken, die Kompromißler aber riefen nach wie vor zur Koalition mit den Totengräbern der Revolution auf, Zereteli drückte auf der Tribüne dem Kapitalisten Bublikow die Hand. Die Generale und Kaufleute klatschten diesem moralischen Sturz eines «Sozialisten» Beifall und begrüßten das Bündnis der Menschewiki mit den Kornilowleuten.

Sowohl unmittelbar vor, als auch während der Moskauer Beratung führte die Bourgeoisie hinter den Kulissen Verhandlungen mit

Kornilow, um die Beseitigung der Provisorischen Regierung und die Uebernahme der Macht in ihre eigenen Hände vorzubereiten. Aber der Streik der Moskauer Arbeiter hatte der Reaktion gezeigt, daß eine sofortige Aktion gegen die Revolution etwas verfrüht war. Miljukow erschien am 13. August bei Kornilow mit dem Vorschlag, noch zu warten. Das gleiche wiederholte er gegenüber Kaledin. Beide Generale stimmten zu.

Die Reichsberatung erfüllte nicht die Hoffnungen ihrer Veranstalter. Der Plan des Staatsstreichs scheiterte. Es zeigte sich, daß die Volksmassen auf der Hut waren. Die Reaktion entschloß sich, ihre Kräfte in jeder Hinsicht und besser vorzubereiten.

## 2.

### Die Bourgeoisie beginnt den Bürgerkrieg

Kornilow reiste in das Hauptquartier zurück, das sich von dieser Zeit an in den Mittelpunkt aller konterrevolutionären Absichten und Pläne verwandelte. Dort sammelten sich aus allen Gegenden die Vertreter des alten Regimes und versprachen den Generalen ihr Geld und ihre Unterstützung. Auf Kornilow stellten sich die Ententevertreter ein, die sich bereits überzeugt hatten, daß sie durch ihre Mitwirkung an der Palastverschwörung vom Februar die russische Armee für sich nicht gerettet hatten. Jetzt hofften sie, durch die Teilnahme an der Verschwörung Kornilows das russische Heer an der Front zu halten, damit der Krieg fortgesetzt werde.

Die Verschwörung Kornilows wurde offen vorbereitet und zur Reife gebracht. Um die Aufmerksamkeit von ihr abzulenken, setzte man das Gerücht von einem geplanten Aufstand der Bolschewiki in Umlauf. In den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Zeitungen wimmelte es von Andeutungen und «Mitteilungen» über eine bolschewistische Verschwörung. Das Kadettenblatt «Rjetsch» nannte sogar den Tag der Aktion — den 27. August — genau ein halbes Jahr nach Beginn der Revolution. Die Provisorische Regierung, mit Kerenski an der Spitze, arbeitete den Kornilowleuten in die Hand, indem sie die ganze Wucht ihrer Schläge gegen die Bolschewiki richtete. Ein Provokationsplan wurde ausgearbeitet. Man rechnete darauf, daß am Tage der halbjährigen Wiederkehr des Revolutionsbeginns Demonstrationen stattfinden würden. Sollte dies nicht der Fall sein, so sollte der Hetman Dutow mit seinen Kosaken einen bolschewistischen Aufstand «vordemonstrieren». Die Regierung sollte den Befehl zur Niederwerfung dieses «bolschewistischen» Aufstandes

erteilen. Dann sollten von Kornilow vorher bereitgestellte Truppen in Petrograd einmarschieren und vor allen Dingen die Partei der Bolschewiki, nebenbei aber auch die Sowjets und überhaupt sämtliche revolutionär-demokratischen Organisationen zerschmettern.

Kornilow hatte eine fertige Liste seiner Regierung.

Bei seiner späteren Vernehmung sagte er über die endgültige Zusammensetzung der geplanten Regierung folgendes aus:

«Am 26. August, nach Abschluß der Tagung der Frontkommissare versammelten sich in meinem Arbeitszimmer Filonenko, W. S. Sawoiko und A. F. Aladjin . . . Es wurde ein Entwurf für den ‚Rat der nationalen Verteidigung‘ bestehend aus dem Höchstkommmandierenden als Vorsitzenden, A. F. Kerenski als stellvertretenden Minister, N. Sawinkow, dem General Alexejew, dem Admiral Koltschak und M. F. Filonenko aufgestellt. *Dieser Rat der Verteidigung sollte eine kollektive Diktatur verwirklichen*, da die Aufrichtung einer persönlichen Diktatur als unerwünscht betrachtet wurde. Für die übrigen Ministerposten waren in Aussicht genommen: S. G. Tachtamyschew, Tretjakow, Pokrowski, Graf Ignatiew, Aladjin, Plechanow, G. J. Lwow und Sawoiko<sup>1</sup>.»

Um die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Bauern einzuschläfern, arbeiteten die Verschwörer zwei demagogische Verordnungen aus. Die eine über die Erhöhung des Arbeitslohnes für die Eisenbahner und Postangestellten, um wenigstens deren zeitweilige Neutralität zu erlangen, die andere über den Boden: den aktiven Teilnehmern am Krieg gegen Deutschland wurde die Zuteilung von Land versprochen.

Zum entscheidenden Schlag rüstend, unternahmen die Kornilowleute alles, um Petrograd mit ihren Anhängern, vor allem aus dem Offizierkorps, zu überschwemmen. Man beschloß, eine besondere Truppenabteilung gegen Petrograd zu entsenden, um die Stadt im geeigneten Augenblick zu besetzen. Bereits am 13. August traf in Mohilew der Kommandeur des III. Kavalleriekorps, General Krymow, ein, der gleiche, der an der «Palastverschwörung» am Vorabend der Februarrevolution teilgenommen hatte. Kornilow betraute Krymow mit der Leitung der Expedition gegen die revolutionäre Hauptstadt. Krymow erhielt den Auftrag, beim Empfang der ersten Nachrichten über eine Erhebung der «Bolschewiki» unverzüglich Petrograd zu besetzen, den Belagerungszustand zu verhängen, die Truppen der Garnison zu entwaffnen, die Sowjets auseinanderzujagen, ihre Mitglieder zu verhaften, Kronstadt zu entwaffnen usw.



Am 19. August wurde die Drohung, die Kornilow auf der Reichsberatung ausgesprochen hatte, wahrgemacht. Riga wurde an die Deutschen ausgeliefert, und der Zugang zu Petrograd lag offen. Selbstverständlich schob das Hauptquartier Kornilows die ganze Schuld auf die Soldaten. Aber Riga ist von den Generalen ausgeliefert worden. Das wird unwiderleglich bewiesen durch das Telegramm des rumänischen Botschafters Diamandi an seinen Regierungschef Bratianu.

Der Botschafter telegraphierte über seine Unterredung mit Kornilow:

«Der General fügte hinzu, daß die Truppen Riga auf seinen Befehl geräumt haben und zurückgegangen sind, weil er es vorzog, Territorium zu verlieren, anstatt die Armee zu verlieren. *Der General Kornilow rechnet auch auf den Eindruck, den die Einnahme Rigas auf die öffentliche Meinung machen wird, um die sofortige Wiederherstellung der Disziplin in der russischen Armee zu erreichen<sup>1</sup>.*»

Tatsächlich gab der Fall Rigas Kornilow die Möglichkeit, bei der Provisorischen Regierung erneut und energisch darauf zu drängen, das längst aufgestellte Programm durchzuführen. Namentlich forderte der General, daß ihm der Petrograder Militärbezirk in operativer Hinsicht unterstellt werde. Die Provisorische Regierung ging auf diese Forderung ein, lediglich mit der Einschränkung, daß Petrograd und seine Umgebung der Befehlsgewalt des Hauptquartiers entzogen und unmittelbar dem Kriegsminister unterstellt werden; darauf hatte besonders Kerenski bestanden. Am 24. August fuhr Sawinkow ins Hauptquartier und teilte Kornilow mit, daß die Provisorische Regierung das «Memorandum» des Generals angenommen habe. Sawinkow stimmte der Forderung zu, das III. Kavalleriekorps angesichts «möglicher» Verwicklungen in die Nähe von Petrograd zu überführen. Das III. Kavalleriekorps, dem auch die «Wilde Division» angehörte, setzte sich gegen die Hauptstadt in Marsch.

Die Ereignisse rollten heran, sie nahmen für die Revolution einen drohenden Charakter an.

Am 25. August wurde aus dem Hauptquartier ein Telegramm an den Hetman Kaledin in Nowotscherkask gerichtet, das eine berittene Kosakendivision über Moskau nach Finnland beordnete. Das in Finnland befindliche I. Kaukasische Kavalleriekorps erhielt den Befehl, gegen Petrograd zu marschieren.

Von der Front wurden etwa 3000 Offiziere in aller Eile ins Hauptquartier berufen, unter dem Vorwand, neue Typen von Minen-

und Bombenwerfern kennenzulernen. Es wurde ersucht, nur zuverlässige, nach Möglichkeit aktive Offiziere zu entsenden. Den Ankommenden wurde erklärt, es handle sich nicht um Ausbildungsfragen, sondern in Petrograd stehe eine Erhebung der Bolschewiki bevor, Kornilow habe mit Zustimmung Kerenskis Kosakentruppen nach der Hauptstadt entsandt, möglicherweise werde sich Kornilow zeitweilig zum Diktator ausrufen müssen. Allen Offizieren wurde versprochen, daß man je 5 bis 10 Offizierschüler zu ihrer Verfügung stellen würde, sie erhielten Tagegelder und wurden «zur Wiederherstellung der Ordnung» nach Petrograd geschickt. Am 27. August erhielten die Truppen des III. Armeekorps des Generals Krymow den Befehl, im Falle einer Zerstörung der Eisenbahnstrecken in feldmarschmäßiger Ordnung auf Petrograd zu marschieren.

Die revolutionäre Hauptstadt war von einem Ring umschlossen. Es schien, daß man alles vorausgesehen hatte. Im Hauptquartier hoffte man auf einen raschen Erfolg. Man nahm an, daß niemand sich zur Verteidigung der Provisorischen Regierung erheben würde.

«Niemand wird Kerenski verteidigen. Es handelt sich um einen bloßen Spaziergang, alles ist vorbereitet<sup>1</sup>», so schrieb später der General Krasnow über die Stimmung im Hauptquartier während der Kornilowtage.

Die Provisorische Regierung war über die Vorbereitungen des Höchstkommmandierenden unterrichtet. Kerenski beeilte sich, alle Forderungen Kornilows zu erfüllen, um seine Vorkehrungen zu erleichtern. Ein Zeuge der Ereignisse, der General Alexejew, bestätigte diesen Umstand in einem Brief an Miljukow:

«Die Aktion Kornilows war kein Geheimnis für die Regierungsmitglieder. Diese Frage wurde von Sawinkow, Filonenko und durch ihre Vermittlung mit Kerenski besprochen<sup>2</sup>.»

Aber das Ausmaß der Bewegung erschreckte den Spießgesellen Kornilows. Kerenski begriff, daß Kornilows Aktion die Massen aufrütteln würde, daß die Armee und die Bauernschaft sich gegen die Konterrevolution erheben würden. Kerenski, die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki fühlten, daß die revolutionäre Welle zugleich mit Kornilow auch alle Kompromißler wegspülen würde. Deshalb nahm Kerenski, als er von der Aktion Kornilows benachrichtigt wurde, einen jähen Frontwechsel vor und beschloß, Maßnahmen gegen den «Rebellen» zu ergreifen. Die politische Berechnung der sozialrevolutionär-menschewistischen Verräter war eindeutig: sie wollten zeigen, daß Kornilow gegen ihren Willen auf Petrograd mar-

schiere, sie wollten die Arbeiter überzeugen, daß die Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Revolution «verteidigten», sie wollten sich selbst als Revolutionäre hinstellen, um dadurch ihr Ansehen zu heben.

Kerenski hatte auch rein persönliche Beweggründe. Er wußte, daß «das Land einen Namen sucht» und hielt seinen eigenen «Namen» durchaus für geeignet. Schon seit langem beobachtete er mißtrauisch, wie Kornilow in den Vordergrund rückte, er hatte sogar versucht ihn abzusetzen, aber die bürgerlichen Organisationen hatten sich dagegen gewandt. Der englische Botschafter gab eine gute Schilderung von der Rivalität der beiden Anwärter auf die Stelle eines Diktators, als er am 3. September in sein Tagebuch schrieb:

«Kerenski, dem der Kopf in letzter Zeit ein wenig schwindelte, und dem man spöttisch den Namen ‚der kleine Napoleon‘ gab, bemühte sich aus Leibeskräften, sich in seine neue Rolle hineinzufinden, er nahm gewisse Posen an, die Napoleon bevorzugte und zwang seine beiden Adjutanten, während der ganzen Beratung neben ihm zu stehen. Mir scheint, daß Kerenski und Kornilow einander nicht sehr lieben, aber die wichtigste Garantie für uns besteht darin, daß mindestens im gegenwärtigen Zeitpunkt keiner von beiden ohne den anderen auskommen kann. Kerenski kann nicht auf die Wiederherstellung der Militärmacht ohne Kornilow rechnen, den einzigen Mann, der die Armee in seine Hand nehmen kann. Gleichzeitig kann Kornilow nicht ohne Kerenski auskommen, der trotz seiner sinkenden Popularität der einzige Mann ist, der mit größtem Erfolg zu den Massen sprechen und sie dazu bringen kann, den energischen Maßnahmen zuzustimmen, die im Hinterland ergriffen werden müssen, wenn die Armee eine vierte Winterkampagne durchmachen soll!.»

Kornilow selbst war der gleichen Meinung, daß man eine Zeitlang mit Kerenski rechnen müsse. Der General nahm Kerenski nicht von ungefähr in die Liste seiner neuen Regierung auf. Die politischen Ratgeber Kornilows — Sawoikow, Sawinkow, Filonenko — versicherten ihm, daß ein gemeinsames Vorgehen mit Kerenski möglich sei.

Kerenski hörte von der Vorbereitung der Verschwörung im Hauptquartier, konnte aber die Einzelheiten nicht kennen. Am 22. August erschien bei ihm das ehemalige Regierungsmitglied W. N. Lwow, der ihm erzählte, daß «einige Gruppen des öffentlichen Lebens» eine Umbildung des Kabinetts empfehlen. Auf die Frage Kerenskis, wen Lwow damit meine, spielte dieser auf das Hauptquartier an.

Kerenski begriff, daß er mit Hilfe Lwows die Einzelheiten der Verschwörung erfahren könne und beschloß, sich dieser Vermittlung zu bedienen. Am 24. August erschien Lwow bei Kornilow und gab ihm zu verstehen, daß er auf Vorschlag des Ministerpräsidenten gekommen sei; Kerenski wünsche die Meinung des Generals über die Lage im Land zu erfahren. Kornilow beschied den Vermittler für den 25. August zu sich. Am nächsten Vormittag übergab der Höchstkommmandierende Lwow folgende Forderungen:

1. Verhängung des Kriegszustandes über Petrograd;

2. Rücktritt sämtlicher Minister, der Ministerpräsident nicht ausgenommen, und Uebergabe der provisorischen Leitung der Ministerien an die stellvertretenden Minister, bis zur Bildung eines Kabinetts durch den Höchstkommmandierenden.

Lwow wurde am 26. August um 7 Uhr abends von Kerenski im Winterpalast empfangen. Dieser glaubte nicht an die Erzählung Lwows und ersuchte ihn, die Forderungen Kornilows schriftlich niederzulegen. Dann ließ sich Kerenski um 8.30 Uhr abends durch direkte Leitung mit Kornilow verbinden und forderte auch Lwow auf, dem Gespräch beizuwohnen. Lwow verspätete sich und Kerenski beschloß, mit Kornilow nicht nur in seinem eigenen Namen, sondern auch für den abwesenden Lwow zu sprechen.

*Kerenski:* Guten Tag, Herr General. Hier sprechen Wladimir Nikolajewitsch Lwow und Kerenski. Wir bitten zu bestätigen, daß Kerenski entsprechend der von Wladimir Nikolajewitsch überbrachten Information handeln kann.

*Kornilow:* Guten Tag, Alexander Fedorowitsch. Guten Tag, Wladimir Nikolajewitsch. Ich bestätige erneut die Darstellung der Lage, in der sich das Land und die Armee nach meiner Meinung befinden, die Darstellung, die ich gegenüber Wladimir Nikolajewitsch gemacht habe; ich erkläre erneut, daß die Vorgänge der letzten Tage, und die jetzt bevorstehenden Ereignisse gebieterisch eine völlig eindeutige Entscheidung in aller kürzester Frist erfordern.

*Kerenski (für Lwow):* Ich, Wladimir Nikolajewitsch, frage Sie: muß die ganz eindeutige Entscheidung durchgeführt werden, von der ich, wie Sie mich baten, nur Alexander Fedorowitsch streng persönlich in Kenntnis setzen sollte; ohne diese Bestätigung durch Sie persönlich schwankt Alexander Fedorowitsch, mir vollen Glauben zu schenken.

*Kornilow:* Jawohl, ich bestätige, daß ich Sie gebeten habe, Alexander Fedorowitsch meine dringende Bitte zu übermitteln, nach Mohilew zu kommen.

*Kerenski:* Ich, Alexander Fedorowitsch, verstehe Ihre Antwort als eine Bestätigung der mir durch Wladimir Nikolajewitsch übermittelten Worte. Es ist mir unmöglich, das heute zu tun und abzureisen, ich hoffe, morgen fahren zu können. Ist Sawinkow erforderlich?

*Kornilow:* Ich bitte dringend, daß Boris Viktorowitsch zusammen mit Ihnen kommt. Das von mir zu Wladimir Nikolajewitsch Gesagte gilt im gleichen Maße auch für Boris Viktorowitsch. Ich bitte sehr darum, Ihre Abreise nicht länger als bis zum morgigen Tage zu verschieben. Ich bitte Sie, mir zu glauben, daß nur die Erkenntnis des verantwortungsvollen Ernstes der Situation mich zwingt, Sie so dringend zu bitten.

*Kerenski:* Sollen wir nur im Falle der Aktionen kommen, von denen die Gerüchte sprechen, oder in jedem Fall?

*Kornilow:* In jedem Fall.

*Kerenski:* Auf Wiedersehen, wir treffen uns bald.

*Kornilow:* Auf Wiedersehen<sup>1</sup>.»

Nach Beendigung dieses Gesprächs traf Kerenski auf der Treppe Lwow und bat ihn zu sich. Im Nebenzimmer hielt sich der Gehilfe des Oberkommandeurs der Miliz, Balawinski, verborgen. Kerenski veranlaßte Lwow, seinen Bericht in Anwesenheit des unsichtbaren Zeugen zu wiederholen. Nachdem er auf diese provokatorische Weise eine Bestätigung der Vorschläge Kornilows erhalten hatte, erklärte Kerenski plötzlich Lwow für verhaftet. Er selbst eilte in die Sitzung der Provisorischen Regierung. Der Ministerpräsident berichtete über das Verhalten Lwows, legte alle Telegraphenstreifen der Unterhaltungen vor und verlangte für sich außerordentliche Vollmachten zum Kampf gegen den Kornilowschen Aufruhr. Das Auftreten Kerenskis war für die Kadettenminister ein Blitz aus heiterem Himmel. Alle wußten von der Verschwörung. Alle hatten die Aktion erwartet und vorbereitet, und nun schied plötzlich das Haupt der Regierung aus dem Spiele aus. Die Kadetten bemühten sich, den Konflikt «ohne viel Gerede und Aergernis» beizulegen. Miljukow suchte Kerenski zu beweisen, daß die reale Macht auf seiten Kornilows sei, der patriotisch handle und von allen «lebendigen Kräften des Landes» unterstützt werden müsse. Miljukow und der General Alexejew machten in Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten die

größten Anstrengungen, um die «Mißverständnisse» zu beseitigen und eine Verständigung zwischen Kerenski und Kornilow zu erzielen. Die Kadettenminister Kokoschkin, Jurenjew, Oldenburg und Kartaschew erklärten abermals ihren Rücktritt, um damit Kornilow die Durchführung seines Planes zu erleichtern.

Die Kadettenzeitung «Rjetsch» suchte in ihrem Leitartikel vom 29. August alles auf ein einfaches Mißverständnis zurückzuführen; sie stellte sich damit offenkundig auf die Seite Kornilows. Am 30. August erschien die «Rjetsch» mit einer weißen Lücke. Der fertige Leitartikel, in dem sich die Kadetten offen mit Kornilow solidarisierten, mußte in der letzten Minute, nachdem sich die Aussichtslosigkeit des Kornilowputsches herausgestellt hatte, zurückgezogen werden. Der Text des Leitartikels hat sich jedoch im Archiv erhalten. Die Kadetten fragten in diesem Artikel:

«Was soll man auf die Anschuldigung erwidern, die die gegenwärtigen Ereignisse als eine Verschwörung gegen die Revolution hinstellt, mit dem Ziel, sich der Auswüchse der Demokratie zu entledigen? Der General Kornilow ist kein Reaktionär, seine Ziele haben nichts mit den Zielen der Konterrevolution gemein, das geht aus seiner bestimmten Erklärung hervor, die durch die Einfachheit so gut wie irgend möglich den Soldaten charakterisiert, dessen Geist und Herz fern von jeder Hinterlist ist. Der General Kornilow sucht Wege, um Rußland zum Sieg über den Feind und zur Gestaltung des Volkswillens im künftigen Aufbauwerk der Konstituierenden Versammlung zu führen. Es fällt uns um so leichter, uns dieser Formulierung der nationalen Ziele anzuschließen, als wir in den gleichen Ausdrücken schon lange vor dem General Kornilow gesprochen haben... Wir fürchten nicht, auszusprechen, daß der General Kornilow die gleichen Ziele verfolgt hat, die wir für die Rettung des Vaterlandes als unerläßlich betrachten<sup>1</sup>.»

Der Leitartikel der «Rjetsch» rechtfertigt restlos die Charakteristik, die Lenin den Kadetten gegeben hat: «Kornilowleute».

Auch die Entendediplomaten versuchten, die beiden Anwärter auf die Stelle eines Diktators miteinander zu versöhnen: der englische Botschafter Buchanan war über die Verschwörung unterrichtet und unterstützte Kornilow. Mit Wissen Buchanans zogen englische Panzerwagen gemeinsam mit dem III. Armeekorps auf Petrograd.

«Alle meine Sympathien waren auf seiten Kornilows<sup>2</sup>», bekannte der Engländer in seinen Memoiren. Die englische Presse

suchte sorgfältig, die Teilnahme der Panzerwagen ihres eigenen Landes am Kornilowabenteuer zu verheimlichen. Die offizielle Zeitung «Times» schrieb am 3. Oktober 1917 voller Empörung, die Geschichte mit den Panzerwagen sei eine freie Erfindung und böswillige Verleumdung. Auf Drängen des englischen Botschafters zog die Provisorische Regierung den Redakteur der Moskauer bolschewistischen Zeitung «Sozialdemokrat» wegen «Verleumdung» sogar zur gerichtlichen Verantwortung. Gegenwärtig befindet sich in unseren Händen ein Dokument, das die Verbindung der Engländer mit den Kornilowleuten vollauf bestätigt. Es ist dies das dringende Telegramm eines der führenden Kornilowleute, des Generals Romanowski, vom 28. August:

«An den Generalquartiermeister 7. Befehlen Sie unverzüglich dem Kommandeur der britischen Panzerabteilung, sämtliche Kampfwagen, einschließlich der Fiats, mit sämtlichen Offizieren und der Besatzung nach Brovary an den Kommandeur-Leutnant Soames zu senden. Ebenfalls dorthin sind die im *Gehöft Dubrowka* befindlichen Kampfwagen zu senden. 6429<sup>1</sup>.»

Später waren die Imperialisten gezwungen, ihre Teilnahme am Kornilowabenteuer offen zuzugeben. Die amerikanischen Offiziere plauderten in ihrem Streit mit den englischen aus, was diese um jeden Preis geheimhalten wollten. Es heißt nicht mit Unrecht, wenn zwei Diebe miteinander streiten, kommt die Wahrheit an den Tag. Der amerikanische Oberst Robins veröffentlichte seine Unterredung mit dem englischen General Knox. Diese Unterredung fand in Petrograd statt, kurz nach dem Scheitern des Kornilowabenteurers. Robins berichtet:

«Er (General Knox. *Die Red.*) fuhr fort: ‚Sie sollten doch mit Kornilow gehen‘; er errötete dabei, weil ihm einfiel, daß mir bekannt war, daß die englischen Offiziere in russischer Uniform auf englischen Tanks dem vormarschierenden Kornilow folgten und beinahe das Feuer auf die Kornilowtruppen eröffnet hätten, als diese sich weigerten, weiter als bis nach Pskow zu marschieren<sup>2</sup>.»

In den Tagen des Kornilowputsches unternahm der englische General Knox, als Vertreter des englischen Generalstabes bei der Provisorischen Regierung, alles, was in seinen Kräften stand, um dem militärischen Umsturz zum Erfolge zu verhelfen. Und wenn das Kornilowabenteuer zusammenbrach, so ist daran der englische General am allerwenigsten schuld.

Kerenski, unterstützt vom Allrussischen Exekutivkomitee der Sowjets, suchte die Verteidigung Petrograds zu organisieren. Aber die einzigen, die den Vormarsch Kornilows wirklich zurückschlagen konnten, waren die Bolschewiki.

### 3.

## Die Niederschlagung des Abenteuers der Generale

Die Partei der Bolschewiki hatte schon seit langer Zeit die Vorbereitungen zum Kornilowputsch verfolgt. Von der Regierung der Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre in die Illegalität getrieben, warnte sie trotzdem die Arbeiterklasse vor dem geplanten Putsch und schlug bereits bei den ersten Nachrichten Alarm. Die Partei wußte, daß die Regierung in die konterrevolutionäre Verschwörung verwickelt war; deshalb rief sie die Massen auf, sich nicht für Kerenski zu schlagen, sondern für die Verteidigung der Revolution, gegen Kornilow und seine Kolonnen.

Die Partei der Bolschewiki mobilisierte alle Kräfte gegen die Kornilowleute.

In einer außerordentlichen Sitzung des Petrograder Komitees der bolschewistischen Partei wurde am 27. August beschlossen, einen ständigen Bereitschaftsdienst im Petersburger Komitee, sowie Bereitschaften der Mitglieder der Stadtbezirkskomitees und der Vertreter der Betriebsbelegschaften in den einzelnen Stadtbezirken einzurichten. In allen Stadtbezirken wurden die Agitatoren zusammengefaßt. Die Partei rief die Arbeiter zum Widerstand auf.

Dem Ruf der Partei folgte die ganze Arbeiterklasse Petrograds, die sich von der verräterischen Rolle der Menschewiki und Sozialrevolutionäre überzeugt hatte. Waren die Abteilungen der Roten Garde bis dahin illegal organisiert und ausgebildet worden, so geschah dies jetzt ganz offen.

Die Bolschewiki traten in das beim Allrussischen Zentralexekutivkomitee der Sowjets geschaffene Komitee für den Kampf des Volkes gegen die Konterrevolution ein, aber unter der Bedingung, daß die Arbeiter bewaffnet und die wegen ihrer Teilnahme an der Julidemonstration Verhafteten freigelassen werden. Diese Bedingungen wurden unverzüglich erfüllt.

Das gleiche Bild boten Moskau und die Provinz, die dem Ruf zum Kampf gegen die Konterrevolution der Generale Folge leisteten. Ueberall begann man, Arbeiterkampfgruppen zu organisieren. In einer Reihe von Orten wurden Revolutionskomitees gebildet. Die



Arbeiter verlangten die Freilassung der verhafteten Bolschewiki und die Uebergabe der gesamten Macht an die Sowjets.

Gegen die Kornilowleute wurden Abteilungen der Roten Garde geworfen, vor Petrograd wurden Schützengraben ausgehoben und Drahtverhaue angelegt. In aller Eile wurden Waffen beschafft, Abteilungen formiert, Millionen von Flugblättern gedruckt.

Die Bolschewiki riefen auch die Petrograder Garnison zum Widerstand auf. Die Regimenter der Garnison beantworteten dies mit der Vertreibung der sozialrevolutionär-menschewistischen Kommissare aus ihrer Mitte und ihrer Ersetzung durch Bolschewiki. Zum Schrecken der Sozialrevolutionäre und Menschewiki zeigte sich, daß nicht nur die Petrograder Garnison, sondern auch die Mehrheit der Matrosen der Baltischen Flotte hinter den Bolschewiki standen. Kerenski, der die Gefahr witterte, erklärte pathetisch, daß er sich unter den Schutz der Bolschewiki begeben, worauf die Bolschewiki antworteten, daß sie eine wichtigere Aufgabe zu erfüllen hätten.

Unter den Kornilowtruppen setzte die Agitation ein.

Die Eisenbahner nahmen das Eisenbahngleise auseinander und hemmten auf jede Weise das Vorrücken der Kornilowtransporte auf Petrograd.

Bei Luga, von wo die Kornilowleute zu Fuß auf Petrograd durchstoßen wollten, entstand eine Verzögerung; der Sowjet von Luga lehnte das Ultimatum des Generals Krymow ab und forderte, daß dessen Kosaken bei ihrem Vormarsch auf Petrograd Luga umgehen.

Der entschlossene Widerstand der Werk tätigen gegen das Kornilowabenteuer trug Zersetzung in die Truppen der Verschwörer. Am 30. August erschienen Kosaken der Don-Division im Sowjet von Luga mit dem Angebot, den General Krymow zu verhaften und sich den Anordnungen der Provisorischen Regierung zu unterstellen. Der Kommandeur des Armeekorps wurde nur durch das Eintreffen eines Vertreters Kerenskis vor der Verhaftung gerettet; in dessen Begleitung begab sich Krymow sofort nach Petrograd. Krymow, der sich überzeugt hatte, daß die Soldaten jegliches Vorgehen gegen die revolutionären Abteilungen verweigerten, erschöpfte sich aus Verzweiflung.

Die Offensive der «Wilden Division» endete ebenso wie die Offensive der Kosakenregimenter. Ihr wurde eine mohammedanische Delegation entgegengeschickt.

Die Initiative zur Absendung einer mohammedanischen Delegation stammte von S. M. Kirow. Er arbeitete 1917 in Wladikawkas.

Im August 1917 kam Kirow im Auftrag der bolschewistischen Organisation und des Arbeiter- und Soldatensowjets von Wladikawkas nach Petrograd. Während der Kornilowereignisse befand er sich in Moskau. Als Kirow von der Beteiligung der «Wilden Division», in deren Reihen sich auch Abteilungen von Bergvölkern befanden, am Kornilowabenteuer hörte, schlug er dem Moskauer Sowjet vor, die Entsendung einer Delegation des in Wladikawkas befindlichen Zentralkomitees der Bergvölker zu der «Wilden Division» durchzusetzen. Der Moskauer Sowjet setzte sich telegraphisch mit Wladikawkas in Verbindung.

Die Delegation traf ein und klärte die von Kornilow geschickten Soldaten über die wirklichen Absichten ihrer Vorgesetzten auf. Das genügte, um die «Wilde Division» völlig unschädlich für die Revolution zu machen.

Ein Mißerfolg war den Kornilowleuten auch in Petrograd beschieden. Die schon vorher dorthin gesandten Offiziere amüsierten sich in den Restaurants und gaben das Geld aus, das sie zur Organisation des Umsturzes bekommen hatten. Denikin schreibt in seinen Erinnerungen:

«Der Hauptführer der Petrograder Militärorganisation, Oberst S., wurde lange und vergeblich gesucht. Wie sich herausstellte, war er aus Furcht vor Verfolgungen nach Finnland geflüchtet und hatte die letzten Ueberreste des Geldes der Organisation mitgenommen, ungefähr 150 000 Rubel!»

Das gleiche erzählt ein anderer Kornilowanhänger, der Kadett Miljukow.

Auch im Hauptquartier selbst trat völlige Zersetzung ein. Es war isoliert und lebte voller Bestürzung seine letzten Tage. Sogar das Georgs-Bataillon lehnte es ab, Kornilow zu unterstützen. An der Front und im Hauptquartier wurden auf Anweisung der Armeekomitees die Generale Denikin, Markow, Lukomski, Romanowski und andere, die offen für Kornilow eingetreten waren, verhaftet.

Die Liquidierung des Kornilowabenteuers näherte sich ihrem Ende. Am 30. August wurde Kornilow durch einen Erlaß der Provisorischen Regierung seiner Stellung als Höchstkommmandierender enthoben und wegen Aufruhr vor Gericht gestellt. Den Posten des Höchstkommmandierenden übernahm Kerenski, zu seinem Stabschef wurde der General Alexejew ernannt, der schon unter dem Zaren Stabschef war, der gleiche General, der während der

Reichsberatung mit Kornilow über die Person des Diktators verhandelt hatte.

Der Kornilowputsch war gescheitert. Es war den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie nicht gelungen, die Revolution zu zerschmettern. Aber der Bürgerkrieg, den die Generale begonnen hatten, veränderte tiefgehend das Kräfteverhältnis.

Lenin schrieb in seiner Bilanz des Kornilowaufstandes:

«Die historische Bedeutung des Kornilowaufstandes besteht gerade darin, daß er den Volksmassen mit außerordentlicher Eindringlichkeit die Augen über eine Wahrheit geöffnet hat, die durch die kompromißlerischen Phrasen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki verhüllt wurde und auch jetzt noch verhüllt wird, nämlich: die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie mit der Kadettenpartei an der Spitze und die auf ihrer Seite stehenden Generale und Offiziere haben sich organisiert, sie sind bereit, die unerhörtesten Verbrechen zu begehen, und begehen sie schon, sie sind bereit, Riga (und dann auch Petrograd) den Deutschen auszuliefern, ihnen die Front zu öffnen, die bolschewistischen Regimenter den Kugeln preiszugeben, einen Aufruhr anzuzetteln, Truppen mit der ‚Wilden Division‘ an der Spitze gegen die Hauptstadt zu führen usw. usw. — alles das, um der Bourgeoisie die ganze Macht zu übergeben, um die Macht der Gutsbesitzer im Dorfe wieder zu festigen, um das Land im Blute der Arbeiter und Bauern zu ertränken!.»

Der Massenaufschwung riß auch die Anhänger der Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit. Die kleinbürgerlichen Führer zeigten sich sehr geschäftig, um ihre Verbindungen mit dem Kornilowputsch zu vertuschen. Sie suchten durch ihr eifriges Tun und Schaffen die Volksmassen zur Ueberzeugung zu bringen, daß sich auch die Parteien der Kompromißler am Kampf gegen die Konterrevolution beteiligen. Die Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiki traten in die Komitees ein, die die Abwehr gegen Kornilow organisierten, faßten geräuschvolle Resolutionen, beteuerten ihre Treue gegenüber der Revolution.

Aber der Kampf ließ die Kompromißler abseits liegen, ging über ihre Köpfe hinweg. Abermals, wie in den Februartagen, wurden die Sowjets zu Kampf- und Massenorganisationen der Arbeiter und Bauern. Die Sowjets lebten auf und begannen sich breit zu entfalten. Die Macht lag aufs neue bei den Sowjets, die Arbeiter bekamen aufs neue Waffen in die Hand. Abermals entstand eine Situation, in der es möglich wurde, in einem bestimmten Sinne

die alte Taktik der Zeit vor den Julitagen wieder anzuwenden. Lenin richtete in der Presse an die Sozialrevolutionäre und Menschewiki den Vorschlag, die ganze Macht in die Hände der Sowjets zu nehmen, unter der Bedingung der vollen Agitationsfreiheit für die Bolschewiki und freier Neuwahlen in die Sowjets.

Aber es war nur für sehr kurze Zeit möglich, zur alten Taktik — friedliche Uebergabe der Macht in die Hände der Sowjets — zurückzukehren. Der revolutionäre Rausch der Sozialrevolutionäre und Menschewiki verflieg sehr rasch. Sie hatten sich fest an die bürgerliche Regierung angeschlossen und krochen nach der Niederlage Kornilows abermals in den bürgerlichen Stall.

Die Leitung des Staates wurde zeitweilig einem Direktorium übertragen, bestehend aus Kerenski, M. I. Tereschtschenko, dem kürzlich ernannten Kriegsminister A. I. Werchowski, dem Marineminister Werderowski und dem Postminister A. M. Nikitin.

Der letzte Versuch der Bolschewiki, einen friedlichen Uebergang der ganzen Macht in die Hände der Sowjets zu erreichen, endete erfolglos. Aber dieser Versuch zeigte abermals, daß die Macht *nur im Aufstand* gegen die bürgerliche Regierung und gegen den kleinbürgerlichen Block erobert werden konnte. Die Losung «Alle Macht den Sowjets» trat erneut auf die Tagesordnung. Aber jetzt klang sie anders, denn die Sowjets selbst waren andere geworden.

«Die Losung ‚Alle Macht den Sowjets‘ — schrieb Stalin — wurde erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Aber jetzt bedeutete diese Losung schon nicht mehr dasselbe wie im ersten Stadium. Ihr Inhalt hatte sich grundlegend geändert. Jetzt bedeutete diese Losung den völligen Bruch mit dem Imperialismus und den Uebergang der Macht an die Bolschewiki, denn die Sowjets waren in ihrer Mehrheit bereits bolschewistisch geworden. Jetzt bedeutete diese Losung, daß die Revolution vermittels des Aufstandes direkt zur Diktatur des Proletariats schritt. Mehr noch, jetzt bedeutete diese Losung die Organisation und staatliche Gestaltung der Diktatur des Proletariats<sup>1</sup>.»

Auf der Tagesordnung stand der bewaffnete Aufstand.



## Zehntes Kapitel

### Der Zusammenbruch der Wirtschaft

#### 1.

#### Die Sabotage der Kapitalisten

Die Verschwörung Kornilows war gescheitert. Doch die Macht blieb dank den Sozialrevolutionären und Menschewiki in den Händen der Bourgeoisie. Die Kapitalisten, die nicht offen aufzutreten wagten, leiteten ihre Offensive gegen die Arbeiterklasse nach dem Rezept Rjabuschinskis ein: sie gingen daran, den Hunger zu organisieren.

Ueber das Land zog eine Katastrophe herauf. Der Eisenbahnverkehr war völlig zerrüttet. Die Brennstoffgewinnung ging zurück. Die Getreidezufuhr war im Sinken. Der Krieg verschärfte die allgemeine Zerrüttung. Der Zusammenbruch drohte unentrinnbar. Aber die Regierung ergriff nicht nur keinerlei außerordentliche Maßnahmen zum Kampf gegen die Hungersnot, sondern sie organisierte ganz offensichtlich eine wirtschaftliche Kornilowiade. Die Mitglieder der Regierung redeten viel über eine Kontrolle und Regulierung der Industrie. In Wirklichkeit untergruben sie ihre eigenen Maßnahmen, verzögerten sie die Entscheidungen, schufen sie schwerfällige bürokratische Einrichtungen, die sie völlig der Vormundschaft der Kapitalisten unterstellten.

Bei der Eröffnung der Sitzung des neugeschaffenen Wirtschaftsrates am 21. Juli erklärte Kerenski großsprecherisch, die Aufgabe des neuen Organs sei

«die Ausarbeitung eines Plans und die allmähliche Regulierung des gesamten wirtschaftlich-finanziellen Lebens des Landes, ausgehend von dem Grundsatz der Unterordnung aller Interessen unter das Interesse des Staates<sup>1</sup>.»

Gleichzeitig wurde ein Hauptwirtschaftskomitee geschaffen, als Vollzugsorgan des Wirtschaftsrates, aber dieses Komitee wurde auf Grund von Ausführungsbestimmungen in ein selbständiges Organ verwandelt. Seine Beschlüsse konnten nur durch die Provisorische Regierung aufgehoben werden. Der stellvertretende Vorsitzende des Komitees, N. N. Sawin, ein bekannter Vertreter der Industriellenkreise, erklärte am 9. August in der Sitzung des Wirtschaftsrates, daß er selbst nicht wisse, «welche Aufgaben das Wirtschaftskomitee hat?». Am 12. September erklärten die Mitglieder des Hauptwirtschaftskomitees ihrerseits, der Wirtschaftsrat hindere nur die Tätigkeit des Komitees, und der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, N. I. Rakitnikow, bezeichnete den Rat und den beim Komitee geschaffenen Beirat offen als Organe des Nichtstuns.

Der Wirrwarr wurde noch gesteigert durch die Beibehaltung der noch unter dem Zaren geschaffenen «Sonderbeiräte». Ein Sonderbeirat für die Landesverteidigung, der mit außerordentlichen Rechten ausgestattet war, fällte seine Entscheidungen in den wichtigsten Fragen des Wirtschaftslebens des Landes. An seiner Spitze stand P. I. Paltschinski, ein Ingenieur, der früher in der Goldindustrie und im Eisenbahnbau gearbeitet hatte. Paltschinski war gleichzeitig Gehilfe des Handels- und Industrieministers, Vorsitzender des Sonderbeirats für die Landesverteidigung und Hauptbevollmächtigter für die Metall- und Brennstoffversorgung. In allen diesen drei Organisationen trat er mit gleicher Schärfe gegen die Revolution auf. Lenin schrieb über ihn:

«Paltschinski erwarb sich durch diesen Kampf die traurigste und weiteste Berühmtheit in ganz Rußland. Er wirkte hinter dem Rücken der Regierung, trat nicht offen vor das Volk (genau so, wie es die Kadetten im allgemeinen taten, die es vorzogen, ‚fürs Volk‘ Zereteli in den Vordergrund zu schieben, während sie alle wichtigen Geschäfte in aller Stille selbst erledigten). Paltschinski bremste und sabotierte alle ernsthaften Maßnahmen der spontan entstandenen demokratischen Organisationen, denn

keine einzige ernsthafte Maßnahme konnte durchgeführt werden, ohne daß den maßlosen Profiten und den Tollheiten der Geldsäcke ‚Abbruch‘ getan wurde<sup>1</sup>.»

Die Provisorische Regierung wagte nicht, den alten zaristischen bürokratischen Beirat für die Landesverteidigung abzuschaffen, dafür wandte sie sich aber scharf gegen die demokratischen Organisationen, gegen alle Arten von Komitees für die Versorgung und gegen die Lebensmittelkommissionen bei den Sowjets, die von unten her den Kampf gegen den Hunger aufnahmen. Paltschinski wurde geradezu berühmt dadurch, daß er die Anweisungen der demokratischen Organisationen einfach aufhob. Mit anderen Worten, die Regierenden selbst taten nichts, hinderten aber die Werktätigen, die drohende Katastrophe zu bekämpfen.

Die «republikanische» Regierung ließ nur verschwindend wenige Arbeiter in ihre regulierenden Organe zu. Im Wirtschaftsrat kamen auf 10 Vertreter der Provisorischen Regierung, 12 Vertreter der bürgerlichen Organisationen (Städteverband, Verband der Vertreter von Handel und Industrie usw.) und 6 Professoren nur 9 Vertreter der Sowjets und Gewerkschaften. Das Wirtschaftskomitee als praktisch arbeitendes Organ bestand aus Vertretern der Ministerien, die von der Regierung ernannt waren, den Vorsitz führte der Ministerpräsident. Für Vertreter der Werktätigen war es völlig unmöglich, in das Komitee aufgenommen zu werden. Sie wurden nur zu dem beim Hauptkomitee geschaffenen Beirat zugelassen. Aber auch dort kamen nur 3 Vertreter der Sowjets und Gewerkschaften auf 10 Vertreter des Wirtschaftsrates, 6 der bürgerlichen Organisationen, 14 von Regierungsorganen, 13 Bevollmächtigte für Beschaffungsfragen und eine Reihe von Einzelpersonen, die das Komitee ernannt hatte. Diese drei Arbeiter sollten darüber hinwegtäuschen, daß die Vertreter der Demokratie im Hauptkomitee vollständig fehlten. Eine ganze Schaar von verbissenen, alten Bürokraten gegen 3 Vertreter der Werktätigen — das war das Kräfteverhältnis in den von der Provisorischen Regierung geschaffenen Organen. Als das Hauptkomitee eine Verordnung über die Wirtschaftsräte in den einzelnen Bezirken beriet, wandte es deren Zusammensetzung seine besondere Aufmerksamkeit zu und widmete dieser Frage etwa ein Dutzend Sitzungen. Der Vorsitzende des Komitees berichtete, daß die Vertreter der Demokratie die Hälfte der Sitze für sich verlangten, das sei aber unmöglich, denn die Industriellen würden solche Räte boykottieren. Am zweckmäßigsten, so führte er aus, sei der vom Hauptwirtschaftsrat befolgte Grundsatz

bei der Verteilung der Plätze, d. h. die Vertreter der Demokratie sollten ein Viertel der Sitze erhalten. Aus Furcht vor einer Sabotage der Kapitalisten nahm das Komitee den Antrag seines Vorsitzenden an.

*In Form des Wirtschaftsrates, des Hauptkomitees und der Bezirkswirtschaftsräte bildete die Regierung Stäbe für die Kornilowiade auf wirtschaftlichem Gebiete.*

Während die «regulierenden Organe» über die Zusammensetzung ihrer Komitees und Kommissionen berieten und das Volk mit Versprechungen über Kontrolle und Erfassung betrogen, spekulierte die Bourgeoisie hemmungslos. Die Waren verschwanden vom Markt. Die Arbeiter und Werk tätigen mußten stundenlang anstehen, um ihre Hungerration zu erhalten, während man «unter der Hand» jede beliebige Ware in jeder gewünschten Menge erhalten konnte. Die Kapitalisten spekulierten und verdienten an Aktien von Industrieunternehmungen, die zum größten Teil nur an der Börse, aber nicht in der Wirklichkeit existierten. Innerhalb von neun Monaten des Jahres 1916 wurden 150 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 209,53 Millionen Rubel gegründet, vom März bis Juni 1917 52 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 138,65 Millionen Rubel, und allein im August 1917 entstanden 62 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 205,35 Millionen Rubel. Im September nahm diese Entwicklung beispiellose Ausmaße an: es wurden 303 Gesellschaften mit einem Kapital von 800 Millionen Rubel gegründet. Die Menge der privaten Gründungsanträge war ungeheuerlich. In neun Monaten des Jahres 1917 wurde die Gründung von neuen Gesellschaften mit einer Aktienaussgabe von 1,9 Milliarden Rubel gestattet, 6,5mal soviel wie im Jahre 1913. Die alten Gesellschaften durften Aktien in der Höhe von 1,5 Milliarden Rubel ausgeben, 6mal soviel wie 1913. Die Summe der in Rußland ausgegebenen Aktien überstieg sogar diejenige Englands. Die überwiegende Menge dieser Emissionen erfolgte von Juli bis September. Wenn man berücksichtigt, daß das Stammkapital der 1917 gegründeten Aktiengesellschaften 469,51 Millionen Rubel betrug, während Aktien in der Höhe von fast 2 Milliarden Rubel ausgegeben werden sollten, wird es klar, was für gewaltige Spekulationen die Kapitalisten beabsichtigten.

Die Zeitung «Djen», die offenkundig die Bourgeoisie unterstützte, schrieb am 6. August:

«Während die ganze Industrie am Vorabend des Zusammenbruchs steht, während die Fabriken geschlossen werden, oder ihre Leitung infolge untragbarer Ausgaben in die Hände der Re-



gierung übergeht, . . . werden auf der Börse die Aktien der gleichen oder ähnlicher Betriebe ohne Ursache und ohne Sinn um Dutzende und Hunderte von Rubeln in die Höhe getrieben, und die Differenzen, die Millionen betragen, gelangen täglich in die Taschen von Bankiers, dunkeln Kulissenreitern (ehemaligen Börsenjobbern) und des spekulierenden Publikums<sup>1</sup>.»

Die Spekulation zerrte die zusammenbrechende Wirtschaft in den Abgrund.

Gegen die Spekulation kämpften die Sowjets, die Betriebskomitees, die Lebensmittelkomitees, während die Regierung so tat, als ob sie nichts bemerkte. In der Sitzung des Wirtschaftsrates vom 24. Juli wurde an das Ministerium für Handel und Industrie die Frage gerichtet:

«Gibt es eine Ueberwachung . . . der Entwicklung des Spekulationshandels, und zu welchen Ergebnissen hat diese Ueberwachung geführt?»<sup>2</sup>»

Der Vertreter des Ministeriums, W. J. Warsar, eine führende Persönlichkeit der Siemens-Schuckert-Gesellschaft und gleichzeitig Abteilungsleiter im Ministerium für Handel und Industrie, ließ sich nicht in Verwirrung bringen, sondern antwortete:

«Ich muß sagen, daß wir eine Ueberwachung aller *Kleinigkeiten des Lebens* nicht für erreichbar halten<sup>3</sup>.»

Der Hunger des Volkes war eine Kleinigkeit für die Regierung der Kapitalisten. Gegen die Spekulation wurden keinerlei Maßnahmen ergriffen, obwohl das sogar von der kleinbürgerlichen Presse gefordert wurde. In den Strafgesetzen gab es keine Bestimmungen über den Kampf gegen die Spekulation, es sei denn den Artikel 29, der den Richtern gestattete, Geldstrafen zu verhängen, und auch dies nur in den seltenen Fällen einer offenkundigen Verletzung des Gesetzes. Wenn die Richter überhaupt einschritten, so fingen sie nur die kleinen Hechte des Marktes; die Haifische der Börse wurden natürlich nicht angetastet. Als aber die Arbeiterorganisationen die Initiative ergriffen und ihre Kontrolle über die Tätigkeit der Kapitalisten zu errichten suchten, schlug die Regierung Lärm und beschuldigte die Arbeiterklasse der «Anarchie».

Die Spekulation nahm rasch so riesige Ausmaße an, daß sogar Konowalow erschrak.

Dieser Handels- und Industrieminister der letzten Regierung wandte sich am 3. Oktober an N. N. Sawin mit einem Brief, der daran anknüpfte, daß die Erdölfirmer ihre Vorräte geheimhielten.

Die Firma Nobel meldete 82 Millionen Pud Erdöl zur Lieferung an, obwohl sie die Möglichkeit zur Lieferung von 150 Millionen Pud hatte; in Wirklichkeit lieferte sie 65 Millionen Pud. Die Firma «Masut» meldete 47 Millionen Pud an, verfügte über 54 Millionen und lieferte 37 Millionen Pud. Es fehlte an Brennstoff, die Betriebe wurden stillgelegt, aber die Erdölspekulanten verheimlichten etwa die Hälfte ihrer Vorräte, obwohl ein Monopol für Erdöl eingeführt war. Anstatt die Saboteure scharf anzupacken, die eine Brennstoffnot im Lande hervorriefen, richtete Konowalow die bescheidene Bitte an Sawin,

«Maßnahmen zu ergreifen, um die Erdölfirmen zu einer Steigerung der Erdöllieferungen aus Astrachan wenigstens nach Nishnij-Nowgorod zu veranlassen<sup>1</sup>.»

Die Nobel-Gesellschaft mißachtete die Regierung mitsamt ihren Monopolen und erklärte dem Moskauer Brennstoffamt ganz offen, daß sie

«nicht in der Lage ist, für den Moskauer Bezirk Erdöl zu liefern, auch nicht für die Betriebe der ersten Kategorie<sup>2</sup>.»

Auf ähnliche Weise sabotierten die Kapitalisten auch das von der Regierung am 1. August eingeführte Kohlenmonopol.

Auf der Reichsberatung am 12. August gab der Minister für Handel und Industrie, Prokopowitsch, zu, daß

«das Monopol noch nicht genügend richtig funktioniert», aber, erklärte er zuversichtlich, «von Mitte August an wird es uns trotz allem gelingen, das Kohlenmonopol in Gang zu bringen<sup>3</sup>.»

Man klatschte dem Minister Beifall, aber die Kapitalisten änderten ihre Haltung nicht. Prokopowitsch hoffte und wartete, aber die Spekulanten hielten die Kohle zurück. Die Zeitung «Iswestija Juga» meldete am 20. Oktober:

«Vor uns liegt eine Aufstellung der vorhandenen Kohlenvorräte allein in den Gruben des Bezirks Rowenjetz, wo nur 5000 Arbeiter in 13 Schächten beschäftigt sind und etwa 10 Millionen Pud Kohle liegen . . . Trotzdem werden sie nur deshalb nicht abtransportiert, weil die Industriellen sie nicht liefern wollen<sup>4</sup>.»

Es muß hinzugefügt werden, daß es im Donezbecken Dutzende solcher Gruben gab, die Vorräte «für den Fall der Not» anhäuften; infolgedessen lagen Dutzende von Millionen Pud Kohle auf den Halben, damit die Preise hochgetrieben werden konnten.

Nicht die Verminderung der Arbeitsproduktivität, wie die Kapitalisten jammerten, untergrub die Brennstoffversorgung der Indu-

strie und der Bevölkerung. *Die Hauptursache der Zerrüttung war die Sabotage der Kapitalisten.*

Die Regierung kam den Kohlenspekulanten entgegen. Sie prämierte die Sabotage, indem sie unausgesetzt die Kohlenpreise erhöhte: im Juli um 7 Kopeken, im September um 14 Kopeken für das Pud. Innerhalb zweier Monate betrug der Zuschlag zum Vorkriegspreis mehr als 100 Prozent. Die Finanzen des Landes krachten in allen Fugen, aber die Regierung beschenkte großzügig die Unternehmer. Mit der einen Hand schrieb sie Resolutionen über Monopole und stimmte für Festpreise, mit der anderen unterzeichnete sie Preiserhöhungen, um die Interessen der Kapitalisten zu fördern.

Die Unternehmer begnügten sich nicht mit der Spekulation und Preistreiberei, sondern schritten mit Aussperrungen, mit der Stilllegung ihrer Betriebe zur Offensive gegen die Arbeiterklasse. Nach den ungefähren, weitgehend abgeschwächten Angaben der Zeitschrift «Promyschlennostj i Torgowlja» wurden im August und September 231 Betriebe stillgelegt und 61 000 Arbeiter auf die Straße geworfen. Diese Maßnahmen bezeichneten die Unternehmer als Protest gegen die regulierenden Eingriffe der Regierung. Meistens aber begründeten die Kapitalisten die Aussperrung mit übertriebenen Forderungen der Arbeiter. So erklärte der Rat der Vertreter von Handel und Industrie in einer seiner Eingaben an die Provisorische Regierung unverblümt:

«Die Schließung der Fabriken und Werke wird ein Akt des natürlichen Todes infolge übermäßigen Blutverlustes sein<sup>1</sup>.»

Kennzeichnend war in dieser Hinsicht das Verhalten der Besitzer der Stearinfabrik «Newa» in Petrograd. Der Betrieb verringerte mit jedem Tag seine Produktion. Die Arbeiter verlangten Aufschluß von der Betriebsleitung.

«Wir haben Rohstoffmangel . . . Man erwartet einen Ueberfall von Zeppelinern auf Petrograd, deshalb kann von einer Rohstoffzufuhr keine Rede sein<sup>2</sup>»,

so wurde ihnen in der Direktion geantwortet. In Wirklichkeit sandten die Saboteure das Stearin, den wichtigsten Rohstoff des Betriebes, nach Moskau und Finnland.

Besonders unverschämt benahmen sich die Kapitalisten in Südrußland. Auf ihrer Konferenz im September 1917 richteten sie ein drohendes Ultimatum an die Provisorische Regierung:

«Die Vertreter der Steinkohlen-, Anthrazit-, Eisenerzhütten- und verarbeitenden Industrie von Südrußland erachten es für

notwendig, der Provisorischen Regierung nochmals kategorisch zu erklären: falls die örtlichen Behörden die Sicherheit und persönliche Unantastbarkeit der Mitglieder der Betriebsleitungen nicht verbürgen können oder wollen, sind die Industriebetriebe nicht in der Lage, in dieser Atmosphäre zu arbeiten und müssen geschlossen werden<sup>1</sup>.»

Auch hier kam die Regierung den Kapitalisten entgegen. Am 22. September wurde in der Sitzung des Hauptwirtschaftskomitees auf Antrag Paltschinski ein Beschluß gefaßt, der als Aktionsprogramm für die Regierung dienen sollte. Der Hauptpunkt dieses Beschlusses lautet:

«Im Fall einer Verletzung des Abkommens durch die Arbeiter können die Betriebe ganz oder teilweise geschlossen und die Belegschaft ganz oder teilweise entlassen werden<sup>2</sup>.»

Somit beabsichtigte die Regierung, die Aussperrung zur Grundlage ihrer Arbeiterpolitik zu machen. In diesem Geiste sollte eiligst ein besonderer Gesetzentwurf ausgearbeitet werden.

Ein anderer maßgebender Industrievertreter, Warsar, versuchte in der Sitzung des Sonderbeirats für die Landesverteidigung am 23. September die Aussperrungen als vollständig rechtmäßig und notwendig zu begründen, wobei er folgende These aufstellte:

«In den Betrieben besteht keinerlei Macht, deshalb ist die Stilllegung der Betriebe für die Werksbesitzer die einzige Waffe des Kampfes gegen die Arbeiter<sup>3</sup>.»

Warsar wandte sich sogar gegen jenen Punkt des Entwurfes, der Betriebsstilllegungen nur mit Zustimmung der Regierung vorsah, da diese Einschränkung nach seiner Meinung die Unternehmer daran hinderte, die übertriebenen Forderungen der Arbeiter zu bekämpfen.

Die Grubenbesitzer drohten mit der Aussperrung im gesamten Donezgebiet. In Petrograd wurden bis zum Oktober 40 Betriebe geschlossen. In Moskau wollten die Fabrikanten im Oktober 300 000 Arbeiter aussperrern. Im Ural wurde die Hälfte aller Betriebe stillgelegt. Am Vorabend der Oktoberrevolution wurden in Jekaterinow 50 000 Arbeiter auf die Straße gesetzt. Die Aussperrung nahm einen gesamtrossischen Charakter an.

Die menschewistischen Minister unterstützten die offenen Kornilowleute. P. N. Kolokolnikow, der Gehilfe des Arbeitsministers und Parteigenosse des Menschewik Gwosdew, hatte schon am 26. Juli in der Sitzung des Wirtschaftsrates offen ausgesprochen,

daß das Arbeitsministerium den Unternehmern das Recht auf Aussperrung zugestehe.

In beschleunigtem Tempo entwickelte sich die Offensive gegen die sozialen Revolutions-Errungenschaften der Arbeiterklasse. Anfang September beschloß das Hauptkomitee der Vereinigten Industrie — eines der wichtigsten organisatorischen und wirtschaftlichen Zentren der Bourgeoisie — den Mitgliedern der Sowjets, der Betriebskomitees und der Vertrauensmännerräte nicht mehr den Arbeitszeitverlust für die Sitzungen zu bezahlen. Dieser Schlag gegen die Organisationen der Arbeiterklasse war die Krönung einer Reihe entschlossener Maßnahmen, die der Menschewik Skobelew ergriffen hatte. Kurz vorher, bei der Uebnahme seines Ministeramts, hatte er noch demagogisch gedroht, er werde der Bourgeoisie 100 Prozent ihrer Profite fortnehmen. In Wirklichkeit suchte Skobelew den Arbeitern 100 Prozent ihrer Errungenschaften fortzunehmen. Am 28. und 29. August untersagte der Arbeitsminister Sitzungen von Betriebskomitees während der Arbeitszeit und Eingriffe dieser Komitees in Einstellungs- und Entlassungsfragen. Das bedeutete im Grunde die Beseitigung der Betriebskomitees. So ließ der «sozialistische» Minister die Faust, die er drohend gegen die Bourgeoisie erhoben hatte, auf die Köpfe der Arbeiterklasse niedersausen.

Die Sabotage der Kapitalisten bewirkte rasch eine starke Schrumpfung der Produktion. In der Metallindustrie arbeiteten im zweiten Vierteljahr 42 Hochöfen, im dritten Vierteljahr 41, gegen Ende Oktober nur noch 33. Besonders jäh ging die Produktion in der Periode vom Juli bis zum Oktober zurück. Auch die Kohlenförderung sank katastrophal: im Juli wurden 119 Millionen Pud Kohle gefördert, im August 115 Millionen, im September 110 Millionen.

Auf die Arbeitsproduktivität wirkten vor allem die Einziehungen zum Heeresdienst. Gerade in den Gebieten, wo der Produktionsrückgang besonders groß war (Donezbecken und Ural), hatte sich die Zahl der Frauen, Jugendlichen und Kriegsgefangenen unter den Arbeitern außerordentlich erhöht. Nach dem Eingeständnis der Kapitalisten selbst lag die Arbeitsproduktivität der Kriegsgefangenen um die Hälfte unter der Durchschnittsleistung; im Ural und im Donezbecken bildeten aber die Kriegsgefangenen mehr als ein Drittel sämtlicher Arbeiter. Die Störung der Versorgung mit Brenn- und Rohstoffen, die Verschlechterung ihrer Qualität, die Abnutzung der Betriebseinrichtungen, das Fehlen der nötigen Reparaturen, der Rückgang der Qualifikation der Arbeiter — all das drückte die Arbeitsproduktivität herab. Die Stilllegung der Betriebe vollendete

nur die Zerrüttung der Produktion. Es war bezeichnend, daß sich in den Betrieben, deren Verwaltung noch vor der Oktoberrevolution von den Arbeitern übernommen wurde, wie z. B. in den Moskauer Metallwerken Goujon, die Arbeitsleistung unaufhörlich steigerte.

Von besonderem Einfluß auf die Arbeitsproduktivität war die verschlechterte Ernährung der Arbeiter. Die Moskauer und Petrograder Arbeiter erhielten im September und Oktober weniger als 200 Gramm Brot täglich, in einigen Bezirken hungerten sie buchstäblich. Nach den Angaben des Arbeitsministeriums stiegen die Löhne während der Kriegszeit in Moskau um 515 Prozent, während die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel in Moskau während der gleichen Periode um 836 Prozent, die Preise für Artikel des breiten Massenkonsums sogar um 1109 Prozent stiegen. In Petrograd stieg der mittlere Stundenlohn eines Metallarbeiters vom März bis Mai um 57,8 Kopeken, vom Mai bis August jedoch nur um 8,2 Kopeken. Das Tempo der Lohnerhöhung verlangsamte sich nach den Juliereignissen und ging infolge der Offensive der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse fast auf den Nullpunkt zurück. Das Tempo des Anwachsens der Teuerung war dagegen in der Zeit vom Mai bis August außerordentlich. Der Warenindex (der Preis einer Gruppe von Waren des Massenkonsums) stieg in Rußland von 4,20 auf 7,25, die Preise verdoppelten sich also nahezu. Das bedeutete eine Senkung des Reallohnes fast auf die Hälfte. Im Durchschnitt des Jahres 1917 betrug der Reallohn 57,4 Prozent des Jahres 1913. So war in den Kriegsjahren und namentlich in den acht Monaten des bürgerlichen Regimes eine völlige Verelendung der Arbeiterklasse vor sich gegangen. Die Arbeiter nährten und kleideten sich schlechter, sie führten ein Hungerdasein. Dadurch wurde die Arbeitsproduktivität nicht nur geschädigt, sondern einfach vernichtet.

Lenin zog in folgenden Worten das Fazit der Tätigkeit der Industriellen:

«Die Kapitalisten sabotieren (schädigen, hindern, hintertreiben, bremsen) wissentlich und hartnäckig die Produktion, in der Hoffnung, daß die unerhörte Katastrophe zum Zusammenbruch der Republik und Demokratie, der Sowjets und überhaupt der proletarischen und bäuerlichen Verbände führen und so die Rückkehr zur Monarchie und die Wiederherstellung der Allmacht der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer erleichtern wird<sup>1</sup>.»

Die Kornilowiade in der Industrie wurde gesteigert und verschärft und griff auch auf die anderen Gebiete des Wirtschaftslebens über.

## Der finanzielle Zusammenbruch

Das Problem der Finanzen wuchs drohend vor der Regierung empor. Im Juli und August zehrte der Krieg täglich die gewaltige Summe von 66,6 Millionen Rubel auf. Anfang Juli gab es nach der Berechnung des Kapitalisten Bublikow keine «sichere Deckung<sup>1</sup>» für bevorstehende Ausgaben in der Höhe von 12 bis 14 Milliarden. Der Rubelkurs fiel rasch. Während der Periode, in der Kerenski wirtschaftete, fiel der Rubel doppelt so schnell wie 1916. Er verlor in fünf Monaten 25 Prozent seines Wertes. Der Zufluß der Einlagen in den Kreditanstalten ging um etwa eine Milliarde zurück. Seit dem April hörte die Zunahme der Einlagen fast völlig auf. Ihre Summe, die am 1. März 3,05 Milliarden Rubel betrug, verringerte sich bis zum 1. Oktober auf 1,63 Milliarden. 1916 wurde Papiergeld in der Höhe von 1,5 Milliarden, in den ersten fünf Monaten der Provisorischen Regierung dagegen in der Höhe von 4,5 Milliarden ausgegeben. Eine Lawine von Papiergeld — man nannte es «Kerenskirubel» — überschwemmte das Land. Das Finanzwesen krachte in allen Fugen, wie ein Schiff im Packeis. Die Finanzpolitik der Regierung, die durch den Druck von Papiergeld einen Ausweg aus der Lage suchte, rief sogar bei Rjabuschinski Empörung hervor. Er erblickte darin — und ganz mit Recht — eine Fortsetzung der Politik des alten Regimes und erklärte, das «könne schon niemanden mehr verlocken».

Der Sturz des Rubels trieb die Industrie und die ganze Volkswirtschaft dem Abgrund einer neuen Krise zu. Die Regierung suchte Mittel, um das Land von dem finanziellen Zusammenbruch zu heilen, aber ihr fiel nichts ein, als die Tätigkeit der Notenpresse zu beschleunigen. Verzweifelt machte der bürgerliche Professor Tugan-Baranowski den Vorschlag einer Zwangsanleihe bei den Kapitalisten. Professor Hensel berechnete, daß eine solche Anleihe 10 Milliarden aufbringen könne. Aber die bürgerliche Presse wandte sich gegen diese verzweifelten Wagehälse und brachte sie zum Schweigen. Eine im Finanzministerium einberufene Konferenz sprach sich gegen eine solche Anleihe aus, unter Berufung auf die «öhnehin schon hohe direkte Besteuerung». Nachdem sie die indirekte Besteuerung der Bourgeoisie in Form einer Anleihe verteilt hatte, setzte sich die gleiche bürgerliche Presse für die gesteigerte indirekte Besteuerung der arbeitenden Bevölkerung ein. Die «Torgowo-Promyschlennaja Gaseta» — das Organ der Fabrik-

besitzer — betonte am 3. August, die Hauptsache in der neuen Etappe seien nicht die direkten, sondern die indirekten Steuern.

«Die zweite Etappe der Steuerreform beginnt; jetzt ist es nötig, sich energisch mit den Akzisen und Monopolen zu befassen. Man kann grundsätzlicher Gegner der indirekten Steuern und dennoch gezwungen sein, die Unvermeidlichkeit ihrer Erhöhung anzuerkennen<sup>1</sup>.»

Unter Hinweis auf die langen Schlangen vor den Geschäften versicherte der Verfasser des Artikels, die Bevölkerung sei bereit, zu zahlen, «da sie über viel freies Geld verfügt<sup>2</sup>». In Wirklichkeit besaß die Bevölkerung natürlich keinerlei überflüssiges Geld, sondern es fehlte einfach an Produkten, an Waren, und die Werktätigen, vom Hunger gequält, veräußerten alles, um nur dem drohenden Tode zu entgehen.

Die «Torgowo-Promyschlennaja Gaseta» erklärte am 3. August offen:

«Die Sätze der indirekten Steuern sind durchaus nicht entsprechend der erhöhten nominellen Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung und besonders der Arbeiterklasse erhöht worden.»

Die Zeitung forderte von der Regierung:

«Das Finanzministerium muß sein Augenmerk auf die Erhöhung der Akzisen und die Einführung neuer Monopole zugunsten der Staatskasse richten<sup>3</sup>.»

Die Regierung kam dieser Aufforderung der Bourgeoisie unverzüglich nach. In der «Rjetsch» erschien am 6. August ein Interview des Finanzministers N. W. Nekrassow, worin er erklärte:

«Angesichts der grandiosen Ausgaben wird eine Erhöhung der *indirekten* Besteuerung notwendig sein. Unvermeidlich ist ferner die Einführung neuer Staatsmonopole: für Zucker, Streichhölzer und Tee<sup>4</sup>.»

In seinem Referat auf der Reichsberatung legte Nekrassow seine Vorschläge ausführlich dar. Bezüglich der direkten Steuern sagte er, «sie müssen den Wirtschaftsapparat der Industrie unangetastet lassen<sup>5</sup>», d. h. es könne nur von ihrer Herabsetzung die Rede sein. Ueber die indirekten Steuern dagegen sagte der Minister etwas ganz anderes:

«Ohne eine Erhöhung, *eine ernsthafte und bedeutende Erhöhung* der indirekten Besteuerung können wir im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht auskommen<sup>6</sup>.»



Bei dieser Gelegenheit beruhigte der Minister die Bourgeoisie noch besonders über die Monopole für Zucker und andere Waren:

«Wir betrachten diese Maßnahmen als ausgesprochen fiskalisch, wir halten ihre Durchführung für notwendig im Interesse einer vollständigeren und besseren Heranziehung der Einkünfte und erblicken darin durchaus kein planmäßiges Bestreben, die privatwirtschaftliche Initiative einzuengen<sup>1</sup>.»

Nekrassow betonte ausdrücklich, daß die Monopole für Artikel des Massenkonsums den Zweck verfolgen, das Einkommen der Werktätigen, nicht aber das der Kapitalisten zu regulieren. Das war ein ganzes Kornilowprogramm auf dem Gebiete der Finanzpolitik. Die Vertreter der «revolutionären Demokratie» auf der Reichsberatung erklärten durch den Mund des «Sozialisten» Tschcheidse die Betrachtungen des Ministers über die indirekten Steuern für richtig.

Der Aufruf der Arbeiter- und Soldatensowjets sprach gleichfalls von der Heranziehung der gesamten Bevölkerung zu ernsthaften Opfern, um eine Finanzkatastrophe abzuwenden.

Die Regierung erfüllte alle Versprechungen des Finanzministers mit peinlicher Genauigkeit. Im September legte das Finanzministerium der Regierung einen Entwurf vor, durch den die Entrichtung der einmaligen Steuer auf das Jahr 1918 verlegt und die Einkommensteuer herabgesetzt wurde. Die Regierung stimmte diesen Maßnahmen voll und ganz zu. Darüber hinaus faßte der Sonderbeirat für die Landesverteidigung einen Beschluß über die Gewährung von Vorschüssen an die Kapitalisten auf Rechnung der künftigen Preiserhöhung. Im September wurde das Zuckermonopol eingeführt und der Eisenbahntarif um ein Mehrfaches erhöht. Am 25. September wurde in einer Regierungserklärung die entscheidende Bedeutung der indirekten Steuern und die Notwendigkeit ihrer Erhöhung betont. Mitte Oktober stellte das Finanzministerium die Entwürfe für die Einführung einer Reihe von weiteren Monopolen fertig: für Streichhölzer, Machorka (Häckseltabak), Kaffee und Tee. Sie wählte Artikel des Massenkonsums aus. Sie wollte aus der Ausplünderung der Massen mit Hilfe dieser Monopole hohe Gewinne heraus schlagen. Früher hatte das Teemonopol 150 bis 160 Millionen Rubel Gewinn eingebracht, jetzt gedachte die Regierung 740 Millionen zu erhalten. Allein durch die Streichhölzer beabsichtigte die Regierung 207 Millionen Rubel Reingewinn aus den Werktätigen herauszupressen.

Die Erhöhung der Preise auf Verlangen der Kapitalisten hatte noch eine andere Seite: die endlose Erhöhung der Ausgabe von Pa-

piergeld. Im April wurde für 476 Millionen Rubel Papiergeld ausgegeben, im September für 1954,4 Millionen, d. h. mehr als das Vierfache. Der Oktober brachte neues Papiergeld in der Höhe von 1933,5 Millionen. Das von der Provisorischen Regierung ausgegebene Geld, das unter der Bezeichnung «Kerenski-Rubel» bekannt ist, kennzeichnet am besten den Charakter der Finanzpolitik der Bourgeoisie. Die kleinen Papierstücke mit der Aufschrift «20» und «40» Rubel trugen weder eine Unterschrift noch ein Datum noch eine Nummer. Infolge der fieberhaften Arbeit der Notenpresse verlor der Rubel vom August bis zum Oktober 37 Prozent seines Wertes, d. h. anderthalbmal soviel wie in den ersten fünf Monaten der Revolution. Der Arbeiter erhielt seinen Lohn in Form von «sinkenden Rubeln», in Geld, das in seinen Händen zerschmolz. Im Oktober hatte der Rubel im Vergleich zum Dollar 53 Prozent seines Kurswertes verloren. Die Entwertung der Valuta wurde zum «Wirbelwind» und riß den Rubel mit bisher ungekannter Geschwindigkeit nach unten. Die Kaufkraft des Rubels betrug kaum noch 10 Vorkriegskoepen. Die ununterbrochene Ausgabe von Papiergeld förderte die Spekulation und gestattete den Kapitalisten, Millionen zu verdienen. Der Papierstrom drückte den Reallohn der Arbeiter von Monat zu Monat tiefer, die Erhöhung der indirekten Steuern versetzte ihm den letzten Stoß. Die Steuerpresse der Provisorischen Regierung ließ die Bourgeoisie in Ruhe, während sie aus den Arbeitern das Letzte herauspreßte. Die Regierung versuchte, die Finanzkrise durch einen Wall von Papiergeld einzudämmen. Aber so wenig man auf ein brennendes Haus Benzin gießen darf, so unmöglich war es, dem Finanzkrach durch die Notenpresse zu entgehen. Die Finanzkrise beschleunigte den Zusammenbruch der Wirtschaft. Die Regierung führte das Land in die Katastrophe.

### 3.

## Die Zerrüttung des Verkehrswesens

Die wachsende Zerrüttung im Verkehrswesen wurde, ebenso wie in der Industrie, nur durch die revolutionäre Initiative der Massen selbst bekämpft.

Nach den Julitagen, besonders im August, beschritt die Regierung den Weg der offenen Offensive gegen das Eisenbahnerproletariat. Der neue Kurs bestand in der Liquidierung des «Nekrassowschen Frühlings» — so wurde die Periode genannt, in der der Verkehrsminister, der «linke» Kadett Nekrassow noch gezwungen war, mit den Massen zu rechnen — und in der Durchführung der Kornilow-

politik im Transportwesen. Nach den Julitagen erhob die Kadettenpartei scharfen Protest gegen das bekannte Rundschreiben Nr. 6321 von Nekrassow. Dieses bereits am 27. Mai erlassene Rundschreiben erkannte die Gewerkschaften und Eisenbahnerkomitees im Verkehrswesen an. Sie erhielten sogar das Recht der Kontrolle über die Tätigkeit der Bahnen. Diese Periode im Verkehrswesen wurde als «Nekrassowscher Frühling» bezeichnet. Die Kadetten erklärten, das Experiment mit den russischen Eisenbahnen sei fehlgeschlagen. Eine besondere Beratung über die Verkehrsleistungen sprach sich für die Aufhebung des Rundschreibens Nr. 6321, für die erhöhte Verantwortlichkeit der Amtspersonen, für die Abschaffung aller Kontrollbefugnisse der Arbeiter und Angestellten, für das Recht der Erlassung obligatorischer Verordnungen aus, auf deren Grundlage die Disziplinargerichte die Schuldigen verhaften konnten, und zwar in äußerst beschleunigtem Verfahren.

In der Sitzung des Russisch-amerikanischen Komitees wurde in Anwesenheit einer «großen Autorität», eines «vornehmen Ausländers», Steevens, des Präsidenten der amerikanischen Eisenbahnkommission in Rußland, erklärt:

«Im Eisenbahnwesen muß es eine feste Macht geben. Die Teilnahme der Angestellten an der Verwaltung der Bahnlinien ist unzulässig<sup>1</sup>.»

Der Rat der Privateisenbahnen trat unzweideutig für die volle und bedingungslose Wiederherstellung der vorrevolutionären Arbeitsbedingungen im Transportwesen ein. Auf der Moskauer «Beratung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens» wurde am 8. August die Frage der Militarisierung der Eisenbahnen gestellt. Der Vorsitzende des Rates der Privateisenbahnen, N. D. Bajdak, erklärte in einer Unterredung mit Pressevertretern, daß «über die Eisenbahnen unverzüglich ein Ausnahmezustand verhängt werden muß<sup>2</sup>.»

Die Militarisierung der Eisenbahn war der «neue Gedanke», den Kornilow in seinem Programm aussprach. Vor seinem Losschlagen forderte der General: «Ueber die Eisenbahnen muß der Kriegszustand verhängt werden<sup>3</sup>.»

Die Bourgeoisie hielt jedoch Nekrassow für zu schwach, um die Kornilowoffensive gegen die Arbeiterklasse durchzuführen. Man brauchte einen Mann der starken Hand. Es mußte nicht unbedingt ein Kadett oder ein noch weiter rechts stehender Politiker sein. Im Gegenteil, es war für die Bourgeoisie besser, einen «Sozialisten» zu haben, der fähig war, den Willen der Bourgeoisie ebenso gewissenhaft durchzuführen, wie die Menschewiki Skobelew und Nikitin

oder die Sozialrevolutionäre S. Maslow und Tschernow. Ein solcher Kornilow für das Transportwesen fand sich. Die Direktoren der Bahnstrecken empfahlen die Kandidatur des Sozialrevolutionärs S. G. Tachtamyschew, des gleichen, den Kornilow in seine Diktaturregierung aufnehmen wollte. Der neue Minister rechtfertigte schon durch seine ersten Schritte vollauf das Vertrauen der Bourgeoisie. Am 16. Juli suchte er in seiner Rede auf dem I. Eisenbahnerkongreß die bittere Pille des Kornilowverfahrens zur Heilung des schwerkranken Transportwesens zu versüßen; er begann seine Rede mit einer Schilderung des glücklichen Lebens der Arbeiteraristokratie in England:

«Welches Glück muß der englische Arbeiter empfinden. Ich habe Arbeiterwohnungen besichtigt: die Arbeiter haben drei Zimmer, eine Küche, ein Klavier... Die Zeit ist nicht mehr fern, wo auch der russische Arbeiter, ebenso wie der englische, wenn er nach Hause kommt, eine helle, kultivierte Wohnung mit 3 bis 4 Zimmern vorfinden, ein vortreffliches Hauskonzert anhören wird: die Tochter spielt Klavier, der Sohn Geige<sup>1</sup>.»

Dann ging er von der Schilderung der paradiesischen Zukunft zur Gegenwart über und teilte dem Kongreß mit, daß

«die Befugnis zu Anordnungen und Verfügungen auf den Eisenbahnen den Organen der Regierungsmacht zusteht. Irgendwelche Einmischung in die Anordnungen dieser Organe sind unzulässig<sup>2</sup>.»

Die Arbeiter der Kasaner Eisenbahn nannten seither Tachtamyschew «die Geige» und die Mitglieder der Provisorischen Regierung «die Geiger». Nach der Rede Tachtamyschews begann ein breitangelegter Feldzug der Verwaltung gegen die Komitees: man nahm ihnen die Räumlichkeiten fort, ihre Mitglieder wurden aus dem Dienst gejagt und vor Gericht gestellt.

Nach diesem eifrigen Sozialrevolutionär wurde der Kadett P. N. Jurenjew Verkehrsminister. Er erklärte sich vollkommen solidarisch mit der Tätigkeit Tachtamyschews. Jurenjew ergänzte das Aktionsprogramm Tachtamyschews in seiner Rede auf dem Allrussischen Eisenbahnerkongreß am 1. August:

«Ich halte die Einmischung in die Verfügungsgewalt der Leitung seitens privater Personen oder Organisationen, die von der Regierung nicht dazu bevollmächtigt sind, eine Einmischung, die Zerrüttung in das Verkehrswesen bringt, von der eigenmächtigen Entfernung verantwortlicher Personen begleitet ist und im Ergebnis für die technischen Erfordernisse des Eisenbahnwesens in

dem Augenblick, den wir gegenwärtig an der Front erleben, im Augenblick militärischer Mißerfolge und größter Gefahr für den Staat, eine unmögliche Situation schafft, — ich halte eine solche Einmischung für ein Staatsverbrechen! Und die Regierung ist verpflichtet, mit ihrer ganzen Machtfülle gegen derartige Versuche, als gegen offenkundig staatsfeindliche Erscheinungen vorzugehen<sup>1</sup>.»

Jurenjew wandte sich entschieden gegen die Forderungen der Arbeiter nach Lohnerhöhung. Auf die Forderung der Arbeiter der Moskauer Eisenbahnwerkstätten erwiderte er schroff: «Es ist kein Geld da». Diese stereotype Antwort gab er allen.

Die Kompromißler unterstützten voll und ganz den Kornilowkurs im Eisenbahnwesen. Auf der Reichsberatung sprach im Namen der Eisenbahner der rechte Sozialrevolutionär Orechow, der Vorsitzende des Gründungskongresses der Eisenbahner (im Juli-August) und der erste Vorsitzende der Eisenbahnerexekutive, wie das Allrussische Exekutivkomitee der Eisenbahnarbeiter und -angestellten genannt wurde. Dieser «Sozialist» erklärte auf der Beratung:

«Ordnung, Opfer und Landesverteidigung — dazu hat uns die Regierung in diesen Tagen aufgerufen. Ordnung, Opfer und Landesverteidigung — das steht auf dem Banner des Allrussischen Eisenbahnerverbandes<sup>2</sup>.»

Das Verkehrswesen war eine der vielen «verflixten Stellen», wo der Provisorischen Regierung, um in Gogols Sprache zu sprechen, «das Tänzchen nicht gelingen wollte». Die Minister wechselten, aber das Verkehrswesen ging nach wie vor aus dem Leim . . . Jurenjew wurde durch Liwerowski ersetzt. Dieser solidarisierte sich ebenso wie Jurenjew mit der Politik seines Vorgängers. Die Unterdrückungsmaßnahmen, die Ablehnung von Lohnerhöhungen dauerten an. Auf einzelnen Bahnlinien suchte die Verwaltung die Lebensmittelversorgung der Arbeiter und Angestellten zu unterbinden. Der Leiter der Kasaner Eisenbahn, von Meck — der später unter der Sowjetmacht die Schädlingsarbeit an den Eisenbahnen organisierte — hielt dringende Kredite für den Ankauf von Waren zurück, um dadurch die Lebensmittelversorgung zu unterbinden. Derartige Handlungen der Regierung und ihrer Agenten draußen im Lande mußten unvermeidlich den Zusammenbruch des Transportwesens herbeiführen. Dazu trugen auch solche neuen Erscheinungen bei wie die Massendesertionen von der Front, die zunehmende Lebensmittelhamsterei infolge des Hungers und der Spekulation. Im Juli betrug der Leistungsausfall 200 000 Waggon, im August 248 000 Waggon.

In neun Monaten betrug die tägliche Waggongestellung 19 500, um 22 Prozent weniger als im Jahre 1916. Im Oktober wurden täglich im Durchschnitt 16 627 Waggons verfrachtet, d. h. 34 Prozent weniger als im Jahre 1916. Die Dinge näherten sich dem völligen Zusammenbruch der Eisenbahnen und folglic auch des gesamten Wirtschaftslebens des Landes. Das verhehlte auch die Bourgeoisie selbst nicht mehr. Der bekannte Ingenieur Landsberg erklärte in der Sitzung der Beratung für Verkehrsleistungen: «In den nächsten Wintermonaten muß es unvermeidlich zum völligen Zusammenbruch kommen<sup>1</sup>.»

#### 4.

### Die Verschärfung der Agrarbewegung

Der Charakter der Wirtschaftspolitik der Provisorischen Regierung hatte besonders schwere Wirkungen in der Agrarfrage. Diese Politik war schon unmittelbar mit dem Namen des Generals Kornilow verbunden.

Schon Anfang Juli hatte der Vorsitzende des Bundes der Landeigentümer, N. N. Lwow, die Großgrundbesitzer aufgerufen, «mit der Passivität Schluß zu machen, man muß vorwärtsgehen zur Offensive<sup>2</sup>.» Diese Forderung wurde vor allem von General Kornilow aufgegriffen. Schon lange vor seinem Eintritt in die «hohe Politik» erprobte der General seine Kraft an der Bodenfront. Am 8. Juli 1917 erließ Kornilow eine obligatorische Anordnung «Ueber die Einbringung der Ernte». Darin schrieb er:

«Die gesamte Ernte... muß vollständig und in kürzester Frist eingebracht werden. Deshalb wird es verboten... gewaltsam von der Aussaat oder von bereits geerntetem Getreide Besitz zu ergreifen... auf irgendeine Weise die Getreideernte zu stören...<sup>3</sup>»

Bauern, die sich dieser Anordnung nicht fügen sollten, drohte Kornilow die Verschickung in «Straf- und Arrestbataillone bis zu drei Jahren»<sup>4</sup> an. Mit der Durchführung der Verordnung wurde unverzüglich begonnen. Das Bodenkomitee von Poltawa wurde wegen Verletzung des Kornilowschen Befehls vor Gericht gestellt. Man rechnete mit einer Häufung der Strafverfahren bei den Gerichtshöfen. Die Militärbehörden verfügten, daß diese Verfahren außerhalb der Reihe behandelt werden. Falls es nötig sein sollte, wenn das Gerichtsverfahren die Bauern nicht zur Raison brächte, würde die Anwendung von Militärgewalt empfohlen.

Die obligatorische Anordnung Kornilows galt nur für das Gebiet der Südwestfront. Die «sozialistischen» Minister — Tschernow, Zereteli, Peschechonow — ließen es sich nicht nehmen, das «Gesetz» des Generals auf das ganze Land auszudehnen. Am 16. Juli verschickte der Landwirtschaftsminister eine Instruktion an die örtlichen Bodenkomitees. In dieser Instruktion riet Tschernow den Bauern, die Pachtzahlungen an die Grundbesitzer in der von den Schlichtungskammern festgesetzten Höhe zu leisten. Tschernow erklärte sogar den Uebergang des un bebauten Bodens in die Hände der Bodenkomitees für möglich, aber ... unter Zustimmung der Lebensmittelkomitees. Diese konfuse und, wie sich die Sozialrevolutionäre selbst ausdrückten, «gutmütige» Instruktion spielte eine bestimmte Rolle in dem allgemeinen Plan der Kornilowschen Offensive gegen das Dorf. Sie sollte als liberaler Deckmantel für die Kornilowschen Maßnahmen der beiden anderen «sozialistischen» Minister Zereteli und Peschechonow, dienen.

Nach der Tschernowschen Instruktion erließ der Innenminister Zereteli am 18. Juli ein eigenes Rundschreiben.

«Die Bevölkerung läßt sich — so schrieb der Minister — zur Besetzung, zum Aufpflügen und zur Bestellung fremden Bodens, zur Verdrängung der Arbeiter und zur Aufstellung von ökonomischen Forderungen hinreißen, die für die landwirtschaftlichen Betriebe untragbar sind<sup>1</sup>.»

Unter Hinweis darauf, daß Aufforderungen zur Bodenbesetzung mit der ganzen Strenge der Gesetze geahndet werden müssen, beauftragte der Minister die Gouvernements-Kommissare,

«rasche und entschlossene Maßnahmen zur Verhinderung aller eigenmächtigen Handlungen in bezug auf die Bodenverhältnisse zu ergreifen<sup>2</sup>.»

Zereteli ging noch weiter als Kornilow: Der «sozialistische» Minister erklärte sogar «die Aufforderung zur Bodenbesetzung» für unzulässig. Ein ähnliches Rundschreiben erließ der Ernährungsminister Peschechonow.

Nach einer ausführlichen Aufzählung aller «verbrecherischen» Handlungen der Bauern ordnete er an:

«Allen derartigen Erscheinungen ist sofort ein Ende zu machen ... Die an solchen Aktionen schuldigen Personen sind unverzüglich den Gerichtsbehörden zwecks Einleitung des Strafverfahrens gegen sie anzuzeigen<sup>3</sup>.»

Die Kornilowschen Rundschreiben der «sozialistischen» Minister wurden durch einen Befehl des Generals Kornilow selbst gekrönt,

der zu dieser Zeit zum Höchskommandierenden ernannt worden war. In dem neuen Befehl dehnte Kornilow seine obligatorische Anordnung «auf das ganze Gebiet des Kriegsschauplatzes» aus.

Der Staatsapparat, der sich in den Händen der Kornilowleute befand, machte sich an die Durchführung dieser Instruktionen, Rundschreiben und Befehle. Im Dorf war die Verfolgung der «Bodenbesetzer» im vollen Gange. Die zur Partei der Sozialrevolutionäre gehörenden Gouvernementskommissare betätigten sich dabei besonders eifrig.

Im Gouvernement Tula wurden im Juli und in der ersten Hälfte des August etwa 60 Mitglieder von Bodenkomitees und Bauernsowjets und «einfache Bauern» verhaftet, wie der Vertreter des Gouvernements auf der dritten Tagung des Hauptkomitees für Bodenfragen im August erklärte. Im Gouvernement Smolensk wurden allein in dem Kreis Jelna Vertreter von 14 Landbezirkskomitees verhaftet.

Der Allrussische Bauernsowjet, der unter Leitung der Sozialrevolutionäre stand, konnte nur feststellen, daß «die Verhaftungen und Unterdrückungsmaßnahmen formell auf einigen Artikeln des Strafgesetzbuches beruhen<sup>1</sup>», die in das Gesetz der Stolypinschen Regierung nach 1905 zum Zweck der Unterdrückung der Agrarbewegung aufgenommen worden waren.

Nach den Erlässen von Kornilow und Zereteli wurden besonders regierungstreue Truppenteile in die Dörfer geschickt. Im Juli und August wurden in elf Gouvernements — den Zentren einer besonders starken Agrarbewegung (das Zentrale Schwarzerdegebiet und die Mittlere Wolga) — 22 Fälle der bewaffneten Unterdrückung von Bauernaktionen gezählt. Das war jedoch nur ein Tropfen in dem stürmischen Meer der Bauernunruhen. Allein im Juli gab es 1122 Fälle von «Rechtsverletzungen in der Bodenfrage<sup>2</sup>». Die Gutsbesitzer sahen, daß die Gefahr jeden Augenblick über sie hereinbrechen konnte, und waren durchaus nicht gesonnen, mit verschränkten Armen auf die Konstituierende Versammlung zu warten.

Die Gutsbesitzer versuchten, unter den neuen Verhältnissen die alte Stolypin-Politik anzuwenden. Der Stolypin-Methode entsprachen die Schlichtungskammern, in denen sich je 300 Bauern einem Gutsbesitzer unterordnen sollten. Der Stolypin-Methode entsprach auch der Versuch einer Neuverteilung der gepachteten Ländereien unter die wirtschaftlich gutgestellten Bauern auf Kosten der armen Bauernschaft. Den gleichen Charakter hatte die Politik der Förderung von Kulakenwirtschaften. Auf dem Allrussischen Kongreß der Grundbesitzer wurde Anfang Juli in einer Resolution die Notwendig-



keit betont, den Bauern mit geringem Bodenbesitz auf Kosten der staatlichen, Kabinetts- und Privatländereien Boden zuzuteilen. Die Bodenzuteilung — so hieß es weiter in der Resolution — muß nach dem Grundsatz des Privateigentums erfolgen. Die Gutsbesitzer wollten um den Preis geringfügiger Zugeständnisse ihr Land behalten.

«Ich bin Gutsbesitzer — schrieb M. Boborykin aus dem Gouvernement Petrograd an den ehemaligen Dumapäsidenten Rodsjanko. — Es will mir einfach nicht in den Kopf, daß man mich meines Bodens berauben kann, und dazu noch für das unsinnigste Ziel: für Experimente mit sozialistischen Lehren. Wenn es irgendwo auf der Erde, oder meinerwegen auch auf dem Mars, jene ideale Gesellschaftsordnung gäbe, in deren Namen man mich auffordert (um nicht einfach zu sagen: ausraubt), entschädigungslos auf meinen Besitz zu verzichten, ja, glauben Sie mir, dann wäre ich bereit, mein letztes Hemd auszuziehen und dafür hinzugeben... Aber als ein Mensch, der im Dorfe aufgewachsen ist und das wirkliche russische Landleben der Landwirte und Gutsbesitzer kennt..., überlasse ich die hochtrabenden Losungen der Zukunft und erkläre: das Dorf braucht eine Macht, eine starke, kraftvolle Macht, die sich auf die Massen und auf das Gesetz stützt. Unser Bauer ist unwissend, roh, und gerade darin besteht das Verbrechen der ehemals herrschenden Adelsklasse. Der Bauer hat an vielen Orten schon das Land der Gutsbesitzer besetzt, die eigenmächtige Aufteilung ist sozusagen beinahe beendet, und jetzt kommt es auf die erfahrene, geschickte Hand des Sozialrevolutionärs an<sup>1</sup>.»

Im weiteren entwickelte der Gutsbesitzer Boborykin seinen Plan für die Bodenreform. Er empfahl der Provisorischen Regierung

«den spontanen Bestrebungen der Bauern entgegenzukommen und noch vor der Konstituierenden Versammlung einen Teil des Bodens der Gutsbesitzer unter das ‚werkttätige Volk‘ aufzuteilen<sup>2</sup>», natürlich nicht entschädigungslos, sondern gegen Ablösung.

Die Gutsbesitzer versuchten, sich eine «Stütze in den Massen» des Dorfes zu schaffen, indem sie das Kulakentum auf ihre Seite zogen. Auf Initiative der Gutsbesitzerverbände begann man mit der Schaffung von «Verbänden bäuerlicher Eigentümer». Sie stellten sich in ihrer Mehrheit offen auf den Boden des Kadettenprogramms. So hieß es in dem Programm eines dieser Verbände der südlichen Ukraine:

«Der Verband nimmt umfassenden Anteil am politischen Leben des Staates und erstrebt die Verwirklichung einer demokrati-

schen, republikanischen Staatsordnung nach den von der Partei der ‚Volksfreiheit‘ vertretenen Grundsätzen<sup>1</sup>.»

Das Programm verurteilte ferner entschieden «alle Bodenbesetzungen und Agrarunruhen» und empfahl, die Enteignung von privatem Grundbesitz «auf dem Boden des Grundsatzes des Privateigentums» und «gegen ein gerechtes Entgelt» vorzunehmen.

Der auf die Förderung der «starken Landwirte» gerichtete Stolypin-Kurs wurde ergänzt durch eine bewußte Politik der Zerstörung der Landwirtschaft, die ohnehin schon durch den Krieg unterwühlt war. Die Rjabuschinskis auf dem Lande suchten, ebenso wie ihre Kollegen in der Stadt, die Revolution durch die Knochenhand des Hungers zu erdrosseln. Die Gutsbesitzer ließen den Boden unbestellt, verwüsteten die Saat, vernichteten das Getreide, schlachteten das Vieh. Die «Nachrichten des Allrussischen Sowjets der Bauerndeputierten» (Iswestija) meldeten Mitte Juli, daß der Gutsbesitzer Esmon im Kreis Starobychow die ihm gehörende Roggenaussaat abgrasen ließ. Auf die Forderung eines Milizionärs, damit aufzuhören, erwiderte der Gutsbesitzer: «Bis zur Konstituierenden Versammlung bin ich Herr meines Bodens und werde daher tun, was mir beliebt». Auf die Frage, wie er den Roggen abzuernten gedenke, antwortete der Gutsbesitzer: «Der Roggen bleibt auf dem Felde und wird nicht geerntet . . . Das geht niemanden etwas an, denn der Roggen ist mein Eigentum<sup>2</sup>.» Ein Delegierter des Gouvernements Mohilew teilte auf der zweiten Tagung des Hauptkomitees für Bodenfragen mit:

«Der Gutsbesitzer Sipajlo vernichtet seine Wirtschaft systematisch. Er verkauft heimlich, in aller Stille, sein ganzes Zuchtvieh, jede Nacht 12 bis 14 Kühe, er verkauft seine landwirtschaftlichen Geräte jedem, der sie haben will, den Getreidestand und die Wiesen verwüstet er<sup>3</sup>.»

Die Landverwaltung berichtete Ende Juli aus dem Balaschower Kreis:

«Die Gutsbesitzer ernten das Heu und Getreide nicht ab, zuweilen verbrennen sie es oder lassen es durch das Vieh abgrasen<sup>4</sup>.»

Die Schädlingspolitik der Grundbesitzer löste eine scharfe Gegenbewegung der Bauern aus und trieb sie zur Steigerung des Kampfes gegen die Gutsbesitzer. Das Komitee der Grundbesitzer von Südrußland telegraphierte an Kerenski:

«Die von der Provisorischen Regierung zur Verhinderung der Anarchie erlassenen Gesetze und der Befehl des Höchstkomman-

dierenden vom 31. Juli ds. J. *werden völlig misfachtet*, die Dörfer leben und handeln nach den Weisungen örtlicher, eigenmächtig geschaffener Organisationen... Ein solcher Zustand muß zum völligen Zusammenbruch der Landwirtschaft mit allen verhängnisvollen Konsequenzen führen. Das Hauptkomitee des Verbandes der Grundbesitzer bittet die Provisorische Regierung, im Staatsinteresse unverzügliche Maßnahmen zur Einstellung der katastrophal schädlichen Tätigkeit der Bodenkomitees... und zum Schutz der Person und des Eigentums der Grundbesitzer zu treffen!.»

Diese Schilderung der Lage im Dorf wurde drei Tage vor der Erhebung Kornilows gegeben. Es ging nicht mehr um den Boden allein. Das Leben der Gutsbesitzer selbst und ihr ganzes Eigentum sollten geschützt werden. Diese Aufgabe konnte nur die Kornilow-Politik, wie sie von der Regierung im Juli begonnen wurde, erfüllen.

Am 8. September verfügte die Regierung die Unterstellung der Boden- und Lebensmittelkomitees unter die Verwaltungsgerichte. Die Bauernorganisationen befanden sich erneut unter dem Stiefel der Gutsbesitzer, die im Verwaltungsapparat saßen. Am gleichen Tag, den 8. September, beeilte sich Kerenski, der «Sieger» über Kornilow, der Vorsitzende des Direktoriats und Höchstkommandierende, dem besiegten General seine Treue zu bezeugen. Kerenski erließ den Befehl Nr. 911 in Ergänzung und Bestätigung des Kornilowschen Befehls vom 31. Juli. Der neue Höchstkommandierende wiederholte ohne jeden Anspruch auf Originalität wörtlich den Befehl Kornilows:

«Ich verbiete unbedingt — schrieb Kerenski — 1. die gewaltsame Beschlagnahme der Aussaat oder des geernteten Getreides ... 2. die Fortnahme von lebendem oder totem Inventar auf gewaltsame, ungesetzliche Weise ...»

Gleichzeitig setzte die Regierung ihre alte Politik des Betruges an der Bauernschaft fort. An die Stelle des «Bauernministers» Tschernow trat der Sozialrevolutionär Semjon Maslow. Dessen Namensvetter, der menschowistische Agrartheoretiker Peter Maslow, zog rasch die Bilanz der Tätigkeit Tschernows.

«Die Bauernpolitik... — schrieb er in der Zeitung ‚Djen‘ — ist letzten Endes für die Bauern selbst schädlich... Die Provisorische Regierung hat offenbar den Parteicharakter der Maßnahmen des Landwirtschaftsministeriums ein wenig geglättet und neutralisiert. Dank dieser Glättung und einer vernünftigen Elasti-

zität Tschernows hatte die Tätigkeit des Landwirtschaftsministeriums keine bösen Folgen . . .<sup>1</sup>»

In dieser Beurteilung war das ganze Programm des sozialrevolutionär-menschewistischen Blocks enthalten. Und wenn die Gutsbesitzer bis zur Oktoberrevolution noch nichts von den wirklichen «bösen Folgen» der Bauernbewegung zu spüren bekamen, so verdankten sie das voll und ganz der «vernünftigen Elastizität» der Sozialrevolutionäre und Menschewiki.

Ihre Politik des Bauernbetruges fortsetzend, erklärte die Regierung in ihrer Deklaration vom 27. September:

«Die unmittelbare Regelung der Bodenverhältnisse muß den Bodenkomitees übertragen werden, deren Kompetenz in einer noch durch ein besonderes Gesetz festzulegenden Form, aber ohne Verletzung der bestehenden Formen des Bodenbesitzes, der für landwirtschaftliche Zwecke bestimmte Boden übergeben werden kann . . . um die Volkswirtschaft vor dem endgültigen Zusammenbruch zu retten<sup>2</sup>.»

Diese Deklaration diente als Vorbereitung zu einem geschickten Manöver Kerenskis. Das Manöver bestand darin, daß man angesichts der wachsenden Bauernaufstände die «Volkswirtschaft», d. h. die Gutsbesitzerwirtschaft «ohne Verletzung der bestehenden Formen des Bodenbesitzes» nur dann retten konnte, wenn man die Gutsbesitzernester in die Kompetenz der Gouvernementskomitees verwies. Die Gouvernementskomitees standen unter Führung der Gutsbesitzer. Der Boden gelangte in zuverlässige Hände, wenn dieses Manöver Erfolg hatte. Aber die Gutsbesitzer hatten auch in den Gouvernementskomitees keine sehr feste Position. Bevor sich die Provisorische Regierung zu diesem gefährlichen Schritt entschloß, ging sie an die Stärkung «der örtlichen Macht». In ihrer Sitzung vom 29. September erklärte die Regierung für notwendig,

«in denjenigen Gouvernements, in denen Agrarunruhen stattfinden, Sonderausschüsse zu bilden, die verpflichtet sein sollen, unverzüglich Maßnahmen zur Liquidierung der in den einzelnen Orten auftauchenden Mißverständnisse sowie zum Schutz der Ordnung und Gesetzlichkeit auf dem Gebiete der Bodenverhältnisse zu ergreifen<sup>3</sup>.»

Der zweite Punkt des Beschlusses regelte die Zusammensetzung dieser «Sonderausschüsse». Diesen Feldgerichten für Agrarfragen gehörten die Vertreter der Zentralgewalt an Ort und Stelle an, ferner

«Vertreter der örtlichen gesellschaftlichen Selbstverwaltungsorgane..., die unmittelbare Verbindung mit den die Bodenverhältnisse berührenden Fragen haben<sup>1</sup>.»

«Unmittelbare Verbindung» mit dem Boden hatten natürlich nur die Gutsbesitzer. Ihnen wurden die «Sonderausschüsse» in die Hand gegeben, als ein Instrument, um mit den Bauern abzurechnen. Die Gouvernementskommissare und Militärbehörden erhielten die Weisung, in Übereinstimmung mit den Sonderausschüssen zu handeln und bei der Unterdrückung von Unruhen nicht vor der Anwendung der bewaffneten Macht zurückzuschrecken.

Die Maschine setzte sich in Gang. Die bewaffnete Abrechnung der Provisorischen Regierung mit der Bauernbewegung wurde im September-Oktober eine immer häufigere Erscheinung. Vom März bis Juni wurden 17 Fälle der bewaffneten Unterdrückung von Aufständen verzeichnet, vom Juli bis August 39, im September und Oktober 105. Bei einem Teil der Gutsbesitzer begann sogar die Illusion zu entstehen, Kerenski erstarke möglicherweise. «Er muß doch stark sein», wenn er die Bauern mit der Waffe in der Hand unterdrückt. In den unruhigsten Bezirken wurde der Kriegszustand verhängt. Ins Gouvernement Tambow wurde eine Militärabteilung unter dem Befehl des Hauptmanns Mironowitsch geschickt. Bei der Abteilung befand sich der aus Moskau eingetroffene Staatsanwalt A. F. Staal, ein Mitglied des Hauptausschusses des Bauernbundes. Wie schwer es diesen Herren fiel, die Bauern zu «beruhigen», das zeigen die Mittel, die sie dabei anwandten. In die Dörfer wurden Kavallerie, Kosaken und... Panzerwagen entsandt. Unter dem Schutz der Panzerwagen, die ein Mitglied des Hauptausschusses des Bauernbundes einrücken ließ, erhoben die Gutsbesitzer das Haupt. Die außerordentliche Adelsversammlung des Gouvernements Tambow forderte die Rückgabe des besetzten Bodens, die Erhöhung der Pachtsätze und, vor allem, entschlossenes Vorgehen.

In das Gouvernement Kasan wurden im September 2775 Soldaten gesandt. Aber aus den Dörfern wurde berichtet:

«Einige Truppenteile sind völlig untauglich: so liefen die Soldaten im Kosmodemjansker Kreis bei einer Kundgebung der Frauen auseinander<sup>2</sup>.»

Sogar die zuverlässigste Truppe der Bourgeoisie, die Kerenski von dem alten Regime übernommen hatte, verweigerte den Dienst.

«Im Gressker Landbezirk — so wird im Oktober aus dem Gouvernement Minsk gemeldet — flüchteten die zur Wieder-

herstellung der Ordnung dorthin kommandierten Kosaken, weil die Bauern sie mit Steinwürfen bedrohten<sup>1</sup>.»

Auch dort, wo es gelang, die äußere Ordnung durch Anwendung der Feuerwaffe wieder herzustellen, blieb die Lage sehr gespannt.

«Solange es um Fragen allgemeinen Charakters geht — so schrieb die bürgerliche Zeitung ‚Russkije Wjedomosti‘ in einer Untersuchung der Situation im Dorf —, sind die Bauern zurückhaltend, ruhig, hören aufmerksam zu; sobald der Redner aber eine örtliche Frage berührt, ist die Ruhe und Zurückhaltung augenblicklich verschwunden<sup>2</sup>.»

Die Illusionen der Gutsbesitzer schwanden rasch dahin. Die Regierung, der es im Juli und August nicht gelungen war, die Bauernbewegung zu unterdrücken, erwies sich gegenüber dem Bauernaufstand im September-Oktober als ohnmächtig. Unter diesen Umständen mußten sich die Gutsbesitzer zu einem gefährlichen Manöver entschließen: Sie versuchten, den Anschein zu erwecken, als würde der Boden den Bauern übergeben. Es mußte der Versuch gemacht werden, den Boden den halbgutsbesitzerlichen (aus Sozialrevolutionären bestehenden) Komitees zu übergeben und auf diese Weise, unter Aufrechterhaltung der Grundlage der Kraft der Gutsbesitzer, die Bauernbewegung niederzuschlagen.

Der Vorsitzende des Kongresses der Landbezirks-, Kreis- und Gouvernements-Semstwow des Gouvernements Saratow drahtete am 5. Oktober an das Innenministerium:

«Die einzige Maßnahme, die die Ausbreitung der Unruhen aufzuhalten vermag, ist die sofortige Uebergabe des gesamten Bodens der Gutsbesitzer in die Verfügungsgewalt der Bodenkomitees<sup>3</sup>.»

Am 13. Oktober drängte der Kommissar der Provisorischen Regierung für das Gouvernement Nishnij-Nowgorod gemeinsam mit dem Gouvernements-Bodenkomitee und dem Parteikomitee der Sozialrevolutionäre in einem Telegramm auf die Uebergabe des gesamten Bodens an die Komitees «im Interesse der Rettung der kulturell hochstehenden Wirtschaften und der Beruhigung der Bevölkerung<sup>4</sup>.» So wie man die Bauern in der vorhergehenden Etappe durch die Versprechungen der Sozialrevolutionäre, durch die Reden Tschernows betrogen hatte, wurde auch jetzt diese «ehrenvolle» Aufgabe dem neuen Landwirtschaftsminister, dem rechten Sozialrevolutionär S. Maslow, übertragen. Schon im Juli hatte Maslow ganz ungewöhnliche ministerielle Fähigkeiten an den Tag gelegt. In seiner Rede auf

der zweiten Tagung des Hauptkomitees für Bodenfragen hatte er es fertiggebracht, als Verteidiger der Gutsbesitzerinteressen sich «über» die Bestrebungen der verschiedenen Klassen zu stellen.

«Das erfordert — so führte der künftige Minister aus —, daß über allen Bodenfragen in den einzelnen Orten irgendein höheres Organ, irgendein höheres Recht, eine höhere Norm steht, die einerseits die Gutsbesitzer, andererseits die Bauern bindet und ihre gegenseitigen Beziehungen regelt<sup>1</sup>.»

Solch ein Minister war ein gefundenes Fressen für die Gutsbesitzer. Als S. Maslow an die Stelle Tschernows trat, erklärte er sofort, er werde die Linie seines Vorgängers fortsetzen. In der ersten Hälfte des Oktober legte der fruchtbare und energische Minister der Regierung eine ganze Reihe von Entwürfen vor: über die Regelung der Bodenverhältnisse, über die Pachtfonds, über Streitigkeiten bezüglich der Pachtverträge u. a. Die Gesetze wurden der Regierung zur «rechten Zeit» vorgelegt.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Grundbesitzer gab in seiner Sitzung vom 1. Oktober, an der 25 Vertreter von Gouvernements-Organisationen teilnahmen, eine scharf umrissene Charakteristik der Lage im Dorf:

«Die Agrarunruhen erfassen einen immer größeren Teil des Landes, nehmen einen immer wilderen, zerstörenden Charakter an, sind immer häufiger von Gewalt und Mord begleitet, den Unruhen fällt zugleich mit den Gutsbesitzern der ganze wohlhabende Teil der Bauernschaft zum Opfer. Das ländliche Rußland geht materiell zugrunde, geht sittlich und geistig zugrunde...<sup>2</sup>»

In dieser glühend heißen Atmosphäre wurden die Entwürfe Maslows aufmerksamer behandelt als die Tschernows. Der letzte Landwirtschaftsminister legte noch größere Elastizität an den Tag als der «elastische» Tschernow. Am 16. Oktober berichtete Maslow in einer geschlossenen Sitzung des Hauptkomitees für Bodenfragen über seinen Gesetzentwurf, der die Uebergabe des Bodens an die Bodenkomitees bis zur Konstituierenden Versammlung vorsah. Nach dem Entwurf sollte bei den Bodenkomitees ein besonderer Pachtfonds geschaffen werden, an den die Staats- und Klosterländereien übergeben werden sollten. Von dem Boden der Gutsbesitzer sollten diesem Fonds nur diejenigen Teile übergeben werden, die vorher von ihren Besitzern verpachtet waren, wobei die Besitzer die Pachtzahlungen weiter erhalten sollten. Allerdings wurde den Gutsbesitzern darüber hinaus empfohlen, ihren Boden freiwillig an den Pachtfonds zu übergeben.

Lenin hat dieses Gesetz folgendermaßen entlarvt:

«Das ist keine Beschlagnahme des Bodenbesitzes der Gutsbesitzer, sondern seine *Festigung*... Die Kadetten tun so, als sei der Entwurf der Sozialrevolutionäre außerordentlich ‚revolutionär‘, und in allen bürgerlichen Zeitungen wird *gegen* den Entwurf Lärm geschlagen... Das alles ist eine Komödie, ein Spiel, das Angebot eines feilschenden Kaufmanns, der die Charakterlosigkeit der Sozialrevolutionäre sieht und noch mehr abzuhandeln hofft. In Wirklichkeit aber ist der Entwurf S. L. Maslows ein ‚Gutsbesitzer‘-Entwurf, der *für* eine Verständigung mit den Gutsbesitzern, *für* ihre Rettung geschrieben ist<sup>1</sup>.»

Am 17. Oktober erklärte die Regierung eine zusätzliche Bearbeitung des Entwurfs für notwendig, und überwies ihn an eine besondere Kommission. Diese Kommission beschnitt den Entwurf noch mehr. Er kam in der Sitzung der Provisorischen Regierung vom 24. Oktober erneut zur Erörterung.

Weder Kerenski noch Maslow waren nunmehr imstande, die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie zu retten, trotz aller schlaunen Versuche der Kadetten. Die Agrarfrage blieb ungelöst, genau so wie die Fragen der Regulierung der Industrie und der Hebung des Verkehrswesens ungelöst blieben.

## 5.

### Der Hunger naht

Die Lebensmittelversorgung der Städte wurde mit jedem Tag schlechter. In den vier Monaten der Tätigkeit Peschechonows ging die Güterbeförderung der Eisenbahnen alles in allem auf ein Drittel, die Beförderung von Lebensmitteln auf 40 Prozent zurück. Das Ernährungsministerium war fast ganz untätig.

«Spontan entstandene demokratische Organisationen — schrieb Lenin —, Versorgungskomitees aller Art, Verpflegungskomitees . . . nahmen den Kampf gegen die Katastrophe auf<sup>2</sup>.»

Die Gutsbesitzer und Kulaken liefen von allen Seiten gegen das Getreidemonopol Sturm. Die gesellschaftlichen Organisationen und vor allem die Arbeiter- und Soldatensowjets der Hauptstädte verlangten von der Regierung scharfes Durchgreifen gegen die Getreidespekulanten. Aber der «Volkssozialist» Peschechonow unternahm nicht das geringste. In der Sitzung des Reichs-Verpflegungskomitees vom 24. August wurde ein Bericht «über die Festsetzung eines zeitweiligen Aufschlages auf den Preis für Produkte, deren



Beschaffung auf Grund des dem Ernährungsministerium, entsprechend dem Beschluß der Provisorischen Regierung vom 19. Mai 1917, gewährten Kredits erfolgt<sup>1</sup>», entgegengenommen. Das Verpflichtungskomitee beschloß einstimmig, einen zeitweiligen Preisaufschlag von 7 Prozent für alle Produkte festzusetzen. Natürlich waren diese 7 Prozent bedeutend weniger als der hundertprozentige Preisaufschlag, den die Regierung vorgenommen hatte. Aber auch die 7 Prozent schlugen in die Festpreise eine Bresche, die man bis zu jedem gewünschten Ausmaß erweitern konnte. Indem die Vertreter der Demokratie für die 7 Prozent stimmten, halfen sie der Regierung mit eigenen Händen, die Festpreise zu durchbrechen.

Als die Regierung jedoch die Festpreise abschaffte, trat Peschechonow zurück. Er berief sich darauf, daß diese Maßnahme die Ausgaben des Staates um zwei Milliarden erhöhen werde. An seiner Stelle wurde der ehemalige Minister für Handel und Industrie, Prokopowitsch, ernannt, weil er tatkräftiger im Kampf gegen die Arbeiter war. Ein Vertreter der Bourgeoisie, Rechowitsch, verglich Prokopowitsch mit Peschechonow, wobei er dem neuernannten Minister folgende Charakteristik gab:

«Man kann sich die Lage eines Ministers für Handel und Industrie vorstellen, der dazu ausersehen ist, die Entwicklung des Handels im Lande zu fördern, wenn neben ihm ein anderes Mitglied der Regierung (gemeint ist Peschechonow. *Die Red.*) dafür kämpft und Maßnahmen trifft, um den Handel vollständig zu vernichten<sup>2</sup>.»

Prokopowitsch trat für die Freiheit des Handels ein und war deshalb der geeignete Kandidat für die Abschaffung des Getreidemonopols.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki bekämpften, ebenso wie ihr Vertreter Peschechonow, nur in Worten die Offensive der Regierung gegen die Arbeiterklasse und die Werktätigen. Anstatt sich an die Massen mit der Forderung zu wenden, Kerenski vor Gericht zu stellen, begnügten sie sich mit unfruchtbarem Geschwätz. Lenin kennzeichnete ihre Position folgendermaßen:

«Die Regierung verletzt das Gesetz, indem sie den Reichen, den Gutsbesitzern und Kapitalisten zuliebe eine Maßnahme trifft, die die ganze Kontrolle — das Ernährungswesen und die Gesundung der bis zum äußersten zerrütteten Finanzen — *zu schanden macht*, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki aber fahren fort, von einer Verständigung mit den Handels- und Industrie-

kreisen zu sprechen, fahren fort, sich mit Tereschtschenko zu beraten, Kerenski zu schonen und begnügen sich mit einer papierenen Protestresolution, die die Regierung ruhig ad acta legt! . . .<sup>1)</sup>»

Die Verdoppelung der Getreidepreise war eine gigantische Steuer gegen die Werktätigen. Die Regierung schenkte den Gutsbesitzern und Kulaken mit einem Federstrich zwei Milliarden Rubel auf Kosten der Arbeiter und der armen Bauern. Die Verdoppelung der Getreidepreise unterhöhlte die Nahrungsmittelbeschaffungen, gab den Spekulanten freie Hand, zerrüttete die Finanzen noch mehr, steigerte den Hunger und die Zerrüttung. Im September berichtete die Presse:

«Infolge des Mißverhältnisses zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Produkte und Fabrikaerzeugnisse spielt sich gegenwärtig in der Provinz eine verstärkte Spekulation ab. Anstatt das Getreide auf den Markt zu bringen und es zu den festgesetzten Preisen zu verkaufen, füllen es die Bauern in Säcke und bringen das Getreide mit allen erdenklichen Kniffen, als Gepäck in die größeren Städte, um es zu erhöhten Preisen abzusetzen. In den Eisenbahnzügen und an den Bahnhöfen sieht man Spekulanten, die mit schweren Säcken beladen sind, mit Hilfe von Soldaten oder von irgendwelchen Leuten Säcke voller Getreide in die Waggons oder Militärwagen schleppen, um sie in den Großstädten zu verkaufen<sup>2)</sup>.»

Die geheime Schnapsbrennerei dehnte sich auf alle Gouvernements aus, wobei Getreide, wie das Ernährungsministerium zugab, «in entsetzlichen Mengen» vernichtet wurde. Die Spekulation erweiterte ihre Front. Der bürgerliche Politiker Kondratjew schrieb:

«Die Festpreise wurden auf das Doppelte hinaufgesetzt. . . Aber nichtsdestoweniger sind die freien Preise so rasch gestiegen, daß die neuen Festpreise und Sätze weit hinter ihnen zurückbleiben<sup>3)</sup>.»

Die Verdoppelung der Preise steigerte nicht nur die Getreidespekulation, sondern förderte auch das Steigen der Preise im allgemeinen. «Die Erhöhung der Getreidepreise um 100 Prozent hatte eine erschütternde Wirkung: die Preise für einige Nahrungsmittel stiegen auf das Doppelte<sup>4)</sup>, wurde aus dem Gouvernement Taurien gemeldet.

«Eine ansteigende Tendenz für Produkte, die nur in äußerst entferntem Verhältnis zum Getreide stehen, macht sich bemerkbar<sup>5)</sup>,»

so wurde aus Cherson berichtet. Aus Charkow hieß es: «Die wirtschaftlich starken Bauernkreise hoffen auf eine erneute Preiserhöhung. Der Glaube an die feste Verpflegungspolitik der Regierung ist erschütter<sup>t</sup>.»

Nachdem die Regierung die Preise einmal erhöht hatte, waren die Besitzer von Getreide überzeugt, sie werde sie weiter erhöhen. Sie begannen das Getreide — «die Valuta aller Valuten» — zurückzuhalten. Die Sabotage der Getreidebeschaffung nahm immer neue Formen an: das Getreide wurde versteckt, verdorben, auf den Feldern wurde Schädlingsarbeit gegen die kommende Ernte geleistet. Ein Bevollmächtigter der Regierung, der im Gouvernement Orel tätig war, berichtete, daß auf Feldern gesät wurde, auf denen Unkraut wucherte, daß der Boden nachlässig bestellt wurde, daß der Dünger nicht auf die Felder gefahren wurde. Aus dem Gouvernement Mohilew wurde dem Ernährungsministerium geschrieben, daß die Gutsbesitzer offenkundig falsche Ziffern über ihre Getreidevorräte angaben; einer von ihnen wurde der Geheimhaltung von 10 000 Pud Korn überführt. Man versteckte das Getreide, um damit zu spekulieren, man vernichtete es, um es nicht den Werkträgern in der Stadt zu liefern.

Ein Hungerwinter nahte heran. Die Lebensmittelrationen wurden überall herabgesetzt. Die Lebensmittelunruhen dehnten sich vom Dnjepr bis zum Amur aus.

In der Sitzung des Rates der Republik am 16. Oktober rühmte sich der Ernährungsminister Prokopowitsch, der über seine andert-halbmonatige Tätigkeit Bericht erstattete, daß die Verdoppelung der Preise eine Besserung der Nahrungsmittelaufbringung bewirkt habe. In Wirklichkeit war das nicht der Fall. «Die Verdoppelung der Festpreise hat die Zufuhr nicht erhöht<sup>2</sup>», so wurde aus Astrachan berichtet. «Die Nahrungsmittelzufuhr ist auf zwei Drittel zurückgegangen<sup>3</sup>», so berichtete Kursk. «Nach der Verdoppelung der Festpreise hat die Getreidelieferung abgenommen<sup>4</sup>», so drahtete Tula. So sahen die «Errungenschaften» Prokopowitschs in Wirklichkeit aus. Das Gesamtergebnis der Lebensmittelbeschaffung bestätigte diese Meldungen und widerlegte die verlogenen Behauptungen Prokopowitschs. Der Septemberplan für die Getreidebeschaffung war gescheitert, denn er wurde nur zu 31,3 Prozent erfüllt, obwohl 46,73 Millionen Pud gegenüber 19,76 Millionen Pud im August aufgebracht wurden. Aber das war nur die übliche saisonmäßige Erhöhung der Lieferungen. Ueberdies beeilten sich die Gutsbesitzer, die eine Zerstörung ihrer Güter fürchteten, ihr Getreide loszuwerden. Im

Oktober wurde der Plan nur zu 19 Prozent erfüllt: es wurden insgesamt 27,38 Millionen Pud Getreide gegenüber 48,95 Millionen Pud im Oktober 1916 geliefert. Die Zahlen widerlegten Prokopowitsch offenkundig.

Die Beschaffungsschwierigkeiten wuchsen. Sogar das Ernährungsministerium mußte die Bilanz ziehen:

«Das System der zwangsweisen Enteignung des Getreides... ist weiterhin die wirksamste Art der Durchführung des Getreidemonopols<sup>1</sup>.»

Die Entsendung von Militär zur Beschaffung von Getreide wurde immer häufiger. Die Verschlechterung der Lage an der Lebensmittelfront war so offensichtlich, daß sogar die nichtrevolutionären Organisationen in der Provinz die Rückkehr zur früheren Lage forderten. Die gesellschaftlichen Organisationen des Jenissejsker Gouvernements beantragten die Aufhebung der Verordnung über Verdoppelung der Preise, da in ihrem Gouvernement keine Notwendigkeit dafür vorliege. Aus Omsk wurde berichtet: «Das Verpflegungsamt protestiert gegen die unerwartete, unzweckmäßige Erhöhung der Festpreise<sup>2</sup>.» Das Ernährungskomitee des Gouvernements Cherson erklärte, diese Maßnahme sei «wahnsinnig, es gibt keine Rechtfertigung dafür<sup>3</sup>.»

Es gab Organisationen, die gegen den Beschluß der Regierung nicht nur protestierten, sondern ihn auch sabotierten. Das Astrachaner «Komitee zur Rettung der Revolution» beschloß: «Das Getreide ist zu den alten Preisen zu verkaufen<sup>4</sup>.» Die gesellschaftlichen Organisationen waren in 13 von 25 Gouvernements in der einen oder anderen Form gegen die Preiserhöhung.

Die Machthaber wurden von Bestürzung ergriffen. Am 10. Oktober stellte in der geschlossenen Sitzung der Landesverteidigungskommission der Provisorischen Regierung, angesichts des zunehmenden Hungers in der Armee, General Duchonin selbst die Frage «einer zahlenmäßigen Herabsetzung des Bestandes der Armee<sup>5</sup>.» Die Regierung griff zu Maßnahmen, die den Zusammenbruch nur beschleunigen konnten. Ende September versandte der Ernährungsminister ein Rundschreiben über die Requisition des Getreides. Er drohte mit militärischer Gewalt gegen diejenigen vorzugehen, die die Verpflegungspolitik der Regierung durchkreuzten. Aber diese Drohungen richteten sich nur gegen die arbeitende Bauernschaft. Gegen die Gutsbesitzer und Kulaken, die das Getreide versteckten und vernichteten, die mit ihm spekulierten, wurden keinerlei Maßnahmen, es sei denn das bloße Zureden, angewandt. Die Gutsbesitzer suchte

man zu überreden, die Bauern aber wurden gezwungen, Getreide zu liefern.

Diejenigen Organisationen, die der Regierung im Kampf gegen den Hunger hätten helfen können, wurden vollständig von der Mitwirkung an der Verpflegungsarbeit ausgeschaltet. Prokopowitsch löste schon Anfang September die Tagung des Gesamtstaatlichen Lebensmittelkomitees auf, ohne irgendwie auf die Wünsche seiner Mitglieder Rücksicht zu nehmen, und erklärte, die Tagung könne erst nach seiner Inspektionsreise durch Rußland wieder eröffnet werden. In der «Nowaja Shisn» vom 5. Oktober wurde ein interessanter Brief der Delegation des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten veröffentlicht, in dem es hieß:

«Die Delegation erblickt in der Politik des Ernährungsministeriums außer direkten Verletzungen des Gesetzes eine systematische Ausschaltung des Gesamtstaatlichen Lebensmittelkomitees, das die Meinung der revolutionären Demokratie und der gesellschaftlichen Gruppen zum Ausdruck bringt, von jedem Einfluß auf die Gestaltung des Verpflegungswesens. In dieser Politik erblickt die Delegation des Zentralexekutivkomitees eine Rückkehr zu den schlimmsten Zeiten des alten Regimes mit seiner Mißachtung der gesellschaftlichen Kräfte und der gesellschaftlichen Selbsttätigkeit<sup>1</sup>.»

Sogar die Menschewiki und Sozialrevolutionäre «meuterten». Die Regierung beschloß, sämtliche Komitees der gesellschaftlichen Organisationen zu beseitigen und an ihrer Stelle bürokratische Bevollmächtigte einzusetzen. Das war das letzte Mittel Prokopowitschs im «Kampf» gegen den Hunger. Es kennzeichnete den Feldzug der Regierung gegen die Arbeiterklasse am Vorabend der Oktoberrevolution. Die Regierung wollte das Getreide durch die Hände der Reaktionäre aufbringen.

In der Sitzung des Rates der Republik am 16. Oktober erklärte Prokopowitsch:

«Wir müssen aufhören mit dem Zureden, wir müssen aufhören, immerfort nur zuzureden. Wir müssen überall Machtorgane schaffen<sup>2</sup>.»

Um eine solche starke örtliche Macht zu schaffen, ließ das Ministerium das alte System der Bevollmächtigten und Sonderbevollmächtigten wieder erstehen. Sie traten an die Stelle aller demokratischen Organisationen. Zu Bevollmächtigten wurden Leute ernannt, die über Macht verfügten. So wurde z. B. zum Sonderbevollmächtigten des Orenburger Bezirks der Hetman der Orenburger Kosaken-

truppen, der bekannte Konterrevolutionär Dutow, Vorsitzender des Verbandes der Kosakenruppen und aktiver Teilnehmer der Kornilowverschwörung, ernannt. Das System der Sonderbevollmächtigten vom Schlage des Hetmans Dutow war keine schlechte Vorbereitung der Kräfte der Konterrevolution draußen im Lande, die einè der wichtigsten Waffen des Kampfes gegen die Revolution, das Verpflegungswesen, in die Hand nahm. Zur Nahrungsmittelversorgung wurde fast ausschließlich der private Handelsapparat als würdiger Bundesgenosse der neuen Bevollmächtigten herangezogen. Die Bevollmächtigten erfüllten glänzend die ihnen gestellten Aufgaben. Auf dem II. Kongreß der Emissäre für das Verpflegungswesen im Gouvernement Orenburg und im Turgajsker Gebiet wurde eine ausführliche Charakteristik eines der Hervorragendsten unter ihnen, Dutow, gegeben:

«Insbesondere — so teilte der Hauptemissär in seinem Bericht über den Kongreß mit — erklärt der Kongreß zur Ernennung des Hetmans Dutow zum Hauptbevollmächtigten für das Gouvernement Orenburg und das Turgajsker Gebiet ausdrücklich, daß diese Persönlichkeit unter der gesamten arbeitenden Bevölkerung des Gebiets infolge ihres politischen Hervortretens keinerlei Vertrauen genießt, nicht das geringste vom Verpflegungswesen versteht und die Grundsätze des Getreidemonopols nicht teilt; angesichts der weiteren Tatsache, daß eine ganze Reihe seiner Verordnungen über die Lebensmittelversorgung, die er in seiner Eigenschaft als Sonderbevollmächtigter erließ, Desorganisation (Zerrüttung) in den allmählich in Gang kommenden Apparat brachten (Zunahme des freien Ankaufs, Einführung von Preisen franko Speicher, völlige Mißachtung der allgemein anerkannten örtlichen Verpflegungsorgane, Durchführung einer spezifischen Kosakenpolitik usw.), weist der Kongreß darauf hin, daß seine gesamte Politik von speziell in Dienst genommenen Personen aus den Kreisen der ehemaligen Bevollmächtigten, der Getreidehändler und aller möglichen hohen Gouvernementsbeamten durchgeführt wird, die die Revolution schon in den ersten Tagen hinweggefegt hat, und daß eine solche Politik die gesamte Organisation des Verpflegungswesens in den Gouvernements vollständig diskreditiert. Der Kongreß erachtet seine Tätigkeit als unbedingt schädlich für die Sache der Lebensmittelversorgung<sup>1</sup>.»

Der Emissär irrte sich nur in einem Punkt: Dutow erkannte ausgezeichnet, wie man in der neuen Etappe auf dem Gebiet

der Verpflegung arbeiten mußte, um den Interessen der Bourgeoisie und Gutsbesitzer zu dienen. Die Wiederherstellung des vorrevolutionären Verpflegungsapparats, die Zulassung des freien Ankaufs, d. h. die Durchbrechung jedes Monopols, die völlige Mißachtung der gesellschaftlichen Verpflegungsorgane, das alles war eben die genaueste Durchführung der letzten Anordnungen der Regierung. Nicht die Emissäre waren dazu berufen, den Hetman Dutow die Kunst der Konterrevolution zu lehren. Dutow war ein «musterhafter» Bevollmächtigter, denn seine Tätigkeit bot ein Beispiel, wie man an der Lebensmittelfront gegen die heranahende Revolution zu kämpfen hatte. Nach ihm richteten sich auch die übrigen Bevollmächtigten. So «kämpfte» die Regierung gegen den Hunger. Dieser Kampf förderte in Wirklichkeit auf das aktivste die rasche Ausbreitung des Hungers, um die Sammlung der konterrevolutionären Kräfte zu erleichtern, um möglichst erfolgreich gegen die proletarische Revolution zu kämpfen, die bereits an der Schwelle stand.

Das Land trieb unaufhaltsam in die Katastrophe. Die Bourgeoisie gab an allem der Revolution die Schuld. Lenin schrieb:

«Die Kadetten frohlocken schadenfroh: die Revolution habe Schiffbruch erlitten, die Revolution sei weder mit dem Kriege noch mit der Zerrüttung fertig geworden. Das ist nicht wahr. Schiffbruch erlitten haben die *Kadetten* und *Sozialrevolutionäre mitsamt den Menschewiki*, denn dieser Block (Bündnis) hat Rußland ein halbes Jahr regiert, hat in diesem halben Jahr die Zerrüttung verstärkt und die militärische Lage verwirrt und erschwert. Je vollständiger der Bankrott des *Bündnisses* der Bourgeoisie mit den *Sozialrevolutionären* und den *Menschewiki* ist, desto schneller wird das Volk *lernen*. Desto leichter wird es den *richtigen* Ausweg finden: das Bündnis der armen Bauernschaft, d. h. der Mehrheit der Bauern, mit dem Proletariat!.»







## Elftes Kapitel

# Die ökonomische Plattform der bolschewistischen Partei am Vorabend der proletarischen Revolution

### 1.

#### Die Losungen der Bolschewiki

Die ökonomische Plattform der bolschewistischen Partei stand den Programmen sämtlicher übrigen Parteien schroff gegenüber. Diese verteidigten den Bestand des Kapitalismus. Die bolschewistische Partei entlarvte die Grundlinie jeder dieser Parteien: die Aufrechterhaltung der Ausbeutung der Werktätigen.

Die Programme der bürgerlichen Parteien sollten den Kapitalisten helfen, aus der Krise herauszukommen — durch Zugeständnisse in Einzelheiten, um das ganze, um den Kapitalismus zu erhalten. Die bolschewistische Plattform erstrebte den Ausweg aus der Sackgasse durch eine Reihe ernsthafter Maßnahmen, die zur Untergrabung und dann auch zur Liquidierung des ganzen Systems des Kapitalismus führten.

Die Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre waren nicht imstande, einen Ausweg aus der Lage zu finden. Im Gegenteil, ihre Politik erweiterte und vertiefte das wirtschaftliche Chaos im Lande. Lenin betonte damals, die Macht in den Händen der Vertreter der Bourgeoisie zu lassen —

«das bedeutet, einerseits dem Hunger und einer unvermeidlichen Wirtschaftskatastrophe, die von den Kapitalisten absichtlich beschleunigt und verschärft wird, und andererseits einer militärischen Katastrophe Tür und Tor zu öffnen . . .»

Das einzige Mittel des Kampfes gegen den herannahenden Zusammenbruch war die proletarische Revolution.

Die ökonomische Plattform der Bolschewiki brachte die Interessen und Bestrebungen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen der Bauernschaft zum Ausdruck. Die Bolschewiki riefen die Proletarier und werktätigen Bauern zur sofortigen Besetzung des Bodens der Gutsbesitzer, zur Nationalisierung des gesamten Bodens, zur Nationalisierung der vertrusteten Industrie und der Banken, zur Aufrichtung der Arbeiterkontrolle über die Produktion und die Verteilung usw., auf.

Jeder Punkt der bolschewistischen Wirtschaftsplattform, ob es sich nun um die Nationalisierung des Bodens, die Arbeiterkontrolle oder die Nationalisierung der Banken und Syndikate handelte, war eine *Kampflösung*, um die die Bolschewiki die Massen zusammenschlossen und jene politische Armee schufen, ohne die die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft unmöglich war. Jede Forderung der bolschewistischen Plattform rührte an die brennenden Tagesfragen, jeder einzelne Absatz war verständlich, jede Losung drang in die tiefsten Schichten der Arbeiter und werktätigen Bauern ein. Die scharfumrissenen, konkreten Losungen und der aufopfernde Kampf der Partei zeigten, daß die proletarische Macht nicht vor dem Kapital kriechen, daß sie vor keinerlei Maßnahmen gegen die Bourgeoisie zurückschrecken, daß sie jeden Widerstand der Kapitalisten und Gutsbesitzer brechen und die sofortige Besserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Massen herbeiführen würde.

Aber jede Losung, jeder einzelne praktische Vorschlag war nur ein Bestandteil der Gesamtplattform, eines einheitlichen und zusammenhängenden Plans, dessen ganze Grundlage, dessen ganzes Wesen auf die Errichtung der *Diktatur des Proletariats* hinzielte.

Die programmatischen Forderungen der Partei konnten nur auf der Grundlage der Diktatur des Proletariats verwirklicht werden, auf der Grundlage der Vernichtung der Macht der Kapitalisten und Gutsbesitzer, auf der Grundlage der Aufrichtung der Sowjetmacht.

Und wenn jeder Arbeiter, jeder Arbeitslose, jede Köchin und jeder arme Bauer mit eigenen Augen die proletarische Macht im Kampfe gegen die Kapitalisten sehen werden, wenn sie sehen wer-

den, daß der Boden in die Hände der Werktätigen, und die Fabriken und Werke unter die Kontrolle der Arbeiter kommen,

«dann — sagte Lenin — wird keine Macht der Kapitalisten und Kulaken, keine Macht des über Hunderte von Milliarden gebietenden internationalen Finanzkapitals die Volksrevolution mehr besiegen können, sondern diese wird im Gegenteil die ganze Welt besiegen, denn in allen Ländern reift der sozialistische Umsturz heran<sup>1</sup>.»

Der Ausgangspunkt für die ökonomische Plattform der bolschewistischen Partei am Vorabend der Oktoberrevolution war Lenins Hauptthese von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem einzelnen Lande. Die ökonomische Entwicklung Rußlands bis zum Jahre 1917 hatte alle Möglichkeiten für den Vormarsch zum Sozialismus geschaffen. Die politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse in der Periode zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution schufen die notwendigen Vorbedingungen, um diese Möglichkeiten in die Wirklichkeit umzusetzen. Lenin sagte in seinem historischen Artikel «Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen»:

«Vorwärtzuschreiten im Rußland des zwanzigsten Jahrhunderts, das die Republik und die Demokratie auf revolutionärem Wege erobert hat, ist *unnöglich*, ohne zum Sozialismus zu *schreiten*, ohne *Schritte* in dieser Richtung zu machen . . .<sup>2</sup>»

Diese These lag der vom 6. Parteitag ausgearbeiteten ökonomischen Plattform zugrunde.

Der 6. Parteitag der Bolschewiki wies in seinen Beschlüssen klar darauf hin, daß nur ein revolutionärer Umsturz, nur die Liquidierung der Diktatur der Bourgeoisie und der Uebergang der Macht in die Hände des Proletariats, in die Hände der bolschewistischen Sowjets, eine Besserung der ökonomischen Lage einleiten könne.

Welche revolutionären Maßnahmen konnten unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats das Land aus der Katastrophe herausführen?

Der Parteitag erklärte vor allem für notwendig

«eine Einmischung in das Gebiet der Produktion zum Zwecke der planmäßigen Regelung der Produktion und Verteilung, sowie die Nationalisierung und Zentralisierung des Bankwesens und die Nationalisierung einer Reihe syndizierter Unternehmungen

(z. B. der Erdöl-, Kohle-, Zucker-, Hüttenbetriebe sowie des Verkehrswesens)<sup>1.</sup>»

Die Nationalisierung der größten Betriebe und die Nationalisierung des Bodens sollten die Grundlage schaffen, auf der die Organe der Diktatur des Proletariats mit dem Aufbau der Planwirtschaft beginnen konnten. Dadurch wurde den Kapitalisten und Gutsbesitzern der Boden unter den Füßen entzogen.

Der Parteitag erklärte ferner für notwendig

«eine sich auf die Genossenschaften und Lebensmittelkomitees stützende Organisierung des richtigen Austausches zwischen Stadt und Land zum Zweck der Versorgung der Städte mit den notwendigen landwirtschaftlichen Produkten und des Dorfes mit den notwendigen Fabrikaten, landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen usw.<sup>2.</sup>»

Sein besonderes Augenmerk richtete der 6. Parteitag auf die Frage der Arbeiterkontrolle; er legte sowohl ihre Organisationsformen als auch die Wege ihrer Durchführung fest.

Dann wurden in der Resolution die Maßnahmen zum Kampfe gegen den finanziellen Zusammenbruch, die Maßnahmen zur richtigen Verteilung der Arbeitskräfte umrissen (Ueberführung der Arbeiter aus den Produktionszweigen und Betrieben, die für den Krieg arbeiteten, in Produktionszweige und Betriebe, die für die Bedürfnisse des Landes arbeiten).

## 2.

### Die Nationalisierung des Bodens

Die Bauernschaft des alten Rußland befand sich in den Fangarmen der Ausbeutung durch die Gutsbesitzer und Kapitalisten. Sie zahlte ungeheure Steuern und ging an regelmäßig wiederkehrenden Hungersnöten zugrunde. Die Macht der Gutsbesitzer hielt die Bauernschaft mit festem Griff in Finsternis und Unwissenheit. Etwa eine halbe Million Bauernfamilien wanderten alljährlich von einem Teil Rußlands in einen anderen, hauptsächlich nach Sibirien, weil sie keinen Boden hatten. Nach der amtlichen Statistik besaßen 30—35 Prozent der Bauern kein Arbeitsvieh. Etwa 4 Prozent der Bauern besaßen überhaupt keinen Boden für die Aussaat. Ein Gutsbesitzer besaß im Durchschnitt so viel Boden wie 300 Bauernhöfe. Die Bauernschaft verlangte nach Boden, aber die Gutsbesitzer, Kapitalisten und Kulaken standen ihr im Wege. Die Bauern waren

gezwungen, zu wucherischen Bedingungen Land zu pachten. Nach der Februarrevolution wurden die Bauern von den Menschewiki, den Sozialrevolutionären und der Provisorischen Regierung mit der Verheißung betrogen, die Konstituierende Versammlung würde ihnen Land geben. Alle Versuche der Bauernschaft, sich das Land zu nehmen, wurden von der Provisorischen Regierung entschlossen unterdrückt. Einzig und allein die Partei der Bolschewiki gab die Losung aus: sofortiger Uebergang des Bodens an die Bauern ohne jegliche Entschädigung.

«Bekanntlich — sagte Lenin in seinem Referat auf der Aprilkonferenz — treten die kleinbürgerlichen Parteien der Vaterlandsverteidiger dafür ein, daß man mit der Bodenfrage bis zur Konstituierenden Versammlung warten solle. Wir sind für den sofortigen Uebergang des Bodens an die Bauern bei einem Höchstmaß an Organisiertheit. Wir sind unbedingt gegen anarchische Besetzungen. Ihr schlagt den Bauern vor, sich mit dem Gutsherrn zu verständigen. Wir sagen, daß man den Boden sofort nehmen und ihn bestellen muß, um die Brotnot zu bekämpfen, um das Land vor dem Zusammenbruch zu bewahren, der mit rasender Schnelligkeit herannah<sup>1</sup>.»

Die Konfiskation des gutsherrlichen Bodens und die Nationalisierung des gesamten Bodens bedeuteten einen Schlag gegen das Privateigentum an Grund und Boden, auf dem die Macht der Gutbesitzer beruhte. Die Nationalisierung des Bodens bedeutete nicht nur die Zuendeführung der bürgerlichen Revolution, wozu die russische Bourgeoisie nicht fähig war, ebenso wie sie nicht imstande war, den Krieg fortzusetzen oder ihn zu beenden. Sie bedeutete — auf der Grundlage der Diktatur des Proletariats — auch schon einen konkreten und ernsthaften Schritt zum Sozialismus. Die Nationalisierung des Bodens richtete ihre Spitze nicht nur gegen die adeligen Grundbesitzer, sondern auch gegen die «schmierigen», stolypinschen Kulakengrundbesitzer. Als ein Schlag gegen eine der Hauptformen des Privateigentums war die Nationalisierung des Bodens ein mächtiger Schlag gegen das Privateigentum überhaupt.

Es war ganz natürlich, daß die Losung der Nationalisierung des Bodens bei der Provisorischen Regierung, bei den Menschewiki und bei der Kulakenseite der Sozialrevolutionäre wilden Haß hervorrufen mußte. Aber gerade diese Losung entsprach den dringendsten Bedürfnissen und den glühendsten Wünschen der Bauern.

Im ganzen Land brodelte bereits der Bauernaufstand unter der Losung der Liquidierung des gutsherrlichen Landbesitzes. Die

Gutsbesitzer, die noch nicht die blutige Röte der brennenden Herrenhöfe vergessen hatten, erinnerten sich mit Schrecken des alten Rufes der Bauern: «Tretet uns Land ab, sonst schneiden wir Euch den Hals ab.»

Die nachstehenden trockenen Amtsberichte zeugen von der bäuerlichen Agrarbewegung am Vorabend der Oktoberrevolution:

«Tambow, 14. September. Hier trafen die aus Moskau zur Unterdrückung der Unruhen entsandten Expeditionstruppen samt Vertretern des Moskauer Arbeiter- und Soldatensowjets ein. Nach Mitteilung der Letztgenannten liefen Nachrichten über den Ausbruch von Unruhen an einem weiteren Punkt, 40 Werst von Koslow, ein, wohin unverzüglich ein Teil der Expeditionstruppen geschickt wurde. Das Dorf Jaroslawka brennt<sup>1</sup>.»

«Saratow, 25. September. Infolge von Agrarunruhen wurden Truppen in den Serdobsker Kreis entsandt. Der Gouvernementskommissar appelliert in einem Aufruf an die staatsbürgerlichen Gefühle und erklärt, daß die Anwendung von militärischer Gewalt unvermeidlich ist<sup>2</sup>.»

«Shitomir, 29. September. Der Gouvernementskommissar erhielt eine Reihe von Nachrichten über den Beginn von Unruhen im Gouvernement. Waldungen und Saaten werden vernichtet. Zur Wiederherstellung der Ruhe wurden Truppen entsandt<sup>3</sup>.»

«Saratow, 29. September. Im Serdobsker Kreis werden Einzelgehöfte geplündert und niedergebrannt; die großen Gutshöfe von Frau Dekonskaja, Saburow, Frau Schirinkina, Nenarokomow und die Pawlowski-Siedlung wurden verwüstet<sup>4</sup>.»

«Woronesh, 7. Oktober. Im Sadonsker Kreis, in der Nähe des Dorfes Shiwojinnoje, wurden die Gutshöfe Tschertkows und anderer Gutsbesitzer von den Bauern zum Teil verwüstet. Mehr als 60 000 Pud Weizen und anderes Getreide wurden verbrannt<sup>5</sup>.»

«Pensa, 13. Oktober. Im Kreis Narowtschat wurden acht Gutshöfe verwüstet. Zur Liquidierung der Unruhen wurde Kavallerie eingesetzt. Im Krasno-Slobodsker Kreis wurde das Gut von Frau Lebedewa und im Insarer Kreis das Gut von Andronow geplündert<sup>6</sup>.»

«Nishnij-Nowgorod, 13. Oktober. Aus den Kreisen Lukojanow, Ardatow und Sergatsch laufen Berichte über den Beginn massenhaften Abholzens von Waldungen, über Niederbrennung von Gehöften, an einzelnen Orten von Gewalttaten gegen die Besitzer

begleitet, ein. Besonders ernst ist die Bewegung im Kreis Lukojanow, wo vier Gehöfte niedergebrannt wurden... An den betreffenden Ort wurde Militär entsandt<sup>1</sup>.»

Die brennenden Höfe der Gutsbesitzer und der Einzelgehöfte besitzenden Kulaken waren nicht nur eine grelle Illustration der in die Tat umgesetzten bolschewistischen Losung: in ihrem Lichte sah der Proletarier die Bahn des Sieges, die ihm das Bündnis mit den Halbproletariern des Dorfes eröffnete. Gerade die Losung der Konfiskation des gutsherrlichen und der Nationalisierung des gesamten Bodens rüttelte die Bauernschaft in den verschiedensten Gegenden des Landes zum Kampfe gegen die Gutsbesitzer und Kulaken auf. Dank dieser Losung errangen die Bolschewiki in der Bodenfrage schon im September 1917 die Mehrheit in den Sowjets.

Die Bauernmassen zerstörten die Grundlagen der gutsherrlichen Ordnung, während die Provisorische Regierung in ihrer Deklaration vom 25. September 1917 sie dazu aufrief, die Bodenverhältnisse «ohne Verletzung der bestehenden Formen des Grundbesitzes<sup>2</sup>» in Ordnung zu bringen. Die Nationalisierung des Bodens beseitigte die Grundlage der gutsherrlichen Ordnung, aber der Block der Kadetten und Sozialrevolutionäre mit den Menschewiki suchte die stürzenden Grundfesten dieser Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die Konfiskation und auf ihrer Basis die weitere Nationalisierung des Bodens beendeten ein- für allemal den Landhunger, der die Bauern unter das Joch der Gutsbesitzer getrieben hatte, machten Schluß mit dem bäuerlichen Bodenmangel, der so schlimm war, daß es nach den Worten Tolstois «nicht einmal möglich war, ein Huhn ins Freie zu lassen». Schon dies allein war von gewaltiger revolutionärer Bedeutung.

Aber die bolschewistische Partei zielte noch ungleich weiter. Die konsequent durchgeführte Nationalisierung des Bodens mußte unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats zur Grundlage für die vollständige Rekonstruktion der Landwirtschaft nach neuen, sozialistischen Grundsätzen werden. Durch die Liquidierung des Privateigentums an Boden zerstörte die Nationalisierung auch die Jahrhunderte alten Eigentümergebote, die die Bauern mit furchtbarer Kraft an den Boden schmiედeten. Der Weg wurde freigemacht für neue Formen der Wirtschaft, an Stelle der alten, aus der Urväterzeit, aus der Zeit der Leibeigenschaft stammenden Formen, die den Kleinbauern in ewiger Sklaverei auf einem winzigen Stück Boden festhielten. Stalin zog in seiner Rede auf der Konferenz der marxistischen Agrarsachverständigen im Jahre 1929

folgende Bilanz der von der Sowjetmacht durchgeführten Nationalisierung des Bodens:

«... Gerade darum, weil bei uns kein Privateigentum an Grund und Boden besteht, gibt es bei uns auch nicht das sklavische Hängen des Bauern an seinem Boden, wie wir es im Westen zu verzeichnen haben. Dieser Umstand muß aber den Uebergang der kleinbäuerlichen Wirtschaft auf die Bahnen der Kollektivwirtschaften erleichtern.

Das ist eine der Ursachen dafür, daß es den *Großbetrieben* im Dorf, den Kollektivwirtschaften im Dorf, so leicht gelingt, bei uns unter den Verhältnissen der Nationalisierung des Bodens, ihre *Ueberlegenheit* gegenüber der *kleinen* Bauernwirtschaft zu demonstrieren.

Darin liegt die große revolutionäre Bedeutung der Sowjet-agrargesetze, die die absolute Rente aufgehoben, das Privateigentum an Boden abgeschafft und die Nationalisierung des Bodens durchgeführt haben<sup>1</sup>.»

### 3.

## Die Arbeiterkontrolle über die Produktion

Die Arbeiterkontrolle — eine der wichtigsten Programmforderungen der bolschewistischen Partei am Vorabend der Oktoberrevolution — hatte besondere Bedeutung angesichts des vollständigen Bankrotts der kapitalistischen Wirtschaft, angesichts der Politik der Sabotage, der Aussperrungen und der Unterhöhnung der Produktion, die die Unternehmer betrieben. Ebenso wie die anderen Losungen der Wirtschaftsplattform war auch die «Arbeiterkontrolle» eine Losung des Kampfes um die Macht. Die Bolschewiki dachten sich diese Losung niemals ohne die Hauptsache: die Diktatur des Proletariats.

Lenin betonte in seiner historischen Schrift «Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?», daß wir, wenn wir von der Arbeiterkontrolle sprechen, «diese Losung immer *neben* die Diktatur des Proletariats, immer *unmittelbar nach* ihr stellen...<sup>2</sup>»

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre setzten sich wütend gegen die Arbeiterkontrolle zur Wehr. Sie schrieben in ihren Zeitungen, die Arbeiterkontrolle werde nur zur Anarchie führen, der Arbeiter werde den Aufgaben einer Kontrolle des Wirtschaftslebens nicht gewachsen sein. Sie behaupteten stets und ständig, wenn überhaupt von einer Kontrolle die Rede sein könne, so müsse man von



einer Staatskontrolle sprechen, da sich aber die Staatsmacht vor der Oktoberrevolution in den Händen der Bourgeoisie befand, bedeutete dies im Grunde die Auslieferung der Kontrolle an die Bourgeoisie. Auch in dieser Frage schützten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse.

Anfang Juli fand in Moskau eine Beratung der Unternehmer statt. Dort wurde der Beschluß gefaßt, mit allen Mitteln die Durchführung sozialistischer Maßnahmen zu verhindern und besonders gegen die Einmischung der Arbeiter in die Angelegenheiten der Produktionsleitung zu kämpfen.

Eine zweite Unternehmerberatung bestätigte diese Beschlüsse. Die Provisorische Regierung und ihre Organe, ebenso wie die Unternehmerorganisationen und die Kapitalisten in den einzelnen Orten, kämpften mit aller Entschlossenheit gegen die Arbeiterkontrolle. Aber auch diese Losung der Bolschewiki fand wärmste Unterstützung bei den Arbeitermassen. Die Arbeiter und Angestellten der Betriebe selbst sollten durch ihre auf Vollversammlungen gewählten Vertreter die Arbeiterkontrolle verwirklichen. Die Stilllegung von Betrieben oder die Einschränkung der Produktion ohne Erlaubnis der Arbeiterkontrolle wurde verboten. Die Arbeiterkontrolle prüfte sämtliche Dokumente und Geschäftsbücher der Betriebe und deckte die Spekulations-Machenschaften der Unternehmer auf, sie kontrollierte die Vorräte an Rohstoffen, Produkten und sonstigem Material. Sie schuf bewaffnete Abteilungen, um die Betriebe gegen die Schädlingsaktionen der Kapitalisten zu schützen, die lieber ihr Eigentum vernichten wollten, als es dem neuen Herrn, der Arbeiterklasse, auszuliefern.

«Die Arbeiterkontrolle — so hieß es in der Resolution des 6. Parteitages der Bolschewiki — ist durch allmählich einzuführende Maßnahmen zur vollständigen Regulierung der Produktion zu entwickeln.

Zur Durchführung der Arbeiterkontrolle sind als vorläufige Maßnahmen notwendig: Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, Offenlegung der Geschäftsbücher der Kaufleute, Industriellen und Banken für die Kontrolle. Die Verheimlichung von Dokumenten ist als kriminell strafbar zu erklären. Die Vorräte müssen periodisch registriert, Berichte über die vorhandenen Vorräte müssen unter Angabe der Unternehmungen, in deren Besitz sie sich befinden, periodisch veröffentlicht werden<sup>1</sup>.»

Durch die Arbeiterkontrolle wurde den kapitalistischen Methoden der Wirtschaftsführung ein Stoß versetzt. Für die Geschäfts-

geheimnisse, unter deren Deckmantel der Raub betrieben wurde, blieb kein Raum mehr.

«Zur Bekämpfung der heimlichen und offenen Aussperrungen ist ein Gesetz zu erlassen, das die Stilllegung von Betrieben oder die Einschränkung der Produktion ohne Genehmigung des Sowjets der Arbeiterdeputierten, der Gewerkschaften und zentralen Fabrikkomitees verbietet».

erklärte der Parteitag in seiner Resolution.

Die Organe der Arbeiterkontrolle konnten nach dem Siege des Proletariats zu Organen der Leitung der Betriebe entwickelt werden. Die umfassende Entfaltung der Arbeiterkontrolle *bereitete* die Arbeiter auf die Leitung der Wirtschaft *vor*, brachte aus der Tiefe der Arbeitermassen Tausende von glänzenden Organisatoren und Führern hervor.

#### 4.

### Die Nationalisierung der Banken und der vertrauerten Industrie

Der 6. Parteitag der Bolschewiki erklärte, daß es im Interesse einer planmäßigen Regelung der Produktion und Verteilung notwendig sei, das Bankwesen und eine Reihe syndizierter Betriebe zu nationalisieren und zu zentralisieren. Die Industriellen waren nicht nur gegen die Nationalisierung der Industrie, sondern sogar gegen ihre Zwangssyndizierung, d. h. gegen ihre zwangsweise Vereinigung in großen Organisationen. Die Provisorische Regierung sammelte etwas von einer solchen Syndizierung, wagte aber nicht, darauf zu bestehen, und zog ihre Vorschläge unter dem Druck der Fabrikanten rasch zurück.

Nur der Staat der proletarischen Diktatur konnte die Nationalisierung durchführen. Durch die Nationalisierung der Banken und Betriebe wurden die Grundlagen der Herrschaft des Kapitals untergraben. Gleichzeitig wurde mit dem Uebergang der Banken, der größten Betriebe der Industrie und des Verkehrswesens in die Hände der Diktatur des Proletariats jener Boden bereitet, auf dem der Uebergang zur planmäßigen sozialistischen Wirtschaft möglich war.

Lenin maß der Nationalisierung der Banken besondere Bedeutung bei. Die Banken waren die Zentren des kapitalistischen Wirtschaftslebens. Ein Schlag gegen die Banken mußte dem ganzen System des Kapitalismus eine tödliche Wunde schlagen. In seinem

Artikel «Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen» zeigt Lenin den Werktätigen ausführlich alle Vorteile der Verwirklichung dieses Punktes des bolschewistischen Programms:

«Die Vorteile, die das ganze Volk, und zwar in der Hauptsache *nicht* die Arbeiter (denn die Arbeiter haben mit Banken wenig zu tun), sondern die Masse der Bauern und Kleingewerbetreibenden, aus der Nationalisierung der Banken zöge, wären ungeheuer. Die Ersparnis an Arbeitsaufwand wäre ganz gewaltig, und wenn man annimmt, daß der Staat die bisherige Anzahl der Bankangestellten beibehielte, so ergäbe das einen sehr großen Schritt vorwärts zur Universalisierung (Verallgemeinerung) der Benützung der Banken, zur Vermehrung ihrer Filialen, zur Erhöhung der Zugänglichkeit ihrer Operationen usw. usf. Gerade den *kleinen* Besitzern, der Bauernschaft, würde dadurch die Erlangung von Krediten außerordentlich erleichtert. Der Staat bekäme zum ersten Male die Möglichkeit, alle wichtigen Geldoperationen ohne Verschleierung zunächst zu *überblicken* und dann zu *kontrollieren*, ferner das Wirtschaftsleben zu *regulieren*, und schließlich Millionen und Milliarden für große staatliche Operationen zu *erhalten*, ohne den Herren Kapitalisten wahnwitzige ‚Provisionen‘ für ihre ‚Dienste‘ zu zahlen!.»

Die Nationalisierung der Banken erleichterte auch die Nationalisierung des Versicherungswesens. Die Zentralisierung des Versicherungswesens mußte neue gewaltige Resultate im Sinne der Verbesserung der Lage der Werktätigen bringen. Diese Maßnahmen mußten die Versicherungsprämien senken und allen Versicherten eine Menge von Vorteilen und Erleichterungen bringen.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki erhoben auch gegen die Nationalisierung der Banken und anderer Betriebe unzählige Einwände; sie meinten, das Proletariat werde mit der Leitung des Wirtschaftslebens des Landes nicht fertig werden. Aber die Nationalisierung der Banken und der größten Betriebe war ein durchaus möglich und notwendig gewordener Schritt zum Sozialismus und wurde von der Diktatur des Proletariats kurz nach der Oktoberrevolution verwirklicht.

Tief im Leben wurzelnd, alle materiellen Tagesinteressen jedes einzelnen Arbeiters, jedes Werktätigen in der Stadt und jedes armen Bauern im Dorf berührend, fanden die einfachen und klaren bolschewistischen Losungen leicht Zugang zu den breitesten Massen. Im Kampf für die Verwirklichung dieser Losungen wurde

es möglich, endgültig die Schönredner aus dem Lager der Menschewiki und Sozialrevolutionäre zu entlarven, die keinen Finger rührten, um die Lage der Massen zu erleichtern.



## Zwölftes Kapitel

### Das Heranwachsen der revolutionären Krise

#### 1.

#### Die neue Welle der ökonomischen und revolutionären Streiks

Der revolutionäre Aufschwung, vorausgesagt von Stalin auf dem 6. Parteitag der bolschewistischen Partei und vorbereitet durch die entschlossene, ausdauernde Arbeit der Bolschewiki, wurde nach der Liquidierung der Kornilowschen Verschwörung zur Tatsache. Am Beispiel des Kornilowputsches überzeugten sich die breiten Volksmassen sozusagen mit eigenen Augen und handgreiflich, daß die Bourgeoisie und die Gütsbesitzer zu allen Verbrechen bereit waren, nur um ihre Macht über das arbeitende Volk wiederherzustellen und restlos zu behaupten, während sich die Sozialrevolutionäre und Menschewiki zu jeder Form des Verrats hergaben, nur um die Koalition, die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten.

Der von den Kapitalisten in den Tagen der Kornilowrevolte begonnene Bürgerkrieg erzeugte in den breiten Volksmassen einen starken Gegendruck. Vor allem kam die Arbeiterklasse in Bewegung.

Als Antwort auf den Vorstoß der Bourgeoisie erhob sich eine mächtige Streikwelle, die von Tag zu Tag anwuchs, immer neue Massen von Werktätigen mitriß und bis in die entlegensten Orte flutete, bis in Gegenden, die selbst vom höchsten Aufschwung der

Streikwelle während der Revolution von 1905 nicht erfaßt worden waren.

In den vordersten Reihen marschierten die Metallarbeiter. Ihr heldenmütiger Kampf zeigte, welche Energie das Proletariat zu entwickeln vermag, wenn an seiner Spitze eine ideologisch feste bolschewistische Partei, die Partei des Leninschen revolutionären Marxismus steht. Bis zum 23. Juli hatten sich die Petrograder Metallarbeiter noch aller Sonderstreiks enthalten. Nach dem Juli beschlossen sie, einen allgemeinen Kampf für die Aenderung der Tarifverträge zu beginnen. Den Metallarbeitern stand eine geschlossene Front der Unternehmer gegenüber, die vom «Hauptkomitee der Vereinigten Industrie» organisiert und geleitet wurde.

Die Provisorische Regierung unterstützte die Fabrikanten dadurch, daß sie jedesmal in den Konflikt eingriff, sobald er scharfe Formen annahm. Aber der geschlossene, organisierte Ansturm der Metallarbeiter durchbrach die vereinigte Front der Industriellen und zwang sie schon im August, einen neuen Tarifvertrag zu unterschreiben.

Das Beispiel der Petrograder und der fast gleichzeitig mit ihnen kämpfenden Moskauer Metallarbeiter fand im ganzen Lande Nachahmung. Im Ural, in der Ukraine, im Donezbecken und in Sibirien organisierten sich die Armeen der Metallarbeiter. Sie sahen auf Grund ihrer eigenen Erfahrung, daß nur der revolutionäre Kampf sie von der Krise und dem Hunger, den die Bourgeoisie organisierte, befreien konnte.

Den Metallarbeitern folgten die Textilarbeiter. In der Gawrilo-Jamsker Leinenmanufaktur A. A. Lokalow im Gouvernement Jaroslavl forderten mehr als 3000 Weber Lohnerhöhung und die Einführung von Festpreisen im Fabrikladen. Der Arbeitsminister Kosma Gwosdew, ein Menschewik, griff in den Konflikt ein. Dieser Verteidiger der Bourgeoisie schlug vor, die Entscheidung einem Schiedsgericht, bestehend aus drei Vertretern der Gewerkschaft, drei Vertretern der Fabrikdirektion und einem vom Arbeitsministerium ernannten Mitglied zu übertragen. Die Sitzungen des Schiedsgerichtes begannen am 27. September. Nach langer Verschleppung fiel das Schiedsgericht erst Mitte Oktober eine Entscheidung zugunsten der Arbeiter. Aber die Fabrikanten ließen sich auch jetzt zu keinem Zugeständnis herbei.

4000 Arbeiter der Ortschaft Likino im Bezirk Orechowo-Sujewo, die ein Hungerdasein geführt hatten, kämpften zwei Monate lang geschlossen gegen die Sabotage des Fabrikanten, der den Betrieb im August unter dem Vorwand von Breunstoffmangel geschlossen

hatte. Am 2. September forderte die Verwaltung die Arbeiter auf, ihre Papiere zu holen. Die Arbeiter weigerten sich. Sie schickten Delegierte zu Gwodew. Sie fuhren zum Moskauer Arbeitskommissar. Stets erhielten sie die Antwort: überall herrscht Hunger, es ist keine Abhilfe möglich. Hier hatten es die Arbeiter nicht mehr mit einem einzelnen Fabrikanten zu tun. Der Fabrikbesitzer Smirnow war gleichzeitig Vorsitzender des Moskauer Kriegsindustrie-Komitees und ein hoher Beamter der Provisorischen Regierung. Smirnow machte den Arbeitern keine Zugeständnisse, obwohl sich der Moskauer Sowjet in den Konflikt einmischte. Das Ministerium für Handel und Industrie, das keine Verschärfung des Kampfes wünschte, empfahl Smirnow, nachzugeben, aber der Fabrikant setzte seine Sabotage hartnäckig fort.

Gemeinsam mit den Arbeitern von Likino streikten auch die Belegschaften vieler Fabriken von Orechowo-Sujewo. Die einzelnen Aktionen und Konflikte der Textilarbeiter wuchsen zu einem mächtigen Streik des gesamten Bezirks Iwanowo-Kineschma heran; auf den Aufruf ihrer Zentral-Streikleitung traten am 20. Oktober 40 000 Webereiarbeiter in den Ausstand.

Die Moskauer Lederarbeiter führten seit dem 16. August einen zähen Streik, der 2½ Monate dauerte. Sie sprengten die Einheitsfront der Unternehmer und zwangen diese zur Aufnahme von Sonderverhandlungen.

Einen großen Schwung hatte die Bewegung bei den Buchdruckern. Die Petrograder Buchdrucker errangen am 15. September, die Moskauer am Vorabend der Oktoberrevolution den Sieg. Den beiden Hauptstädten folgten die Buchdrucker von Jekaterinburg, Jekaterinoslaw, Minsk, Baku, Astrachan, Wologda.

Außerst stürmisch entwickelte sich der Kampf der Bergarbeiter im Donezbecken. Von Grube zu Grube weitergreifend, Tag für Tag anwachsend, erfaßte die Streikbewegung der Bergarbeiter das ganze Proletariat des Donezbeckens.

Die Streikbewegung dehnte sich auch auf die Eisenbahner aus, die die sozialrevolutionär-menschewistische Eisenbahnerexekutive auf jede Weise von einer Aktion abzuhalten suchte. Die Führer der Eisenbahnerexekutive waren vorwiegend Angestellte, daraus erklärte sich ihre bürgerliche Einstellung. Die Führer der Eisenbahnerexekutive versprachen, ohne jeden Kampf bei der bürgerlichen Regierung «eine Lohnzulage zu erwirken». Der Kornilowputsch überzeugte die Eisenbahner davon, daß ein Zuwarten nur die Hoffnungen auf eine Verbesserung verringere, nur der Bourgeoisie helfe, ihre Kräfte zu festigen. Die durch die Kornilowrevolte

entfesselte Bewegung der Eisenbahner nahm ein solches Tempo an, als hätten die Arbeiter Eile gehabt, das Versäumte nachzuholen.

Erschrocken klagten die Vertreter der Eisenbahnerexekutive an der Bahnstrecke Sysran—Wjasma:

«Die Eisenbahner von der Aktion abzuhalten, ist äußerst schwierig und stellenweise unmöglich. Die Teilaktionen brechen spontan aus<sup>1</sup>.»

Man kann sich vorstellen, wie stark der Ansturm der breiten Eisenbahnermassen war, wenn die Eisenbahnerexekutive, deren Namen mit lakaienhafter Ergebenheit für den Kapitalismus gleichbedeutend wurde, sich bereit fand, für den 23. September den Streik auf allen Bahnlinien auszurufen. Diese «Revolutionäre für eine Stunde und unter Zwang», d. h. unter dem Druck der Massen und nicht aus innerer Klassenüberzeugung, brachten es allerdings nach zwei Tagen fertig, den Streik abzuwürgen, aber es war ihnen nicht mehr gelungen, die Bewegung auf kompromißlerische Bahnen abzulenken. Die Organisationen, besonders die unteren, protestierten gegen die verräterische Führung und setzten den Streik fort. Und in den Tagen vor der Oktoberrevolution begann die einmütige Aktion der Eisenbahnarbeiter, an der im Oktober die Sabotage der Eisenbahnerexekutive zerbrach, die die Provisorische Regierung zu retten versuchte.

Mit einem Wort, im ganzen Land entfaltete sich eine breite Streikbewegung. Zum Kampf mit der Bourgeoisie erhoben sich Millionenarmeen des Proletariats.

Was zeigte dieser, seinem Schwunge nach einzigartige Streik-kampf?

Vor allem zeigte er, daß die einzelnen Schichten des Proletariats ungleichmäßig in den Kampf eintraten. An der Spitze marschierten die Metallarbeiter, das eiserne «Rückgrat» der Arbeiterklasse. Bei ihnen eröffneten den Kampf die «Bolschewiki-Betriebe», d. h. die größten Fabriken der Hauptstädte, in denen sich die führenden Kader der Partei befanden. Die proletarische Vorhut in den Hauptstädten riß die Hauptmassen der Arbeiter mit sich, brachte die Provinz in Bewegung und zog die Rückständigen nach.

Ein zweites Merkmal der proletarischen Bewegung nach den Kornilowtagen war ihre ungleich höhere Organisiertheit. In der Periode der Atempause und Kräftesammlung war es der Arbeiterklasse gelungen, ein gewaltiges Netz von Gewerkschaften zu schaffen.



Im Juli gab es in Rußland 976 Gewerkschaften mit 1½ Millionen Mitgliedern<sup>1</sup>:

Metallarbeiterverband	mehr als 400 000 Mitglieder
Textilarbeiterverband	178 560 «
Buchdruckerverband	55 291 «
Bekleidungsarbeiterverband	51 545 «
Holzarbeiterverband	28 601 «
Verband der Industrie- und Handelsangestellten	45 981 «

Um die Zeit des Oktober erfaßten die Gewerkschaften mehr als zwei Millionen Arbeiter, von denen auf Petrograd und Moskau eine Million kam. Dazu kamen die unmittelbar in den Betrieben organisierten Fabrikkomitees. In den Gewerkschaften und Fabrikkomitees besaß die Partei der Bolschewiki Transmissionsriemen, die sie mit den breiten Massen der Arbeiter verbanden, in der «Arbeiterkontrolle» aber besaß sie eine schlagkräftige Losung, die dem Proletariat das nächste Ziel des Kampfes zeigte.

Die Organisiertheit der Arbeiter war begleitet von hohem Klassenbewußtsein und einer starken Klassensolidarität. Als die hungernden Arbeiter von Likino am 19. September in geschlossenem Zug durch Orechowo-Sujewo demonstrierten, stellten die Betriebe die Arbeit ein, und die Arbeiter beschlossn auf einem Meeting, daß jeder von ihnen einen Arbeiter aus Likino in Kost und Pflege nehmen solle. Ein Augenzeuge dieser Aeußerung der Klassensolidarität schreibt:

«Die Arbeiter aus Likino waren wenige Minuten nach ihrem Eintreffen unter die Masse verteilt. Viele suchten noch lange nach Arbeitern aus Likino, aber sie waren schon alle in die Arbeiterwohnungen und Fabriksiedlungen auseinandergelangen<sup>2</sup>.»

Am gleichen Tage beschloßen die Arbeiter in einer Versammlung, einen Tagelohn für die hungernden Genossen zu spenden und eine Geldsammlung mit Sammellisten zu organisieren.

Die Buchdrucker von Jekaterinburg schrieben nach ihrem dreimonatigen Streik an die Moskauer Genossen:

«Der Streik hat mit einem Sieg der Arbeiter geendet... Wir sprechen Euch, Moskauer Genossen, nochmals unsern Dank für Eure Hilfe aus, die uns den Sieg ermöglicht hat<sup>3</sup>.»

Die Buchdrucker von Charkow sprachen ebenfalls den Moskauern ihren Dank für die Geldunterstützung aus:

«Das Streikkomitee begrüßt Euch, Moskauer Genossen, und drückt die Zuversicht aus, daß wir das Kapital besiegen werden, wenn sich das Proletariat vereinigt<sup>1</sup>.»

Und überall in der Provinz zeigte die Arbeiterbewegung in dieser Periode mit überwältigender Klarheit, daß es die bolschewistische Partei verstand, die Teilforderungen mit den allgemeinen Zielen der Bewegung zu verbinden.

Getreu dem Grundsatz Lenins — immer mit den Massen, an der Spitze der Massen, nicht vorausseilen, aber auch nicht zurückbleiben — verfocht die Partei der Bolschewiki die Forderungen, die das tägliche Leben der Arbeiter betrafen: Tarife, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Lebensmittelversorgung, Kontrolle über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern, Schutz der Frauenarbeit. Kühn und entschlossen handelten die Bolschewiki nicht nur als die Organisatoren von politischen Kampagnen, sondern auch als die Führer bei den einzelnen Konflikten und Streiks der Arbeiter: sie drangen in die Tiefe der Arbeitermassen, zu allen Schichten, beteiligten sich an allen Formen des Kampfes, um sie mit den allgemeinen Aufgaben der Bewegung zu verknüpfen. Die Teilforderungen waren für die Partei die Stufen, über die sie die einzelnen Arbeitergruppen von den kleinen, örtlichen Fragen zu den allgemeinen Fragen der revolutionären Politik emporführte.

Die Mehrzahl der Streiks begann mit ökonomischen Losungen: Lohnerhöhung, Aenderung der Tarifverträge usw. Aber die Arbeiter überzeugten sich sehr rasch davon, daß sie nur dann einen Erfolg erringen konnten, wenn sie von den ökonomischen zu politischen Forderungen übergingen. Der Kampf der Arbeiter nach dem Versuch Kornilows und Kerenskis, das Proletariat niederzuschlagen, bestätigte nochmals das von Lenin an Hand der Erfahrungen des Streiks von 1905 aufgestellte Gesetz: ohne enge Verbindung zwischen den ökonomischen und politischen Streiks kann es keine breite Massenbewegung geben.

«... Zu Beginn der Bewegung — schrieb Lenin — und beim Hineinziehen neuer Schichten in die Bewegung spielt der ökonomische Streik die vorwiegende Rolle, andererseits aber weckt und rüttelt der politische Streik die Rückständigen auf, verallgemeinert und erweitert die Bewegung, hebt sie auf eine höhere Stufe<sup>2</sup>.»

Das grundlegende Merkmal der Arbeiterbewegung vor dem Oktober war jedoch die Aenderung der *Formen* des Kampfes.

Bei der Auswahl dieser Formen forderte Lenin, man solle nichts ausdenken, nichts erfinden, sondern jene Formen zu benutzen verstehen, die im Laufe der Ereignisse selbst hervortreten. Lenin lehrte, daß man an die verschiedenen Arten des Kampfes historisch herantreten müsse: in jedem gegebenen Augenblick gilt es, diejenige Methode zu wählen, die den Aufgaben der Partei entspricht. Die Elastizität der bolschewistischen Partei war stets und bleibt eins der Merkmale ihrer Kraft. Die Demonstrationen, die Streiks — ökonomische wie politische — waren auch vor den Kornilowtagen die Grundform des Kampfes des Proletariats, jetzt aber traten in der Bewegung neue Elemente zutage. Im Oktober ergoß sich über das Donezbecken in breiter Welle eine Streikbewegung. Die Regierung setzte Kosaken ein, durch deren Erscheinen die revolutionäre Empörung noch gesteigert wurde: die Bergarbeiter verlangten die Zurückziehung der Strafexpedition und drohten, am 10. Oktober den Generalstreik zu beginnen. Drei Tage später drahtete der Hetman Kaledin dem Kriegsminister:

«Auf den Gruben haben verschiedene eigenmächtige Organisationen, die keine andere Macht außer ihrer eigenen anerkennen, die ganze Macht an sich gerissen<sup>1</sup>.»

Die Arbeiter beseitigten auf den Schächten die Verwaltung, verhafteten diejenigen, die sich nicht fügten, und nahmen die Leitung der Produktion in ihre Hände.

Immer häufiger begannen die Arbeiter im Kampf mit den Unternehmern Verhaftungen vorzunehmen und die Betriebsleitungen zu beseitigen. Die Metallarbeiter von Charkow verhafteten am 18. September die Direktoren der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und stellten sie unter die Bewachung der Roten Garde. Die südrussischen Industriellen, die in Charkow eine Beratung abhielten, wandten sich mit einer Beschwerde an den Arbeitsminister:

«Da die verbrecherischen Elemente völlig straflos bleiben, hat das Vorgehen der Arbeiter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft auch in dem Betrieb ‚Gerlach & Pulst‘ Nachahmung gefunden, wo die Verwaltung gleichfalls 20 Stunden in Haft gehalten wurde. Heute, am 20. September, wurde die Direktion der Charkower Lokomotivbau-Werke auf die gleiche Art verhaftet<sup>2</sup>.»

Natürlich handelte es sich hier nicht um eine Nachahmung, sondern die alte Form des Kampfes hatte sich erschöpft, sie war bereits nicht mehr imstande, den neuen Inhalt zu fassen: *die Be-*

*wegung stieß unmittelbar auf das Problem der Macht im Lande und der Leitung der Betriebe.*

Diese neue Form des Kampfes der Arbeiter trat auch im Streik der Moskauer Lederarbeiter zutage. Der Lederarbeiterstreik dauerte länger als zwei Monate. Die Industriellen gaben nicht nach. Die Arbeiter begannen, schärfere Maßnahmen zu fordern. In einer Delegiertenversammlung verlangten die Lederarbeiter die Entfernung der Betriebsleitungen und die sofortige Besetzung derjenigen Fabriken, deren Besitzer sich um die Erfüllung der Arbeiterforderungen drückten. Die Delegiertenversammlung nahm eine EntschlieÙung für die Uebergabe der ganzen Macht an die Sowjets an und forderte die sofortige Beschlagnahme der Betriebe, in denen keine Verständigung der Arbeiter mit den Unternehmern zustande kam.

Um zu zeigen, daß dieser Beschluß keine leere Drohung war, fügte die Versammlung eine wesentliche Ergänzung zu der Resolution hinzu:

«Nach dem 18. haben die Betriebskomitees unverzüglich praktische Maßnahmen zur Vorbereitung der Beschlagnahme zu ergreifen, als da sind: Bestandsaufnahme der Waren, der Maschinen usw.<sup>1)</sup>»

In einer ganzen Reihe von Betrieben begannen die Arbeiter, durch die Fabrikkomitees oder Sowjets die Arbeiterkontrolle zu dekretieren. So wurde zum Beispiel die Arbeiterkontrolle in der Trjochgornaja-Fabrik in Moskau eingeführt.

Dort, wo die Kapitalisten ihre Betriebe stilllegten, mißachteten die Arbeiter die Anweisungen der Unternehmer und setzten die Arbeit fort. Das Fabrikkomitee der Arbeiter und Angestellten des Betriebes «Helferich-Sade» in Charkow beantwortete die Verfügung der Direktion über die Schließung des Betriebes mit einem Aufruf an die Arbeiter, vom 7. September an die Produktion auf eigene Faust fortzusetzen und übertrug die Leitung des Betriebes einer besonderen Kommission. Das gleiche geschah auch in vielen anderen Betrieben im ganzen Lande.

Die Arbeiterbewegung nahm sichtlich den Charakter und die Form des offenen revolutionären Kampfes an.

Das deutlichste Kennzeichen der neuen revolutionären Krise war der rasche Prozeß der Bolschewisierung der Sowjets, der Betriebskomitees und anderer Organisationen. Die Arbeiter übergaben die Führung jenen, die durch die Tat, im tagtäglichen, hartnäckigen Kampf ihre Fähigkeit bewiesen hatten, die Revolution vorwärts-

zuführen. Die Führung des Petrograder Sowjets ging am 31. August auf die Bolschewiki über, der Moskauer Sowjet nahm am 5. September zum erstenmal eine bolschewistische Resolution an. Im Petrograder und im Moskauer Sowjet der Arbeiterdeputierten erlangten die Bolschewiki die Mehrheit.

Jede Stunde brachte der bolschewistischen Partei neue Siege. An einem einzigen Tage, dem 1. September, wurde das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee der Sowjets von 126 Sowjets in der Provinz aufgefordert, die Macht zu übernehmen.

Am 3. September tagte in Moskau die Delegiertenversammlung des Textilarbeiterverbandes, an der 300 Delegierte von 175 000 Arbeitern teilnahmen. Die Versammlung nahm eine bolschewistische Resolution an, in der die Uebergabe der Macht an die Sowjets gefordert wurde.

Am 5. September wurde in Krasnojarsk der Sowjetkongreß von Mittelsibirien eröffnet, der im Namen von 110 000 Arbeitern und 90 000 Bauern bolschewistische Resolutionen annahm.

Am 10. September wurde der 3. Gebietskongreß der Sowjets Finnlands eröffnet, der vollkommen unter bolschewistischer Führung verlief.

Am 30. September erhielten die Bolschewiki die überwiegende Mehrheit in dem neu zusammengesetzten Sowjet von Saratow: auf 300 Bolschewiki kamen 90 Sozialrevolutionäre und 53 Menschewiki.

Aus allen Gegenden des Landes — vom hohen Norden, aus dem fernen Sibirien, von den Küsten des Schwarzen Meeres und aus der Ukraine, aus Mittelasien und aus Transkaukasien kam die Forderung, die Macht an die Sowjets zu übergeben. Die Zeitungen aus dieser Periode wimmeln buchstäblich von Meldungen, Berichten und Resolutionen, aus denen hervorgeht, wie rasch immer größere Massen die bolschewistische Führung anerkannten.

Als Beispiel zitieren wir eine Resolution von 4000 Arbeitern der Werkstätten für den Waggon- und Lokomotivbau der Alexander-Werke in Petrograd, in der die allgemeine Stimmung sehr deutlich zum Ausdruck kam:

«1. Die an der Macht befindliche Regierung unternimmt nicht nur nichts zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, ergreift nicht nur nicht die notwendigen Maßnahmen zur Beendigung des Krieges, zur Erleichterung der Lebensmittelnot, sondern sie kümmert sich im Gegenteil lediglich um die Verteidigung der Interessen der Kapitalisten und Gutsbesitzer, überläßt den räuberischen Impe-

rialisten die Entscheidung über Krieg und Frieden und ‚bekämpft‘ die Lebensmittelnot durch die Erhöhung der Getreidepreise.

2. Eine solche Regierung kann von unserer Seite nur auf eines rechnen: auf den entschlossensten Kampf gegen sie. Wir betrachten als unaufschiebbare Aufgabe die sofortige Beseitigung der Regierung, die die Revolution zugrunde richtet und unter dem Banner der Konterrevolution marschiert.

3. Die Revolution wird zugrunde gehen, wenn nicht die Arbeiter, Soldaten und Bauern in Gestalt der Sowjets die Macht ergreifen. Deshalb fordern wir von dem bevorstehenden Sowjetkongreß die Ausrufung der Macht der Sowjets.

4. Im Bewußtsein der Tatsache, daß die Revolution schreckliche Tage durchlebt, erklären wir: im Kampf um die Macht, im Kampf um den Sieg der Revolution können die Sowjets auf unsere unbedingte und entschiedene Unterstützung rechnen<sup>1</sup>.»

Die unteren Organe lösten sich unter dem Druck der Arbeiter selbst auf, die Neuwahlen gaben den Bolschewiki das Uebergewicht. Das Fabrikkomitee der Trjochgornaja-Manufaktur in Moskau beschloß, sein Mandat niederzulegen, und das neue Präsidium des Fabrikkomitees erklärte sofort, es erachte

«den Kampf mit Hilfe des Streiks für die Macht der Sowjets als notwendig<sup>2</sup>.»

Die breiten Massen des Proletariats überzeugten sich auf Grund ihrer eigenen harten Erfahrung von der Richtigkeit dessen, was die Partei der Bolschewiki sie lehrte: die Revolution konnte nur gerettet werden durch den entschlossenen und aufopfernden Kampf um den Sturz der Regierung der Fabrikanten und Gutsbesitzer, an deren Spitze Kerenski stand.

## 2.

### Die Bauernaufstände in Rußland und das Anwachsen der nationalen Befreiungsbewegung in den Randgebieten

Der Kornilowputsch hatte auch den breiten Schichten der Bauernschaft die Augen geöffnet. Für die Bauern bedeutete die Erhebung Kornilows offenkundig die Rückkehr der Gutsbesitzer in die alten «Adelsnester», sie bedeutete die völlige Vernichtung der Hoffnungen, Boden aus den Händen der Provisorischen Regierung zu erhalten. In bezug auf den Boden war ohnehin wenig Ermutigendes

zu hören, und jetzt erschien aufs neue der alte Klassenfeind, von dem der Bauernschaft — nach dem geflügelten Wort jener Zeiten — schon ein halbes Jahr «kornilowisch und kerenskisch zumute ist». Als Antwort auf den Versuch der Gutsbesitzer, den Boden noch fester an sich zu reißen, erhob sich die Bauernschaft in allen Gebieten.

In den Archiven der Kerenskischen Miliz haben sich ausführliche Berichte über das stürmische Anwachsen der Bauernbewegung erhalten. Diese Berichte geben vor allem die wichtigsten Ereignisse wieder, und zwar jene, die sich in den zentralen Gebieten abspielten. Aber schon diese Tatsachen geben eine klare Vorstellung vom Charakter der Bewegung:

	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Zahl der Bauernaktionen (Abholungen, Flurschädigungen, eigenmächtiges Mähen, Besetzung von Gutshöfen usw.)	259	577	1122	691	629 <sup>1</sup>

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als sei die Bauernbewegung nach den Julitagen zurückgegangen. Das war denn auch die Schlußfolgerung, die die Buchhalter des Kompromißlertums, die sozialrevolutionär-menschewistischen Führer aus diesen Ziffern zogen. Sie bemühten sich, nachzuweisen, daß sich die Bauernschaft beruhige und bereit sei, die «Unterhaltung über den Boden» bis zur «Ankunft des Herrn», d. h. bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung zu verschieben.

Aber ganz davon zu schweigen, daß die Kerenskische Miliz die Ziffern schwindelhaft zusammenstellte, gab sie diese Ziffern in ihren Uebersichten offenkundig gefälscht wieder. Die radikalste Form des Kampfes — die Erstürmung und Niederbrennung von Herrenhöfen, die Besitzergreifung vom Boden und von Inventar — zogen die bürgerlichen Statistiker aus der Gruppe der Verletzungen des Bodenbesitzes heraus und rechneten sie der Gruppe «Gewalttätiger und räuberischer Rechtsverletzungen» zu, in der sie die Besetzung von Gütern mit Mordtaten und Plünderungen in einen Topf warfen. Aber auch diese Gaunerei konnte nicht das wahre Wesen der Bauernbewegung verhüllen. Während die Gesamtziffer der Bauernaktionen sinkt, wächst unaufhaltsam und rasch die Zahl der Zerstörungen und Besetzungen von Herrenhöfen:

	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Gewalttätige und räuberische Rechtsverletzungen	152	112	387	440	958 <sup>2</sup>

Die Form des Bauernkampfes hatte sich grundlegend verändert. An Stelle der Flurschädigungen und des eigenmächtigen Mähens, der ökonomischen Konflikte, trat in den Vordergrund die «Ausräucherung» der Gutsbesitzer aus den altgewohnten Nestern: es beginnt die Zerstörung und Niederbrennung der Gutshöfe, die Besetzung des Bodens und die Aufteilung der Wirtschaften. In den Sitzungen der Provisorischen Regierung wird immer wieder über neue Aufrührerscheinungen im Dorf berichtet. Am 27. September berichtet der Stellvertretende Ministerpräsident Konowalow über eine starke gewalttätige Bewegung gegen die Gutsbesitzer im Gouvernement Saratow, am 3. Oktober wird die Zerstörung von Gutshöfen im Wolhynischen Gouvernement gemeldet, am 4. Oktober trifft die Nachricht von der Besetzung und Aufteilung der Güter in den Gouvernements Kursk, Pensa und Rjasan ein, am 6. Oktober die Nachricht von der wachsenden Bewegung in den Gouvernements Wladikawkas, Minsk, Charkow und Wolhynien. Die Bauernbewegung dehnte sich aus wie Feuer im dünnen Holz, sie sprang von Gebiet zu Gebiet über und näherte sich immer mehr der Front, wo Millionen Soldaten begierig die Gerüchte von der Besetzung des gutsherrlichen Bodens aufnahmen.

Das Heranrollen der Woge von Bauernaufständen an die ohnehin fieberhaft erregte Front veranlaßte die Provisorische Regierung, sich zu einem neuen konterrevolutionären Plan zu entschließen.

Am 15. Oktober regte das Innenministerium unter dem harmlosen Vorwand einer Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Armee an, man solle die Kavallerie von der Front ins Innere Rußlands verlegen. Die Kavallerie sollte so verteilt werden, daß sie möglichst viele Gebiete und zwar fast ausschließlich solche, in denen Bauernaufstände aufflammten, besetzt hielt: die Gouvernements Rjasan, Tambow, Pensa, Saratow, Kursk, Orel, Kiew, Charkow, Jekaterinoslaw, Nowgorod, Perm u. a. Daß es sich in Wirklichkeit um eine riesenhafte Strafexpedition handelte, in der die gesamte Kavallerie die Rolle einer Strafexpeditionstruppe spielen und ein großer Teil der Bauernschaft die Bestraften sein sollten, kann man aus dem Telegrammwechsel zwischen dem Innenminister Nikitin (Mitglied der menschewistischen Partei) und dem General Duchonin ersehen. Nikitin begründete seine Forderung, Kavallerie zu entsenden, damit, daß

«aus Verpflegungsgründen die Kavallerietruppen zum Nutzen für die Herstellung der Ordnung rasch auf die einzelnen Orte verteilt werden könne...<sup>1</sup>».



Dann folgt eine Aufzählung der Gebiete, wo die Aufstände im Gange waren — etwa 20 Gouvernements, mehr als ein Drittel des europäischen Rußland!

Der menschowistische Minister wollte ein gutes Drittel der Bauern durch ihre eigenen Söhne im Soldatenrock auspeitschen lassen.

Duchonin antwortete dem dienstefrigen Verteidiger der Gutsbesitzer:

«Sowohl die Kampfverhältnisse wie die Plünderungen und Räubereien, die sich in letzter Zeit unmittelbar hinter der Front gehäuft haben, erlauben es gegenwärtig nicht, die Kavallerie aus den Fronten herauszuziehen und sie weit ins Hinterland zu verlegen... Die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung im Land muß sich auf eine richtig organisierte Miliz stützen, die aus auserlesenen, zuverlässigen Leuten der vor der Entlassung stehenden Jahrgänge des Heeresdienstes zusammengesetzt werden muß.»

Der General Duchonin plauderte mit soldatischer Offenheit das Wesen des ganzen Planes aus: die Kavallerie sollte nicht aus Gründen der Verpflegung, sondern ausschließlich zur Niederschlagung der Bauernbewegung ins Hinterland verlegt werden. Die Durchführung des Plans gelang jedoch nicht: es fehlte an zuverlässigen Kavallerietruppen, denn die Regimenter, die von der Front geschickt wurden, wurden selbst zu Verbreitern der revolutionären Ideen. Aber schon daß dieser Plan bestand, zeigte, daß die Regierung der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie bereit war, das Land mit Strömen von Blut zu überschwemmen, nur um den Widerstand der Bauern zu brechen.

Die Strafexpeditionen wirkten in den Dörfern wie Oel, das ins Feuer gegossen wird: wie Rauch zerflatterten die letzten Hoffnungen, und die Bauernaufstände loderten im ganzen Lande auf, sie umschlossen wie ein Flammenring die Zentren der Gouvernements.

«In Rußland — schrieb Lenin über diese Periode — ist die Revolution ohne Zweifel an ihrem Wendepunkt angelangt. In diesem Bauernlande, unter einer revolutionären, republikanischen Regierung, die unterstützt wird von den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die gestern noch die Herrschaft unter der kleinbürgerlichen Demokratie hatten, wächst ein *Bauernaufstand* heran.

Das ist unglaublich, aber es ist Tatsache<sup>2</sup>.»

Auch bei den unterdrückten Nationalitäten begann sich eine scharfe Wendung zu vollziehen.

Die bürgerlichen nationalen Organisationen erblickten in Kornilow und seiner chauvinistischen Großmachtpolitik eine reale Bedrohung ihrer Existenz und beeilten sich, das Auftreten der Konterrevolution zu verurteilen.

«Es wäre ein schweres Unglück — schrieb die Ukrainische Zentralrada in ihrem Aufruf — wenn es dem General Kornilow gelänge, das Volk und die Armee gegen die Regierung zu führen . . . Die Bauern und Arbeiter würden endgültig ins Elend gestürzt und in die frühere furchtbare Knechtung durch die Herren und den Zaren zurückgeworfen . . . Die Ukrainische Zentralrada ruft die ganze Bevölkerung des ukrainischen Landes auf, sich den Befehlen Kornilows und anderer Feinde der Revolution nicht zu unterwerfen. Die Ukrainische Zentralrada bringt allen Bürgern der Dörfer und Städte der Ukraine zur Kenntnis, daß die gesetzmäßige Regierung in Rußland ausschließlich die Provisorische Russische Regierung und in der Ukraine die Ukrainische Zentralrada und ihr Generalsekretariat ist<sup>1</sup>.»

Sogar der Allrussische Kongreß der Mullahs in Kasan, der sich mit dem allgemeinen Mohammedaner-Kongreß vereinigte, rief die nach Millionen zählenden Mohammedaner auf,

«ihr Schicksal mit der Macht und den Organen der Demokratie zu verknüpfen, die von Anbeginn der Revolution das Bollwerk der eroberten Freiheiten waren<sup>2</sup>.»

In Transkaukasien riefen die örtliche Bourgeoisie und die kleinbürgerlichen Parteien zum Kampf gegen Kornilow auf. In Burjatien, in Turkestan nahm die nationale Bourgeoisie Resolutionen gegen den Kornilowaufstand an.

Aber der Schwung der Massenbewegung erschreckte die nationale Bourgeoisie und ihre sozialrevolutionär-menschewistischen Lakaien.

Die Fortsetzung des imperialistischen Krieges, die wachsende Hungersnot und die faktische offene Weigerung, die nationale Frage zu lösen, überzeugten die breiten Massen der unterdrückten Nationalitäten davon, daß nicht nur die großrussische, sondern auch ihre eigene nationale Bourgeoisie nicht imstande war, an die Spitze des Befreiungskampfes zu treten.

In Finnland beschlossen die Führer des Landtages, der durch die Provisorische Regierung aufgelöst worden war, ihn auf eigene Faust wieder zu eröffnen. Aber der Generalgouverneur von Finnland, der Kadett Nekrassow, ließ am 15. September die Türen des Saales, in dem die Abgeordneten zusammentreten wollten, versiegeln. Zur Unterstützung des Landtags trat der unter Führung der Bolschewiki stehende Helsingforscher Arbeiter- und Soldatensowjet auf. «Der Landtag wird unter dem Schutz unserer Bajonette tagen», erklärten die Führer des Sowjets dem Generalgouverneur. Um den Widerstand der Werktätigen zu brechen, gab die Provisorische Regierung den Befehl zur Zurückziehung der revolutionären Truppen aus Finnland. Das Proletariat und die breiten Volksmassen Finnlands konnten sich anschaulich davon überzeugen, daß nur die Sowjetmacht ihnen die Freiheit geben konnte.

In der Krim zwangen die werktätigen Tataren den am 8. Oktober in Simferopol zusammentretenden Kongreß der Krim-Mohammedaner, die Eröffnung eines Landtags der Krim-Mohammedaner noch vor der Einberufung der Konstituierenden Versammlung zu fordern. Die Volksmassen der unterdrückten Krim glaubten nicht an die Versprechungen der Provisorischen Regierung und suchten aus eigener Kraft die nationale Frage zu lösen.

In allen nationalen Gebieten häuften sich die Konflikte und Zusammenstöße zwischen den Regierungskommissaren und den örtlichen Organisationen. Jeder Versuch der nationalen Selbstbestimmung, das geringste Streben nach staatlicher Selbständigkeit stieß auf den scharfen Widerstand der Provisorischen Regierung Rußlands. Auf der anderen Seite forderten die Arbeiter und Bauern der unterdrückten Nationen von den nationalen Organisationen, die in der ersten Periode der Revolution an die Spitze der bürgerlichen Befreiungsbewegung getreten waren, eine entschlossene Politik: Beendigung des Krieges, Konfiskation des Bodens der Gutsbesitzer, Beseitigung der nationalen Ungleichheit.

In dem Maße, wie sich die Revolution vertiefte, spitzte sich die Lage zu: von unten wuchs der Druck der Arbeiter und Bauern, von oben preßte die Unterdrückungsmaschine der Provisorischen Regierung. In den Volksmassen wurde die Ueberzeugung immer stärker, daß sie ihre Befreiung nur im Kampf sowohl gegen den Imperialismus als auch gleichzeitig gegen die eigene nationale Bourgeoisie, im Kampfe um die Sowjetmacht erlangen können.

Stalin schrieb über den nationalen Kampf in dieser Periode:

«...Insoweit die ‚gesamt-nationalen‘ Institutionen in den Randgebieten eine Tendenz zur staatlichen Selbständigkeit zeig-

ten, stießen sie auf den unüberwindlichen Widerstand der imperialistischen Regierung Rußlands. Insoweit sie aber, die Macht der nationalen Bourgeoisie aufrichtend, gegenüber den wesentlichen Interessen ihrer ‚eigenen‘ Arbeiter und Bauern taub blieben, riefen sie bei diesen Murren und Unzufriedenheit hervor . . .

Es wurde offensichtlich, daß die Befreiung der arbeitenden Massen der unterdrückten Nationalitäten und die Vernichtung des nationalen Jochs undenkbar waren ohne den Bruch mit dem Imperialismus, ohne die Niederwerfung der ‚eigenen‘ nationalen Bourgeoisie und die Ergreifung der Macht durch die arbeitenden Massen selbst!.»

Der Prozeß der sozialen Differenzierung innerhalb der einheitlichen nationalen Bewegung vollzog sich bei sämtlichen Nationalitäten, in größerem oder geringerem Maße, je nach dem Grad der Organisiertheit und des Klassenbewußtseins des Proletariats. Wie sich dieser Prozeß abspielte, zeigt der Kampf der usbekischen armen Volksschichten um die Stadtduma von Samarkand, Ende August 1917. Bei den Wahlen zur Duma stellte die nationale Bourgeoisie eine einheitliche muselmanische Liste auf, die vollständig aus Beys (Großgrundbesitzer. *Die Red.*), Mullahs und Kaufleuten bestand. Als die Arbeiter und armen Einwohner Samarkands die Aufnahme von 10 ihrer Vertreter in die Liste forderten, wurde dies abgelehnt, und man forderte sie auf, sich mit zwei Vertretern zu begnügen. Die armen Volksschichten von Samarkand, die sich zu einem «Verband werktätiger Muselmanen» zusammengeschlossen hatten, lehnten eine derartige Vertretung ab.

Der «Verband» wandte sich mit folgendem Flugblatt an die Werktätigen:

«Ist es gerecht, daß bei einer Gesamtzahl von 75 Abgeordneten der Stadtduma 73 Vertreter der Beys, Mullahs und Intellektuellen, die nicht einmal den zehnten Teil der Bevölkerung der Stadt bilden, aber nur zwei Vertreter von uns, den Armen und Arbeitern, die wir die Mehrheit der Bevölkerung bilden, in die Duma kommen? Deshalb haben wir die Bedingungen der Schura (national-bürgerliche Organisation. *Die Red.*) abgelehnt.»  
«Wißt ihr aber, was diese gleiche Schura — so heißt es weiter in dem Flugblatt —, die nicht bereit war, zehn Vertreter von uns aufzunehmen, getan hat? Sie hat sich mit einem russischen Verband, dem sogenannten Verein der Hausbesitzer, zusammengeschlossen und 25 Russen in ihre Liste aufgenommen. Als wir das hörten, haben wir gesagt: ‚Dann ist es nicht schade darum‘

und haben, auf Gott vertrauend, unsere eigene Liste zusammengestellt, in die wir je einen Vertreter jeder Arbeitergruppe unserer Stadt aufgenommen haben. Manche Leute sind durch unser Vorgehen sehr beunruhigt, da sie große Furcht haben, daß für sie kein Platz bleibt, wenn wir unsere armen Leute in die Stadt-duma einziehen lassen... Arbeiter, seid nicht leichtgläubig, laßt euch nicht betrügen!<sup>1</sup>»

In diesem Dokument trat mit bemerkenswerter Deutlichkeit jenes Neue in der nationalen Bewegung hervor, das unvermeidlich in dem Maße entstehen mußte, wie die Revolution von der bürgerlich-demokratischen Etappe zur sozialistischen überging. Selbst die rückständigsten nationalen Schichten des Proletariats überzeugten sich auf Grund ihrer eigenen Erfahrung von der Klasseneinheit ihrer «eigenen» und der russischen Ausbeuter. Die nationale Bourgeoisie fürchtete nicht ohne Grund, daß für sie «kein Platz bleiben» werde.

Die Bourgeoisie der unterdrückten Nationalitäten suchte diesen Prozeß der Differenzierung innerhalb der nationalen Bewegung aufzuhalten. Dazu war sie nur imstande, wenn sie sich von dem ganzen übrigen Rußland abriegelte, von dem sich unaufhaltsam der revolutionäre Ansteckungskeim des Bolschewismus ausbreitete.

«Rußland befindet sich gegenwärtig im Zustand der Zersetzung und des Zerfalls, es windet sich in unaufhörlichen Krämpfen der Revolution — schrieb die bürgerliche finnische Zeitung ‚Huvudstadsbladet‘. — Das russische Volk ist von anarchistischer Zügellosigkeit und Selbstvernichtung befallen; müssen wir unter solchen Umständen nicht bestrebt sein, uns nach Möglichkeit von diesem Chaos loszumachen, um nicht selbst ins Verderben gerissen zu werden?<sup>2</sup>»

Die finnische Bourgeoisie sprach am offensten die geheimen Wünsche der bürgerlichen Schichten aller unterdrückten Nationalitäten aus. Aber diese geheimen Bestrebungen traten immer offener zutage. Besonders nach der Niederwerfung Kornilows wuchs der Drang der Bourgeoisie, sich von den revolutionären Zentren abzuriegeln. Diese Bestrebungen wurden nicht nur durch die imperialistische Politik der Provisorischen Regierung hervorgerufen, sondern auch durch die Furcht vor der Aktivität der «eigenen» Arbeiter und Bauern.

In einer Reihe von nationalen Gebieten begannen die Klassenkonflikte in den bewaffneten Kampf hinüberzuwachsen. Der Schwung der Bauernbewegung war in den nationalen Gebieten viel

stärker als anderwärts: im Gouvernement Wladimir, in Zentralrußland, gab es im September nur 13 Bauernaktionen, dagegen im Gouvernement Kasan 51, im Gouvernement Minsk 57, im Kiewer Gebiet 39. Der Kampf der Bauernschaft der unterdrückten Nationen begann stellenweise bereits mit den Streiks der Arbeiter zu verschmelzen, wodurch eine äußerst gespannte Lage in den nationalen Gebieten geschaffen wurde. Am 4. Oktober berichtete der menschewistische Innenminister Nikitin in der Sitzung der Provisorischen Regierung über den bewaffneten Kampf der Bauern in den Bezirken Grosny, Wedjensk und Chasaw-Jurt des Terek-Gebietes. Die größten Befürchtungen flößte dem Minister die Tatsache ein, daß zur gleichen Zeit im Gebiet der Stadt Grosny ein Streik der Erdölarbeiter begonnen hatte. Wie groß die Angst der Regierung vor einer Vereinigung der nationalrevolutionären Bewegung mit der Arbeiterrevolution war, kann man daraus ersehen, daß sie sich beeilte, über die genannten Gebiete telegraphisch den Kriegszustand zu verhängen.

Mit der Arbeiterrevolution und dem Bauernaufstand vereinigte sich der nationale Befreiungskrieg.

«Die nationale Frage und die Agrarfrage — schrieb Lenin — sind für die klembürgerlichen Massen der Bevölkerung Rußlands gegenwärtig die Kernfragen. Das ist unbestreitbar. Und in beiden Fragen ist das Proletariat ganz und gar *nicht isoliert*. Es hat die Mehrheit des Volkes hinter sich. Es ist *allein* fähig, in diesen beiden Fragen eine solche entschiedene, wirklich ‚revolutionär-demokratische‘ Politik zu treiben, die der proletarischen Staatsgewalt sofort nicht nur die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch einen wahren Ausbruch revolutionärer Begeisterung in den Massen sichern würde . . .!»



### Dreizehntes Kapitel

## Armee und Flotte am Vorabend der Oktoberrevolution

### 1.

#### Die Front vor der Oktoberrevolution

Die Kornilowrevolte spitzte die Gegensätze und den Kampf zwischen Offizieren und Soldaten zu. Durch die direkte Teilnahme der Offiziere an der konterrevolutionären Verschwörung oder ihre offene Sympathie für sie wurden die letzten Reste des Vertrauens der breiten Massen zum Offizierkorps untergraben. Der Zusammenhalt zwischen den Vorgesetzten und den ihnen unterstellten Truppenteilen zerbröckelte immer mehr. Der Klassenkampf in der Armee trat in eine neue Phase.

Das sozialrevolutionär-menschewistische Komitee der 12. Armee telegraphierte an Tschcheidse:

«Die Kornilowverschwörung hat tiefe Spuren hinterlassen, die Masse glaubt überhaupt niemand mehr, das Mißtrauen zu den Vorgesetzten, das eine Folge des Rückzuges war, wird durch die Kornilowgeschichte gesteigert<sup>1</sup>.»

In einem zusammenfassenden Bericht über die Stimmungen in den Armeen der Westfront wird die Lage folgendermaßen geschildert:

«Die Aktion des Generals Kornilow hat fast überall die Ansätze zu einem guten Verhältnis zwischen den Offizieren und

der Soldatenmasse erneut zerstört; dabei ist die Agitation gegen das Offizierkorps gewachsen, besonders dort, wo die Soldaten davon wußten, daß gewisse Offiziere dem Offizierverband angehörten<sup>1</sup>.»

In vielen Truppenteilen wurde die Auflösung des Offizierverbandes gefordert. Die Soldaten zeigten offen ihre Empörung über die besonderen Vergünstigungen, die Kornilow und seine Spießgesellen in ihrer Haft erhielten. Sie forderten ihre schleunigste Aburteilung.

«Ihr schreibt da in euren Zeitungen, werte Genossen, über Suchomlinow und Kornilow — so schrieben Mitte September Soldaten des Frontheeres an die sozialrevolutionär-menschewistischen Führer —, daß irgendwelche Zeugen zu ihren Gunsten aussagen. Wie lange dauert es, werte Genossen, bis ihr sie aburteilt! Ueber Suchomlinow sitzt ihr wohl schon sechs Monate zu Gericht, ebenso ist es mit Kornilow, und man muß doch sehen, daß sie schuldig sind, da hat es keinen Zweck, noch länger zu untersuchen: sie haben uns verraten, haben unser Blut vergossen. Urteilt sie doch einfach binnen 24 Stunden ab, wie man es unter dem alten Regime mit uns getan hat. Aber ihr, werte Genossen, laßt noch ein langes Gerichtsverfahren gegen sie zu. Da gibt es nur ein Urteil: ihnen den Kopf abschlagen, mögen die Würmer sie fressen, solches Gesindel gibt es übergenug. Ihr aber macht zuviel Umstände mit ihnen! Macht nicht viel Umstände, werte Genossen!<sup>2</sup>»

Die Masse der Soldaten begann die verräterische Rolle der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die sich auf die Seite der Bourgeoisie schlugen, zu durchschauen. Die Soldaten selbst kämpften auf ihre eigene Art gegen die Kornilowleute. Sie begannen die Offiziere aus den Regimentern zu verjagen, sobald sie erfuhren, daß sie mit Kornilow in Verbindung standen. Sie forderten von den Kommandeuren Beweise dafür, daß sie die Revolte nicht unterstützt haben. Sie nahmen den Vorgesetzten die Waffen weg. Stellenweise — in Helsingfors, auf dem Linienschiff «Petropawlowsk» und in Wiborg — übten die Matrosen und Soldaten selbst Vergeltung an den offenkundig konterrevolutionären Elementen des Offizierkorps. In Wiborg wurden elf Offiziere getötet.

Gleichzeitig machte der Zerfall der Front immer weitere Fortschritte. Die Front zog sich in einer ununterbrochenen Kette von Schützengräben von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und weiter vom Schwarzen Meer bis zur persischen Grenze hin. Die 15 Armeen,



die in dem Raum zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer standen, waren, entsprechend den Hauptoperationslinien, in Gruppen von je drei oder vier Armeen zusammengefaßt, die durch ein besonderes Oberkommando geleitet wurden und die die einzelnen Fronten bildeten. Die größte Bedeutung erlangte in militärischer Hinsicht, besonders nach dem Fall von Riga, die Nordfront, die sich über die Zugänge zu Petrograd erstreckte. Die West- und die Südwestfront waren um diese Zeit von untergeordneter Bedeutung, da von einer Offensive, für die sie als Aufmarschraum dienen konnten, keine Rede mehr sein konnte. Aber der südlichste Abschnitt des linken Flügels, die sogenannte rumänische Front, hatte gleichfalls eine sehr große Bedeutung, da sie die Deckung für Odessa und die übrigen Häfen der Schwarzen-Meer-Küste bildete.

Am Vorabend der Oktoberrevolution befanden sich nach vorhandenen Angaben an sämtlichen Fronten im ganzen nicht mehr als zwei Millionen Kämpfer, diese Ziffer kann aber nur als annähernd gelten. Die spontane Demobilisierung, die um diese Zeit sogar die festesten Truppenteile ergriff, nahm der Front täglich Tausende von Soldaten. Die wirkliche zahlenmäßige Stärke der damals an der Front befindlichen Truppen festzustellen ist unmöglich. Der Kriegsminister der Kerenskiregierung, Werchowski, der wenige Tage vor der Oktoberrevolution zurücktrat, beurteilt die zahlenmäßige Stärke der Front gegen Anfang Oktober folgendermaßen:

«Erst während der Besprechung im Hauptquartier konnte ich zum erstenmal genaue Ziffern über die Stärke der Armee erhalten. Die Zahlen, die ich zu verschiedenen Zeiten erhalten hatte, schwankten zwischen sieben und zwölf Millionen. Jetzt sind die Ziffern endlich mehr oder weniger genau. Die Zahl der Bajonette beträgt für die ganze Armee mit ihrer Frontlänge von 1800 Werst 1,5 Millionen für die Infanterie, dazu kommen 500 000 Soldaten in der Artillerie und den sonstigen militärischen Spezialtruppen, wie bei den Pionieren, den Fliegern usw.; 3,5 Millionen befinden sich in den Heeresinstitutionen des Hinterlandes, wie Fuhrparks, Train, Feldbäckereien usw. In allen möglichen Organisationen, wie dem Roten Kreuz, dem Semstwo- und Städteverband, dem Semstwoverband beim Wegebau, dem Bau von Stellungen usw., sind 2,9 Millionen Mann beschäftigt, in den Militärbezirken des Hinterlandes stehen 1,5 Millionen Mann, von denen nur etwa 400 000 Mann in Marschkompagnien eingeteilt, d. h. zum Frontdienst tauglich sind. Insgesamt stehen also fast zehn Millionen Mann unter den Waffen, von denen jedoch nur zwei Millionen an der

Front Dienst tun, alle übrigen leisten nur Hilfsdienst in der einen oder anderen Weise. Kurz gesagt, auf jeden Kämpfer kommen fast vier Mann im Hinterland, die Hilfsdienst leisten<sup>1</sup>.»

Aber auch diese zwei Millionen, die in einer dünnen Kette an der ungeheuren Front standen, waren durchaus nicht kampffähig. Die allgemeine Kriegsmüdigkeit, die Abneigung, den Krieg fortzusetzen, das Mißtrauen gegen die Offiziere, die Desertionen nahmen den allergrößten Umfang an. Die Armee, die überdies furchtbare Verpflegungsschwierigkeiten durchmachte, näherte sich dem Zustand des völligen Zerfalls und verwandelte sich in einen «kranken Organismus», wie Lenin es später bezeichnete. Man versuchte, die Schuld an alledem auf die Bolschewiki abzuwälzen.

«Sie sind die Hauptschuldigen an unseren Niederlagen», so schallte es durch die ganze bürgerliche Presse. Auch die menschenwistisch-sozialrevolutionären Zeitungen blieben nicht hinter den Blättern der Bourgeoisie zurück, sondern begannen eine unglaubliche Hetze gegen die Bolschewiki. Diese Losung war auch das Leitmotiv aller Berichte der Militärkommissare der Provisorischen Regierung. Der Stellvertretende Kommissar der 5. Armee der Nordfront, Oberleutnant Dolgopolow, führte in seinem Bericht an die politische Verwaltung des Kriegsministers vom 19. Oktober aus:

«Die Stimmung in der Armee wird infolge der gesteigerten Agitation des Bolschewismus immer schlechter, und es bedarf heroischer Maßnahmen, um die Kampffähigkeit der Armee wieder herzustellen. Der Kampf, und zwar ein schonungsloser Kampf, gegen die verantwortungslosen Demagogen ist notwendig<sup>2</sup>.»

Zum Schluß seines Berichtes wiederholte er:

«Die verantwortungslose Demagogie wirkt sich verhängnisvoll auf den Zustand der Armee aus. Es bedarf des schonungslosen Kampfes gegen derartige Aktionen, des entschlossenen Kampfes dagegen<sup>3</sup>.»

Der Vorsitzende des Komitees der 126. Division der Besonderen Armee der Südwestfront, Rittschenko, teilte in seinem Bericht vom 17. Oktober mit:

«Die Ursache für die Nichtausführung des Befehls zum Kampf ist die Zersetzung in der Armee als Folge der undurchführbaren Losungen, die in die Massen geworfen werden<sup>4</sup>.»

Der Kommissar der 7. Armee an der gleichen Südwestfront, Surgutschew, betonte in seinem Bericht vom 15. Oktober:

«Die Lage der Armee ist gegenwärtig äußerst ernst... Eine nicht geringe Rolle spielt dabei die bolschewistische Agitation, deren Bekämpfung immer schwieriger wird<sup>1</sup>.»

Sogar von solchen Fronten, wo die Tätigkeit der Bolschewiki ziemlich schwach entwickelt war — wie an der rumänischen —, kamen Klagen über bolschewistische Machenschaften. Der Kommissar der rumänischen Front, Thiesenhausen, kennzeichnete in seinem Geheimbericht vom 29. Oktober folgendermaßen die Lage an der Front vor der Oktoberrevolution:

«Eine ständig wachsende, unaufhaltsam sich ausbreitende Welle des Dranges nach Frieden um jeden Preis hat die Front immer mehr überschwemmt, Nervosität und Unsicherheit in das Leben der Truppen gebracht. Dazu hat viel die Tätigkeit der Anhänger der Zimmerwalder und Kienthaler Ideen beigetragen. Das sind Leute, die die schwachen Seiten der Menge kennen und bedenkenlos diese schwachen Seiten ausnützen, indem sie Friedensgerüchte verbreiten<sup>2</sup>.»

Alle diese Äußerungen — und man könnte ihrer eine unbeschränkte Menge anführen — zeigten die völlige Zerfahrenheit jener Kreise, die sich als Führer der Armee betrachteten und ihre Abneigung, die wirkliche Ursache des Zerfalls zu sehen. Die Armee machte die gleiche Zerrüttung durch, wie alle Zweige der Volkswirtschaft. Diese Zerrüttung war letzten Endes nur ein äußerst greller Beweis für den vollständigen Zusammenbruch der ganzen bürgerlich-guts herrlichen Gesellschaftsordnung im Land. Die Schuld dafür auf die Bolschewiki zu schieben, hieß nur, die Wirkung für die Ursache zu halten. Lenin betonte das immer wieder.

«... alle die Verleumdungen — sagte er —, mit denen uns die bürgerliche Presse und die Parteien bewerfen, die ihr helfen oder der Sowjetmacht feindselig sind, daß nämlich die Bolschewiki die Armee zersetzt haben, sind dummes Zeug<sup>3</sup>.»

Dummes Zeug war auch die Behauptung, daß die bolschewistischen Truppenteile — richtiger diejenigen diejenigen Truppenteile, wo die bolschewistischen Organisationen die ganze übrige Soldatenmasse führten — das krasseste Bild der Zerrüttung boten. In Wirklichkeit war es gerade umgekehrt. In den Kämpfen bei Riga, in denen sich besonders kraß die völlige Unfähigkeit der Heeresleitung und der kompromißloserischen Komitees zur Führung der Soldatenmasse offenbarte, legten die lettischen Regimenter, die fast durchweg bolschewistisch waren, die größte Festigkeit an den Tag.

Während der Operationen auf den Inseln Oesel und Dagö zeigten die bolschewistischen Matrosen besondere Standhaftigkeit. Während alle übrigen in panischer Angst flüchteten, darunter auch die Artillerie, d. h. die Truppe, die man gegen die «bolschewistische Ansteckung» für am besten gefeit hielt, blieben die bolschewistisch gestimmten Truppen auf ihrem Kampfposten. Ebenso war es an vielen anderen Frontabschnitten.

Die «bolschewistische Seuche» war in allen Fällen eine schöpferische und organisierende Kraft. Gelegentlich waren sogar die Gegner der Bolschewiki gezwungen, dies anzuerkennen. Der Gehilfe des Kommissars für die Nordfront, Sawizki, schrieb in seinem Bericht an den Kriegsminister:

«Die erste lettische Brigade hält sich befriedigend, aber es gab Beschwerden über schlechtes Schuhwerk und Bekleidung und über ungenügende Verpflegung. Die Vorhut kämpfte erfolgreich und rückte vor. In einer Woche wurden mehr als 150 Gefangene gemacht, 10 Maschinengewehre erbeutet; die Kornilowverschwörung wirkte sich auf das Vertrauen der Soldaten zu den Offizieren aus. In der ersten lettischen Brigade dehnt sich das Mißtrauen auch auf die Provisorische Regierung und den Ministerpräsidenten aus, den man beschuldigt, er wolle die Macht an sich reißen. Der Einfluß der Zeitung ‚Lettischer Schütze‘ macht sich bemerkbar<sup>1</sup>.»

Ein weiterer Zeuge aus dem gleichen Lager — der Oberkommissar der Provisorischen Regierung, Stankewitsch — sagt in seinen Erinnerungen geradezu:

«Man muß feststellen, daß die beste, straffste Armee nicht nur an der Nordfront, sondern vielleicht an der ganzen russischen Front — die 5. Armee — als erste ein bolschewistisches Armeekomitee gewählt hat<sup>2</sup>.»

Dies alles spricht auf keinen Fall dafür, daß die Bolschewiki die Desorganisatoren waren, als die sie die Bourgeoisie und ihre ergebenen Freunde, die Kompromißlerparteien, hinstellten. Und wenn die Front trotz alledem zusammenbrach, so waren es andere Ursachen, die diesen Zerfall herbeiführten. Die wichtigste Ursache war die verräterische gegen die Interessen der breiten arbeitenden Massen gerichtete Außen- und Innenpolitik der Provisorischen Regierung. Die Front trug schwer an der Last des zermürbenden Kampfes, aber das Hinterland in Gestalt der bürgerlichen und Gutsbesitzerklassen führte ein üppiges Leben, erfüllt vom Fieber der Spekulation und der Jagd nach Profit.

«Im Hinterland fühlt man nicht die Sorge des ganzen Volkes, daß die Armee des freien Volkes besser gepflegt und ausgerüstet werde, als es in früheren Jahren der Fall war — so äußerte sich Stankewitsch in seinem Telegramm vom 20. Oktober. — Und das ist nicht nur die Folge einer Verarmung des Hinterlandes, denn die Straßen der Städte sind von einer müßigen Menge gefüllt, die Theater und Kinos können die Masse der Zuschauer nicht fassen<sup>1</sup>.»

Die Spekulanten und Händler, die Fabrikanten und Werkbesitzer, die an Kriegslieferungen wahnsinnige Profite machten, forderten den «Krieg bis zum siegreichen Ende». Ueberall wurden die so leicht verdienten Millionengelder leichtsinnig verpulvert. An der Front aber gingen gleichzeitig die hungernden Soldaten, die kein Schuhwerk hatten, in den feuchten Schützengräben zugrunde, wurden von den Läusen gequält und horchten mit größter Spannung auf alles, was sich im Hinterland ereignete. Ein wilder Haß stieg in ihnen gegen diejenigen empor, die sie zur Fortsetzung des Krieges zwangen. Die Lage war im Grunde die gleiche geblieben wie vor der Februarrevolution, mit dem einzigen Unterschied, daß die Front jetzt mehr hungerte, stärker zermürbt war als vorher, denn die Vorräte waren erschöpft und die Zerrüttung im Hinterlande steigerte sich mit jedem Tag. Bei einer solchen Lage war es nicht verwunderlich, daß die Front mehr und mehr zerfiel. Der Klassencharakter des Krieges, der Egoismus der herrschenden Klassen, die unbedingte Verbundenheit der Offiziere mit ihnen offenbarten sich immer deutlicher den Soldatenmassen.

Die Versorgung der Armee mit Nahrungsmitteln und Ausrüstungsgegenständen, die sich unaufhörlich verschlechterte, begann schließlich den Charakter einer Katastrophe anzunehmen. Kurz vor der Oktoberrevolution litten einige Truppenteile unter einer wirklichen Hungersnot: sie erhielten kein Brot, kein Fleisch, keine Graupen.

Die Berichte der Kommissare und der Kommandeure von allen Fronten kündigten laut die herannahende Katastrophe an.

Der Kommissar der 4. Armee, Alexejewski, erklärte in seinem Bericht vom 5. Oktober:

«Infolge des Zustandes der Verpflegung und Ausrüstung verschlechtert sich die Stimmung, stellenweise nimmt sie besorgniserregenden Charakter an<sup>2</sup>.»

Der Kommissar der 3. Armee, Posnikow, meldete in seinem Bericht vom 7. Oktober:

«Es fehlt nicht nur an warmer Kleidung, sondern auch an gewöhnlicher Montur. Linsen, Heringe, nicht volle Brotration. Heroische Maßnahmen sind notwendig zur Verbesserung der Verpflegung und zur Versorgung mit Kleidung und Schuhwerk<sup>4</sup>.»

Der Gehilfe des Kommissars der 9. Armee, Petschkurow, teilte in seinem Bericht vom 7.—11. Oktober mit:

«Die Hauptursache der Unzufriedenheit ist der starke Mangel an Monturen. Die Soldaten tragen Sommeruniform, die Witterung ist jetzt regnerisch, die Temperatur sinkt nachts bis auf Null... In der 166. Division werden Monturen verlangt, weil es nicht nur an Hemden, Hosen und Mänteln (warmen) fehlt, sondern nicht einmal die Sommersachen in Ordnung gebracht werden können, ganze Züge gehen nicht zu den Übungen, weil ihre Bekleidung verschlissen ist<sup>2</sup>.»

Am 16. Oktober berichtete der Kommissar der 9. Armee erneut:

«Es herrscht Mangel an Nahrungsmitteln, Schuhwerk, Wäsche und Monturen; in der 37. und der 43. Infanteriedivision ist ein hoher Prozentsatz an Soldaten ohne Schuhwerk festzustellen und in einigen Teilen der 37. Division hat ein hoher Prozentsatz der Mannschaft überhaupt keine Leibwäsche<sup>3</sup>.»

Am 23. Oktober drahtete der Kommissar der 12. Armee, Nakorjakow, an den Oberkommissar:

«Die Lage verschlimmert sich rasch, namentlich in bezug auf Brot. Rechnet man die mitgeführten Vorräte von Feldzwieback mit, so ist die Armee auf drei bis vier Tage versorgt. Mehl wird aus dem Hinterland nicht geliefert. Aus diesem Grunde sind unerhörte Ausschreitungen möglich<sup>4</sup>.»

Die Lage verschärfte sich immer mehr. Von der Front trafen immer häufiger Nachrichten über die Weigerung einzelner Regimenter und Divisionen ein, den Befehl zum Kampf und andere Anordnungen der Truppenkommandos auszuführen. Aus dem Bericht der militär-politischen Abteilung des Stabes des Höchstkommmandierenden über Ausschreitungen in der Armee vom 1. bis zum 30. Oktober ergibt sich folgendes Bild: Im Laufe dieser Zeit ereigneten sich 53 Fälle von Verbrüderungen, neun Versuche einer gewaltsamen Einstellung der Kriegshandlungen gegen den Feind und gegen die Truppen, die sich verbrüdeten, sieben Fälle der eigenmächtigen Räumung von Stellungen, 104 Fälle der Nichterfüllung von Befehlen, 24 Forderungen der Entfernung von Vorgesetzten, 67 Fälle von Beleidigung der Vorgesetzten, in einzelnen

Fällen von Gewalttätigkeiten und Tötung begleitet, mehr als 100 Fälle der Weigerung, an Uebungen und Arbeiten teilzunehmen, 22 Forderungen des sofortigen Friedensschlusses, acht Fälle von Beleidigungen von Kommissaren der Provisorischen Regierung und Mitgliedern der Truppenkomitees, wobei gegen sie Gewalt angewendet wurde usw.

Die Regimenter und Divisionen, die den Gehorsam verweigerten, wurden aufgelöst, was übrigens nicht immer und nicht überall gelang. Einzelne «Rädelsführer» wurden vor das Kriegsgericht gestellt, aber dadurch wurde die Lage an der Front nicht besser.

Am 12. Oktober berichtete der Gehilfe des Kommissars der Nordfront, Sobolew, an den Kriegsminister:

«Wie ich schon mitteilte, haben in der von mir ultimativ angesetzten Frist drei Regimenter die Waffen abgeliefert, darauf forderte ich die Auslieferung der Hetzer und Rädelsführer; jetzt werden sie vor das Revolutionäre Kriegsgericht gestellt. Infolge von mildernden Umständen wurde das 4. Regiment einstweilen nicht aufgelöst, aber seine Rädelsführer wurden ebenfalls vor Gericht gestellt, Maßnahmen zum Schutz des Gerichts und zur Sicherung der Ruhe wurden getroffen, die Vorfälle in der 116. Division können als völlig liquidiert betrachtet werden<sup>1</sup>.»

Aber gleich danach mußte er hinzufügen:

«Ich bin moralisch verpflichtet, zu berichten — und kann das nicht verschweigen —, daß furchtbare Ereignisse herannahen, und was sie dem Land und der Revolution bringen werden, muß für jeden klar sein, der sich nicht fürchtet, der Wahrheit in die Augen zu sehen. Heute haben wir fast keine Armee mehr, morgen wird es überhaupt keine mehr geben<sup>2</sup>.»

Am 18. Oktober berichtete der Kommissar der 2. Armee, Grodski:

«Die Stimmung ist äußerst nervös, verschärft sich mit jeder Stunde und nähert sich einer überwältigenden Gehorsamsverweigerung... In den Massen wird gesagt: wenn der Friede nicht in den nächsten Tagen geschlossen wird, verlassen wir die Front. Ueber das Verlassen der Front sind die hartnäckigsten Gerüchte im Umlauf<sup>3</sup>.»

Der Kommissar der 11. Armee der Südwestfront, Tschekotilo, teilte mit:

«Es werden massenhaft Militärstiefel, Mäntel, Wäsche verkauft, wobei man von der Erwägung ausgeht, daß man ohne Uniformen keinen Krieg führen kann; die Soldaten hoffen auf diese Weise den Frieden zu beschleunigen<sup>4</sup>.»

Und schließlich zog am 22. Oktober der Kommissar der Westfront, Shtanow, in seinem Wochenbericht folgende Bilanz:

«In der Armee wächst die nervöse Stimmung von Tag zu Tag; die Verletzungen der Disziplin greifen auf neue Truppenteile über. Die Propaganda der Bolschewiki gewinnt die Oberhand und hat Erfolg... Das Vertrauen zu den Komitees sinkt, man lehnt es ab, auf sie zu hören — sie werden fortgejagt und verprügelt. Die Komitees legen, eingeschüchtert, ihr Mandat nieder, ohne Neuwahlen abzuwarten. Der Haß gegen die Offiziere wächst infolge der weitverbreiteten Ueberzeugung, daß die Offiziere den Krieg in die Länge ziehen. Die Stimmung der Fronttruppen verschlechtert sich. Die Stimmung der Komitees, der Offiziere und der Vorgesetzten, die durch die massenhaften spontanen Disziplinbrüche niedergedrückt sind, ist eine panische. Sie lassen die Hände sinken. Der Zerfall erreicht seine äußerste Grenze!.»

Der Zerfall der Front bedeutete letzten Endes den Zusammenbruch der gesamten gutsherrlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung im Lande, deren Widerspiegelung die alte Armee war. Für die räuberischen Ziele der bis dahin herrschenden Klassen und zum Schutz ihrer Privilegien geschaffen, brach sie zugleich mit diesen Klassen zusammen.

## 2.

### Die Tage vor der Oktoberrevolution in der Flotte

Die Kornilow-Ereignisse gingen auch an der Flotte nicht spurlos vorüber. Sie verschärfen die politischen Leidenschaften der Matrosen und steigerten ihr Mißtrauen gegen die Offiziere. In Helsingfors verlangten die Besatzungen der Kriegsschiffe von den Offizieren schriftliche Erklärungen über ihre Stellung zu Kornilow. In einzelnen Fällen hielten die empörten Matrosen auf eigene Faust Gericht. Auf Grund eines Beschlusses der gemeinsamen Tagung des Helsingforser Sowjets und des Zentralrates der Baltischen Flotte, des «Zentrobalt», wurde ein Revolutionskomitee geschaffen, das Kommissare für die Kriegsschiffe, das Telegraphenamt, das Telephonamt, die Post und die übrigen Behörden einsetzte.

In den Sitzungen des Helsingforser Sowjets, besonders bei den Beratungen der Matrosensektion, wurden immer häufiger Stimmen laut, die den Sturz der Provisorischen Regierung und die Aufrichtung der Sowjetmacht forderten. Im September nahmen zwölf Schiffe der Baltischen Flotte eine Kampfesresolution gegen das Dekret der Provisorischen Regierung an, das Rußland zur «Republik» ohne



den Zusatz «demokratisch» erklärte. Die Matrosen begannen immer häufiger vom bewaffneten Aufstand zu sprechen.

Am 1. Oktober wies Kerenski in einem Telegramm an den Befehlshaber der Nordfront auf die «gefährlichen» Stimmungen der Kronstädter Matrosen hin.

«Die Kronstädter haben es bereits erreicht, daß im kritischen Augenblick nicht alle Verteidigungsmittel zur Stelle sind<sup>1</sup>.»

Unter dem Einfluß der dauernden Steigerung der revolutionären Stimmung in den Matrosenmassen begann sich der Zentrobalt rasch von den Illusionen der Vaterlandsverteidigung freizumachen, die teilweise noch im August bei ihm vorhanden waren. Ende September konnten die Matrosen der Baltischen Flotte der proletarischen Revolution bereits ihre volle Bereitschaft melden, für den Kampf um die Sowjetmacht in Aktion zu treten. Diese Bereitschaft bewiesen sie auf der zweiten Tagung des Zentrobalt, die am 25. September in Helsingfors eröffnet wurde.

Am 3. Oktober richtete die zweite Tagung des Zentrobalt an die Matrosen und Soldaten den Appell, sich zum Kampf für die Revolution vorzubereiten. Als Antwort auf diesen Appell erhielt der Zentrobalt aus allen Teilen des Landes Kundgebungen der Bereitschaft, die proletarische Revolution zu unterstützen.

Die Matrosen der Schwarzmeerflotte erklärten:

«Wir vereinigen unsere Stimme mit eurem leidenschaftlichen Appell, wir werden gemeinsam mit euch auf die Barrikaden des letzten Kampfes gehen<sup>2</sup>.»

Von der rumänischen Front boten die Soldaten den revolutionären Matrosen ihre Unterstützung an:

«Genossen, von euch hängt jetzt viel ab, schreckt vor nichts zurück. Wir sind jederzeit bereit, an eurer Seite zu stehen<sup>3</sup>.»

Alle Beschlüsse der Tagung wurden unter der unmittelbaren Leitung der Bolschewiki gefaßt. Auf die böswilligen Verleumdungen der Presse, die die Matrosen der Flucht von der Front bezichtigten, antwortete die Tagung des Zentrobalt mit einem scharfen Protest:

«Dir, der du die Revolution verraten hast, Bonaparte-Kerenski, senden wir einen Fluch, in dem Augenblick, in dem unsere Genossen unter den Kugeln und Granaten fallen und in den Wogen des Meeres versinken, auf den Lippen den Ruf: Verteidigt die Revolution! Und wenn wir alle, wie ein Mann, für die Freiheit und den Boden unser Leben opfern, werden wir als ehrliche Streiter im Kampf gegen den äußern Feind und auf den Barrikaden im Kampf gegen den inneren Feind untergehen

und dir, Kerenski, und deinen Gesellen fluchen wegen eurer Aufrufe, durch die ihr die Kräfte der Flotte in einer Stunde, die für das Land und die Revolution gefahrvoll ist, zu spalten suchtet!.»

In dieser Resolution offenbarte sich die volle Bereitschaft der Matrosen der Baltischen Flotte, unversöhnlich den revolutionären Kampf um die Sowjetmacht zu führen. Nur in einem Augenblick, wo der Aufstand bereits herangereift ist, können solche Resolutionen entstehen. Die Erklärung, daß sie bereit seien, ihr Leben auf den Barrikaden zu opfern, war für die baltischen Matrosen kein leeres Wort. Sie haben das in den großen Oktoberkämpfen durch die Tat bewiesen.

Die Baltische Flotte stand unter dem stärksten Einfluß der bolschewistischen Partei und ihres Führers Lenin. Die baltischen Matrosen gehörten zu den ersten, die mit einem klaren Programm der Vorbereitung zur Machtergreifung auftraten. Schwieriger war die Bolschewisierung der Schwarzmeerflotte, wo die Menschewiki und Sozialrevolutionäre starken Einfluß hatten. Zum Unterschied von der Baltischen Flotte, deren Mannschaft sich fast restlos aus Industriearbeitern rekrutierte, setzte sich die Besatzung der Schwarzmeerflotte zu einem beträchtlichen Teil aus Angehörigen mehr oder minder wohlhabender Schichten der ukrainischen Bauernschaft zusammen. Infolge dieser Klassenstruktur und infolge des Umstandes, daß die Schwarzmeerflotte von den Zentren der Revolution weiter entfernt war, hatten die Sozialrevolutionäre dort eine Zeitlang die Oberhand.

Eine Zeitlang war die Schwarzmeerflotte ein Zentrum, das die konterrevolutionären Kräfte anzog. Die Feinde der Revolution bemühten sich, sie für ihre Ziele auszunutzen. Der Befehlshaber der Flotte, Admiral Koltshak, der zukünftige Führer der sibirischen Konterrevolution, stellte im Sommer 1917 eine Scheindelegation unter Führung eines angeblichen Matrosen Batkin zusammen. Im Namen der Matrosen der Schwarzmeerflotte reiste sie durch ganz Rußland und agitierte sowohl in Petrograd, wie in der Provinz und in den Stellungen für die Offensive an der Front. Mit Unterstützung der Kompromißler suchte dieser Abgesandte, der sich selbst zum Matrosen gemacht hatte, auch in die Baltische Flotte einzudringen, erhielt aber hier die gebührende Abfuhr und wurde entlarvt. Nach seinem skandalösen Mißerfolg in Helsingfors wagte dieser Admiralsvertreter nicht mehr in Kronstadt zu erscheinen. Bald darauf entzog der Sebastopoler Sowjet unter dem Druck der Matrosen der ganzen Delegation ihr Mandat.

Das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei wandte der Arbeit in der Schwarzmeerflotte besondere Aufmerksamkeit zu. Die örtlichen bolschewistischen Organisationen wurden beauftragt, erfahrene Propagandisten dorthin zu entsenden. Gleichzeitig wurden auch aus Petrograd Parteiarbeiter dorthin kommandiert; unter ihnen waren Matrosen der Baltischen Flotte.

Die Bolschewiki der Städte am Schwarzen Meer entfalteten eine umfassende Tätigkeit auf den Kriegsschiffen und gründeten dort Parteizellen. Die Matrosenmassen begannen, immer entschiedener und fester, ihnen Gefolgschaft zu leisten. Der Stellvertretende Generalkommissar der Schwarzmeerflotte, Borissow, drahtete am 24. August an den Marine-Generalstab:

«In der kurzen Zeit meiner Abwesenheit ist Sebastopol zu einer Stadt der Bolschewiki geworden. Starke Erregung, unaufhörliche Meetings, auf denen man nur die Bolschewiki sprechen läßt, erregte Menschenhaufen an allen Straßenecken. In den Organisationen hat sich die Stimmung ebenfalls sehr verschärft. Phantastische Gerüchte über konterrevolutionäre Verschwörungen, über die Ankunft von Kosaken, erregen die Massen. In einigen Truppenteilen hat man bereits zu den Waffen gegriffen. Bei den Bolschewiki sind gute Agitatoren aufgetaucht. Zu allem übrigen traf gestern noch eine Delegation der Baltischen Flotte ein, um für den Anschluß an das Ultimatum der Baltischen Flotte bezüglich der Solderhöhung zu agitieren. Vier von ihnen wurden auf meinen Befehl nicht nach Sebastopol hineingelassen, zwei, die Mandate vom Zentralrat der Flotte besaßen, wurden hineingelassen, aber nach einer Besprechung mit dem Exekutivkomitee am gleichen Tage zurückgeschickt. Entschiedene Maßnahmen konnten gegen die Agitation der Bolschewiki und gegen die Meetings nicht ergriffen werden, da man sich auf niemanden verlassen kann. Die Schwarzmeer Delegation wird nicht einmal angehört. Ihr Prestige ist völlig gesunken.»

Im August konnte Sebastopol noch nicht als «Stadt der Bolschewiki» bezeichnet werden. Die Organisation der Sozialrevolutionäre zählte dort an die 20 000 Mitglieder, während die Bolschewiki nur 250 Mann in ihren Reihen erfaßten. Alle gewählten leitenden Organe befanden sich noch in den Händen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki. Aber in dem panischen Telegramm Borisssows speegelte sich der Gang der Ereignisse richtig wider. Immer mehr ergibt den Kompromißern der Boden unter den Füßen, die Positionen der Bolschewiki wurden mit jedem Tag stärker.

Von 145 Deputierten des Sebastopoler Sowjets gehörten im Juli der Fraktion der Bolschewiki nur 12 an, im Oktober aber zählte die Fraktion bereits 50 Mitglieder. Die Bolschewisierung des Sebastopoler Sowjets erfolgte hauptsächlich durch die Revolutionierung der Schwarzmeer-Matrosen unter der Führung der bolschewistischen Partei.

Zugleich mit dem Sebastopoler Sowjet war ein Zentralrat der Schwarzmeerflotte geschaffen worden, der in seiner erdrückenden Mehrheit aus Parteilosen und Kompromißlern bestand. In einer Reihe von Fragen bezog er jedoch sogar eine linkere Position als der Sebastopoler Sowjet. Wegen dieser linken Haltung wuchs seine Autorität und sein Einfluß.

Am 7. September wurde in einer Versammlung der Vertreter von 20 Schiffs- und Küstenformationen, die an Bord des Linienschiffs «Rostislaw» stattfand, der Beschluß gefaßt, die Uebergabe der Macht an die Sozialisten zu fordern; am 9. September beschloß eine Versammlung, die bereits 40 Schiffs- und Küstenformationen vertrat, ebenfalls an Bord des «Rostislaw», einen scharfen Protest gegen einen Befehl, der Garantien für die konterrevolutionären Kommandeure schuf und den politischen Kampf in Armee und Flotte verbot. In diesem Befehl wurde mit Recht ein Anschlag auf die elementaren Bürgerrechte der Heeresangehörigen erblickt.

Am 15. September beschloß der Flotten-Zentralrat gemäß dem Beschluß der Delegiertenversammlung für eine Zeit auf sämtlichen Schiffen der Schwarzmeerflotte rote Fahnen und das Signal «Es lebe die Russische demokratische Republik!» zu hissen. Nach Beendigung dieser Demonstration lehnte es die Mehrzahl der Besatzungen kategorisch ab, die zeitweilig gehißten roten Fahnen wieder einzuholen. Unter dem Druck der Matrosenmassen faßte der Flotten-Zentralrat den Beschluß, die Flaggenfrage bis zur Konstituierenden Versammlung offen zu lassen.

Die ukrainische Bourgeoisie nützte die Unfähigkeit der Kerenskieregierung, die nationale Frage zu lösen, aus, um zu versuchen, in die Schwarzmeerflotte den bürgerlichen Nationalismus hineinzutragen und eine Ukrainisierung der Flotte durchzusetzen. Sie erreichte jedoch wenig; nur ein einziger Kreuzer, der «Pamjat Merkurija», ersetzte die rote Fahne durch die ukrainische.

Zur Verstärkung der Parteiarbeit entsandte das Zentralkomitee der Partei Mitte Oktober zwei Parteiarbeiter nach Sebastopol, von denen einer ein Kronstädter Matrose war. Sie erhielten von J. M. Swerdlow folgende Direktive: Die Frage der Machtergreifung des Proletariats sei eine Frage weniger Tage. In allen großen

Zentren seien die proletarischen Kräfte bereits genügend herangereift. Im Süden jedoch, besonders in der Krim, stünden die Dinge schlecht. Dort sei durchweg ein Ueberwuchern der Sozialkompromißler festzustellen. Das sei besonders traurig, wenn man die Bedeutung Sebastopols als Kriegshafen berücksichtige. Die Aufgabe bestehe darin, Sebastopol in eine revolutionäre Basis der Schwarzmeerküste zu verwandeln. Sebastopol müsse das Kronstadt des Südens werden.

Als die Oktoberrevolution kam, hatte die kompromißlerische Führung des in der Admiralität sitzenden Zentralrates der Flotte die letzten Reste ihres Einflusses auf die Matrosen verloren. Sogar nach dem Beschluß der Provisorischen Regierung, den Zentralrat der Flotte auseinanderzujagen, unterstützten die ihm angehörenden Menschewiki und Sozialrevolutionäre weiterhin lakaienhaft die Provisorische Regierung. Angesichts der Bolschewisierung der Flotte und der Petrograder Garnison versuchte die Provisorische Regierung am Vorabend der Oktoberrevolution, Kronstadt und Petrograd zu entwaffnen und aus einigen Forts die Artillerie zu entfernen, unter dem Vorwand, man brauche sie an der Front. Aber die revolutionären Matrosen, gemeinsam mit den Arbeitern und Soldaten, verhinderten die Entwaffnung.

### 3.

## Die Bolschewisierung der Armee

Die bolschewistische Partei arbeitete in der Armee unter äußerst schwierigen Bedingungen. Die Lügen und Verleumdungen der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Presse erschwerten ihre Agitation und Propaganda. Die Jagd auf bolschewistische Zeitungen, die für die Front verboten waren, legten der Arbeit der Bolschewiki gewaltige Hindernisse in den Weg.

«Uns steht *nur das Wort* zur Verfügung — schrieb Lenin. — Und diese Möglichkeit, zu sprechen, will man uns rauben... Die ‚Prawda‘ wird nicht an die Front gelassen. Die ‚Kiewer ‚Kolporteurs‘ haben beschlossen, die ‚Prawda‘ nicht zu verbreiten. Der ‚Semstwverband‘ verkauft in seinen Kiosken nicht die ‚Prawda‘. Und schließlich verspricht man uns, einen ‚systematischen Kampf gegen die Propaganda des Leninismus‘ zu führen . . . (‚Nachrichten des Arbeiter- und Soldatendeputierten-sowjets‘) Dafür aber wird jeder spontane Protest, jede Ausschreitung, wo sie auch stattfinden mag, *uns in die Schuhe geschoben*.»

Und trotzdem, ungeachtet aller Schikanen, drangen die bolschewistischen Zeitungen sowohl in die Kasernen als in die Schützengräben und auf die Schiffe. Sie fanden bei den Soldaten Sympathie und Widerhall, entfachten in ihnen eine kühne, revolutionäre Stimmung.

«Heute hat ein klassenbewußter Werktätiger, ein Zeitungsverkäufer, uns die Zeitung gebracht, die man lesen muß, die Zeitung ‚Soldat‘, die die Wahrheit verbreitet — so hieß es in einem Brief aus einem Petrograder Reserveregiment an das heimatliche Dorf —, heute sah man in den Händen unserer Soldaten die proletarischen Zeitungen ‚Soldat‘ und ‚Rabotschij Putj‘. Sonst müssen wir etwas trauriges wahrnehmen: alle Genossen Soldaten haben bürgerliche Zeitungen, die ständig die wahren Führer anklagen, frech lügen und dadurch die Leser irreführen<sup>1</sup>.»

Gelangten die bolschewistischen Zeitungen nur unter Schwierigkeiten in die Petrograder Kasernen, so war es für sie noch schwerer, an die Front, in die Frontarmee zu kommen. Aber auch dort rüttelten die bolschewistischen Gedanken die Soldaten auf, klärten ihr Klassenbewußtsein, zeigten ihnen die Methoden des revolutionären Kampfes. Die gewaltige Arbeit der bolschewistischen Presse fand ein begeistertes Echo bei den Soldaten.

«Genosse Redakteur! — schrieb der einfache Soldat Koslow aus der Frontarmee an die Redaktion der Zeitung ‚Soldat‘. — Ich und viele Genossen interessieren uns ungeheuer für Ihre Zeitung, die gute Anleitungen gibt. Diese Zeitung ist zufällig zu uns gelangt; aus ihr erfahren wir, was wir fordern und verlangen müssen, um die Macht nicht den Kapitalisten zu geben, die, wie Sie schreiben, unsere Unwissenheit auszunutzen und Zwietracht zwischen den Soldaten und Arbeitern zu stiften suchen. Aber wir wollen Ihrem Beispiel folgen und werden Sie immer unterstützen; wir werden unsere Rechte entsprechend Ihrem Programm durchzusetzen suchen<sup>2</sup>.»

Einen starken Eindruck machten auf die Soldaten die glänzenden, für jeden verständlichen Artikel und Reden Lenins.

«Besonders danke ich für die Rede des Genossen Lenin, nach der ich mich so leidenschaftlich gesehnt habe, — schrieb ein Soldat von der Front. — Jetzt mache ich meinerseits d'e Genossen Soldaten mit dieser Rede Lenins bekannt, besonders diejenigen, die aus Unverstand das Vertrauen zu untergraben such-

ten, aber gegenwärtig bedauern, daß Genosse Lenin böswilligen Angriffen und Verleumdungen ausgesetzt war<sup>1</sup>.»

Das Wachstum des Klassenbewußtseins der Soldatenmassen und ihr Uebergang auf die Seite der Bolschewiki mußten organisatorisch verankert werden. Zehntausende von fortgeschrittenen, politisch geschulten Arbeitern, die in die Armee eingezogen wurden, stellten rasch enge Verbindungen mit den Zentren des politischen Lebens her und gründeten an der Front starke Zellen der bolschewistischen Organisationen. Eine gewaltige Rolle spielten die nach den Juliereignissen aufgelösten Regimenter der Petrograder Garnison. Die Verschickung von Tausenden von Soldaten, die durch die revolutionäre Schule der Hauptstadt gegangen waren, an die Front, war nichts anderes als die Entsendung vieler bolschewistischer Parteiarbeiter. In den von der Zensur nach dem Juli beschlagnahmten Soldatenbriefen spürt man den Zustrom von organisatorischen Kräften. Durch sie klingt bereits das Mißtrauen gegen die kompromißlerischen Sowjets.

«Ich war auch früher nicht von ihrem aufrichtigen Willen überzeugt, der geknechteten und unterdrückten Masse entgegenzukommen — so schrieb ein Soldat über die Sozialrevolutionäre und Menschewiki —, jetzt aber überzeuge ich mich immer mehr davon, daß alle, die rot und diplomatisch sprechen, schwarz und kapitalistisch denken<sup>2</sup>.»

Die Bemerkung eines anderen Soldaten richtet sich an die gleiche Adresse:

«Ihr sollt nicht länger glauben, daß ihr in der Armee eine Stütze habt<sup>3</sup>.»

Die Armee befreite sich von der Bevormundung durch die Kommandospitzen und dadurch gleichzeitig auch vom Einfluß der kleinbürgerlichen Parteien und vom Vertrauen zu ihnen. Die Bolschewiki begannen, die Gemüter der Soldaten vollkommen zu beherrschen.

Immer stärker würde in der Armee das weitverzweigte System von bolschewistischen Organisationen, das die Führung über die Massenorganisationen der Soldaten gewann. Die Partei der Bolschewiki hatte keine fertige politische Armee an der Front. Nur allmählich, durch unermüdliche und angespannte Arbeit, festigte die Partei ihren Einfluß in den Massen. An Hand der Erfahrung, der Praxis, der lebendigen Entwicklung zeigte sie die Ueberlegenheit ihres Programms und ihrer Taktik, zerstreute sie die konterrevolutionären Illusionen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Vor der Oktoberrevolution wurde die Militärorganisation beim Zen-

tralkomitee der Partei zu einem wirklichen Kampfstab. Unter Führung des Zentralkomitees der Bolschewiki vereinigte, organisierte und befähigte sie die breiten Soldatenmassen zum Kampf um die Macht.

Das Hauptaugenmerk der Bolschewiki galt in dieser Zeit der Eroberung der unteren Soldatenorganisationen. Die Regiments-, Kompanie- und sonstigen Komitees, die unmittelbar die Stimmung der Massen widerspiegelten, stellten sich allmählich auf ihre Seite. Die Komitees reinigten sich Schritt für Schritt von dem kleinbürgerlichen Abschaum und traten unter das Parteibanner der Bolschewiki. Folgendes Beispiel gibt eine anschauliche Vorstellung davon, wie sich dieser Prozeß an der Front abspielte.

Im 12. Turkestaner Schützenregiment des III. Sibirischen Korps der 2. Armee bestand eine kleine vereinigte sozialdemokratische Organisation, zu der sowohl Menschewiki und Internationalisten, als auch Bolschewiki gehörten. An der Spitze der Bolschewiki stand der Kommandeur des 2. Bataillons, Kamenschtschikow, ein junger Oberstleutnant, der später der erste gewählte Oberbefehlshaber der Westfront war.

Anfang August stellte Genosse Kamenschtschikow die Frage des Austritts der Bolschewiki aus der vereinigten Organisation und der Bildung einer selbständigen bolschewistischen Zelle. Um möglichst viele Anhänger herüberzuziehen, stellten die Bolschewiki diese Frage in einer öffentlichen Versammlung der Mitglieder der gesamten Organisation zur Beratung. Referent war Genosse Kamenschtschikow. Sein Bericht löste eine leidenschaftliche Diskussion aus. Besonders nachdrücklich verfochten die Internationalisten, der Arzt Begun und ein Unteroffizier, die Beibehaltung der «einheitlichen» Organisation. Der erwähnte Unteroffizier schloß sich übrigens in der gleichen Sitzung, nachdem die Spaltung beschlossen war, den Bolschewiki an. Zum Vorsitzenden des neuen Komitees wurde Genosse Kamenschtschikow, zum Sekretär der Unteroffizier Korolew gewählt.

Die Bolschewiki ließen sich nicht dadurch abschrecken, daß die neue Organisation anfänglich nicht mehr als 18 bis 20 Mitglieder hatte. Bald gelang es dem Komitee eine «Hütte» zu finden, die durch ihre Bibliothek, ihre Zeitungen und vor allen Dingen durch mündliche Besprechungen rasch zu einem Anziehungspunkt für die Soldaten wurde. Dann wuchs die Arbeit so in die Breite, daß das Komitee in eine Bezirksleitung umgewandelt wurde, die die Parteiarbeit in den Turkestaner Schützenregimentern Nr. 12, 24 und 25 aus der gleichen Division, ferner in der Divisionsartillerie, dem



Sturmbataillon und anderen Truppenteilen zusammenfaßte. Es wurde sogar ein besonderes Kollektiv für die Parteiarbeit unter den Bauern des in der Nähe befindlichen Fleckens Rubjashewitschi gebildet.

Vor dem Oktober wurde an der Front die Neuwahl der Truppenkomitees zu einer Massenerscheinung.

«Unsere Tätigkeit fortzusetzen ist unmöglich — so sagte der Vorsitzende des Komitees des 107. Regiments — weil das Regiment uns gegenüber eine feindselige Haltung einnimmt und dringend die Neuwahl des Komitees verlangt. Bei den Soldaten wächst die Gereiztheit über die Tätigkeit des Komitees... Ich halte es für notwendig, den Rücktritt des gesamten Komitees vorzuschlagen<sup>1</sup>.»

In einem Geheimbericht des Kommissars der Westfront über die Woche vom 14. bis 21. Oktober heißt es:

«Eine charakteristische Erscheinung ist die eigenmächtige Neuwahl der Komitees geworden, in die nach den Wahlen lediglich Bolschewiki gelangen. Eigenmächtige Neuwahlen fanden statt in den Grenadierregimentern Nr. 2, 3 und 6<sup>2</sup>.»

Wie diese «eigenmächtigen Neuwahlen» vor sich gingen, zeigt das Beispiel der Neuwahlen in einem der hier erwähnten Regimenter, im 6. Grenadierregiment.

Die bolschewistische Organisation dieses Regiments war im August entstanden. Es gelang danach, in fast allen Kompagnien und Formationen bolschewistische Zellen zu organisieren. Anfang Oktober fanden zwei Vollversammlungen des Regiments statt, in denen die Anträge der Bolschewiki gewaltigen Erfolg erzielten. Von den Offizieren wagten nur zwei Fähnriche und ein sozialrevolutionärer Kriegsfreiwilliger, der alte Roginski, aufzutreten.

Bei einer solchen Stimmung des Regiments war das Weiterbestehen des alten, kompromißlerischen Soldaten-Regimentskomitees ein offenkundiger Widersinn, und die Bolschewiki leiteten daher eine energische Kampagne für Neuwahlen ein. Die Kandidaten wurden aufgestellt und der Erfolg der Bolschewiki stand außer Zweifel.

Es gelang jedoch nicht, die Vorbereitungsarbeit für die Neuwahlen planmäßig und vollständig zu Ende zu führen. Am 12. Oktober erhielt das Regiment vom Armeekomitee der 2. Armee die Anweisung, einen Delegierten zu der für den 16. Oktober einberufenen Armeekonferenz zu entsenden. Das Regimentskomitee, das wußte, daß seine Tage gezählt waren, wählte nichtsdestoweniger noch rasch den Sozialrevolutionär Roginski zu seinem Vertreter.

Als die Bolschewiki dies erfuhren, beschlossen sie, die Neuwahlen sofort durchzuführen. Es durfte nicht geschehen, daß im Namen eines bolschewistischen Regiments ein Sozialrevolutionär zur Konferenz fuhr. Sofort wurden Agitatoren in die einzelnen Kompagnien gesandt, das ganze Regiment wurde augenblicklich aufgerüttelt. Der diensttuende Regimentsoffizier unternahm einen schwachen Versuch, die Versammlung «nicht zuzulassen», aber darum kümmerte sich niemand.

Der Sieg war vollständig. Am nächsten Morgen tagte bereits das neue Regimentskomitee, das ausschließlich aus Bolschewiki bestand, und sein erster Beschluß entzog dem Sozialrevolutionär Roginski das Mandat zur Armeekonferenz. An seiner Stelle wurde ein Bolschewik gewählt.

Die massenhaften Neuwahlen von Regimentskomitees versetzten die kleinbürgerlichen Kompromißler und die sonstigen Anhänger der Provisorischen Regierung in Verzweiflung und Verwirrung. Und es war tatsächlich schwer, nicht den Kopf zu verlieren, wenn solche Forderungen aufgestellt wurden, wie z. B. der Beschluß des am 11. Oktober stattfindenden Kongresses des 35. Armeekorps der 3. Armee der Westfront:

«Wir, die Mitglieder des Korpskongresses des 35. Armeekorps — so hieß es in dem Beschluß — fordern von dem für den 20. Oktober einberufenen Allrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, daß er die Macht in seine Hand nimmt, die von den alliierten Regierungen abgeschlossenen Geheimverträge veröffentlicht, unverzüglich demokratische Friedensbedingungen verkündet und sofort einen Waffenstillstand an sämtlichen Fronten abschließt.»

Die höheren Armeeorgane — die Front-, Armee-, Korps- und teilweise die Divisionskomitees — befanden sich noch in den Händen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, sie spiegelten nur noch das Gestern der Revolution wider. Ohne eine Stütze in den Massen, verloren sie praktisch die Führung.

Eine große Rolle bei der Bolschewisierung der Armee spielten sowohl an der Front wie im Hinterland die Gouvernements- und Kreiskomitees der Partei, in deren Bereich Truppenteile an der Front oder im Hinterland lagen. Einen bedeutenden Teil ihrer Aktivität widmeten sie der Arbeit in der Armee. Durch die Arbeiter beeinflussten die Parteiorganisationen die Entwicklung und Stärkung des Klassenbewußtseins der Soldaten. So spielten in der Petrograder Garnison die Industriearbeiter eine führende Rolle. Ebenso war es in Kronstadt. Die bolschewistischen Komitees am Orte übten einen

gewaltigen, revolutionierenden Einfluß auf die Truppenteile der Garnisonen aus.

Zwischen den Arbeitern und den Soldaten wurden so enge Verbindungen angeknüpft, daß z. B. die Soldaten, die aus Petrograd abfuhren, das Versprechen abgaben, für die revolutionären Losungen der Petrograder Arbeiter zu kämpfen. So erklärte eine Kompagnie des 2. Maschinengewehrregiments vor ihrer Abfahrt an die Front:

«Wir, die Schützen der 5. Kompagnie des Maschinengewehr-Regiments, hatten uns am 2. Oktober dieses Jahres versammelt, um vor unserer Abfahrt an die Front die Frage unserer Fahne zu entscheiden und haben beschlossen, uns an die Genossen des ‚Treugolnik‘ um Hilfe zu wenden, da unsere eigenen Mittel nicht ausreichten. Die Genossen vom ‚Treugolnik‘ haben beschlossen, uns durch das Komitee 200 Rubel auszufolgen, wofür wir, die Maschinengewehrschützen der 5. Kompagnie, die zum 527. Belebejer Regiment in Stellung gehen . . ., ihnen unseren heißen Dank für die Unterstützung aussprechen und ihnen zur Kenntnis bringen, daß wir eintreten werden: 1. für die sofortige Veröffentlichung der Geheimverträge, 2. für sofortige Friedensverhandlungen, 3. für die sofortige Uebergabe des gesamten Bodens an die Bauernkomitees, 4. für die Kontrolle über sämtliche Produktionszweige, 5. für die sofortige Einberufung der Sowjets. Wir, die Maschinengewehrschützen der 5. Kompagnie, obwohl wir nicht zur Partei (der Bolschewiki) gehören, werden für alle Forderungen und Losungen gemeinsam mit ihnen sterben. Die Mannschaft fährt in einer Stärke von 107 Mann, zur Zeit steht sie in Strelna. Dieser Beschluß wurde von der Mannschaft einstimmig angenommen<sup>1</sup>.»

Die Arbeiter und Soldaten tauschten ständig Vertreter aus. Zwischen den Betrieben und den Regimentern wurde jenes Zusammenwirken, jene Solidarität hergestellt, die später, in den Oktobertagen, den Sieg des Aufstandes sicherten. Nachstehend ein Brief, den die Putilow-Arbeiter den Soldaten des Ismailowski-Regiments sandten, die ihnen für ihre Hilfe in der Zeit des Kornilowabenteuers gedankt hatten:

«Bezugnehmend auf den Brief des Regimentskomitees vom 13. September Nr. 634, der dem Betriebskomitee den Dank für die Küchen ausspricht, die dem Regiment während der Tage der Kornilow-Revolte zur Verfügung gestellt wurden, teilen wir mit, daß das Betriebskomitee der Putilow-Werke auch künftig stets mit Freuden nicht nur Küchen, sondern auch ernsthaftere

Kriegsmaterialien mit den teuren Genossen vom Ismailowski-Regiment teilen wird, falls sich einer der so zahlreich gewordenen konterrevolutionären Abenteurer unter den Generalen, die von der Selbstherrschaft und der Versklavung des Volkes träumen, erheben sollte. Das Betriebskomitee drückt euch kameradschaftlich die Hand und hofft, daß die Herzen der Ismailowski-Soldaten von dem gleichen heiligen revolutionären Feuer glühen, wie die Herzen der Putilow-Arbeiter, und daß diese Herzen im Augenblick der Gefahr für das revolutionäre Volk wie ein einziges, mächtiges, flammendes Herz schlagen werden<sup>1</sup>.»

Von welcher außerordentlichen Bedeutung der Einfluß der Arbeiter der Industriezentren auf die Soldaten war, erkennt man an dem Bericht, den der Befehlshaber der Schwarzmeerflotte am 26. September dem Höchstkommmandierenden übermittelte:

«Das in der Stadt Nikolajew stehende 45. Reserve-Infanterieregiment — so beklagt sich der Flottenbefehlshaber — stellt gegenwärtig eine Truppe dar, die völlig undiszipliniert ist und nicht für den Schutz des Hafens und der Betriebe eingesetzt werden kann... Die Masse der Soldaten nimmt eifrig Anteil am Leben der Einwohner der Stadt Nikolajew und veranstaltet ständig Massenversammlungen in den Straßen der Stadt<sup>2</sup>.»

Aehnlich war es in den meisten Industriezentren.

Das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei, das die proletarische Revolution vorbereitete, widmete der Parteiarbeit unter den Truppen außerordentlich starke Aufmerksamkeit. In den Sitzungen des Zentralkomitees wurden ständig die Fragen der Arbeit unter den Soldaten erörtert, die Stimmungen der Soldaten untersucht, die Kräfte der Revolution und Konterrevolution abgeschätzt. Die Militärorganisation der Bolschewiki festigte die engen Verbindungen mit den Soldatenmassen. Sie vereinigte die Führung der Parteiarbeit an der Front und im Hinterland. Sie versorgte die Truppenteile mit Literatur, entsandte Instruktoren und Agitatoren, veranstaltete Konferenzen.

Vom 1. bis 3. September fand in Minsk eine Beratung der Bolschewiki dieses Gebietes und der Front statt. Auf ihr waren 3651 Parteimitglieder aus der Armee und 2410 aus dem Gebiet vertreten. Die Beratung hielt es nicht für möglich, sich als Konferenz zu bezeichnen, weil die unteren Organisationen nicht genügend vertreten waren.

Zwei Wochen nach dieser Beratung, vom 15. bis 18. September, fand in Minsk die erste Nordwestliche Gebietskonferenz der Bol-

schewiki statt. 88 Delegierte waren anwesend, davon 61 von der Armee und 27 aus dem Gebiet. Die Armeedelegierten vertraten bereits 4111 Parteimitglieder und 1564 Sympathisierende. Die Hälfte der Armeedelegierten gehörte zur 2. Armee, der revolutionärsten von allen Armeen der Westfront.

Weitere 10 Tage nach dieser Konferenz, vom 27. bis 29. September, tagte in der Stadt Neswisch die erste Konferenz der Bolschewiki der 2. Armee. Auf ihr waren 137 Delegierte anwesend, die 5124 organisierte Parteimitglieder und etwa 12 000 Sympathisierende vertraten.

Schließlich fand 20 Tage vor der Oktoberrevolution, am 5. Oktober, in Minsk die zweite Gebietskonferenz der Bolschewiki statt, auf der bereits 353 Delegierte anwesend waren, die 28 501 Parteimitglieder und 27 855 Sympathisierende vertraten.

Ebenso entfaltete sich die bolschewistische Arbeit auch an den anderen Frontabschnitten.

Je mehr sich die Armee bolschewisierte, desto dringender und nachdrücklicher stellte sie die politischen Fragen. Auf der vereinigten Versammlung der Komitees des 712. Infanterie-Regiments Salytkow-Newski wurde im September folgende Resolution angenommen, die für die damaligen Stimmungen der Soldaten sehr charakteristisch ist:

«Die sechsmonatige Zusammenarbeit der Demokratie mit der Bourgeoisie in der Regierung hat nur zur Verlängerung des Krieges, zur Verzögerung der Verankerung der eroberten Freiheiten, zur Hinausschiebung der Konstituierenden Versammlung und zum schonungslosen Kampf gegen die revolutionäre Demokratie, sowohl gegen ihre einzelnen Vertreter als auch gegen ihre Presse, sowie zu all den Erscheinungen konterrevolutionären Charakters geführt, deren Gipfelpunkt die ‚Kornilowiade‘ war. Deshalb ist die Versammlung der Meinung, daß im Interesse der Errungenschaften der Revolution und des Kampfes für die Internationale eine weitere Zusammenarbeit der Demokratie mit der Bourgeoisie in der Regierung unzulässig ist!.»

In anderen Resolutionen kam der bolschewistische Charakter der Forderungen noch klarer zum Ausdruck. Eine Resolution der Vollversammlung der Fliegerstation «Brigitowka» in der Umgebung Revals verlangte den sofortigen Uebergang der ganzen Macht in die Hände der Sowjets, den Friedensschluß, die Uebergabe des Bodens an die Bauernschaft, die Organisierung der Produktionskontrolle und die Bewaffnung der Arbeiter.

Im Laufe des Oktober wird in der Armee die Losung des Ueberganges der Macht in die Hände der Sowjets immer populärer. Infanterie- und Kavallerieregimenter, Artillerieabteilungen, Pionierformationen, Sanitätsabteilungen erklären der Regierung Kerenski immer häufiger ihr Mißtrauen und fordern mit einmütigem Nachdruck die Uebergabe der ganzen Machtfülle in die Hände der Sowjets der Proletarier und Bauern.

Ein besonders deutliches Kennzeichen für das Heranwachsen der Revolution in der Armee war eine neue Form des Kampfes gegen die Vorgesetzten. Die Soldaten verweigerten den Offizieren den Gehorsam, isolierten sie, vernichteten die reaktionärsten unter ihnen. Das alles hatte es auch vorher gegeben. Das Neue bestand jedoch darin, daß die Soldaten die Offiziere des Kommandos enthoben und Kommandeure aus ihren eigenen Reihen wählten. Die Armee tat einen großen Schritt vorwärts in der Entwicklung der Revolution, indem sie den Weg der Wählbarkeit der Vorgesetzten betrat. *Durch diese Form des Kampfes lösten die Soldatenmassen das Problem der Macht in der Armee.* Ein Bericht der Generale stellt mit großer Besorgnis fest:

«Im 4. Motorradfahrer-Bataillon (der Besonderen Armee) wurden der Kommandeur der 3. Kompagnie und der Wirtschaftschef abgesetzt und an ihrer Stelle Soldaten gewählt; in der 648. Staffel wurde ein Kommissar zum Kommandeur gewählt; das Komitee der Fliegenden Sanitätsabteilung der 3. Gardedivision setzte den Kommandeur ab und übernahm den gesamten Materialbestand; das Komitee eines Sanitätszuges setzte den Oberarzt, den Wirtschaftschef und die Krankenschwestern ab und wählte an ihrer Stelle neue Personen (11. Armee); in der 5. Kaukasischen Division wurde ein Schriftführer des Intendantendienstes abgesetzt, weil er es ablehnte, den Soldaten einige Schreibfedern auszufolgen, worin man die Absicht des Schriftführers erblickte, die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung zu behindern (12. Armee); in der 74. Division des 41. Armeekorps wurde der Beschluß gefaßt, das Amt des Divisionsintendanten und des Wirtschaftschefs abzuschaffen und ihre Funktionen besonderen Kommissionen zu übertragen (7. Armee); im 53. Sibirischen Schützenregiment wurde der nach der Evakuierung zurückkehrende Regimentskommandeur nicht zugelassen; das Komitee der Stabstruppen der 11. Armee beschloß, die im Privatbesitz der Offiziere befindlichen Pferde zu requirieren, die abreisenden Offiziere zu durchsuchen und ihnen die Waffen fortzunehmen, die Offiziere in Sammelquartiere zu überführen<sup>1</sup>.»

Die Revolution in der Armee verschmolz mit der Bauernbewegung in der Frontzone. Der Chef der Wolmarer Kreismiliz, Schumann, der persönlich den südwestlichen Teil seines Kreises inspezierte, meldete am 10. Oktober, daß im Landbezirk Posendorf «auf den an der Chaussee gelegenen Besitztümern und Herrenhöfen schon geernteter Hafer, Brotgetreide, Klee und Heu beschlagnahmt wurde<sup>1</sup>.» Im Katwerer Landbezirk «haben während des Rückzuges fast alle Besitztümer und Gutshöfe in der Nähe der Chausseen gelitten<sup>2</sup>.»

In der ganzen Frontzone, von der Nordfront bis zur rumänischen Front kam es zur Zerstörung von Gutshöfen durch Soldaten und ortsansässige Bauern. Die Soldaten handelten als die bewaffneten Träger der bäuerlichen Stimmungen, sie brachten in ihren Aktionen den spontanen Haß des Dorfes gegen die Gutsbesitzer und Kulaken zum Ausdruck.

Die Soldaten, die in der Frontzone am Kampf gegen die Gutsbesitzer teilnahmen, förderten durch ihre in die Dörfer geschickten Briefe die Entfaltung der Agrarrevolution im ganzen Land. Einer der vielen Briefe der Frontsoldaten an die Verwandten im Dorf lautet:

«Bitte treibt das Vieh unbesorgt auf den Boden der Gutsbesitzer und beackert ihren Boden, fragt sie überhaupt nicht, die dickwänstigen Hunde, sie haben genug von unserm Blut getrunken. Haltet euch dran, greift jetzt zu, und wir legen die Waffen nicht nieder, bevor wir die ganze Sache ins reine gebracht haben und dann kommen wir mit den Gewehren nach Hause<sup>3</sup>.»

Diese Soldatenbriefe wurden im Dorf als Direktiven betrachtet und übten einen ungeheuren Einfluß auf den Gang der Revolution aus.

Die Armee ging nicht nur in Worten, sondern durch die Tat zum entschlossenen revolutionären Kampf gegen die Ausbeuter über. Die Partei der Bolschewiki errang gewaltige Erfolge. Das drückte der Kommandeur der 18. Sibirischen Schützendivision in knappen Worten aus.

«Der Kommandeur des 70. Schützenregiments — so schrieb er in seinem Bericht — hat mir über die völlige Zerrüttung im Regiment berichtet. Alle bolschewistischen Ideen sind Gesetz<sup>4</sup>.»

In der Tat, im Augenblick der entscheidenden Kämpfe für die proletarische Revolution wurden die bolschewistischen Ideen zum Gesetz für die vielmillionenköpfige bewaffnete Masse.

Als Lenin später die Ergebnisse der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung analysierte, schrieb er:

«In der Armee hatten die Bolschewiki schon im November 1917 eine *politische „Stoßtruppe“*, die ihnen ein überwältigendes

Uebergewicht der Kräfte am entscheidenden Punkt, im entscheidenden Augenblick sicherte. Von einem Widerstand der Armee gegen die Oktoberrevolution des Proletariats, gegen die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat konnte überhaupt keine Rede sein, denn die Bolschewiki hatten an der Nord- und Westfront ein gigantisches Uebergewicht, an den übrigen Fronten aber, die vom Zentrum entfernt waren, hatten die Bolschewiki die Zeit und die Möglichkeit, *die Bauern von der Partei der Sozialrevolutionäre loszulösen und zu gewinnen*<sup>1.</sup>»

Die revolutionäre Ungeduld trieb die Soldatenmassen, die sich ihrer Interessen bewußt geworden waren, zur Eile bei der Aufrichtung der Sowjetmacht.

«Kameraden, schaut nicht auf Kerenski — so schrieben die Soldaten der 3. Armee an ihren Soldatensowjet. — Er führt uns in einen solchen Abgrund, daß wir alle miteinander zugrunde gehen. Genossen Soldaten, drängt darauf, daß in kürzester Zeit Frieden geschlossen wird. Wir haben nicht mehr die Kraft, die Front zu halten. Genossen Soldaten, vergeßt nicht, daß unsere Familien zu Hause vor Hunger sterben, die Eltern, Frauen und Kinder bei uns zu Hause sind keine Hunde. Wir wollen nicht der Bourgeoisie gehorchen, sondern nieder mit dem Krieg, es lebe die Konstituierende Versammlung und es leben die Genossen Bolschewiki<sup>2.</sup>»

Der Ruf «Es leben die Genossen Bolschewiki» ertönte immer häufiger in der Armee. Man findet ihn in der einen oder anderen Form in allen Soldatenbriefen.

«Wir bitten die Herren Bolschewiki, dem Herrn Kerenski ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihn an den gleichen Nagel zu hängen wie Kornilow — schrieb eine Gruppe von verwundeten Soldaten. — Wir bitten, die Leitung unverzüglich in die Hand des Volkes, des Sowjets der Bauern- und Soldatendeputierten zu legen. Nieder mit der Provisorischen Regierung! Es lebe die Volksherrschaft! Genossen Arbeiter und Soldaten, haltet eure Waffen bereit, wir wollen gegen das Petrograd der Bourgeoisie marschieren, die Koalitionsregierung hauen, schlagen und aufhängen. Die Leiden in den Schützengraben haben die Geduld der Soldaten erschöpft<sup>3.</sup>»

So war es: Die Leiden in den Schützengraben hatten die Geduld der Soldaten erschöpft! Die Front stand bereit, am Sturz der ihr verhaßten Kerenski-Regierung mitzuwirken.





## Vierzehntes Kapitel

# Die Manöver der Kompromißler und die Pläne der Bourgeoisie angesichts des Heran- wachsens der Revolution

### 1.

## Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki — die letzte Stütze der Bourgeoisie

Die stürmische Revolutionierung des Proletariats und der werktätigen Massen der Bauernschaft zertrümmerte, zerstörte die soziale Grundlage der kleinbürgerlichen Parteien.

Unter dem Druck des allgemeinen revolutionären Aufschwungs erschienen die sozialrevolutionär-menschewistischen Führer nach der Niederwerfung Kornilows im Winterpalast und forderten im Namen ihrer Parteien den Ausschluß der Kadetten aus der Regierung. Aber die Massenbewegung hatte schon die Grenzen überschritten, die für die kleinbürgerlichen Parteien annehmbar waren: es war nicht mehr möglich, durch die Entfernung der Kadetten aus der Regierung die wachsende Revolution aufzuhalten, die unter der Losung stand: «Alle Macht den Sowjets!» Die organisierende Kraft dieser Losung schmiedete die Massen immer fester zusammen. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki entschlossen sich, in aller Eile

einen neuen Damm aufzurichten, der die revolutionäre Bewegung aufhalten und dann in eine andere, weniger gefährliche Bahn lenken sollte.

Am 1. September fand die gemeinsame Sitzung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des Allrussischen Exekutivkomitees der Sowjets der Bauerndeputierten statt. Von der Revolution erschreckt, stellten die Führer der kleinbürgerlichen Parteien der Losung «Alle Macht den Sowjets» die Einberufung eines allgemeinen demokratischen Kongresses entgegen.

«Die ganze Macht an sich zu reißen, ist ein Verbrechen an der Revolution<sup>1</sup>,»

erklärte der Menschewistenführer Skobelew in der gemeinsamen Sitzung, und Zereteli, der noch zwei Stunden zuvor von Kerenski die Entfernung der Kadetten aus der Regierung gefordert hatte, verteidigte aufs neue die Koalition mit der Bourgeoisie.

Awxentjew, der Führer der Sozialrevolutionäre, der sich möglichst rasch von der Revolution abgrenzen wollte, fiel über die Kommission des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets her, die Truppen aus Finnland zum Kampf gegen Kornilow herbeigerufen hatte, und wandte sich scharf gegen die Bewaffnung der Arbeiter. In einem Anfall von Panik plauderte Awxentjew aus, daß die Menschewiki und Sozialrevolutionäre nur im Kielwasser der Revolution schwammen und sich am Kampf gegen Kornilow nur deshalb beteiligt hätten, weil sie fürchteten, hinter den vorwärtsschreitenden Massen zurückzubleiben.

Die Versammlung faßte eine Resolution über die Einberufung eines Kongresses

«der gesamten organisierten Demokratie und der demokratischen Organe der örtlichen Selbstverwaltung, um die Frage der Organisation einer Macht zu entscheiden, die fähig ist, das Land zur Konstituierenden Versammlung zu führen<sup>2</sup>.»

Der Demokratische Kongreß, das war der Damm, der den revolutionären Aufschwung zum Stillstand bringen oder ablenken sollte.

Der Kongreß, oder die Demokratische Beratung, wie man ihn nannte, trat am 14. September zusammen. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre suchten auf jede erdenkliche Art die Vertretung der Arbeiter- und Bauernmassen zu schwächen, indem sie die Zahl der Delegierten der verschiedenen kleinbürgerlichen und bürgerlichen Organisationen erhöhten. Die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sandten 230 Mann, und fast ebensoviel Sitze (200)

erhielten die undemokratischen Semstvos. Die Gewerkschaften erhielten 100 Sitze, aber die Genossenschaften, die sich vollständig in den Händen der Sozialrevolutionäre, Menschewiki und Kadetten befanden, entsandten 120 Vertreter. Sämtliche Armeeorganisationen der Millionen Frontsoldaten erhielten nur 83 Stimmen, aber die reaktionären Kosaken hatten 36 Vertreter. Zum Kongreß wurden Vertreter der Offiziere, der Geistlichkeit, des «überparteilichen Verbandes» eingeladen, hinter dessen Namen sich ausgesprochen reaktionäre Gruppen verbargen. Kurz, man suchte auf jede Weise die Zusammensetzung der Demokratischen Beratung zu beeinflussen, nur um die revolutionären Elemente in die Minderheit zu drängen.

Aber so eifrig sich auch die «Helden der Fälschung» — so brandmarkte Lenin die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die die Zusammensetzung des Kongresses verfälschten — bemühten, der Damm erwies sich dennoch als nicht fest genug; auf dem Kongreß sprachen sich für die Koalition mit den bürgerlichen Parteien 766 Delegierte, dagegen 688 aus; 38 enthielten sich der Stimme.

Außerdem gingen beim Präsidium zwei besondere Abänderungsanträge zur Frage der Koalition ein:

1. «Von der Koalition werden alle Elemente sowohl der Kadettenpartei als auch anderer Parteien ausgeschlossen, die an der Kornilow-Verschwörung beteiligt sind.»
2. «Ausgeschlossen bleibt die Partei der ‚Volksfreiheit‘<sup>1</sup>.»

Die Annahme des ersten Antrages mußte die Koalition mit der Bourgeoisie völlig unmöglich machen, denn man konnte keine einzige bürgerliche Partei finden, die nicht in der einen oder anderen Weise mit der Kornilowschen Verschwörung in Verbindung gestanden hätte. Um ein Schlupfloch zu finden, das allerlei Manöver ermöglichte, entschlossen sich die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, für den zweiten Abänderungsantrag zu stimmen. Aber der Trick gelang nicht: für den ersten Antrag stimmte die überwältigende Mehrheit von 798 Stimmen, dagegen stimmten 139, während sich 196 der Stimme enthielten. Der Kongreß schwankte sichtlich nach links. Bei der Gesamtabstimmung über die Resolution stimmten nur 183 Delegierte dafür, 813 dagegen und 80 enthielten sich der Stimme.

Die kleinlichen, haarspalterischen Mätzchen verfangen nicht mehr: die Massen hatten sich so weit nach links entwickelt, daß sogar der verfälschte Demokratische Kongreß die Koalition mit den Kadetten verwarf.

Da beschlossen die Politikaster, den «unbotmäßigen» Kongreß mürbe zu machen.

Man schmeichelte den Delegierten, redete auf sie ein, versprach ihnen das und jenes, schlug ihnen ein Kompromiß vor, nur um irgendein Zugeständnis zu erreichen. Schließlich fand am 20. September eine Sitzung des Präsidiums der Demokratischen Beratung statt, das durch Vertreter der Parteien und Gruppen ergänzt war. Dort wollten die politischen Seiltänzer das Fazit ihrer Machenschaften ziehen: Aber gegen die Koalition sprachen sich erneut 60, für die Koalition nur 50 Mann aus.

Abermals mußten die Delegierten bearbeitet werden. Die kleinbürgerlichen Politiker tüftelten noch eine weitere «Finte» aus. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki stellten in der Frage der Koalition eine Zeitlang ihre Attacke ein, dafür beantragten sie, aus der Mitte der Demokratischen Beratung eine ständige Vertretungskörperschaft, den Demokratischen Rat, zu bilden, dem die Regierung verantwortlich sein sollte. Die Versammlung stimmte dem zu. Auf Antrag der Menschewiki beschloß die Mehrheit des Präsidiums der Demokratischen Beratung, daß dem neuen Organ nach dem Grundsatz der Proportion Vertreter aller Gruppen und Parteien angehören sollen. Jetzt schmuggelten die gerissenen «Liberdansen» — so nannten die Arbeiter die Menschewiki nach dem Namen zweier ihrer Führer, Liber und Dan — einen neuen Zusatzantrag ein: wenn in die neu zu bildende Provisorische Regierung bürgerliche Elemente aufgenommen werden, sollen auch in das Vertretungsorgan die bürgerlichen Parteien aufgenommen werden. Der sozialrevolutionär-menschewistische Trick hatte Erfolg: der Zusatzantrag wurde mit 56 gegen 48 Stimmen, bei 10 Stimmenthaltungen angenommen. Am gleichen Abend schmuggelte Zereteli diese Resolution auch auf dem Kongreß durch, er «verzuckerte» sie, um noch sicherer zu sein, auch an einer anderen Stelle: im dritten Punkt wurde versprochen, daß in dem künftigen Organ das Uebergewicht der demokratischen Elemente erhalten bleiben müsse.

Die Resolution sah ziemlich zerrupft aus, aber die Lakaien erfüllten den Willen der Bourgeoisie, sie schmuggelten, wenn auch in verhüllter Form, den Gedanken der Koalition durch. Die Herren zweifelten übrigens nicht an der Ergebnisheit ihrer Lakaien. Noch während der Tagung der Demokratischen Beratung führte Kerenski Verhandlungen mit den bedeutendsten Vertretern der bürgerlichen Parteien, Kischkin, Buryschkin, Konowalow und Tretjakow, um sie zum Eintritt in die Regierung einzuladen. Die bürgerlichen Vertreter forderten die Schaffung einer «festen Macht».

Das Zentralkomitee der Kadettenpartei, das hinter diesem Schacher stand, beauftragte Kischkin und Konowalow, unter der Bedingung in die Regierung einzutreten, daß das kommende Vertretungsorgan nicht von den Sowjets und den anderen Organisationen der politischen Oeffentlichkeit gewählt, sondern von der Regierung *ernannt* würde. Die Provisorische Regierung, die sich von der völligen Loyalität der Demokratischen Beratung überzeugt hatte und noch gar nicht die Koalitionsresolution der «Liberdants» in Händen hatte, nahm diese Bedingung der Kadetten an. Gerade in diesem Augenblick versprachen die Sozialrevolutionäre und Menschewiki in ihrer Resolution genau das Gegenteil: die Regierung sollte dem Provisorischen Rat der Russischen Republik, oder dem Vorparlament, wie das von der Demokratischen Beratung gebildete Organ genannt wurde, zur Rechenschaft verpflichtet sein. Als die Provisorische Regierung die Koalitionsresolution erhielt, die die «Liberdants» nach langen Bemühungen auf dem verfälschten Kongreß zusammengebraut hatten, machte sie davon ausschließlich zur Durchführung ihrer Pläne Gebrauch. Kerenski verständigte sich mit den Kadetten und ergänzte die Provisorische Regierung durch folgende Personen: A. Konowalow, Minister für Handel und Industrie und Stellvertreter Ministerpräsident; K. Gwosdew (Menschewik), Arbeitsminister; P. Maljantowisch (Menschewik), Justizminister; S. Prokopowitsch, Ernährungsminister; Professor M. Bernazki, Finanzminister; S. Salaskin, Unterrichtsminister; N. Kischkin (Kadett), Wohlfahrtsminister; S. Smirnow (Kadett), Staatskontrolleur; A. Kartaschew (Kadett), Kultusminister; A. Liwerowski, Verkehrsminister; S. Tretjakow, Vorsitzender des Wirtschaftsrates bei der Provisorischen Regierung; S. Maslow (Sozialrevolutionär), Landwirtschaftsminister.

Die Regierung bestätigte, daß das Vorparlament

«aus 555 Mitgliedern gebildet wird, die von der Provisorischen Regierung auf Vorschlag der gesellschaftlichen und politischen Organisationen in den Rat berufen werden<sup>1</sup>.»

Das Vorparlament erhielt nur das Recht, diejenigen Gesetze zu beraten, «bei denen es die Provisorische Regierung für notwendig erachtet, die Meinung des Vorparlaments einzuholen<sup>2</sup>.»

So sehr die Demokratische Beratung auch verfälscht war, so raffinierte Mittel die Sozialrevolutionäre und Menschewiki auch anwandten, die Beratung zeigte trotzdem den politischen Verfall in den Reihen der Kompromißler, zeigte, daß sie die Unterstützung der Massen vollständig verloren hatten: die Sozialrevolutionäre und Menschewiki waren von den Massen isoliert.

Aber damit hörte der Prozeß der Radikalisierung der Werktätigen nicht auf. Die Abkehr der Massen von den kleinbürgerlichen Parteien beeinflusste auch die Zusammensetzung dieser Parteien selbst: bei den Menschewiki und Sozialrevolutionären begann die Spaltung. Noch unmittelbar vor der Eröffnung der Demokratischen Beratung — am 13. September — hielt die Fraktion der Menschewiki eine äußerst stürmische Sitzung ab. Die bankrotten Führer beschuldigten sich gegenseitig politischer Fehler, geißelten einander für die begangenen Fehlgriffe, stritten und zankten bei der Suche nach Gründen für den Zusammenbruch des Menschewismus und den raschen Erfolg der bolschewistischen Ideen. Nicht eine einheitliche Partei, sondern mindesten drei verschiedene Gruppen, die einander scharf bekämpften, waren in der Fraktion der Menschewiki vertreten. Nach zweitägiger Diskussion sprachen sich 75 Mitglieder der Fraktion gegen die Koalition, 65 dafür aus. Zereteli verletzte also offen die Direktive seiner Partei, als er auf dem Kongreß offiziell für die Koalition auftrat.

Noch schärfer kam die Gärung bei den Sozialrevolutionären zum Ausdruck. Auf der 7. Petrograder Gouvernementskonferenz, die am 10. September 1917 stattfand, übte der linke Flügel der Sozialrevolutionäre Kritik an der Tätigkeit des Zentralkomitees seiner Partei und erhielt bei der Neuwahl des Gouvernementskomitees die Mehrheit.

Die Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre spalteten sich in zwei Teile: die unteren Schichten wandten sich der Revolution zu, die Oberschichten sprachen der Bourgeoisie offen ihre Ergebenheit aus.

Massenhaft begannen die Arbeiter und Werktätigen aus der Partei der Sozialrevolutionäre auszutreten. Die Disziplin in der Partei ging jäh zurück. Ganze Gruppen lehnten es ab, sich den Parteidirektiven zu fügen. Das Zentralkomitee der Sozialrevolutionäre forderte, Sawinkow solle über seine Verbindungen mit Kornilow Rechenschaft ablegen. Sawinkow lehnte das jedoch ab und wurde dabei von einer starken Gruppe der Sozialrevolutionäre mit der berühmten «Revolutionärin» Breschko-Breschkowskaja an der Spitze unterstützt.

Bei den Sozialrevolutionären erstarkte immer mehr der linke Flügel. Schon auf dem 3. Parteitag der Sozialrevolutionäre im Mai 1917 hatte eine kleine Gruppe von Linken eine Protesterklärung gegen die kompromißlerische Politik der Mehrheit veröffentlicht. Ohne mit der Partei zu brechen, betrieb der linke Flügel seit dem Mai faktisch seine eigene, vom Zentralkomitee unabhängige Politik.

An die Spitze der Linken traten einige bekannte Gestalten: Spiridonowa, Kolegajew, Proschjan, Bizenko, Natanson, Schreider, Kamkow.

Die wesentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem linken und dem rechten Flügel der Sozialrevolutionäre gingen um die Fragen der Provisorischen Regierung und des Bodens. Die Linken waren gegen die Koalition mit der Bourgeoisie, stellten aber auch nicht die Losung «Alle Macht den Sowjets» auf. Die Linken betrachteten die Sowjets als Kontrollorgan und wiederholten somit die Fehler der linken Menschewiki. In der Agrarfrage nahmen die Linken eine entschiedenere Haltung ein, indem sie für die sofortige Liquidierung des gutsherrlichen Grundbesitzes eintraten.

Die Partei der Sozialrevolutionäre suchte ihre völlige Zersetzung zu verbergen und bemühte sich, diejenigen, die sich abspalteten, zurückzuhalten. Als der linke Flügel in der sozialrevolutionären Fraktion des Vorparlaments die Politik der Partei als verräterisch bezeichnete und die Sitzung verließ, erklärte das Zentralkomitee der Sozialrevolutionäre, daß die Linken trotz ihres Austrittes aus der Fraktion Parteimitglieder bleiben. Das konnte die Sozialrevolutionäre indessen nicht retten, denn die Arbeiter und Bauern entzogen sich immer rascher ihrem Einfluß. Der Prozeß der Abkehr der Massen von den Sozialrevolutionären, ebenso wie von den Menschewiki, wurde durch die Neuwahlen der Sowjets beschleunigt. Die Neuwahlen endeten regelmäßig mit der Vertreibung der Kompromißler aus den Sowjets und dem Uebergang der Sowjets auf die Seite der Bolschewiki.

Die Manöver der Kompromißler waren offenkundig zum Scheitern verurteilt.

## 2.

### Die Bourgeoisie im Kampf gegen die anwachsende Revolution

Während die kleinbürgerlichen Lakaien sich aus Leibeskräften bemühten, die Massen zu beschwindeln, sammelten die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer fieberhaft ihre Kräfte zu einem neuen Vorstoß gegen die Revolution.

Lenin hatte schon früher darauf hingewiesen, daß die Bourgeoisie sich im Kampfe gegen die Werktätigen zweier Methoden bedient.

«Die Bourgeoisie arbeitet in allen Ländern — so schrieb er im Jahre 1910 — unvermeidlich zwei Systeme der Herrschaft, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft aus, wobei diese beiden Methoden

bald einander ablösen, bald sich in verschiedenen Kombinationen miteinander verflechten. Das ist erstens die Methode der Gewalt, die Methode der Ablehnung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Unterstützung aller alten und überlebten Einrichtungen, die Methode der unversöhnlichen Ablehnung von Reformen... Die zweite Methode ist die Methode des ‚Liberalismus‘, der Schritte in der Richtung der Entwicklung politischer Rechte, in der Richtung von Reformen, Zugeständnissen usw.<sup>1</sup>»

Die Bourgeoisie hat stets mit «Zuckerbrot und Peitsche» gearbeitet. Es waren «Zuckerbrot und Peitsche», deren sich die russische Bourgeoisie am Vorabend der Oktoberrevolution besonders eifrig bediente.

Unter dem unmittelbaren Eindruck der Niederschlagung Kornilows und des stürmischen Wachstums der revolutionären Stimmungen beeilte sich die Bourgeoisie, den Massen eine Reihe von Zugeständnissen zu machen. Am 1. September, sechs Monate nach dem Sturz des Absolutismus, rief die Provisorische Regierung Rußland endlich zur Republik aus. Wie wenig Bedeutung dieser Kundgebung beigemessen wurde, zeigt sich daran, daß die neue Staatsform keiner einzigen ausländischen Regierung zur Kenntnis gebracht wurde: die Veränderung des Aushängeschildes wurde sozusagen nur «für den inneren Gebrauch» vorgenommen, abermals zu dem einzigen Zweck, die Massen zeitweilig zu beruhigen.

Nachdem die Bourgeoisie das preisgegeben hatte, was früher oder später ohnehin von der Revolution liquidiert worden wäre, stürzte sie sich erneut in den Kampf gegen die Bolschewiki, die an der Spitze der revolutionären Massen marschierten. Eifrig wurden gegen sie die schmutzigen Anschuldigungen der Spionage und des Landesverrats ausgestreut. Aus den Spalten der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Zeitungen ergoß sich die Verleumdung gegen die einzelnen Führer der bolschewistischen Partei. In den Betrieben wurden provokatorische Flugblätter verbreitet, in denen das Proletariat angeblich im Namen der bolschewistischen Partei zum sofortigen Sturz der Regierung aufgefordert wurde. Lenin schrieb anlässlich dieser tollwütigen Kampagne:

«Der Zarismus verfolgte brutal, barbarisch, viehisch. Die republikanische Bourgeoisie verfolgt *schmutzig*, sie bemüht sich, den ihr verhaßten proletarischen Revolutionär und Internationalisten durch Verleumdung, Lüge, Insinuationen, Verdächtigungen, Gerüchte usw. zu besudeln<sup>2</sup>.»



Unter dem Wutgeheul der käuflichen Presse und dem hysterischen Gekreisch der sozialrevolutionär-menschewistischen Zeitungen unternahm die Bourgeoisie einige Schritte, um die Offensive zu ergreifen. Der General Kornilow befand sich noch auf freiem Fuß, aber der «republikanische» Generalgouverneur Paltschinski ordnete das Verbot der bolschewistischen Zeitung «Rabotschij» an, die gefordert hatte, man solle den Kampf gegen die Kornilowleute bis zu Ende führen. Die in den Tagen der Juli-Demonstration verhafteten Bolschewiki waren noch im Kerker, aber die Komplizen Kornilows, Mitarbeiter des niederträchtigen zaristischen Organs «Nowoje Wremja» und der bekannte Inspirator der Konterrevolution, Gutschkow, wurden aus der Haft, in die sie die Soldaten und Matrosen gebracht hatten, entlassen.

Die Regierung wurde immer frecher. Am 4. September verfügte Kerenski die Auflösung aller Komitees, die zum Kampf gegen Kornilow organisiert worden waren, und den Beginn der Entwaffnung aller revolutionären Abteilungen. Kerenski befahl dem General Korownitschenko die Entsendung einer besonderen Strafexpedition nach Taschkent, wo der Sowjet die tatsächliche Macht darstellte. Unmittelbar danach sandte Kerenski dem General Korownitschenko ein Telegramm:

«Ich ersuche Sie, möglichst schnell abzureisen. Mit den Auführern sind keinerlei Verhandlungen zu führen. Weitere Schwankungen sind unzulässig. Die entschlossensten Maßnahmen sind erforderlich!»

Aber weder das «Zuckerbrot» noch die «Peitsche» hatte Erfolg: der revolutionäre Aufschwung ergoß sich in stürmischen Fluten über das ganze Land.

Die Provisorische Regierung vermochte sichtlich nicht mehr der anwachsenden Revolution Herr zu werden. Von ihrem Exekutivorgan eine entschlossene Politik fordernd, auf jede Weise ihre Regierung unterstützend, bereitete die Bourgeoisie im Stillen andere Maßnahmen für den Fall eines Sieges der Revolution vor. Sie raffte ihre Kräfte zusammen, vereinigte sie zu einem Stoßtrupp und suchte gleichzeitig das revolutionäre Petrograd zu entwaffnen.

Die Bourgeoisie beschloß, vor allem die Kosaken für den Kampf bereit zu halten. Eine Delegation des Rates der Kosakentruppen besuchte am 3. Oktober den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Konowalow, um ihm vorzuschlagen, die Kosaken bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung in einer besonderen Wählergruppe zusammenzufassen. Die Provisorische Regierung stimmte dem zu,

denn sie begriff sehr wohl, daß diese Maßnahme es den Spitzen ermöglichen werde, die Führung der Kosakenmassen in der Hand zu behalten.

Aber die revolutionäre Lage in Petrograd, die wachsame Kontrolle der breiten Massen, die jeden Schritt der Konterrevolution verfolgten, erschwerten diese Vorbereitungsarbeit aufs äußerste. Die Bourgeoisie beschloß, die Entfaltung ihrer Kräfte in den Kosakengebieten zu beschleunigen.

Am 7. Oktober beschloß die Kubaner Kosakenrada, einen Südöstlichen Verband zu bilden, bestehend aus den Kosakentruppen des Kuban, des Terek, des Don und Astrachans, den Bergvölkern des Nordkaukasus und den Steppenvölkern des Dongebiets und des Gouvernements Astrachan. Die Rada legte die Gründe und das Ziel ihres Beschlusses ziemlich offenherzig dar. Er sollte die Kosakengebiete, die «gesunden Teile des Staates», vor dem allgemeinen Zerfall schützen, in Rußland eine starke Nationalmacht zum Kampf sowohl gegen den äußeren Feind, als auch gegen «die Anarchie innerhalb des Landes» schaffen. Der General Alexejew, einer der Führer der Konterrevolution, schrieb in seinen brieflichen Direktiven aus dem Hauptquartier, das dafür ausersehene Territorium sei

«ein Gebiet der verhältnismäßigen Ruhe und der relativen staatlichen Ordnung und Sicherheit... Von dort aus... wird, wie von einem Oeltropfen aus, sich ein Fleck, wie wir ihn wünschen und brauchen, auszubreiten beginnen<sup>1</sup>.»

Um den Plan der Bourgeoisie zu erfüllen, beschloß die Provisorische Regierung am 4. Oktober in einer geheimen Sitzung, aus dem revolutionären Petrograd nach Moskau zu flüchten, das näher bei den Kosakengebieten gelegen war. Doch aus Furcht, das Proletariat und die revolutionäre Garnison könnten ihre Flucht vereiteln, beschloß die Regierung, ihre Entscheidung nicht dem Vorparlament mitzuteilen, sondern die öffentliche Meinung durch vorläufige Verhandlungen darauf vorzubereiten. In der Sitzung tauchte u. a. die Frage auf, ob man das Allrussische Zentralexekutivkomitee der Sowjets nach Moskau überführen solle. Die Regierung kam zu dem Schluß, das Allrussische Zentralexekutivkomitee sei eine private Organisation, niemand könne seiner Uebersiedlung Hindernisse in den Weg legen, aber die Regierung werde auf keinen Fall die Aufgabe übernehmen, Unterkunftsräume für das Komitee zu besorgen. Die kleinbürgerlichen Führer der Sowjets hatten ihre Schuldigkeit getan und ihre Herren jagten sie mit einem Fußtritt davon, wie unnötiges Gesinde.

Die Befürchtungen der Provisorischen Regierung waren gerechtfertigt. Die Partei der Bolschewiki stand auf der Wacht. Sie klärte die Massen über das Manöver der Regierung auf, die sich die Aufgabe stellte, die revolutionäre Hauptstadt den deutschen Truppen preiszugeben, so wie vor kurzem Riga preisgegeben worden war, die Revolution in Petrograd durch deutsche Bajonette niederzuwerfen, um dann an die Niederwerfung der Revolution im ganzen Lande zu schreiten.

Diesen Plan der Bourgeoisie plauderte Rodsjanko aus. Er schlug auf der Tagung der «Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens» in Moskau vor, Petrograd preiszugeben und begründete diese Maßnahme folgendermaßen:

«Man befürchtet, in Petrograd könnten die zentralen Institutionen zugrunde gehen. Ich habe darauf erwidert, daß ich sehr froh wäre, wenn alle diese Institutionen zugrunde gingen, denn sie haben über Rußland nichts als Unheil gebracht... Nach der Uebergabe Rigas wurde dort (d. h. in Riga. *Die Red.*) eine solche Ordnung eingeführt, wie sie noch nie gesehen wurde: man hat zehn Rädelsführer erschossen, die Schutzleute wurden zurückgebracht, die Stadt befindet sich in voller Sicherheit und ist beleuchtet!»

Die revolutionären Arbeiter und Soldaten der Hauptstadt protestierten energisch. Unter dem Druck der Massen wurden die kleinbürgerlichen Vermittler wieder rege, sie redeten auf die Regierung ein, sie solle auf die Uebersiedlung nach Moskau verzichten.

Die Provisorische Regierung manövrierte und griff erneut zum «Zuckerbrot». Am 6. Oktober, mitten im Proteststurm gegen die Räumung beschloß die Regierung, die IV. Reichsduma, einen wichtigen Herd der Konterrevolution, aufzulösen. Die Arbeiter hatten seit langem, schon in den ersten Tagen der Revolution, die Auseinanderjagung dieses Schwarzhunderternestes verlangt.

Die Empörung über die Haltung der Regierung war so groß, daß Kerenski am 12. Oktober in der Sitzung der Kommission des Vorparlaments für die Landesverteidigung erscheinen mußte, um die Erklärung abzugeben, er beabsichtige nicht nur Petrograd nicht zu verlassen, sondern er werde nach Petrograd sogar die Konstituierende Versammlung einberufen. Die Kommission nahm eine Beschwichtigungsresolution an, die im Namen der Regierung gelobte, Petrograd werde bis zur äußersten Möglichkeit verteidigt werden, und Kerenski beauftragte, in kürzester Zeit einen entsprechenden Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen.

Während sich Kerenski im Vorparlament in die Brust warf, und seine Treue zur Revolution beschwor, gingen hinter den Kulissen die Vorbereitungen zur Flucht aus der Hauptstadt weiter. Gerade an diesem Tage stellte die Kanzlei der Provisorischen Regierung den Räumungsplan fertig. Man kann sich vorstellen, wie weit die Durchführung des Plans bereits gediehen war, wenn sogar die Kanzlei zur Abreise bereit war.

Am folgenden Tag, dem 13. Oktober, stritt Kerenski selbst in der Sitzung des Vorparlaments die Gerüchte von der Flucht der Regierung aus Petrograd ab. Die Presse, so erklärte er, habe die Absichten der Regierung entstellt wiedergegeben, die Regierung habe «die Frage einer Möglichkeit der Auslieferung Petrograds an den Feind» niemals auch nur erörtert.<sup>1</sup>

So wurde vor aller Augen gelogen, manövriert, verleumdet, beschwichtigt, aber in aller Stille eifrig die Preisgabe der Hauptstadt vorbereitet.

Die frechgewordene Konterrevolution verkündete offen ihr Programm. Am 30. September fand in Moskau die Sitzung des Rats der «Beratung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens» statt, der noch vor dem Kornilow-Abenteuer auf dem 1. Kongreß der «Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens», auf dem sich alle Kräfte zum Kampf gegen die «Anarchie» vereinigt hatten, gewählt worden war. Für den 12. Oktober war ein neuer Kongreß der «Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens» angesetzt. M. Rodsjanko, einer der aktivsten Leiter der «Beratung», sagte über den Kongreß:

«Ich messe dem am 12. Oktober bevorstehenden Kongreß der ‚Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens‘ große Bedeutung bei: er muß offen, laut und mannhaft alles bei Namen nennen, was geschieht. Er muß sagen, daß die Macht nicht zwischen zwei Stühlen sitzen darf. Entweder die Bolschewiki oder ein Ministerium der Rettung!<sup>2</sup>»

Rodsjanko gab offen zu, daß es die Hauptaufgabe der «Beratung» war, den Bolschewismus zu liquidieren. Unter dieser Losung stand die ganze zweite «Beratung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens». In der «Beratung» ergriffen die Generale Brussilow und Russki das Wort. Beide wiesen auf die Zerrüttung in der Armee hin und forderten entschiedene Kampfmaßnahmen.

Der General Brussilow rief zur Organisierung, zur Vereinigung aller auf, die für die «Ordnung» sind:

«Wenn Ihr organisiert und stark seid, wird man Euch achten und fürchten. Dann wird jene Ordnung entstehen, nach der wir uns alle so sehnen<sup>3</sup>.»

Ueber die Organisierung aller Kräfte sprach auch der erste Referent auf dem Kongreß, A. S. Belorussow. Die Fragen, die zur Beratung kamen, ergaben in ihrer Gesamtheit das ganze Programm der Konterrevolution.

«...Die erste und grundlegende Aufgabe — sagte der Referent — besteht darin, die Organisiertheit derjenigen Elemente zu stärken, die sich in der Beratung vereinigt haben, die Ansätze, die jetzt schon bestehen, in ein dichtes Netz zu verwandeln, das das ganze Land überzieht und alle staatlich und national Denkenden vereinigt<sup>1</sup>.»

Ueber die Bodenfrage sprach der Vorsitzende des Allrussischen Verbandes der Grundbesitzer, Dimitrenko, der von der Regierung einen entschlossenen Kampf gegen die Bauernbewegung verlangte.

Die Konterrevolution lehnte nicht nur jede, wie immer geartete Lösung der Agrarfrage ab, sondern bestand auch darauf, daß der gesamte Boden in den Händen der Gutsbesitzer bleibe. Der Verband der Grundbesitzer forderte von der Provisorischen Regierung: 1. daß sie schleunigst ein Gesetz über die Entschädigung der Gutsbesitzer für die infolge der Bauernunruhen erlittenen Verluste erläßt; 2. daß sie auf die Institution von gewählten Kommissaren verzichtet und vom Zentrum aus in die einzelnen Orten Kommissare ernennt, die nur der Zentralmacht verantwortlich sind; 3. daß den Kommissaren die Möglichkeit gesichert wird, die Person und das Eigentum der Staatsbürger zu schützen, zu welchem Zweck ihnen reale Macht zur Verfügung zu stellen ist.

In der Militärfrage stellten die Delegierten der «Beratung» das gleiche Programm auf wie Kornilow: die Wiederherstellung der Macht der Generale und die Liquidierung der Kommissare und Armeekomitees. Die «Beratung» forderte die sofortige Wiedereinführung der militärischen Ehrenbezeugungen und die Wiederherstellung der Disziplinargewalt der Vorgesetzten aller Rangstufen. Die Resolution forderte die Säuberung des Offizierkorps von

«den das Offizierkorps schändenden Elementen, die sich in letzter Zeit an allen Bewegungen der Soldatenmassen beteiligen<sup>2</sup>.»

Die Delegierten der «Beratung» forderten, daß der Verband der Offiziere der Armee und der Flotte die Rechte einer staatlichen Einrichtung erhalte. Die Konterrevolutionäre forderten von der Provisorischen Regierung die Wiedereinstellung der nach der Februarrevolution entlassenen Generale und Offiziere in die Armee.

So faßte die «Beratung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens» in allen Grundfragen der Tagespolitik Beschlüsse, die sich vollkommen mit den Forderungen Kornilows deckten.

Der Kongreß stellte nicht nur das Programm Kornilows wieder her, sondern umriß auch die Form der Organisation, die die Erfüllung dieses Programms sichern konnte.

«Es gibt nur einen Ausweg — sagte auf dem Kongreß der Berichterstatter über die Frage der örtlichen Selbstverwaltung —, die Außerkraftsetzung der verfassungsmäßigen Garantien und der zeitweilige Uebergang zu dem, was als Ausnahmezustand bezeichnet wird. Dieser Ausweg ist schwierig, aber in gewissen Momenten unvermeidlich. Dieser Kriegszustand kann aber natürlich nicht von örtlichen Organen verhängt werden, auch wenn sie sich Sowjets der Arbeiterdeputierten nennen oder als andere Organe der sogenannten revolutionären Demokratie bezeichnen...

Ein solcher Zustand muß fest durch das Gesetz geregelt und durch eine einzige Person verwirklicht werden<sup>1</sup>.»

Die Militärdiktatur — das war es, was das Land vor der Revolution retten sollte.

Gleichzeitig mit dem Kongreß der «Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens» tagten in Moskau der Parteitag der Kadetten und die Kongresse der Städte und der Genossenschaften. Ihre Delegierten nahmen am Kongreß der «Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens» teil, dessen Programm zum Programm der gesamten Konterrevolution wurde. Es genügt, den Inhalt der von Miljukow ausgearbeiteten Kadetten-Plattform anzuführen, um ein klares Bild von den Forderungen der Feinde des Volkes zu gewinnen:

1. Krieg bis zum siegreichen Ende im Einverständnis mit den Verbündeten. Verzicht auf jegliche antiannektionistische, demokratische Erklärung, sei es auch nur im Geiste der sozialrevolutionär-menschewistischen Richtlinien.

2. Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Armee: der Weg dazu ist die Beschränkung der Funktionen der Armeekomitees auf Wirtschafts-, Kultur- und Aufklärungsaufgaben, Herstellung der Disziplinargewalt der Vorgesetzten.

3. Einheitlichkeit der Staatsmacht und ihre Unabhängigkeit von den Sowjets.

4. Eine Macht, die kraftvoll ist und militärischen Charakter hat.

5. Wiederherstellung der Staatsgewalt in der Provinz.

6. Unabhängigkeit der Gerichte.

Nachdem die Kornilow-Leute ihr Programm veröffentlicht hatten, schritten sie zum Abtransport der revolutionären Truppen aus Petrograd an die Front. Der Stab des Petrograder Militärbezirks versandte einen Befehl, wonach die Truppen der Petrograder Garnison umformiert und an die Front gesandt werden sollten, und zwar unter dem Vorwand unaufschiebbarer militärischer Notwendigkeiten.

Nachdem es nicht gelungen war, aus der revolutionären Hauptstadt zu flüchten, beschloß man, sie von den revolutionären Truppenteilen zu säubern und sich dadurch die Hände freizumachen. Daß es nur darum ging, sich die Hände freizumachen, nicht aber um die Landesverteidigung, bestätigt der Briefwechsel zwischen dem Kriegsminister und dem Oberbefehlshaber der Nordfront.

«Die Initiative zur Verlegung der Truppen der Petrograder Garnison an die Front — so anwortete der Befehlshaber der Nordfront, General Tscheremissow, in einem geheimen Telegramm an den Kriegsminister und den Stabschef, General Duchonin — *ist von Ihnen und nicht von mir ausgegangen*. Ich habe auf Ihren Vorschlag... zustimmend geantwortet und um die Entsendung aller kampffähigen Truppenteile gebeten. Als sich herausstellte, daß die Truppen der Petrograder Garnison nicht an die Front gehen wollen, d. h., daß sie nicht kampffähig sind, habe ich in einer privaten Besprechung mit Ihrem Vertreter, einem Offizier, erklärt, daß diese Truppenteile, angesichts der von ihnen geäußerten Abneigung, an die Front zu gehen, vom operativen Standpunkt für uns kein Gewinn sein werden, da sie uns sicherlich nur viele Scherereien bereiten werden... Aber angesichts des von Ihnen geäußerten Wunsches, sie an die Front zu senden, habe ich sie nicht abgelehnt und lehne sie auch jetzt nicht ab, wenn Sie nach wie vor ihre Entfernung aus Petrograd als notwendig betrachten...»

Der General, dem die Truppen zur Verfügung gestellt werden sollten, erklärte also unumwunden, daß diese Truppen für die Zwecke der Landesverteidigung nicht von Wert seien, daß er sie vielmehr nur deshalb übernehme, weil die Regierung sie loswerden wolle.

Die neue Maßnahme der Regierung rief im Volk noch schärfere Ablehnung hervor, als der Versuch, aus Petrograd zu fliehen. Die Regimenter weigerten sich, den Befehl des Stabes auszuführen, einige von ihnen, wie z. B. das Finnische Garde-Reserveregiment, sprachen der Provisorischen Regierung ihr Mißtrauen aus und forderten die Uebergabe der Macht an die Sowjets.

Im Kampf gegen die provokatorische Politik der Provisorischen Regierung zeigte sich nochmals das verräterische Wesen der Kompromißler. Nachdem sie erst vor kurzem, bei den Fluchtvorbereitungen der Regierung einen Fußtritt erhalten hatten, leckten sie abermals, wie verprügelte Hunde, die Stiefel ihrer Herren. Am 9. Oktober, am Tage der Veröffentlichung des Befehls über die Entfernung der Truppen aus Petrograd, trat das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets zusammen; die Sozialrevolutionäre und Menschewiki brachten (mit 13 gegen 12 Stimmen) eine Resolution durch, mit der Aufforderung an die Garnison, «sich energisch auf den Fall der Notwendigkeit des Abtransports der Truppenteile der Garnison aus Petrograd zur Verteidigung der Zugänge zur Hauptstadt vorzubereiten»<sup>1</sup>. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki schlugen vor, ein Revolutionäres Verteidigungskomitee zu wählen, um den Schutz Petrograds zu organisieren.

Sofort nach der Sitzung des Exekutivkomitees trat der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten zusammen. Die Delegierten lehnten mit überwältigender Mehrheit die menschwistische Resolution ab und nahmen den Antrag der Bolschewiki an:

«Die Regierung Kerenskis richtet das Land zugrunde... Die Rettung Petrograds und des Landes liegt im Uebergang der Macht in die Hände der Sowjets...»<sup>2</sup>

Am 12. Oktober wurde in einer geschlossenen Sitzung des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets mit allen gegen zwei menschwistische Stimmen beschlossen, die Entfernung der Truppen aus Petrograd nicht zuzulassen und ein Revolutionäres Militärkomitee der Sowjets zu organisieren. In der gleichen Sitzung wurden die Aufgaben des revolutionären Militärkomitees festgelegt; es gehörte zu seinen Aufgaben, das Mindestmaß von Kräften festzusetzen, die für die Verteidigung der Hauptstadt erforderlich sind und nicht aus ihr entfernt werden dürfen, die Stärke der Garnisonen Petrograds und seiner Umgebung zu ermitteln und zu registrieren, die Stadt vor konterrevolutionären Ueberfällen zu schützen, die revolutionäre Disziplin der Arbeitermassen und Soldaten zu festigen, die Arbeiter zu bewaffnen. Dem Revolutionären Militärkomitee sollten die Präsidien des Petrograder Sowjets und der Soldatensektion, die Vertreter einer Reihe von Militär-, Arbeiter- und Parteiorganisationen angehören. Es wurde beschlossen, beim Revolutionären Militärkomitee einen Garnisonsbeirat für die Verbindung mit den Truppenteilen zu organisieren. Am 13. Oktober bestätigte die Soldatensektion des Sowjets mit einer Mehrheit von 283 gegen eine

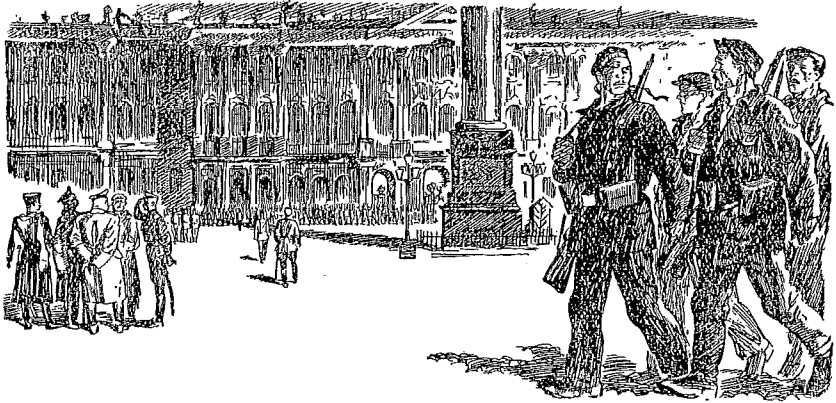


Stimme, bei 23 Stimmenthaltungen, den Organisationsentwurf für das Revolutionäre Militärkomitee.

Indem sich die Revolution gegen den provokatorischen Ueberfall der Konterrevolution verteidigte, beschritt sie den Weg der Offensive. Die Bewaffnung der Arbeiter und die Schaffung des Revolutionären Militärkomitees bedeuteten die Vorbereitung des Angriffs auf die bürgerliche Regierung.

So faßte es auch die Provisorische Regierung auf. In der gleichen Nacht des 13. Oktober wurde in der Sitzung der Regierung mitgeteilt, daß sich das Revolutionäre Militärkomitee gebildet hatte. Der Oberbefehlshaber des Petrograder Militärbezirks, Polkownikow, berichtete, wie der Tag in den Kasernen und in den Arbeitervierteln verlaufen war. Es wurde beschlossen, eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz der Hauptstadt zu ergreifen, die Aktion der Bolschewiki mit bewaffneter Gewalt zu unterdrücken, die Reise Kerenskis an die Front zu verschieben.





## Fünfzehntes Kapitel

# Die Verteilung der Kampfkräfte der Konterrevolution am Vorabend der Großen Proletarischen Revolution

### 1.

#### Die Stoßtruppen der Bourgeoisie

Die Provisorische Regierung sammelte die Kampfkräfte zur Zerschmetterung der Revolution. So rasch auch die Generale die Führung über die Soldaten verloren, verzichtete die Bourgeoisie nicht einen Augenblick auf die Versuche, die Armee zum Kampf gegen die revolutionären Kräfte auszunutzen. Das Schicksal der Revolution wurde durch die Armee entschieden, wo fast 10 Millionen Arbeiter und Bauern unter den Waffen standen. Das verstand die Bourgeoisie ebenso gut wie die Bolschewiki es verstanden. Deshalb führte die Konterrevolution bis zur Oktoberrevolution und noch nach ihr einen so hartnäckigen Kampf um die Armee.

Die Konterrevolution war überzeugt, daß die Nord- und die Westfront durch die Propaganda zersetzt seien, aber obwohl sie dies einseh, ließ sie die Hände natürlich nicht sinken. Die Generale klammerten sich immer noch an jede Möglichkeit, die Führung über die Truppen zu behalten. Aber an der Nord- und der Westfront war die Revolution bereits so weit vorgestoßen, daß die Kerenskiregierung und die Militärclique begriffen: hier war ihr Spiel aussichtslos.

Fast ebenso aussichtslos für die Konterrevolution war die Südwestfront.

Anders sah es an den übrigen Fronten aus, besonders an der rumänischen. Die kaukasische Front war so weit entfernt, daß sie keine besondere Bedeutung hatte.

Die rumänische Front lag weit ab von den Zentren der Revolution und der Industrie. Von einer Bevölkerung umgeben, die nicht die russische Sprache verstand, standen die Soldaten der rumänischen Front ihren reaktionären Offizieren Auge in Auge gegenüber. Die bolschewistischen Zeitungen wurden nicht an die Front gelassen, den Soldaten wurde bürgerliches «Lesefutter» geboten. Der Soldat I. I. Wassiljew, der als Mitglied einer Armeedelegation aus Petrograd kam, schildert folgendermaßen die Zustände an der Front:

«Als wir an der rumänischen Front eintrafen, sahen wir, daß das Offizierkorps und die Kompromißler dort fieberhaft eine Offensive vorbereiteten, sie organisierten Sturmbataillone und Todesbataillone. In den Truppenteilen herrschte das alte Regime: keine einzige bolschewistische Zeitung, vielmehr wurde die wildeste Hetze gegen die Bolschewiki betrieben. Diese Hetze ging so weit, daß man das Wort Bolschewik selbst von dem Wort ‚Bolschak‘, d. h. Großbauer, Kulak, ableitete und behauptete, die ‚Bolschewiki‘ wollten wieder Nikolaus II. auf den Thron setzen<sup>1</sup>.»

Die Armeen der rumänischen Front waren von dem revolutionären Milieu isoliert und daher für die Ziele der Konterrevolution geeignet.

Aber das war doch nicht das Entscheidende.

Neben der russischen Armee, genauer in ihrem Rücken, standen rumänische Truppenteile. Nur wenig von der Revolution berührt, bildeten sie auf Anordnung des Befehlshabers der Front des Generals Schtscherbatschew, einen Polizeikordon, der «Verdächtige» nicht an die Front ließ. Gemeinsam mit den Kosaken entwaffneten die Rumänen die Truppenteile, die sich gegen ihre Kommandeure erhoben. Unter der Drohung der rumänischen Maschinengewehre und Geschütze wurden die revolutionären Regimenter mehrmals «zur Vernunft gebracht», wie sich der General Schtscherbatschew zynisch ausdrückte. Die reaktionäre Heeresleitung hoffte, die Armeen der rumänischen Front für den Kampf gegen die Revolution ausnützen zu können. Dorthin strömten die Offiziere, die von den anderen Fronten verjagt waren. Unter dem Schutz der Rumänen formierte der Général Schtscherbatschew Stoßtruppen aus Offizieren: einige von ihnen nahmen später auf der Seite der Weißgardisten am Bürgerkrieg teil.

Trotz alledem kam auch dort die revolutionäre Bewegung zum Durchbruch. Die bolschewistischen Stimmungen wurden durch Truppen hingebacht, die man im August aus Sibirien entsandt hatte. Auch das Kornilow-Abenteuer spielte seine Rolle: es deckte mit einem Schlag den Gegensatz zwischen den Offizieren und der Soldatenmasse auf. Ende September wurde von der rumänischen Front all das berichtet, was sich an den übrigen Fronten schon längst abspielte. So meldet z. B. ein Bericht des Obersten Drosdowski, des gleichen, der später bei den Denikintruppen kommandierte, über die Lage bei einem der «zuverlässigsten» Truppenteile der Front:

«In das Regiment begannen durch die Zeitung ‚Priboj‘, das Organ des Helsingforscher Komitees der SDAPR bolschewistische Losungen einzudringen. Ich kann keine Maßnahmen gegen die Verbreitung der Zeitung im Regiment ergreifen, da sie auf geheimem Wege, durch die Post, in Briefen ins Regiment eindringt... In der letzten Woche ereigneten sich mehrere Fälle der Gehorsamsverweigerung von Einzelnen und Versuche zur massenhaften Gehorsamsverweigerung; es gab Aufreizungen zur Nichtdurchführung rechtmäßiger Anordnungen. Ueber diese Fälle wird eine Untersuchung geführt; die Schuldigen werden vor Gericht gestellt werden, aber die Ermittlung der Rädelsführer wird sehr erschwert durch die Beihilfe und Sympathie der Soldatenmasse für sie. Das Gerichtsverfahren gegen sie ruft eine dumpfe Unzufriedenheit bei den Soldaten hervor; sie bezeichnen jede rechtmäßige Forderung, die die Zügellosigkeit zu beschränken sucht, jede Forderung nach Ordnung und Gesetzlichkeit als ‚altes Regime‘ ... Durch die Strafflosigkeit, durch die Abschaffung der militärischen Gepflogenheiten, der Achtung vor den Vorgesetzten verdorben, erlauben sich die Soldaten in Gesprächen mit den Offizieren freche Anschuldigungen, werfen sie ihnen vor, daß sie für den Krieg seien, weil sie hohen Sold empfangen: die Grundstimmung in den Soldatenkreisen ist der Wunsch, nicht mehr zu kämpfen, das fehlende Verständnis, oder vielmehr der fehlende Wille, die Notwendigkeit der Fortsetzung des Krieges zu begreifen<sup>1</sup>.»

Wenn man diese Dokumente liest, könnte man meinen, es handle sich nicht um Ende September, sondern um die ersten Monate der Revolution. Von der Nord- und der Westfront trafen solche Berichte schon vor der Erhebung Kornilows ein. Dort ging es Ende September nicht mehr um «vereinzelte Fälle» und nicht einmal um «Versuche zur massenhaften Gehorsamsverweigerung», sondern um die

restlose Verweigerung jedes Gehorsams durch die Soldaten. Aber die Verzögerung des Prozesses der Revolutionierung der Massen bedeutete keineswegs seine völlige Verhinderung. Die rumänische Front beschritt, trotz der für die Reaktion günstigen Bedingungen, trotz aller Machenschaften der Generale und der Kompromißler, den gleichen Weg wie die übrigen Fronten.

Die Maßnahmen, die in der Armee von den Sozialrevolutionären und den Menschewiki ergriffen wurden, verfehlten sichtlich ihren Zweck: die Armee entglitt mit wachsender Schnelligkeit der Führung der Generale, die an ihrer Spitze standen. Es bedurfte anderer Mittel, um diesen Prozeß aufzuhalten. Die Frontgenerale, die nicht auf die Dienste der kleinbürgerlichen Kompromißler verzichteten, versuchten es mit einer neuen Maßnahme: sie wollten die in allen Fugen krachende Armee mit Hilfe von Sturmabteilungen zusammenschweißen.

Schon im Mai hatte der General Brussilow, der Befehlshaber der Südwestfront, den Obersten Jasnikow und den fiktiven Matrosen Batkin nach Petrograd geschickt, um die Bildung von Freiwilligenbataillonen zur Auffüllung der Front zu beantragen. Der General fand bei den kleinbürgerlichen Führern Unterstützung: am 16. Mai beschloß der Kongreß der Komitees der Südwestfront eine Resolution, in der die Auffüllung der Armee durch Freiwilligenformationen für notwendig erklärt wurde. Der General Brussilow stimmte der Resolution sofort zu und sandte am gleichen Tage der Delegation die Mitteilung nach, daß die Idee von der Front unterstützt werde. Wie eilig es die Konterrevolution hatte, geht daraus hervor, daß sie nicht einmal Zeit gefunden hatte, die Delegierten mit Ausweisen zu versehen.

Der Vorschlag Brussilows wurde rasch von anderen Truppenführern aufgegriffen: schon am 18. Mai ersuchte Denikin den Kriegsminister telegraphisch, eine Delegation von Matrosen der Schwarzmeerflotte in die Reserveregimenter der Petrograder und der Moskauer Garnison zuzulassen, um

«... nach einem leidenschaftlichen Appell, jeden, der es wünscht, zum Eintritt in diese Bataillone aufzufordern... Es ist wünschenswert, die Aktion noch vor der Rückkehr des Kriegsministers in Angriff zu nehmen, denn jeder Tag ist wertvoll!»,

so eilig hatte es Denikin mit der Bildung von Stoßtruppen.

Am 20. Mai, erst vier Tage nach der Initiative, meldete General Brussilow dem Kriegsminister und dem Höchstkommandierenden, daß

«die Maßnahmen zur Schaffung von Stoßtruppen an der Front von mir bereits in breitem Ausmaß durchgeführt werden».

Die Initiative der Frontgenerale rief zunächst einige Zweifel bei dem Höchstkommmandierenden, General Alexejew, hervor. Alexejew zweifelte an der Tauglichkeit der neugebildeten Truppenteile. Aber die Zweifel des Höchstkommmandierenden wurden offenbar rasch zerstreut, denn die Aufstellung der Sturmbataillone machte rasche Fortschritte. In Petrograd wurde ein Allrussisches Zentralexekutivkomitee zur Organisation der Freiwilligenarmee gebildet, das in den großen Zentren seine Zweigstellen eröffnete.

Die Stoßtruppen wurden von Anfang an aus der Masse der Armee ausgeschieden; sie wurden besser ernährt und versorgt. Die freiwilligen Stoßtrupppler behielten ihren bisherigen Rang und Sold, im Falle ihres Todes sollten die Familien Pensionen erhalten. Für die Sturmbataillone galt ein abgeändertes Statut und der Befehl Nr. 1 wurde auf sie überhaupt nicht angewandt. Die Sturmtruppen erhielten eine besondere Fahne — schwarz-rot, wobei die rote Farbe die Revolution symbolisierte und die schwarze die Bereitschaft, zu sterben, — natürlich nicht für die Revolution, sondern für den betreffenden Kommandeur, denn der Stoßtrupppler leistete einen Eid «im Dienst und im Kampf bedingungslos und ohne Protest jeden Befehl der ihm übergeordneten Vorgesetzten auszuführen».

Die Massen der Soldaten durchschauten rasch den Charakter der neuen Formationen, die ohne die Sowjets beschlossen und geschaffen wurden. Mehrere Sowjets der Frontzone erklärten sich gegen die Schaffung von Sturmbataillonen. Die Gründe dieser ablehnenden Stellungnahme wurden besonders klar in der Resolution des Exekutivkomitees der Arbeiter- und Soldatendeputierten von Pskow dargelegt.

«... Sowohl die Art der Werbung der Freiwilligen selbst, — hieß es in der Resolution — als auch die im Statut für sie vorgesehenen materiellen Vergünstigungen gegenüber ihren anderen Kameraden in der Armee, geben den Bataillonen eine besonders privilegierte Stellung; das Statut führt eine innere Organisation der Bataillone ein, die von der Deklaration der Rechte des Soldaten-Staatsbürgers abweicht; die politischen und strategischen Ziele der Bildung der Bataillone, die in dem Statut unbestimmt formuliert sind, können leicht in einer Weise ausgelegt werden, die nicht den Bestrebungen der revolutionären Demokratie entspricht; die isolierte Stellung und die besonderen Aufgaben der Bataillone schließen auch nicht die Gefahr von Aktio-

nen ihrerseits aus, die nicht mit der in der Armee herrschenden Tendenz im Einklang stehen. . .<sup>1</sup>»

Der Klasseninstinkt ließ die Soldatenmassen nicht im Stich: die Generale enthüllten bald das Geheimnis, durch das die Zweifel des Generals Alexejew zerstreut worden waren. Zwei Tage nach der Liquidierung der Julidemonstration sandte Brussilow, der damals schon Höchstkommandierender geworden war, einen Bericht über die Ereignisse an Kornilow, Denikin, Schtscherbatschew und andere. Brussilow schloß mit den Worten:

«Die Ereignisse vollziehen sich mit blitzartiger Schnelligkeit. Der Bürgerkrieg ist offenbar unvermeidlich und kann jede Minute ausbrechen... Die Zeit ist gekommen, um energisch zu handeln... Ich bin der Meinung, daß ein wirkliches Mittel zu diesem Zweck die Formierung, oder vielmehr *die Auslese erprobter und im Sinne der Disziplin zuverlässiger Truppen ist, die eine Stütze für die Regierung sein könnten, sie anerkennen und bewußt nicht den Weg der Eroberung persönlicher Rechte gehen, sondern im Namen der Rettung des Vaterlandes vor Anarchie und Zerrüttung handeln würden...*<sup>2</sup>!»

Die Sturmbataillone wurden nicht zum Kampf gegen den äußeren Feind, sondern gegen die «Anarchie und Zerrüttung» geschaffen, wie die Generale die Revolution bezeichneten.

Auch die kleinbürgerlichen Führer versprachen dem neuen Unternehmen ihre Unterstützung. Der Kommissar der Nordfront, Staukewitsch, fügte zu dem Plan Brussilows noch die Anregung hinzu, hinter der Front ein Armeekorps, wenn nicht eine ganze kampffähige und zuverlässige Armee zu organisieren.

Die kommenden Führer und Kämpen der Konterrevolution gingen rasch an die Durchführung der Direktive des Höchstkommandierenden. Der General Schtscherbatschew forderte die Organisation je eines Sturmbataillons für jedes Regiment.

Als der General Kornilow zum Höchstkommandierenden ernannt wurde, nahm er diese Sache völlig in seine Hände und forderte, daß das Zentrum für die Formierung von Stoßtrupplern in das Hauptquartier verlegt werde. Zu Beginn des Kornilow-Abenteuers bestanden an den Fronten bereits 33 Sturmbataillone und eine Panzerwagenabteilung: an der Nordfront befanden sich 7 Bataillone; an der Südwestfront 14 Bataillone und 1 Regiment (aus 3 Bataillonen bestehend); an der Westfront 7 Bataillone und eine Panzerwagenabteilung; an der rumänischen Front 2 Bataillone.



Die Konterrevolution, die die Auflösung und Entwaffnung der Roten Garde forderte, schuf sich ihre eigene weiße Garde.

An der Front terrorisierten die Stoßtruppler die anderen Truppenteile, entwaffneten die Regimenter und Bataillone, die nicht in den Angriff gehen wollten. Im Hinterland jagten sie Demonstrationen auseinander und überfielen die Arbeiterorganisationen. Die Klassentruppen der Konterrevolution übernahmen nicht selten auch die Rolle einer politischen Polizei. Auf Wunsch und Willen der Generale begann ein Krieg innerhalb der Armee selbst. Am 16. Juli 1917 erschöß eines der Sturmbataillone an der Südwestfront ohne Untersuchung und Gericht zwei Arbeiter der 5. Ingenieur- und Bauabteilung und zwang die ganze Truppe, der Erschießung beizuwohnen. Die weiße Garde gab Beispiele des wütenden Terrors, der Erschießungen ohne Gerichtsurteil, der wildesten Grausamkeit, lange vor dem offenen Bürgerkrieg.

Der Mißerfolg des Kornilow-Vorstoßes änderte die Form und den Charakter der Errichtung einer militärischen Klassenstütze der Konterrevolution. Aber das Scheitern des Kornilow-Abenteuers bedeutete nicht die Beendigung und nicht einmal eine längere Unterbrechung der fieberhaften Tätigkeit zur Formierung von Stoßtruppen. Die Konterrevolution verminderte nur zeitweilig die Heftigkeit ihrer Aktivität, sie suchte vor allem die Kader der weißen Garde zu erhalten. Die Sturmbataillone wurden in andere Bezirke verlegt, für eine Zeitlang mit fremden Regimentern verschmolzen, in andere Truppenteile eingegliedert oder einfach umbenannt. Ihre «Umtaufung» erfolgte mit Zustimmung und direkter Unterstützung der Provisorischen Regierung — abermals ein Beweis dafür, daß die Kerenskiregierung mit nicht geringerem Recht als das Zentralkomitee der Kadettenpartei oder das Armee-Hauptquartier als Stab der Konterrevolution galt. Der General Alexejew drahtete genau am gleichen Tage, an dem die Kornilowrevolte liquidiert wurde, an Kerenski:

«Innerhalb unserer bewaffneten Kräfte befindet sich ein Kornilowsches Sturmregiment, aus drei Bataillonen bestehend, das sich in der kurzen Zeit seiner Existenz durch seine Tapferkeit in den Kämpfen einen Ehrennamen verdient hat. Seine Namensbezeichnung und seine in den letzten Tagen erfolgte Ueberführung nach Mohilew (wo sich das Hauptquartier befand. *Die Red.*) bringt das Regiment in eine äußerst schwierige Situation gegenüber den anderen Truppenteilen der Armee, von denen zu befürchten ist, daß sie diesem Regiment unberechtigtes Mißtrauen und Argwohn entgegenbringen werden... Ich würde es für

zweckmäßig halten, diese geistig gefestigte Truppe nicht aufzulösen, sondern sie entweder nach Frankreich oder nach Saloniki oder äußerstenfalls an die kaukasische Front zu senden...<sup>1.</sup>»

Als Antwort auf die Bitte des Generals Alexejew telegraphierte Kerenski am 6. September an das Hauptquartier:

«Ich halte es für notwendig, das Kornilowsche Todesbataillon unverzüglich aus Mohilew zu entfernen. Ich bitte die entsprechenden Anweisungen zu erteilen<sup>2.</sup>»

Kerenski forderte nicht einmal die Auflösung dieser Kornilow-Truppe, sondern empfahl nur ihre Entfernung aus Mohilew. Sich auf Kerenski stützend, befahl Alexejew, die Kornilow-Truppe in «1. Russisches Sturmregiment» umzutaufen und dieses zur tschechoslowakischen Division zu kommandieren. Es war dieses von Kerenski gerettete Regiment, das sich nach der Oktoberrevolution zum Don durchschlug und die Grundlage für die Kornilow-Division, den festesten Teil der weißen Armee, bildete.

Durch die Liquidierung des Kornilow-Abenteuers wurde die Aufstellung der weißen Kader nur für sehr kurze Zeit verzögert. Unter dem Schutz der Provisorischen Regierung entfaltete die Konterrevolution bald wieder eine fieberhafte Tätigkeit. Das Hauptquartier ließ nicht nur die Sturmbataillone weiterbestehen, sondern suchte sie zu legalisieren, indem es das Zentralexekutivkomitee für die Bildung von Stoßtruppen aus einer nominell-gesellschaftlichen Organisation in eine Abteilung des Generalstabs umwandelte.

Unter dem Schutz der Sozialrevolutionäre und Menschewiki suchte die Konterrevolution sogar in die Reihen der Arbeiter einzudringen, um neue Stoßtruppen zu organisieren. Ende September berichtete der Stabschef des Petrograder Militärbezirks, General Bagratuni, an den Stab der Nordfront:

«In Petrograd wurde eine Freiwilligen-Abteilung der Obuchow-Werke formiert. Eine vorzügliche, recht gut zusammengeschlossene und organisierte Truppe... Da die Beibehaltung der genannten, durchaus gesunden Truppe sehr wünschenswert erscheint, beantrage ich, sie zwecks endgültiger Ausgestaltung ins Frontgebiet zu senden... Die Abteilung ist zahlenmäßig etwa 1000 Mann stark<sup>3.</sup>»

Man wollte die Arbeiterabteilung schnell aus der revolutionären Hauptstadt entfernen, weil man fürchtete, die Bolschewiki könnten sie der Reaktion entreißen. An der Front aber fürchtete man, trotz der wiederholten Versicherungen, die Truppe befinde sich «in vorzüglichem, durchaus gesundem Zustand», daß diese durchaus gesunde

Truppe» etwas von der glühenden Atmosphäre des revolutionären Zentrums mitbringen könnte. Die Nordfront lehnte daher entschieden ab, das Arbeiterbataillon zu übernehmen, und forderte seine Auflösung. Als äußerstes Zugeständnis schlug der Stabschef der Nordfront die Angliederung des Arbeiterbataillons an die 2. Abteilung kriegsbeschädigter Soldaten vor, die als regierungstreuer Truppenteil galt. Während aber zwischen den Stäben noch Briefe darüber gewechselt wurden, hatte die Revolution der Reaktion das Arbeiterbataillon bereits entrissen. Auf den Vorschlag des Armee-Hauptquartiers, ein Regiment aus den Obuchow-Arbeitern zu bilden, wobei das Freiwilligenbataillon als Grundlage dienen sollte, lief die melancholische Antwort ein: «Es ist anzunehmen, daß es gegenwärtig bereits zur Roten Garde gehört<sup>1</sup>». Die revolutionären Ereignisse entwickelten sich in einem solchen Tempo, daß sie allen Maßnahmen der Konterrevolution zuvorkamen.

Die Generale ließen sich durch das Fehlschlagen des Versuches, die Obuchow-Arbeiter mit Hilfe der Sozialrevolutionäre und Menschewiki für die Sturmbataillone zu gewinnen, nicht entmutigen. Die Konterrevolution arbeitete fieberhaft weiter an der Formierung von Sturmbataillonen und schuf Zweigstellen ihrer Formierungsstäbe in 85 der größten Zentren des Landes, die Frontzone nicht eingerechnet. Ende Oktober hatte die Konterrevolution 40 Sturmbataillone und eine Sturm-Artillerieabteilung zu ihrer Verfügung: mehr als 50 000 ausgezeichnet bewaffnete und gepflegte Kämpfer.

Die Sturmbataillone konnten mit Leichtigkeit gegen jeden beliebigen Frontteil eingesetzt werden, sie konnten rasch die Knotenpunkte besetzen und den Vormarsch der revolutionären Truppen verhindern.

Die gleiche Stellung wie die Stoßtruppler nahmen die Georgsbataillone ein, zusammengesetzt aus Soldaten, die für ihre Kriegsverdienste das sogenannte Georgskreuz erhalten hatten. Die bataillonsweise Organisation der Georgsritter begann etwa gleichzeitig mit der Aufstellung der Stoßtruppen. Unter dem Gesichtspunkt der unbedingten Unterstützung der Provisorischen Regierung ausgewählt, entwaffneten die Georgsritter gemeinsam mit den Stoßtruppelern die revolutionären Regimenter, trieben während der Kriegshandlungen die Truppen nach vorn, begleiteten die Marschkompagnien. Die Georgsbataillone wurden unter Leitung des Verbandes der Georgsritter formiert, der in vollem Einvernehmen mit dem Hauptquartier arbeitete.

Nach dem Eintreffen Kornilows im Hauptquartier beschloß man, möglichst viele Georgsbataillone aufzustellen. Am 12. August er-

teilte Kornilow den Oberbefehlshabern der Fronten den Befehl, an jeder Front je ein Reserve-Infanterieregiment aus Georgsrittern zu bilden. Die Georgsregimenter wurden nach Pskow, Minsk, Kiew und Odessa gelegt und zu einer Brigade zusammengefaßt, deren Kommandeur unmittelbar dem General Kornilow unterstand, während sich der Brigadestab selbst in Mohilew befand.

Die Georgsbataillone wurden ebenso wie die Sturmbataillone zum Kampf gegen die Revolution geschaffen: das in Mohilew stehende Bataillon wirkte am Kornilow-Putsch mit, mehrere andere Bataillone wurden in den entscheidenden Tagen gegen die Oktoberrevolution eingesetzt und das Kiewer Georgsbataillon schlug sich nach dem Don durch, wo es zusammen mit dem Kornilow-Regiment den Grundstock für die Freiwilligenarmee bildete.

Die Bourgeoisie und die Sozialkompromißler suchten, um alle Kräfte gegen die Revolution zusammenzufassen, sogar Sturmabteilungen aus Kriegsbeschädigten und Frauen aufzustellen. Im Juli bildete sich in Petrograd der «Frauenverband zur Unterstützung der Heimat», der sich an die Frauen mit dem Appell wandte, «Todesbataillone» für den Kampf an der Front zu schaffen. Die bürgerliche Presse griff den Appell auf und begann eine äußerst heftige Agitation dafür. Schon im ersten Monat schrieben sich etwa 300 Frauen für die Bataillone ein. Die Frau Kerenskis erklärte, daß sie als Krankenschwester an die Front gehe.

Der Lärm um die Frauen-Todesbataillone legte sich jedoch rasch, denn der unmittelbare Kampfwert der Frauenabteilungen war sehr gering. Daran konnte weder die bürgerliche Presse noch die Unterstützung des Hauptquartiers, noch die Teilnahme der bekanntesten Vertreter der Konterrevolution an der Bewegung etwas ändern. Die ganze Frauenbewegung erschöpfte sich in der Bildung eines einzigen Bataillons, und am 17. Oktober beschloß die Hauptverwaltung des Generalstabs, die Anwerbung von Frauen einzustellen und die bereits organisierten Abteilungen aufzulösen.

Das einzige Bataillon, das gebildet wurde, kam überhaupt nicht an die Front; dort betätigten sich nur einige kleine Abteilungen, und auch sie reichlich erfolglos. Dafür nahm das Bataillon in den Tagen der Oktoberrevolution an der Verteidigung des Winterpalastes teil.

Die Aufstellung von Bataillonen und Regimentern aus Invaliden oder Kriegsbeschädigten, wie sie sich selbst nannten, vollzog sich mit weniger Geräusch, aber mit dem gleichen Ergebnis.

Die wenigen Abteilungen, die man aufzustellen vermochte, nahmen am Kampf an der Front nur geringen Anteil, wurden aber von der Konterrevolution ausgiebig innerhalb des Landes verwendet.

## Das Offizierkorps

Die Konterrevolution betrachtete die Sturmabteilungen als eine Kraft, mit deren Hilfe sie die zerbröckelnde Armee zusammenhalten und die sie im Bedarfsfall zum Kampf gegen die Revolution im Hinterland einsetzen wollte. In der Armee selbst suchte die Reaktion sich vor allem die Unterstützung des Offizierkorps zu sichern.

Unter dem unmittelbaren Eindruck der Februarrevolution hatten die Generale versucht, durch die Bildung gemeinsamer Komitees für Offiziere und Soldaten, die Massen der Armee unter ihrem Einfluß zu behalten.

Daraus wurde jedoch nichts. Der Befehl Nr. 1 verfügte, daß die Komitees lediglich aus den Vertretern der Mannschaften gebildet werden sollten, wodurch er die Stellung der Offiziere innerhalb der Armee mit einem Schlage untergrub.

Die Konterrevolution fand nun einen anderen Weg. Beim Hauptquartier wurde ein Hauptkomitee des Verbandes der Offiziere von Armee und Flotte gebildet, angeblich um die Berufsinteressen des Offizierkorps zu verteidigen. In Wirklichkeit wurde der Verband zu einer der stärksten politischen Organisationen der Konterrevolution. Er ermutigte die Offiziere, die in den stürmischen Tagen der Revolution die Fassung verloren hatten, gab ihnen eine politische Orientierung, unterstützte diejenigen materiell, die aus den Regimentern verjagt worden waren. Als Hauptaufgabe seiner Tätigkeit bezeichnete der Verband in seinem Statut

«den Kampf gegen jegliche Propaganda einzelner Personen oder Gruppen, die die Unterwühlung der Grundlage von Armee und Flotte bezweckt, und die Bekämpfung von Aktionen einzelner Personen oder Gruppen, die die Unterwühlung der Grundlage von Armee und Flotte bezwecken . . .».

Der Kampf gegen die Bolschewiki wurde zum Mittelpunkt der Tätigkeit des Verbandes. Das Hauptkomitee des Offizierverbandes versandte Tausende von Aufrufen und Resolutionen für den Kampf gegen die «bolschewistische Anarchie». Die der bolschewistischen Partei nahestehenden Offiziere wurden zu Feinden des Volkes, zu Verrätern erklärt und auf schwarze Listen gesetzt. Das Hauptkomitee sandte an alle Armeen die telegraphische Aufforderung, ihm Listen der bolschewistischen Offiziere zu senden.

Hervorzuheben ist, daß der Verband, also formell eine gesellschaftliche Organisation, sich unmittelbar an die Stabschefs wandte, ohne dabei seine politischen Aufgaben zu verbergen: das Haupt-

komitee war überzeugt, daß die Personen, an die es sich wandte, schon auf Grund ihrer Stellung die Auffassungen des Verbandes teilen mußten. Als der Stab der 6. Armee anscheinend daran zweifelte, hielt ihm das Hauptkomitee eine Standpauke:

«Das Hauptkomitee des Offizierverbandes kann nur sein Erstaunen über Ihre Weigerung ausdrücken, ihm Mitteilungen über die Offiziere zu machen, die sich durch bolschewistische Tätigkeit entehrt haben<sup>1</sup>.»

Gleichzeitig sandte das Hauptkomitee eine Abschrift dieser Standpauke an das Hauptquartier zur Kenntnisnahme, um die Heeresleitung auf den widerspenstigen Armeestab aufmerksam zu machen. Ueberhaupt besaß der Verband im Hauptquartier außerordentlichen Einfluß. Kein politisches Dokument verließ das Hauptquartier ohne die vorherige Meinungsäußerung des Hauptkomitees. So drahtete das Komitee der 12. Armee, das keineswegs bolschewistisch war, an das Hauptquartier:

«Nach uns zugehenden Mitteilungen werden alle auch nur irgendwie demokratischen Entwürfe, die ins Hauptquartier gelangen, von dort unter engster Mitarbeit des Offizierverbandes in entstellter Form zurückgesandt<sup>2</sup>.»

Das Hauptkomitee verwandelte sich in ein gesetzgebendes Organ beim Hauptquartier. Es war kein Zufall, daß der Vorsitzende des Verbandes General Alexejew war, der ehemalige Stabschef unter Nikolaus II.

Der Verband terrorisierte die Offiziere, drohte jedem den Boykott an, der sich weigerte, ihm beizutreten. Durch diese Maßnahmen gelang es dem Verband, einen großen Teil der Offiziere zu erfassen und als ein starkes Organ der Konterrevolution aufzutreten. Es gab kein reaktionäres Unternehmen, sei es in der Armee oder im Hinterland, an dem der Offizierverband nicht den aktivsten Anteil nahm. Als es um die Wiedereinführung der Todesstrafe ging, hagelte es seitens des Verbandes förmlich Telegramme, Drohungen, Petitionen, Berichte, Briefe, in denen die sofortige Einführung der Todesstrafe gefordert wurde. Als es galt, dem General, der zum Diktator ausersehen war, Autorität zu schaffen, betätigte sich der Verband als Agitator, versandte die Lebensbeschreibung des Generals, richtete Begrüßungstelegramme an ihn und versprach ihm seine allseitige Unterstützung. Dies alles geschah im Namen sämtlicher Offiziere, obwohl ein Teil von ihnen keineswegs die reaktionäre Politik des Verbandes unterstützte und manche schon lange sogar mit den Kompromißlern gebrochen hatten.

Bei der Vorbereitung des Kornilowputsches entfaltete der Offizierverband eine riesige Kampagne — an der Verschwörung der Generale nahm er den aktivsten Anteil. Der Verband führte Verhandlungen mit den Spitzen der Kosaken, sandte seine Vertreter in den Verband der Georgsritter, nahm Verbindungen mit den reaktionären Organisationen der Bourgeoisie in Petrograd und Moskau auf. Eine Vorstellung von seiner Tätigkeit gibt die Resolution, die auf einer gemeinsamen außerordentlichen Tagung des Hauptkomitees mit der Konferenz der Georgsritter am 10. August 1917 angenommen wurde:

«Schon ganz zu Beginn der russischen Revolution wurde von Leuten, die dem Vaterland unbekannt sind und unter Führung von aus Deutschland eingetroffenen ‚Freunden‘ stehen, der Vorschlag gemacht, unsern Todfeinden, den Deutschen und Oesterreichern, die ‚Bruderhand‘ zu reichen. Unsere Feinde haben mit ihren von russischem Blut befleckten Händen die ihnen hingestreckte brudermörderische Hand ergriffen, um ins Land unserer Väter einzudringen und die Gräber von Millionen Kämpfern, die in Ehren für Rußland gefallen sind, mit Füßen zu treten. Fünf Monate lang hat unsere Heimat unter der Orgie des Brudermordes gelitten und ist zum Spott für die ganze Welt geworden...!»

In diesem patriotischen Pogromstil ging es weiter. Die Resolution schloß mit dem Schwur, daß der Offizierverband kämpfen werde,

«bis Rußland, von unserem mächtigen Verband geschirmt, ehrenvoll aus der Schmach, siegreich aus den Niederlagen, unverehrt in seiner Größe und Freiheit wieder aufersteht?».

Diese Resolution wurde aus dem Hauptquartier an alle Armeen verschickt. Die unfähigen Generale, die die Truppen von Niederlage zu Niederlage geführt hatten, schworen, sie würden siegen, wenn man ihnen nur erlaubte, in der Armee die alten Zustände und Verhältnisse der Leibeigenschaft wieder herzustellen. Die käuflichen Intendanturbeamten, die Diebe, die die Soldaten bestohlen hatten, schworen, der Armee ihre Ehre wieder zu geben, wenn man ihnen nur die unkontrollierte Verfügung über die Ration der Soldaten zurückgäbe.

Das Scheitern des Kornilowabenteuers enthüllte das konterrevolutionäre Wesen des Offizierverbandes und entblößte die Generalsfratze der Führer dieser «demokratischen» Organisation. Durch die Armee, die schon längst mit Unruhe die Tätigkeit des

Verbandes verfolgt hatte, wälzte sich eine Welle des Protestes. Zahlreiche Resolutionen forderten, daß man dieses Generalsnest austrüchere und die Führer des Verbandes gemeinsam mit Kornilow auf die Anklagebank setze.

Die Provisorische Regierung hatte indessen nicht die Absicht, den Verband aufzulösen. Sie wußte, daß die Flut von Resolutionen der Armeekomitees dem Verband keinen Schaden zufügen, daß der Verband standhalten werde. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die zwischen der Heeresleitung und den Massen hin- und herschwankten, aber vor jener mehr zitterten als vor diesen, nahmen die Resolutionen lediglich unter dem Druck der Massen an. Man konnte die Papierflut über sich ergehen und vorbeiziehen lassen. Anders aber war es mit dem Ausbruch des spontanen Hasses der Soldaten gegen den Offizierverband. Die Proteste der Soldaten nahmen an manchen Orten die Form schonungsloser Vergeltungsakte an. Die Soldaten, besonders die Matrosen, erschossen Dutzende der verhaßten Offiziere.

Da kam jedoch die Regierung dem Hauptkomitee des Offizierverbandes zu Hilfe. In den Archiven hat sich eine Niederschrift eines sehr interessanten Gesprächs erhalten, das der Kabinettschef des Kriegsministers, Baranowski, durch direkte Leitung mit dem General Lukomski, einem bekannten Führer der Konterrevolution, führte. Baranowski belehrte den General Lukomski:

«Ich halte es für notwendig, persönlich hinzuzufügen, daß ich auf Grund meiner Kenntnis der Tätigkeit des Offizierverbandes überzeugt bin, daß *Kerenski und das Komitee des Offizierverbandes durchaus den gleichen Weg gehen*, aber die Methoden unterscheiden sich stark voneinander, und im besonderen ist der von dem Komitee gewählte Weg geradezu unmöglich und unzulässig, denn er kompliziert nur die Lage und schafft Schwierigkeiten für die Tätigkeit Kerenskis, schadet auch dem Komitee selbst, denn in Petrograd entsteht nicht nur in den demokratischen Organisationen, sondern überhaupt in allen Kreisen der Eindruck, daß das Verbandskomitee ein sonderbares Spiel treibt und ein Nest der Reaktion ist...!»

Es zeigte sich also, daß Kerenski, der Führer der «revolutionären Demokratie», und das Komitee des Offizierverbandes «durchaus den gleichen Weg gingen». Was Baranowski mißfiel, war nur der Umstand, daß das Hauptkomitee bei den Vorbereitungen für die Diktatur mit dem Kopf durch die Wand wollte und dadurch «Schwierigkeiten für die Tätigkeit Kerenskis» schuf.



Die Regierung konnte nicht und wollte auch nicht auf die Auflösung des Verbandes eingehen. Eine solche Maßnahme drohte die ganze Generalität der Armee, die ohnehin Kerenski schon mißtrauisch gegenüberstand, abzustoßen. Der Offizierverband blieb unangetastet. Seine Anführer stellten eine Zeitlang die Sammlung neuer Kader ein, in der Hoffnung, bald wieder eine umfassende politische Tätigkeit entfalten zu können. Unter dem Schutz der Regierung verwandelte sich der Offizierverband beim Hauptquartier in eine Art Werbe- und Verteilungsstelle der konterrevolutionären Kräfte. Der Führer des Verbandes, General Alexejew, arbeitete tatkräftig an der Zusammenfassung und Weiterbeförderung von Weißgardisten in die Gebiete des Don und Kuban, um sie dem Kosakenhetman, General Kaledin, zur Verfügung zu stellen. Delegierte des Verbandes suchten die einzelnen Armeen auf, wobei sie sich offizielle Aufträge zunutze machten.

In dem Maße, wie die Revolution heranreifte, wurde die Tätigkeit des Verbandes immer reger und offener. Nachdem sie sich von ihrer jüngsten Niederlage erholt hatten, begannen die Offiziere an einzelnen Stellen mit Forderungen im Geiste Kornilows hervorzutreten. In mehreren Armeen fanden Offizierkongresse statt. Die Truppenführer verlangten eine Verschärfung des Kampfes gegen die Bolschewiki und die Einstellung jeder Hetze gegen die Offiziere. Wie kühn die Vertreter des Verbandes wieder auftraten, zeigt die Resolution des Offizierkongresses der 10. Armee:

«Da die Hauptursache der allgemeinen Zerrüttung in der Armee das unter den Soldaten ausgestreute Mißtrauen gegen die Offiziere ist, muß die Provisorische Regierung nochmals klar und eindeutig durch einen besonderen Schritt ihr Vertrauen zum Offizierkorps bekunden, das ehrlich seine Pflicht gegenüber der Heimat und der Revolution erfüllt . . . Das Offizierkorps ist nicht ein Feind der Soldaten, sondern ein Freund der russischen Revolution. *Der politische Kampf darf in den Reihen der Armee keinen Platz finden, aber den Mitgliedern der Gesellschaft steht die Zugehörigkeit zu einer beliebigen politischen Partei frei . . .* Wir wenden uns an die Provisorische Regierung um Hilfe durch Durchführung der obengenannten Maßnahmen und durch *tatkräftigen Kampf gegen den Bolschewismus*. Zu diesem Zweck sind die einzelnen Truppenteile zu verwenden, die nicht ihre Kampffähigkeit verloren haben, andernfalls wird auch diese neue Großtat des Offizierkorps nicht zum Ziele führen<sup>1</sup>.»

Die Offiziere spürten, daß die entscheidende Auseinandersetzung herankam und redeten in der Sprache ihres Inspirators in jüngster Vergangenheit, des Generals Kornilow.

Besonders hervorzuheben ist die Tätigkeit des Offizierverbandes in den Offizier- und Fähnrichschulen. Es gab in der alten Armee insgesamt 26 Offizierschulen. Die meisten befanden sich in den großen Zentren: acht in Petrograd, vier in Kiew, je zwei in Moskau und Odessa. Die genaue Zahl der Offizierschüler ist schwer festzustellen, da sie sich häufig änderte. Im allgemeinen stellte ein einziger Jahrgang der höheren Klassen der Militärschulen mehr als 3000 Offiziere.

Fähnrichschulen gab es 38. Sie befanden sich in den gleichen Städten wie die Offizierschulen oder in ihrer Nähe. Die Gesamtzahl der Absolventen aller Fähnrichschulen betrug etwa 19 000 Mann.

Dem revolutionären Einfluß der Soldatenmassen entzogen, bildeten die Offizier- und Fähnrichschulen einen äußerst günstigen Boden für die Tätigkeit des Offizierverbandes.

Die Reaktion warb vor allem unter dem Kommandobestand dieser Militärschulen Anhänger und gewann auf diese Weise rasch auch die Führung über die Masse der Offizierschüler. In den Schulen herrschte eine konterrevolutionäre Stimmung. Sogar die Sozialrevolutionäre und Menschewiki waren in der Minderheit, ganz zu schweigen von den Bolschewiki, deren es dort nur ganz vereinzelte gab. Die Offizierschüler hatten es nicht nötig, ihre Anschauungen unter der Maske von «sozialistischen Parteien» zu verbergen. Die Offizierschüler bildeten die besten Sturmtruppen der Konterrevolution und traten als erste mit der Waffe in der Hand der Diktatur des Proletariats entgegen.

### 3.

#### Die bürgerlichen nationalen Formationen

Die Aufstellung von Stoßbataillonen wurde zwar fieberhaft betrieben, aber ein paar Dutzend zuverlässiger Abteilungen konnten den ungestümen Gang der Revolution nicht mehr aufhalten. Dies um so weniger, als die Revolution häufig auch in die auserlesenen weißen Bataillone eindrang. In den Materialien des Hauptquartiers haben sich Listen von Truppenteilen erhalten, die aus den Reihen der Todesbataillone ausgestoßen werden sollten, weil sie sich durch die Weigerung, an die Front abzugehen oder einen Kampfbefehl

durchzuführen, «mit Schande bedeckt» hatten. Auch Stoßtruppen kamen auf diese Listen.

Zum Kampf gegen die Revolution waren Massenkräfte erforderlich. Die Reaktion versuchte, sie in den bürgerlichen nationalen Formationen zu finden. Doch die großrussische Reaktion unterstützte bei weitem nicht alle Formationen der ehemals unterdrückten Nationen, sondern nur diejenigen, die die Integrität des kolonialen Reiches nicht unmittelbar bedrohten. Polen war z. B. durch die deutschen Armeen besetzt. Die Aufstellung von polnischen Truppenteilen gab der russischen Bourgeoisie weitere Mittel zum Kampf gegen Deutschland in die Hand: man konnte die Polen unter Ausnutzung der nationalen Begeisterung gegen die deutschen Besatzungstruppen einsetzen. So ergab sich ein ungleichartiges Verhalten gegenüber den verschiedenen nationalen Formationen: den Ukrainern legte man besonders anfangs Hindernisse in den Weg; die Polen wurden in jeder Weise unterstützt und gefördert. Aber in dem einen wie in dem andern Fall suchte man die nationalen Truppenteile durch sorgfältige Auswahl der Kommandokader in der Hand zu behalten.

An polnischen Formationen gab es bereits im Juli an der Front:

1. eine polnische Schützendivision aus vier Regimentern zu je drei Bataillonen;
2. ein Ulanenregiment aus vier Eskadronen;
3. ein polnisches Reserve-Infanterieregiment;
4. eine Kompagnie Pioniere.

Alle diese Truppen, mit Ausnahme des in Belgorod, im Kursker Gouvernement, stationierten Reserveregiments, gehörten zur 7. Armee. Das Kriegsministerium hatte den Plan, die polnische Division auf den Normalstand zu bringen, noch eine zweite polnische Division gleicher Art zu schaffen, beiden Divisionen Artillerie zuzuteilen und sie zu einem polnischen Armeekorps zusammenzufassen. Die Aufstellung dieses Korps stieß jedoch auf erhebliche Schwierigkeiten. Die polnischen Proletarier und Bauern waren nicht weniger als die russischen von der Revolution erfaßt. Gegen die polnische Bourgeoisie, die die Leitung der Auswahl und des Aufbaus der Formationen an sich gerissen hatte, traten die revolutionären Elemente auf. Schon im April, als die polnische Bourgeoisie die Losung «Eine Besondere Polnische Armee in Rußland» aufstellte, hatte die Petrograder Gruppe der polnischen Internationalisten erklärt, daß die «Besondere Polnische Armee in Rußland<sup>1</sup>» nicht die Losung der polnischen Arbeiter und Soldaten sein könne.

Die polnischen Bolschewiki standen an der Spitze des Kampfes gegen die bürgerlichen Parteien, sie suchten den nationalistischen Taumel zu zerstreuen und den Klassencharakter der Politik der Führer des Polnischen Korps zu enthüllen. Es kam zu Unruhen im Polnischen Reserveregiment, wo am 27. Juli die revolutionäre Masse den Obersten Winnizki verjagte und an seiner Stelle den Oberstleutnant Jazkewitsch zum Kommandeur wählte. Kornilow befahl, die Bewegung sofort zu unterdrücken, und drahtete an Kerenski:

«Bezüglich der Ergreifung von Maßnahmen zur Beseitigung der Unruhen im Polnischen Reserveregiment, das in Belgorod liegt, halte ich für notwendig, den polnischen Korpskommandeur, Generalleutnant Dowbor-Musnizki, zu beauftragen und ihm militärische Kräfte zur Verfügung zu stellen<sup>1</sup>.»

Der Korpskommandeur schritt an eine energische Säuberung des Regiments. Mehr als 400 Soldaten wurden wegen angeblicher Verweigerung des Dienstes im Polnischen Korps an die Front geschickt. Die bolschewistisch gestimmten Soldaten wurden verhaftet und wegen «Verletzung von Kampfbefehlen» vor Gericht gestellt.

Die zaristischen Unterdrückungsmethoden riefen selbst in kleinbürgerlichen Kreisen Empörung hervor. Sogar Sawinkow, der damals geschäftsführender Leiter im Kriegsministerium war, fragte bei Kornilow an, ob es zweckmäßig sei, Dowbor-Musnizki an der Spitze des Korps zu belassen. Aber gerade die Entschlossenheit Dowbor-Musnizkis wurde als vorzüglicher Beweis für seine politische Zuverlässigkeit betrachtet. Kornilow antwortete Sawinkow:

«Das Polnische Korps wird aus Freiwilligen zusammengesetzt, deshalb können ihm nur solche Offiziere und Soldaten angehören, die bereit sind, die vom General Dowbor-Musnizki an sie gestellten Forderungen zu erfüllen. Ich schätze diesen General als entschlossene Persönlichkeit und ausgezeichneten Kommandeur sehr hoch und halte es für besonders erwünscht, daß er das freiwillige Polnische Korps kommandiert<sup>2</sup>.»

Im Oktober zählte das Korps etwa 17 000 Soldaten, davon 1200 Offiziere und Beamte. In dieser Zahl ist das Reserveregiment nicht inbegriffen, das zeitweise bis zu 16 000 Soldaten umfaßte.

In den Plänen der Konterrevolution nahm das Polnische Korps einen Ehrenplatz ein. «Die Polen haben versprochen, ihr Korps zu senden. Sicherlich wird es eintreffen<sup>3</sup>» — so sagte Kerenski, nach der Schilderung Krasnows, als er in Hast die konterrevolutionären Truppen gegen das vom Aufstand erfaßte revolutionäre Petrograd vorschickte.

Von den anderen nationalen Truppenteilen, die die Konterrevolution zu ihren Aktivposten rechnete, ist die «Wilde Division» zu erwähnen, die im Augenblick des Kornilowaufstandes zu einem Armeekorps umgebildet wurde. Die Division, die aus kaukasischen Bergvölkern zusammengesetzt war, zählte etwa 1500 Mann.

Die Revolution hatte die nationalen Truppenteile, die unter dem Zarismus bestanden, fast gar nicht berührt. In den Regimentern der «Wilden Division» gab es entweder überhaupt keine Komitees oder sie beschäftigten sich nur mit der Aufsicht über die Zeugmeistereien. Die Gewalt der Kommandeure stützte sich auf das «Stammesrecht». In den Regimentern herrschte eine grausame Disziplin, die bis zu körperlicher Züchtigung ging. Eine Gruppe von Soldaten, die aus der «Wilden Division» geflüchtet waren, wurde vom Sowjet befragt; was sie erzählten, ergab ein Bild der Willkür und einer Feindschaft zwischen den verschiedenen Stämmen, wie sie nur die zaristische Armee kannte.

Der Mißerfolg des Kornilowaufstandes öffnete der Revolution den Zugang zu den kaukasischen Truppenteilen. Die Reaktion beschloß, sie in ihre Heimorte zurückzuschicken, wo die nationale Bourgeoisie dem Einfluß der Revolution auf die Truppen ein Ende machen sollte.

Die ersten ukrainischen Formationen — die Haidamaken — hatten sich schon in den Tagen der Februarrevolution spontan zu bilden begonnen. Im Laufe des März und April bildeten sich hinter der Südwestfront und auch in allen einigermaßen bedeutenden Garnisonen wie Petrograd, Moskau, Kasan und anderen Städten spontan besondere ukrainische Truppenteile mit gelb-blauen Fahnen und Kokarden. In Kiew wurde ein besonderes ukrainisches Regiment «Bogdan Chmelnizki» gebildet, in das viele Soldaten des Frontheeres eintraten.

Obwohl das erste ukrainische Regiment — das Bogdan-Regiment — eine Vertrauenskundgebung für die Provisorische Regierung annahm, hielt die Regierung es für notwendig, der begonnenen Bewegung Einhalt zu gebieten. Der Befehlshaber der Südwestfront, General Brussilow, forderte telegraphisch die sofortige Verhinderung des Zustroms ukrainischer Frontsoldaten nach Kiew und im Weigerungsfalle «die Auflösung des Regimentes» und die Unterdrückung der beginnenden «Ausschreitungen<sup>1</sup>» auch mit Waffengewalt.

Der Anstieg der revolutionären Bewegung im Mai und Juni zwang jedoch die Provisorische Regierung, der ukrainischen Bour-

geoisie eine Reihe von Zugeständnissen zu machen. Während sie die Armee auf die Offensive an der galizischen Front vorbereitete, unternahm die Kerenskiregierung den ersten Versuch, die ukrainischen Formationen im Kampf gegen die revolutionäre Bewegung und den Bolschewismus auszunutzen.

Die Kirchen-Bittgänge, die Prozessionen der ukrainischen Soldaten in Kiew, der erhebliche Einfluß der Offiziere auf die Soldaten, die Annäherung der Ukrainer an die Donkosaken und vor allem der starke Prozentsatz von Kulaken in den ersten ukrainischen Formationen —, dies alles erweckte bei der Provisorischen Regierung die Hoffnung, daß die ukrainischen Regimenter ein zuverlässiges Werkzeug in den Händen der Bourgeoisie sein würden.

Am 10. Mai fuhr eine ukrainische Delegation des Allrussischen Truppenkomitees im gleichen Zuge mit Kerenski zum General Brussilow an die Südwestfront. Sowohl der Kriegsminister als auch der Oberbefehlshaber der Südwestfront standen der Schaffung von ukrainischen Truppenteilen durchaus wohlwollend gegenüber. Der Kriegsminister bestätigte das ukrainische Truppenkomitee und gestattete die Aufstellung des ersten ukrainischen Kosakenregiments «Bogdan Chmelnyzki». Der General Brussilow versprach seinerseits, an der Front drei besondere Armeekorps auszuscheiden, die ausschließlich aus Ukrainern zusammengesetzt sein sollten.

Die Generaloffensive der russischen Bourgeoisie gegen die Erregenschaften der Februarrevolution, das Erstarken der Großmachtstimmungen im Zentrum und in der Provinz, die sich zu erbitterter Feindschaft sogar den maßvollsten nationalen Forderungen gegenüber verdichteten, zwangen die Provisorische Regierung, das Tempo der Aufstellung von ukrainischen Truppenteilen zu verzögern. Während eines neuen Konfliktes zwischen der Provisorischen Regierung und der Zentralrada mußten die ukrainischen Truppen zu einer gefährlichen Kraft werden. Deshalb verbot die Heeresleitung im August und September 1917 die Aufstellung neuer Formationen und suchte die schon geschaffenen ukrainischen Truppenteile an die Front zu schicken. Durch diese Maßnahme dachte die Regierung die Zentralrada zu entwaffnen und ihre Anhänger zur Ohnmacht zu verurteilen.

Das waren die Gründe, aus denen weder Kornilow noch das Hauptquartier im Kampf gegen die Revolution ukrainisierte Truppenteile einsetzten, sondern sich völlig auf die Kosaken, teilweise auf die Polen, vor allem aber auf die Stoßtruppler und Offizierschüler, stützten.

Erst am Vorabend der Oktoberrevolution zwang die tödliche Gefahr die russische Bourgeoisie, bei den gleichen Haidamaken-Regimentern — allerdings ohne Erfolg — Hilfe zu suchen, deren Aufstellung ihre Regierung noch eben mit allen Mitteln gehindert hatte.

Einen ungeheuren Wert maß die Reaktion den tschechoslowakischen Truppen bei. Schon die zaristische Regierung hatte begonnen, diese Formationen aus österreichischen Kriegsgefangenen und Ueberläufern aufzustellen. Aber vor der Revolution war es recht mißlich darum bestellt. Es gab einen besonderen Beschluß des sogenannten Internationalen Gerichtshofes im Haag, der die Aufstellung von Truppen aus Kriegsgefangenen verbot. Aber der gleiche Gerichtshof hatte auch die Verwendung von Giftgas verboten, ohne daß sich irgend jemand um diesen Beschluß kümmerte. In diesem Fall fürchtete der Zarismus, Deutschland könne mit der Aufstellung einer besonderen Armee aus kriegsgefangenen Polen antworten. Andererseits betrachteten die Engländer und Franzosen die Bildung von tschechoslowakischen Truppenteilen mit scheelen Blicken. Die «Verbündeten» hatten zwar die Bildung einer unabhängigen tschechoslowakischen Republik versprochen, aber sie befürchteten einen allzu starken Einfluß des Zarismus auf den neuen Staat.

Nach der Februarrevolution wurden die tschechoslowakischen Truppen rascher formiert: die Ententegenerale hofften, in den tschechoslowakischen Abteilungen eine Stütze im Kampfe gegen die Revolution in Rußland zu gewinnen.

Am 24. März 1917 bestätigte der Kriegsrat die Bestimmungen über die Bildung tschechoslowakischer Abteilungen aus österreichischen Kriegsgefangenen.

Die Schnelligkeit, mit der die tschechoslowakischen Truppen organisiert wurden, stand in direktem Verhältnis zur Zersetzung der Armee: im April wurden erst Abteilungen geschaffen, im August begann man bereits ein ganzes Armeekorps aufzustellen. Der Vorsitzende des tschechoslowakischen Nationalrats, Professor Masaryk, ersuchte das Hauptquartier, die Aufstellung der Truppen zu beschleunigen. Masaryk bat, zu diesem Zweck eine ständige Vertretung des Nationalrats beim Hauptquartier und beim Oberkommando der tschechoslowakischen Formationen einzusetzen. Mit der aktiven Unterstützung der Kompromißler und der finanziellen Unterstützung der Entente entfaltete der Nationalrat eine große Kampagne zur Anwerbung von Kriegsgefangenen. Am 23. August verfügte das Korps in der ersten und zweiten tschechoslowakischen Division über 25 000 Soldaten, die Artillerie nicht mitgerechnet.

In den Truppen dieses Korps wurde die französische Dienstordnung eingeführt, die Kommandeure wurden den Offizieren der russischen Armee gleichgestellt.

Nach der Niederwerfung des Kornilowabenteuers ging die Formierung des Korps erheblich schleuniger vor sich. Nach dem Plan des Generals Kornilow sollten die Tschechoslowaken gemeinsam mit den Kornilowtruppen gegen Petrograd und Moskau eingesetzt werden. Man wollte die Tschechoslowaken auch in den Tagen der Oktoberrevolution gegen die Bolschewiki verwenden. Aus einem Brief des Generals Alexejew erfahren wir, daß am 8. November — zwei Wochen nach den Oktoberereignissen — die tschechoslowakischen Truppen in die Nähe des Don verlegt werden sollten, um gemeinsam mit den Kosaken gegen die Bolschewiki vorzugehen.

Welche Hoffnungen die Konterrevolution auf die Tschechoslowaken setzte, kann man an Hand eines Briefes des Generals Kornilow beurteilen, den der General Denikin in seinen Memoiren anführt. Als Kornilow die Nachricht von der Revolution in Petrograd erhielt, sandte er aus dem Gefängnis in Bychow folgenden «Befehl» an Duchonin ins Hauptquartier:

«In Voraussicht des weiteren Gangs der Ereignisse — so schilderte Kornilow seinen Plan — bin ich der Auffassung, daß Sie unverzüglich Maßnahmen treffen müssen, die die Sicherheit des Hauptquartiers gewährleisten und eine günstige Lage schaffen sollen, um den weiteren Kampf gegen die herannahende Anarchie zu organisieren.

Als solche Maßnahmen betrachte ich:

1. Die sofortige Ueberführung eines der tschechischen Regimenter und des polnischen Ulanenregiments nach Mohilew.

2. Die Besetzung von Orscha, Smolensk, Shlobin und Gomel durch Truppen des Polnischen Korps, wobei dessen Divisionen aus dem Bestand der Kosakenbatterien der Front mit Artillerie zu verstärken sind.

3. Konzentration sämtlicher Truppen des tschechoslowakischen Korps und des Kornilowregiments auf der Linie Orscha-Mohilew-Shlobin unter dem Vorwand ihres Abtransports nach Petrograd und Moskau, dazu noch eine oder zwei der festesten Kosakendivisionen.

4. Konzentration sämtlicher englischen und belgischen Panzerwagen im gleichen Gebiet; ihre Bemannung ist ausschließlich durch Offiziere zu ersetzen.



5. Konzentration von Vorräten an Gewehren, Patronen, Maschinengewehren, automatischen Gewehren und Handgranaten unter zuverlässigem Schutz in Mohilew und einem der nächstliegenden Punkte, um sie an die Offiziere und Freiwilligen zu verteilen, die sich unbedingt in diesem Gebiet sammeln müssen.

6. Herbeiführung einer festen Verbindung und einer genauen Vereinbarung mit den Hetmans der Don-, Terek- und Kubantruppen sowie mit dem polnischen und dem tschechoslowakischen Komitee...

Das sind die Gesichtspunkte, die ich Ihnen mitzuteilen für nötig hielt; ich füge hinzu, daß man sich entscheiden muß, ohne Zeit zu verlieren<sup>1</sup>.»

Wie man sieht, setzte die Konterrevolution von den ersten Tagen des Bürgerkrieges an große Hoffnungen auf die bürgerlichen nationalen Formationen: sie sollten den ersten Stoß führen.

Uebrigens beschränkten die zaristischen Generale im Kampf gegen die Revolution von Anfang an den Weg der ausländischen Intervention, indem sie sich auf ausländische Truppen zu stützen suchten: die Panzerwagen der Entente, das tschechoslowakische Korps. Das geschah schon beim ersten Auftakt, ehe der Bürgerkrieg begann. Später sollte die ausländische Intervention im Bürgerkrieg in Rußland eine äußerst wichtige Rolle spielen.

#### 4.

### Die Kosaken

Als zuverlässigste Stütze betrachtete die Konterrevolution die Kosakentruppen, die unter der Leitung des Rats des Verbandes der Kosakentruppen standen.

Schon während der Kornilowrevolte hatte der Hetman der Orenburger Kosaken, Dutow, die Aufgabe, in Petrograd einen «Aufstand der Bolschewiki» zu inszenieren und nach dieser Provokation die bolschewistische Partei zu zerschmettern. Gleichzeitig sollte der Hetman der Donkosaken, Kaledin, über das Donezbecken gegen Moskau vorstoßen.

Um die Spuren zu verwischen, beschloß die Provisorische Regierung nach dem Scheitern des Kornilow-Abenteuers, Kaledin zu verhaften und ihn wegen Teilnahme an der Kornilow-Verschwörung vor Gericht zu stellen.

Der Große Kosakenrat beschloß in einer Vorberatung, die am 3. September in Nowotscherkask stattfand, ihren Hetman nicht aus-

zuliefern. Daraufhin mäßigte Kerenski sofort seinen Ton und stimmte der Aufhebung des Haftbefehls zu, forderte aber, daß Kaledin im Hauptquartier erscheine, um vor der Untersuchungskommission auszusagen. Die Leichtigkeit, mit der Kerenski seinen Zorn durch Milde ersetzte, offenbarte nur noch deutlicher, daß die Provisorische Regierung sich der starken Worte und «revolutionären» Gesten lediglich bediente, um den Massen Sand in die Augen zu streuen. Am 5. September bereitete der Große Kosakenrat Kaledin eine Ovation und beschloß, seine Rede stehend anzuhören. Der Kosakenrat bezeichnete die Anklage gegen Kaledin als «eine Frucht der krankhaften Phantasie von Feiglingen».

Kaledin wurde von allen Organisationen der Konterrevolution unterstützt. Eine besondere Kosakendelegation besuchte Kerenski und die Minister, um die völlige Rehabilitierung Kaledins zu fordern. Eine Delegation von Donkosaken und Vertretern des Rats des Verbandes der Kosakentruppen suchten sogar den englischen Botschafter in Rußland, Buchanan, auf. Der Botschafter erklärte der Delegation, England schätze die Verdienste der Kosaken sehr hoch.

Aus Kaledin suchte die Bourgeoisie einen neuen Diktator zu machen. «Kaledin, das ist der Mann des Augenblicks», so brachte die große imperialistische Zeitung «New York Times» die einmütigen Hoffnungen der Konterrevolution zum Ausdruck.

Am Vorabend der Oktoberrevolution erklärte die Regierungskommission in Sachen Kornilows, Kaledin sei an der Revolte völlig unbeteiligt gewesen.

Der Anwärter auf den Diktatorposten erhielt die volle Möglichkeit, die Organisierung der konterrevolutionären Kräfte zu betreiben. Unter seiner Leitung wurde ein neuer Staat geschaffen, der sogenannte Südostbund der Kuban-, Terek-, Don- und Astrachan-Kosaken, der Bergvölker des Nordkaukasus und der Steppenvölker des Dongebietes und des Gouvernements Astrachan.

Kerenski wurde sofort mitgeteilt, daß die Bodenkomitees für die Kosakengebiete unannehmbar seien. Die Oberschicht der Kosaken forderte, daß mit der Organisierung dieser Komitees Schluß gemacht und daß der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums aus Nowotscherkask nach Petrograd abberufen werde. Gleichzeitig versprach man der nicht zu den Kosaken gehörigen Bevölkerung, auch ihre Vertreter zur Verwaltung heranzuziehen.

Unter dem Vorwand, daß es in der Frontzone an Futtermitteln für die Kavallerie fehle, wurden die Kosaken und die nationalen Truppenteile der Bergvölker an den Don und den Kuban verlegt. Die Reserve-Infanterieregimenter dagegen, deren revolutionäre Stim-

mung die Vorbereitung der Konterrevolution hemmte, wurden aus den Kosakengebieten weggeschafft.

Um das Losschlagen gegen die Revolution vorzubereiten, entblößte das Hauptquartier ganze Fronten.

Die Provisorische Regierung unterstützte bereitwillig die ganze Vorbereitungsarbeit der Konterrevolution am Don. Bezüglich der Reserve-Infanterieregimenter telegraphierte der Ministerpräsident an Duchonin:

«Ich bitte, die Anweisung zur Entfernung der Reserve-Infanterieregimenter aus den Kosakengebieten zu erteilen und die Kosakentruppen und die Kosakentruppen, die sich an der Front befinden, *besonders aber die Fußkosaken*, davon in Kenntnis zu setzen, damit sie *ihren Dienst ruhig versehen*¹.»

Kerenski gab somit offen zu, daß die Reserveregimenter aus den Kosakengebieten entfernt wurden, um die Kosaken zu beruhigen.

Sogar der General Duchonin, den man wahrlich nicht des Liberalismus beschuldigen kann, hatte Bedenken, das Telegramm Kerenskis in vollem Wortlaut weiterzugeben. Duchonin schrieb, als er den Befehl des Ministerpräsidenten mitteilte:

«Angesichts der bevorstehenden Verminderung der Reserveformationen ersucht der Höchstkommmandierende, die Reserve-Infanterieregimenter schon jetzt aus den Kosakengebieten zu entfernen².»

Der «skrupulose» General verschleierte dadurch, daß er den Abtransport mit der Verminderung der Reserveformationen begründete, nur notdürftig die geschwätzige Offenherzigkeit des eifrigen Verteidigers der Konterrevolution, zugleich aber säuberte er selbst energisch die Kosakengebiete und half, die konterrevolutionären Kräfte am Don zu konzentrieren. Ins Don- und Kubangebiet wurden die Kosakentruppen zusammengezogen, wurden die am Kornilow-Abenteuer beteiligten Offiziere befördert, dorthin wurden Zehntausende von Gewehren, ganze Eisenbahnzüge mit Artillerie gesandt.

Je mehr die Industriegebiete Zentralrußlands zur Basis der Revolution wurden, desto mehr verwandelten sich die Kosakengebiete in das Nest der Konterrevolution.

«Schon zu Beginn des Oktoberumsturzes — sagt Stalin — konnte eine gewisse geographische Abgrenzung zwischen Revolution und Konterrevolution festgestellt werden. Im Laufe der weiteren Entwicklung des Bürgerkriegs bildeten sich die Ge-

biete der Revolution und Konterrevolution endgültig heraus. Das Innere Rußlands mit seinen industriellen und kulturell-politischen Zentren (Moskau und Petrograd), mit einer national gleichartigen, vorwiegend russischen Bevölkerung verwandelte sich in die Basis der Revolution. Die Randgebiete Rußlands dagegen, vor allem das südliche und östliche, ohne wichtige industrielle und kulturell-politische Zentren, mit einer national äußerst ungleichartigen Bevölkerung, die einerseits aus privilegierten, kosakischen Kolonisatoren, andererseits aus nicht vollberechtigten Tataren, Baschkiren, Kirgisen (im Osten), Ukrainern, Tschetschenzen, Inguscheten und anderen muselmanischen Völkern bestand, verwandelten sich in die Basis der Konterrevolution.

Es ist unschwer zu verstehen, daß eine derartige geographische Verteilung der kämpfenden Kräfte Rußlands nichts Unnatürliches an sich hat. In der Tat: wer anders als das Petrograder und Moskauer Proletariat konnte die Basis der Sowjetregierung bilden? Wer anders konnte die Stütze der Denikin-Koltschakschen Konterrevolution sein, wenn nicht das altbewährte Werkzeug des russischen Imperialismus, die Kosaken, die mit Privilegien ausgestattet und zu einem militärischen Stand organisiert waren und die nichtrussischen Völker seit jeher ausbeuteten<sup>1</sup>.»

## 5.

### Die Konterrevolution hetzt die Front gegen das Hinterland

Erweckte die Aufstellung der konterrevolutionären Formationen an der Front und in den Kosakengebieten bei den Generalen gewisse Hoffnungen auf Erfolg, so ließ das Heranwachsen der Revolution alle diese Hoffnungen in den Wind verwehen. Aus der Heimat drang an die Front ein Strom von revolutionärer Literatur, trafen Verstärkungen ein, umflutet vom Gluthauch der revolutionären Atmosphäre. Aus den Industriezentren kamen Arbeiterdelegationen, die die flammenden Losungen der Revolution mitbrachten. Die Konterrevolution konnte ihre zeitweiligen Erfolge an der Front nur dadurch sichern, daß sie die Front von der Heimat isolierte.

Schon lange, schon seit Beginn der Revolution, hatte man versucht, die Armee gegen die Arbeiter aufzuhetzen. Die bürgerliche Presse führte eine wüste Kampagne gegen die Einführung des Achtstundentages. Man beschuldigte die Arbeiter des Verrats, stellte ihnen die Frontsoldaten, die alles dem Vaterland hingeben, als Beispiel hin. Den Soldaten wurde erzählt, daß die Arbeiter sich die Taschen mit Geld vollstopfen und aus dem Mangel an Arbeitskräf-

ten profitieren. Die Zerrüttung, die Lebensmittelkrise, der Mangel an Kriegsmaterial an der Front wurde damit erklärt, daß die Proletarier nicht länger als acht Stunden täglich arbeiten wollten.

Hier und da gelang es, die Soldaten gegen die Arbeiter aufzuhetzen. Von der Front kamen Soldaten-Delegationen mit Resolutionen nach Petrograd, die von den Arbeitern den Verzicht auf «die übertriebenen Forderungen» verlangten. Als aber die Soldatendelegationen in den Betrieben erschienen, als die Soldaten mit den Proletariern vertraut wurden, durchschaute sie rasch die Provokationspolitik der Bourgeoisie. Die Delegationen kehrten in ganz anderer Stimmung an die Front zurück. Um die Verleumdungen der Bourgeoisie zu durchkreuzen, forderten die Arbeiter ihrerseits die Entsendung von Soldatendelegationen. Tausende von Soldaten der Petrograder Garnison, die die Fabriken kennengelernt hatten, wurden durch die Militärorganisation der Bolschewiki an die Front geschickt, wo sie den provokatorischen Charakter der Kampagne entlarvten.

Die verleumderischen Ausfälle der Bourgeoisie hatten das entgegengesetzte Ergebnis. Anstatt die Front dem Hinterland entgegenzustellen, schiedeten sie die Soldaten und Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen die Konterrevolution zusammen.

«Auf Eure heuchlerischen Rufe: ‚Die Soldaten in die Schützengräben, die Arbeiter an die Werkbank!‘ — schrieben die Garde-Grenadiere — antworten wir: ‚Und Ihr, Ihr Herren Kapitalisten, an die Geldschränke! Macht sie auf! Das Volk gab und gibt sein Blut und seinen Schweiß, Ihr sollt das Geld zur Liquidierung des von Euch angezettelten entsetzlichen Weltkrieges hergeben!...‘».

Je rascher der Bourgeoisie der Boden unter den Füßen ent schwand, desto eifriger suchte sie einen Abgrund zwischen der Front in dem Hinterland aufzureißen. In rasender Wut schrie die Kadetten-Presse, das Hinterland trage die Schuld an allen Nöten. 150 bürgerliche und sozialrevolutionär-menschewistische Armeezeitungen leierten in einem Chor dieses monotone und böswillige Lied herunter.

Die Abteilungen bei den Stäben, in denen die Bourgeoisöhnchen Unterschlupf gefunden hatten, die Mitarbeiter der zahllosen Organisationen hinter der Front, die Hospitäler und Lazarette, die Aemter, wo ehemalige Rechtsanwälte, Beamte, Semstwo-Mitarbeiter sich herumdrückten, die Stäbe, die Depots und Nachschuborgane — sie alle schleuderten einen wahren Hagel von Protestresolutionen und

verlogenen Anschuldigungen gegen die Heimat. Aus den Armeezeitungen übernahm die bürgerliche Presse der Hauptstadt diese Resolutionen und druckte sie unter der Ueberschrift «Die Stimme der Front» ab.

Eine dieser «Frontresolutionen» lautet:

«Die Vollversammlung des Komitees des Stabes der N-ten Infanterie - Division, der Kommandantur - Kompagnie und der Mannschaften beim Stab hat eine Resolution beschlossen, in der erklärt wird, daß die Versammlung jede Weigerung, sich dem Willen der revolutionären Regierung, dem Willen der Mehrheit der Demokratie in Gestalt ihrer Zentralkomitees zu unterordnen, als Verrat an der Sache der Revolution, als direkte Gefährdung des Vaterlandes betrachtet. Nicht nur hier, an der Front, ist das Vaterland in Gefahr, sondern noch mehr im Hinterland. Nur von dort ist die Zersetzung der Armee gekommen. Die Verräter aus dem Hinterland haben die Armee korrumpiert. Möge sich das Hinterland gemeinsam mit der Armee der eisernen revolutionären Disziplin fügen. Mögen die Verräter an der gemeinsamen Sache, ganz gleichgültig, ob es Militärpersonen sind oder nicht, im Hinterland nach den gleichen Gesetzen abgeurteilt werden, wie an der Front!.»

Die Kampagne wurde immer umfassender, immer lärmender, immer schreiender. Das Ausmaß und die Schärfe, die sie annahm, zeugten davon, daß die Reaktion unter diesem Lärm die Vorbereitung sehr ernster Aktionen verbarg. Das wurde bald klar. Auf der Reichsberatung in Moskau hielt der General Alexejew eine Rede gegen das Hinterland:

«Was sich im Hinterland befindet, wird nicht zur nützlichen Arbeit herangezogen. Alles ist untätig ... Die Leute sind noch nicht einmal an das Abc des Soldatenhandwerks gewöhnt. Es ist noch gar nicht lange her, da wurden sie, durch einen einzigen Zement, durch die Liebe zum Vaterland, zu einer festen Einheit zusammengehalten ... und hatten das Bewußtsein der Notwendigkeit, den Krieg bis zu Ende zu führen<sup>2</sup>.»

Alle Unruhen in den Regimentern erklärte der General durch den Einfluß von Agitatoren aus dem Hinterland. Er erzählte, wie in eines der Regimenter ein Soldat, der ins Hinterland zu einem Agitatorenkurs entsandt worden war, zurückkehrte und eine Aktion gegen die Vorgesetzten organisierte.

Das Manöver des Generals Alexejew, eines der aktivsten Organisatoren der Konterrevolution, wurde durch «die Großmutter der

russischen Revolution», wie die Sozialrevolutionäre die Breschko-Breschkowskaja nannten, die in Wirklichkeit eine der aktivsten Handlangerinnen der Konterrevolution war, unterstützt.

«Das Unglück für unsere Armee — so sekundierte sie Alexejew — liegt nicht so sehr an der Front, als im Hinterland. Unser Hinterland hat schon fast drei Jahre nichts zu tun. Es verfällt der Langeweile, es wird zersetzt. Deshalb müssen jetzt die Leute, die durch Erfahrung gewitzigt sind, die schon in Petrograd und Moskau in verschiedenen Sowjets waren und wissen, was in der Armee vorgeht — die Hälfte von ihnen, gut die Hälfte von ihnen, muß unverzüglich ins Hinterland gehen und es organisieren, andernfalls wird man nichts erreichen!.»

Die alte Sozialrevolutionärin sprach das aus, was der erfahrene General verschwieg. Die Armee sollte das Hinterland bändigen, die Front sollte die Leute zur Bändigung des Hinterlandes liefern. Man mußte die Front dem Hinterland entgegenstellen, um die Vorbereitung des Kornilow-Abenteuers zu decken und zu rechtfertigen.

Die Zerschmetterung der Kornilow-Revolte war ein schwerer Schlag gegen die provokatorische Kampagne zur Aufhetzung der Front gegen das Hinterland. Es war unmöglich geworden, die Kampagne in der alten Form fortzusetzen: die Revolution hatte ihr wahres Wesen aufgedeckt. Aber die Konterrevolution verzichtete nicht auf ihr Ziel — die Gegenüberstellung von Front und Hinterland — sondern versuchte dieses Ziel nun auf eine andere Art zu erreichen.

Eine der entscheidenden Kräfte, auf die sich die Revolution stützte, waren die Garnisonen der Reservetruppenteile in den Städten. Diese Truppenteile umfaßten etwa 1,5 Millionen Soldaten. Die Garnisonen im Hinterland bestanden entweder aus Landsturm zweiter Kategorie des Jahrgangs 1896, oder aus Dienstpflichtigen des Jahrgangs 1894 oder schließlich aus den jugendlichen Rekruten der letzten Jahre. Ein Teil der Garnisonen bestand aus Verwundeten, die auf dem Wege der Genesung waren. Schon diese Zusammensetzung der Reservetruppen erleichterte die revolutionäre Propaganda in ihren Reihen. Die eben erst eingezogene Jugend und die ihrer Arbeit entrissenen Familienväter von 40 Jahren und darüber bildeten eine sehr empfängliche Masse, die von der Revolution große Veränderungen ihres Schicksals erwartete. Aber es kam natürlich nicht so sehr auf die Zusammensetzung der Truppen, als auf die sie umgebenden Verhältnisse an. Die Garnisonen, besonders die in Petrograd, Moskau und in anderen Großstädten, befanden sich unter dem ständigen Einfluß der bolschewistischen Zeitungen und des revolutionären

Proletariats. Die Soldaten der Reserve nahmen, zusammen mit den Arbeitern, an den Versammlungen, den Demonstrationen, den Aktionen gegen die Regierung teil. Die Bolschewiki arbeiteten gespannt in den Reserveregimentern.

Aus den Reserveregimentern drang der revolutionäre Einfluß über die Marschkompagnien und sonstigen Verstärkungen, die zur Armee abgingen, an die Front. Die Reservetruppen bildeten in den Städten die militärische Stütze der Revolution, ihre Agitationskräfte. Von ihnen erhielten die Arbeiter die militärischen Instrukteure und häufig auch Waffen, in den Reserveregimentern warb die Partei ihre Mitglieder und Agitatoren für die Arbeit unter den Fronttruppen.

Die Garnisonen in den Städten erobern, das bedeutete für die Konterrevolution, die Revolution im Hinterland unterhöheln und die Front vor dem revolutionären Einfluß schützen. Der Kampf um die Garnisonen im Hinterland wurde für die Bourgeoisie zum wichtigsten Teil ihres Kampfes um die Armee, ihres Kampfes gegen die Revolution. Der Plan der Generale bestand darin, die revolutionärsten Truppenteile von den größten Städten an die Front zu verlegen und sie durch «zuverlässige» Truppen zu ersetzen. Im Hauptquartier liefen, wie auf ein Signal, von allen Seiten Forderungen nach Verstärkung ein. Sogar die kaukasische Front, wo die Kriegshandlungen faktisch aufgehört hatten, sandte ein Telegramm nach dem anderen:

«Die kaukasische Front fordert auf schnellstem Wege hunderttausend Mann Verstärkung. Von dieser Zahl wollen Sie bitte schleunigst zwanzigtausend Soldaten der dritten Kategorie aus der Petrograder Garnison senden, außerdem sind dreißigtausend Mann aus den Reserveregimentern der inneren Bezirke entweder in vollständigen Reserveregimentern oder in Marschkompagnien zu schicken . . .<sup>1</sup>»

Hier wird direkt angegeben, woher die Verstärkungen zu nehmen seien: zwanzigtausend Mann aus der Petrograder Garnison, der revolutionärsten von allen, und ganze Regimenter aus den übrigen Städten. Obwohl die Juni-Offensive an der Front gescheitert und ein fast völliger Stillstand der Kriegshandlungen eingetreten war, wurden ununterbrochen Marschkompagnien an die Front geschickt. Ein großer Teil der Verstärkungen desertierte unterwegs, aber die Aufgabe, die sich die Konterrevolution gestellt hatte, wurde erfüllt: die Garnisonen in der Heimat schmolzen zusammen und mit ihnen wurde auch die Basis der Revolution in einem gewissen Maße geschwächt.



Die Garnisonen des Hinterlandes wurden nicht nur durch die Entsendung von Marschkompagnien verringert. Die Reserveregimenter wurden unter allen möglichen Vorwänden aus den Städten herausgezogen. So erfolgte auf eine Beschwerde des Befehlshabers der Schwarzmerflotte, daß sich das 45. Reserve-Infanterieregiment in Nikolajew völlig zersetzt habe, die Anweisung des Generals Duchonin:

«Es ist erwünscht, das 45. Reserve-Infanterieregiment unverzüglich aus Nikolajew zu entfernen...»<sup>1</sup>

Die Reservetruppen wurden vor allem aus den Orten herausgezogen, wo die revolutionäre Temperatur besonders hoch gestiegen war, oder wo die Soldaten durch ihren revolutionären Einfluß die Konzentrierung der reaktionären Truppen hinderten, wie zum Beispiel am Don. Die konterrevolutionäre Tätigkeit der Generale wurde sehr bald auch durch die Regierung gutgeheißen: Im Kriegsministerium wurde ein Befehl über die planmäßige Verringerung der Reservetruppen im Hinterland ausgearbeitet, und während der Befehl noch die verschiedenen Instanzen durchlief, wurden die Reservetruppen unter dem Vorwand, ihre Kampffähigkeit müsse gesteigert werden, näher an die Front herangezogen.

Die sozialrevolutionär-menschewistischen Komitees in der Armee gingen mit der Reaktion Hand in Hand.

«Die Erfahrung zeigt, — so schrieb am 20. August 1917 der Kommandeur des XVIII. Armeekorps an den Befehlshaber der 9. Armee — daß den Reservetruppen in den großen Zentren viel zu viel Soldaten angehören, denen keine genügende proportionale Anzahl von Offizieren gegenübersteht, wobei die Offiziere häufig sehr unerfahren sind. Das alles führt zur Zerstörung der inneren Ordnung und der Disziplin dieser Truppen und zu ihrer ungenügenden Ausbildung, was sich seinerseits schädlich auf die durch sie zu ergänzenden Regimenter auswirkt. Daher schließe ich mich voll und ganz dem vom Divisionsführer bestätigten Beschluß des Divisionskomitees der 37. Infanteriedivision (das aus Sozialrevolutionären und Menschewiki bestand. *Die Red.*) an und ersuche um folgendes:

Da die Praxis gezeigt hat, daß die Heranziehung der Heimattruppen näher an die Front der aktiven Armee zweifellos zu ihrer Gesundheit beiträgt, ist das zur Ergänzung der 37. Infanterie-Division bestimmte 1. Reserveregiment aus Petrograd an einen Punkt hinter der rumänischen Front zu verlegen<sup>2</sup>.»

Andererseits wurden von der Front besonders zuverlässige Kader in die Reserveregimenter entsandt: Georgsritter, Stoßtruppler, reaktionäre Offiziere, Unteroffiziere, bewährte, auserlesene Soldaten. Aus dem Petrograder Militärbezirk wurde an den diensttuenden General im Hauptquartier geschrieben:

«Der Dienst in den Reservetruppen kann nur mit Hilfe gesunder und kräftiger Kader wiederhergestellt werden, ohne sie läuft die Armee Gefahr, daß ihr brauchbare Verstärkungen völlig entzogen werden!.»

Von der Provisorischen Regierung gedeckt, entfalteten die Generale der Konterrevolution eine ungeheure Arbeit. Tausende Soldaten der Reservetruppen wurden aus den Industriezentren an die Front geschickt. Aus den Soldatenkomitees wurden die aktivsten Mitglieder außer Reihe und Termin auf Urlaub geschickt. Offiziere, die mit den Massen zusammengingen, wurden unter allen möglichen Vorwänden aus der Truppe entfernt und an die Front versetzt. Im Reserve-Grenadierregiment beschlossen die Offiziere, den Leutnant Nikonow auszustoßen, weil er für die Soldaten und Offiziere ein «Schädling» sei, doch durch den Protest der Soldaten wurde bekannt, daß Nikonow eine ungeheure Arbeit im Kampf gegen den Kornilow-Putsch geleistet hatte.

In der Presse begann erneut eine breite Kampagne, um die Front gegen das Hinterland auszuspielen. Diesmal übernahmen die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die führende Rolle.

«Wo bleibt denn die Begeisterung der Demokratie? — So fragten die kompromißlerischen ‚Iswestija‘ am 3. Oktober ganz empört. — Die Bauern vergraben das Getreide und lassen es verfaulen, um es nicht der Armee zu liefern, wo häufig nicht einmal die volle Brotration ausgefolgt wird. Die Soldaten in den Heimatgarnisonen haben bessere Kleider und Schuhwerk und werden häufig besser gepflegt als die Soldaten in den Stellungen<sup>2</sup>.»

«In der Heimat ist jetzt nicht alles in Ordnung, — schrieben die ‚Iswestija‘ am 6. Oktober. — Und dadurch wird die Feindschaft gegen die Heimat genährt und verschärft. Diese Feindschaft kann man nicht durch die einfache Widerlegung von Lügen, sondern nur durch die wirkliche Beseitigung dessen aus der Welt schaffen, was an diesen Anklagen wahr ist<sup>3</sup>.»

Das Kadettenblatt «Rjetsch» griff hämisch die sozialrevolutionär-menschewistischen Verleumdungen auf und gab sie schadenfroh in seinen Presseübersichten wieder.

«Die Männer der Reaktion sind keine Schönredner», hatte schon Marx über die Konterrevolution von 1848 gesagt. Die Kadetten wußten sehr gut, mit welcher fieberhaften Energie die Konterrevolution um die Truppen des Hinterlandes kämpfte. Ueberflüssige Geschwätzigkeit konnte die tatkräftige und rasche Arbeit der Konterrevolution nur schädigen. Die kleinbürgerlichen Kompromißler deckten und rechtfertigten eifrig die Vorbereitungen für die Offensive der Konterrevolution.

## 6.

### Die Offensive der Konterrevolution

Wie schon gesagt wurde, überholte die heranreifende Revolution alle Maßnahmen der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer. Die Revolution eroberte die Massen, drang in alle Truppenteile der Front ein, schritt tief in das Innere des Landes, in die rückständigen Bezirke und bahnte sich ihren Weg in das Herz der Konterrevolution selbst, in die Kosakengebiete.

Truppen, die noch gestern der schwarz-roten Fahne der bürgerlichen Sturmbataillone ihre Treue geschworen hatten, weigerten sich heute, die Befehle ihrer Kommandeure auszuführen.

Das Regimentskomitee des Semjonowski-Garderegiments, des gleichen, das sich 1905 durch die blutige Niederschlagung des Moskauer Arbeiteraufstandes ausgezeichnet hatte, versprach prahlerisch: «Das ganze Regiment wird an der Spitze der stürmenden Truppen stehen<sup>1</sup>», aber wenige Tage danach weigerte sich das Semjonowski-Regiment, in Stellung zu gehen.

Die Regimenter des II. Gardekorps äußerten den Wunsch, als Sturmtruppen betrachtet zu werden, später aber weigerten sich ganze Regimenter, Kampfbefehle auszuführen.

Kornilow wollte das polnische Ulanenregiment und das tschechische Regiment als erste gegen die Revolution vorschicken, aber Duchonin machte zu diesem Plan Kornilows die melancholische Bemerkung: «Das Hauptquartier hält sie nicht für völlig zuverlässig<sup>2</sup>.»

Unter den Kosaken von der Front gärte es dumpf, da ihnen die Polizeifunktionen lästig wurden. Wie der Hetman Bogajewski mitteilt, sandten die Frontkämpfer-Kosaken einen Protest gegen den Beschluß des Kosakenrats, bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung ein Bündnis mit den Kadetten zu schließen. Die Vertreter der Frontkämpfer wandten sich scharf gegen den Beschluß des Kubaner Kosakenrats, das Kubangebiet zu einer selbständigen Republik zu machen.

Die Verschärfung der Beziehungen zwischen der Oberschicht und den breiten Massen der Kosaken nahm zuweilen einen gespannten Charakter an. In Omsk beschloß der Sowjet der Kosaken-Deputierten in der Nacht zum 5. Oktober, den Großen und Kleinen Kosakenrat der Sibirischen Kosakentruppen für konterrevolutionär zu erklären; ihre Vorsitzenden wurden verhaftet, vor dem Gebäude des Rats wurden Wachen aufgestellt. «Die Kosaken haben eine unversöhnliche Stellung eingenommen: Kein Kampf gegen die Bolschewiki!» — so kennzeichnete der General Duchonin den Vormarsch der Revolution in den Reihen der Kosaken.

Die Konterrevolution, deren Händen die letzten Kampfkräfte zu entgleiten drohten, fühlte das Herannahen der Katastrophe und suchte schleunigst zur Offensive überzugehen. Das sagte der General Brussilow ganz offen auf der Beratung von «Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens» in Moskau:

«Alles spricht für eine starke Staatsgewalt. Aber eine starke Regierung wird erst dann kommen, wenn die Mehrheit des Volkes und der Truppen die ganze Tiefe des Niedergangs unseres Landes fühlen wird, wenn sie sagen werden: wir haben genug von der Zerrüttung, wir wollen Ordnung, wir wollen unsere Freiheit genießen, aber wir wollen keine Anarchie. Wenn das der Fall sein wird, wird auch die starke Staatsmacht kommen<sup>2</sup>.»

Der Aufruf Brussilows, gegen die Revolution auf die Straße zu ziehen, wurde von dem Beratungs-Delegierten Iljin unterstützt. Er führte aus, es gäbe jetzt nur zwei Parteien, die Partei der Auflösung, mit den Bolschewiki an der Spitze, und die Partei der Ordnung, mit Kornilow an der Spitze, und erklärte dann frech:

«Wir sind die Partei der Ordnung. Wenn die Revolution darin besteht, daß jeder sich nimmt, was er kann, dann sind wir Konterrevolutionäre<sup>3</sup>.»

Kornilow wird erneut zum Ideal der Konterrevolution.

«Den Namen Kornilow — so erklärte der eingefleischte Reaktionsär Struve in der Sitzung des Vorparlaments — betrachten wir als völlig ehrenhaft, und für seinen ehrenhaften Namen werden wir auch unser Leben hingeben<sup>4</sup>.»

Die Erklärung Struves wurde mit stürmischem Beifall von dem gleichen Vorparlament aufgenommen, das nach der Absicht der sozialrevolutionär-menschewistischen Verräter bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung den Willen des Landes verkörpern sollte.

Durch die Fortsetzung des Krieges war die Regierung in ihrem Kampf gegen die Revolution an Händen und Füßen gebunden. Und die Provisorische Regierung folgte den Fußstapfen der zaristischen Minister, die vor der Februarrevolution versucht hatten, einen Separatfrieden mit den Deutschen abzuschließen. Am 11. Oktober stellte der Außenminister Tereschtschenko in einer geschlossenen Sitzung der Regierung eine neue Losung auf: Statt «Krieg bis zum siegreichen Ende» — «Krieg, solange die Kampffähigkeit der Armee reicht<sup>1</sup>». Die neue Losung machte die Teilnahme Rußlands am Krieg zu einer durchaus bedingten: man konnte jeden Augenblick die Armee für kampfunfähig erklären und aus dem Krieg ausscheiden.

Aber man beschränkte sich nicht auf diese Vorbereitung der öffentlichen Meinung. Am 21. Oktober teilte Burzew, der Redakteur des Boulevardblattes «Obschtscheje Djelo» mit, daß am 20. Oktober in der Sitzung der Kommission des Vorparlaments die Frage des Abschlusses eines Separatfriedens mit den Deutschen erörtert worden sei. Auf Anordnung Kerenskis wurde die Zeitung sofort verboten, aber nicht wegen Verleumdung, sondern... wegen Veröffentlichung von Mitteilungen über eine geschlossene Sitzung der Kommission.

Die Regierung wollte in Eile Frieden schließen und zur Offensive gegen die Revolution übergehen. Zu gleicher Zeit versandte der Innenminister, der Menschewik Nikitin, am 9. Oktober eine Verordnung, daß bei den Gouvernementskommissaren der Provisorischen Regierung besondere Komitees aus Vertretern der örtlichen Selbstverwaltungen, der Gerichts- und der Militärbehörden zu schaffen seien. Die Komitees hatten die Aufgabe, die Kräfte am Ort zusammenzufassen, die zur Unterstützung der Provisorischen Regierung bereit waren. Diese Komitees wurden mit der ganzen Fülle der Macht ausgestattet.

Am 11. Oktober erließ der Kriegsminister eine Verordnung über die Einsetzung der Armee zum «Kampf gegen die Anarchie». Den konterrevolutionären Komitees wurden die militärischen Kräfte zur Verfügung gestellt.

Die Menschewiki arbeiteten Hand in Hand mit der Bourgeoisie. Am 15. Oktober brachten sie im Vorparlament einen Entwurf von «Provisorischen Bestimmungen über den Kampf gegen Gewaltakte» ein. Der Entwurf sah in den einzelnen Orten die Bildung von Komitees für die öffentliche Sicherheit vor, die, mit voller Macht ausgestattet, aus Vertretern der verschiedenen Organisationen, sowie der Militär- und Gerichtsbehörden bestehen sollten. Das Vorparlament, dem der Antrag der Menschewiki und der Entwurf

des menschwistischen Ministers Nikitin über die Bildung von Komitees bei den Gouvernementskommissaren zugegangen waren, bestätigte den Entwurf in der Formulierung der Menschewiki: unter dieser Hülle war das konterrevolutionäre Wesen der Komitees nicht so offenkundig. Die Menschewiki schufen mit ihren eigenen Händen jene «Komitees für die öffentliche Sicherheit», die sofort nach der Oktoberrevolution an die Spitze der Konterrevolution traten.

Von der Front wurden in aller Eile Kavallerietruppen in die Heimat entsandt. Auf Anordnung des Kriegsministeriums wurde am 4. Oktober eine Kavallerie-Division von der Rumänischen Front in das Donezbecken verlegt. General Duchonin hat in seinem Telegramm vom 12. Oktober an den General Schtscherbatschew die Aufgabe dieser Division genau umrissen:

«Senden Sie zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Donezgebiet eiligst (das Wort ‚eiligst‘ wurde von Duchonin bei der Unterzeichnung des Telegramms eingefügt. *Die Red.*) eine Kavalleriedivision zur Verfügung des Befehlshabers des Odesaer Militärbezirks an einen von ihm anzugebenden Punkt!»

Die Division wurde abgesandt, obwohl die Front fast völlig entblößt war und obwohl der Befehlshaber der Rumänischen Front General Schtscherbatschew, Einspruch erhob.

Gleichzeitig mit der Verlegung der Truppen an solche bedrohte Stellen wie das Donezbecken, verstärkte die Reaktion die Garnisonen an den größten Knotenpunkten durch zuverlässige Truppenteile. So wurde auf Befehl des Oberbefehlshabers der Südwestfront die Donkosaken-Infanteriebrigade eilig nach Kiew geworfen und die Anordnung über den Abtransport des 17. Donkosaken-Regiments aus dieser Stadt auf Bitte der örtlichen Behörden zurückgezogen.

Auch in wichtigen Zentren wie Brjansk und Smolensk wurden die Kräfte verstärkt. Nach Smolensk wurde eilig das 4. Sibirische Kosakenregiment gesandt.

Auch die Garnison in Mohilew, wo das Hauptquartier lag, wurde eiligst verstärkt. Zu diesem Zweck forderte das Hauptquartier vom Oberbefehlshaber der Südwestfront:

«Senden Sie zu uns das 1. Orenburger Regiment. *Dieses Regiment wird vom Petrograder Kosakenkongreß empfohlen.* 19. Oktober<sup>2</sup>.»

Das war also die Stelle, die über die politische Zuverlässigkeit der Truppen entschied! Das ganze Gebiet im Rücken der Front,

einschließlich der größten Zentren, war von Kavallerie überschwemmt, die einen bestimmten Aktionsplan hatte. Eine Vorstellung von diesem Plan erhält man durch folgendes Dokument von der Südwestfront:

«Zum Schutz des Hinterlandes sind der Nachschubleitung der Südwestfront zur Verfügung gestellt: die 6. und 7. (im Text ist ein Schreibfehler enthalten. Offenbar handelt es sich um die 5. *Die Red.*) Donkosaken-Division und das 1. Regiment der 1. Garde-Kavalleriedivision. Die 6. Kosakendivision steht restlos im Gebiet westlich des Dnjepr, von der 5. Kosakendivision stehen  $1\frac{1}{2}$  Regimenter östlich und  $2\frac{1}{2}$  westlich des Dnjepr,  $1\frac{1}{2}$  in Kiew, und 1 in Winniza; ein Regiment der Garde-Kavalleriedivision steht östlich vom Dnjepr. Das ganze Gebiet im Hinterland ist in Regimentsabschnitte für den Sicherheitsdienst aufgeteilt. Zum Chef sämtlicher Truppen, die für den Schutz des Gebietes westlich vom Dnjepr bestimmt sind, wird der Kommandeur der 6. Kosakendivision, für das Gebiet von Kiew und östlich des Dnjepr der Kommandeur der 5. Kosakendivision ernannt. Die Kommandeure beider Divisionen sind der Nachschubleitung der Südwestfront über den Befehlshaber der Truppen des Kiewer Militärbezirkes unterstellt. Ferner sind dem Chef des Militärverkehrswesens der Südwestfront drei Regimenter der 1. Garde-Kavalleriedivision und sechs besondere Kavallerie-Eskadronen für den Bahnschutz zur Verfügung gestellt. Nr. 265 908/6793. Stogow<sup>1</sup>.»

Gegen den inneren Feind wurde eifriger gerüstet als gegen den äußeren. An der Front trieb man oft rasch zusammengeraffte Truppen ins Feuer, ohne einen ausgearbeiteten Plan zu haben, ohne sich um den Kampfgeist zu kümmern. Hier, im Hinterland, war jeder Punkt des Plans durchdacht. Das Gebiet wurde in Abschnitte aufgeteilt. Jeder Kommandeur erhielt im vorhinein genaue Instruktionen. Die Truppen wurden sorgfältig geprüft und mehrfach gesiebt.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Reaktion Moskau. Als die Vorbereitung der Offensive gegen die Revolution erneut begann, beschloß das Hauptquartier, eine Kavalleriedivision nach Moskau zu senden. Am 2. Oktober telegraphierte Duchonin an den Oberbefehlshaber der Südwestfront:

«Der Höchstkommmandierende hat befohlen, eiligst mit Eisenbahn eine der regulären Kavalleriedivisionen dem Befehlshaber des Moskauer Militärbezirks nach dessen Anweisung zur Verfügung zu stellen. Wir ersuchen Sie zu drahten, welche Kavalleriedivision dafür bestimmt wird<sup>2</sup>.»

Da die Division eintreffen sollte, wurde befohlen, das 7. Kosakenregiment aus Moskau zu entfernen. In Moskau war man aber der Meinung, daß ein Sperling in der Hand besser sei, als eine Taube auf dem Dach. Der Befehlshaber der Truppen des Moskauer Militärbezirks, Oberst Rjabzew, bat dringend, das Regiment in Moskau zu belassen. Das Hauptquartier stimmte zu. Ja, es erteilte darüber hinaus den Befehl, das 4. Sibirische Kosakenregiment nach Kaluga, in die Nähe Moskaus, zu versetzen.

Aber die revolutionären Ereignisse wuchsen mit solcher Schnelligkeit heran, daß sich auch diese Kräfte als unzureichend erwiesen. Moskau fragte tagtäglich an, wann die Division eintreffen werde, und am 20. Oktober ging folgendes Telegramm an das Hauptquartier ab:

«Infolge der Annahme einer Resolution im bolschewistischen Sowjet über die sofortige Besetzung der Betriebe und des daher zu erwartenden Dekrets steht die Frage einer Aktion der Bolschewiki und die Besetzung der staatlichen und öffentlichen Einrichtungen Moskaus für die nächsten Tage auf realer Basis, vielleicht schon für heute. Es liegen Nachrichten vor, daß Moskau das Zentrum der Aktion sein wird. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Moskau habe ich *genügend* Kräfte zur Verfügung... für den Bezirk, wo an vielen Orten gleiche Aktionen zu erwarten sind, wird möglicherweise Ihre Unterstützung, hauptsächlich durch Kavallerie und berittene Artillerie notwendig sein, worüber der Kriegsminister in Kenntnis gesetzt wurde. Der provisorische Stellvertreter des Befehlshabers des Moskauer Militärbezirks, Oberst Krawtschuk<sup>1</sup>.»

Somit wußten die Moskauer Konterrevolutionäre offensichtlich von dem Briefe Lenins, in dem er von der Möglichkeit gesprochen hatte, den Aufstand in Moskau zu beginnen. Die Reaktion traf ihre Maßnahmen, ohne auf den Aufstand zu warten. Das alles wirft auch ein gewisses Licht auf die weiteren Ereignisse in Moskau, wo sich der Aufstand einige Tage hinzog: die Konterrevolution vermochte dort bedeutende Kräfte zu sammeln.

Duchonin versah das vom Obersten Krawtschuk unterzeichnete Telegramm mit der Randbemerkung:

«Es ist notwendig, wenn nicht eine Division, so wenigstens eine Brigade mit berittener Artillerie zur Abfahrt bereitzuhalten. Duchonin<sup>2</sup>.»

Am gleichen Tage, dem 20. Oktober, teilte das Hauptquartier nach Moskau mit:



«Es wurde Befehl erteilt, eine Brigade Kavallerie mit einer Batterie für den Abtransport von der Südwestfront zu Ihrer Verfügung bereitzustellen, sobald wir Ihrerseits eine Mitteilung über diese Notwendigkeit erhalten<sup>1</sup>.»

Im Lichte dieser Tatsache zeigt sich auch die ganze Haltlosigkeit und kindische Naivität der bekannten «Theorie» Trotzki's, wonach die Weigerung, den Abtransport der Truppen aus Petrograd zuzulassen, bereits im voraus den Ausgang des Oktoberaufstandes entschieden habe.

«Der Ausgang des Aufstandes vom 25. Oktober — schrieb Trotzki in seinen ‚Lehren des Oktober‘ — war schon zu drei Vierteln, wenn nicht mehr, in dem Augenblick im voraus entschieden, als wir uns dem Abtransport der Petrograder Garnison widersetzen, das Revolutionäre Kriegskomitee bildeten (16. Oktober), in allen Truppenteilen und Institutionen unsere Kommissare einsetzten und dadurch nicht nur den Stab des Petrograder Militärbezirks, sondern auch die Regierung vollständig isolierten. Im Grunde genommen lag hier ein bewaffneter Aufstand vor... Der Aufstand vom 25. Oktober hatte nur ergänzenden Charakter<sup>2</sup>.»

Im Lichte der angeführten Dokumente zeigt sich der ganze verätherische Charakter dieser Legende, und die verleumderische Legende selbst schmilzt dahin, wie der Schnee in der Sonne. Die Weigerung, die Regimenter aus Petrograd abziehen zu lassen, war nur eine Herausforderung, die die Revolution der Konterrevolution entgegenschleuderte. Gerade nach dieser Herausforderung machte sich die Konterrevolution fieberhaft ans Werk, um dem heranwachsenden Aufstand zuvorzukommen. Wenn die bolschewistische Partei auch nur eine Minute lang geglaubt hätte, die Weigerung, die Garnison abziehen zu lassen, sei «im Grunde genommen der bewaffnete Aufstand gewesen», und der Sieg sei durch diese Ablehnung schon gesichert, dann wäre sie der Konterrevolution auf den Leim gegangen: der «legale», «friedliche Aufstand» Trotzki's hätte dazu geführt, daß die Konterrevolution alle ihr Kräfte zusammengezogen und die «friedlichen» Sieger erdrückt hätte.

Der Gang der Ereignisse hat dies vollständig bestätigt.

Die Konterrevolution beendigte ihre Vorbereitungen: an den einzelnen Orten wurden Stäbe geschaffen, um die Niederschlagung der Revolution zu leiten — die berüchtigten «Komitees der öffentlichen Sicherheit»; diese Stäbe wurden mit der ganzen Fülle der Macht ausgestattet; von der Front wurden zuverlässige Truppen-

teile herangezogen; im Hinterland wurden die schon seit langem bereitgestellten Abteilungen in Kriegszustand versetzt; in die wichtigsten Knotenpunkte und Industriezentren wurden bedeutende Verstärkungen entsandt und in Petrograd selbst wurden alle Maßnahmen zur Niederwerfung des bewaffneten Aufstandes getroffen.

Schon am 14. Oktober, zwei Tage nachdem das Plenum des Petrograder Sowjets die Bildung des Revolutionären Militärkomitees bestätigt und es beauftragt hatte, sofort an die Arbeit zu gehen, fand bei Kerenski eine Beratung der Mitglieder der Provisorischen Regierung statt. Der Stabschef des Petrograder Militärbezirks, General Bagratuni, berichtete dort über die Kampfmaßnahmen gegen eine mögliche Erhebung. Die Provisorische Regierung betrachtete den heranreifenden Aufstand nicht als «friedlich», sondern stimmte allen diesen Maßnahmen zu und ordnete an, daß die Verteidigung der Stadt dem Militärkomitee beim Zentralexekutivkomitee der Sowjets zu übertragen sei. Am nächsten Tag verbot der Befehlshaber des Militärbezirks, Polkownikow, alle Meetings, Versammlungen und Demonstrationszüge, gleichgültig, wer sie zu veranstalten beabsichtigte. Sein Befehl schloß mit den Worten:

«Ich weise zur Warnung darauf hin, daß ich zur Unterdrückung jeglicher Versuche, die Ordnung in Petrograd zu stören, die äußersten Maßnahmen ergreifen werde<sup>1</sup>.»

Am 16. Oktober erstattete Polkownikow in einer geschlossenen Sitzung der Provisorischen Regierung erneut Bericht über die Vorbereitung des Gegenstoßes. Polkownikow teilte mit, daß die Offizierschulen aus der Umgebung Petrograds in die Hauptstadt berufen worden seien und ein Teil der Panzerwagenabteilung beim Winterpalast untergebracht sei. Die Regierung stimmte diesen Maßnahmen zu und bezeichnete es als notwendig, die Miliz der Kompetenz der einzelnen Stadtbezirksdumas zu entziehen und sie unmittelbar der Zentralmacht zu unterstellen. Die bewaffneten Kräfte der Hauptstadt wurden in einer Hand konzentriert.

Am nächsten Tag trat die Provisorische Regierung erneut zusammen, Kerenski, der Kriegsminister Werchowski und der Innenminister Nikitin, die soeben von der Front zurückgekehrt waren, ergriffen das Wort zu Mitteilungen. Alle erforderlichen Maßnahmen sind bereits getroffen, so erklärte Kerenski: Der Winter- und der Marienpalast, die Sitze der Regierung und des Vorparlaments, stehen unter verstärktem Schutz; aus Oranienbaum bei Petrograd wurden zwei Fähnrichschulen herangezogen, um die Post und das Telegraphen- und Telephonamt zu schützen; von der rumänischen Front

wurden ein Panzerzug und eine Reihe anderer Truppenteile nach Petrograd beordert; die Miliz wurde verstärkt. Kurz, nach den Versicherungen Kerenskis standen durchaus zureichende militärische Kräfte zur Verfügung.

Wie die Vorbereitungen in Petrograd selbst vor sich gingen, kann man an Hand folgender Tatsachen beurteilen.

Am 3. Oktober wurden die unzuverlässigen Kompagnien der 1. Garde-Reservebrigade, die zur Garnison der Peter-Pauls-Festung gehörten, durch vier Kompagnien des Radfahrer-Bataillons abgelöst. Am 10. Oktober traf in Petrograd die 1. Oranienbaumer Fähnrichschule zum Schutz des Winterpalastes ein. Am 16. Oktober folgte ihr dorthin die 2. Oranienbaumer Fähnrichschule. Am 17. Oktober wurde ein Befehl erlassen, durch den dem Befehlshaber des Petrograder Militärbezirks 16 Panzerwagen des «Fiat»-Typs und ein Panzerwagen der Marke «Harford» zur Verfügung gestellt wurden, die zum Schutz des Winterpalastes und der Regierungsgebäude dienen sollten.

Der entscheidende Augenblick rückte heran: Revolution und Konterrevolution standen in Kampfstellung, traten einander Auge in Auge gegenüber.

Den ersten Schlag führte die Konterrevolution. In der Meinung, die Bolschewiki würden am 20. Oktober, an dem ursprünglich der ordentliche — zweite — Sowjetkongreß eröffnet werden sollte, den Aufstand beginnen, erließ die Provisorische Regierung tags zuvor, am 19. Oktober, einen erneuten Haftbefehl gegen Lenin. Der Staatsanwalt richtete an alle Behörden das Ersuchen, Lenin ausfindig zu machen, zu verhaften und ihn P. A. Alexandrow, Untersuchungsrichter für besonders wichtige Angelegenheiten, einzuliefern.

Am gleichen Tage forderte in Kaluga der dort mit Kosakentruppen eingetroffene Regierungskommissar Galin ultimativ vom Kalugaer Sowjet die Auflösung der Soldatensektion und die Entwaffnung der Garnison. Eine Strafabteilung umzingelte den «Freiheitspalast», wo alle Sektionen des Sowjets tagten, beschoß das Gebäude, zerstörte die Räumlichkeiten des Sowjets und verhaftete die bolschewistischen Deputierten. Die Kosaken, die den Sowjet zerstörten, erklärten, sie hätten die Aufgabe, noch weitere zwölf Sowjets, die auf bolschewistischem Standpunkt standen, darunter auch den Moskauer Sowjet, auseinanderzujagen.

In Kasan befahl der Befehlshaber der Truppen, eine Artillerieabteilung, die unter Führung der Bolschewiki stand, zu entwaffnen.

In Taschkent ließ der General Korownitschenko die Kasernen der revolutionär gestimmten Truppenteile durch Kosaken und

Offizierschüler mit Unterstützung von zwei Panzerautos umzingeln.

In Petrograd wurden verstärkte Abteilungen von Offizierschülern und Kosaken auf die Straßen geführt, in der ganzen Stadt wurden versteckte Reserven untergebracht, die jeden Augenblick zum Loschlagen bereitstanden. Die ganze Miliz war in Kriegszustand versetzt, die Hälfte ihres Bestandes tat ununterbrochen im Kommissariat Dienst. Verstärkte Kosakenpatrouillen jagten durch die Stadt.

An die Truppen der Petrograder Garnison wurde ein Geheimbefehl gerichtet:

«In Anbetracht dessen, daß die wichtigsten Objekte, die erobert werden sollen, der Winterpalast, das Smolny-Institut, der Marienpalast, der Taurische Palast, der Stab des Militärbezirks, die Staatsbank, die Druckerei für Staatspapiere, das Post- und Telegraphenamnt und das Haupttelephonamt sind, müssen alle Anstrengungen darauf gerichtet sein, diese Institutionen in unseren Händen zu behalten. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, einerseits die Linie Newafluß und andererseits die Linie Obwodny-Kanal und Fontanka zu besetzen, um den Aufrührern jeden Zugang zum Stadttinnern zu versperren...!»

Im weiteren wurden ausführliche Anweisungen erteilt, wie die Regimenter im Falle einer bewaffneten Aktion der Arbeiter vorgehen sollten.

Dieser Befehl wurde von einem Kommissar des Finnischen Reserveregiments abgefangen und dem Revolutionären Militärkomitee zugestellt.

Am 20. kam es bekanntlich nicht zum Aufstand und auch der Kongreß selbst trat nicht zusammen: im letzten Moment beschloßen die lavierenden sozialrevolutionär-menschewistischen Verräter, den Kongreß noch um fünf Tage zu verschieben, in der Hoffnung, in dieser Zeit die Zahl ihrer Anhänger auf dem Kongreß zu erhöhen. Eine nicht geringe Rolle spielte dabei auch die Absicht, im letzten Augenblick den Bolschewiki einen Strich durch die Rechnung zu machen. Die kleinbürgerlichen Politikaster glaubten ebenfalls, der Aufstand sei zum Kongreß angesetzt: durch die Verschiebung des Kongresses hofften sie auch, den Aufstand hinauszuzögern.

Aber die Konterrevolution, die einmal mit der Offensive begonnen hatte, führte ihren Plan weiter durch.

Am 20. Oktober wurde die 2. Peterhofer Fähnrichschule zum Schutz des Winterpalastes angefordert; sie traf ein und löste die 1. Oranienbaumer Schule ab. Am 21. Oktober traf die 1. Peterhofer Fähnrichschule in der Hauptstadt ein und besetzte den Anitschkow-Palast.

Am 23. Oktober wurde dem Stab des Petrograder Militärbezirks der Befehl erteilt, das Stürmbataillon aus Zarskoje Selo, die Garde-Artillerie aus Pawlowsk und eine Reihe von Truppenteilen von der Nordfront nach Petrograd zu überführen. Am 24. Oktober traf eine Kompanie des 1. Petrograder Frauenbataillons ein, die der Garnison des Winterpalastes zugeteilt wurde. Am 25. Oktober sollten die 3. Peterhofer Fähnrichschule und die Fähnrichschule der Nordfront in Petrograd eintreffen, und zwar mit 100 Patronen pro Mann.

Man sieht, daß die Provisorische Regierung der Armee nicht vertraute: den Kern der in die Hauptstadt kommandierten Truppen bildeten die Militärschulen — die «bürgerliche Garde», nach dem Ausdruck Lenins. Der Klasseninstinkt täuschte die Regierung nicht: sogar einige dieser auserlesenen Truppenteile, wie z. B. das Colt-Maschinengewehr-Bataillon, das Radfahrer-Bataillon und andere, leisteten der Provisorischen Regierung nicht nur keine bewaffnete Hilfe, sondern schlossen sich den aufständischen Petrograder Arbeitern an.

Schließlich bewaffnete die Regierung diejenigen Bevölkerungsschichten, auf die sie sich zu stützen gedachte.

Am 18. Oktober erteilte der Stabschef des Petrograder Militärbezirks den Befehl, «dem Kommandeur der Studenten-Motorradfahrerabteilung, Drankin, 20 Revolver und 400 Patronen<sup>1</sup>» auszufolgen. Am 20. Oktober kam der Befehl heraus, dem Komitee der Bankangestellten 100 Revolver und Gewehre sowie 3000 Patronen auszufolgen. Am 24. Oktober wird angeordnet, daß der von W. Orlowitsch organisierten «Abteilung aus der Gefangenschaft geflüchteter, verwundeter und kriegsbeschädigter Soldaten» Waffen zu geben seien<sup>2</sup>. Am 24. Oktober wird eine weitere derartige Abteilung unter dem Fähnrich Frolow formiert und bewaffnet. Am 24. Oktober wird dem Vorsitzenden des Petrograder Gebietskomitees zur Organisation der Freiwilligenarmee, dem Matrosen Tschaikin, ein Maschinengewehr ausgefolgt.

Das Hauptaugenmerk wurde auf den Schutz des Winterpalastes, des Sitzes der Provisorischen Regierung, gerichtet. In der Periode vom 10. bis zum 23. Oktober wurden Truppen für eine gemischte Abteilung ausgewählt, die die Garnison des Palastes bildete. Die Auswahl wurde mit großer Sorgfalt getroffen. Den Kern der Abteilung bildeten die Militärschulen mit ihrem auserlesenen Personalbestand. In den Fällen, wo Soldaten hinzugezogen wurden, geschah dies stets mit dem Vorbehalt, daß nur «zuverlässige Leute» entsandt werden dürfen. So erhielt zum Beispiel am 17. Oktober der Kommandeur des Maschinengewehr-Bataillons den Befehl, «zuver-

lässige» Maschinengewehrschützen für die Bedienung von zwei im Palast untergebrachten Maschinengewehren System «Colt» und zwei Maschinengewehren System «Maxim» zu entsenden. Aehnlich lauteten auch die übrigen Anweisungen.

Die Zusammensetzung und Bewaffnung der zum Schutze des Winterpalastes eingesetzten Streitkräfte war am 21. Oktober folgende<sup>1</sup>:

Benennung des Truppenteils	Offiziere	Offizierschüler	Soldaten	Geschütze	Panzerwagen	Maschinen- gewehre.
2. Peterhofer Fähnrichschule	10	300	6	—	—	—
2. Oranienbawmer Fähnrichschule	22	330	—	—	—	9
Michail-Artillerieschule	2	66	—	6	—	—
Panzerwagenabteilung	2	—	15	—	5	10
4. Kompagnie des 1. Rad- fahrerbataillons	1	—	54	—	—	—
Insgesamt:	37	696	75	6	5	19

In den nächsten Tagen wurde die gemischte Abteilung durch Stoßtruppler aus Zarskoje Selo, eine Kompagnie des 1. Petrograder Frauenbataillons, die Offizierschüler der Fähnrichschule der Nordfront, drei Hundertschaften Kosaken, die Offizierschüler der Ingenieur-Schule und einige andere Einheiten verstärkt; sie zählten insgesamt etwa 1600 Mann.

Vom 16. bis 24. Oktober besetzten die Abteilungen der Offizierschüler nach und nach die Regierungsgebäude und die taktisch wichtigsten Punkte der Stadt.

Am 16. Oktober wurden «bis auf weiteres» Radfahr-Beobachtungsposten in der Millionnajastraße, auf der Polizeibrücke und beim Alexandergarten, gegenüber der Gorochowaja-Straße und dem Wosnessenski-Prospekt aufgestellt.

Am 17. Oktober wurden die Wachtposten im Kresty-Gefängnis, an der zweiten Stadt-Eisenbahnstation und an anderen Stellen durch Offizierschüler verstärkt. Am gleichen Tag wurden vor den Gebäuden der Druckerei für Staatspapiere, der Staatsbank, des Hauptpostamtes, des Eisenbahn-Haupttelegraphenamtes und des Nikolaus-Bahnhofs Panzerwagen in Stellung gebracht. Sämtliche Panzerwagen hatten den Befehl, je 12 Maschinengewehrgrute mit Patronen bereitzuhalten.

Am 20. Oktober traf am Nikolaus-Bahnhof die Ausbildungsabteilung des Ismailowski-Reserveregimentes ein. Am 24. Oktober besetzten Wachtposten von Offizierschülern das Städtische Telegraphenamnt, das Telephonamt, sämtliche Bahnhöfe, die Hauptverwaltung der

Eisenbahnen (Fontanko 117), die Regierungsbehörden. Am gleichen Tag wurden Posten von Offizierschülern an den großen Straßenkreuzungen in der Stadt aufgestellt und sie begannen, Automobile, die keine ordnungsgemäßen Ausweise hatten, anzuhalten und zum Winterpalast zu schicken.

Am 24. Oktober besetzten Abteilungen von Offizierschülern die Newabrücken.

Am gleichen 24. Oktober wurde in Petrograd das Eintreffen von Front-Truppen erwartet.

«Auf meinen Befehl — schrieb später Kerenski — sollten von der Front eiligst Truppen nach Petersburg gesandt werden, und die ersten Abteilungen von der Nordfront sollten am 24. Oktober in der Hauptstadt eintreffen<sup>1</sup>.»

Für den gleichen Tag, den 24. Oktober, das heißt *am Tage vor der Eröffnung des Sowjetkongresses*, war der letzte, entscheidende Schlag beabsichtigt. *Das Smolny-Institut sollte angegriffen und besetzt werden.*

«Sofort, nachdem die Sitzung der Regierung zu Ende war — so erzählt Kerenski über die Sitzung im Winterpalast am 23. Oktober, um 23 Uhr abends — erschien bei mir der Befehlshaber des Militärbezirks mit seinem Stabschef. Sie schlugen mir vor, mit allen der Provisorischen Regierung treu gebliebenen Streitkräften, darunter auch den Kosaken, eine Expedition zur Erstürmung des Smolny-Institutes, des Hauptquartiers der Bolschewiki, zu organisieren. Dieser Plan fand sofort meine Zustimmung, und ich drängte auf seine unverzügliche Verwirklichung<sup>2</sup>.»





**Register**  
zum ersten Band

## Anweisung für den Gebrauch der Register

Die in den Spalten des bibliographischen Verzeichnisses vor dem Text stehenden Ziffern bezeichnen die Seiten des Bandes, auf die sich die betreffende Stelle bezieht. Die hochstehenden Ziffern bezeichnen die Reihenfolge der Quellennachweise auf den betreffenden Seiten.

Im bibliographischen Verzeichnis werden die folgenden Kürzungen gebraucht: ZAOR für Zentralarchiv der Oktoberrevolution, ZMGA für Zentrales Militärgeschichtliches Archiv.

Zitate aus den Werken Lenins sind nach der deutschen Ausgabe der Sämtlichen Werke angeführt. Die Uebersetzung dieser Stellen wurde von neuem durchgesehen und nötigenfalls präzisiert. Zitate aus Schriften Lenins, die in der genannten Ausgabe nicht erschienen sind, werden nach der russischen Quelle angeführt.

Alle Daten im Text wie auch in dem Abschnitt «Daten der wichtigsten Ereignisse» sind nach dem alten Stil angegeben. (Der alte Stil der Zeitrechnung, der in Rußland bis zur Oktoberrevolution angewendet wurde, war 13 Tage gegenüber dem westeuropäischen Kalender zurück.)

# Bibliographisches Register

## Erstes Kapitel

### Der Vorabend der bürgerlich-demokratischen Revolution

- 10<sup>1</sup> *Lukirski, S.* Autoritative Betrachtungen in der ausländischen Militärliteratur über den Einfluß der Kriegshandlungen der russischen Armee auf den Gang der Ereignisse im Weltkrieg 1914—1918. In: «Wer schuldet?», Moskau, Aviaverlag, 1926. Seite 102.
- 10<sup>2</sup> *Paléologue, Maurice.* La Russie des Tsars pendant la Grande Guerre. (Das Rußland des Zaren während des großen Krieges.) 22. édition. Paris, Librairie Plon, V. I, page 77.
- 11<sup>1</sup> Ebenda. Seite 103.
- 11<sup>2</sup> Ebenda. Seite 104.
- 11<sup>3</sup> *Miljukow, P.* Meine Stellung zum letzten Krieg. «Poslednije Nowosti», Nr. 1309, 1. August 1924, Paris.
- 11<sup>4</sup> *Memoiren* von Durnowo. «Krasnaja Nowj», 1922, Nr. 6, Seite 196.
- 12<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. Sämtliche Werke, Band VIII, Seite 78.
- 13<sup>1</sup> *Sawitzki, W.* Die Dardanellen und ihre Bedeutung für den Handel. «Promyschlenost i Torgowlja», 1912. Nr. 24, Seite 531.
- 13<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Ueber den Separatfrieden. Sämtliche Werke, Band XIX, Seite 352—353.
- 14<sup>1</sup> *Reichsduma.* Vierte Legislaturperiode, vierte Tagung. Stenographischer Bericht. Petrograd 1915, Spalte 92.
- 14<sup>2</sup> *Pokrowski, N.* Die Kriegsgewinne der Hauptzweige der Textilindustrie. «Westnik Finansow Promyschlenost i Torgowlja», 1917, No. 21, Seite 292.
- 15<sup>1</sup> *Archiv der Revolution und der Außenpolitik.* Faszikel des Polizeidepartements. Besonderes Register. Nr. 343, Band I, 1915, Blatt 235.
- 15<sup>2</sup> *Resolution* der Außerordentlichen Sitzung der Moskauer Stadtduma. «Utro Rossiji», Nr. 228, 19. August 1915.
- 15<sup>3</sup> *Das Kabinett der Landesverteidigung.* «Utro Rossiji», Nr. 222, 13. August 1905.
- 17<sup>1</sup> *Gogol, N. W.* «Die toten Seelen». Potsdam, Verlag G. Kiepenheuer, 1922, Seite 74.
- 18<sup>1</sup> *Briefwechsel von Nikolaus und Alexandra Romanow*, Band III, Moskau, Staatsverlag, 1923, Seite 295.
- 18<sup>2</sup> Ebenda, Seite 334.
- 18<sup>3</sup> *Semennikow, W. P.* Die Monarchie vor dem Zusammenbruch. 1914—1917. Die Papiere von Nikolaus II. und andere Dokumente, Moskau, Staatsverlag, 1927, Seite 95—96.
- 18<sup>4</sup> *Lenin, W. I.* Die Wahlergebnisse. Sämtliche Werke, Band XVI, Seite 262, russisch.

- 19<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Der Sieg der Kadetten und die Aufgabe der Arbeiterpartei, Sämtliche Werke, Band IX, Seite 93, russisch.
- 19<sup>2</sup> *Die konstitutionell-demokratische Partei* (Partei der «Volksfreiheit») Beschlüsse des 2. Parteitags vom 5.—11. Januar 1906 und das Parteiprogramm, Petersburg 1906, Seite 7.
- 20<sup>1</sup> *Chruschtschow, A. A. I.* Schingarjow. Sein Leben und seine Tätigkeit. Moskau 1918, Seite 71.
- 20<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Versuch zur Klassifizierung der russischen politischen Parteien. Sämtl. Werke, Band X, Seite 132.
- 20<sup>3</sup> *Bramson, L. M.* Zur Geschichte der Arbeitspartei. Die Trudowikigruppe der I. Reichsduma, Petrograd 1917, Seite 14.
- 22<sup>1</sup> *Programm der Partei der Sozialrevolutionäre*, Moskau 1917, Seite 11.
- 25<sup>1</sup> *Der Sturz des zaristischen Regimes.* Stenographischer Bericht über die Vernehmungen und Aussagen vor der Außerordentlichen Untersuchungskommission der Provisorischen Regierung im Jahre 1917, Band VI, Leningrad 1926, Seite 286.
- 25<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Sozialismus und Krieg, Sämtliche Werke, Band XVIII, Seite 274.
- 26<sup>1</sup> «*Sozialdemokrat*» Nr. 34, 5. Dezember 1914. Genf. (Chronik St. Petersburg).
- 27<sup>1</sup> *Der progressive Block* in den Jahren 1915—1917. «*Krasnij Archiv*» 1932, Band I-II, Seite 133 und 134.
- 28<sup>1</sup> *Briefwechsel* von Nikolaus und Alexandra Romanow, Band III, Moskau, Staatsverlag 1923, Seite 276.
- 28<sup>2</sup> Ebenda, Seite 244.
- 29<sup>1</sup> Ebenda, Seite 224.
- 29<sup>2</sup> *Witte, S. J.* Erinnerungen, Band II, Moskau, Staatsverlag 1923, Seite 33.
- 29<sup>3</sup> *Briefwechsel* von Nikolaus und Alexandra Romanow, Band III, Moskau, Staatsverlag 1923, Seite 103.
- 29<sup>4</sup> Ebenda, Seite 225.
- 30<sup>1</sup> Ebenda, Seite 355.
- 30<sup>2</sup> *Reichsduma*, Vierte Legislaturperiode, vierte Tagung. Stenographischer Bericht, Petrograd 1915, Spalte 1207—1208.
- 32<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Der Fall Port Arthurs, Sämtliche Werke, Band VII, Seite 62.
- 32<sup>2</sup> *Manikowski, A. A.* Die Kriegsmaterial-Versorgung der russischen Armee im Weltkrieg. Band II, Moskau, Staatsverlag 1930, Seite 9.
- 32<sup>3</sup> *Sitzung im Winterpalast.* Feierliche Eröffnung der Sonderberatungen für Verpflegung der Armee. «*Russkoje Slowo*» Nr. 194, 23. August 1915.
- 33<sup>1</sup> *Poliwanow, A. A.* Aus seinem Tagebuch und seinen Erinnerungen als Kriegsminister und Stellvertretender Kriegsminister. Band I, Moskau 1924. Seite 154 bis 155.
- 33<sup>2</sup> Ebenda, Seite 155.
- 33<sup>3</sup> *Manikowski, A. A.* Die Kriegsmaterial-Versorgung der russischen Armee im Weltkrieg, Band II, 2. Auflage, Moskau, Staatsverlag 1930, Seite 36.
- 33<sup>4</sup> Ebenda, Seite 32.
- 34<sup>1</sup> *Der Sturz des zaristischen Regimes.* Stenographische Berichte über die Vernehmungen und Aussagen vor der Außerordentlichen Untersuchungskommission der Provisorischen Regierung im Jahre 1917, Band I, Leningrad, Staatsverlag 1924, Seite 271.

- 35<sup>1</sup> *Arbeiten der Beratung zu den ökonomischen Fragen, verbunden mit der Teuerung und der Versorgung der Armee.* Moskau 1915, Seite 261.
- 36<sup>1</sup> *Leningrader Filiale des «Zentrarchiv»* (Archiv Zentrale), 2. Abteilung der ökonomischen Sektion des staatlichen Archivfonds der Sowjetunion, Blatt 3.
- 37<sup>1</sup> *Manikowski, A. A.* Die Kriegsmaterialversorgung der russischen Armee im Weltkrieg, Band II, 2. Auflage, Moskau, Staatsverlag 1930, S. 343—344.
- 40<sup>1</sup> *Skizzen zur Geschichte der Oktoberrevolution*, Band I, Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 61.
- 42<sup>1</sup> *Rodsjancko, M. W.* Der Zusammenbruch des Reichs. «Archiv der russischen Revolution», Bd. XVII, Berlin 1926, Seite 100.
- 42<sup>2</sup> *Semennikow, W. P.* «Die Monarchie vor dem Zusammenbruch». Schriftstücke Nikolaus II. und andere Dokumente. Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 282.
- 43<sup>1</sup> *Zentraler militär-historischer Archivfonds.* Stab des Oberbefehlshabers der Armee der Südwestfront. Akte Nr. 25—945, Blatt 107.
- 43<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 231.
- 43<sup>3</sup> Ebenda, Blatt 245.
- 44<sup>1</sup> Ebenda, Blatt 5.
- 44<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 27.
- 45<sup>1</sup> *Woitolowski, L.* In den Spuren des Krieges. Aufzeichnungen aus dem Felde 1914—1917, Bd. I—II, Leningrad, Staatsverlag 1925, Seite 251.
- 46<sup>1</sup> *Zentraler militär-historischer Archivfonds.* Stab des Oberbefehlshabers der Südwestfront. Akte Nr. 25—945, Blatt 152.
- 48<sup>1</sup> *Demonstration der Soldaten und Arbeiter.* «Sozial-Demokrat» Nr. 53, 13. April 1916, Genf.
- 49<sup>1</sup> *Archiv der Revolution und der Außenpolitik.* Akte des Polizeidepartements. Besonderes Register A 5, 1915, Blatt 193.
- 49<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Der Krieg und die russische Sozialdemokratie. Sämtliche Werke, Band XVIII, Seite 84.
- 49<sup>3</sup> *Lenin, W. I.* Ueber die Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Kriege. Sämtliche Werke, Band XVIII, Seite 222.
- 49<sup>4</sup> Ebenda, Seite 225.
- 50<sup>1</sup> *Plechanow, G. W.* Die Sozialisten und die Abstimmung über die Kriegskredite. «Prisyw», Paris 1916, Nr. 17, Seite 8.
- 51<sup>1</sup> *Die Berner Konferenz 1915.* Beilage 2. Die Resolutionen der Gruppen von *Beau-Git*. «Proletarskaja Revoluzija», 1925, Nr. 5 (40), Seite 172.
- 52<sup>1</sup> *Karnauchow, P. A.* Erinnerungen an den Militärdienst in der alten und in der Roten Armee. Manuskriptfonds der «Geschichte des Bürgerkrieges», Nr. 452.
- 55<sup>1</sup> *Sammlung der Gesetze.* Rundschreiben und Informationsmaterial über die Volksbildung in der Uebergangsperiode, Moskau 1906, Seite 155.
- 57<sup>1</sup> *Diamanstein, S.* Vergangenheit und Gegenwart. Leben der Völker der UdSSR, Verlag «Moskowskij Rabotschij», 1924, Seite 20—21.
- 59<sup>1</sup> *Nationaler Verband.* «Nowoje Wremja» Nr. 11 576, 5. Juni 1908.
- 60<sup>1</sup> *Tscharnolusski, W. I.* Die Parteien, Verbände und Ligen in Rußland. Programmsammlung. Petersburg 1906, Seite 119.

- 60<sup>2</sup> *Satzungen des Allrussischen Nationalverbandes*. «Nowoje Wremja» Nr. 11 577, 6. Juni 1908.
- 60<sup>3</sup> *Lenin, W. I.* Kadetten und Nationalisten. Sämtliche Werke, Band XVI, Seite 176, russ.
- 61<sup>1</sup> *Stalin, J. W.* Marxismus und nationale Frage. In dem Buch: Marxismus und die nationale und koloniale Frage. Sammelbuch ausgewählter Aufsätze und Reden. Moskau, Partisdat 1934, Seite 25—26, russ.
- 62<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Resolutionen der Sommerberatung 1913 des ZK der SDAPR mit den Parteifunktionären. Sämtl. Werke, Band XVII, Seite 13—14.
- 63<sup>1</sup> *Die Revolution und die nationale Frage*. Dokumente und Materialien zur Geschichte der nationalen Frage in Rußland und in der UdSSR im 20. Jahrhundert. Band III, 1917, Moskau, Verlag der Kommunistischen Akademie, 1930, Seite 22.
- 65<sup>1</sup> *Briefwechsel* von Nikolai und Alexandra Romanow, Band V, Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 160.
- 65<sup>2</sup> *Briefwechsel* von Nikolai und Alexandra Romanow, Band III, Moskau, Staatsverlag 1923, Seite 283.
- 66<sup>1</sup> *Briefwechsel* von Nikolai und Alexandra Romanow, Band V, Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 175.
- 66<sup>2</sup> *Briefwechsel* von Nikolai und Alexandra Romanow, Band IV, Moskau, Staatsverlag 1926, S. 29.
- 67<sup>1</sup> *Sturz des Zarenregimes*. Stenographischer Bericht über die Verhöre und Aussagen in der Außerordentlichen Untersuchungskommission der Provisorischen Regierung im Jahre 1917. Band III, Leningrad, Staatsverlag 1925, Seite 85.
- 67<sup>2</sup> *Archiv der Revolution und der Außenpolitik*. Akten des Polizeidepartements, besonderes Register Nr. 167, Teil 56, Blatt 80.
- 67<sup>3</sup> *Archiv der Revolution und der Außenpolitik*. Akten des Polizeidepartements, besonderes Register Nr. 167, Teil 46, Blatt 71.
- 68<sup>1</sup> *Flugblatt der SDAPR (B)*. Das Petersburger Komitee an die Proletarier Petersburgs. 1916.
- 69<sup>1</sup> *Archiv der Revolution und der Außenpolitik*. Akten der Geheimpolizei (Ochra) Nr. 27, 1916, Blatt 73.
- 70<sup>1</sup> *Reichsduma*. Vierte Legislaturperiode, 5. Tagung. Stenographischer Bericht, Petrograd 1916, Spalte 68.
- 70<sup>2</sup> Ebenda, Spalte 134.
- 70<sup>3</sup> Ebenda, Spalte 38.
- 70<sup>4</sup> Ebenda, Spalte 38.
- 71<sup>1</sup> Ebenda, Spalte 12—13.
- 71<sup>2</sup> Ebenda, Spalte 69.
- 71<sup>3</sup> Ebenda, Spalte 286.
- 71<sup>4</sup> *Reichsrat*. Sitzung vom 22. November. «Russkoje Slowo» Nr. 270 vom 23. November, Nr. 274 vom 27. November 1916.
- 71<sup>5</sup> *Kongreß des vereinigten Adels*. «Russkoje Slowo» Nr. 275 vom 29. November 1916.
- 73<sup>1</sup> *Semennikow, W. P.* Die Monarchie vor dem Zusammenbruch. Schriftstücke Nikolaus II. und andere Dokumente, Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 9.
- 73<sup>2</sup> *Maurice Paléologue*. La Russie des Tsars pendant la Grande Guerre. (Das Rußland des Zaren während des großen Krieges.) 21. ed. Paris, Librairie Plon, s. a. V. II, page 264.
- 74<sup>1</sup> *Buchanan, Sir George*. My mission to Russia and other diplomatic memoirs. (Meine Mission in Rußland und andere diplo-

- matische Erinnerungen), London, Cassel & Co., 1923, V. II, page 18—19.
- 74<sup>2</sup> *Paléologue, Maurice*. La Russie des Tsars pendant la Grande Guerre. (Das Rußland des Zaren während des großen Krieges.) 20. ed., Paris, Librairie Plon, s. a. V. III, page 159.
- 75<sup>1</sup> *Reichsduma*, Vierte Legislaturperiode, 5. Tagung. Stenographischer Bericht, Petrograd 1916, Spalte 258.
- 75<sup>2</sup> *Briefwechsel* von Nikolai und Alexandra Romanow, Band V, Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 192.
- 76<sup>1</sup> *Briefwechsel* von Nikolai und Alexandra Romanow, Band III, Moskau, Staatsverlag 1923, Seite 174.
- 76<sup>2</sup> *Der Sturz des Zarenregimes*. Stenographischer Bericht über die Verhöre und Aussagen in der Außerordentlichen Untersuchungskommission der Provisorischen Regierung im Jahre 1917, Band VI, Leningrad, Staatsverlag 1926, Seite 342.
- 76<sup>3</sup> *Der Sturz des Zarenregimes*. Stenographischer Bericht über die Verhöre und Aussagen in der Außerordentlichen Untersuchungskommission der Provisorischen Regierung im Jahre 1917, Band IV, Leningrad, Staatsverlag 1925, Seite 61.
- 77<sup>1</sup> *Semennikow, W. P.* Die Monarchie vor dem Zusammenbruch. 1914—1917. Schriftstücke Nikolaus II. und andere Dokumente, Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 228.
- 78<sup>1</sup> Ebenda, Seite 238.
- 78<sup>2</sup> Ebenda, Seite 239.
- 78<sup>3</sup> Ebenda, Seite 98.
- 79<sup>1</sup> *Czernin, O.* Im Weltkriege. Berlin, Ullstein 1919, Seite 192.
- 80<sup>1</sup> *Die Liquidierung einer Verschwörung*. M. I. Tereschtschenko über den General Krymow. «Russkij Wedomosti», Nr. 202, 3. September 1917.
- 80<sup>2</sup> *Miljukow, P. N.* Geschichte der zweiten russischen Revolution, Band I, Lieferung I, Sofia 1921, Seite 36.
- 81<sup>1</sup> *Der Sturz des Zarenregimes*. Stenographischer Bericht über die Verhöre und Aussagen in der Außerordentlichen Untersuchungskommission der Provisorischen Regierung im Jahre 1917, Band IV, Leningrad, Staatsverlag 1926, Seite 278.
- 82<sup>1</sup> *Buchanan, Sir George*. My mission to Russia and other diplomatic memoirs. (Meine Mission in Rußland und andere diplomatische Erinnerungen.) London, Cassel & Co., 1923, V. II, page 41.
- 82<sup>2</sup> Ebenda, Seite 51.
- 83<sup>1</sup> *Archiv der Revolution und der Außenpolitik*. Akten der Petrograder Geheimpolizei No. 525, 1917, Blatt 38.
- 83<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 28.
- 84<sup>1</sup> *Archiv der Revolution und der Außenpolitik*. Akten des Polizeidepartements. Besonderes Register Nr. 167, Teil 13, Blatt 29.
- 84<sup>2</sup> *Verhaftung einer Arbeitergruppe*. «Russkij Wedomosti». Sonderbeilage zu Nr. 24, 30. Januar 1917.
- 85<sup>1</sup> *In den gesellschaftlichen Organisationen*. «Utro Rossij» Nr. 28, 28. Januar 1917.
- 85<sup>2</sup> *Zentrarchiv*. Die Bourgeoisie am Vorabend der Februarrevolution, Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 183.
- 86<sup>1</sup> *Rede von A. F. Kerenski*. «Rjetch» Nr. 47 vom 19. Febr. 1917.

## Zweites Kapitel

### Die bürgerlich-demokratische Februar-Revolution

- 92<sup>1</sup> *Skuratow, P. D.* Der Oktober in Petrograd. «Geschichte des Proletariats der UdSSR», 1932, Nr. 11, Seite 110—111.
- 92<sup>2</sup> *Der Sturz des Zarenregimes.* Stenographischer Bericht über die Verhöre und Aussagen in der Außerordentlichen Untersuchungskommission der Provisorischen Regierung im Jahre 1917, Band I, Leningrad, Staatsverlag 1926, Seite 220.
- 93<sup>1</sup> Ebenda, Seite 220.
- 93<sup>2</sup> *Die Februarrevolution 1917.* «Krasnij Archiv», 1927, No. 2 (21), Seite 10.
- 93<sup>3</sup> *Die Februarrevolution 1917.* «Krasnij Archiv» 1927, Nr. 2 (21), Seite 5.
- 94<sup>1</sup> *Paschetnych, K. I.* Die Soldaten des Wolhynischen Regiments in den Februartagen. Erinnerungen. Manuskriptfonds der «Geschichte des Bürgerkrieges» Nr. 488.
- 96<sup>1</sup> *Block, A.* Die letzten Tage der kaiserlichen Macht. Nach unveröffentlichten Dokumenten. Petrograd. Verlag Alkonost, 1921, Seite 66—67.
- 96<sup>2</sup> Ebenda, Seite 67.
- 96<sup>3</sup> *Der Sturz des Zarenregimes.* Stenographischer Bericht über die Verhöre und Aussagen in der Außerordentlichen Untersuchungskommission der Provisorischen Regierung im Jahre 1917, Band II, Leningrad, Staatsverlag 1925, Seite 265.
- 96<sup>4</sup> *Rodsjancko, M. W.* Die Reichsduma und die Februarrevolution 1917. Rostow am Don. 1919, Seite 42.
- 97<sup>1</sup> *Block, A.* Die letzten Tage der kaiserlichen Macht. Nach unveröffentlichten Dokumenten. Petrograd, Alkonost, 1921, S. 64.
- 100<sup>1</sup> *Paschetnych, K. I.* Die Soldaten des Wolhynischen Regiments in den Februartagen. Erinnerungen. Manuskriptfonds der «Geschichte des Bürgerkrieges», Nr. 488.
- 101<sup>1</sup> *Flugblatt* des Petersburger Komitees der SDAPR(B). An alle Arbeiter und Arbeiterinnen Petrograds. 1916.
- 101<sup>2</sup> *Die Februarrevolution in Dokumenten.* «Proletarskaja Revoluzija», 1923, Nr. 1 (13), Seite 285.
- 102<sup>1</sup> *Rodsjancko, M. W.* Die Reichsduma und die Februarrevolution 1917. Rostow am Don 1919, Seite 41.
- 102<sup>2</sup> Ebenda, Seite 42.
- 103<sup>1</sup> *Schulgin, W.* Tage. «Russkaja Mysl», Prag 1922, Heft 8—12, Seite 93.
- 103<sup>2</sup> Ebenda, Seite 96.
- 104<sup>1</sup> *Briefwechsel* von Nikolai und Alexandra Romanow. 1916 bis 1917, Band V, Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 218.
- 104<sup>2</sup> Ebenda, Seite 224—225.
- 104<sup>3</sup> *Block, A.* Die letzten Tage der kaiserlichen Macht. Nach unveröffentlichten Dokumenten. Petrograd, Verlag Alkonost, 1921, Seite 77—78.
- 104<sup>4</sup> Ebenda, Seite 78.



- 105<sup>1</sup> *Briefwechsel* von Nikolai und Alexandra Romanow. 1916 bis 1917, Band V, Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 225.
- 105<sup>2</sup> *Block, A.* Die letzten Tage der kaiserlichen Macht. Nach unveröffentlichten Dokumenten, Petrograd. Verlag Alkonost 1921, Seite 78.
- 105<sup>3</sup> *Die Februarrevolution 1917.* «Krasnij Archiv», 1927, Nr. 2 (21), Seite 19.
- 105<sup>4</sup> *Die Bolschewisierung der Petrograder Garnison.* Material- und Dokumentensammlung. Leningrad, Leningrader Gebietsverlag 1932, Seite VI.
- 107<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Briefe aus der Ferne. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 19—20.
- 109<sup>1</sup> *Lukomski, A.* Aus meinen Erinnerungen. «Archiv Russkoi Revoluzij», Band II, Berlin 1921, Seite 20.
- 110<sup>1</sup> *Schulgin, W.* Tage. «Russkaja Mysl», 1922, Heft VIII—XII, Seite 119—120.
- 110<sup>2</sup> *Knox, A.* With the Russian Army. (Mit der russischen Armee.) 1914—1917. London, Hutchinson, 1921, v. II, page 553—554.
- 110<sup>3</sup> Ebenda, Seite 563.
- 111<sup>1</sup> Ebenda, Seite 568.
- 115<sup>3</sup> *Suchanow, N.* Aufzeichnungen über die Revolution. 1. Band, Petrograd, Grshebin 1919, Seite 212.
- 112<sup>1</sup> *An die Bevölkerung Petrograds und Rußlands vom Sowjet der Arbeiterdeputierten.* «Iswestija (Nachrichten) des Petrograder Sowjets der Arbeiterdeputierten» Nr. 1, 28. Februar 1917.
- 112<sup>2</sup> *Denikin, A. J.* Skizzen über die russischen Wirren. Band 1, Lieferung 1, Paris 1921, Seite 66.
- 114<sup>1</sup> *Potressow, A.* Die verhängnisvollen Widersprüche der russischen Revolution. «Djelo» 1917, Nr. 3—6, Seite 119.
- 115<sup>1</sup> *Suchanow, N.* Aufzeichnungen über die Revolution. 1. Band, Petrograd, Grshebin 1919, S. 17.
- 115<sup>2</sup> Ebenda, Seite 18.
- 115<sup>3</sup> *Suchanow, N.* Aufzeichnungen über die Revolution. 1. Band, Berlin, Grshebin 1922, Seite 231.
- 116<sup>1</sup> *Schulgin, W.* Tage. «Russkaja Mysl», Prag 1922, Heft 6 bis 7, Seite 134.
- 117<sup>1</sup> *Suchanow, N.* Aufzeichnungen über die Revolution. 1. Band, Berlin, Grshebin 1922, Seite 279.
- 117<sup>2</sup> *Miljukow, P. N.* Geschichte der zweiten Revolution, Band I, Lieferung 1, Sofia 1921, Seite 47.
- 117<sup>3</sup> Ebenda, Seite 47.
- 118<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Ueber Doppelherrschaft. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 125.
- 119<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Lehren der Revolution. Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 84.
- 121<sup>1</sup> *Im Jekaterinasaal.* «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiterdeputierten», Nr. 4, 3. März 1917.
- 122<sup>1</sup> Ebenda.
- 122<sup>2</sup> *Lukomski, A.* Aus meinen Erinnerungen. «Archiv Russkoi Revoluzij», Band II, Berlin 1921, Seite 25.
- 122<sup>3</sup> *Rodsjancko, M. W.* Die Reichsduma und die Februarrevolution 1917. Rostow am Don 1919, Seite 45—46.
- 123<sup>1</sup> *Miljukow, P. N.* Geschichte der zweiten russischen Revolution, Band I, Lieferung 1, Sofia 1921, Seite 55.

- 123<sup>2</sup> *Rodsjanke, M. W.* Die Reichsduma und die Februarrevolution 1917. Rostow am Don, 1919, Seite 48.
- 123<sup>3</sup> *Der Thronverzicht des Großfürsten Michail Alexandrowitsch.* «Iswestija des Petrograder Sowjets», Nr. 5, 4. März 1917.
- 124<sup>1</sup> *Schulgin, W.* Tage. «Russkaja Mysl», Prag 1922, Heft 6—7, Seite 117.
- 124<sup>2</sup> *Von der Provisorischen Regierung.* «Westnik Wremennowo Prawitelstwa» (Bote der Provisorischen Regierung) Nr. 2, 7. März 1917.
- 125<sup>1</sup> «Zentrarchiv». Die Bauernbewegung 1917. Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 3.
- 126<sup>1</sup> *Beschluß der Provisorischen Regierung.* «Westnik Wremennowo Prawitelstwa» Nr. 14, 21. März 1917.
- 126<sup>2</sup> *Resolutionen der Petrograder Gebietskonferenz der Sozialrevolutionäre,* «Djen» Nr. 2, 7. März 1917.
- 126<sup>3</sup> «Zentrarchiv». Allrussische Beratung des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Stenographische Berichte. Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 312.
- 127<sup>1</sup> ZAOR. Fonds 406. Hauptverwaltung der Angelegenheiten der Miliz (Glawmiliza), Abteilung II, Akte Nr. 15a, Teil 1, Blatt 219.
- 127<sup>2</sup> *Beschluß der Provisorischen Regierung.* «Westnik Wremennowo Prawitelstwa» No. 31, 14. April 1917.
- 127<sup>3</sup> *Lenin, W. I.* Rede über die Agrarfrage, 22. Mai 1917. Sämtliche Werke, Band XX, 2. Halbband, Seite 21—22.
- 127<sup>4</sup> *Lenin, W. I.* «Freiwillige Vereinbarung» zwischen Gutsbesitzern und Bauern? Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 224.
- 128<sup>1</sup> *Chruschtschow, A. A. I.* Schingarjow. Sein Leben und seine Tätigkeit. Moskau, 1918, Seite 98—99.
- 128<sup>2</sup> *Das Haupt-Bodenkomitee.* «Djelo Naroda» Nr. 54, 20. Mai 1917.
- 128<sup>3</sup> *Lenin, W. I.* Ein neuer Betrug der Partei der Sozialrevolutionäre an den Bauern. Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 457.
- 129<sup>1</sup> *In dem Haupt-Bodenkomitee.* «Rjtsch» Nr. 117, 20. Mai 1917.
- 129<sup>2</sup> *Beratung beim Minister für Handel und Industrie.* «Torgowo-Promyschlennaja Gazeta» (Handels- und Industriezeitung) Nr. 56, 17. März 1917.
- 130<sup>1</sup> *Rodsjanke gegen das Getreidemonopol.* «Nowaja Shisn» Nr. 108, 23. August 1917.
- 131<sup>1</sup> *Kongreß der Partei der «Volksfreiheit».* Schingarjow über das Getreidemonopol. «Russkij Wedomosti» Nr. 70, 29. März 1917.
- 131<sup>2</sup> *Dritter Außerordentlicher Allrussischer Kongreß der Vertreter des Börsenhandels und der Landwirtschaft.* «Torgowo-Promyschlennaja Gazeta» Nr. 86, 27. April 1917.
- 131<sup>3</sup> *Schidlowski, S. J.* Erinnerungen. 2. Teil, Berlin 1923, Seite 115.
- 131<sup>4</sup> *Sitzung des Zentralen Kriegsindustrie-Komitees.* «Torgowo-Promyschlennaja Gazeta» Nr. 49, 9. März 1917.
- 132<sup>1</sup> *Die Anordnung des Generals Alexejew.* «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten» Nr. 9, 8. März 1917.

- 135<sup>1</sup> *Von der Provisorischen Regierung an das Feldheer.* «Westnik Wremennowo Prawitelstwa» Nr. 2, 7. März 1917.
- 133<sup>2</sup> *Denikin, A. I.* Skizzen über die russischen Wirren, Band I, Lieferung 1, Paris 1921, S. 67.
- 133<sup>3</sup> *Aufruf der Provisorischen Regierung.* «Westnik Wremennowo Prawitelstwa» Nr. 5, 10. März 1917.
- 134<sup>1</sup> *Ueber die Stellung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zur Regierung.* «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten» Nr. 10, 9. März 1917.
- 135<sup>1</sup> *In Moskau.* «Russkij Wedomosti» Nr. 58, 14. März 1917.
- 135<sup>2</sup> *An die Völker der ganzen Welt.* «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten» Nr. 15, 15. März 1917.
- 135<sup>3</sup> Ebenda.
- 136<sup>1</sup> *Unterredung mit dem Außenminister P. N. Miljukow.* «Russkij Wedomosti» Nr. 66, 23. März 1917.
- 137<sup>1</sup> *Nabokow, W. D.* Die Provisorische Regierung. Erinnerungen, Moskau, Verlag Mir 1924, Seite 102—103.
- 137<sup>2</sup> Ebenda, Seite 103.
- 137<sup>3</sup> *Appell der Provisorischen Regierung an die Bürger Rußlands.* «Westnik Wremennowo Prawitelstwa» Nr. 18, 28. März 1917.
- 137<sup>4</sup> Ebenda.
- 138<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. Sämtl. Werke, Band XX, Seite 154.
- 139<sup>1</sup> Ebenda, Seite 155.

### Drittes Kapitel

## Die Ankunft Lenins

- 141<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Zwei Briefe an A. M. Kollontai. Sämtl. Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 6.
- 142<sup>1</sup> *Popow, A. L.* Die Diplomatie der Provisorischen Regierung im Kampf gegen die russische Revolution. «Krasnij Archiv», 1927, Band I (XX), Seite 4—5.
- 143<sup>1</sup> Ebenda, Seite 5.
- 143<sup>2</sup> *Krupskaja, N. N.* Aus der Emigration nach Petersburg. In dem Buch: Platten F., Lenin aus der Emigration nach Rußland. März 1917. Verlag «Moskowskij Rabotschij», 1925, Seite 113—114.
- 145<sup>1</sup> *Protokoll über die Durchreise durch Deutschland.* Leninskij Spornik II, 3. Aufl., Moskau, Staatsverlag 1924, S. 392—393.
- 146<sup>1</sup> *Popow, A. L.* Die Diplomatie der Provisorischen Regierung im Kampf gegen die Revolution. «Krasnij Archiv», 1927, Band I (XX), Seite 11.
- 146<sup>2</sup> Ebenda, Seite 12.
- 146<sup>3</sup> *Lenins Ankunft.* «Rjetsch» No. 78, 5. April 1917.
- 147<sup>1</sup> *Tschernow, W.* Lenin. «Djelo Naroda» Nr. 26, 16. April 1917.
- 147<sup>2</sup> *Die Dritte Kompagnie des Finnländischen Garderegiments.* «Rabotschaja Gazeta» Nr. 38, 23. April 1917.
- 149<sup>1</sup> *Suchanow, N.* Aufzeichnungen über die Revolution. 3. Buch, Berlin. Grshebin 1922, Seite 14 bis 15.

#### Viertes Kapitel

### Die Aprilkonferenz der SDAPR (Bolschewiki)

- 152<sup>1</sup> *Stalin, J. W.* Die Oktoberrevolution. Aufsätze und Reden. Moskau. Partisdat 1932, Seite 81.
- 153<sup>1</sup> *Stalin, J. W.* Auf dem Wege zum Oktober. Aufsätze und Reden. März—Oktober 1917, 2. Auflage, Moskau, Staatsverlag, 1925, Seite 2, russisch.
- 153<sup>2</sup> Ebenda, Seite VIII.
- 156<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Rede in der Versammlung der bolschewistischen Mitglieder der Allrussischen Konferenz der Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-deputierten am 4. April 1917. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 101—111.
- 156<sup>2</sup> *Beratung* der Vertreter der Sozialdemokratischen Parteien über die Frage der Vereinigung. «Jedinstwo» Nr. 5, 5. April 1917.
- 156<sup>3</sup> Ebenda.
- 157<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Allrussische Aprilkonferenz der SDAPR(B), 24.—29. April 1917. Eröffnungsrede am 24. April. Sämtl. Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 319.
- 158<sup>1</sup> *Die Siebente* Allrussische Konferenz (Aprilkonferenz) und die Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B). April 1917. Moskau, Partisdat 1934, Seite 144 bis 145.
- 159<sup>1</sup> Ebenda, Seite 119.
- 159<sup>2</sup> Ebenda, Seite 129—130.
- 160<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Allrussische Aprilkonferenz der SDAPR(B), 24.—29. April 1917. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 319.
- 162<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B), 14.—22. April 1917, Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 241.
- 162<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Ueber die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 115.
- 163<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Allrussische Aprilkonferenz der SDAPR(B), 24.—29. April 1917. Referat zur politischen Lage. Am 24. April 1917. Sämtl. Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 327.
- 163<sup>2</sup> Ebenda, Seite 328.
- 166<sup>1</sup> Ebenda, Seite 334—336.
- 166<sup>2</sup> *Stalin, J. W.* Fragen des Leninismus, Verlag Ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau 1934, Seite 143—144.
- 167<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Allrussische Aprilkonferenz der SDAPR(B), 24.—29. April 1917. Referat zur politischen Lage. Am 24. April. Sämtliche Werke, Band XX, Seite 328.
- 168<sup>1</sup> Ebenda, Seite 323.
- 168<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Die Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B), 14.—22. April 1917. Referat über die politische Lage und die Stellung zur Provisorischen Regierung. Am 14. April. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 244.
- 169<sup>1</sup> *Die Siebente* Allrussische Konferenz (Aprilkonferenz) und die Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B). April 1917. Moskau, Partisdat 1934, Seite 93.

- 169<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Die Allrussische Aprilkonferenz der SDAPR(B), 24.—29. April 1917. Schlußwort zum Referat über die politische Lage. Am 24. April. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 339.
- 170<sup>1</sup> *Die Siebente* Allrussische Konferenz (Aprilkonferenz) und die Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B). April 1917. Moskau, Partisdats 1934, Seite 235—236.
- 170<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Die Allrussische Aprilkonferenz der SDAPR(B), 24.—29. April 1917. Rede zur Resolution über die politische Lage. Am 29. April. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 378.
- 171<sup>1</sup> *Die Siebente* Allrussische Konferenz (Aprilkonferenz) und die Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B). April 1917. Moskau, Partisdats 1934. Seite 221—222.
- 172<sup>1</sup> Ebenda, Seite 227.
- 172<sup>2</sup> Ebenda, Seite 228.
- 173<sup>1</sup> Ebenda, Seite 194.
- 173<sup>2</sup> Ebenda, Seite 195, 197.
- 174<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Allrussische Aprilkonferenz der SDAPR(B), 24.—29. April 1917. Rede über die nationale Frage. Am 29. April. Sämtl. Werke, Band XX, 1. Halbband. Seite 371—372.
- 174<sup>2</sup> *Die Siebente* Allrussische Konferenz (Aprilkonferenz) und die Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B). April 1917. Moskau. Partisdats 1934, S. 238.
- 175<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Allrussische Aprilkonferenz der SDAPR(B), 24.—29. April 1917. Schlußrede auf der Konferenz am 29. April. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 379.

#### Fünftes Kapitel

### Die bolschewistische Partei im Kampf um die Massen

- 178<sup>1</sup> *Note* des Außenministers. «Russkij Wedomosti» Nr. 37, 20. April 1917. 1. Teil. Vom Februar bis Oktober. Moskau, Staatsverlag, Seite 27—28.
- 178<sup>2</sup> *Ueber die Provisorische Regierung.* Resolution des 180. Reserve-Infanterieregiments und des Finnländischen Garderegiments vom 20. April 1917. Zeitung «Soldatskaja Prawda» Nr. 8 vom 10. Mai 1917.
- 179<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Allrussische Aprilkonferenz der SDAPR(B) 24.—29. April 1917. Schlußwort zum Referat über die politische Lage. Am 24. April. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 337—338.
- 180<sup>1</sup> *Trotzki, L.* Die Lehren des Oktober. Sämtl. Werke, Band III, 180<sup>2</sup> *Stalin, J. W.* Fragen des Leninismus. Verlag Ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau, Partisdats 1934, Seite 90.
- 181<sup>1</sup> *Wosnessenski, A. N.* Moskau 1917. Moskau, Staatsverlag 1928, Seite 45—46.
- 182<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Resolution des Zentralkomitees der SDAPR(B), angenommen am 22. April 1917, vormittags. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, S. 297.
- 182<sup>2</sup> *Bourgeoisie und Gutsbesitzer 1917.* Privatberatungen der Mitglieder der Reichsduma. Moskau, Partisdats, 1932. S. 13.

- 183<sup>1</sup> *Allrussische Konferenz* der menschowistischen und vereinigten Organisationen der SDAPR, Moskau 1917, Seite 35.
- 183<sup>2</sup> *Im Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten*. «Iswestija (Nachrichten) des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten» Nr. 60, 7. Mai 1917.
- 183<sup>3</sup> Ebenda.
- 183<sup>4</sup> Ebenda.
- 184<sup>1</sup> *Nabokow, W. D.* Die Provisorische Regierung. Erinnerungen. Moskau, Verlag Mir, 1924, Seite 78.
- 184<sup>2</sup> *Bourgeoisie und Gutsbesitzer 1917*. Privatberatungen der Mitglieder der Reichsduma. Moskau, Partisdat 1932, Seite 21.
- 185<sup>1</sup> Ebenda, Seite IV.
- 185<sup>2</sup> *Bourgeoisie und Provisorische Regierung*. «Proletarskaja Revoluzija» 1926, Nr. 10 (57), Seite 246—247.
- 186<sup>1</sup> *Erklärung von W. M. Tschernow* zum Briefe des Fürsten G. F. Lwow, «Djen» Nr. 107, 12. Juli 1917.
- 187<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Wie und warum hat man die Bauern betrogen? Sämtliche Werke, Band XX, 2. Halbband, Seite 250.
- 190<sup>1</sup> *Bourgeoisie und Gutsbesitzer 1917*. Privatberatungen der Mitglieder der Reichsduma. Moskau, Partisdat 1932, Seite 64.
- 190<sup>2</sup> *Reichard W.* Die russische Bourgeoisie im Kampfe für die Aufrechterhaltung ihrer ökonomischen Herrschaft (Februar—Oktober 1917) «Krasnaja Ljetopis» 1930, Nr. 1 (34), Seite 18.
- 191<sup>1</sup> *Die wirtschaftliche Lage Rußlands vor der Revolution*. «Krasnij Archiv», 1925, No. 3 (10), Seite 88—93.
- 191<sup>2</sup> Ebenda, Seite 88—93.
- 191<sup>3</sup> Ebenda, Seite 87.
- 192<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Lehren der Revolution. Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 90.
- 193<sup>1</sup> *Amtsakte der Regierung*. Beschluß der Provisorischen Regierung. «Westnik Wremennowo Prawitelstwa», Nr. 15, 22. März 1917.
- 193<sup>2</sup> *Stalin, J. W.* Der Oktoberumsturz und die nationale Frage in seinem Buch: Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage. Sammelbuch ausgewählter Aufsätze und Reden, Moskau, Partisdat, 1934, S. 52.
- 194<sup>1</sup> Ebenda, Seite 51.
- 195<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Ukraine. Sämtliche Werke, Band XX, 2. Halbband, Seite 185—186.
- 195<sup>2</sup> «*Rjetsch*» Nr. 137, 14. Juni 1917 (Leitartikel).
- 195<sup>3</sup> Ebenda.
- 196<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Ukraine und die Niederlage der russischen Regierungsparteien. Sämtliche Werke, Band XX, 2. Halbband, Seite 193.
- 197<sup>1</sup> *Manifest* über die Auflösung des Finnländischen Landtags vom 18. Juli 1917 und über die Vornahme neuer Wahlen. «Westnik Wremennowo Prawitelstwa», Nr. 110, 21. Juli 1917.
- 198<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Finnland und Rußland. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, S. 429.
- 199<sup>1</sup> *Ryskulow, T.* Die Revolution und die einheimische Bevölkerung Turkestans. Sammelbuch der wichtigsten Aufsätze, Referate, Reden und Thesen. Erster Teil 1917—1919. Taschkent, Usbekischer Staatsverlag. 1925, Seite 4.
- 201<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Resolutionen des Zentralkomitees d. SDAPR(B),

- angenommen am 22. April 1917, vormittag. Sämtliche Werke, Band XX, Seite 298.
- 203<sup>1</sup> *Stalin, J. W.* Fragen des Leni- nismus, Verlag Ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau 1934, Seite 145.
- 205<sup>1</sup> «*Zentrarchiv*» (Archivzentrale). Der erste Allrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. I. Band, Moskau, Staatsverlag 1930, Seite 65.
- 205<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Erster Allrussi- scher Rätekongreß. Vom 3. bis 23. Juni 1917. Rede über die Stellung zur Provisorischen Re- gierung. Am 4. Juni 1917. Sämtliche Werke, Band XX, 2. Halbband, Seite 117.
- 206<sup>1</sup> Ebenda, Seite 117.
- 207<sup>1</sup> Ebenda, Seite 127.
- 207<sup>2</sup> «*Zentrarchiv*» Erster Allrussi- scher Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, Band I, Moskau, Staats- verlag 1930, Seite 287.
- 208<sup>1</sup> Ebenda, Seite 114.
- 208<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Erster Allrussi- scher Rätekongreß. Vom 3. bis 23. Juni 1917. Rede über den Krieg. Am 9. Juni 1917. Sämt- liche Werke, Band XX, 2. Halb- band, Seite 129.
- 208<sup>3</sup> Ebenda, Seite 137/140.
- 210<sup>1</sup> *Petrograder Sowjet* der Arbeit- er- und Soldatendeputierten. Sitzungsprotokolle des Exeku- tivkomitees und des Büros des Exekutivkomitees. Moskau, Staatsverlag, 1925, Seite 198.
- 211<sup>1</sup> *Eine historische Sitzung.* «*Praw- da*» Nr. 80, 13. Juni 1917.
- 211<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Aus welcher Klas- senquelle kommen und «wer- den» die Cavaignacs kommen? Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 537—538.
- 213<sup>1</sup> *Stalin J. W.* Auf der Demon- stration. In seinem Buch: Auf dem Wege zum Oktober, 2. Auflage, Moskau, Staatsverlag 1925, Seite 53—54.
- 213<sup>2</sup> *Tscherewanin, N.* Die Lehre der Kundgebung vom 18. Juni. «*Rabotschaja Gazeta*» No. 85, 20. Juni 1917.
- 214<sup>1</sup> *Ueber die Kundgebung vom Sonntag.* «*Nowaja Shisn*» Nr. 53, 20. Juni 1917.
- 215<sup>1</sup> *Knoar, A.* With the Russian Ar- my (Mit der russischen Armee) 1914—1917. London, Hutchin- son & Co., 1921, II, page 617.
- 215<sup>2</sup> *Les Etats-Unis* auraient envoyé une note secrète à la Russie. «*Information*» (Die Vereinig- ten Staaten haben, wie verlau- tet, eine Geheimnote an Ruß- land gerichtet) Nr. 136, 16. Mai 1917.
- 217<sup>1</sup> *Malachowski, W. A.* Die Sie- bente Armee im Kampfe für den Oktober. Manuskriptfonds der «*Geschichte des Bürger- krieges*», Nr. 1587.
- 217<sup>2</sup> *ZMGA.* Fonds vom Kabinett des Kriegsministers. Akte Nr. 703, Blatt 504.
- 217<sup>3</sup> *ZMGA.* Fonds vom Kabinett des Kriegsministers. Akte Nr. 1494c, Blatt 7.
- 218<sup>1</sup> *ZMGA.* Fonds vom Kabinett des Kriegsministers. Akte Nr. 1494c, Blatt 204—207.
- 219<sup>1</sup> *Stankewitsch, W. W.* Gesell- schaft, Krieg und Armee. Im Sammelbuch «*Volk und Ar- mee*», Lieferung 1, 1918, Pe- trograd, Seite 69.
- 220<sup>1</sup> *ZMGA.* Fonds vom Kabinett des Kriegsministers. Akte Nr. 1494c, Blatt 67.
- 221<sup>1</sup> *Denikin, A. I.* Skizzen über die russischen Wirren, Band I, Lieferung 2, Paris, Seite 50.

- 221<sup>2</sup> Ebenda, Seite 52.  
 221<sup>3</sup> Ebenda, Seite 54—55.  
 222<sup>1</sup> Soldatenbriefe von 1917. Staatsverlag 1927, Seite 18—19.  
 222<sup>2</sup> Ebenda, Seite 29—30.  
 222<sup>3</sup> Ebenda, Seite 34.  
 222<sup>4</sup> Ebenda, Seite 40.  
 222<sup>5</sup> Ebenda, Seite 43.  
 223<sup>1</sup> Ebenda, Seite 48.  
 223<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Was tun? Sämtliche Werke, Band IV, 2. Halbband, Seite 314.  
 225<sup>1</sup> Resolutionen der Allrussischen Konferenz der Front- und Militärorganisationen der Etappe der SDAPR(B), Juni 1917. Im Buch: Rabinowitsch S. E.: Allrussische Militärkonferenz der Bolschewiki, Moskau, Militärstaatsverlag, 1931, Seite 73.  
 225<sup>2</sup> Ebenda, Seite 72.

## Sechstes Kapitel Die rote Garde

- 228<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Ueber die proletarische Miliz. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 267—268.  
 228<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Briefe aus der Ferne. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 22.  
 230<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Ueber die proletarische Miliz. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 270—271.  
 230<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Briefe aus der Ferne. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 39—40.  
 231<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Ueber die proletarische Miliz. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 270.  
 231<sup>2</sup> *Petrokow, M. I.* Erinnerungen. Manuskriptfonds der «Geschichte des Bürgerkrieges» Nr. 311.  
 231<sup>3</sup> *Der Kampf für die Sowjets im Jekaterinoslawischen.* Sammlung von Erinnerungen und Aufsätzen. Dnjeppropetrowsk 1927. Seite 176.  
 232<sup>1</sup> *Beschluß des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiterdeputierten* «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten», Beilage zu Nr. 1, 28. Februar 1917.  
 233<sup>1</sup> *Die städtische Miliz.* «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten», Nr. 10, 9. März 1917.  
 235<sup>1</sup> *Arbeiterleben.* «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten», Nr. 41, 15. April 1917.  
 235<sup>2</sup> *Arbeitergarde.* «Prawda» Nr. 44, 29. April 1917.  
 235<sup>3</sup> *Ueber die Rote Garde.* «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten», Nr. 52, 28. April 1917.  
 236<sup>1</sup> *Beratung über die Rote Garde.* «Nowaja Shisn», Nr. 10, 29. April 1917.  
 236<sup>2</sup> *Rote Garde oder Miliz?* «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten», Nr. 54, 30. April 1917.  
 236<sup>3</sup> *Demokratische Miliz oder bürokratische Polizei?* «Prawda» Nr. 64, 24. Mai 1917.



- 237<sup>1</sup> *Hessen, W. J.* Die Rote Garde und die Petrograder Industriellen im Jahre 1917. «Krasnaja Ljetopis» 1928, Nr. 3 (27), Seite 64.
- 238<sup>1</sup> *ZAOR.* Fonds 406. Hauptverwaltung für Angelegenheiten der Miliz (Glawmilizija) Abtlg. 3, Akte Nr. 134, Blatt 43.
- 239<sup>1</sup> *Resolution über die gegenwärtige Lage* und die Aufgaben des Proletariats, angenommen auf der Moskauer Stadtkonferenz der SDAPR(B) vom 3.—4. April 1917. «Sozial-Demokrat», Nr. 25, 6. April 1917.
- 239<sup>2</sup> *Archiv des Moskauer Komitees der KPdSU(B)* Sitzungsprotokoll des Moskauer Komitees der Bolschewiki vom 14. April 1917.
- 241<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Hauptsache vergessen. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, S. 444.
- 241<sup>2</sup> Ebenda, Seite 446.
- 241<sup>3</sup> Ebenda, Seite 446.

## Siebentes Kapitel

### Die Julitage

- 244<sup>1</sup> *Der Handels- und Industriekongreß* «Russkij Wedomosti», Nr. 177, 4. August 1917.
- 246<sup>1</sup> *Beratung der Mitglieder der Reichsduma.* «Rjetsch» Nr. 129, 4. Juni 1917.
- 246<sup>2</sup> *Bourgeoisie und Gutsbesitzer 1917.* Privatberatungen der Mitglieder der Reichsduma. Moskau, Partisdats 1932, S. 127.
- 247<sup>1</sup> *Romanow.* Die «Parviainen»-Werke. Im Buch: Die Leningrader Arbeiter im Kampf für die Macht der Sowjets, Leningrad, Staatsverlag 1924, S. 54.
- 248<sup>1</sup> *Die Putilow-Werke.* Im Buch: Die Leningrader Arbeiter im Kampf für die Macht der Sowjets. Leningrad, Staatsverlag 1924, Seite 47.
- 249<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* An einem Wendepunkt. Sämtliche Werke, Band XX, 2. Halbband, Seite 181.
- 249<sup>2</sup> *Zweite und dritte* Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki im Juli und Oktober 1917. Protokolle und Materialien, Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 53—54.
- 250<sup>1</sup> *Kocks, J.* Die «Aiwas»-Werke in den Julitagen. Im Buch: Die Leningrader Arbeiter im Kampf um die Macht der Sowjets. Leningrad, Staatsverlag 1924, Seite 68.
- 250<sup>2</sup> *Zweite und dritte* Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki im Juli und Oktober 1917. Protokolle und Materialien. Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 53—54.
- 250<sup>3</sup> *Die Oktoberrevolution in Petrograd.* Aufsatzsammlung, Leningrad, «Lenpartisdats» 1933, Seite 81.
- 251<sup>1</sup> *Zu den Ereignissen in Petrograd.* «Sozial-Demokrat» Nr. 104. 11. Juni 1917.
- 251<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Eine Antwort. Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 48.
- 252<sup>1</sup> *Das Allrussische Zentralkomitee* in den Julitagen 1917 «Krasnij Archiv» 1926, Nr. 5 (18), Seite 215.
- 254<sup>1</sup> *Vereinigte Sitzung* des Zentralkomitees des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und

- Soldatendeputierten und des Allrussischen Exekutivkomitees der Bauerndeputierten. «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten», Nr. 111, 7. Juli 1917.
- 255<sup>1</sup> *Zweite und dritte* Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki im Juli und Oktober 1917, Protokolle und Materialien, Moskau, Staatsverlag 1917, Seite 54—55.
- 255<sup>2</sup> ZAOR. Fonds 3. Kanzlei des Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung, Register 1, Akte Nr. 42, Blatt 1.
- 256<sup>1</sup> *Die Julitage in Petrograd*. «Krasnij Archiv» 1927, Nr. 5 (24), Seite 66—67.
- 256<sup>2</sup> *Der 6. Parteitag der SDAPR(B) August 1917*. Moskau, Partisdat 1934, Seite 28.
- 256<sup>3</sup> *Polowzew, P. A.* Tage der Finsternis. Paris, Verlag «Wosroschdenije», Seite 143.
- 256<sup>4</sup> *Lenin, W. I.* Sollen die bolschewistischen Führer sich dem Gericht stellen? Sämtl. Werke, Band XXI, Seite 25.
- 257<sup>1</sup> *Know, A.* With the Russian Army 1914—1917 (Mit der russischen Armee 1914—1917), London, Hutchinson 1921, Band II, Seite 662.
- 257<sup>2</sup> *Telegramm des Marineministers*, «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten», Nr. 112, 8. Juli 1917.
- 258<sup>1</sup> *Beschluß* der Provisorischen Regierung der Reichsduma «Rjetsch» Nr. 158, 8. Juli 1917.
- 258<sup>2</sup> *Erklärung des Fürsten Lwow* an die Provisorische Regierung. «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten», Nr. 113, 9. Juli 1917.
- 258<sup>3</sup> *Von der Provisorischen Regierung*. «Rjetsch», Nr. 159, 9. Juli 1917.
- 259<sup>1</sup> *Tagebuch* von Nikolai Romanow. «Krasnij Archiv» 1927, Nr. 2 (21), Seite 91.
- 259<sup>2</sup> *Errichtung einer revolutionären Diktatur*. «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten» Nr. 114, 11. Juni 1917.
- 259<sup>3</sup> *Vereinigte Sitzung* des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des Exekutivkomitees des Sowjets der Bauerndeputierten. «Nowaja Shisn» Nr. 74, 14. Juli 1917.
- 260<sup>1</sup> *Hofstätter, I.* Man muß abrücken. «Nowoje Wremja», Nr. 14 821, 8. Juli 1917.
- 260<sup>2</sup> *An alle Mitglieder der Partei*. «Rabotschaja Gazeta» Nr. 103, 11. Juli 1917.
- 261<sup>1</sup> *Buchanan Sir George*. My mission to Russia and other diplomatic memoirs. (Meine Mission in Rußland und andere diplomatische Erinnerungen). London, Cassel & Co., 1923, Band II, Seite 156—158.
- 261<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Die Ergebnisse der Wahlen, Sämtliche Werke, Band XVI, Seite 262, russisch.
- 262<sup>1</sup> *Bourgeoisie und Gutsbesitzer 1917*. Privatberatungen der Mitglieder der Reichsduma, Moskau, Partisdat 1932, Seite 202.
- 262<sup>2</sup> Ebenda, Seite 196.
- 262<sup>3</sup> Ebenda, Seite 207.
- 263<sup>1</sup> Ebenda, Seite 217.
- 263<sup>2</sup> *Brief A. F. Kerenskis* an W. D. Nabokow, N. M. Kischkin, N. I. Astrow. «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten» Nr. 123, 21. Juli 1917.

- 246<sup>1</sup> *Eine historische Sitzung.* «Djen» Nr. 117, 23. Juli 1917.
- 265<sup>1</sup> Ebenda.
- 265<sup>2</sup> *Verhandlungen* über die Bildung des neuen Kabinetts. «Djen» Nr. 118, 25. Juli 1917.
- 266<sup>1</sup> *Miljukow P. N.* Geschichte der zweiten russischen Revolution, Band I, Lieferung 2, Sofia, 1922, Seite 44—45.
- 266<sup>2</sup> *Aufruf des Moskauer Sowjets.* «Iswestija des Moskauer Sowjets der Arbeiterdeputierten», Nr. 103, 5. Juli 1917.
- 268<sup>1</sup> *6. Parteitag der SDAPR(B).* August 1917, Moskau, Partisdatsdat 1934, Seite 91.
- 268<sup>2</sup> Ebenda, Seite 51—52.
- 269<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Eine Antwort, Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 54.

#### Achtes Kapitel

### Der 6. Parteitag der bolschewistischen Partei

- 271<sup>1</sup> *6. Parteitag der SDAPR(B).* August 1917, Moskau, Partisdatsdat 1934, Seite 36—37.
- 272<sup>1</sup> Ebenda, Seite 55.
- 273<sup>1</sup> Ebenda, Seite 57.
- 274<sup>1</sup> Ebenda, Seite 91.
- 274<sup>2</sup> Ebenda, Seite 92.
- 275<sup>1</sup> Ebenda, Seite 84—85.
- 277<sup>1</sup> *Jaroslowski, J.* Am Vorabend des Oktober. Ueber den 6. Parteitag der KPdSU(B), Moskau, Verlag Stary Bolschewik 1932, Seite 36—37.
- 277<sup>2</sup> *6. Parteitag der SDAPR(B).* August 1917, Moskau, Partisdatsdat Band II, Seite 109.
- 278<sup>1</sup> Ebenda, Seite 32.
- 278<sup>2</sup> Ebenda, Seite 14—15.
- 280<sup>1</sup> Ebenda, Seite 108.
- 280<sup>2</sup> Ebenda, Seite 111.
- 281<sup>1</sup> Ebenda, Seite 124.
- 281<sup>2</sup> Ebenda, Seite 111—112.
- 281<sup>3</sup> Ebenda, Seite 114.
- 282<sup>1</sup> Ebenda, Seite 124.
- 282<sup>2</sup> Ebenda, Seite 139.
- 282<sup>3</sup> Ebenda, Seite 139.
- 283<sup>1</sup> Ebenda, Seite 139—140.
- 283<sup>2</sup> Ebenda, Seite 132—133.
- 283<sup>3</sup> Ebenda, Seite 134.
- 284<sup>1</sup> Ebenda, Seite 118.
- 284<sup>2</sup> Ebenda, Seite 139.
- 285<sup>1</sup> Ebenda, Seite 138—139.
- 285<sup>2</sup> Ebenda, Seite 228.
- 285<sup>3</sup> Ebenda, Seite 233.
- 286<sup>1</sup> Ebenda, Seite 233—234.
- 287<sup>1</sup> Ebenda, Seite 238—240.
- 288<sup>1</sup> Ebenda, Seite 238.
- 289<sup>1</sup> Ebenda, Seite 242.
- 291<sup>1</sup> Ebenda, Seite 246—247.
- 291<sup>2</sup> Ebenda, Seite 251.

#### Neuntes Kapitel

### Das Kornilowabenteuer

- 296<sup>1</sup> *Bourgeoisie und Gutsbesitzer 1917.* Privatberatungen der Mitglieder der Reichsduma, Moskau, Partisdatsdat 1932, Seite 280.
- 296<sup>2</sup> Ebenda, Seite 282.
- 296<sup>3</sup> *Denikin, A. I.* Skizzen über die russischen Wirren, Band II, Paris 1922, Seite 29.
- 296<sup>4</sup> *Buchanan Sir George.* My mission to Russia and other diplomatic memoirs (Meine Mis-

- sion in Rußland und andere diplomatische Erinnerungen), London, Cassel & Co., 1923, Band II, Seite 109.
- 297<sup>1</sup> Ebenda, Seite 260.
- 298<sup>1</sup> *Wie General Kornilow flüchtete.* «Nowoje Wremja» Nr. 14546, 3. September 1916.
- 298<sup>2</sup> *Buchanan Sir George.* My mission to Russia and other diplomatic memoirs. (Meine Mission in Rußland und andere diplomatische Erinnerungen). London, Cassel & Co., 1923, Band II, Seite 125.
- 299<sup>1</sup> *Brussilow, A. A.* Meine Erinnerungen, Moskau, Staatsverlag 1929, Seite 238.
- 299<sup>2</sup> *Buchanan Sir George.* My mission to Russia and other diplomatic memoirs. (Meine Mission in Rußland und andere diplomatische Erinnerungen). London, Cassel & Co., 1923, Band II, Seite 164.
- 300<sup>1</sup> ZAOR. Fonds 9. Außerordentliche Kommission für Untersuchung der Angelegenheit des Generals Kornilow und seiner Mittäter. Register 1, Akte Nr. 18, Blatt 125.
- 300<sup>2</sup> *Sawinkow B.* General Kornilow. «Byloje», 1925, Nr. 3 (31), Seite 188.
- 301<sup>1</sup> *Miljukow, P. N.* Geschichte der zweiten russischen Revolution. Band I, Lieferung 2, Sofia 1922, Seite 54.
- 301<sup>2</sup> *Denikin, A. I.* Skizzen über die russischen Wirren, Band II, Paris 1922, Seite 29.
- 301<sup>3</sup> *Der erste Volks-Höchstkommandierende Generalleutnant Lawr Georgewitsch Kornilow,* Verlag «Nowoje Wremja», Petrograd 1917, Seite 35.
- 302<sup>1</sup> *Miljukow, P. N.* Geschichte der zweiten russischen Revolution, Band I, Lieferung 2, Sofia 1922, Seite 60.
- 302<sup>2</sup> Ebenda, Seite 60.
- 303<sup>1</sup> *Denikin, A. I.* Skizzen über die russischen Wirren, Paris 1922, Seite 28.
- 304<sup>1</sup> «*Zentrarchiv.*» Die Reichsberatung. Moskau, Staatsverlag 1930, Seite XI.
- 305<sup>1</sup> *Die Reichsberatung* in Moskau. «Rjetsch», Nr. 186, 10. August 1917.
- 305<sup>2</sup> *Am Vorabend* der Reichsberatung. «Rjetsch», Nr. 188, 12. August 1917.
- 307<sup>1</sup> *Denikin, A. I.* Skizzen über die russischen Wirren, Band II, Paris 1922, Seite 31.
- 307<sup>2</sup> *Kerenski, A. F.* The Prelude to Bolschewism — the Kornilow Rebellion (Das Vorspiel zum Bolschewismus — Die Kornilow-Meuterei). London, Fisher 1919, Seite 72.
- 308<sup>1</sup> «*Zentrarchiv.*» Die Reichsberatung. Moskau, Staatsverlag 1930, Seite 75.
- 308<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Aus dem Tagebuch eines Publizisten. Sämtliche Werke, Bd. XXI, S. 155.
- 310<sup>1</sup> *Erläuterungsmemorandum* des Generals Kornilow. «Obščestscheje Djelo», Nr. 6, 2. Oktober 1917.
- 311<sup>1</sup> *Kornilows Bekenntnis.* Betreffend die absichtliche Auslieferung Rigas, «Prawda», Nr. 203, 1. Dezember 1917.
- 312<sup>1</sup> *Krasnow.* An der inneren Front. «Archiv Russkoj Revoluzij», Band I, Paris, Seite 115.
- 312<sup>2</sup> *Zur Verschwörung* des Generals Kornilow, des Generals Alexejew, Miljukows, Putilows und Co. Brief des Generals Alexejew an Miljukow. «Prawda», Nr. 212, 12. Dezember 1917.
- 313<sup>1</sup> *Buchanan Sir George.* My mission to Russia and other

- diplomatic memoirs. London, Cassel & Co. 1923, Band II, Seite 172.
- 315<sup>1</sup> *Kerenski A. F.* The Prelude to Bolschewism — the Kornilow Rebellion. London, Fisher 1919, Seite 169 bis 170.
- 316<sup>1</sup> *Allrussische demokratische Beratung.* «Rabotschnij Putj», Nr. 14, 2. Oktober 1917.
- 316<sup>2</sup> *Buchanan Sir George.* My mission to Russia and other diplomatic memoirs, London, Cassel & Co., Band II, Seite 185.
- 317<sup>1</sup> *ZAOR.* Fonds 19. Außerordentliche Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit des Generals Kornilow und seiner Mittäter; Band I, Register 2, Akte Nr. 6, Blatt 56.
- 317<sup>2</sup> *Die Oktoberrevolution* vor dem Gericht amerikanischer Senatoren. Offizieller Bericht der «Overman-Kommission» des Senats. Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 143.
- 320<sup>1</sup> *Denikin, A. I.* Skizzen über die russischen Wirren. Band II, Paris 1922, Seite 65.
- 321<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Entwurf einer Resolution über die gegenwärtige politische Lage. Sämtl. Werke, Band XXI, Seite 172.
- 322<sup>1</sup> *Stalin, J. W.* Fragen des Lenismus, Verlag ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau 1934, Seite 144.

## Zehntes Kapitel

### Der Zusammenbruch der Wirtschaft

- 324<sup>1</sup> *Stenographischer Bericht* der Sitzungen des Wirtschaftsrates der Provisorischen Regierung vom 21., 22., 24., 26. und 31. Juli, 3., 9. und 10. August 1917, Petrograd 1917, Seite 1.
- 324<sup>2</sup> Ebenda, Seite 26.
- 325<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen. Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 224.
- 327<sup>1</sup> *Börsen-Agiotage.* «Djen» Nr. 128, 6. August 1917.
- 327<sup>2</sup> *Stenographischer Bericht* der Sitzungen des Wirtschaftsrates der Provisorischen Regierung vom 21., 22., 24., 26. und 31. Juli, 3., 9. und 10. August 1917, Petrograd 1917, Seite 27.
- 327<sup>3</sup> Ebenda, Seite 27.
- 328<sup>1</sup> *ZAOR.* Fonds 3. Kanzlei des Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung. Akte Nr. 66, Blatt 142.
- 328<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 142.
- 328<sup>3</sup> «*Zentrarchiv*». Die Reichsberatung Moskau, Staatsverlag 1930, Seite 31.
- 328<sup>4</sup> *Wer ist schuld?* «Iswestija Jurga» (Nachrichten des Südens), Nr. 186, 20. Oktober 1917, Charkow.
- 329<sup>1</sup> *Archiv der Volkswirtschaft.* Fonds 151, Kongreß der Vertreter von Industrie und Handel, 1905—1918, Akte Nr. 373, Blatt 5—6.
- 329<sup>2</sup> *ZAOR.* Fonds 472. Zentralrat der Betriebskomitees, Akte Nr. 32, Blatt. 65.
- 330<sup>1</sup> *ZAOR.* Fonds 3. Kanzlei des Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung. Akte Nr. 82, Blatt 189.
- 330<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 88.
- 330<sup>3</sup> *ZMGA.* Fonds. Besondere Beratung für Landesverteidigung, Akte Nr. 420—424, Blatt 123.

- 332<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen. Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 195.
- 333<sup>1</sup> *Bourgeoisie und Gutsbesitzer 1917*, Privatberatungen der Mitglieder der Reichsduma, Moskau, Partisdat 1932, Seite 138.
- 334<sup>1</sup> *«Torgowo-Promyschlennaja Gazeta»* (Handels- und Industriezeitung), Nr. 166, 3. August 1917 (Leitartikel).
- 334<sup>2</sup> Ebenda.
- 334<sup>3</sup> Ebenda.
- 334<sup>4</sup> *Der Finanzplan.* «Rjetsch», Nr. 183, 6. August 1917.
- 334<sup>5</sup> *«Zentrarchiv».* Die Reichsberatung, Moskau, Staatsverlag 1930, Seite 40.
- 334<sup>6</sup> Ebenda, Seite 40.
- 335<sup>1</sup> Ebenda, Seite 41.
- 337<sup>1</sup> *Unsere Eisenbahnen,* «Rjetsch», Nr. 181, 4. August 1917.
- 337<sup>2</sup> *Die Lage der Eisenbahnen.* «Torgowo-Promyschlennaja Gazeta», Nr. 191, 3. September 1917.
- 337<sup>3</sup> ZAOR. Fonds 9. Außerordentl. Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit des Generals Kornilow und seiner Mitäter, Register 1, Akte Nr. 18, Blatt 89.
- 338<sup>1</sup> *Tanajew, A.* Skizzen über die Bewegung der Eisenbahner in der Revolution 1917 (Februar-Oktober) Moskau. Verlag «Istproftrans», 1925, Seite 85–86.
- 338<sup>2</sup> *Allrussischer Eisenbahner Kongreß.* «Golos Shelesno-Doroshnika» (Stimme des Eisenbahners) Nr. 17, 21. Juli 1917.
- 339<sup>1</sup> *Der Verkehrsminister* auf dem Eisenbahnerkongreß. «Westnik Jekaterininskoj Shelesnoj Dorogy» (Bote der Katherinen-eisenbahn). Jekaterinoslaw, 1917, Nr. 31, Seite 12.
- 339<sup>2</sup> *«Zentrarchiv».* Die Reichsberatung, Moskau, Staatsverlag 1930, Seite 168.
- 340<sup>1</sup> *Der Zusammenbruch der Eisenbahnen.* «Westnik Jekaterininskoj Shelesnoj Dorogy», Jekaterinoslaw 1917, Nr. 31, Seite 11.
- 340<sup>2</sup> *Auf dem Kongreß der Grundbesitzer.* «Rjetsch» Nr. 158, 8. Juli 1917
- 340<sup>3</sup> *Obligatorische Anordnung.* «Kiewskaja Mysl» (Kiewer Gedanke) Nr. 170, 13. Juli 1917.
- 340<sup>4</sup> Ebenda.
- 341<sup>1</sup> *«Zentrarchiv».* Die Bauernbewegung 1917. Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 415.
- 341<sup>2</sup> Ebenda, Seite 415.
- 341<sup>3</sup> *Sowjets der Bauerndeputierten* und andere Bauernorganisationen. Band I, Teil 2, Moskau, Verlag der Kommunistischen Akademie, 1929, Seite 336–337.
- 342<sup>1</sup> *An die Provisorische Regierung* von dem Exekutivkomitee des Allrussischen Sowjets der Bauerndeputierten. «Iswestija des Allrussischen Sowjets der Bauerndeputierten», Nr. 93, 25. August 1917.
- 342<sup>2</sup> *«Zentrarchiv».* Die Bauernbewegung 1917, Moskau, Staatsverlag, 1927. Beilage: Aufstellung über Zahl und Art der der Hauptverwaltung der Miliz gemeldeten Rechtsverletzungen im Juli 1917.
- 343<sup>1</sup> ZAOR. Fonds 4. Kanzlei des Vorsitzenden der Reichsduma, Akte Nr. 78, Blatt 9.
- 343<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 6.
- 344<sup>1</sup> Ebenda, Blatt 6.
- 344<sup>2</sup> *Unfug eines Gutsbesitzers.* «Iswestija des Allrussischen Sowjets der Bauerndeputierten», Nr. 54, 11. August 1917.
- 344<sup>3</sup> *Arbeiten der zweiten Session* des Haupt-Bodenkomitees. Sit-

- zungen vom 1./2. Juli 1917. Petrograd 1917, Seite 47.
- 344<sup>4</sup> *ZAOR*. Fonds 3. Kanzlei des Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung, Akte Nr. 58b, Blatt 4.
- 345<sup>1</sup> *ZAOR*. Fonds 3. Kanzlei des Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung, Akte Nr. 80, Blatt 11—14.
- 345<sup>2</sup> *«Zentrarchiv»*. Die Bauernbewegung 1917. Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 420.
- 346<sup>1</sup> *Maslow, P.* Der Bauernminister. *«Djen»*, Nr. 152, 1. September 1917.
- 346<sup>2</sup> *Von der Provisorischen Regierung*. *«Westnik Wremennowo prawitelstwa»*, Beilage zu Nr. 162, 27. September 1917.
- 346<sup>4</sup> *ZAOR*. Fonds 6. Kanzlei der Provisorischen Regierung. Akte Nr. 343, Blatt 2.
- 347<sup>1</sup> Ebenda, Blatt 2.
- 347<sup>2</sup> *«Zentrarchiv»*. Die Bauernbewegung 1917. Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 278.
- 348<sup>1</sup> Ebenda, Seite 351.
- 348<sup>2</sup> *Auf den Wegen des Anschauungsunterrichts*. *«Russkij Wedomosti»*, Nr. 102, 7. Mai 1917.
- 348<sup>3</sup> *Anarchie*. *«Wolja Naroda»*, Nr. 137, 6. Oktober 1917.
- 348<sup>4</sup> *ZAOR*. Fonds 406. Hauptverwaltung für die Angelegenheiten der Miliz. (Glawmilizija) Abteilung III, Akte Nr. 17, Teil 44, Band II, Blatt 26.
- 349<sup>1</sup> *Arbeiten der zweiten Session des Haupt-Bodenkomitees*. Sitzungen vom 1./2. Juli 1917. Petrograd 1917, Seite 142.
- 349<sup>2</sup> *Bourgeoisie und Provisorische Regierung*. *«Proletarskaja Revoluzij»*, 1926, Nr. 10 (57), Seite 247.
- 350<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Ein neuer Betrug der Partei der Sozialrevolutionäre an den Bauern. *Sämtliche Werke*, Band XXI, Seite 458.
- 350<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen. *Sämtliche Werke*, Band XXI, Seite 224.
- 351<sup>1</sup> *Regulierung der Preise* für landwirtschaftliche Geräte. *«Prodowlstwennoje Djelo»* (Ernährungswesen) 1917, Nr. 23—24, Seite 12—13.
- 351<sup>2</sup> *Zweiter Allrussischer Handels- und Industriekongreß*, Stenographischer Bericht und Resolutionen des Kongresses, Moskau 1917, Seite 19.
- 352<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen. *Sämtliche Werke*, Band XXI, Seite 227.
- 352<sup>2</sup> *Die Zerrüttung des Ernährungswesens*. *«Iswestija des Allrussischen Sowjets der Bauerndeputierten»*, Nr. 102, 5. September 1917.
- 352<sup>3</sup> *Kondratjew, N. D.* Der Getreidemarkt und seine Regulierung während des Krieges und der Revolution. Moskau, Verlag Nowoje Moskwa, 1922, Seite 158.
- 352<sup>4</sup> *ZAOR*. Fonds 1944. Volkskommissariat für Ernährungswesen, Register 24, Akte Nr. 101, 1917, Blatt 12.
- 352<sup>5</sup> Ebenda, Blatt 14.
- 353<sup>1</sup> Ebenda, Blatt 14.
- 353<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 1.
- 353<sup>3</sup> Ebenda, Blatt 4.
- 353<sup>4</sup> Ebenda, Blatt 11.
- 354<sup>1</sup> Ebenda, Blatt 15.
- 354<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 8.
- 354<sup>3</sup> Ebenda, Blatt 14.
- 354<sup>4</sup> Ebenda, Blatt 1.
- 354<sup>5</sup> *ZAOR*. Fonds 1239. Provisorischer Rat der Republik (Vorparlament), Akte Nr. 26, 1917, Blatt 3.

- 355<sup>1</sup> *Die Delegation* des Zentralexekutivkomitees über die Politik von Prokopowitsch. «Nowaja Ssion», Nr. 145, 5. Oktober 1917.
- 355<sup>2</sup> *P-w. J.* Verpflegungsreformen, «Torgowo-Promyschlennaja Gazeta», Nr. 227, 18. Oktober 1917.
- 356<sup>1</sup> *ZAOR.* Fonds 2025. Allrussisches Militär-Ernährungskomitee. (Wserwojenprodkom), Register 47. Akte Nr. 685, Blatt 13.
- 357<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen. Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 242.

### Elftes Kapitel

## Die ökonomische Plattform der bolschewistischen Partei am Vorabend der proletarischen Revolution

- 360<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Aufgaben der Revolution. Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 284.
- 361<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 354.
- 361<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen. Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 234.
- 362<sup>1</sup> *6. Parteitag der SDAPR(B).* August 1917, Moskau, Partisdatsdat 1934, Seite 199.
- 362<sup>2</sup> Ebenda, Seite 199.
- 363<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Allrussische Aprilkonferenz der SDAPR(B), 24. bis 29. April 1917. Referat über die Agrarfrage. Am 28. April. Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband, Seite 362.
- 364<sup>1</sup> *Die letzten Nachrichten.* «Russkij Wedomosty», Nr. 211, 16. September 1917.
- 364<sup>2</sup> *Innerpolitische Nachrichten.* Agrarunruhen. «Russkij Wedomosty», Nr. 220, 27. September 1917.
- 364<sup>3</sup> *Unruhen und Pogrome.* «Torgowo-Promyschlennaja Gazeta», Nr. 213, 1. Oktober 1917.
- 364<sup>4</sup> *Anarchie im Lande.* «Russkij Wedomosty», Nr. 223, 30. September 1917.
- 364<sup>5</sup> *Agrarunruhen.* «Torgowo-Promyschlennaja Gazeta», Nr. 220, 10. Oktober 1917.
- 364<sup>6</sup> *Unruhen.* «Torgowo-Promyschlennaja Gazeta» (Handels- und Industrie-Zeitung) Nr. 225, 15. Oktober 1917.
- 365<sup>1</sup> *Rußland, Unruhen.* «Torgowo-Promyschlennaja Gazeta», Nr. 223, 13. Oktober 1917.
- 365<sup>2</sup> *Deklaration* der Provisorischen Regierung. «Djen», Nr. 174, 27. September 1917.
- 366<sup>1</sup> *Stalin, J. W.* Zu den Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR. In seinem Buch: Probleme des Leninismus. Verlag Ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau 1934, II. Band, Seite 210.
- 366<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? Sämtl. Werke, Band XXI, Seite 329.
- 367<sup>1</sup> *Der 6. Parteitag* der SDAPR(B) August 1917, Moskau, Partisdatsdat, 1934, Seite 243.
- 368<sup>1</sup> Ebenda, Seite 243.
- 369<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen, Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 205.



## Zwölftes Kapitel

### Das Heranwachsen der revolutionären Krise

- 374<sup>1</sup> *ZAOR*. Fonds 6. Kanzlei der Provisorischen Regierung. Register 1, Akte Nr. 281, Blatt 55—56.
- 375<sup>1</sup> «*Zentrarchiv*». Die Arbeiterbewegung 1917, Moskau, Staatsverlag 1926, Seite 85.
- 375<sup>2</sup> *Hungerdemonstration*. «Rabotschi Putj», Nr. 25, 1. Oktober 1917.
- 375<sup>3</sup> «*Zentrarchiv*». Die Arbeiterbewegung 1917, Moskau, Staatsverlag 1926, Seite 194.
- 376<sup>1</sup> Ebenda, Seite 194.
- 376<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Ueber die Streikstatistik in Rußland. Sämtliche Werke, Band XV, Seite 44.
- 377<sup>1</sup> *Im Donezbecken*. Maßnahmen des Generals Kaledin. «Ruskoje Slowo», Nr. 235, 14. Oktober 1917.
- 377<sup>2</sup> «*Zentrarchiv*». Die Arbeiterbewegung 1917, Moskau, Staatsverlag 1926, Seite 222.
- 378<sup>1</sup> *Zum Streik der Lederarbeiter*. «Iswestija des Moskauer Sowjets der Arbeiterdeputierten». Nr. 191, 19. Oktober 1917.
- 380<sup>1</sup> *In den Alexandrowski-Werken*. «Rabotschi Putj» Nr. 43, 22. Oktober 1917.
- 380<sup>2</sup> *Protokolle des Betriebskomitees der Prochorowschen* «Trjochgornaja Manufaktura». «Istorija Proletariata SSSR» 1932, Nr. 9, Seite 160.
- 381<sup>1</sup> «*Zentrarchiv*». Die Bauernbewegung 1917, Moskau, Staatsverlag 1927. Beilage: Aufstellung über Zahl und Art der Rechtsverletzungen.
- 381<sup>2</sup> Ebenda.
- 382<sup>1</sup> «*Zentrarchiv*». Die Zersetzung der Armee 1917. Moskau, Staatsverlag, 1925, Seite 134.
- 383<sup>1</sup> Ebenda, Seite 135.
- 383<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Die Krise ist herangereift. Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 301.
- 384<sup>1</sup> *Aufruf der Zentralrada*. «Kiewskaja Mysl», Nr. 210, 29. August 1917.
- 384<sup>2</sup> *Aufruf an die Muselmanen*. «Iswestija des Moskauer Sowjets der Arbeiterdeputierten», Nr. 151, 31. August 1917.
- 386<sup>1</sup> *Stalin, J. W.* Die Oktoberumwälzung und die nationale Frage. In seinem Buch: Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage. Sammelbuch ausgewählter Aufsätze und Reden. Moskau, Partisdats 1934, Seite 52.
- 387<sup>1</sup> *An alle werktätigen Muselmanen* der Stadt Samarkand. «Hurrjat» (Freiheit), Nr. 33, 25. August 1917 (in usbekischer Sprache).
- 387<sup>2</sup> *Die finnländischen Angelegenheiten*. «Rjetsch», Nr. 226, 26. September 1917.
- 388<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 322.

## Dreizehntes Kapitel

### Armee und Flotte am Vorabend der Oktoberrevolution

- 389<sup>1</sup> *ZMGA*. Fonds — Soldatenexekutivkomitee der 12. Armee. Akte Nr. 412—708, Blatt 58.
- 390<sup>1</sup> *ZMGA*. Fonds — Stab des Höchstkommmandierenden. Verwaltung des diensthabenden

- Generals. Akte Nr. 80—097, Blatt 365 bis 370.
- 390<sup>2</sup> *Soldatenbriefe von 1917*. Moskau, Staatsverlag 1927, S. 119.
- 392<sup>1</sup> *Werchowski, A. I.* Rußland auf dem Golgatha, Petrograd, 1918, Seite 123.
- 392<sup>2</sup> ZMGA. Fonds — Kabinett des Kriegsministers. Angelegenheit Nr. 1932, Blatt 64—67.
- 392<sup>3</sup> Ebenda, Blatt 64—67.
- 392<sup>4</sup> ZMGA. Fonds — Kabinett des Kriegsministers. Akte Nr. 1876, Blatt 44.
- 393<sup>1</sup> Ebenda, Blatt 45.
- 393<sup>2</sup> ZMGA. Fonds — Kabinett des Kriegsministers. Akte Nr. 1957, Blatt 27.
- 393<sup>3</sup> *Lenin, W. I.* Rede in der Sitzung des Allrussischen Zentral-  
exekutivkomitees vom 23. Februar 1918, Sämtliche Werke, Band XXII, Seite 301.
- 394<sup>1</sup> ZMGA. Fonds — Kabinett des Kriegsministers, Angelegenheit 1932, Blatt 158.
- 394<sup>2</sup> *Stankewitsch W. B.* Erinnerungen aus den Jahren 1914 bis 1919. Berlin 1920, S. 246.
- 395<sup>1</sup> ZMGA. Fonds — Kabinett des Kriegsministers, Akte Nr. 1745, Blatt 32.
- 395<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 129.
- 396<sup>1</sup> ZMGA. Fonds — Kabinett des Kriegsministers, Akte Nr. 1820, Blatt 14, 18.
- 396<sup>2</sup> ZMGA. Fonds — Kabinett des Kriegsministers, Akte Nr. 1764, Blatt 45—46, 48.
- 396<sup>3</sup> Ebenda, Blatt 13.
- 396<sup>4</sup> ZMGA. Fonds — Kabinett des Kriegsministers, Akte Nr. 2211, Blatt 1.
- 397<sup>1</sup> ZAOR. Fonds Nr. 1235. Allrussisches Zentral-  
exekutivkomitee. Serie D/4 Nr. 179. 1917, Blatt 135—136.
- 397<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 135—136.
- 397<sup>3</sup> ZMGA. Fonds — Kabinett des Kriegsministers, Akte Nr. 1876, Blatt 128.
- 397<sup>4</sup> Ebenda, Blatt 84.
- 398<sup>1</sup> *Agurski, S.* Der Oktober in Weißrußland. Sammlung von Aufsätzen und Dokumenten, Lieferung 1, Minsk 1927, Seite 369 (weißrussisch).
- 399<sup>1</sup> *Kolbin, I.* Die Baltische Flotte auf dem Wege zum Oktober. «Krasnij Flot» 1927, Nr. 20, Seite 24.
- 399<sup>2</sup> Ebenda, Seite 27.
- 399<sup>3</sup> Ebenda, Seite 27.
- 400<sup>1</sup> *Baltische Flotte* an Kerenski. «Rabotschi Putj» Nr. 34, 12. Oktober 1917.
- 401<sup>1</sup> *Die Matrosen* der Schwarzmeerflotte in der Oktoberrevolution. Dokumente aus Kampftagen. Morskoi Sbornik (Marinesammelbuch), 1933, Nr. 11, Seite 103.
- 403<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Der Bolschewismus und die «Zersetzung» der Armee. Sämtl. Werke, Band XX, 2. Halbband, Seite 101.
- 404<sup>1</sup> *Freudige Erscheinung.* «Soldat» Nr. 26, 14. September 1917.
- 404<sup>2</sup> *Brief aus der Frontarmee.* «Soldat» Nr. 35, 26. September 1917.
- 405<sup>1</sup> *Romas, J.* Aus den Stimmungen in der Armee. Im Buch: Vom Februar zum Oktober. Sammlung von Aufsätzen, Erinnerungen und Dokumenten. Lieferung 1. Moskau, Verlag «Nowaja Moskwa» 1923, S. 82.
- 405<sup>2</sup> *Soldatenbriefe von 1917*. Moskau, Staatsverlag 1927, Seite 80.
- 405<sup>3</sup> Ebenda, Seite 118.
- 407<sup>1</sup> ZMGA. Fonds — Stab des Oberbefehlshabers der Armee der Westfront. Akte Nr. 157—792. Blatt 246.

- 407<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 126.  
 408<sup>1</sup> Ebenda, Blatt 247.  
 409<sup>1</sup> *Bolschewisierung* der Petrograder Garnison, Sammlung von Materialien und Dokumenten, Leningrad, Leningrader Gebietsverlag, 1932, Seite 296.  
 410<sup>1</sup> Ebenda, Seite 264.  
 410<sup>2</sup> *ZMGA. Fonds* — Stab des Höchstkommmandierenden, Verwaltung des diensthabenden Generals. Akte Nr. 80 — 097, Blatt 191.  
 411<sup>1</sup> Das 712. Saltykow-Newski-Infanterieregiment «Soldat» Nr. 35, 26. September 1917.  
 412<sup>1</sup> «*Zentrarchiv*». Zersetzung der Armee 1917, Moskau, Staatsverlag, 1925, Seite 145.  
 413<sup>1</sup> Ebenda, Seite 124.  
 413<sup>2</sup> Ebenda, Seite 124.  
 413<sup>3</sup> *ZMGA. Fonds* — Stab des Oberbefehlshabers der Armeen der Nordfront, Akte Nr. 222—554, Blatt 288.  
 413<sup>4</sup> *ZMGA. Fonds* — Soldatenexekutivkomitee der 12. Armee, Akte Nr. 412—641, Blatt 50.  
 414<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung, Sämtliche Werke, Band XXIV, Seite 638, russisch.  
 414<sup>2</sup> *Soldatenbriefe von 1917*. Moskau, Staatsverlag, 1927, S. 137.  
 414<sup>3</sup> Ebenda, Seite 141.

#### Vierzehntes Kapitel

### Die Manöver der Kompromißler und die Pläne der Bourgeoisie angesichts des Heranwachsens der Revolution

- 416<sup>1</sup> *Plenarsitzung* des Zentralexekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendepu- tierten und des Exekutivkomitees der Bauerndeputierten. Rede Skobelevs. «Iswestija des Zentralexekutivkomitees und des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendepu- tierten» Nr. 160, 2. September 1917.  
 416<sup>2</sup> *Plenarsitzung* des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendepu- tierten und des Exekutivkomitees der Bauerndeputierten, Resolution der Menschewiki und Sozialrevolutionäre. «Iswestija des Zentralexekutivkomitees und des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendepu- tierten» Nr. 161, 3. September 1917.  
 417<sup>1</sup> *Verlauf der Sitzung*. «Iswestija des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendepu- tierten», Nr. 176, 20. September 1917.  
 419<sup>1</sup> *Beschlüsse* der Provisorischen Regierung. Bestimmungen über den Provisorischen Rat der Republik Rußland. «Westnik Wremennowo Prawitelstwa», Nr. 167, 3. Oktober 1917.  
 419<sup>2</sup> Ebenda.  
 422<sup>1</sup> *Lenin, W. I.* Die Meinungs- verschiedenheiten in der europä- ischen Arbeiterbewegung. Sämt- liche Werke, Band XV, Seite 7, russisch.  
 422<sup>2</sup> *Lenin, W. I.* Politische Erpres- sung. Sämtliche Werke, Band XXI, Seite 116.  
 423<sup>1</sup> *Befehl von A. F. Kerenski*. «Nowaja Siss» Nr. 132, 20. September 1917.

- 424<sup>1</sup> *Brief* des Infanteriegenerals M. W. Alexejew an den Generalleutnant M. K. Diederichs, «Bjeloje Djelo» (Die weiße Sache) Band I, Berlin, 1926, Seite 77.
- 425<sup>1</sup> *M. W. Rodsjanko*. Ueber die gegenwärtige Lage. «Utro Ros-sij» Nr. 242, 8. Oktober 1917.
- 426<sup>1</sup> *Der Provisorische Rat der Republik*. «Ruskij Wedomosty» Nr. 235, 14. Oktober 1917.
- 426<sup>2</sup> *In der Beratung* der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. «Ruskij Wedomosty» Nr. 230, 8. Oktober 1917.
- 426<sup>3</sup> *Die Moskauer Beratung*. «No-woje Wremja» Nr. 14897, 14. Oktober 1917.
- 427<sup>1</sup> *In der Beratung* der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. «Ruskij Wedomosty» Nr. 234, 13. Oktober 1917.
- 427<sup>2</sup> *Die Moskauer Beratung*. «No-woje Wremja» Nr. 14898, 15. Oktober 1917.
- 428<sup>1</sup> *Die Beratung* der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. «Ruskij Wedomosty» Nr. 236, 15. Oktober 1917.
- 430<sup>1</sup> *Das Petrograder Exekutivkomitee* über die Verteidigung Petrograds. «Iswestija des Zentral-exekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten», Nr. 193, 10. Oktober 1917.
- 430<sup>2</sup> *Resolutionen des Petrograder Sowjets*. «Rabotschi Putj» Nr. 32, 23. Oktober 1917.

#### Fünfzehntes Kapitel

### Die Verteilung der Kampfkräfte der Konterrevolution am Vorabend der Großen Proletarischen Revolution

- 434<sup>1</sup> *Wassiljew, I. I.* Wie der Juli-aufstand 1917 zustande kam. Manuskriptfonds — «Geschichte des Bürgerkriegs» Nr. 1389.
- 435<sup>1</sup> *ZMGA*. Fonds — Stab des Oberbefehlshabers der Armee der Kaukasischen Front, Akte Nr. 2075, Blatt 152—155.
- 436<sup>1</sup> «*Zentrarchiv*». Die Zersetzung der Armee 1917. Moskau, Staatsverlag 1925, Seite 64.
- 437<sup>1</sup> Ebenda, Seite 66.
- 438<sup>1</sup> Ebenda, Seite 74.
- 438<sup>2</sup> *ZMGA*. Fonds — Stab des Höchstkommmandierenden, Verwaltung des General-Quartiermeisters.
- 440<sup>1</sup> *ZMGA*. Fonds — Stab des Höchstkommmandierenden. Verwaltung des diensthabenden Generals. Akte Nr. 76—086, Blatt 208.
- 440<sup>2</sup> *ZMGA*. Fonds — Stab des Höchstkommmandierenden. Die Staatsumwälzung und der Zustand der Armee im Zusammenhang mit der Umwälzung, Akte Nr. 812, Blatt 73.
- 440<sup>3</sup> *ZMGA*. Fonds — Stab des Oberbefehlshabers der Armeen der Nordfront, Akte Nr. 222—917, Blatt 196.
- 441<sup>1</sup> *ZMGA*. Fonds — Stab des Oberbefehlshabers der Armeen der Nordfront, Akte Nr. 224—314, Blatt 268.
- 443<sup>1</sup> *ZMGA*. Fonds — Stab des Oberbefehlshabers der Armeen der Südwestfront, Akte Nr. 142 bis 220, Blatt 10.

- 444<sup>1</sup> *ZMGA.* Fonds — Stab des Oberbefehlshabers der Armeen der rumänischen Front, Akte Nr. 320—423, Blatt 119.
- 444<sup>2</sup> *ZMGA.* Fonds — Exekutivkomitee der Südwestfront, Akte Nr. 56—833, Blatt 269.
- 445<sup>1</sup> *ZMGA.* Fonds — Stab der III. Armee, Akte Nr. 311—314, Blatt 308.
- 445<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 308.
- 446<sup>1</sup> *ZMGA.* Fonds — Kabinett des Kriegsministers, Akte Nr. 1588c, Blatt 30.
- 447<sup>1</sup> *ZMGA.* Fonds — Stab des Höchstkommandierenden, Verwaltung des General-Quartiermeisters, Akte Nr. 2066, Blatt 2—3.
- 449<sup>1</sup> *ZAOR.* Fonds 1235. Allrussisches Zentralexekutivkomitee Serie D/I Akte Nr. 76, Blatt 28.
- 450<sup>1</sup> *ZMGA.* Fonds — Stab des Höchstkommandierenden, Verwaltung des diensthabenden Generals. Akte Nr. 80—242, Blatt 44.
- 450<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 87.
- 450<sup>3</sup> *Krasnow, P. N.* An der inneren Front. «Archiv ruskoj revoluzii», Band I, Berlin, Seite 170.
- 451<sup>1</sup> *Telegramm Brussilows.* «Kiewskaja Mysl» Nr. 101, 21. April 1917 Kiew.
- 455<sup>1</sup> *Denikin, A. I.* Skizzen über die russischen Wirren, Band II, Paris, Seite 137—138.
- 456<sup>1</sup> *Hetman Kaledin.* Resolution der Kosakenzentrale. Uebersetzung des Hetman-Befehlshaberstabes an den General Kaledin. «Utro Rossij» Nr. 220, 12. September 1917.
- 457<sup>1</sup> *ZMGA.* Fonds — Stab des Höchstkommandierenden, Verwaltung des diensthabenden Generals, Akte Nr. 80—097, Blatt 139.
- 457<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 140.
- 458<sup>1</sup> *Stalin, J. W.* Zur militärischen Lage im Süden Rußlands. «Prawda» Nr. 293, 28. Dezember 1919.
- 459<sup>1</sup> *Bolschewisierung* der Petrograder Garnison. Sammlung von Materialien und Dokumenten, Leningrad, Leningrader Gebietsverlag 1932, Seite 65.
- 460<sup>1</sup> *Armee und Flotte.* «Rjetsch» Nr. 169, 21. Juli 1917.
- 460<sup>2</sup> *Die Reichsberatung* in Moskau. «Rjetsch» Nr. 191, 16. August 1917.
- 461<sup>1</sup> Ebenda.
- 462<sup>1</sup> *ZMGA.* Fonds — Stab des Höchstkommandierenden, Verwaltung des diensthabenden Generals, Akte Nr. 80—097, Blatt 42.
- 463<sup>1</sup> Ebenda, Blatt 191.
- 463<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 26.
- 464<sup>1</sup> Ebenda, Blatt 43.
- 464<sup>2</sup> *Führen wir Krieg* oder *führen wir nicht Krieg?* «Iswestija des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten», Nr. 187, 3. Oktober 1917.
- 464<sup>3</sup> *Die Front über das Hinterland.* «Iswestija des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten», Nr. 190, 6. Oktober 1917.
- 465<sup>1</sup> *ZMGA.* Fonds — Stab des Oberbefehlshabers der Armeen der Südwestfront, Akte Nr. 142 bis 004, Blatt 414.
- 465<sup>2</sup> *ZMGA.* Fonds — Stab des Höchstkommandierenden, Verwaltung des diensthabenden Generals, Akte Nr. 76—094, Blatt 366.
- 466<sup>1</sup> *Denikin, A. I.* Skizzen über die russischen Wirren, Band II, Paris 1922, Seite 138.

- 466<sup>2</sup> *Die Beratung* der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. «Ruskij Wedomosty» Nr. 235, 14. Oktober 1917.
- 466<sup>3</sup> *Die zweite Moskauer Beratung.* «Iswestija des Zentral-exekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten», Nr. 197, 14. Oktober 1917.
- 466<sup>4</sup> *Der Rat der Republik.* Rede von P. B. Struve. «Djelo Naroda» Nr. 186, 21. Oktober 1917.
- 467<sup>1</sup> *In der Provisorischen Regierung.* «Iswestija des Zentral-exekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten», Nr. 193, 12. Oktober 1917.
- 468<sup>1</sup> ZMGA. Fonds — Stab des Höchstkommmandierenden. Verwaltung des General-Quartiermeisters, Akte Nr. 673, Bl. 142.
- 468<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 186.
- 469<sup>1</sup> Ebenda, Blatt 156—157.
- 469<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 105.
- 470<sup>1</sup> Ebenda, Blatt 198.
- 470<sup>2</sup> Ebenda, Blatt 200.
- 471<sup>1</sup> Ebenda, Blatt 200.
- 471<sup>2</sup> *Trotzki, L.* Die Lehren des Oktober, Sämtliche Werke, Band III, Teil 1, Moskau, Staatsverlag, Seite XLIX, L.
- 472<sup>1</sup> *Kundmachung.* «Iswestija des Zentral-exekutivkomitees der Arbeiter- und Soldatendeputierten» Nr. 199, 17. Oktober 1917.
- 474<sup>1</sup> ZMGA. Fonds — Kabinett des Kriegsministers, Akte Nr. 2003c, Blatt 46.
- 475<sup>1</sup> *Dresen, A.* Die Petrograder Garnison im Oktober, «Krasnaja Ljetopis» 1927, Nr. 2 (23), Seite 113.
- 475<sup>2</sup> *Bolschewisierung* der Petrograder Garnison. Sammlung von Materialien und Dokumenten. Leningrad, Leningrader Gebietsverlag 1932. Seite 337.
- 476<sup>1</sup> *Dresen, A.* Die Petrograder Garnison in der Oktoberrevolution. «Krasnaja Ljetopis», 1927, Nr. 2 (23), Seite 115.
- 477<sup>1</sup> *Kerenski, A. F.* Aus der Ferne, Aufsatzsammlung (1920—1921), Paris, Seite 195.
- 477<sup>2</sup> Ebenda, Seite 300.

## Namensverzeichnis

- Aladjin, A. F. (1873) — Seite 310.  
 Alexander I. (1774—1825) — S. 53.  
 Alexander II. (1818—1881) — Seite 31, 53, 56.  
 Alexandrow, P. A. — Seite 473.  
 Alexej (1904—1918) — Seite 65, 80, 121, 122.  
 Alexejew, M. W. (1857—1918) — Seite 37, 42, 80, 93, 104, 105, 132, 297, 304, 310, 312, 315, 320, 424, 437, 438, 439, 440, 444, 447, 454, 460, 461.  
 Alexejewski — Seite 395.  
 Alexinski (Alexiski), G. A. (1879) — Seite 255, 303.  
 Andronikow, M. M. (1875) — S. 65.  
 Angarski, N. S. (1873) — Seite 281, 282.  
 Anna, L. (1718—1746) — Seite 74.  
 Artjom, Sergejew, F. A. (1883—1921) — Seite 292.  
 Asef, E. F. (1870—1918) — Seite 23.  
 Astrow, N. J. (1868—1934) — Seite 261, 262, 263.  
 Awksentjew, N. D. (Awxentjew) (1878) — Seite 24, 253, 254, 416.
- B**adajew, A. E. (1883) — Seite 20.  
 Bagratuni, J. S. — Seite 440, 472.  
 Bajdak, N. D. (1850—1924) — S. 337.  
 Balawinski — Seite 315.  
 Balmaschow, S. W. (1882—1902) — Seite 23.  
 Baranowski, W. A. (1882—1931) — Seite 446.  
 Bark, P. L. (1858) — Seite 40.  
 Baryschnikow, A. A. (1877) — S. 261.
- Basilewski, P. A. — Seite 81.  
 Batkin, F. — Seite 400, 436.  
 Batjuschin, N. S. (1874) — Seite 66.  
 Begun — Seite 406.  
 Belezki, S. P. (1873—1918) — S. 64.  
 Belorussow, A. S. (Belewski) (1859 bis 1919) — Seite 427.  
 Bernazki, M. W. (1876) — Seite 419.  
 Bersin, J. A. (1881) — Seite 292.  
 Bizenko, A. A. (1875) — Seite 421.  
 Blanc, Louis (1811—1882) — S. 211.  
 Blanqui, Louis, August (1805—1881) — Seite 142.  
 Boborykin, M. — Seite 943.  
 Bobrinski, A. A. (1862) — Seite 67.  
 Bogajewski, M. P. (1881—1918) — Seite 465.  
 Bogdanow, B. O. — Seite 254.  
 Bogoljepow, N. P. (1846—1901) — Seite 23.  
 Borgbjeng, F. (1866) — Seite 171, 172.  
 Borissow — Seite 401.  
 Bratianu, J. (1864—1927) — S. 311.  
 Breschko-Breschkowskaja, E. K. (1844—1934) — Seite 420, 461.  
 Broido, M. J. (1877) — Seite 84.  
 Bronski, M. G. (1882) — Seite 143.  
 Brussilow, A. A. (1853—1926) — Seite 80, 132, 217, 218, 219, 220, 221, 297, 299, 304, 423, 436, 438, 451, 452, 466.  
 Buchanan, Sir George (1854—1924) — Seite 73, 74, 82, 136, 257, 260, 296, 297, 298, 299, 316, 456.  
 Bucharin, N. I. (1888) — Seite 51, 283, 284, 285, 292.

- Bublikow, A. A. (1875) — Seite 35, 308, 333.
- Bubnow, A. S. (1883) — Seite 157, 292.
- Bunakow (Fundaminski J. J.) (1881) — Seite 24.
- Buryschkin, A. W. (1853) — S. 418.
- Burzew, W. L. (1862) — Seite 467.
- Cavaignac, L. E. (1802—1857) — Seite 211.
- Chabalow, S. S. (1858—1924) — Seite 84, 91, 92, 93, 102, 104, 105, 123.
- Chantrel, Pierre — Seite 63.
- Chétardie, J. (1705—1758) — Seite 74.
- Chmelnizki, B. — Seite 452.
- Christjuk, P. A. — Seite 194.
- Chruschtschow, A. G. — Seite 127, 128.
- Chwostow, A. N. (1872—1918) — Seite 65, 77.
- Clemenceau, G. (1841—1919) — S. 63.
- Czernin, O. (1872) — Seite 78.
- Dan, F. I. (1871) — Seite 25, 207, 208, 210, 255, 264, 418.
- Demjanow, A. A. (1866—1920) — Seite 187.
- Denikin, A. J. (1872) — Seite 133, 261, 296, 301, 303, 305, 320, 436, 438, 454.
- Diamandi, K. (1868) — Seite 311.
- Dimitrenko — Seite 427.
- Dimitri Pawlowitsch (1891) — S. 80.
- Dmitrjukow, J. J. (1872) — Seite 103.
- Dolgopolow — Seite 392.
- Dowbor-Musnizki, Generalleutnant — Seite 450.
- Dragomirow, A. M. (1870) — S. 221.
- Drankin — Seite 435.
- Drosdowski, M. G. (1881—1919) — Seite 435.
- Dsubinski, N. J. (1860—1927) — Seite 103.
- Duchonin, N. N. (1876—1917) — Seite 354, 383, 429, 454, 457, 463, 465, 466, 468, 469, 470.
- Dudarow, B. P. (1882) — Seite 252, 254.
- Dukschi, Ischan — Seite 58.
- Durnowo, P. N. (1844—1915) — Seite 11, 209.
- Dutow, A. I. (1864—1921) — Seite 232, 309, 356, 357, 455.
- Dzierzynski, F. E. (1877—1926) — Seite 157, 277, 292.
- Elisabeth, C. P. (1709—1761) — Seite 74.
- Esmon — Seite 344.
- Filippowski, W. N. — Seite 114, 133, 134, 207.
- Filonenko, M. M. — Seite 299, 300, 307, 310, 312, 313.
- Fredericks, W. B. (1838) — Seite 97.
- Frolow, Fähnrich — Seite 475.
- Galin — Seite 473.
- Gegetschkori, R. P. (1878) — S. 197.
- Godnew, I. W. (1856) — Seite 118, 184, 263.
- Gogol, N. W. (1809—1852) — Seite 16, 339.
- Golizyn, N. D. (1850—1925) — Seite 66, 96, 108.
- Goremykin, J. L. (1839—1917) — Seite 66.
- Goz, A. R. (1882) — Seite 178, 183, 253, 254.
- Grodski — Seite 397.
- Gruschewski, M. S. (1866—1934) — Seite 194.
- Gutschkow, A. J. (1862—1935) — Seite 15, 17, 18, 25, 27, 42, 80, 81, 85, 107, 118, 120, 121, 122, 123, 131, 133, 134, 135, 158, 167, 182, 198, 230, 299, 423.
- Gwosdew, K. A. (1883) — Seite 25, 84, 133, 141, 330, 372, 373, 419.



- Henderson, A. (1863—1935) — Seite 215.  
 Henzel, P. P. (1878) — Seite 333.
- Ignatjew, P. N. (1870—1926) — Seite 15, 310.  
 Iljin, J. A. — Seite 466.  
 Iwan der Schreckliche (1530—1584) — Seite 41.  
 Iwanow, N. J. (1851—1919) — Seite 107, 297.
- Januschkewitsch, N. N. (1868—1918) — Seite 10.  
 Jaroslawski, I. (1878) — Seite 275.  
 Jasmikow — Seite 436.  
 Jazkewitsch, Obersileutnant — S. 450.  
 Jefremow, J. N. (1866) — Seite 15, 261, 263, 265.  
 Jefron — Seite 129.  
 Jermolenko, D. — Seite 255.  
 Joffe, A. A. (W. Krymski) (1883 bis 1927) — Seite 292.  
 Judenitsch, N. N. (1872) — Seite 304.  
 Jurenaw, P. N. (1874) — Seite 265.  
 Jurenaw (Jurenjew) K. K. (1889) — Seite 281, 292, 316, 338, 339.  
 Jussupow, F. F. (1887) — Seite 80.
- Kalajaw J. P. (1877—1905) — S. 23.  
 Kaledin, A. M. (1861—1918) — Seite 304, 307, 308, 309, 311, 377, 447, 455, 456.  
 Kamnew, L. B. (1883) — Seite 50, 51, 168, 169, 174, 256, 283, 292.  
 Kamenschtschikow, W. W. (1879) — Seite 406.  
 Kamkow, B. D. (1885) — Seite 421.  
 Karnachow, P. A. — Seite 51.  
 Karpowitsch, P. W. (1874—1917) — Seite 23.  
 Kartaschew, A. W. (1875) — Seite 265, 316, 419.  
 Katharina II. (1729—1796) — Seite 53, 54.
- Kerenski, A. F. (1881) — Seite 21, 22, 24, 25, 86, 96, 103, 118, 122, 123, 124, 130, 141, 182, 183, 184, 196, 207, 217, 218, 219, 220, 244, 245, 246, 247, 256, 257, 258, 259, 261, 263, 264, 265, 296, 297, 299, 300, 301, 306, 307, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 322, 324, 333, 345, 346, 347, 350, 351, 352, 376, 380, 399, 400, 412, 414, 418, 419, 423, 426, 430, 431, 439, 440, 442, 446, 447, 450, 452, 455, 456, 457, 467, 472, 473, 477.
- Kirow, S. M. (1886—1934) — Seite 319, 320.  
 Kirpitschnikow — Seite 98, 100.  
 Kischkin, H. M. (1864) — Seite 69, 261, 262, 263, 304, 305, 418, 419.  
 Knox, A. (1870) — Seite 110, 215, 317.  
 Kokoschkin, F. F. (1871—1918) — Seite 265, 307, 316.  
 Kolegajew, A. L. (1888) — Seite 421.  
 Kollontai, A. M. (1872) — Seite 292.  
 Kolokolow — Seite 99.  
 Kolokolnikow, P. N. — Seite 330.  
 Koltshak, A. W. (1873—1920) — Seite 297, 303, 305, 310, 400.  
 Kondratjew, L. (1892) — Seite 352.  
 Konowalow, A. J. (1875) — Seite 15, 85, 103, 129, 131, 184, 189, 190, 327, 328, 382, 418, 419, 423.
- Kornilow, L. G. (1870—1918) — Seite 79, 123, 179, 234, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 320, 321, 322, 323, 337, 338, 340, 341, 342, 345, 376, 380, 384, 387, 389, 390, 398, 414, 415, 416, 420, 422, 423, 428, 429, 435, 438, 441, 442, 446, 447, 448, 450, 452, 454, 456, 465, 466.
- Korolew — Seite 406.  
 Korownitschenko, P. A. — Seite 423, 473.  
 Koslow — Seite 404.

- Kossior, S. W. (1889) — Seite 157.  
 Kowalewski, M. M. (1851—1916) — Seite 143.  
 Kowaljew — Seite 194.  
 Krasnow, P. M. (1869) — Seite 312, 450.  
 Krawtschuk, Oberst — Seite 470.  
 Krestinski, N. N. (1883) — Seite 292.  
 Kriwoschein, A. W. (1858—1923) — Seite 15.  
 Krupskaja, N. K. (1869) — Seite 143, 157.  
 Krylow — Seite 91.  
 Krynow, A. J. (1871—1917) — Seite 79, 80, 310, 312, 319.  
 Kudrjanzew — Seite 133.  
 Kusmin-Karawajew, D. D. (1856) — Seite 32, 254.  
 Kuibyschew, W. W. (1888—1935) — Seite 157.  
 Kutjopow, A. S. (1881) — Seite 101.  
 Kutler, N. N. (1859—1924) — Seite 189, 190, 305.
- Landsberg, Ingenieur, — Seite 340.  
 Laschewitsch, M. M. (1884—1928) — Seite 278.  
 Laschkewitsch — Seite 94, 98, 99.  
 Lenin, W. I. (1870—1924) — Seite 12, 13, 18, 19, 20, 25, 27, 32, 49, 50, 51, 52, 60, 61, 62, 86, 106, 118, 119, 127, 128, 138, 139, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 151, 152, 153, 156, 157, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 173, 174, 175, 179, 180, 181, 182, 188, 191, 192, 194, 195, 196, 198, 202, 203, 205, 206, 207, 208, 210, 211, 220, 223, 224, 227, 228, 229, 230, 234, 240, 241, 248, 249, 251, 255, 256, 259, 260, 261, 265, 269, 273, 277, 278, 279, 292, 293, 295, 303, 304, 308, 316, 321, 322, 324, 332, 359, 361, 362, 366, 368, 369, 376, 377, 383, 388, 392, 393, 403, 404, 405, 413, 417, 421, 422, 470, 473, 475.
- Liebknecht, Karl (1871—1919) — Seite 149, 160.  
 Liber, M. J. (Goldmann) (1880) — Seite 254, 418.  
 Litwinow-Falinski, W. P. (1868) — Seite 41.  
 Liwerowski, A. W. — Seite 339, 419.  
 Lokalow, A. A. — Seite 372.  
 Lukas — Seite 55.  
 Lukomski, A. S. (1868) — Seite 320, 446.  
 Lunatscharski, A. W. (1875—1933) — Seite 292.  
 Lwow, G. J. (1861—1925) — S. 315.  
 Lwow, N. N. (1867) — Seite 340.  
 Lwow, W. N. (1872) — Seite 15, 18, 81, 103, 118, 123, 125, 126, 153, 182, 183, 184, 258, 259, 263, 300, 310, 313, 314, 340.
- Maklakow, N. A. (1871—1918) — Seite 18, 66, 67, 70, 78, 304, 305.  
 Maklakow, W. A. (1870) — Seite 15, 20.  
 Maljantowisch, P. N. — Seite 419.  
 Manassewitsch-Mannilow, J. F. (1869—1918) — Seite 66.  
 Manikowski, A. A. (1865—1920) — Seite 33.  
 Mannilow, A. A. (1861—1929) — Seite 118, 184, 245.  
 Markow — Seite 99.  
 Markow II, N. I. (1876) — Seite 16, 17, 77.  
 Markow, S. L. (1879—1918) — S. 320.  
 Martow (Zederbaum, J. O.) (1873 bis 1923) — Seite 25, 26, 143, 268.  
 Marx, Karl (1818—1883) — Seite 464.  
 Masaryk, T. G. (1850—1937) — Seite 453.  
 Mazeppa, J. W. — Seite 194.  
 Maslennikow, A. M. (1858) — S. 262.  
 Maslow, P. P. (1867) — Seite 25, 338, 345.

- Maslow, S. — Seite 338, 345, 348, 349, 350, 419.
- Masurenko, J. P. — Seite 252.
- Meck, N. K. (1863—1929) — S. 339.
- Michael Alexandrowitsch — Seite 80, 117, 121, 122, 123.
- Michailowski, W. G. (gestorben 1926) Seite 35.
- Miljukow, P. N. (1859) — Seite 11, 14, 15, 20, 24, 27, 69, 70, 72, 76, 80, 83, 85, 103, 107, 109, 110, 115, 116, 117, 118, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 136, 137, 142, 143, 167, 178, 180, 181, 182, 184, 198, 230, 246, 262, 263, 264, 266, 296, 302, 304, 305, 309, 312, 315, 320, 428.
- Miljutin, W. P. (1884) — Seite 292.
- Mironowitsch — Seite 347.
- Molotow (Skrjabin) W. M. (1890) — Seite 86, 157, 283.
- Morosowa — Seite 307.
- Mruak, Franz — Seite 298.
- Muranow, M. K. (1873) — Seite 20, 292.
- Nabakow, W. D. (1869—1922) — Seite 136, 184, 261, 262.
- Nachamkes — Seite 133.
- Nakorjakow — Seite 396.
- Napoleon I. (Bonaparte) (1769 bis 1821) — Seite 53.
- Natanson, M. A. (1850—1919) — Seite 421.
- Nekrassow, N. W. (1879) — Seite 15, 103, 118, 122, 183, 245, 258, 263, 265, 334, 335, 336, 337, 385.
- Neratow, A. L. (1863) — Seite 146.
- Nikitin, A. N. (1867) — Seite 265, 322, 332, 337, 382, 467, 468, 472.
- Nikolajewski — Seite 303.
- Nikolai Nikolajewitsch (1856—1929) — Seite 10, 29, 30, 298.
- Nikolaus I. (1796—1855) — Seite 31, 53, 54.
- Nikolaus II. (1868—1918) — Seite 9, 11, 16, 29, 30, 32, 37, 52, 53, 54, 65, 66, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 85, 92, 95, 96, 97, 99, 102, 104, 105, 106, 107, 108, 111, 117, 122, 123, 125, 134, 161, 171, 174, 217, 259, 434, 444.
- Nikonow — Seite 464.
- Nogin, W. P. (1878—1924) — Seite 157, 168, 256, 281, 282, 292.
- Nowosilziw, L. N. (1872) — Seite 305.
- Oldenburg, S. F. (1863—1934) — Seite 265, 316.
- Oppokow-Lomow — Seite 157.
- Ordshonikidse, G. K. (Sengo) (1886 bis 1937) — Seite 277.
- Orechow, M. D. — Seite 339.
- Orlow — Seite 99.
- Orlowitsch, W. — Seite 475.
- Paderin, A. N. (1892) — Seite 133.
- Paléologue, Maurice (1859) — Seite 10, 11, 73, 74, 136.
- Paltschinski, P. I. — Seite 324, 325, 330, 422.
- Pankratow, W. S. (1864—1925) — Seite 255.
- Parvus-Helphand, A. L. — Seite 143.
- Paul I. (1754—1801) — Seite 74.
- Paul, Alexander — Seite 104.
- Pawlowa, Maria (1854—1923) — Seite 74.
- Perewersew, N. P. — Seite 183, 187.
- Peschechonow, A. W. (1867—1937) — Seite 24, 191, 192, 265, 341, 350, 351.
- Peter I. (1672—1725) — Seite 53, 54.
- Petljura, S. W. (1877—1926) — Seite 194.
- Petrokow, M. J. (1895) — Seite 231.
- Petrowski, G. J. (1877) — Seite 20.
- Petsche, J. J. (1881) — Seite 238.
- Petschkurow — Seite 396.
- Pjatakow, J. L. (1890—1937) — Seite 173, 174.

- Pjatnizki, O. A. (1882) — Seite 157.  
 Platten, Fritz (1883) — Seite 145.  
 Plechanow, G. W. (1856—1918) —  
 Seite 24, 25, 50, 156, 164, 213,  
 303, 310.  
 Plehwe, W. K. (1846—1904) — Seite  
 16, 23.  
 Podbjelski, W. N. (1887—1920) —  
 Seite 272.  
 Poincaré, R. (1860—1934) — S. 72.  
 Pokrowski, N. N. (1865) — Seite 310.  
 Poliwanow, A. A. (1855—1920) —  
 Seite 15.  
 Polkownikow, P. (1883—1918) —  
 Seite 431, 472.  
 Polowzew, P. — Seite 253, 255, 256,  
 261.  
 Popowitsch-Lipowatz — Seite 297.  
 Posnikow — Seite 395.  
 Posnikow, A. S. — Seite 129.  
 Potapow, General — Seite 133.  
 Potressow (Starower), A. N. (1869—  
 1934) — Seite 25, 114, 265.  
 Preobraschenski, E. A. (1886) —  
 Seite 278, 285.  
 Prokopowitsch, S. N. (1871) — Seite  
 265, 304, 328, 351, 353, 354, 355,  
 419.  
 Proschjan, P. P. (1883—1918) —  
 Seite 421.  
 Protopopow, A. D. (1866—1918) —  
 Seite 30, 72, 76, 77, 78, 81, 95,  
 96, 302.  
 Purischkewitsch, W. N. (1870—1920)  
 — Seite 16, 71, 80, 246, 262, 296.  
 Rakitnikow, N. I. (1864) — Seite 324.  
 Rasin — Seite 300.  
 Raskolnikow, F. F. (1892) — S. 248.  
 Rasputin-Nowych, G. E. (1872—1916)  
 — Seite 64, 65, 66, 76, 80, 115.  
 Rittich, A. A. (1868) — Seite 38, 129.  
 Rittschenko — Seite 392.  
 Rjabuschinski, P. P. (1871) — Seite  
 15, 243, 304, 305, 323, 333.  
 Rjabzew — Seite 470.  
 Robins, Raymond (1873) — Seite 317.  
 Rochowitsch — Seite 351.  
 Roditschew, F. I. (1856) — Seite 20,  
 83, 96, 262, 307.  
 Rodsjanko, M. W. (1859—1924) —  
 Seite 15, 18, 30, 41, 72, 77, 80,  
 81, 96, 97, 102, 103, 108, 109, 111,  
 112, 116, 117, 122, 123, 130, 184,  
 187, 296, 297, 300, 304, 305, 308,  
 343, 425, 426.  
 Roginski — Seite 408.  
 Romanowski, J. P. — Seite 317, 320.  
 Rshewski, W. A. (1866) — Seite 103.  
 Ruchlow, S. W. (1853—1918) —  
 Seite 41.  
 Russkij, J. W. (1854—1918) — Seite  
 80, 426.  
 Rykow, A. I. (1881) — Seite 168,  
 169, 256, 292.  
 Salaskin, S. — Seite 419.  
 Saleschski, S. S. — Seite 281.  
 Salisnjak — Seite 194.  
 Samarin, A. D. (1869) — Seite 81.  
 Samoilow, F. N. (1882) — Seite 20.  
 Samsonow, A. W. (1859—1914) —  
 Seite 11.  
 Sarudny, A. S. (1864—1934) — Seite  
 265.  
 Sasonow, E. S. (1878—1910) — S. 23.  
 Sasonow, S. D. (1861—1927) — Seite  
 11, 73, 74.  
 Sassulitsch, W. J. (1851—1919) —  
 Seite 74.  
 Sawenko, A. I. (1874) — Seite 19.  
 Sawinkow, B. W. (1879—1925) —  
 Seite 299, 300, 307, 310, 311, 312,  
 313, 315, 420, 450.  
 Sawizki — Seite 394.  
 Sawin, N. N. — Seite 324, 327, 328.  
 Sawitsch, N. W. (1869) — Seite 15,  
 184.

- Sawoiko, W. S. — Seite 302, 310, 313.
- Semljatschka (Samoilowa, R. S.) (1876) — Seite 157.
- Sergej Alexandrowitsch (1857—1905) — Seite 23.
- Shdanow — Seite 398.
- Shilinski, J. G. (1853) — Seite 10.
- Sidorin — Seite 303.
- Sinowjew, G. E. (1883) — Seite 292.
- Sipajlo — Seite 344.
- Sipjagin, D. S. (1853—1902) — Seite 23.
- Skobelew, M. D. (1843—1882) — Seite 180.
- Skobelew, M. J. (1885) — Seite 25, 133, 134, 178, 183, 184, 188, 189, 191, 192, 207, 265, 331, 337, 416.
- Skworzow-Stepanow, J. J. (1870—1928) — Seite 157.
- Skuratow, P. D. — Seite 91.
- Smidowitsch, P. G. (1874—1935) — Seite 157.
- Smilga, J. T. (1892) — Seite 292.
- Smirnow, S. A. — Seite 373, 419.
- Sobolew — Seite 397.
- Sokolnikow, G. J. (1888) — Seite 292.
- Sokolow, N. D. (1870—1928) — Seite 112, 114, 133.
- Somow — Seite 81.
- Spiridonowa, M. A. (1889) — Seite 421.
- Suchanow, N. N. (1882) — Seite 111, 114, 115, 134, 148.
- Suchomlinow, W. A. (1848—1926) — Seite 32, 41, 66, 390.
- Surgutschew, J. D. — Seite 392.
- Surowin, A. S. (1834—1912) — Seite 59.
- Swerdlow, J. M. (1885—1919) — Seite 86, 157, 271, 292, 402.
- Schachowskoj, W. N. (1868) — Seite 33, 34, 36, 41, 184, 245.
- Schagow, N. R. (1882—1918) — Seite 20.
- Schalfejew, M. P. (1859—1917) — Seite 91.
- Schaumjan, S. G. (1878—1918) — Seite 292.
- Scheidemann, Ph. (1863) — Seite 171.
- Schidowski, S. J. (1861) — Seite 70, 103, 131, 305.
- Schingarjow A. I. (1869—1918) — Seite 15, 19, 20, 118, 124, 125, 127, 128, 129, 130, 131, 184, 191, 192, 245, 305.
- Schreider — Seite 421.
- Schtschepkin, N. N. (1854—1919) — Seite 200.
- Schtscherbatschew, D. G. (1857) — Seite 221, 434, 438, 468.
- Schulgin, W. W. (1878) — Seite 17, 70, 71, 103, 109, 115, 120, 122, 123, 124, 305.
- Schumann — Seite 413.
- Staal, A. F. (1873) — Seite 347.
- Stalin, J. W. (1879) — Seite 61, 62, 86, 152, 153, 157, 166, 173, 174, 175, 179, 180, 193, 194, 198, 203, 212, 224, 225, 226, 249, 250, 254, 256, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 292, 293, 295, 322, 371, 385, 457.
- Stankewitsch, W. B. — Seite 219, 394, 395, 438.
- Stassowa, H. D. (1873) — Seite 157.
- Steevens, John (1853) — Seite 337.
- Steklow, I. M. (1873) — Seite 114, 134, 154.
- Stepanow, W. A. (1872) — Seite 189, 190, 191.
- Stolypin, P. A. (1862—1911) — Seite 23, 67, 187.
- Strogow — Seite 469.
- Strukow, A. P. (1852) — Seite 28.
- Struve, B. (1870) — Seite 305, 466.
- Stürmer, B. W. (1848—1917) — Seite 34, 66, 70, 73, 74.
- Tachtamyschew, S. G. — Seite 261, 310, 338.

- Tereschtschenko, M. I. (1888) — Seite 118, 131, 183, 184, 196, 245, 257, 261, 263, 265, 298, 322, 352, 467.
- Thiesenhausen — Seite 393.
- Thomas, Albert. (1878—1932) — Seite 72, 73.
- Thomas, D. (1873) — Seite 215.
- Tkatschenko, M. S. — Seite 194.
- Tolstoi, J. J. (1858) — Seite 55.
- Tolstoi, L. N. (1828—1910) — Seite 365.
- Trepow, A. F. (1864) — Seite 33, 34, 66, 74, 75, 115.
- Tretjakow, S. N. (1882) — Seite 310, 418, 419.
- Trotzki, L. D. (1879) — Seite 25, 26, 50, 164, 168, 179, 180, 256, 285, 292, 471.
- Trubezkóij, Fürst — Seite 125.
- Tschaikin — Seite 475.
- Tscheheidse, N. S. (1864—1926) — Seite 25, 27, 85, 86, 96, 103, 114, 115, 134, 141, 148, 154, 156, 182, 236, 264, 308, 335, 389.
- Tschekotilo — Seite 397.
- Tschelnokow, M. W. (1863) — Seite 81.
- Tschenkeli, A. I. (1874) — Seite 25, 141.
- Tscheremissow, W. A. (1871) — Seite 429.
- Tschernow, W. M. (1876) — Seite 24, 26, 147, 184, 185, 186, 187, 192, 207, 211, 265, 338, 340, 341, 345, 346, 348, 349.
- Tugan-Baranowski, M. J. (1865—1919) — Seite 333.
- Urizki, M. S. (1873—1918) — Seite 292.
- Vandervelde, E. (1866) — Seite 25.
- Viviani, L. (1863—1925) — Seite 72, 73.
- Warburg, F. (1867) — Seite 76.
- Warsar, W. I. (1851) — Seite 327, 330.
- Wassiljew, I. I. — Seite 434.
- Wasiltschikowa, M. A. (1859) — Seite 75.
- Werchowski, A. J. (1886) — Seite 266, 322, 472.
- Werderowski, D. N. (1873) — Seite 322.
- Wichljajew, P. A. (1869—1923) — Seite 186.
- Wilhelm II. (1859) — Seite 10, 75, 106, 171.
- Wilson, W. (1856—1924) — Seite 63.
- Winnitschenko, W. K. (1880) — Seite 194.
- Winnizki — Seite 450.
- Witte, S. I. (1849—1915) — Seite 29.
- Woitolowski, L. N. (1876) — Seite 44.
- Wojtinski, W. S. (1887) — Seite 252.
- Wolkonski, W. M. (1868) — Seite 185.
- Wolodarski, W. (Holstein, M. M.) (1890—1918) — Seite 278, 292.
- Woronzow-Weljaminow — Seite 99.
- Woroschilow, K. J. (1881) — Seite 157.
- Wyrobowa, A. A. (1884) — Seite 65, 66.
- Zarin, Die. — Seite 28, 29, 65, 66, 70, 74, 75, 80, 82, 104.
- Zereteli, I. G. (1882) — Seite 25, 136, 137, 154, 156, 183, 184, 196, 205, 210, 211, 258, 264, 308, 324, 341, 342, 418.

## Daten der wichtigsten Ereignisse

1917

### 5. Januar

Im Stadtteil «Wiborgskaja Storon» (Wiborger Seite) in Petrograd finden zahlreiche Arbeiterversammlungen statt, wo die Bolschewiki die Arbeiter zum eintägigen Streik für den 9. Januar auffordern.

### 6. Januar

Veröffentlichung des Ukas Nikolaus II. über die Vertagung der Sitzungen der Reichsduma und des Reichsrats bis zum 14. Februar.

### 7. Januar

Aufruf des Petersburger und des Moskauer Komitees der Bolschewiki zum Streik und zur Antikriegsdemonstration am 9. Januar.

### 9. Januar

Vortrag Lenins in einer Jugendversammlung in Zürich über die Revolution 1905.

Grandiose Demonstrationen, Meetings und Streiks unter der Führung der Bolschewiki in Petrograd, Moskau, Nishnij-Nowgorod und anderen Städten.

### 18. Januar

Deutschland erklärt den uneingeschränkten Unterseeboot-Krieg.

Politischer Streik auf den Erdölfeldern in Baku.

### 27. Januar

Die zaristische Regierung läßt elf Mitglieder der Arbeitergruppe des Zentralen Kriegsindustriekomitees

(die Menschewiki Gwodew, Broido u. a.) verhaften.

### 1. Februar

Unterzeichnung eines Geheimabkommens zwischen Rußland und Frankreich über die Kriegsziele.

### 6. Februar

Befehl der zaristischen Regierung über die Ausscheidung des Petrograder Militärbezirks aus der Nordfront zu einer besonderen Einheit und seine Unterstellung unter den Befehl des Generalleutnants Chabalow.

Aufruf des Zentralkomitees der Bolschewiki zu einer Demonstration am 10. Februar, am Jahrestag der Gerichtsverhandlung gegen die bolschewistische Fraktion der IV. Reichsduma.

### 10. Februar

Das Zentralkomitee der Bolschewiki beschließt, am 14. Februar — dem Tag der Eröffnung der Reichsduma — eine Demonstration unter bolschewistischen Losungen zu veranstalten.

### 14. Februar

Eröffnung der Tagung der Reichsduma. Politischer Streik in Petrograd auf Aufforderung des Zentralkomitees der Bolschewiki, der Streik erfaßt etwa 60 Betriebe. Demonstrationen in der Stadt unter bolschewistischen Losungen: «Nieder mit dem Absolutismus!» «Nieder mit dem Krieg!»

### 18. Februar

Beginn des Streiks in den Putilow-Werken in Petrograd.

### 22. Februar

Die Betriebsleitung der Putilow-Werke erklärt die Aussperrung. 20 000köpfige Demonstration der Putilow-Arbeiter.

Nikolaus II. begibt sich aus Zarskoje Selo nach dem Hauptquartier.

### 23. Februar

Internationaler Frauentag. Dem Aufruf des Petrograder Komitees der Bolschewiki Folge leistend, streikten etwa 90 000 Arbeiter. Grandiose Demonstrationen der Arbeiter. Zusammenstöße mit der Polizei. Am Abend beschließt das bolschewistische Komitee des Wiborger Rayons: der Streik ist fortzusetzen und in den Generalstreik zu verwandeln.

### 24. Februar

In Petrograd streiken etwa 200 000 Arbeiter. Die Demonstrationen mit den Losungen: «Brot!», «Nieder mit dem Zaren!» wachsen an. Einzelne Fälle von Gehorsamsverweigerung der Truppen.

Beschluß des Büros des Zentralkomitees der Partei der Bolschewiki über die Einbeziehung der Soldaten in den aktiven Kampf.

### 25. Februar

Generalstreik in Petrograd.

Verhaftung von fünf Mitgliedern des Petrograder Komitees der Bolschewiki. Die Führung des Kampfes geht in die Hände des Wiborger Komitees über.

### 26. Februar

Ukas des Zaren über die Auflösung der Reichsduma.

Manifest des Petersburger Komitees der Bolschewiki mit der Auf-

forderung zur Schaffung einer Provisorischen Revolutionären Regierung.

Die Bolschewiki rufen in den Betrieben und in den Rayons zur Schaffung von Sowjets auf.

### 27. Februar

Sturz des Absolutismus. Massenübergang der Soldaten zu den Aufständischen. Bildung des Petrograder Sowjets der Arbeiterdeputierten. Schaffung des Provisorischen Exekutivkomitees der Reichsduma.

### 28. Februar

Abreise des Zaren aus dem Hauptquartier nach Zarskoje Selo. Verhaftung der Zarenminister.

Politischer Generalstreik in Moskau.

Das Moskauer Büro des Zentralkomitees der Bolschewiki erläßt eine Proklamation mit der Aufforderung zur Unterstützung der Revolution.

Bildung des Moskauer Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

### 1. März

Erste vereinigte Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Herausgabe des Befehls Nr. 1 durch den Petrograder Sowjet.

Übergang der Garnisonen auf die Seite der Arbeiter in Twer und Nishnij-Nowgorod.

Vereinigte Sitzung des Provisorischen Komitees der Reichsduma mit den Vertretern des Petrograder Sowjets in der Frage der Organisation der Staatsmacht.

### 2. März

Bildung der Provisorischen Regierung unter dem Vorsitz des Fürsten Lwow.

Die Provisorische Regierung entsendet nach Pskow zum Zaren A. I.



Gutschkow und W. W. Schulgin, um bei Nikolaus II. den Thronverzicht zugunsten seines Sohnes Alexej zu erwirken.

Nikolaus II. ernennt den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zum Höchstkommmandierenden.

Thronverzicht Nikolaus II. zugunsten des Großfürsten Michael.

### 3. März

Thronverzicht von Michael Romanow.

### 4. März

Lenin schrieb den «Thesenentwurf» — eine Einschätzung der Entwicklungsperspektive der russischen Revolution und Festlegung der Aufgaben der bolschewistischen Partei. Beschluß des Zentralkomitees der Bolschewiki über das Wiedererscheinen der Zeitung «Prawda».

Anschluß der Matrosen der Baltischen Flotte und der Soldaten von Kronstadt, Sweaborg und Helsingfors an die Revolution. Die Admirale Wieren und Nepenin werden getötet.

### 5. März

Die erste Nummer der bolschewistischen Zeitung «Prawda» erscheint.

### 7. März

Lenin schreibt den ersten «Brief aus der Ferne».

Beschluß der Provisorischen Regierung über die Verhaftung von Nikolai Romanow.

In Moskau erscheint die erste Nummer der bolschewistischen Zeitung «Sozial-Demokrat».

1. Kongreß der weißrussischen nationalistischen Organisation.

### 8. März

Verhaftung Nikolaus' II.

### 9. März

Anerkennung der Provisorischen Regierung durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Veröffentlichung eines Beschlusses der Provisorischen Regierung, die Bauern des Kasaner Gouvernements wegen Vorgehens gegen die Gutsbesitzer strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

### 10. März

Beim Petrograder Komitee der Bolschewiki wird eine Kommission zur Schaffung bolschewistischer Militärorganisationen gebildet.

### 11. März

Anerkennung der Provisorischen Regierung durch Frankreich, England, Italien.

### 12. März

Rückkehr Stalins aus der Verbannung nach Petrograd.

Beschluß der Provisorischen Regierung über Abschaffung der Todesstrafe.

### 14. März

Die «Prawda» veröffentlicht in Nr. 8 einen Artikel Stalins «Ueber die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten».

Lenin hält in Zürich in einer Versammlung schweizerischer Arbeiter ein Referat «Ueber die Aufgaben der SDAPR in der russischen Revolution».

Manifest des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten «An die Völker der ganzen Welt».

### 15. März

Das Zentralkomitee der Bolschewiki veröffentlicht einen Protest wegen der gegen die «Prawda» gerichteten Verleumdungskampagne der bürgerlichen Zeitungen.

In der «Prawda» Nr. 9 wird eine Mitteilung über den Eintritt Stalins in die Redaktion der «Prawda» veröffentlicht.

Streiks in Moskau mit der Forderung des Achtstundentages.

#### 16. März

Die «Prawda» veröffentlicht in Nr. 10 einen Artikel Stalins «Ueber den Krieg».

Ein Telegramm Miljukows an die russischen diplomatischen Vertreter im Ausland mit der Mitteilung, daß die russische Revolution sich die Aufgabe stelle, den Krieg bis zum «siegreichen Ende» fortzusetzen.

Antrag der bolschewistischen Fraktion des Moskauer Sowjets, den Achtstundentag auf eigene Faust einzuführen.

Bildung einer Koalitionsregierung in Finnland aus den bürgerlichen Parteien und den Sozialisten.

#### 17. März

Veröffentlichung einer Deklaration der Provisorischen Regierung an die Bauern mit der Aufforderung, Gutsbesitzerboden nicht eigenmächtig in Besitz zu nehmen.

#### 18. März

Die «Prawda» veröffentlicht einen Artikel Stalins: «Ueber die Voraussetzungen des Sieges der russischen Revolution.»

#### 19. März

Rückkehr der bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma aus der sibirischen Verbannung nach Petrograd.

Eröffnung des ersten Allrussischen Handels- und Industriekongresses in Moskau.

#### 21. März

Niederlage der russischen Truppen an der Westfront am Stochod-Fluß.

Die Moskauer Konstituierende Gouvernementsversammlung der Bauern erklärt sich für die sofortige Einstellung des Verkaufs und Kaufs von Grund und Boden.

#### 23. März

Erster Allrussischer Kosakenkongreß in Petrograd.

Beginn von Agrarunruhen in den Gouvernements Simbirsk, Besarabien u. a.

#### 24. März

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika erklären Deutschland den Krieg.

#### 26. März

Veröffentlichung einer Resolution des Büros des Zentralkomitees der Partei der Bolschewiki über die Provisorische Regierung, über den Krieg und Frieden.

#### 27. März

Deklaration der Provisorischen Regierung über ihre Bereitwilligkeit, gemeinsam mit den Verbündeten den Krieg bis zum «siegreichen Ende» zu führen.

#### 29. März

Eröffnung des Finnländischen Landtages in Helsingfors.

Eröffnung der Allrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten in Petrograd.

#### 31. März

Ankunft der französischen Sozialisten Moutet, Cachin, Lafond und der Mitglieder der englischen Labour Party O'Grady und Torn in Petrograd.

#### 2. April

General Alexej wird zum Höchstkommmandierenden ernannt.

### 3. April

Lenin trifft aus der Emigration in Petrograd ein. Zum erstenmal spricht er in Rußland auf dem Platz vor dem Finnländischen Bahnhof.

Beginn der Offensive des französischen Generals Nivelles an der Westfront, an der Aisne; die Offensive endet mit einer Niederlage der französischen Armee und kostet ungeheure Opfer.

Schluß der Allrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Streik von 300 000 Berliner und Leipziger Munitionsarbeitern.

### 3.—4. April

Erste Moskauer Stadtkonferenz der Bolschewiki. Annahme einer Resolution über Organisierung der «bewaffneten Volksmiliz».

### 4. April

Referat Lenins «Ueber die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution» («April-These») in der Versammlung der bolschewistischen Teilnehmer der Allrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

### 5. April

Streik der Arbeiter der Metallindustrie in Helsingfors.

### 6. April

Organisierung der Zentralrada auf dem Allukrainischen Nationalkongreß in Kiew.

### 7. April

Veröffentlichung der «April-These» Lenins in der «Prawda».

Eröffnung des Frontkongresses der Militär- und Arbeiterdeputierten der Armee und des Etappengebietes der Westfront.

Eröffnung des ersten Gouvernementskongresses der Bauerndeputierten in Minsk unter dem Vorsitz von M. W. Frunse.

### 8. April

Der französische Arbeitsminister Albert Thomas trifft in Rußland ein.

Der Ministerpräsident der Provisorischen Regierung, Fürst Lwow, erläßt die Anordnung zur Unterdrückung der Bauernunruhen mit Militärgewalt.

### 10. April

Lenin spricht auf einem Soldatenmeeting im Ismailowski-Regiment.

### 11. April

Die Provisorische Regierung veröffentlicht ein Gesetz «Ueber den Schutz der Saat», das den Gutsbesitzern den Schutz ihres Bodens und des Getreides garantiert.

### 14. April

Die «Prawda» veröffentlicht in Nr. 32 einen Artikel Stalins «Den Boden den Bauern».

Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki. Bericht Lenins über die aktuelle Lage.

Die Versammlung des Petrograder Rayonkomitees der Bolschewiki faßt einen Beschluß über die sofortige Organisierung einer Roten Garde.

In der Sitzung des Moskauer Komitees der Bolschewiki wird der Beschluß gefaßt, eine Rote Garde zu organisieren.

### 15. April

Erscheinen der ersten Nummer der Zeitung «Soldatskaja Prawda».

Zweite Moskauer Stadtkonferenz der Bolschewiki.

Auf der Petrograder Konferenz wird die von Lenin vorgeschlagene Resolution über die Stellung der Provisorischen Regierung angenommen.

### 16. April

Demonstration der Soldaten und Matrosen in Petrograd gegen die gegen Lenin und die Bolschewiki gerichtete Hetze.

### 17. April

Eröffnung des Finnländischen Gebietskongresses der Arbeiter-, Soldaten- und Matrosendelegierten in Wiborg.

Erste Moskauer Bezirkskonferenz der Bolschewiki.

### 18. April

April-Note Miljukows an die Verbündeten über die Bereitschaft der Provisorischen Regierung, den Krieg bis zum «siegreichen Ende» zu führen.

### 19. April

Eröffnung der ersten Moskauer Gebietskonferenz der Bolschewiki des zentralen Industrierayons.

### 20. April

Meetings und Demonstrationen gegen die Note Miljukows. Miljukows Rücktritt wird gefordert.

### 21. April

Die Provisorische Regierung veröffentlicht die Bestimmungen über die Bodenkomitees.

### 22. April

Die erste «Privatberatung» der Minister der Reichsduma.

### 23. April

Die Provisorische Regierung veröffentlicht die Bestimmungen über die Gründung von Arbeiterkomitees in den Industriebetrieben.

Vorläufige Beratung der Teilnehmer der Allrussischen Konferenz der Bolschewiki.

Beginn der Verhandlungen über die Einberufung der Internationalen Sozialistenkonferenz in Stockholm.

### 24. April

Eröffnung der Allrussischen Aprilkonferenz in Petrograd. Bericht Lenins über die aktuelle Lage. In der Debatte spricht Stalin.

### 25. April

In der Sitzung der Aprilkonferenz wird auf Antrag Lenins eine Resolution angenommen, in der die Beteiligung an der Stockholmer Konferenz abgelehnt wird.

### 27. April

Aprilkonferenz. Referat Lenins über den Krieg. Annahme der Resolution über den Krieg und über die Stellung der Bolschewiki zur Provisorischen Regierung.

Dritter außerordentlicher Kongreß der Vertreter des Börsenhandels und der Landwirtschaft in Petrograd.

Brief des Fürsten Lwow an Tschcheidse über die Aufnahme von Vertretern des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten in die Regierung.

### 28. April

Aprilkonferenz. Referat Lenins zur Agrarfrage.

Beratung der Delegierten von 82 Petrograder Betrieben und 26 bolschewistischen Parteiorganisationen über die Frage der Arbeiterkampf- abteilungen.

Beschluß des Wiborger Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über die Umgestaltung der Miliz in eine «Arbeitergarde».

### 29. April

Aprilkonferenz. Referat Stalins zur nationalen Frage. Schlußrede Lenins bei der Schließung der Konferenz.

In der «Prawda» wird der Entwurf des Statuts der «Arbeitergarde» veröffentlicht.

30. April

Rücktritt des Kriegsministers Gutschkow.

1. Mai

Das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten beschließt, vier Vertreter in die Regierung zu entsenden.

Eröffnung des ersten Kongresses der Sowjets des Fernen Ostens.

Eröffnung des Allrussischen Mohamedanerkongresses in Moskau.

2. Mai

Verhandlungen der Vertreter der kompromißlerischen Parteien des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets mit der Provisorischen Regierung über die Bildung einer Koalitionsregierung.

3. Mai

Rücktritt des Außenministers Miljukow.

Note des Außenministers Tereschtschenko an die Verbündeten über die Kriegsziele.

Eröffnung des Allrussischen Kongresses der Bauerndeputierten in Petrograd.

5. Mai

Bildung der Provisorischen Koalitionsregierung.

Deklaration der Provisorischen Regierung an die Verbündeten mit der Mitteilung, daß sie keinen Sonderfrieden schließen werde.

Eröffnung des ersten Ukrainischen Militärkongresses in Kiew.

7. Mai

Offener Brief Lenins an die Delegierten des Allrussischen Kongresses der Bauerndeputierten.

Gesamtrussische Konferenz der Menschewiki. Es wird eine Resolution über völlige und unbedingte Unterstützung der Provisorischen Regierung angenommen.

Stadtkonferenz der Vereinigten Sozialdemokraten (Zwischenbezirkler). Es wird eine Resolution gegen die Koalitionsregierung angenommen.

Eröffnung des Allrussischen Offizierkongresses in Petrograd.

9. Mai

Eröffnung des 8. Parteitages der Kadetten in Petrograd.

11. Mai

Antwort Englands auf die Note Tereschtschenkos vom 3. Mai.

12. Mai

Antwort der Vereinigten Staaten von Amerika auf die Note von Tereschtschenko vom 3. Mai.

13. Mai

Antwort Frankreichs auf die Note von Tereschtschenko vom 3. Mai.

15. Mai

Au der Nordfront erscheint die erste Nummer der bolschewistischen Zeitung «Okopnaja Prawda».

16. Mai

Beschluß des Kongresses der Kommissare der Südwestfront, in dem es für notwendig erklärt wird, die Front durch Freiwilligen-Formationen aufzufüllen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika gewähren der Provisorischen Regierung einen Kredit von 100 Millionen Dollar.

18. Mai

General Denikin schlägt die Formierung von Stoßtruppen vor.

20. Mai

Die Gründungsversammlung des Allrussischen Verbandes der Grundbesitzer in Moskau.

### 21. Mai

Die Konferenz der englischen Labour Party und Trade Unions in Leeds nimmt Resolutionen über die Schaffung von Arbeiter- und Bauernräten und über den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen an.

### 22. Mai

Bericht Lenins zur Agrarfrage auf dem ersten Allrussischen Kongreß der Bauerndeputierten.

Ernennung des Generals Brussilow zum Höchstkommmandierenden an Stelle von Alexejew.

### 25. Mai

Eröffnung des dritten Allrussischen Kongresses der Partei der Sozialrevolutionäre in Moskau.

### 28. Mai

Eröffnung des Allukrainischen Bauernkongresses in Kiew.

### 31. Mai

Das Zentralkomitee der Bolschewiki faßt eine Resolution über die Uebernahme der «gesamten Macht durch die Sowjets».

Die Petrograder Konferenz der Betriebskomitees nimmt die Resolution Lenins über die Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Zerrüttung an.

### 3. Juni

Eröffnung des ersten Allrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

### 4. Juni

Auf dem Allrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten spricht Lenin über die Stellung zur Provisorischen Regierung.

### 6. Juni

Eröffnung des zweiten Allrussischen Militärkongresses in Kiew.

Die Delegiertenversammlung der Schiffsbesatzungen der Schwarzmeerflotte fordert den Rücktritt des Befehlshabers der Schwarzmeerflotte, Admiral Kolttschak.

### 7. Juni

Eröffnung des Allrussischen Kosakenkongresses in Petrograd.

### 9. Juni

Lenin spricht auf dem ersten Allrussischen Sowjetkongreß über den Krieg.

Der erste Allrussische Sowjetkongreß verbietet die von den Bolschewiki für den 10. Juni angesetzte friedliche Demonstration.

### 13. Juni

Die Zeitung «Soldatskaja Prawda» veröffentlicht einen Artikel Stalins «Die Krise der Revolution».

### 15. Juni

Zwei der revolutionärsten Reserveregimenter werden aus Kasan an die Front geschickt.

Organisierung eines Generalsekretariats des Vollzugsorgans der ukrainischen Zentralrada.

### 16. Juni

Befehl Kerenskis an Armee und Flotte über die Offensive.

Eröffnung der Allrussischen Konferenz der militärischen Front- und Etappenorganisationen der Bolschewiki in Petrograd.

### 18. Juni

Beginn der Offensive der russischen Armee an der Front. Massendemonstrationen in Petrograd, Moskau und anderen Städten mit bolschewistischen Losungen: «Nieder mit den kapitalistischen Ministern», «Alle Macht den Sowjets».

### 19. Juni

Wahl Kaledins zum Hetman der Donkosaken.

Demonstration der Bourgeoisie in Petrograd im Zusammenhang mit der Offensive der russischen Armee.

### 21. Juni

Gründung des Wirtschaftsrates und des Haupt-Wirtschaftskomitees bei der Provisorischen Regierung.

### 22. Juni

Die vereinigte Sitzung des Zentralkomitees, des Petrograder Komitees und der Militärorganisation der Bolschewiki spricht sich gegen die sofortige bewaffnete Aktion aus.

### 26. Juni

Beschluß der Provisorischen Regierung über die Organisierung des Verbrauchs von Getreideprodukten.

Aufruf des Arbeitsministers Skobolew an die Arbeiter, zu keinen «eigenmächtigen Handlungen» zu greifen.

### 1. Juli

Eröffnung der zweiten Stadtkonferenz der Bolschewiki in Petrograd.

Eine Delegation der Provisorischen Regierung, bestehend aus Kerenski, Zereteli und Tereschtschenko, unterzeichnet in Kiew ein Abkommen mit der Ukrainischen Zentralrada.

### 2. Juli

Die Kadettenminister treten aus der Provisorischen Regierung aus.

### 3. Juli

In einer gemeinsamen Sitzung der Kompanie- und der Regimentskomitees des 1. Maschinengewehr-Regiments wird die Frage des bewaffneten Aufstandes zur Erörterung gestellt.

Stalin spricht in der Sitzung des Zentralexekutivkomitees der Sowjets und erklärt im Namen des Zentralkomitees der Bolschewiki und der Petrograder Konferenz, daß die Partei der Bolschewiki sich gegen die sofortige bewaffnete Aktion ausspreche.

Streiks, grandiose Demonstrationen der Arbeiter und Soldaten mit bolschewistischen Losungen in Petrograd.

Gegen 10 Uhr abends nimmt die Versammlung der Delegierten der Stadtkonferenz, der Mitglieder des Zentralkomitees der Bolschewiki und der Vertreter der Truppenteile und der Betriebe eine Resolution an für die Beteiligung an der friedlichen Demonstration am 4. Juli unter der Losung «Alle Macht den Sowjets».

### 4. Juli

Machtvolle Arbeiterdemonstrationen in Petrograd unter bolschewistischen Losungen. An der Demonstration beteiligen sich Truppenteile und Matrosen, die aus Kronstadt eingetroffen sind.

Der englische Botschafter in Petrograd, Buchanan, fordert Wiederherstellung des Gesetzes über die Todesstrafe und schärfstes Vorgehen gegen die Teilnehmer an der Julidemonstration.

Demonstration der Arbeiter und einzelner Teile der Garnison in Moskau.

Zusammenschießen der Demonstration in Petrograd.

### 5. Juli

Die Provisorische Regierung verbietet die bolschewistischen Zeitungen «Prawda», «Okopnaja Prawda» und «Soldatskaja Prawda». Die Offizierschüler zertrümmern die Druckerei und die Redaktion der «Prawda».

Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten in Iwanowo-

Wosnessensk faßt einen Beschluß, in dem die Uebergabe der gesamten Macht an die Sowjets gefordert wird.

#### 6. Juli

Befehl der Provisorischen Regierung über die Verhaftung Lenins.

Lenin geht in die Illegalität.

Erscheinen des «Listok Prawdi».

In Iwanowo-Wosnessensk findet eine gewaltige Demonstration der Arbeiter und Soldaten der örtlichen Garnison statt.

Streik der Metallarbeiter in Moskau.

Deutsche Gegenoffensive an der russischen Front — Durchbruch der russischen Front bei Tarnopol.

#### 7. Juli

Beschluß der Provisorischen Regierung über die Auflösung der Truppenteile, die sich an den Ereignissen vom 3. bis 4. Juli beteiligten.

Befehl der Provisorischen Regierung über die Auflösung des Zentral-exekutivkomitees der Matrosen der Baltischen Flotte.

Rücktritt des Ministerpräsidenten Fürst Lwow.

#### 8. Juli

Die Provisorische Regierung bestätigt Kerenski als Ministerpräsidenten.

#### 9. Juli

Eröffnung der Moskauer Bezirkskonferenz der Bolschewiki.

#### 11. Juli

Die Deutschen besetzen Tarnopol.

#### 12. Juli

Die Provisorische Regierung führt die Todesstrafe an der Front wieder ein.

Die Provisorische Regierung beschließt die Einschränkung der Handelsgeschäfte mit dem Boden.

#### 14. Juli

Eröffnung des Allrussischen Grundbesitzerkongresses.

#### 15. Juli

Eröffnung des ersten Eisenbahnerkongresses in Moskau.

#### 16. Juli

Außerordentliche Stadtkonferenz der Petrograder Organisation der Bolschewiki.

#### 18. Juli

Der Finnländische Landtag erklärt sich zum Träger der obersten Staatsmacht. Beschluß der Provisorischen Regierung über die Auflösung des Landtages.

General Kornilow wird an Stelle Brussilows zum Höchstkommandierenden ernannt.

#### 21. Juli

Eröffnung der zweiten Moskauer Gebietskonferenz der Bolschewiki.

Eröffnung der gemeinsamen Beratung der Provisorischen Regierung mit den Zentralkomitees der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien. Kerenski wird das Recht eingeräumt, das Kabinett nach eigenem Ermessen zusammenzusetzen.

#### 23. Juli

Erscheinen der ersten Nummer der bolschewistischen Zeitung «Rabotschij i Soldat».

Eröffnung des 9. Parteitages der Kadettenpartei.

#### 24. Juli

In der Zeitung «Rabotschij i Soldat» wird ein von Stalin verfaßter Aufruf der Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki veröffentlicht:



«An alle Werktätigen, an alle Arbeiter und Soldaten Petrograds!»

Bildung der zweiten Provisorischen Koalitionsregierung unter Leitung Kerenskis.

### 26. Juli

Eröffnung des 6. Parteitages der Bolschewiki.

Sitzung des Wirtschaftsrates. Den Unternehmern wird das Recht eingeräumt, Aussperrungen vorzunehmen.

### 27. Juli

6. Parteitag der Bolschewiki, Politischer Bericht des Zentralkomitees — Referat Stalins.

Auf Befehl Kornilows wird ein polnisches Freiwilligenkorps unter Führung des Generals Dowbor-Muszniki organisiert.

### 28. Juli

Die Provisorische Regierung erteilt durch einen Beschluß dem Kriegsminister und Innenminister das Recht, Versammlungen und Kongresse zu verbieten.

### 30. Juli

6. Parteitag der Bolschewiki. Referat Stalins über die politische Lage.

### 31. Juli

6. Parteitag der Bolschewiki. Schlußwort Stalins zum Referat über die politische Lage.

In Moskau wird der Allrussische Kongreß des Bauernverbandes eröffnet.

Beginn des Generalstreiks in Spanien.

### 1. August

Verbannung Nikolai Romanows und Familie nach Tobolsk.

Generalstreik in Helsingfors.

### 2. August

6. Parteitag der Bolschewiki. Annahme des Parteistatuts.

### 3. August

Kornilow überreicht Kerenski sein Programm.

Eröffnung des zweiten Allrussischen Handels- und Industriekongresses in Moskau.

### 5. August

Die erste Tagung der Rada der weißrussischen nationalistischen Organisationen.

Beschluß des Zentralexekutivkomitees der Sowjets über die Verschiebung der Wahlen zur konstituierenden Versammlung.

### 7. August

Generalstreik der Arbeiter der Gummi-Industrie in Moskau.

Eröffnung der zweiten Petrograder Konferenz der Betriebskomitees.

### 9. August

Beschluß des Moskauer Bezirkskomitees der Bolschewiki über die Organisation von Massenprotesten am Tage der Eröffnung der Moskauer Reichsberatung.

### 10. August

Verbot der bolschewistischen Zeitung «Rabotschij i Soldat».

### 11. August

Massenprotest der Moskauer Arbeiter gegen die Einberufung der Reichsberatung.

Die Provisorische Regierung nimmt das Programm Kornilows vom 3. August an.

### 12. August

Eröffnung der Reichsberatung in Moskau.

Generalstreik in Moskau am Tage der Eröffnung der Reichsberatung.

Eintägige Proteststreiks gegen die Moskauer Reichsberatung in Kiew, Kostroma und vielen anderen Städten.

Befehl Kornilows über die Bildung besonderer Reserveregimenter aus Besitzern des Georgskreuzes an jeder Front.

### 13. August

Erscheinen der ersten Nummer der bolschewistischen Zeitung «Proletarij».

Veröffentlichung des Manifestes des 6. Parteitages der Partei der Bolschewiki.

General Kornilow trifft zur Reichsberatung in Moskau ein.

### 16. August

Die Zeitung «Proletarij» veröffentlicht in Nr. 3 einen Brief Lenins mit einer scharfen Kritik an dem opportunistischen Auftreten Kamenews im Allrussischen Zentralexekutivkomitee der Sowjets am 6. August in bezug auf die Stockholmer Konferenz.

### 17. August

Die Zeitung «Proletarij» veröffentlicht in Nr. 4 einen Artikel Stalins «Die Ergebnisse der Beratung».

### 18. August

Die Zeitung «Proletarij» veröffentlicht in Nr. 5 den Artikel Stalins «Ueber die Ursachen der Juliniederlage an der Front» und «Die Wahrheit über die Niederlage an der Front».

Resolution des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten gegen die Todesstrafe.

Beratung im Hauptquartier über die Proklamierung der Militärdiktatur.

### 19. August

Durchbruch der Deutschen an der Rigaer Front.

Eröffnung des Vereinigungsparteitages der SDAPR (Menschewiki, Vereinigungsbereiten und «Außerden-Fraktionen-Stehenden») in Petrograd.

### 20. August

Befehl des Hauptquartiers über den Rückzug aus dem Riga-Gebiet.

### 21. August

Kornilow liefert Riga den deutschen Truppen aus.

### 23. August

Eröffnung der dritten Zimmerwalder Konferenz in Stockholm.

Generalstreik in Italien mit der Losung «Brot und Frieden». Blutige Zusammenstöße der italienischen Arbeiter mit den Truppen.

### 24. August

Verhandlungen Sawinkows mit Kornilow über die Entsendung eines Kavalleriekorps nach Petrograd.

Verbot der bolschewistischen Zeitung «Proletarij».

### 25. August

Erscheinen der ersten Nummer der bolschewistischen Zeitung «Rabotschij».

Beginn des Vormarsches der Kornilowtruppen auf Petrograd.

### 26. August

Aufruf des Zentralkomitees der Bolschewiki zur Organisierung von Arbeiterkampfgruppen in Petrograd, Moskau und anderen Städten.

### 28. August

Rücktritt der Kadetten-Minister.

### 30. August

Brief Lenins an das Zentralkomitee der Bolschewiki über die Taktik der Partei im Zusammenhang mit dem Kornilowaufstand.

Verhaftung des Generals Kornilow. Liquidierung des Kornilowputsches.

Rücktritt Sawinkows.

Ernennung Kerenskis zum Höchstkommandierenden.

### 31. August

Der Petrograder Sowjet nimmt eine bolschewistische Resolution an.

Die Minsker Gewerkschaftsorganisationen beschließen, eine Rote Garde zu organisieren.

In Wjatka, Lugansk und anderen Städten werden «Komitees zum Schutz der Revolution» organisiert.

Selbstmord des Generals Krymow.

### 1. September

Bildung eines Direktoriums, bestehend aus Kerenski, Nikitin, Tereschtschenko, Werchowski und Werderowski.

Die Provisorische Regierung verkündet Rußland als Republik.

Eröffnung der Beratung der Bolschewiki des Minsker Gebietes und der Front bei Minsk.

Befehl Kerenskis an Armee und Flotte über die Einstellung der «eigenmächtigen» Formierung von Abteilungen unter dem Vorhaben des Kampfes gegen konterrevolutionäre Aktionen.

Organisierung der Roten Garde in Kronstadt.

### 3. September

Erscheinen der ersten Nummer der bolschewistischen Zeitung «Rabotschij Putj». Artikel Stalins «Die Krise und das Direktorium».

### 4. September

Die Besatzung des Minenbootes «Gnjewny» fordert in einer Resolution den Uebergang der gesamten Macht in die Hände der Sowjets.

Befehl Kerenskis über die Auflösung der zum Kampf gegen Kor-

nilow. entstandenen Komitees und Organisationen.

### 5. September

In Krasnojarsk wird der Kongreß der Sowjets Mittelsibiriens eröffnet, der unter bolschewistischen Lösungen durchgeführt wird.

Aufruf des Moskauer Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zum Kampf für die Eroberung der Macht durch das revolutionäre Proletariat und die Bauernschaft. Beschluß über Organisierung der Roten Garde.

Paltschinski veröffentlicht eine Verordnung über die Anmeldepflicht aller Schußwaffen bis zum 20. September.

### 8. September

Die Arbeitersektion des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten wählt ein bolschewistisches Präsidium.

### 10. September

General Duchonin wird zum Stabschef des Höchstkommandierenden ernannt.

Eröffnung des dritten Gebietskongresses der Sowjets Finnlands. Der Kongreß verläuft unter bolschewistischer Führung.

Dritte Petrograder Konferenz der Betriebskomitees.

### 10.—14. September

Lenin schreibt die Broschüre: «Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen».

### 12. September

Beginn der revolutionären Aktion des Taschkenter Sowjets gegen die Provisorische Regierung.

### 12.—14. September

Lenin schreibt einen Brief an das Zentralkomitee des Petersburger und des Moskauer Komitees der

Partei mit dem Titel: «Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen».

### 13. September

Bauernaktionen im Gouvernement Kishinew.

### 13.—14. September

Lenin schreibt einen Brief an das Zentralkomitee der Partei der Bolschewiki «Marxismus und Aufstand».

### 14. September

Bauernaktionen im Gouvernement Tambow. Aus Moskau wird zur Niederschlagung der Aktion eine Expeditionstruppe entsendet.

In allen Rayons Petrograds wird die Schaffung besonderer Stäbe der Roten Garde beendet.

Eröffnung der Demokratischen Beratung in Petrograd.

### 15. September

Unruhen unter den Soldaten der Garnison in Orel.

Telegramm Kerenskis nach Taschkent mit der Mitteilung von der Entsendung einer Strafexpedition.

Eröffnung der ersten nordwestlichen Gebietskonferenz der Bolschewiki in Minsk.

### 17. September

Lenin begibt sich aus Helsingfors nach Wiborg zwecks engerer Verbindung mit Petrograd.

Die Zeitung «Rabotschij Putj» veröffentlicht in Nr. 13 den Artikel Stalins «Alle Macht den Sowjets».

### 19. September

Der Moskauer Sowjet der Arbeiterdeputierten wählt ein bolschewistisches Exekutivkomitee.

Agrarunruhen im Bezirk Taganrog.

### 21. September

Beschluß der Demokratischen Beratung über die Organisation eines Vorparlamentes.

Der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten nimmt eine Resolution gegen die Demokratische Beratung an.

Beschluß des Odessaer Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über die Organisation der Roten Garde.

Das Zentralkomitee des Allrussischen Eisenbahnverbandes beschließt, für den 23. September 12 Uhr nachts den Generalstreik zu erklären.

### 22. September

Schluß der Demokratischen Beratung.

Das Zentrale Streikkomitee der Eisenbahner erklärt den Eisenbahnerstreik für ganz Rußland.

Eröffnung des Parteitages der französischen Sozialistischen Partei in Bordeaux.

### 24. September

Sitzung des Zentralkomitees der Bolschewiki mit Beteiligung der bolschewistischen Delegierten zur Demokratischen Regierung.

Die Zeitung «Rabotschij Putj» veröffentlicht in Nr. 19 einen Artikel Lenins «Ueber die Helden der Fälschung», der sich mit der Demokratischen Beratung befaßt.

Eröffnung der dritten Moskauer Bezirkskonferenz der Bolschewiki.

### 25. September

Die Industriellen des Donezbeckens beschließen als Antwort auf die Forderungen der Arbeiter, in allen Betrieben die Arbeiter auszusperren.

Bildung der dritten und letzten Koalitionsregierung.

## 26. September

Aufruf des Zentralkomitees der Bolschewiki im Zusammenhang mit dem Eisenbahnerstreik: «Helft den Eisenbahnern!»

## 27. September

In Baku beginnt der Generalstreik der Arbeiter der Erdölindustrie.

## August-September

Lenin schreibt das Buch: «Staat und Revolution». Veröffentlicht wird es 1918.

## 1. Oktober

Lenin schreibt die Broschüre: «Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?»

## 3. Oktober

Der zweite Kongreß der Baltischen Flotte fordert die sofortige Entfernung Kerenskis aus den Reihen der Provisorischen Regierung.

In verschiedenen Städten des Landes finden Streiks statt, die durch Zusammenstöße der Arbeiter mit den Unternehmern hervorgerufen wurden.

## 4. Oktober

Bauernaufstände in den Gouvernements Kursk, Pensa und Rjasan.

## 5. Oktober

Der Kongreß der lettischen Schützen der 12. Armee in Wenden beschließt einstimmig, von einem 5000köpfigen Meeting der Soldaten und Arbeiter unterstützt, den entschiedenen Kampf gegen die konterrevolutionäre Provisorische Regierung mit der Losung «Alle Macht den Sowjets!»

## 6. Oktober

Die in Kronstadt abgehaltene Konferenz der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten des

Petrograder Gouvernements faßt eine Resolution, in der der Provisorischen Regierung die Unterstützung verweigert und der Kampf für die Macht der Sowjets beschlossen wird.

## 7. Oktober

Die Zeitung «Rabotschij Putj» veröffentlicht in Nr. 30 den Artikel Lenins «Die Krise ist herangereift».

## 8. Oktober

Lenin schreibt den Artikel «Ratschläge eines Fernstehenden».

## 9. Oktober

Ein vieltausendköpfiges Meeting der Arbeiter der Obuchow-Werke fordert den Sturz der bürgerlichen Regierung und die Schaffung der Sowjetmacht.

## 10. Oktober

Sitzung des Zentralkomitees der SDAPR (Bolschewiki) unter Beteiligung Lenins. Mit allen Stimmen gegen 2 (Kamenew und Sinowjew) wird die Resolution Lenins angenommen, durch die der bewaffnete Aufstand auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Es wird ein Polit-Büro aus 7 Mitgliedern gewählt.

## 11. Oktober

Eröffnung des Kongresses der Sowjets des Nordgebietes in Petrograd.

## 12. Oktober

Das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets faßt einen Beschluß über die Organisation eines revolutionären Kriegskomitees.

In Moskau wird unter Vorsitz Rodsjankos die zweite Beratung der «Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens» eröffnet.

## 13. Oktober

Ankündigung über die Schaffung einer Abteilung der Arbeitergarde beim Petrograder Sowjet.

#### 14. Oktober

In Minsk werden in das Präsidium des Exekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-deputierten ausschließlich Bolschewiki gewählt.

Durch Erlaß der Provisorischen Regierung wird über eine Reihe von Kreisen des Gouvernements Tobolsk, die von Bauernaufständen erfaßt sind, der Kriegszustand verhängt.

#### 15. Oktober

Eine Reihe von Sowjetkongressen in verschiedenen Städten spricht sich für den sofortigen Uebergang der Macht in die Hände der Sowjets aus.

#### 16. Oktober

Das Zentralkomitee der SDAPR (Bolschewiki) mit den Vertretern der Parteiorganisationen erörtert die Frage des bewaffneten Aufstandes. Es wird die von Lenin vorgeschlagene Resolution über die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes angenommen. Kamenew und Sinowjew stimmen gegen den Antrag Lenins.

Zur organisierten Leitung des Aufstandes wird ein praktisches Zentrum gewählt bestehend aus Stalin, Swerdlow, Dzierzinsky, Bubnow und Urizki.

#### 16.—17. Oktober

Lenin schreibt den «Brief an die Genossen», in dem die Einwände Sinowjews und Kamenews gegen den Aufstand einer vernichtenden Kritik unterzogen werden.

#### 18. Oktober

Verrat Sinowjews und Kamenews. Kamenew veröffentlicht in der Zeitung «Nowaja Shisn» Nr. 156 in seinem Namen und im Namen Sinowjews die Erklärung, daß sie sich unter den gegebenen Umstän-

den «gegen jeden Versuch aussprechen, die Initiative zum bewaffneten Aufstand auf sich zu nehmen».

Die durch die Verräter Sinowjew und Kamenew in dieser Weise gewarnte Provisorische Regierung beschließt, Maßnahmen gegen die zu erwartende Aktion der Bolschewiki zu treffen.

Lenin schreibt den Brief «An die Mitglieder der Partei der Bolschewiki», in dem er den Verrat Sinowjews und Kamenews entlarvt.

#### 19. Oktober

Zertrümmerung des Kalugaer Sowjets durch die Truppen der Provisorischen Regierung. Die bolschewistisch gestimmte Kalugaer Garnison leistet bewaffneten Widerstand.

Lenin schreibt den «Brief an das Zentralkomitee der SDAPR (Bolschewiki)», in dem er den Ausschluß Sinowjews und Kamenews aus der Partei fordert.

#### 20. Oktober

Lenin schreibt den Artikel «Neuer Betrug der Bauern durch die Partei der Sozialrevolutionäre».

#### 22. Oktober

In Petrograd finden am «Tage des Petrograder Sowjets» grandiose Meeting für die Vorbereitung zum Aufstand statt.

Der Kreuzer «Aurora» erhält die Anordnung des Sowjets, in Petrograd zu bleiben.

#### 23. Oktober

Das Revolutionäre Kriegskomitee ernennt seine Kommissare für die Truppenteile und für besonders wichtige Punkte Petrograds und der Umgebung.

Die Provisorische Regierung beschließt das Verbot der Zeitungen «Rabotschij Putj» und «Soldat» und die sofortige Verhaftung der Bolschewiki, die an den Ereignissen vom 3.—4. Juli teilgenommen haben.

24. Oktober

Alle Offizierschulen werden in Kampfbereitschaft versetzt.

Die Provisorische Regierung erteilt den Befehl zur Untersuchung der Tätigkeit des Revolutionären Kriegskomitees. Der Kreuzer «Aurora» erhält die Anweisung, Petrograd zu verlassen.

Der Stab des Militärbezirks veröffentlicht einen Befehl durch den die durch das Revolutionäre Kriegskomitee für die Truppenteile ernannten Kommissare beseitigt und vor Gericht gestellt werden sollen. Die wichtigsten Punkte der Stadt werden durch die Offizierschüler besetzt. Es wird der Befehl erteilt, die Brücken hochzuziehen und die Telephone des Petrograder Sowjets zu sperren.

Das Revolutionäre Kriegskomitee beschließt das Wiedererscheinen der von der Provisorischen Regierung verbotenen Zeitungen «Rabotschij Putj» und «Soldat».

Auf Befehl des Revolutionären Kriegskomitees werden alle Truppenteile kampfbereit gemacht

Während des ganzen Tages werden den Truppenteilen und der Roten Garde Waffen aus dem Arsenal der Peter-Pauls-Festung ausgehändigt.

Der Kreuzer «Aurora» erhält von dem Revolutionären Kriegskomitee den Befehl, Brücken über die Newa zu schlagen.

Das Revolutionäre Kriegskomitee schreitet zum Angriff.

Am Abend trifft Lenin im Smolny ein.

# Inhaltsverzeichnis

## *Erstes Kapitel*

	Seite
<b>Der Vorabend der bürgerlich-demokratischen Revolution . . . . .</b>	<b>9</b>
1. Der Krieg . . . . .	9
2. Die Zerrüttung . . . . .	31
3. Die Zersetzung der Armee . . . . .	42
4. Das zaristische Rußland — ein Völkergefängnis . . . . .	52
5. Zwei Verschwörungen . . . . .	64

## *Zweites Kapitel*

<b>Die bürgerlich-demokratische Februarrevolution . . . . .</b>	<b>89</b>
1. Der Aufstand in der Hauptstadt . . . . .	89
2. Der Sieg der Februarrevolution . . . . .	97
3. Die Doppelherrschaft . . . . .	108
4. Die Provisorische Regierung im Kampf für die Alleinherrschaft der Bourgeoisie . . . . .	120

## *Drittes Kapitel*

<b>Die Ankunft Lenins . . . . .</b>	<b>141</b>
1. Auf der Suche nach einem Weg in das revolutionäre Rußland	141
2. Lenin in Petrograd . . . . .	145

## *Viertes Kapitel*

<b>Die Aprilkonferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) . . . . .</b>	<b>151</b>
--	------------

## *Fünftes Kapitel*

<b>Die bolschewistische Partei im Kampf um die Massen . . . . .</b>	<b>177</b>
1. Die Aprildemonstration . . . . .	177
2. Die Koalitionsregierung an der Arbeit . . . . .	184
3. Die Nationalitätenpolitik der Provisorischen Regierung . . . . .	192
4. Der erste Allrussische Sowjetkongreß . . . . .	201



5. Die Junidemonstration . . . . .	209
6. Die Offensive der russischen Truppen an der Front . . . . .	214
7. Der Vormarsch der Revolution in der Armee . . . . .	220
 <i>Sechstes Kapitel</i>	
<b>Die Rote Garde . . . . .</b>	<b>227</b>
1. Die proletarische Miliz . . . . .	227
2. Die Rote Garde in Petrograd . . . . .	232
 <i>Siebentes Kapitel</i>	
<b>Die Julitage . . . . .</b>	<b>243</b>
1. Die Aktionen der Arbeiter in Petrograd . . . . .	243
2. Die Julidemonstration in Petrograd . . . . .	248
3. Der Gewaltstreik gegen die Julidemonstration . . . . .	252
4. Das Proletariat überwindet die kompromißlerischen Illusionen . . . . .	267
 <i>Achtes Kapitel</i>	
<b>Der 6. Parteitag der bolschewistischen Partei . . . . .</b>	<b>271</b>
 <i>Neuntes Kapitel</i>	
<b>Das Kornilow-Abenteuer . . . . .</b>	<b>295</b>
1. Die Vorbereitung zur Militärdiktatur . . . . .	295
2. Die Bourgeoisie beginnt den Bürgerkrieg . . . . .	309
3. Die Niederschlagung des Abenteuers der Generale . . . . .	318
 <i>Zehntes Kapitel</i>	
<b>Der Zusammenbruch der Wirtschaft . . . . .</b>	<b>323</b>
1. Die Sabotage der Kapitalisten . . . . .	323
2. Der finanzielle Zusammenbruch . . . . .	333
3. Die Zerrüttung des Verkehrswesens . . . . .	336
4. Die Verschärfung der Agrarbewegung . . . . .	340
5. Der Hunger naht . . . . .	350
 <i>Elftes Kapitel</i>	
<b>Die ökonomische Plattform der bolschewistischen Partei am Vorabend der proletarischen Revolution . . . . .</b>	<b>359</b>
1. Die Losungen der Bolschewiki . . . . .	359
2. Die Nationalisierung des Bodens . . . . .	362
	<b>535</b>

3. Die Arbeiterkontrolle über die Produktion . . . . .	366
4. Die Nationalisierung der Banken und der vertrauerten Industrie . . . . .	368

*Zwölftes Kapitel*

<b>Das Heranwachsen der revolutionären Krise . . . . .</b>	<b>371</b>
1. Die neue Welle der ökonomischen und revolutionären Streiks . . . . .	371
2. Die Bauernaufstände in Rußland und das Anwachsen der nationalen Befreiungsbewegung in den Randgebieten . . . . .	380

*Dreizehntes Kapitel*

<b>Armee und Flotte am Vorabend der Oktoberrevolution . . . . .</b>	<b>389</b>
1. Die Front vor der Oktoberrevolution . . . . .	389
2. Die Tage vor der Oktoberrevolution in der Flotte . . . . .	398
3. Die Bolschewisierung der Armee . . . . .	403

*Vierzehntes Kapitel*

<b>Die Manöver der Kompromißler und die Pläne der Bourgeoisie angesichts des Heranwachsens der Revolution . . . . .</b>	<b>415</b>
1. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki — die letzte Stütze der Bourgeoisie . . . . .	415
2. Die Bourgeoisie im Kampf gegen die anwachsende Revolution . . . . .	421

*Fünfzehntes Kapitel*

<b>Die Verteilung der Kampfkräfte der Konterrevolution am Vorabend der Großen Proletarischen Revolution . . . . .</b>	<b>433</b>
1. Die Stoßtruppen der Bourgeoisie . . . . .	433
2. Das Offizierkorps . . . . .	443
3. Die bürgerlichen nationalen Formationen . . . . .	448
4. Die Kosaken . . . . .	455
5. Die Konterrevolution hetzt die Front gegen das Hinterland . . . . .	458
6. Die Offensive der Konterrevolution . . . . .	465
Register . . . . .	479
Anweisungen zum Gebrauch des Registers . . . . .	480
Bibliographisches Register . . . . .	481
Namensverzeichnis . . . . .	509
Daten der wichtigsten Ereignisse . . . . .	517

## Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewußt **auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm **internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewußt und **solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen**, an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft **die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren**. Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlags Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: „**Nichts vergessen, alles lernen!**“



**Olga Benario**, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen mußte. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie keinerlei Aussagen gemacht – weder bei der

Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich ist.

**Herbert Baum**, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.

Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die antikommunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisierung einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

---

## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus

---

Karl Marx/Friedrich Engels

**Manifest der Kommunistischen Partei** (1848)

92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-00-7

Karl Marx

**Kritik des Gothaer Programms** (1875)

96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-01-5

W. I. Lenin

**Staat und Revolution** (1917)

159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-02-3

J. W. Stalin

**Über die Grundlagen des Leninismus** (1924)

137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-03-1

W. I. Lenin

**Was tun?** (1902)

276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 3-932636-04-X

J. W. Stalin

**Über dialektischen und historischen Materialismus** (1938)

45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €, ISBN 3-932636-05-8

W. I. Lenin

**Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus** (1916)

**Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus** (1916)

185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €, ISBN 3-932636-36-8

W. I. Lenin

**Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück** (1904)

242 Seiten, Offenbach 2006, 10 €, ISBN 978-3-86589-042-9

W. I. Lenin

**Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution** (1905)

192 Seiten, Offenbach 2006, 8 €, ISBN 978-3-86589-043-6

W. I. Lenin

**Materialismus und Empiriokritizismus** (1908)

410 Seiten, Offenbach 2006, 15 €, ISBN 978-3-86589-050-4

Karl Marx/Friedrich Engels: **Ausgewählte Werke in zwei Bänden**

**Band I: 1848 – 1874**

650 Seiten, 25 €, Offenbach 2004, ISBN 3-86589-001-6

**Band II: 1875 – 1894**

504 Seiten, 25 €, Offenbach 2004, ISBN 3-86589-002-4

W. I. Lenin: **Ausgewählte Werke in zwei Bänden**

**Band I: 1884 – 1917**

916 Seiten, 30 €, Offenbach 2004, ISBN 3-932636-93-7

**Band II: 1917 – 1923**

1037 Seiten, 30 €, Offenbach 2004, ISBN 3-932636-94-5

---

**Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus  
in anderen Sprachen**

---

Karl Marx/Friedrich Engels

**Manifest der Kommunistischen Partei (1848)**

**Türkisch:**

Karl Marx/Friedrich Engels

**Komünist Partisi Manifestosu**

82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-06-6

**Englisch:**

Karl Marx/Frederick Engels

**Manifesto of the Communist Party**

83 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-07-4

**Französisch:**

Karl Marx/Friedrich Engels

**Manifeste du Parti Communiste**

82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-08-2

**Spanisch:**

Carlos Marx/Federico Engels

**Manifiesto del Partido Comunista**

87 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-09-0

**Farsi:**

کارل مارکس فریدریش انگلس

**مانیفست حزب کمونیست**

97 Seiten, Offenbach 1999, 4 €, ISBN 3-932636-10-4

**Russisch:**

**К. Маркс и Ф. Энгельс  
Манифест Коммунистической Партии**

80 Seiten, Offenbach 2004, 4 €, ISBN 3-932636-91-0

**Russisch / Deutsch:**

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-95-3

**Serbokroatisch:**

Karl Marx/Friedrich Engels

**Manifest Komunističke Partije**

168 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-86589-000-8

---

## Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus

---

Marx, Engels, Lenin, Stalin

**Über den Partisanenkampf**

188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-11-2

**Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919**

**Programm der Kommunistischen Internationale – 1928**

241 Seiten, Offenbach 2002, 10 €, ISBN 3-932636-19-8

Marx, Engels, Lenin, Stalin, Kl, Zetkin

**Die kommunistische Revolution und die Befreiung der Frauen**

164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-18-X

Autorenkollektiv: **Lehrbuch der politischen Ökonomie** (1954)

J. W. Stalin: **Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR** (1952)

515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €, ISBN 3-932636-21-X

Autorenkollektiv

**W. I. Lenin** – Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens (1947)

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 €, ISBN 3-932636-35-X

W. I. Lenin/J. W. Stalin

**Hauptmerkmale der Partei neuen Typs**

143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €, ISBN 3-932636-22-8

W. I. Lenin/J. W. Stalin

**Über die Arbeiteraristokratie**

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €, ISBN 3-932636-23-6

Marx, Engels, Lenin, Stalin

**Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft**

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-67-8

Autorenkollektiv

**J. W. Stalin** – Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €, ISBN 3-932636-65-1

**Stalin Werke Band 1 bis 13**

sowie die vorhandenen Schriften 1934–1952, inklusive der "Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang"

**CD-ROM**, Offenbach 2003, 10 €, ISBN 3-932636-72-4

**Stalin-Biographie inklusive Werke-CD:** 22 €, ISBN 3-932636-73-2

M. Glasser/A. Primakowski/B. Jakowlew

**Studieren – Propagieren – Organisieren** (1948 / 1951)

Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin

170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €, ISBN 3-932636-20-1

Béla Fogarasi

**Dialektische Logik** – mit einer Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe (1953)

430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €, ISBN 3-932636-12-0

---

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

---

Unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow  
**Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland** (1937/1949)

**Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution**

(Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917)

540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 3-932636-15-5

**Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution**

(Oktober 1917 bis November 1917)

750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 3-932636-16-3

Autorenkollektiv

**Mao Tse-tung – seine Verdienste, seine Fehler**

**Band 1: 1926 – 1949**

400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 3-932636-14-7

**Band 2: 1950 – 1976**

240 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 3-86589-036-9

Autorenkollektiv

**Zur „Polemik“** – Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 3-932636-70-8

**Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen**



### **den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten**

Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der KP Indonesiens (PKI) von 1966/67  
148 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 3-86589-037-7

Autorenkollektiv

### **Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“**

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 €, ISBN 3-86589-012-1

---

## **Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen**

---

Autorenkollektiv

**Der XX. Parteitag der KPdSU 1956** – ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)

*in russischer Sprache:* 106 Seiten, Offenbach 2002, 6 €, ISBN 3-932636-47-3

*in türkischer Sprache:* 120 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-75-9

*in französischer Sprache:* 176 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 3-86589-005-9

*in italienischer Sprache:* 108 Seiten, Offenbach 2006, 8 €, ISBN 978-3-86589-004-7

---

## **Dokumente und Analysen**

---

### **Zur Geschichte Afghanistans – Ein Land im Würgegriff des Imperialismus**

Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 €, ISBN 3-932636-48-1

### **Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)**

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 €, ISBN 3-932636-52-X

---

## **Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus**

---

**Die Rote Fahne** – Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933, Hardcover-Bände im Format DIN A3

**Januar – März 1929**, 1080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 3-86589-018-0

**April – Juni 1929**, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 3-86589-019-9

**Juli – September 1929**, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 3-86589-020-2

**Oktober – Dezember 1929**, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 3-86589-021-0

**Januar – Februar 1933**, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 3-86589-034-2

Autorenkollektiv

**Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg**

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-92-9

Autorenkollektiv

**Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und  
das revolutionäre Programm der KPD (1918)**

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-74-0

Georgi Dimitroff

**Gegen den Nazifaschismus**

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 €, ISBN 3-932636-25-2

Autorenkollektiv

**1418 Tage** – Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die  
Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945)

220 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 3-86589-035-0

Autorenkollektiv: **Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum** (1943)

Alfred Klahr: **Gegen den deutschen Chauvinismus** (1944)

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €, ISBN 3-932636-13-9

Autorenkollektiv

**Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus**

204 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-34-1

Gudrun Fischer

**„Unser Land spie uns aus“**

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-33-3

**Freies Deutschland** – Illustrierte Zeitschrift der antifaschistischen Emigration  
erschienen in Mexiko von November 1941 bis Juni 1946

**Band 1: Nov. 1941 – Okt. 1942**, 440 Seiten, 30 €, ISBN 3-932636-96-1

**Band 2: Nov. 1942 – Nov. 1943**, 460 Seiten, 30 €, ISBN 3-932636-97-X

**Band 3: Dez. 1943 – Nov. 1944**, 480 Seiten, 30 €, ISBN 3-932636-98-8

**Band 4: Dez. 1944 – Juni 1946**, 660 Seiten, 35 €, ISBN 3-932636-99-6

**Internationale Hefte der Widerstandsbewegung** (1959 – 1963)

Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus

**Band 1:** Heft 1 – 4 (1959 – 60), 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 3-932636-49-X

**Band 2:** Heft 5 – 10 (1961 – 63), 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 3-932636-50-3

**Bd. 1 & 2 in einem Band** (Hardcover): 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 €, ISBN 3-932636-51-1

**Das Potsdamer Abkommen** (1945)

Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 €, ISBN 3-932636-24-4

**Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald (1949)**

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-0

Autorenkollektiv

**Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)**

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 €, ISBN 3-932636-38-4

Autorenkollektiv

10 Jahre „Deutsche Einheit“: **Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf**  
Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 3-932636-37-6

---

**Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe**

---

A. Schapowalow

**Auf dem Weg zum Marxismus**

Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs

337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €, ISBN 3-932636-29-5

S. Mstislawski

**Die Krähe ist ein Frühlingsvogel**

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €, ISBN 3-932636-17-1

I. Popow

**Als die Nacht verging**

593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €, ISBN 3-932636-30-9

---

**Materialien**

(Spiralbindung, DIN A4)

---

**Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht**

500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 3-932636-90-2

**Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen**

**Band 1: 1919 – 1924**

416 Seiten, Offenbach 1998, 30 €, ISBN 3-932636-27-9

Hardcover: Offenbach 1998, 55 €, ISBN 3-932636-60-0

**Band 2: 1925 – 1943**

452 Seiten, Offenbach 1998, 35 €, ISBN 3-932636-28-7

Hardcover: Offenbach 1998, 60 €, ISBN 3-932636-61-9

## **Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK**

### **Teil 1: 1898 – 1917**

282 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-76-7

Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-77-5

### **Teil 2: 1917 – 1924**

290 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-82-1

Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-83-X

### **Teil 3: 1924 – 1927**

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-84-8

Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-85-6

### **Teil 4: 1927 – 1932**

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-86-4

Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-87-2

### **Teil 5: 1932 – 1953**

340 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-88-0

Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-89-9

## **Zur internationalen Lage 1919 – 1952**

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 €, ISBN 3-932636-71-6

Hardcover: Offenbach 2003, 50 €, ISBN 3-932636-78-3

## **Dokumente der Internationalen Roten Hilfe und der Roten Hilfe Deutschlands**

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 €, ISBN 3-932636-66-X

Hardcover: Offenbach 2003, 60 €, ISBN 3-932636-81-3

## **Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)**

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 3-932636-32-5

Hardcover: Offenbach 1997, 35 €, ISBN 3-932636-59-7

## **Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)**

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 €, ISBN 3-932636-31-7

Hardcover: Offenbach 1997, 55 €, ISBN 3-932636-58-9

## **Indien und die Revolution in Indien**

262 Seiten, Offenbach 2005, 20 €, ISBN 3-86589-039-3

Hardcover: Offenbach 2005, 45 €, ISBN 3-86589-040-7

## **Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966**

### **Teil I: 1956 – 1963**

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 3-932636-44-9

Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 3-932636-62-7

### **Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)**

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 3-932636-45-7

Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 3-932636-63-5

### **Teil III: 1963 – 1966**

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 3-932636-46-5  
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 3-932636-64-3

### **Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albanien gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966**

#### **Teil I: 1955 – 1962**

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 3-932636-68-6  
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 3-932636-79-1

#### **Teil II: 1963 – 1966**

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 3-932636-69-4  
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 3-932636-80-1

### **Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945**

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 €, ISBN 3-932636-41-4  
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 3-932636-57-0

### **Materialien zur Gründung der SED (1945/46)**

#### **Band 1: Berichte und Protokolle**

Die Parteitage der KPD, SPD und SED im April 1946  
319 Seiten, Offenbach 2001, 25 €, ISBN 3-932636-40-6  
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 3-932636-53-8

#### **Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)**

Materialien für politische Schulungstage, herausgegeben vom ZK der KPD  
250 Seiten, Offenbach 2001, 20 €, ISBN 3-932636-39-2  
Hardcover: Offenbach 2001, 45 €, ISBN 3-932636-54-6

#### **Band 3: Einheit (1946)**

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei,  
Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus  
380 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 3-932636-42-2  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 3-932636-55-4

#### **Band 4:**

Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)  
Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)  
Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)  
Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)  
540 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 3-932636-43-0  
Hardcover: Offenbach 2002, 60 €, ISBN 3-932636-56-2

#### **Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946**

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-86589-003-2  
Hardcover: Offenbach 2004, 35 €, ISBN 3-86589-008-3

Verlag Olga Benario und Herbert Baum  
Postfach 10 20 51, D-63020 Offenbach  
[www.verlag-benario-baum.de](http://www.verlag-benario-baum.de)

